[illegible]

zum [illegible] geeignet, um den [illegible] [illegible] an [illegible] bisherigen Arbeitsplätze im Reich zu [illegible]. Die freiwillige Abgabe der [illegible], zu deren [illegible] Durchführung eine [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] hat, [illegible] [illegible] tig ein Beweis für die [illegible] der [illegible] [illegible] nischen Massen die kämpfende Front und die [illegible] Heimat unbedingt unterstützen zu wollen.

Und diese Tatsachen möchte ich nicht der [illegible] [illegible] besonderen Anerkennung vorenthalten haben. Es war doch ein Beweis der Pflichterfüllung in [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Feinde. Dem deutschen Soldaten [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] aus unserer Heimat mit [illegible], Herr Generalgouverneur, die Möglichkeit eines [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] in [illegible] Ihres Machtbereiches. [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] in der Form zu realisieren, wie [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] wie Sie, Herr Generalgouverneur, in [illegible] [illegible] uns gegenüber die [illegible] [illegible] [illegible], [illegible] [illegible] wir [illegible] [illegible] die [illegible] der [illegible] [illegible]

Für die Maßnahmen der [illegible] an [illegible] [illegible] der Verwaltung, für die [illegible] der [illegible] [illegible] wesens und [illegible] für die [illegible] der [illegible] des kulturellen Lebens, - die [illegible] [illegible] [illegible] von Ihnen erlassenen [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] gefunden hat, - [illegible] [illegible] Ihnen, [illegible], zu [illegible] [illegible] [illegible] [illegible].

Nicht zuletzt möchte ich aber auch die [illegible] unterstützung an die [illegible] [illegible] [illegible] und eine grundsätzliche [illegible] der Lage der [illegible] Arbeiters im Reiche [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Generalgouvernements betonen. Der [illegible] [illegible] im Reiche ist seit [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] dem deutschen Arbeiter gleichgestellt. [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] trag zur Befriedigung der [illegible] im [illegible] [illegible] [illegible] Neuordnung Europas geleistet worden. [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] zum Einsatz gemeldet, um den deutschen Soldaten an seiner bisherigen Arbeitsstätte im Reich zu vertreten. Die freiwillige Abgabe der Kontingente, zu deren reibungsloser Durchführung eine Aufklärungsaktion des Ukrainischen Hauptausschusses im wesentlichen beigetragen hat, ist gleichzeitig ein Beweis für das Verständnis der breitesten ukrainischen Massen die kämpfende Front und die schaffende Heimat unbedingt unterstützen zu müssen.⌋

Und diese Tatsachen möchte ich nicht zum Zwecke einer besonderen Anerkennung aufgezählt haben. Es ist nur ein Beweis der Pflichterfüllung im Kampf gegen unsere ewigen Feinde. Dem deutschen Schwert verdanken wir ihr Vertreiben aus unserer Heimat und Ihnen, Herr Generalgouverneur, die Möglichkeit eines neuen Aufbaues unseres Lebens im Rahmen Ihres Machtbereiches. Wenn es auch nicht möglich war, alles in der Form zu realisieren, wie wir es uns wünschen und wie Sie es, Herr Generalgouverneur, in Ihrem Entgegenkommen uns gegenüber als Wirklichkeit sehen möchten, dann deuten wir dies durch die Schwierigkeiten der kriegsbedingten Zeit.

⌈ Für die Teilnahme der Ukrainer an den niederen Stufen der Verwaltung, für die Förderung des ukrainischen Schulwesens und insbesondere für die Möglichkeit der Entfaltung des kulturellen Lebens, - die ihren Niederschlag in der von Ihnen erlassenen Verordnung über die Gründung des Schewtschenko-Instituts gefunden hat, - fühle ich mich Ihnen, Exzellenz, zu einem besonderen Dank verpflichtet.

Nicht zuletzt möchte ich aber noch die Lebensmittelunterstützung an die notleidende ukrainische Bevölkerung und eine grundsätzliche Besserung der Lage des ukrainischen Arbeiters im Reiche dank der Einstellung der Regierung des Generalgouvernements betonen. Der ukrainische Arbeiter im Reiche ist seit Jahreswende dem ausländischen bzw. dem deutschen Arbeiter gleichgestellt. Dadurch ist ein Beitrag zur Befriedigung der Völker im Sinne einer gerechten Neuordnung Europas geleistet worden.⌋ Wir hoffen, daß diese

18.1.1943

zum Einsatz gemeldet, um den deutschen Soldaten an seiner bisherigen Arbeitsstätte im Reich zu vertreten. Die freiwillige Abgabe der Kontingente, zu deren reibungslosem Durchführung eine Aufklärungsaktion des Ukrainischen Hauptausschusses im wesentlichen beigetragen hat, ist gleichzeitig ein Beweis für das Verständnis der breitesten ukrainischen Massen die kämpfende Front und die schaffende Heimat unbedingt unterstützen zu müssen.

Und diese Tatsachen möchte ich nicht zum Zwecke einer besonderen Anerkennung aufgezählt haben. Es ist nur ein Beweis der Pflichterfüllung im Kampf gegen unsere ewigen Feinde. Dem deutschen Schwert verdanken wir ihr Vertreiben aus unserer Heimat und Ihnen, Herr Generalgouverneur, die Möglichkeit eines neuen Aufbaues unseres Lebens im Rahmen Ihres Machtbereiches. Wenn es auch nicht möglich war, alles in der Form zu realisieren, wie wir es uns wünschen und wie Sie, Herr Generalgouverneur, in Ihrem Entgegenkommen uns gegenüber als Wirklichkeit sehen möchten, dann deuten wir dies durch die Schwierigkeiten der kriegsbedingten Zeit.

Für die Teilnahme der Ukrainer an den niederen Stufen der Verwaltung, für die Förderung des ukrainischen Schulwesens und insbesondere für die Möglichkeit der Entfaltung des kulturellen Lebens, - die ihren Niederschlag in der von Ihnen erlassenen Verordnung über die Gründung des Schewtschenko-Instituts gefunden hat, - fühle ich mich Ihnen, Exzellenz, zu einem besonderen Dank verpflichtet.

Nicht zuletzt möchte ich aber noch die Lebensmittelunterstützung an die notleidende ukrainische Bevölkerung und eine grundsätzliche Besserung der Lage des ukrainischen Arbeiters im Reiche dank der Einstellung der Regierung des Generalgouvernements betonen. Der ukrainische Arbeiter im Reiche ist seit Jahreswende dem ausländischen bzw. dem deutschen Arbeiter gleichgestellt. Dadurch ist ein Beitrag zur Befriedigung der Völker im Sinne einer gerechten Neuordnung Europas geleistet worden. Wir hoffen, daß diese

18.1.1943

zum Einsatz gemeldet, um den deutschen Soldaten an seiner bisherigen Arbeitsstätte im Reich zu vertreten. Die freiwillige Abgabe der Kontingente, zu deren reibungsloser Durchführung eine Aufklärungsaktion des Ukrainischen Hauptausschusses im wesentlichen beigetragen hat, ist gleichzeitig ein Beweis für das Verständnis der breitesten ukrainischen Massen die kämpfende Front und die schaffende Heimat unbedingt unterstützen zu müssen.⌋

Und diese Tatsachen möchte ich nicht zum Zwecke einer besonderen Anerkennung aufgezählt haben. Es ist nur ein Beweis der Pflichterfüllung im Kampf gegen unsere ewigen Feinde. Dem deutschen Schwert verdanken wir ihr Vertreiben aus unserer Heimat und Ihnen, Herr Generalgouverneur, die Möglichkeit eines neuen Aufbaues unseres Lebens im Rahmen Ihres Machtbereiches. Wenn es auch nicht möglich war, alles in der Form zu realisieren, wie wir es uns wünschen und wie Sie es, Herr Generalgouverneur, in Ihrem Entgegenkommen uns gegenüber als Wirklichkeit sehen möchten, dann deuten wir dies durch die Schwierigkeiten der kriegsbedingten Zeit.

⌈ Für die Teilnahme der Ukrainer an den niederen Stufen der Verwaltung, für die Förderung des ukrainischen Schulwesens und insbesondere für die Möglichkeit der Entfaltung des kulturellen Lebens, - die ihren Niederschlag in der von Ihnen erlassenen Verordnung über die Gründung des Schewtschenko-Instituts gefunden hat, - fühle ich mich Ihnen, Exzellenz, zu einem besonderen Dank verpflichtet.

Nicht zuletzt möchte ich aber noch die Lebensmittelunterstützung an die notleidende ukrainische Bevölkerung und eine grundsätzliche Besserung der Lage des ukrainischen Arbeiters im Reiche dank der Einstellung der Regierung des Generalgouvernements betonen. Der ukrainische Arbeiter im Reiche ist seit Jahreswende dem ausländischen bzw. dem deutschen Arbeiter gleichgestellt. Dadurch ist ein Beitrag zur Befriedigung der Völker im Sinne einer gerechten Neuordnung Europas geleistet worden.⌋ Wir hoffen, daß diese

VOL. #25

R.8.

Freitag, den 1. Januar 1943

bis

Freitag, den 15.Januar 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs

im Reich.

Krakau

Sonnabend, den 16.Januar 1943

7^{35} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia. Anschließend Fahrt nach Haus Kressendorf.

1o^{5o} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

1o^{2o} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{4o} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{3o} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberbereichsleiter Schalk, zur Zeit Unteroffizier im Heer, in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

13^{4o} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Präsident Ohlenbusch macht dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, daß demnächst in Saarbrücken eine Kunstausstellung stattfinden solle. Für diese Ausstellung seien auch sieben deutsche Künstler des Generalgouvernements mit ihren Werken in Aussicht genommen. Die Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements habe bereits die Vorbereitungen für die Beteiligung dieser Künstler an der Ausstellung getroffen, müsse nun aber zu ihrem Befremden feststellen, daß sich in die über diese Frage gepflogenen Verhandlungen die hiesige Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums eingeschaltet habe. In dieser Haltung der

16.1.1943

Dienststelle sei nicht nur ein Eingreifen in die Hoheitsrechte des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, sondern auch in diejenigen der Regierung des Generalgouvernements zu erblicken.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, ein Schreiben an den Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums zu richten. Er ersucht weiter Präsident Ohlenbusch, dem Reichsminister Dr. Goebbels den Sachverhalt darzulegen und diesem Schreiben Durchschläge des an den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gerichteten Schreibens und des bezüglichen Erlasses der Hauptabteilung Propaganda beizufügen.

Präsident Ohlenbusch legt dann dem Herrn Generalgouverneur das Programm für die zum 29. und 30. Januar aus Anlaß des Tages der Machtübernahme in Aussicht genommenen Veranstaltungen vor.

16^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Kressendorf

Sonntag, den 17.Januar 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Krakau

Montag, den 18.Januar 1943

10^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{35} Einführung des bisherigen Amtschefs des Distrikts Galizien in das Amt des Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung im Königssaal der Burg.

An dem feierlichen Akt nehmen die Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple und die Hauptabteilungspräsidenten teil.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:

Meine Herren! Ich habe Sie zusammengebeten, damit Sie der Einführung des bisherigen Chefs des Amtes des Distrikts Galizien Losacker in das Amt des Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung beiwohnen. Herr Präsident Losacker, im Namen des Führers und des Reiches berufe ich Sie zu Ihrem neuen Amt. Meine Tendenz geht, wie Sie wissen, dahin, daß ich die maßgeblichen Stellen der Regierung des Generalgouvernements mit Männern besetzen möchte, die ihren Aufstieg im Generalgouvernement selbst gefunden haben. Im Rahmen der sehr schwierigen Verwaltungsarbeit, die Sie bisher geleistet haben, sind Sie zweifellos einer derjenigen gewesen, der durch seine Gewissenhaftigkeit und sein fachliches Vermögen uns die besten Dienste geleistet hat.

In der Geschichte des Generalgouvernements ist eines der wesentlichen Momente immer die Durchsetzung eines einfachen kriegsmäßigen Prinzips gewesen, des Prinzips nämlich, hier irgendwie einen staatsraummäßigen Mechanismus aufzubauen, der so funktioniert, daß im Interesse des Reiches ein möglichst großer Nutzen erzielt werden kann. Die Durchsetzung dieses Gedankens hat wohl bisweilen zu dem großen Irrtum geführt, als ob das Generalgouvernement eine Stellung hätte, die der der Reichsverwaltung entgegengesetzt wäre. Es bedarf immer einer gewissen Zeit, bis sich die Verwaltung eines altgewohnten Bereiches in neue Gesichtspunkte hineinfindet. Auch wenn immer wieder von den Zentralen der Reichsverwaltung aus in unsere Verwaltung hineinregiert wird, so kann doch in Wirklichkeit dieser Mechanismus, diese merkwürdige, eigenartige Verwaltungsgliederung des Generalgouvernements überhaupt nur bestehen, wenn sie trotz der Angriffe aus dem Reich immer wieder ihre Selbständigkeit behauptet. Sonst wäre es besser, wennman aus dem Generalgouvernement einen Reichsgau machte. Die Eigenverantwortung, die wir zu tragen haben, zeigt sich nicht in der Form, daß wir uns an die Brust schlagen und sagen können: was haben wir doch alles geleistet im Interesse des Generalgouvernements! - sondern in dieser gewissen Autarkie des Generalgouvernements muß immer der Gedanke an die ungeheure ununterbrochene suksessive Leistung im Dienste des Reiches, der Wehrmacht, der Front, des Volkes, der Ernährung, der Befriedung dieses Gebietes, kurz an alles das, was das Generalgouvernement geleistet hat, leistet und noch leisten wird, verankert bleiben.

Ich bin mehr denn je absolut entschlossen, den Gesichtspunkt der absoluten und totalen einheitlichen Führung dieses Gebietes auf allen Sektoren unter Einsatz meiner ganzen Person durchzuhalten. Die Zeiten werden nicht leichter. Wir kommen jetzt in die schwerste Zone des Krieges. Es brandet überall in ungeheuren Wogen mit einer Stärke, die unausgesetzt die ungeheuerlichsten Anforderungen an uns und an die Soldaten stellten, damit wir den Ansturm der Machtgruppen der Feinde auf unsere Bastionen bannen können.

7

18.1.1943

Wir sind mitten in den Osten hineingestellt, und zwar als letztes einigermaßen noch durchorganisiertes staatliches Gebilde im Gesamtraum. Die Probleme der Reichskommissariate im Osten sind noch längst nicht gelöst. Eine irgendwie geartete Verwaltungsdurchorganisation, wie wir sie immerhin noch besitzen und auch in Galizien noch haben, gibt es im Osten nicht mehr. Sie werden gestern die Meldung gehört haben, daß wir Veliji Lucki aufgegeben haben, nachdem sich die Zitadellenbesatzung durchgeschlagen hat. Es genügt ein Blick auf die Karte, um zu erkennen, daß mit der Wegnahme dieses Ortes durch die Russen diese nur noch 18o km von der lettischen und nur noch 2oo bis 3oo km von der Ostgrenze entfernt sind. Das müssen Sie sich allen Ernstes vor Augen halten, um zu verstehen, daß für uns nun Probleme aufsteigen können, die außergewöhnliche Geschlossenheit, Entschlossenheit, Härte und kriegsmäßige Ruhe erheischen. Sie wissen es selber aus Ihrer Tätigkeit in den einzelnen Ressorts, wie schwer es ist, eine geschickte Linie zwischen Reich und Generalgouvernement aufrecht zu erhalten, Sie wissen, wie schwer es ist, das Reich für ein Verständnis dafür zu gewinnen, daß wir ein liebes Kind und kein böses Kind sind.

Ich möchte den Anlaß des Jahreswechsels dazu benutzen, um Ihnen, meine Herren, für alles das, was Sie ununterbrochen ~~alles~~ leisten, zu danken.

Was wir bis jetzt hinter uns haben, ist nichts gegenüber dem, was uns noch bevorsteht. Als Vertreter des Führers in diesem Raum rechne ich damit, daß ich mich auf jeden Einzelnen von Ihnen unbedingt verlassen kann. Ich werde vor nichts zurückschrecken, um die Stellung, die wir uns hier aufgebaut haben, im Dienste des Reiches und des Führers zu halten. Sie alle, meine Herren, haben jetzt nur noch eine Kriegsaufgabe.

18.1.1943

In diesem Augenblick wollen wir Sie, Herr Doktor Losacker, alle miteinander in unserem Kreise herzlich begrüßen. Im Rahmen der Gesamtlage des Generalgouvernements steht naturgemäß das Problem der Aufrechterhaltung der absoluten Verwaltungsbeharrlichkeit für dieses Gebiet im Mittelpunkt. Der Krieg hat uns die wertvollsten Kräfte, die jungen arbeitsamen Menschen, immer wieder weggeholt. Alle Verwaltungsleiter stöhnen darunter, daß ihnen die wirklich fähigen und elastischen jungen Kräfte, die sie an besonderen Stellen eingesetzt hatten, fehlen.

In allen den Fragen, hinsichtlich deren wir mit irgendwelchen Zentralen des Reiches noch nicht ins klare gekommen sind, verlange ich von Ihnen, daß Sie leidenschaftlicher Repräsentant der Einheit der Verwaltung sind, daß Sie, gestützt auf die Verordnung des Führers, nicht nur bei der Regierung des Generalgouvernements die absolute Einheitsbehörde sind, nein, es muß auch dafür gesorgt werden, daß auch Gouverneur und Kreishauptmann Einheitsbehörden sind. Nur so werden wir mit den Dingen fertig werden. Darüber hinaus erwarte ichvon Ihnen, daß Sie dem großen Problem der Schulung eines Verwaltungsnachwuchses Ihr ernstes Augenmerk schenken. Es muß möglich sein, daß uns die Wehrmacht aus der großen Zahl der Versehrten und Verwundeten Leute gibt, die wir in den Dienst stellen können. Da, wo wir sie am dringendsten brauchen, müssen wir sie im Interesse des Reiches haben. Uns trifft ja diese Entwicklung im Osten genau so, wie sie etwa in zunehmendem Maße auch die Ukraine trifft.

Herr Dr. Losacker, Sie übernehmen Ihr Amt von einem sehr tüchtigen und fähigen Vorgänger, dessen wir alle in diesem Augenblick gedenken wollen, von dem Parteigenossen Dr. Siebert, in einer schweren Stunde.

18.1.1943

Sie können überzeugt sein, Herr Dr. Losacker, daß wir alle in kameradschaftlicher und loyaler Aufgeschlossenheit zur Verfügung stehen.

Das wesentliche uns alle beherrschende Problem ist ja die Frage, ob es möglich ist, eine Staatsverwaltung fachlich aufzubauen und sie von dem Dilettantismus zu befreien, der da und dort immer wieder einzudringen gedroht hat. Es muß möglich sein, den Grundsatz wieder aufzurichten, daß man auch die Verwaltung lernen muß, daß es ein Geschwätz ist, wenn etwa jemand sagt: ich brauche nur ein guter Redner oder etwas Derartiges zu sein, um sofort verwalten zu können. Die Verwaltung des Staates ist das schwerst zu erlernende Gewerbe, das es gibt. Es bedarf einer unendlichen Schulung, um mit den Dingen fertig zu werden, die man im Interesse der Allgemeinheit individuell und konkret zu bearbeiten hat. Diese fortdauernden Angriffe auf den Fachmann der Verwaltung schlagen wir hier zurück; denn hier haben in Wahrheit die Fachleute gearbeitet.

Daher, Herr Dr. Losacker, müssen Sie die Schulung der Beamten auch im Rahmen der Verwaltungsakademie, die stete Heranführung der Beamten und Angestellten an das große Gefüge des Raumes, die Aufrichtung der geistigen Haltung und des Mutes des Einzelnen gegenüber jedem Widerstand, woher er auch kommen möge, als Ihre besondere Aufgabe ansehen. So möchte ich von Ihnen die kriegsmäßige Verwaltung hier aufgezogen wissen, und man soll sagen: wer hier in der Verwaltung des Generalgouvernements tätig ist, muß ein Kerl, ein Bursche sein, er muß in jeder Beziehung hieb- und stichfest sein.

Herr Dr. Losacker, ich freue mich, daß Sie dem Unfall, der Sie getroffen hat, noch so glücklich entgangen sind. In unser aller Namen wünsche ich Ihnen das Beste.

18.1.1943

Sie werden Gelegenheit haben, mit den einzelnen Präsidenten der Hauptabteilungen noch Fühlung zu nehmen und mit ihnen über Entscheidungen zu sprechen, die wir zu treffen haben. Uns bewegt z.B. die Frage der persönlichen Stellung der Beamten, Sie kennen ja den Kampf um die Ostzulage. In zunehmendem Maße werden wir uns auch der Beamtenfürsorge annehmen müssen. Entscheidend bei allen diesen Fragen ist immer, daß Sie den engsten Kontakt mit den anderen Dienststellen aufrecht erhalten.

Als ich vor einigen Tagen im Reich war, habe ich da und dort eine etwas traurige Stimmung feststellen können. Demgegenüber kann ich nur sagen: kein Krieg in der ganzen Welt war je so notwendig, wie der Krieg, den Adolf Hitler gegen Rußland begonnen hat. Und diesen Krieg haben wir gewonnen, wenn wir den Raum im Osten behalten. Und wir werden ihn behalten, mögen sie noch so anrennen; es wird ihnen nicht gelingen, diesen Wall im Osten zu brechen. Wenn wir den Raum dort drüben behalten, dann leuchtet auch die Zukunft unseres Volkes wieder auf. Es mag noch einige Zeit, auch noch einige Jahre dauern, das spielt keine Rolle. Ich wünsche, daß wir hier absolut klar und optimistisch sind. Diesen Geist müssen Sie, Herr Dr. Losacker, auch in Ihre Verwaltung bringen; Sie müssen die Menschen aufrichten, Sie müssen immer wieder die Kreishauptleute herbeiholen, und im übrigen kennen Sie ja unsere Einstellung zur Notwendigkeit der Einheit der Verwaltung, der Zusammenfassung aller Zuständigkeiten in einer Hand. Von diesem Grundsatz gehen wir nicht ab. Im übrigen wünsche ich Ihnen von ganzem Herzen, daß Sie recht viel Freude in Ihrem Amt haben mögen.

18.1.1943

Präsident Dr. Losacker dankt dem Herrn Generalgouverneur für die ihn ehrenden Worte der Anerkennung für seine bisher geleistete Arbeit, vor allem für das Vertrauen, das ihm durch die Berufung in sein neues Amt entgegengebracht worden sei. Er werde alles daran setzen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen und sich zu erhalten. Aus seiner Tätigkeit als Kreishauptmann und Amtschef bringe er einige Erfahrung in sein neues Amt mit. Die Dinge der Verwaltung würden in den kommenden Monaten immer schwieriger werden. Die Hauptabteilung Innere Verwaltung sei ja recht eigentlich der große Punkt, in welchem die Erfahrungen der Kreishauptmänner und Gouverneure zusammenliefen. Daraus ergebe sich der politische Gehalt dieser Hauptabteilung. Auch er halte es für unbedingt notwendig, mit allen verantwortlichen Männern und Ressorts, mit der Partei, der SS, der Polizei, der Wehrmacht usw. kameradschaftlich zusammenzuarbeiten. Er könne nur wünschen, daß sein Bestreben, mit allen diesen Stellen gedeihlich zusammenzuarbeiten, ein gleiches Echo finden möge.

12^{05} Besprechung mit Oberst Fischer.

18.1.1943

12^{30} Im Königssaal der Burg empfängt der Herr Generalgouverneur eine unter Führung des Professor Kubijowytsch stehende Delegation des Ukrainischen Hilfskomitees.

Nach einer Ansprache des Prof. Kubijowytsch (siehe Anlage) richtet der Herr Generalgouverneur folgende Worte an die Delegation:

Meine Herren! Ich habe Sie in Anwesenheit des Chefs der Regierung des Generalgouvernements und der maßgeblichen Repräsentanten des zuständigen Verwaltungsbereiches unseres Landes empfangen, um Ihre Wünsche entgegenzunehmen. Sie wissen, wie sehr ich mich Ihnen, Herr Professor, und allen Ihren Mitarbeitern auf das freundlichste verbunden weiß angesichts Ihrer hervorragenden Zusammenarbeit mit den Behörden des Generalgouvernements und Ihrer loyalen Haltung, die Sie dem Deutschen Reich, seinem Führer und seinem Volk wie der deutschen Wehrmacht gegenüber immer an den Tag gelegt haben. Ich danke Ihnen aufrichtig für Ihre Wünsche und erwidere sie auf das allerherzlichste für Sie persönlich, für die Mitglieder Ihres Komitees und für das ukrainische Volkstum im Generalgouvernement.

Wie Sie wissen, bin ich an dem Schicksal des ukrainischen Volkstums im Generalgouvernement sehr interessiert. Ich freue mich sehr, von Ihnen zu hören, daß eine ganze Reihe von Maßnahmen, die ich habe treffen lassen, in dem ukrainischen Volkstum des Generalgouvernements Widerhall gefunden haben. Ich möchte nun aber auch Ihnen und über Sie hinweg den Ukrainern des Generalgouvernements meinen Dank und meine ganz besondere Anerkennung für die wirklich hervorragende Arbeit zum Ausdruck bringen, die das Ukrainertum in unserem Bereich geleistet hat. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen - und ich stelle das

18.1.1943

erneut dankbar fest - , daß die Teilnahme der Ukrainer an der Woll- und Pelzsammlung für die Deutsche Wehrmacht vorbildlich war. Weiter möchte ich nicht verfehlen, Ihnen, meine Herren, und den Ukrainern für die Steigerung der Zurverfügungstellung von Arbeitskräften zu danken. Sie haben mit über 4oo ooo Arbeitern aus dem Generalgouvernement einen so hohen Prozentsatz geleistet, daß er weit über dem Durchschnitt steht dessen, was wir sonst gewohnt sind. Das verdanke ich nächst der guten, aufgeschlossenen, loyalen Gesinnung der ukrainischen Bevölkerung dieses Machtbereiches, insbesondere auch Ihnen, meine Herren, und Ihrer unermüdlichen Arbeit, - Ihnen und Ihren Vertrauensmännern im Lande, die sich vor allem auch ausserordentlich bewährt haben. Damit komme ich auf das weitere Verdienst der Ukrainer bei der Ernteerfassung 1942. Sie haben damit die Maßnahmen der deutschen Behörden in diesem Raum in weitem Umfange erleichtert und zu einem segensreichen Teil mit zu dem sensationellen Erfolg beigetragen, den die Ernteerfassung im Generalgouvernement im letzten Jahre hatte. Seien Sie dafür auch ganz besonders bedankt.

Ich möchte Ihre Wünsche aus Anlaß des Jahreswechsels in dem Gefühl entgegennehmen, daß es trotz der Schwere der Zeit und trotz des furchtbar ernsten Ringens, das Adolf Hitler, seine Wehrmacht, sein Volk und Reich unter Einsatz der letzten Kraft gegen den Bolschewismus zum siegreichen Ende zu führen gedenkt, möglich sein wird, in dem Bereiche der Lebensnotwendigkeiten die Lebenssituation des Volkes der Ukrainer stabil zu halten. Sie haben in sehr anerkennenswerter Weise die Schwierigkeiten, die allen unseren Plänen auf diesem Gebiete entgegenstehen, schon hervorgehoben. Aber gerade angesichts dieser Schwierigkeiten darf ich

18.1.1943

Ihnen die Erklärung abgeben, daß ich nach wie vor fest entschlossen bin, die Loyalität der ukrainischen Bevölkerung mit einer absolut loyalen, aufgeschlossenen, fürsorglichen und wohlwollenden Haltung der Regierungsinstanzen den Ukrainern des Generalgouvernements gegenüber zu beantworten.

Ich weiß, daß ich die Erklärung, die Sie mir abgegeben haben, nach welcher Sie, Ihre Komiteemitglieder und Vertrauensmänner im Lande unermüdlich weiterschaffen wollen, sehr ernst zu nehmen habe. Ich habe volles Vertrauen zu Ihnen und Ihren Mitarbeitern. Wenn irgendwie ein Problem aufsteigt, so haben wir in dem neuen Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung des Generalgouvernements, in dem bisherigen Amtschef des Distrikts Galizien Dr. Losacker einen besonders prominenten Kenner der ukrainischen Situation an die oberste Spitze der Verwaltung im Rahmen der Regierung gestellt. Mögen Sie das als Zeichen dafür nehmen, wie ernst ich gerade die Behandlung der Ukrainerfrage zu nehmen undzu halten gedenke.

Ich freue mich, Sie wieder einmal bei mir gesehen zu haben. Die Zeiten sind so schwer, man hat soviel zu tun, man kommt soviel herum, daß man sich wenig sieht.

Das von Ihnen mir gewidmete Geschenk werde ich für die Regierung des Generalgouvernements annehmen und als Dokument für die Leistung des ukrainischen Volkstums in unsere Staatsbibliothek bringen lassen.

Alles Gute für Sie und Ihre Ukrainer - das ist mein herzlicher Wunsch.

Anlage

18.1.1943

Ansprache des Professors Kubijowytsch: A

Exzellenz! Es ist eine allgemeine Sitte unter den Völkern, dem Jahreswechsel auf die eine oder andere Weise zu begegnen. In diesem Brauch spiegelt sich eine dem Menschen innewohnende Neigung wider, einen kurzen Blick auf die vergangene Zeit zu werfen und mit neuen besten Hoffnungen den neuen Wegabschnitt anzutreten. Die Tendenz, eine immer wieder schönere und bessere Zukunft sich zu erkämpfen bzw. seinen Nachkommen zu sichern, drängt den Menschen in diesem Moment, seine besten Wünsche nicht nur den Nächsten, sondern auch - ich möchte sagen - der ganzen Welt gegenüber auszudrücken.

Diese schöne Sitte nehme ich wahr, um Ihnen, Exzellenz, an der Schwelle des neuen Jahres alles Gute für Ihr persönliches Wohlergehen zu wünschen. Ich möchte aber in diesem Augenblick auch dem innigsten Wunsche des ganzen ukrainischen Volkes Ausdruck verleihen und ihn Ihnen, dem Repräsentanten des deutschen Volkes und seines großen Führers, übermitteln: möge das begonnene Jahr die heldenhafte deutsche Armee in diesem gewaltigen, geschichtlich einmaligen Ringen mit den Lorbeern des endgültigen Sieges krönen.

Ich finde es überflüssig, noch irgendwie ausführlicher zu begründen, woraus diese Einstellung des ukrainischen Volkes zu den jetzigen Geschehnissen entspringt. Wir sind bereit, in jeder denkbaren Form den deutschen Kampf zu unterstützen; unsere Bereitschaft haben wir auch durch die Taten bewiesen. Aus dem Gefühl der größten Opferbereitschaft - denn die Gesetze des Krieges haben auch unser Volk hart getroffen - ist die freiwillige Pelz- und Wollsammlung unter Ukrainern zu gunsten der Ostfront zu erklären. Eine Arbeiterarmee - über 400 000 arbeitsfähiger Ukrainer aus dem Generalgouvernement - hat sich freiwillig zum Einsatz gemeldet, um den deutschen Soldaten an seiner bisherigen Arbeitsstätte im Reich zu vertreten. Die freiwillige Abgabe der Kontingente, zu deren reibungsloser Durchführung eine Aufklärungsaktion des Ukrainischen Hauptausschusses im wesentlichen beigetragen hat, ist gleichzeitig ein Beweis für das Verständnis der breitesten ukrainischen Massen die kämpfende Front und die schaffende Heimat unbedingt unterstützen zu müssen.

Und diese Tatsachen möchte ich nicht zum Zwecke einer besonderen Anerkennung aufgezählt haben. Es ist nur ein Beweis der Pflichterfüllung im Kampf gegen unsere ewigen Feinde. Dem deutschen Schwert verdanken wir ihr Vertreiben aus unserer Heimat und Ihnen, Herr Generalgouverneur, die Möglichkeit eines neuen Aufbaues unseres Lebens im Rahmen Ihres Machtbereiches. Wenn es auch nicht möglich war, alles in der Form zu realisieren, wie wir es uns wünschen und wie Sie es, Herr Generalgouverneur, in Ihrem Entgegenkommen uns gegenüber als Wirklichkeit sehen möchten, dann deuten wir dies durch die Schwierigkeiten der kriegsbedingten Zeit. Für die Teilnahme der Ukrainer an den niederen Stufen der Verwaltung, für die Förderung des ukrainischen Schulwesens und insbesondere für die Möglichkeit der Entfaltung des kulturellen Lebens, - die ihren Niederschlag in der von Ihnen erlassenen Verordnung über die Gründung des Schewtschenko-Instituts gefunden hat, - fühle ich mich Ihnen, Exzellenz, zu einem besonderen Dank verpflichtet.

Nicht zuletzt möchte ich aber noch die Lebensmittelunterstützung an die notleidende ukrainische Bevölkerung und eine grundsätzliche Besserung der Lage des ukrainischen Arbeiters im Reiche dank der Einstellung der Regierung des Generalgouvernements betonen. Der ukrainische Arbeiter im Reiche ist seit Jahreswende dem ausländischen bzw. dem deutschen Arbeiter gleichgestellt. Dadurch ist ein Beitrag zur Befriedigung der Völker im Sinne einer gerechten Neuordnung Europas geleistet worden. Wir hoffen, daß diese

17

18.1.1943

Entwicklung fortgesetzt wird.

In diesem neuen Jahr wollen wir weiterhin an die Erfüllung unserer Pflicht unermüdlich herangehen. Wir hoffen, daß es gelingen wird, den ukrainischen Menschen im Generalgouvernement nach der endgültigen Beseitigung der bolschewistischen Folgen durch die angekündigte Reprivatisierung und durch Sicherung seiner inneren Ruhe in die Lage zu versetzen, daß er im Stande wäre, die schwersten Lasten der Zeit zu ertragen und die größten Leistungen zum Wohle der beiden Völker zu vollbringen.

Die ukrainische Sitte verlangt, bei den Neujahrsglückwünschen auch ein kleines Geschenk zu übermitteln: Es ist ein Teil unserer größten Heiligkeit und unseres einzigen Reichtums, die uns niemand bestreiten kann und die uns weder die asiatischen Horden der Vergangenheit noch die Bolschwisten vernichten konnten, - ein Teil unserer Volkskultur: die ukrainische Volkskunst in einigen Abbildungen.

Wir hoffen, Herr Generalgouverneur, Ihnen, der so viel Verständnis und so viel Entgegenkommen für das Gedeihen der ukrainischen Kultur im Generalgouvernement bewiesen hat, mit unserem bescheidenen Geschenk eine kleine Freude bereitet zu haben.

--

18.1.1943

13^{30} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet dem Herrn Generalgouverneur über Parteiangelegenheiten, so u.a. über die zur Feier des 30. Januar 1943 in Berlin geplanten Veranstaltungen. Der Herr Generalgouverneur gibt Hauptabschnittsleiter Stahl auf, festzustellen, ob es angesichts seiner verschiedenen persönlichen Kämpfe für erwünscht gehalten werden kann, daß er am 30. Januar persönlich in Berlin erscheint. Er, der Generalgouverneur, würde erst dann nach Berlin kommen, wenn Reichsleiter Bormann persönlich mitteilt, daß der Führer die Anwesenheit des Generalgouverneurs wünsche. Sonst müßte Pg. Stahl mit drei bewährten Parteigenossen an dieser Feier teilnehmen. Parteigenossen, die Hauptabschnittsleiter Stahl begleiten, sollen sein: 1. SA-Gruppenführer Dr. Fischer, 2. Gouverneur Dr. Wächter, 3. Oberbereichsleiter Kobusch.

Weiter verfügt der Herr Generalgouverneur, daß für die Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens der Partei vorgeschlagen werden sollen:

1. Staatssekretär Dr. Bühler
2. Oberbereichsleiter Schalk
3. Oberbereichsleiter Kobusch.

Der Herr Generalgouverneur gibt sodann Hauptabschnittsleiter Stahl von seiner Absicht Kenntnis, am 29. Januar in Warschau in einer Großkundgebung zu sprechen.

Hauptabschnittsleiter Stahl trägt einige Parteiangelegenheiten vor. Im Zusammenhang damit betont der Herr Generalgouverneur nachdrücklich, daß die Parteiarbeit im vollen Umfange weiter gefördert werden müsse und er persönlich als Leiter des Arbeitsbereiches regsten Anteil an den Parteivorgängen nehme.

18.1.1943

Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet, daß Pg. Friedrichs von der Parteikanzlei ihm auch mitgeteilt habe, daß das Ansehen der Parteiarbeit des Generalgouvernements sich auf die Dauer nicht verdunklen lasse.

Der Herr Generalgouverneur teilt Hauptabschnittsleiter Stahl noch mit, daß er einen Arbeitsurlaub für den Parteigenossen Schalk bei dessen zuständiger Militärbehörde beantragt habe.

16^{00} Besprechung mit Präsident Gerteis.

Präsident Gerteis gibt dem Herrn Generalgouverneur eine eingehende Schilderung der zurZeit im Bereich der Ostbahn herrschenden Transport- und Verkehrslage. Er geht dabei insbesondere auf die Situation im Osten ein. Für die Ostbahn ergäben sich besondere Schwierigkeiten aus dem Mangel an Lokomotiven. Weiter teilt Präsident Gerteis dem Herrn Generalgouverneur mit, daß am 1. Januar 1943 eine Oberste Bauleitung geschaffen worden sei, die verwaltungsmäßig der Ostbahn angegliedert worden sei, betriebsmäßig aber eine selbständige Stellung habe. Am 1. Februar 1943 würden Betriebsämter, Maschinenämter und Verkehrsämter eingerichtet werden, die für die Regelung des unteren Dienstes eine maßgebende Rolle spielen würden. Diese Ämter seien seinerzeit im Bereiche der Ostbahn aufgelöst worden, mittlerweile habe man aber die Notwendigkeit ihrer Wiedererrichtung erkannt.

16^{30} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Präsident Dr. Paersch berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die gegenwärtige Lage des Sparkassenwesens im Bereiche des Generalgouvernements. Es beständen zur Zeit noch 61 Kreissparkassen,daneben einige Stadtsparkassen. Offenbar zeigten die Stadthauptmänner kein großes Interesse an dem Bestehen von Sparkassen, da sie, wie sie meinten, für die

Gelder keine Anlagemöglichkeiten fänden.

Weiter erstattet Präsident Dr. Paersch dem Herrn Generalgouverneur anhand von Tabellen Bericht über die gegenwärtige Lage der Preisentwicklung.

17^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Staatssekretär Dr. Bühler hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über einige dringende Angelegenheiten.

Auf Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Bühler unterzeichnet der Herr Generalgouverneur die Bestallungsurkunde für den Landesarbeitsamtspräsidenten Dr. Struve als stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung Arbeit in der Regierung des Generalgouvernements. Die Urkunde soll in festlichem Rahmen übergeben werden.

Auf Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Bühler genehmigt der Herr Generalgouverneur die Errichtung einer eigenen Hauptabteilung Gesundheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements und beruft zu ihrem Leiter auf Vorschlag des Reichsgesundheitsführers Conti den Professor Dr. Teitge-Berlin. Staatssekretär Dr. Bühler erhält vom Herrn Generalgouverneur Weisung, die rechtlichen Grundlagen dieser neuen Hauptabteilung ebenso wie die Einsetzung des zu ernennenden Hauptabteilungsleiters vorzubereiten.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt den Wortlaut eines Fernschreibens an Reichsminister Speer, das die Regelung der Bau- und Straßenverwaltung im Generalgouvernement zum Gegenstande hat. Danach wird in der Regierung des Generalgouvernements eine technische Zentralstelle errichtet, die unmittelbar mit Reichsminister Sperr und seiner Zentrale zusammenarbeitet.

18.1.1943

17^{55} Besprechung mit Oberbereichsleiter Schalk in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

19^{2o} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause Urania.

$2o^{oo}$ Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des Dirigenten des Städtischen Orchesters der Stadt München Mennerich.
Zur Aufführung gelangen:

1. "Don Juan", Sinfonische Dichtung
   von Richard Strauß
2. Klavier-Konzert Cis-moll von W.A. Mozart
   Solist: Hansen
3. Erste Sinfonie von Brahms.

22^{oo} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
auf der Burg).

Krakau

Dienstag, den 19. Januar 1943

10^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{15} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur weist zunächst Präsident Dr. Senkowsky an, für eine anderweitige Verwendung des Ministerialrats von Streit Sorge zu tragen. Angesichts der bekannten Vorkommnisse und der ganzen Haltung des Ministerialrats von Streit halte er es für untragbar, ihm das Haushaltsreferat in der Hauptabteilung Finanzen weiter zu belassen.

Staatssekretär Dr. Bühler geht dann auf ein Schreiben des Reichsfinanzministeriums ein, in welchem wieder erneute Forderungen an das Generalgouvernement gestellt würden, so u.a. die Forderung, daß zwei Drittel des Haushalts des Generalgouvernements an das Reich abgeliefert werden sollten. Die Erfüllung einer solchen Forderung würde jede weitere Entwicklung selbst in geordneten Zeiten unmöglich machen. In diesem Schreiben sei auch auf den Stellenplan und die Dienstaufwandentschädigung für Beamte des Generalgouvernements in fast gehässiger Weise Bezug genommen.

Wenn sich auch der Herr Generalgouverneur gegen solche überspannten Forderungen mit Nachdruck wendet, so dürfe doch, wie er meint, nicht der Eindruck entstehen, als ob man sich von seiten des Generalgouvernements irgendwie gegen notwendige Maßnahmen des Reiches sperren wolle.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zu der allgemeinen finanzpolitischen Lage des Reiches wie des Generalgouvernements Stellung genommen. In diesem Zusammenhang gibt Präsident Dr. Senkowsky seiner Überzeugung Ausdruck, daß mit den bisherigen

19.1.1943

Methoden der Kriegsfinanzierung nicht mehr weiter werde gearbeitet werden können. Gewisse Erscheinungen erforderten es zwingend, daß andere Methoden eingeschlagen würden.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß Staatssekretär Dr. Bühler zusammen mit Präsident Dr. Senkowsky ein Antwortschreiben auf den Brief des Reichsfinanzministers ihm vorlegen solle, in welchem die Stellungnahme der Hauptabteilung Finanzen dargelegt wird. Sollte sich der Reichsfinanzminister weigern, seine Zustimmung dem Haushalt des Generalgouvernements zu erteilen, so werde er, der Generalgouverneur, kraft Notrechtes automatisch den Haushalt in Kraft setzen.

Im Laufe der Besprechung werden dann die Probleme der finanziellen Aufwendungen für die Wehrmacht (Wehrbeitrag) und der Währung behandelt. Staatssekretär Dr. Bühler weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß nunmehr das Reich infolge der Leistungen des Generalgouvernements diesem gegenüber mit über 3 Milliarden Zloty verschuldet sei.

Präsident Dr. Senkowsky wirft die Frage auf, ob es wohl im Wege einer großzügigen Geste möglich sei, diese Schuld auf das Generalgouvernement zu übernehmen. Demgegenüber gibt der Herr Generalgouverneur der Befürchtung Ausdruck, daß man aller Wahrscheinlichkeit nach dieses Entgegenkommen des Generalgouvernements gleichwohl nicht anerkennen, sondern nach wie vor in jedem Jahr eine Summe von 500 Millionen Zloty fordern würde. Er würde sich zu einem Entgegenkommen und zu Verhandlungen auf dieser Grundlage nur bereit erklären, wenn das Reich gewillt wäre, das Generalgouvernement zu entlasten, etwa in der Form, daß jedes Jahr eine bestimmte Summe in den Haushalt eingesetzt würde. Im übrigen müsse er die Übernahme der Schuld des Reiches auf das Generalgouvernement von einer Besprechung mit Präsident Dr. Paersch abhängig machen. Es sei ihm unmöglich, zu einer so wichtigen Frage ohne genaue Kenntnis der Währungssituation usw. Stellung zu nehmen.

Eine weitere Frage, die in der Besprechung behandelt wird, betrifft den Verkauf von Rüstungsbetrieben des Generalgouvernements an Rüstungsfirmen des Reiches. Hierzu bemerkt Präsident Dr. Senkowsky, daß er an dieser Frage insofern beteiligt sei, als er vom Standpunkt der Finanzverwaltung seine Zustimmung geben müsse. Seines Wissens seien bisher verschiedene solcher Betriebe eigentumsmäßig zur Verfügung gestellt worden, ohne aber ihren Charakter als Rüstungsbetriebe zu verlieren. Präsident Dr. Emmerich habe den Vorschlag gemacht, diese Betriebe zu verpachten, und zwar an die Firmen, die dort arbeiteten. In Betracht komme u.a. die Hasag - Hugo Schneider AG. -, die unter der Leitung des Generaldirektors Budin stehe.

Der Herr Generalgouverneur beraumt für die Besprechung dieser und ähnlicher Fragen eine Sitzung an, die in der nächsten Woche im Schloß Belvedere zu Warschau stattfinden soll.

11^{00} Fortsetzung der Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{15} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über den Jugenddienst im Generalgouvernement
2. einer Verordnung über die Zwangsschutzimpfung gegen Bauchtyphus

19.1.1943

3. einer Verordnung über die Einführung der Verordnung über die Errichtung von Stiftungen im Distrikt Galizien
4. einer Verordnung über Änderung des § 3 der Verordnung über die Bildung von Staatsdomänen und die Sicherung der Ernährungsgrundlage des Generalgouvernements

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Verordnungsentwürfe.

12^{5o} In einem telefonischen Gespräch ersucht der Herr Generalgouverneur den Bevollmächtigten Dr. Heuber, zu den im Schloß Belvedere in Warschau stattfindenden Sitzungen zu erscheinen.

13^{2o} Frühstück.

Daran nehmen u.a. Professor Kubijowytsch und drei Mitglieder des Ukrainischen Hilfskomitees sowie Präsident Dr. Losacker teil.

16^{1o} Besprechung mit Präsident Naumann und Oberlandwirtschaftsrat Dr. Behr in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Präsident Naumann teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er versucht habe, mit den zuständigen Berliner Stellen über die Ernährungssituation des Generalgouvernements eine Einigung herbeizuführen. Dabei sei er von einer Gesamtgetreideerfassung in einer Menge von 1,25 Millionen Tonnen ausgegangen, ferner davon, daß die Lieferungen an das Reich und die Wehrmacht 76o ooo to betrügen. Der gesamte übrige Bedarf sei mit einer Menge von 613 ooo to anzunehmen.

19.1.1943

Insgesamt ergebe sich also an Bedarf für Reich und Wehrmacht und Generalgouvernement eine Menge von 1,375 Millionen to. Gegenüber der Erfassung ergebe sich also ein Fehlbetrag von rd. 15o ooo to. Dieser Fehlbetrag sei nun aber angesichts der starken Auswinterungsschäden noch größer geworden, weil man Hafer habe anbauen müssen. Dabei gewinne man nicht die hohe Mahlausbeute wie bei Roggen, Weizen und Gerste, sondern sie betrage höchstens 65 %. Der errechnete Fehlbetrag erhöhe sich also um die Menge, mit der man gezwungen sei Hafer in die Brotration hineinzugeben. Daraus ergebe sich ein Fehlbetrag von 35 ooo to. Dieser Fehlbetrag sei zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß im Laufe des letzten Jahres die Verbrauchermassen des Generalgouvernements fortwährend gestiegen seien. Statt einer Zahl der nichtdeutschen Normalverbraucher von 6 Millionen müsse man angesichts der fortschreitenden Industrialisierung und der Verfeinerung der Verteilung mit einer Verbraucherzahl von 7 Millionen rechnen. Auch die Zahl der Deutschen habe sich von 15o ooo bis zum Endes Jahres 1942 auf 25o ooo erhöht.

Man habe nun mit der Dienststelle des Vierjahresplanes in Berlin und Krakau Verhandlungen über die Frage der Deckung des Fehlbetrages gepflogen. Es sei der Vorschlag gemacht worden, statt Getreide; Zucker, Fleisch und Fett in einem bestimmten Umtauschverhältnis zu liefern. Dabei sollte nach dem Vorschlage der Abteilung E. u. L. ein Umtauschschlüssel von 1 : 5 zu Grunde gelegt werden. Das Reichsernährungsministerium habe aber nur einem Umtauschverhältnis von 1 : 3 zustimmen wollen. Eier sollten nach dem Wunsche des Reiches überhaupt nicht in Anrechnung gebracht werden. Eine völlige Einigung über diese Umtauschaktion sei bisher noch nicht erzielt worden, wenn auch zu hoffen sei, daß man zu einem Übereinkommen gelangen werde.

19.1.1943

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Naumann an, Staatssekretär Backe mitzuteilen, daß er, der Generalgouverneur, den vom Reichsernährungsministerium gewünschten Umrechnungskurs nicht akzeptieren könne, da ihn die Entwicklung der Gesamtsituation im Osten zu außerordentlichen Maßnahmen zwinge. Er sei bereit, einen Brief an den Reichsmarschall Göring in diesem Sinne zu schreiben, werde auch den Reichsmarschall dringend um eine Rücksprache bitten.

17^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Frau Gräfin Keyserlingk.

17^{10} Der Herr Generalgouverneur hat eine Besprechung mit Generaloberin Frau Moser in Gegenwart des Hauptabschnittsleiters Stahl und des Bereichsleiters Ollesch.

Gegenstand der Besprechung ist vor allem die Frage, ob und in welchem Umfange die Braune Schwesternschaft in Lazaretten und Krankenanstalten des Generalgouvernements Verwendung finden kann. Bereichsleiter Ollesch berichtet, daß jetzt bereits 115 Braune Schwestern im Generalgouvernement tätig seien und sich ausgezeichnet bewährten. Er spricht den Wunsch aus, daß die Hilfe der Braunen Schwesternschaft im Generalgouvernement mehr als bisher in Anspruch genommen werden möge, und weist dabei auf gewisse Schwierigkeiten hin, die sich aus einer Konkurrenz zwischen Deutschen Rotem Kreuz und Brauner Schwesternschaft ergäben.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, daß er in seiner Stellung selbstverständlich nicht einseitige Entscheidungen treffen könne, verspricht aber, die Wünsche der Braunen Schwesternschaft wohlwollend zu prüfen und dafür zu sorgen, daß sie gegebenenfalls berücksichtigt würden. Er werde es sich auch angelegen sein lassen, für die Braunen Schwestern ein Erholungsheim zu schaffen.

19.1.1943

17^{20} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl bittet den Herrn Generalgouverneur, für das "Kinderblättchen" einen Aufruf zu schreiben. Gleichzeitig teilt er dem Herrn Generalgouverneur mit, daß am Donnerstag Morgen ein Transport von Kindern aus dem Reich im Hauptbahnhof Krakau eintreffen werde, und bittet den Herrn Generalgouverneur, wenn möglich, die Kinder dort zu begrüßen.

18^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

18^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler, des Hauptabteilungspräsidenten Dr. Losacker, des stellvertretenden Leiters der Abteilung Gesundheitswesen Dr. Burmann den für das Amt des Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen ausersehenen Professor Dr. Teitge-Berlin.

In der anschließenden Besprechung wird der Entwurf

einer Verordnung über die Errichtung der Hauptabteilung Gesundheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements

vorgelegt, der die Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs findet.

Der Herr Generalgouverneur führt sodann Prof. Dr. Teitge in die Aufgaben und Pflichten seines neuen Amtes ein.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Prof. Dr. Teitge, daß er sich aus seiner Tätigkeit beim Urban-Krankenhaus in Berlin beurlauben lassen werde, was notwendig sei, weil er sonst seine Prof-essur verlieren würde. Im übrigen ständen seiner

Übersiedlung nach Krakau keine Schwierigkeiten im Wege.

Die Besprechung wendet sich dann der Frage zu, in welcher Weise die Hauptabteilung Gesundheitswesen fürderhin arbeiten solle.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für notwendig, daß hinsichtlich der Behandlung der Fremdvölkischen eine Arbeitsabgrenzung getroffen werden müsse. Präsident Losacker erklärt, daß sich die Hauptabteilung Innere Verwaltung für die ärztliche Seite der Arbeit der Hauptabteilung Gesundheitswesen nicht interessiere. Die Frage jedoch, ob die Polen gesundheitlich gefördert, vernachlässigt oder in welchem Umfange ärztlich betreut werden sollten, in welchem Umfange und Wirkungsgrad man einen Nachwuchs an polnischen Ärzten haben wolle, sei in erster Linie eine politische, erst in zweiter Linie eine ärztliche Frage. Insoweit müßte die Hauptabteilung Innere Verwaltung als politische Abteilung eingeschaltet bleiben. Eine Übereinstimmung müßte zwischen den beiden Hauptabteilungen z.B. hinsichtlich der Fragen der Kleinkinder-Sterblichkeit, der Veranstaltung von Hebammenkursen herbeigeführt werden. Die organisatorische Ausarbeitung der einzelnen Maßnahmen sei selbstverständlich Sache der Hauptabteilung Gesundheitswesen. Für das Bevölkerungs- und Fürsorgewesen bestehe in der Inneren Verwaltung eine Abteilung, die auch einige Anstalten betreue. Diese Anstalten sollten erhalten bleiben.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Professor Dr. Teitge, in seinem Bereich nach Möglichkeiten für die Verwendung von Angehörigen der Braunen Schwesternschaft zu sorgen.

19.1.1943

18^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Landesarbeitsamtspräsidenten Dr. Struve und macht ihm davon Mitteilung, daß er ihn auf Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Bühler zum kommissarischen Leiter der Hauptabteilung Arbeit ernenne. Er überreicht Präsident Struve die Bestallungsurkunde und verpflichtet ihn im Namen des Führers für den Dienst im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur weist dann auf die Aufgaben hin, die Präsident Struve als Leiter der Hauptabteilung Arbeit zu erfüllen habe. Eine seiner vornehmsten Aufgaben werde nach wie vor die Versorgung des Reiches mit Arbeitskräften sein. Andererseits müsse sich selbstverständlich der Leiter der Hauptabteilung Arbeit vor allem der Interessen des Generalgouvernements annehmen; denn in dieser Eigenschaft sei Präsident Struve nicht nur der Sendbote einer Reichsbehörde, sondern auch der Beauftragte der Regierung des Generalgouvernements.

Präsident Struve bemerkt, daß er über diese Frage mit Staatssekretär Dr. Bühler eingehend gesprochen habe und es für selbstverständlich halte, den Intentionen des Herrn Generalgouverneurs zu folgen.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
auf der Burg.)

Krakau

Mittwoch, den 2o.Januar 1943

9^{45} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

1o^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner.

1o^{15} Besprechung mit dem Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz.

1o^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Reichsgesundheitsführer Staatssekretär Dr. Conti in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler.

1o^{50} Der Herr Generalgouverneur begibt sich in Begleitung der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Conti zur Verwaltungsakademie.

11^{00} Eröffnung des Wintersemesters 1942/43 der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur ergreift hierbei das Wort zu folgender Eröffnungsansprache:

Ich habe im Januar 1942 den ersten Jahreskurs der Verwaltungsakademie Krakau eröffnet. Heute eröffne ich die Arbeiten der Verwaltungsakademie für das Jahr 1943.

Die Aufgaben, die die Verwaltungsakademien sich im Reich gestellt haben, sind ursprünglich, allgemein und auch konkret von größtem Interesse. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß mit den zunehmenden Problemen, die uns das Kriegsgeschehen aufbürdet, auch eine zunehmende Intensivierung der Verwaltungsarbeiten auf allen Gebieten einsetzen muß und daß infolge der zahlreichen Einberufungen zur Wehrmacht und infolge der einschneidenden Neuregelungen, die das Kriegsgeschehen auf allen Gebieten mit sich bringt, eine solche Fülle von Mehrarbeit eingetreten ist, daß ein dauerndes Aufdemlaufendenbleiben der Beamten und Angestellten schlechterdings zur Lebensnotwendigkeit der Verwaltung wird. Ich begrüße daher das Wirken der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements ganz außerordentlich und werde auch in Zukunft Ihnen, Herr Staatssekretär, und Ihren Mitarbeitern auf diesem Gebiete alle Fürsorge zu teil werden lassen. Ich möchte auch von dieser Stelle aus an alle Beamten und Angestellten des Generalgouvernements den Appell richten, sich an den Arbeiten der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements rege zu beteiligen.

Wir müssen uns zum Staat als einer notwendigen Einrichtung bekennen. Er ist nicht ein müdes, bürokratisches, mattes sterbensreifes Gebilde, das man mit ein paar billigen Sprüchen von Papierkrieg und derartigem abtun kann. Der Staat als technisches Rückgrat der Gemeinschaftsordnung ist gerade im Kriege von einer ungeheuren Bedeutung. Ob diese technische Apparatur des Staates in Gang ist oder nicht, in Gang bleibt oder nicht, davon hängt das Schicksal des Volkes genau so ab wie vom Schicksal der Wehrmacht.

Die Existenz der Verwaltungsakademien ist ja auch eine Bejahung der fachlichen Arbeit im Dienste des Staates. Dilettanten kann man auf allen Gebieten schlecht gebrauchen, im Dienste des Staates sind sie völlig unmöglich. Alles muß gelernt sein, ganz besonders aber die Verwaltungsarbeit. Die Meinung, daß jeder, der gut plaudern kann, der fesch auftreten kann, der irgendeine Vorbildung hat, für die allgemeine Verwaltung tauglich ist, ist irrig. Die Vorbildung, Schulung und vor allem auch die aufrechte erhaltung des Selbstbewußtseins des deutschen Beamtentums als des Trägers einer der wichtigsten Gemeinschaftseinrichtungen ist daher lebensnotwendig für die Existenz unseres Volkes. Jeder Theorie gegenüber, die etwas anderes sagt, muß gerade auf diese Lebensnotwendigkeit verwiesen werden.

Wir haben im Generalgouvernement eine neue staatliche Einrichtung aufgebaut; darüber brauche ich mich heute nicht besonders zu äußern. Ich möchte nur diese Gelegenheit benützen, um allen Beamten und Angestellten des Generalgouvernements in allen Dienststellen in der Regierung, in der allgemeinen Staatsverwaltung, in der Fachverwaltung, im Sicherheitswesen meinen herzlichsten Dank und meine ganze Anerkennung für das zum Ausdruck zu bringen, was hier geleistet wurde und wird und noch geleistet werden muß. Die Aufrechterhaltung der Führungs- und Verwaltungsstabilitäten in diesem Raum ist vor allem im Hinblick auf die so außerordentlich ernst tobende Durchsetzungsschlacht im Osten unsere Aufgabe. Wir sind im Generalgouvernement der Front, dem Geschehen im Osten sehr nahe, und daher muß dieser geordnete Block Generalgouvernement als ein fester Rückhalt hinter den kriegerischen Ereignissen im Osten liegen. Daraus ergibt sich auch, daß wir hier die Fortbildung unseres Beamtentums, seine geistige Aufrichtung und charakterliche Festigung im gesamten staatlichen Ordnungsbereich durchzuführen haben.

Um die Bedeutung der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements besonders zu unterstreichen, bemühen wir uns, besonders prominente Gäste aus dem Reich zu den Eröffnungsveranstaltungen nach hier zu bekommen. Es ist mir eine herzlich geübte Pflicht, Sie, Parteigenosse Dr. Conti, im Namen aller Anwesenden und im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements willkommen zu heißen. Daß Sie, der Sie doch buchstäblich ununterbrochen am Werke sind, die Zeit gefunden haben, hier in Krakau zu uns über hochwichtige Themen Ihres Bereiches zu sprechen, sei Ihnen besonders gedankt.

Das Gesundheitswesen ist bestimmt, durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei auf eine allgemeine Höhe gebracht zu werden, wie sie unserer Rasse- und Volksgesundheitsanschauung entspricht. Die Gesundheit unseres Volkes ist das höchste und wertvollste Gemeinschaftsgut. Ihr dienen letzten Endes alle Bestrebungen und alle Aufgaben der öffentlichen Ordnung. Die Gesunderhaltung unseres Volkes ist auch die Voraussetzung der Zukunft unserer Nation.

Sie, Parteigenosse Dr. Conti, können fest davon überzeugt sein, daß die Führung und Verwaltung des Generalgouvernements Ihnen und Ihren Männern nicht genug dankbar sein kann für das, was die deutschen Ärzte in diesem Raum unter den schwierigsten Verhältnissen aufgebaut haben. Die deutschen Ärzte, die hier in geringer Zahl tätig sind, haben im Generalgouvernement ein Gesundheitswesen aufgebaut, das es uns im wesentlichen ermöglichte, mit den großen drohenden Gefahren, die über diesen Raum gesundheitsmäßig hereinzubrechen schienen, fertig zu werden. Diesen Ärzten, den Pionieren der deutschen Gesundheitsführung in diesem Raum sei gedankt.

In Anerkennung der hervorragenden Bedeutung der Gesunderhaltung des deutschen Volkes und in Anerkennung der hervorragenden Arbeit der deutschen Ärzte im Osten habe ich mich entschlossen, eine eigene Hauptabteilung Gesundheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements zu errichten. Ihnen~~,~~ Reichsgesundheitsführer Dr. Conti, will ich dadurch den Beweis erbringen, daß die modernste Staatsverwaltung auch der Gesundheitsführung den ihr entsprechenden Rang eines Zentralressorts zubilligt. Die Verordnung tritt heute in Kraft. An die Spitze dieser neugegründeten Hauptabteilung Gesundheitswesen habe ich Ihrem Vorschlage entsprechend Professor Dr. Teitge aus Berlin berufen.

Ich bitte Sie, Parteigenosse Dr. Conti, aus Anlaß dieses in der Verwaltungsgeschichte des deutschen Reiches erstmaligen und einzigartigen Vorganges, daß das Gesundheitswesen innerhalb einer Landesregierung zur Hauptabteilung erhoben wird, zu uns zu sprechen.

Reichsgesundheitsführer Dr. Conti spricht anschließend über das Thema:

Die Gesundheitssicherung des Deutschen Volkes im Kriege.

Staatssekretär Dr. Bühler schließt die Eröffnungsveranstaltung 1942/43 der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements in der Aula der ehemaligen Neuen Universität in Krakau mit Dankesworten an den Herrn Generalgouverneur und den Reichsgesundheitsführer sowie mit dem Gruß an den Führer.

2o.1.1943

12^{30} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß die Uraufführung des Schauspiels "Kopernikus" von Bethge im Staatstheater Krakau stattfinden soll. Es werde allerdings notwendig sein, einige Schauspieler aus dem Reich für diese Aufführung heranzuziehen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude über diese Veranstaltung Ausdruck und beauftragt Präsident Ohlenbusch, mit Intendanten Stampe die weiteren Einzelheiten zu besprechen.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Ministerialdirigenten im Reichsinnenministerium von Schönfeld, den Ministerialrat Ullrich und den Oberbaurat Wenzel vom gleichen Ministerium in Gegenwart des Hauptabteilungspräsidenten Dr. Losacker und des Regierungsrats Manzano.

Gegenstand der Besprechung ist die Errichtung einer Verwaltungsschule im Generalgouvernement. Präsident Dr. Losacker berichtet über Verhandlungen, die am Vortage mit den Herren vom Reichsinnenministerium beim Staatssekretär Dr. Bühler stattgefunden haben. In dieser Besprechung seien drei Projekte einer eingehenden Prüfung unterzogen worden. Von Wichtigkeit sei vor allem, daß das Generalgouvernement bei der endgültigen Schaffung einer Reichsverwaltungsschule eingeschaltet bliebe. Für Krakau selbst gebe es bereits ein Gebäude, daß an sich räumlich den schulischen Erfordernissen durchaus genüge. Schwierig sei allerdings die Frage der Unterbringung der Kursteilnehmer.

20.1.1943

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Genugtuung über die erfreuliche Zusammenarbeit der Dienststellen des Generalgouvernements mit dem Reichsinnenministerium Ausdruck. Es werde auch fernerhin seine und der Hauptabteilungen Aufgabe sein, diese gute Zusammenarbeit zu pflegen.

Ministerialdirigent von Schönfeld bemerkt, daß nach Ansicht des Reichsinnenministeriums der junge Beamte unbedingt den Osten kennenlernen müsse. Deswegen werde auch Wert darauf gelegt, daß die Verwaltungsschule in Krakau errichtet werde.

Der Herr Generalgouverneur weist auf die große Bedeutung einer Schulung der Beamten im Osten und auch im Generalgouvernement hin: erstens würden die Beamten, wenn sie im Osten Verwendung finden, gleichwohl dem Reich nicht entfremdet; sie würden erkennen, daß die Verwaltung des Generalgouvernements nicht vom Reich losgelöst sei, sondern nur eine völlig neuartige Form der Verwaltung darstelle, die der Führer für ein bestimmtes Gebiet ausersehen habe. Zweitens sei diese Art der Verwaltung ein Muster dafür, wie man allenfalls koloniale Verwaltungen überhaupt aufziehen könne. Diese Verwaltung werde nicht vom Gesichtspunkt des Interesses des beherrschten Volkes aus aufgebaut, sondern maßgebend sei das Interesse des übergeordneten Volkes. Drittens: wenn der Beamte des Ostens das Bewußtsein habe, daß er nach wie vor zum Reich gehöre, so trage diese Tatsache auch zur Verwurzelung des Deutschtums im Gebiet des Generalgouvernements bei.

Im Anschluß an die Besprechung besichtigt der Herr Generalgouverneur das Modell des Baues einer Verwaltungsschule für das Generalgouvernement.

20.1.1943

13^{00} Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet in Gegenwart des Reichsgesundheitsführers Staatssekretär Dr. Conti, der Staatssekretäre Dr. Bühler und Krüger sowie des Oberlandesgerichtsrats Dr. Weh den Entwurf

> einer Verordnung über die Errichtung der Hauptabteilung Gesundheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements.

Anschließend findet eine kurze Besprechung statt, in welcher der Herr Generalgouverneur dem Staatssekretär Dr. Conti einen Überblick über die Aufgaben und Zuständigkeiten der Hauptabteilung Gesundheitswesen gibt.

20.1.1943

13^10 Feierliche Einführung des Professors Dr. Teitge in das Amt des Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements.

An dem feierlichen Akt nehmen die Staatssekretäre Dr. Bühler, Krüger und Dr. Boepple, der Reichsgesundheitsführer Staatssekretär Dr. Conti, mehrere Hauptabteilungspräsidenten und Hauptabschnittsleiter Stahl teil.

Der Herr Generalgouverneur ergreift das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Herren! Ich heiße Sie nochmals auch im Namen der Staatssekretäre der Regierung des Generalgouvernements auf dieser Burg herzlichst willkommen. Herr Reichsgesundheitsführer Dr. Conti, Ihnen danke ich besonders für Ihr Erscheinen. Ich begrüße den Anlaß, der uns die Möglichkeit gibt, einen Ihrer dringlichsten Wünsche zu erfüllen, den Sie im Rahmen der Reichsgesundheitsführung immer wieder gehegt haben, daß nämlich der Verwaltung des Gesundheitswesens in Form einer staatlichen Organisation das genügende Gewicht beigelegt wird. Ich freue mich, daß die erste Verwaltungsorganisation des Großdeutschen Reiches, das Generalgouvernement, nunmehr ein eigenes Ressort für das Gesundheitswesen erhalten hat. Es ist insofern ein Zeitpunkt verwaltungsgeschichtlich wesentlicher Entwicklung, als hier bei uns zum erstenmal der Gesundheitsführung eines Landes der gleiche Rang wie allen anderen Aufgabenstellungen eines Volkes innerhalb der staatlichen Struktur zuerkannt wird.

Ich habe folgende Verordnung, die soeben durch meine Unterschrift in Kraft gesetzt worden ist, zu verkünden:

In der Regierung des Generalgouvernements wird eine Hauptabteilung Gesundheitswesen errichtet.

Damit ist eine Hauptabteilung gegründet, die neben den Hauptabteilungen Innere Verwaltung, Eisenbahn, Post, Finanzen, Justiz, Forsten usw. die ganz große Funktion der Gesundheitsführung dieses Raumes übernehmen wird.

Auf Ihren Vorschlag, Reichsgesundheitsführer, habe ich nun noch zu verkünden: kraft der mir vom Führer erteilten Vollmachten berufe ich Sie, Herr Professor Dr. Teitge, mit Wirkung vom 2o.Januar 1943 in das Amt eines Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements. Sie sind bereit, dieses Amt zu übernehmen?

(Professor Dr. Teitge: Ja.)

Dann verpflichte ich Sie namens des Führers und Reiches zur Übernahme dieses sehr verantwortlichen Amtes. Ich bitte Sie, die Bestallungsurkunde in Empfang zu nehmen.

Ich möchte gleichzeitig die Anwesenheit der Herren Hauptabteilungsleiter dazu benutzen, um festzustellen, daß ich mit Wirkung vom 19. Januar 1943 den Parteigenossen Struve zum kommissarischen Leiter der Hauptabteilung Arbeit in der Regierung des Generalgouvernements berufen habe. Ich darf auch Sie in diesem Kreise begrüßen.

Hauptabteilungspräsident Prof. Dr. Teitge dankt dem Herrn Generalgouverneur herzlich für die ihm gewidmeten Worte der Begrüßung, insbesondere dafür, daß der Herr Generalgouverneur durch die Erhebung der Abteilung Gesundheitswesen zur Hauptabteilung anerkenne, was die Ärzteschaft im Generalgouvernement geleistet habe. Er halte es für seine selbstverständliche Pflicht, in treuer, gewisserhafter Arbeit das zu leisten, was von ihm verlangt werde. Durch die Erhebung der Abteilung Gesundheitswesen zu einer Hauptabteilung sei ihm klar geworden, welche Forderungen an ihn gestellt würden. Als Nationalsozialist sei ihm zum Bewußtsein gekommen, welches der eigentliche Sinn dieses Krieges sei, daß nämlich das deutsche Volk einen großen Lebensraum benötige, damit es existieren könne. Er sei hochbeglückt, an dieser Stelle verantwortlich mitarbeiten zu dürfen, und sei gewillt, in absoluter Treue zu Führer und Volk sein Amt auszuüben.

Professor Dr. Teitge schließt mit folgenden Worten: Ich verspreche Ihnen, Herr Generalgouverneur, daß ich Ihre politischen Weisungen als diejenigen des berufenen Vertreters des Führers in hingebender Treue befolgen werde ebenso wie die Ihrer Staatssekretäre. Ganz selbstverständlich werde ich auch den fachlichen Weisungen meines verehrten Reichsgesundheitsführers, mit dem mich seit vielen Jahren eine kameradschaftliche Freundschaft verbindet, Folge leisten. Ich bin stolz darauf, daß er an mich gedacht hat. Ich bin gewillt, in herzlicher Kameradschaft mit meinen Mitarbeitern, den Präsidenten der Hauptabteilungen, wie auch mit meinen engeren Mitarbeitern in der Hauptabteilung Gesundheitswesen zusammenzuarbeiten. Ich verspreche, alle irgendwie gerechtfertigten Belange zu vertreten.

Selbstverständlich bindet mich als Nationalsozialisten auch sehr viel an die Partei. Ich werde stets bemüht sein, ihr und ihren Gliederungen kameradschaftlich entgegen zu kommen, ebenso wie der SS, der Polizei und der Wehrmacht. In diesem Sinne gelobe ich, daß ich mein Amt in treuer Erfüllung dessen, was der Führer von mir erwartet, ausüben werde.

Abschließend spricht dann noch der Herr Generalgouverneur dem stellvertretenden Leiter der Abteilung Gesundheitswesen Dr. Burmann seinen Dank und seine Anerkennung aus.

2o.1.1943

15^{10} Staatssekretär Dr. Boepple legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Schreibens an Reichsmarschall Göring betr. Regelung der Ernteablieferung an das Reich vor. Danach soll eine Aussprache wegen der sehr ernsten und gefahrdrohenden Folgen stattfinden, die mit der völligen Erfüllung des Ablieferungssolls verbunden sein würden. Der Herr Generalgouverneur billigt den Entwurf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf).

Krakau

Donnerstag, den 21.Januar 1943

9⁴⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Krakau.

9⁴⁵ Der Herr Generalgouverneur begibt sich auf den Bahnsteig. Dort haben sich zur Begrüßung eines Transportes von Kindern aus dem Reich, vornehmlich aus der Mark Brandenburg, Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Wendler, Hauptabschnittsleiter Stahl, Major von Dazur, Bannführer Förschle und verschiedene Vertreter von Staat, Partei und Wehrmacht eingefunden. Nachdem der Zug in die Halle gefahren ist, meldet Oberbannführer Förschle dem Herrn Generalgouverneur den ersten Kindertransport aus dem Reiche und teilt dabei mit, daß für Verpflegung und Unterkunft der Kinder, die nach Rabka, Krynica und Zakopane gebracht werden sollten, bestens gesorgt sei. Auch für die Aufrechterhaltung ihrer schulischen Leistungen werde Sorge getragen, und es werde Aufgabe der Führung der HJ im Generalgouvernement sein, sie zu tüchtigen und leistungsfähigen Menschen zu erziehen.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich sodann an ein in der Mitte des Zuges aufgestelltes Mikrophon und richtet folgende Ansprache an die Kinder:

Liebe Kinder! Wir heißen Euch auf dem Boden des Generalgouvernements in der Regierungshauptstadt Krakau herzlich willkommen. Wir freuen uns, daß wir Euch hier im Generalgouvernement eine Zeit froher Erholung verschaffen können. Manche interessanten Eindrücke werden Euch vermittelt werden. Ihr werdet durch Eure Anwesenheit dazu beitragen, den Gedanken an die Deutschheit dieses Gebietes weiter zu vertiefen. Wenn Ihr dann nach einem halben Jahr in das Reich zurückkehrt, dann werdet Ihr Euch hoffentlich gestärkt und erholt haben. Ihr werdet dann anderen Kindern Platz machen, die wir dann ebenso herzlich und freudig hier bei uns aufnehmen werden. Eure Eltern dürfen ganz unbesorgt sein, es wird alles Erdenkliche geschehen, um Euch Heimat und Familie zu ersetzen. Das will ich Euch aber auch sagen: dem Feinde wird es nicht gelingen, uns niederzuzwingen und durch seine Terrorangriffe auf die deutschen Städte uns zu Entscheidungen zu zwingen, die uns allen nur zum Schaden gereichen würden. Was auch der Feind sich an unmenschlichen Taten ausgedacht haben mag, was er auch an Terrorangriffen auf die friedliche Zivilbevölkerung im Schilde führen möge, es wird alles vergeblich bleiben.

Im Namen der Jungen und Mädchen dankt ein Hitlerjunge für die herzliche Aufnahme und verspricht, daß sich die Jungen und Mädchen durch Fleiß und Einsatzbereitschaft der ihnen gewordenen Aufnahme würdig erweisen würden.

Bannführer Förschle bringt das Sieg-Heil auf den Führer aus, und mit den Liedern der Nation findet der eindrucksvolle Akt seinen Abschluß.

10^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Warschau.

15^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs im Schloß Belvedere zu Warschau.

Schloß Belvedere, Warschau

Freitag, den 22.Januar 1943.

10^{15} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith, Schloßhauptmann Liebetrau und Architekt von Palézieux .

Kammergerichtsrat Dr.Keith erläutert anhand eines Reliefmodells die Lage der Gebäulichkeiten innerhalb des Parkes Schloß Belvedere. Der Park habe insgesamt einen Flächeninhalt von 75 ha. Was die Gebäulichkeiten angehe, so gehöre das Botanische Institut mit dem Botanischen Garten zum Eigentum der Universität Warschau. Die Anlage werde heute von der Hochschulverwaltung betreut, der Botanische Garten sei in das Verwaltungseigentum der Kanzlei des Generalgouverneurs überwiesen worden, er unterstehe in vollem Umfange der Verwaltungsstelle Schloß Belvedere und damit der Kanzlei des Generalgouverneurs. In dem zum Botanischen Garten gehörigen Gebäude sei die Sternwarte untergebracht, die man dort auch belassen wolle. Im übrigen beständen noch einige kleine Verwaltungsunklarheiten, so bezüglich eines Hauses, das Direktor Dr.Koblitz vom Institut für Deutsche Ostarbeit erbitte. Gegen die Überweisung dieses Gebäudes an das Ostinstitut seien keine Bedenken zu erheben. Die Einrichtung und Renovierung des Gebäudes würde dann auf Kosten des Instituts für Deutsche Ostarbeit gehen.

Schloßhauptmann Liebetrau bemerkt, daß nicht beabsichtigt sei, den Botanischen Garten in der bisherigen Form weiterzuführen, sondern der Pflege von Kulturpflanzen dienstbar zu machen. Andererseits solle der Charakter eines volkstümlichen, belehrenden botanischen Gartens gewahrt bleiben, immer aber mit Rücksicht auf den Gesamtcharakter des Parkes.

22.I.43.

Anhand des Reliefmodells werden sodann dem Herrn Generalgouverneur die Zweckbestimmungen der einzelnen im Park gelegenen Baulichkeiten erläutert.

Schloßhauptmann Liebetrau gibt dann dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die Wirtschaftsbetriebe der Verwaltung. Er kann berichten, daß die Ausbeutung und landwirtschaftliche Ausnutzung von zum Park gehörenden Flächen eine Ausbeute von 600 Zentnern Kartoffeln gebracht habe. Auch sei es möglich gewesen, 300 Zentner Heu zu ernten. Angesichts dieser Sachlage sei man dazu übergegangen, eine Viehwirtschaft in gewissem Umfange aufzunehmen. Auf Grund eines Angebotes des zuständigen Kreislandwirtes habe sich die Verwaltung entschlossen, 3o ha Landes, die außerhalb des Parkes lägen, landwirtschaftlich zu nutzen und einer zweckdienlichen Bebauung zuzuführen.

Kammergerichtsrat Dr.Keith äußert gegen die Durchführung dieses Planes Bedenken. Er weist darauf hin, daß man zunächst die Gärtnerei, die einen großen Umfang angenommen hätte, eingestellt habe. Der Verkauf von Gemüse und Blumen aus dieser Handelsgärtnerei habe zu gewissen Mißhelligkeiten geführt. Wenn jetzt außerhalb des Parkes noch ein weiterer landwirtschaftlicher Betrieb übernommen würde, so sähe er darin eine gewisse Gefahr.

Schloßhauptmann Liebetrau wolle offenbar vor allem der polnischen Gefolgschaft mit Hilfe der aus der Bebauung dieses Ackers zu gewinnenden Lebensmittel eine zusätzliche Nahrungsmittelversorgung leisten. Die Notwendigkeit für eine solche Maßnahme habe sich seines Erachtens bisher noch nicht gezeigt.

22.I.1943.

Schloßhauptmann Liebetrau erwidert auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß man durch Ausnutzung des genannten landwirtschaftlichen Grundstücks eine gewisse Menge von Getreide, Kartoffeln, Kraut, Rüben usw. zu gewinnen hoffe. Der Ertrag der Fläche solle an die polnische Gefolgschaft zur Verteilung kommen, die im Betrieb der Schloßverwaltung tätig sei.

Der Herr Generalgouverneur kann sich der Berechtigung des von Schloßhauptmann Liebetrau dargelegten Planes nicht verschließen, umsoweniger, da z.B. auch SS und Polizei heute mit Billigung des Präsidenten Naumann dazu überggegangen sei, eigene Güter zu erwerben. Er würde sich gegen den Plan aussprechen müssen, wenn es sich etwa um die Übernahme eines Gutes handelte, da aber nur eine an sich freie landwirtschaftliche Fläche in Frage komme, beständen seines Erachtens gegen die Durchführung eines solchen Planes keine Bedenken, umsoweniger, da es sich ja in vorliegendem Falle nicht um etwas endgültiges, sondern nur um eine Notmaßnahme handle. Voraussetzung müsse allerdings sein, daß die Bewirtschaftung dieser landwirtschaftlichen Fläche mit dem bereits vorhandenen Personal durchgeführt werden könne.

Schloßhauptmann Liebetrau bestätigt, daß das vorhandene Personal, das für den Gartenbetrieb verwendet werde, für die Bewirtschaftung dieser landwirtschaftlichen Fläche ausreichend sei. Zu Bedenken sei ferner, daß man hinsichtlich der Gerätschaften und Maschinen für die Bebauung dieses Ackers kaum mit Schwierigkeiten zu rechnen habe.

22.1.1943

Kammergerichtsrat Dr. Keith betont, daß er dem Plan des Schloßhauptmanns Liebetrau grundsätzlich nichtablehnend gegenüberstehe, sondern nur seine Bedenken besonders hinsichtlich der richtigen Auswahl eines Überwachers dieses Betriebes geäußert habe. Der bisherige Gutsverwalter Graf scheine ihm nicht so tüchtig zu sein, um als Leiter eines solchen Betriebes in Betracht zu kommen. Die Hauptschwierigkeit liege seines Erachtens darin, daß man ein 2 km vom Schloßpark entfernt liegendes landwirtschaftliches Grundstück kaum werde bewirtschaften können. Voraussichtlich bedarf es für die Bewirtschaft des Grundstückes der Anlegung eines kleinen Vorwerkes, vielleicht müßte der Leiter dieses Betriebes dort auch seine Wohnung haben. Gegen diese Ausweitung des Betriebes der Schloßverwaltung habe er seinerzeit seine erheblichen Bedenken geäußert.

Demgegenüber weist Schloßhauptmann Liebetrau darauf hin, daß man ihm einen berufenen polnischen Landwirt für diesen Zweck zur Verfügung gestellt habe. Der Erstellung neuer Gebäulichkeiten auf diesem Grundstück bedürfe es nicht, ein Unterstellraum für Geräte und Maschinen würde vollauf genügen.

Kammergerichtsrat Dr. Keith gibt noch der Befürchtung Ausdruck, daß Schloßhauptmann Liebetrau seine Arbeitskraft vielleicht zu stark auf diesen neuen Betrieb konzentrieren würde. Auch müsse er seine Bedenken gegen die räumliche Entfernung des Grundstücks vom Schloßpark nach wie vor aufrechterhalten.

Schloßhauptmann Liebetrau glaubt diese Bedenken mit dem Hinweis darauf zerstreuen zu können, daß man die Bewirtschaftung dieses landwirtschaftlichen Grundstücks einem ausgesprochenen Fachmann überlassen würde, der früher selbst ein großes Gut gehabt habe. Zudem stehe ihm, Liebetrau, der Kreislandwirt jederzeit mit Rat und Tat zur Seite.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob gegen die Durchführung dieses Planes von seiten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft irgendwelche Einwendungen erhoben werden könnten, erwidert Schloßhauptmann Liebetrau, daß mit Präsident Naumann über diese Frage bereits gesprochen worden sei. Wichtig sei für die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft immer nur die Frage, ob sie wie in anderen Fällen etwa Zuschüsse für diesen landwirtschaftlichen Betrieb zahlen müßte, was aber hier nicht in Frage komme. Das Risiko der Übernahme dieses Betriebes sei auch deshalb sehr gering, weil es sich um vorwiegend guten Boden handle.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Herrn Kammergerichtsrat Dr. Keith, nach Darlegung der Sachlage seine Bedenken zurückzustellen.

Angesichts der Tatsache, daß es sich um kein landwirtschaftliches Gut, sondern lediglich um ein arrondiertes Gesamtgrundstück mit einer Fläche von annähernd 100 Morgen handelt, daß dort ein guter Boden vorhanden ist und die Entfernung des Grundstücks vom Belvedere-Park nur 2 km beträgt, und angesichts der Erklärung des Schloßhauptmanns Liebetrau, daß das Grundstück mit dem eigenen Personal der Schloßverwaltung Belvedere bewirtschaftet werden kann, erklärt sich der Herr Generalgouverneur mit der Durchführung des von Herrn Schloßhauptmann Liebetrau dargelegten Planes einverstanden. Weiter stellt der Herr Generalgouverneur ausdrücklich fest, daß es sich im vorliegenden Fall nur um einen Hilfs- bzw. Behelfsbetrieb handeln dürfe, der in keiner Weise den gleichen Rang mit dem Betrieb der Schloßverwaltung Belvedere beanspruchen dürfe.

22.1.1943

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Kammergerichtsrat Dr. Keith, daß es zur Übernahme dieses Betriebes durch die Schlossverwaltung Belvedere keiner Entscheidung des Leiters der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft bedürfe.

1o^{5o} In Begleitung des Kammergerichtsrats Dr. Keith, des Schloßhauptmanns Liebetrau und des Architekten von Palézieux macht der Herr Generalgouverneur einen Gang durch den Park, bei welchem ihm die Zweckbestimmung der einzelnen Gebäulichkeiten erläutert wird.

Darauf besichtigt der Herr Generalgouverneur den Gutshof sowie die Vieh- und Pferdebestände.

Weiter werden die Gewächshäuser durch den Herrn Generalgouverneur besichtigt.

In einer anschließenden Besprechung gibt der Herr Generalgouverneur seiner Anerkennung über die vorbildliche Verwaltungsarbeit des Schloßhauptmanns Liebetrau Ausdruck, die oft unter schwierigsten Verhältnissen habe durchgeführt werden müssen.

Kammergerichtsrat Dr. Keith hält sodann dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über die verwaltungsrechtliche und finanzielle Stellung der Schloßverwaltung Belvedere im Rahmen der Kanzlei des Generalgouverneurs.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Architekt von Palézieux, daß die Kosten des Umbaues des Schlosses Belvedere sich auf etwa 5 1/2 Millionen Zloty beliefen, eine Summe, die zwar in Friedensverhältnissen als ziemlich hoch angesehen werden, in heutiger Zeit aber als erträglich bezeichnet werden müsse.

22.1.43.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, daß hier der Staat Generalgouvernement ein Objekt geschaffen habe, das eine Kapitalanlage von bleibendem Werte darstelle.

Nach dem Werdegang und den Fähigkeiten des neu eingestellten Hausdirektors Trabold gefragt, erwidert Schloßhauptmann Liebetrau, daß er sich in der kurzen ihm zur Verfügung stehenden Zeit noch kein abschließendes Bild über ihn habe machen können. Er habe aber mehrfach leitende Stellen innegehabt, sei auch selbst Restaurateur gewesen und verfüge über gute Zeugnisse.

In diesem Zusammenhang macht Kammergerichtsrat Dr.Keith den Vorschlag, Haushofmeister Trabold/‾in den Dienst der Burgverwaltung Krakau zu übernehmen und dem bisherigen Hausdirektor Haberstich seine Stellung zu kündigen, da er angesichts seines vorgeschrittenen Alters den an ihn gestellten Anforderungen nicht mehr recht genüge. Der Herr Generalgouverneur erklärt sein Einverständnis damit, daß dem Haushofmeister Haberstich zum 1.April ds.Jahres seine Stellung gekündigt und ihm ein ehrenvoller Abgang gewährleistet werde./‾vorübergehend

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Kammergerichtsrat Dr.Keith, daß die Zusammenarbeit der Kanzlei des Generalgouverneurs mit der Außenstelle Schloß Belvedere bisher reibungslos von statten gegangen sei und nicht zu den geringsten Schwierigkeiten geführt habe. Auch von seiten der Distriktsverwaltung seien keine Schwierigkeiten gemacht worden. Die Übernahme des Schlosses Belvedere in die eigene Verwaltung der Kanzlei des Generalgouverneurs habe sich als durchaus zweckmäßig und nützlich erwiesen.

22.I.1943.

Im Anschluß an diese Besprechung hat der Generalgouverneur eine kurze Unterhaltung mit Haushofmeister Trabold, in der dieser dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die ihm gestellten Aufgaben gibt.

13^{10} Frühstück

16^{00} Besichtigung des Schlosses Lazienki durch den Herrn Generalgouverneur.

Warschau, Belvedere.

Sonnabend, den 23.Januar 1943.

10^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs in die Stadt und Besuch der Deutschen Buchhandlung.

16^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer Dr.Pfeiffer

Dr.Pfeiffer teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß die Arbeiten der Internationalen Rechtskammer in voller Ruhe und im Interesse aller beteiligten Landesgruppen fortgesetzt würde. Er habe im Namen des Herrn Generalgouverneurs in dessen Eigenschaft als Präsident der Internationalen Rechtskammer den Vertreter der Bulgarischen Landesgruppe, Professor Dr. Dikoff, Sofia, empfangen. Weiter berichtet Dr.Pfeiffer, daß Kroatien der Internationalen Rechtskammer beigetreten sei. Auch zeige Professor Hataya/Finnland, reges Interesse an der Arbeit der Internationalen Rechtskammer, wie überhaupt das Interesse an der gesamten Arbeit der Internationalen Rechtskammer ständig zunehme.

Dr.Pfeiffer legt dem Herrn Generalgouverneur dann den Entwurf einer Änderung der Satzung der Landesgruppe Deutschland der Internationalen Rechtskammer zur Unterzeichnung vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet diese Satzungsänderung, die damit in Kraft gesetzt wird.

Der Herr Generalgouverneur empfängt den Pressechef Dr.Dresler. Dieser berichtet über die Pressearbeit in Berlin angesichts der außergewöhnlich ernst werdenden politischen und militärischen Lage.

16^{45} Tee.

Warschau-Schloß Belvedere

Sonntag, den 24.Januar 1943

lo^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Fischer und Amtschef Dr. Hummel.

lo^{30} Gouverneursitzung.

(Siehe Beiakten)

13^{40} Mittagessen.

Warschau

Montag, den 25.Januar 1943

10^{15} Arbeitssitzung.

Thema: Polizei- und Sicherheitsfragen.

(Protokoll s. Beiakten)

15^{15} Mittagessen.

16^{45} Besprechung mit Pressechef Gassner und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

Dienstag, den 26.Januar 1943

9^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

10^{10} Wirtschaftssitzung.

(Protokoll s.Beiakten)

11^{40} Arbeitssitzung.

Thema:
1. Clearing und Haushaltswesen
2. Ernährungssituation
   Ablieferungen an das Reich-Spritforderung
3. Verkauf von Rüstungswerken
4. Werke des Generalgouvernements
5. Judeneigentum

(Protokoll s. Beiakten)

14^{00} Mittagessen.

15^{40} Fortsetzung der Arbeitssitzung.

Warschau

Mittwoch, den 27.Januar 1943

10^{00} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky.

19^{00} Konzert des Orchesters der Stadt Warschau.

Warschau

Donnerstag, den 28.Januar 1943

9^{30}

bis

13^{30} Besichtigung von Einrichtungen der Oberfeldkommandantur Warschau durch den Herrn Generalgouverneur

19^{00} Abendessen, gegeben von Generalleutnant von Rossum.

Warschau

Freitag, den 29. Januar 1943

9^{00} Besichtigung des Fliegerhorstes Warschau durch den Herrn Generalgouverneur.

16^{00} Kaffeetafel für die Gefolgschaftsmitglieder der Verwaltung Schloß Belvedere.

Sonnabend, den 30.Januar 1943

9^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Heldenfriedhof.

Der Herr Generalgouverneur legt an den Gräbern der Gefallenen einen Kranz nieder.

9^{40} Kranzniederlegung auf dem Evangelischen Friedhof an den Gräbern ermorderter Volksdeutscher.

10^{30} Besuch des Reservelazaretts VIII durch den Herrn Generalgouverneur.

11^{30} Besichtigung des Deutschen Hauses in Warschau durch den Herrn Generalgouverneur.

12^{00} Besichtigung des Hauses der Deutschen Kultur in Warschau durch den Herrn Generalgouverneur.

12^{15} Besichtigung von Einrichtungen der Stadtverwaltung Warschau durch den Herrn Generalgouverneur.

13^{30} Frühstück, gegeben von Stadthauptmann Leist.

16^{00} Tee - Empfang im Schloß Belvedere, an dem Generalleutnant von Rossum und Generalmajor Menzel sowie mehrere Offiziere teilnehmen.

61

Sonntag, den 31. Januar 1943

1o⁰⁰ Kundgebung im Hause Roma anläßlich der 10jährigen Wiederkehr des Tages der Machtergreifung.

Nach einleitenden Worten des Gouverneurs des Distrikts Warschau, Dr. Fischer, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Deutsche Warschaus! Kameraden der Wehrmacht!

Die Worte, die gestern Adolf Hitler gefunden hat, um den Gesamteindruck der Lage auf ihn und das deutsche Volk zu formulieren, sind auf dem Wege des Sieges einer der markantesten und entscheidendsten Punkte. Sie wissen, daß in allen Dingen des Lebens, in denen es um Grosses geht, es nicht so sehr entscheidend ist, welche Ziele man sich gesteckt hat, sondern entscheidend ist, daß man dem Ziel, das man sich gesteckt hat, mit allen Kräften treu bleibt.

Ich glaube, daß hier in diesem Raum, wo sich nunmehr die Deutschen Warschaus in ihren Vertretern sammeln, Klarheit darüber besteht, daß das Ziel dieses Krieges die großartigste Befreiungstat ist, die die Weltgeschichte überhaupt kennt, ausgeführt und ermöglicht durch den größten Mann, der jemals in der Weltgeschichte aufgetreten ist, durch Adolf Hitler, und daß diese Entscheidung uns auch verpflichtet, der Zeit und dieses Mannes würdig zu sein, den uns das Schicksal in unserer gräßlichsten Verlorenheit geschickt hat. Heute tagen wir hier in Warschau in einer nationalsozialistischen Kundgebung und halten das schon für etwas Selbstverständliches. Wir vergessen dabei vielleicht, daß vor 10 Jahren hier in Warschau die Repräsentanz einer sogenannten polnischen Republik regierte, deren ganzes Sinnen und Trachten der Kampf gegen Deutschland war. Gerade wir hier können daher ermessen, was das weltgeschichtliche Ziel Adolf Hitlers, die Befreiung des deutschen Volkes von unwürdigen Sklavenketten, bedeutet. Ich muß sagen: Die Treue zu der Methode, die Treue zum Kriegsdienst, die Treue zur Erfüllung der uns gestellten Aufgaben sind schlechterdings der Inhalt unseres Lebens überhaupt geworden. Keiner von uns hat bisher eine Leistung aufzuweisen oder eine Zielsetzung gehabt, die derjenigen gleichen würde, Mitkämpfer Adolf Hitlers in dieser entscheidendsten Stunde unseres Volkes zu sein. Daher kann auch keiner sagen: Meine Aufgabe ist die und die, ich will mich jetzt wieder meinen persönlichen Dingen widmen, ich will schauen, daß ich mit meinem Geschäft oder in meinem persönlichen Arbeiten vorankomme, ich muß schauen, daß ich dieses oder jenes erledige und daß ich irgendwie durch den Krieg komme. Meine Volksgenossen, ich kann Ihnen sagen: Es kommt keiner durch diesen Krieg, es sei denn als Soldat oder als Mitstreiter des Führers. Durch diesen Krieg schleicht sich keiner erbärmlich hindurch! Ich weiß, meine lieben Volksgenossen, daß gerade Sie hier in Warschau Gelegenheit haben, den Atem der Front zu spüren. Unausgesetzt ziehen hier in Warschau die Kolonnen durch, hier landen die Flieger, hier ist das Herz des Transportwesens, hier ist die große Zentrale des nördlichen Generalgouvernements für den ganzen Nachschubverkehr. Sie sehen unausgesetzt die Soldaten unserer Wehrmacht von der Front kommen und wieder zur Front gehen, und Sie spüren daher in ganz besonderem Maße, welche Auswirkung der Krieg auf die Gemeinschaftsarbeit hat. Wir können daher vom Osten aus, da wir hier in Warschau gewissermaßen das letzte wirklich durchgeordnete Stadtgebilde der Front gegenüber besitzen, am besten ermessen, was die entscheidenden Worte des Führers von gestern bedeuten.

Ich habe mich sehr gefreut, Herr Gouverneur

Dr. Fischer, über Ihre Erklärung, daß so wie bisher auch in Zukunft die Deutschen Warschaus ihre Pflicht erfüllen werden. Ich habe bei meinem diesmaligen Aufenthalt Gelegenheit gehabt festzustellen, welche Arbeit hier in dieser Stadt geleistet worden ist. Ich habe gesehen, wie Sie dafür sorgen, daß die Häuser hergerichtet werden, daß ein deutsches Viertel entsteht, daß Kulturstätten erstehen und daß in zunehmendem Maße aus Warschau eine deutsche Stadt und für die Deutschen, die hier leben, eine deutsche Heimat wird. Es hat mich besonders gefreut, zu hören, daß viele tausende deutsche Kinder hier bereits die deutsche Schule besuchen. Dies trägt dazu bei, daß der Front, unseren kämpfenden Soldaten, hier wiederum ein deutsches Gemeinschaftsleben gezeigt und ihnen selbst ermöglicht werden kann.

Ich brauche hier in diesem Raum nicht über große strategische Probleme zu sprechen. Es gibt jetzt viele Siebengescheite, die große strategische Pläne machen und die sagen, an der Front ist das und das passiert. Nichts ist passiert! Die Front im Osten steht und im Frühjahr beginnt die Gegenoffensive, die den Bolschewismus zertrümmern wird! Es ist lächerlich, wenn jetzt nach vier Jahren einer in der Weltgeschichte einzigartig dastehenden Siegesreihe wegen einiger Ereignisse, die da und dort aus strategischen Gründen eingetreten sind, diese alten Duckmäuse wieder herauskriechen zu können glauben. Das Deutschland von heute ist aus Stahl, und nicht aus Phrasen zusammengesetzt! Die Stimmung des deutschen Volkes ist ebenso klar, so eindeutig und so siegessicher, wie die Stimmung derer, die in Stalingrad lieber ihr Leben hingeben, als den Glauben an Deutschlands Sieg.

Sie wissen auch, gerade Sie, die Deutschen in Warschau, daß wir als Volk eine ungeheuere Qualität besitzen. Zwanzigtausend Deutsche in Warschau haben es verstanden, aus dieser Stadt, in der angeblich eine Million Polen leben, eine deutsche Stadt zu machen. Diese Qualität des Deutschen hat bisher dem deutschen Volk noch niemand nachgemacht. Es kann sich sowohl der Frontsoldat wie die Heimat, Frau, Mann und Kind, darauf verlassen, daß Adolf Hitler - der Gottlob nicht nur der erste Bürger Deutschlands, sondern auch der erste Soldat Deutschlands ist - diese Entschlossenheit zum Inhalt seines Lebens gemacht hat. An diesen Brocken wird sich Herr Churchill seine sämtlichen Zähne ausbeißen.

Daher soll man nun auch nicht immer glauben, eine Aufrichtung sei notwendig. Was ist denn unser Schicksal? Glaubt denn irgendeiner, daß die Freiheitssprüche der angelsächsischen Plutokraten oder gar des Moskauer Kremls einmal in die Tat umgesetzt werden würden einem unterlegenen Deutschland gegenüber? Das deutsche Volk würde in eine Sklaverei hineingeführt werden, der gegenüber der Versailler Friedensvertrag geradezu eine Schonung Deutschlands war. Unsere Feinde würden unser Vaterland zerfetzen, würden der deutschen Nation die ältesten Kolonisationsgebiete rauben, unsere Wirtschaft zerstören, unseren Staat zertrümmern und man würde uns jede Möglichkeit zum Leben rauben in jeder Form, die nur irgendwie denkbar ist. Das muß heute jeder vor Augen haben. Es könnte irgendeiner kommen und sagen: Ja, ich bin Deutscher aber ich habe mich innerlich nie so ganz mit dem Nationalsozialismus verstanden, bitte schont mich! Man würde ihm entgegenhalten: Du bist ein Deutscher und deshalb wirst Du vernichtet! So ist die Lage und wir müssen uns daher in diesem totalen Krieg darauf einstellen, daß jeder Deutsche ein totaler Krieger wird und daß jeder Deutsche, ganz gleich ob Mann oder Frau, ob Junge oder Mädchen, sich darüber klar wird, daß wir noch niemals in unserer Geschichte so vor den letzten Entscheidungen standen: Entweder Aufstieg zur endgültigen Freiheit oder Untergang in einer endgültigen Sklaverei.

Wir wissen, meine lieben Volksgenossen, und der Führer weiß es zuerst, daß dieser Krieg Opfer verlangt. Es gibt kein Opfer, das der Führer dem deutschen Volk und dem deutschen Soldaten zumutet, das er nicht selbst gebracht hat, bringt oder jederzeit bringen würde. Daher ist es klar, daß in dieser totalen Kriegsführung, der wir entgegengehen, kein Platz ist für irgendeine Form von Kriegsgewinnlertum, kein Platz für Spekulanten oder für solche, die glauben, mit den Wunden des Soldaten oder mit dem Leid des Volkes ihr Geschäft machen zu können. Der Wille der Nation zur Selbstverteidigung, der Wille, mit allen Mitteln dem Sieg zu dienen, darf in keiner Weise umgebogen werden. Ich weiß, daß gerade wir hier im Generalgouvernement in erster Linie berufen sind, diese Arbeit zu leisten und wir können daher von diesem Platz aus heute dem Führer den Gruß der Deutschen des Generalgouvernements schicken und ihm zurufen: Führer, auf die Deutschen des Generalgouvernements sollst Du Dich mit Stolz und mit Sicherheit verlassen können!

Wir haben drei große Werte, denen die Welt nichts entgegensetzen kann und aus diesen drei Werten schöpfen wir den Sieg. Der erste Wert ist unser Volk. Dieses Volk der deutschen Nation ist berufen, Europa den Frieden und die Sicherung seiner Kultur zu gewähren. Dieses Volk der Deutschen mit den größten Denkern, Dichtern, Philosophen und Feldherrn, dieses Volk, das der Welt die größten Ideen und als letzte davon den Nationalsozialismus gebracht hat, dieses Volk ist auch in diesem Augenblick berufen, für den ganzen Kontinent den Widerstand im Namen Europas zu leisten. Dieses Volk der Deutschen ist zu dieser Aufgabe berufen und wir müssen in uns diese Berufung mit Stolz tragen. Wir dürfen und können auf die zweitausend Jahre unserer großen Geschichte schauen. Wir müssen daran denken, daß unsere Vorfahren einmal das dekadente damalige römische Imperium zerstört haben, wir müssen daran denken, wie die großen deutschen Kaiser des Mittelalters das Volk aufgerichtet haben, wie sie dieses grandiose Reich unseres Volkes geschaffen haben und wie sie immer wieder den Ruhm des deutschen Reiches den Sternen entgegenleuchten ließen. Wir müssen daran denken, wie aus diesem Volk durch die Jahrhunderte und Jahrtausende die größten Gestalter menschlichen Denkens und geistiger Systeme aufgestanden sind, wie ein Martin Luther der feilen Welt des vatikanischen Rom den Kampf ansagte, wie aus diesem Volk der Aufstand der Freiheitskriege gegen den Weltzertrümmerer Napoleon Bonaparte losbrach, wie Bismarck erstand, der aus dem Nichts dieses Reich geschaffen hat und wie im Weltkrieg die Reckengestalt Hindenburgs emporstieg, der dann im Jahre 1933 unserem Führer das Reich anvertraut hat. Welch ein historischer Blick! Wo gibt es ein Volk, das so von sich sprechen kann wie wir?

Dieser erste große Siegeswert des Volkes wird ergänzt durch den zweiten großen geschichtlichen Wert: unsere deutsche Wehrmacht. Wo gibt es einen Soldaten in der Welt - ganz gleich, welcher Waffengattung oder welcher Formation er angehört - der so eine Tradition von heroischen Siegen an seine Fahnen geheftet hält, wie der deutsche? Schauen Sie zurück durch die Jahrhunderte und Jahrtausende, was der deutsche Soldat geleistet hat, wie er gekämpft hat und wie er mit seinem Schwert immer die edelsten Güter gedeckt und verteidigt hat. War es nicht diese aus den tiefsten Geheimnissen unserer Rasse aufsteigende heroische Kraft, die nunmehr in Stalingrad die glorreiche Bestätigung gefunden hat: Die deutsche Wehrmacht ist unbesiegt und unbesiegbar! In dieser Wehrmacht gilt für jeden einzelnen das Wort: Ich will nichts für mich, alles für mein Volk. Jeder Soldat tritt ein in diese Gemeinschaft derer, die vor sich die Freiheit ihres Volkes, hinter sich die Schmach ihres Volkes der Vergangenheit und in sich den Triumph der unsterblichen heroischen Seele unserer Nation fühlen. das sind die einsamen Männer der Granattrichter, der U-Boote, die einsamen Besatzungen der Flugzeuge, das ist der einsame Panzer, das ist der letzte Posten in irgendeiner Grabenecke, hinter dem kein Befehl mehr steht, hinter dem kein Vorgesetzter mehr steht, aber der aus sich heraus die Waffe hält und sagt: Mit meiner Brust decke ich Deutschland! Dieser Soldat ist unbesiegbar!

Über diesen zwei Werten, Volk und Wehrmacht, steht krönend ein Glückswert, über den wir verfügen und der der Garant des Sieges ist. Wir werden siegen, weil wir einen Adolf Hitler haben! Wir werden siegen, denn in Adolf Hitler zeigt sich die Wesensvereinigung der besten Werte unseres Volkes mit denen besten deutschen Soldatentums. Er ist ein Mann, der in der Geschichte alle zehntausend Jahre einmal kommt. Seien Sie überzeugt, meine lieben Volksgenossen, daß ein Mann wie dieser, der aus Nichts, ja aus weniger als Nichts, die größte politische Bewegung dieser Zeit aufgerichtet hat, berufen ist zu siegen. Adolf Hitler ist eine einmalige Gestalt. Er ist kein Gajus Julius Cäsar, kein Napoleon Bonaparte und es ist falsch, ihn überhaupt mit irgendeinem historischen Vorbild vergleichen zu wollen. Adolf Hitler ist Adolf Hitler. Er ist einmalig, er hat keine Ahnen unter den Staatsmännern der Welt. Er ist selbst der erste Ahn des kommenden deutschen Volkes. Was wäre aus uns geworden, wenn er nicht gekommen wäre, was wäre aus Europa geworden, wenn er nicht gekommen wäre und was wäre selbst aus denen geworden, die heute seine Gegner in der Welt sind? Dann hätte Stalin Schluß gemacht mit dieser Welt. Wir müssen uns klar sein, daß die Aufgabe, die er gestellt hat, ausgerichtet ist nach seinem Charakter. Wir sehen an Adolf Hitler diese vorbildliche Haltung, die nichts für sich, sondern alles für das Volk will, und es hat keinen Mann in der Welt gegeben, der so tapfer, treu und selbstlos sein Volk geliebt hat wie Adolf Hitler. Es hat aber auch keinen Mann gegeben, über den so offensichtlich der göttliche Segen leuchtet wie über ihn. Daß das der eine oder andere unserer Gegner nicht wahr haben will, kann uns nur bestärken. Wen Stalin bekämpft, der muß vom deutschen Volke geliebt werden. Wer uns die Linie unserer Anschauungen gelehrt hat, wer uns aufgerichtet hat aus der Tiefe und uns den Glauben an uns selbst gegeben hat, wer wie Adolf Hitler von Versammlung zu Versammlung eilte, um die Menschen aufzurufen, wer selbst wie er in jedem Bunker weilt und unaufhörlich die Probleme meistert, die unausgesetzt an ihn heranströmen, der ist berufen, uns alle aufzurufen, entweder ihm zu gehorchen, ihm zu folgen, ihm zu vertrauen, oder unwürdig zu werden der Gemeinschaft. Das deutsche Volk weiß, was es an seinem Führer besitzt und es braucht diesen Hinweis nicht. Man muß nur bedenken, was die Welt darum geben würde, wenn wir einen Adolf Hitler nicht mehr hätten. Man braucht nur zu ermessen, welcher Triumph in der Welt ausbräche, wenn Adolf Hitler nicht mehr wäre. Daß dieser Schmerz des deutschen Volkes die größte Freude der Feinde unseres Volkes wäre, ist klar. Daher haben wir nur ein Gebet zum Himmel: Herrgott, schütze uns den Führer, erhalte ihn uns und gib ihm den Sieg!

So sind in diesen drei Werten Volk, Wehrmacht und Führer, heute für jeden Deutschen die ehernen Bewußtseinsfundamente aufgerichtet, nach denen er seine Pflicht zu erfüllen hat.

Wir Deutsche hier im Generalgouvernement werden uns weiterhin bemühen eine Ordnung aufzurichten und wir werden in dieser Linie fortfahren. Die fremdvölkische Bevölkerung dieses Raumes wird zur Arbeit herangezogen und ich werde in Zukunft mit allen Mitteln versuchen, die fremdvölkische Bevölkerung in noch stärkerem Maße als bisher in den Dienst unserer Werke und unserer Industrie zu stellen. Wenn es in der Welt heißt,

daß die Deutschen ungerecht und hart gegen die Polen vorgegangen seien und daß das Generalgouvernement eine Zerstörungsstätte für das Polentum sei, dann bitte ich Sie folgendes zu bedenken: Unlängst weilte in Moskau eine englische Kommission, die untersuchen sollte, was aus den 1.8 Millionen Polen wurde, die die Sowjetregierung im Verlauf ihrer Okkupation von Galizien und des Wilnagebietes in knapp eineinhalb Jahren nach Innenrußland abtransportiert hat. Von diesen 1.8 Millionen haben sich in dem weiten Rußland nur noch zweihundertzehntausend gefunden, sodaß heute feststeht, daß die Moskauer Sowjetregierung 1.6 Millionen Polen ermordet hat. Was sagt die Welt zu diesem Vorgang? Wir können mit Fug und Recht darauf verweisen, daß das Regime, das wir hier im Namen des Reiches eingerichtet haben, ein unerhört menschliches ist. Wie wären die Polen in Deutschland mit uns umgegangen? Fragen Sie sich das einmal! Ich weiß, es ist schwer, immer die Nerven zu behalten, aber ich appelliere an die Deutschen, allen Schwierigkeiten zum Trotz diese starke Haltung beizubehalten. Wir sind in diesem Land die Vorposten der nachrückenden Deutschen von einst, und wir haben diese Haltung zu wahren vielen Millionen Fremdvölkischen gegenüber. Soweit diese Fremdvölkischen loyal sind und arbeiten, werde ich sogar hoffentlich in nächster Zeit zu einigen Verbesserungen der Lebensmittelversorgung schreiten können. Im übrigen erwarte ich Gehorsam und Hingabe an das gemeinsame europäische Ziel und Hingabe an den Dienst im Namen des Reiches, das auch dafür sorgen wird, daß der Bolschewismus nicht nach Warschau kommt. Da würden die polnischen Pfaffen und Pfarrer schauen, wenn Stalin mit seinen Freiheitstruppen hier einmarschieren würde!
Wir haben das Recht zu verlangen, daß man uns gehorcht! In jedem Fall weiß ich, meine lieben Parteigenossen, daß Sie in dieser Richtung aushalten werden. Wir sind

stark, zum Sieg entschlossen und vor allem tapfer. Uns kriegt man nicht klein!

Deutsche! Wir haben uns in dieser Feierstunde vereint und ich danke Euch für Euer Bekenntnis. Ich weiß, daß Ihr wie bisher Eure Pflicht tun werdet. Ich verlasse Warschau mit der festen Überzeugung, daß Sie, deutsche Männer und Frauen dieses Raumes, alle nur einen Glauben in sich tragen: Adolf Hitler und ein siegreiches Großdeutschland!

(Stürmischer Beifall.)

Mit dem von Gouverneur Dr. Fischer ausgebrachten Sieg Heil und den Liedern der Nation findet die Feierstunde ihren Abschluß.

10^{50} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs vom Haus Roma zum Schloß Belvedere und anschließend nach Krakau.

71

Krakau

Montag, den 1. Februar 1943

10^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{00} Trauung von Stabsleiter Gabelmann-HJ mit Fräulein Laskowsky im Königssaal der Burg.

Bei dem feierlichen Akt hält der Herr Generalgouverneur nach der Trauzeremonie durch den Standesbeamten folgende Ansprache:

Mir obliegt nun, Euren Bund im Namen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei feierlich zu segnen. Dieser Augenblick auf der Burg zu'Krakau ist der Geburtsstunde einer Lebensgemeinschaft geweiht. Sofern in diesem Raum jemals Könige weilten und hier Zepter und Krone erhielten, - sie waren nichts mit ihrer leeren vergänglichen Pracht gegenüber dem deutschen germanischen Leben, das nun in Euch beiden in dieser Burg sieghaft erschienen ist. Dieses Leben unseres Volkes, dessen Zeugen Ihr beide seid, gibt von jetzt ab dieser Burg die Weihe. Wir haben in Eurer Anwesenheit, Parteigenossinnen und Parteigenossen, Kameradinnen und Kameraden, in diesem Festsaal der Burg die erste nationalsozialistische Ehe vor dem staatlichen Repräsentanten geschlossen. Er anerkennt Euch als Eheleute und will, daß die Nachkommenschaft, die aus Eurem Bunde entspringen wird, dereinst den ehelichen Namen einer deutschen Sippe weiterführt.

Wir Parteigenossen und Mitkämpfer geleiten Euren Bund mit dem Segen der Bewegung. Wir segnen Euren Bund, wir segnen die Verbindungsweihe deutscher Sippen zu einem neuen Gemeinschaftsband.

1.2.1943

Bei einer Rückschau in die früheste deutsche Geschichte sehen wir, daß es einer der stolzesten Akte war, wenn sich zwei edle germanische Sippen verbanden. Da trat der junge Mann, geschmückt mit dem Speer der Ahnen und im vollen Glanz der Waffen seines Stammes, dem Vertreter der Sippe seiner Braut gegenüber und bat um ihre Hand. Der Sippenwürdigste - es war meist der Vater, sofern er am leben war - übergab die Braut mit den Segnungen seiner Sippe dem Werbenden. Zum Zeichen, daß nun die weibliche Blüte der eigenen Sippe in den Stamm des Mannes einging, übergab der Sippenälteste dem Bräutigam Schwert und Speer. Mit den Worten: ziehe hin mit dieser Blüte unserer Sippe, ehre und achte sie als Mann, sieh in ihr nicht ein dir willenlos ausgeliefertes Wesen, sondern den treuen Kameraden und den Verewiger deiner eigenen Sippe! In diese hohe Würde strahlte nach unserer germanischen Eheauffassung nicht so sehr die Zeitlosigkeit des Staates, als vielmehr die Ewigkeit des Volkes.

Ich freue mich, Euch beiden den Segen der Bewegung, den Segen unserer herrlichen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, all' ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände, den Segen Eurer Kameradinnen und Kameraden und aller Parteigenossinnen und Parteigenossen des Generalgouvernements mit auf den Weg geben zu können. Gerade in einem Augenblick, da die Wogen des Hasses und der Verderbnis von allen Seiten an unser nationalsozialistisches Reich branden, möge sich in Euch der Glimmerfunke der Liebe entfachen im Bewußtsein der unzerstörbaren Ewigkeit unseres Lebens.

1.2.1943

Ich frage Dich, Kamerad, - willst Du in diesem Sinne mit den Segnungen der Bewegung diese Deine Frau als Kameradin des nationalsozialistischen Kampfes stark und stolz und treu geleiten, dann antworte mit Ja. Und ich frage Dich, junge Frau, willst Du getreu den Pflichten der deutschen Frauen, die gerade in dieser Zeit so leuchtende Opfer bringen, diesem Deinen Dir angetrauten Manne im Sinne des Führers, in seinem Geist und in seiner leuchtenden Reinheit, eine deutsche Frau sein? - Dann möge der Segen des Führers, das unsterbliche herrliche Leben Germaniens in Eurem Bund erstrahlen und Euch geleiten!

15^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Krakau

Dienstag, den 2. Februar 1943

10^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Präsident Dr. Senkowsky.

Gegenstand der Besprechung ist zunächst dei vom Reichswirtschaftsministerium an das Generalgouvernement gestellte Forderung der Lieferung von einer Million Hektoliter Sprit.

Der Herr Generalgouverneur trifft zu Protokoll folgende Feststellung:

> Dem Generalgouverneur wird ein Fernschreiben des Präsidenten der Hauptabteilung Wirtschaft Dr. Emmerich vom 30. Januar vorgelegt, betreffend eine Forderung, die Präsident Kehrl an die Hauptabteilung Wirtschaft wegen dringendst notwendiger Lieferung von Sprit für das Reich gerichtet hat. Der Generalgouverneur verfügt, daß Staatssekretär Dr. Bühler in Verbindung mit den Präsidenten der Hauptabteilungen Wirtschaft, Finanzen, Ernährung und Landwirtschaft prüfen soll, inwieweit und unter welchen Bedingungen allenfalls der Forderung des Reiches entsprochen werden kann.

Weiter stellt der Herr Generalgouverneur zu Protokoll fest:

> Der Präsident der Hauptabteilung Finanzen Dr. Senkowsky überreicht dem Generalgouverneur ein Schreiben des Reichsfinanzministers betr.

2.2.1943

Haushaltsplan des Generalgouvernements. Der Generalgouverneur stellt danach fest, daß der Reichsfinanzminister das Schreiben vom 7.Januar abschriftlich auch dem Reichsminister Dr.Lammers und dem Reichsleiter Bormann zur Kenntnis hat zugehen lassen.

Der Generalgouverneur verfügt, daß bis zum Eingang einer Stellungnahme dieser beiden von dem Reichsfinanzminister in die Debatte gezogenen Persönlichkeiten, die offensichtlich vom Reichsfinanzminister als sachlich mitzuständig angesehen werden, von einer Antwort an den Reichsfinanzminister abzusehen ist.

Der Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler,sich wegen einer unmittelbaren Verhandlung der in diesem Schreiben angeschnittenen Frage mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Finanzen Präsident Dr. Senkowsky und dem Reichsfinanzminister in Verbindung zu setzen.

Der Herr Generalgouverneur weist im übrigen darauf hin, daß der Haushalt genehmigt sei und also eine unmittelbare Gefahr nicht bestehe.

Präsident Dr. Senkowsky gibt zu bedenken, daß er auf diese Weise mit der praktischen Arbeit nicht recht weiter komme, zumal Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh eine Genehmigungsverfügung des Reichsfinanzministers für notwendig erachte. Von Wichtigkeit sei auch die Stellungnahme zu gewissen Fragen, so z.B. derjenigen der Dienstaufwandentschädigung, an der auch Staatssekretär Dr. Bühler interessiert sei.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Dr. Senkowsky, bei seinen Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium den Standpunkt des Herrn Generalgouverneurs deutlich zum Ausdruck zu bringen und vor

2.2.1943

allem zu betonen, daß der Herr Generalgouverneur ausschließlich mit dem Reichsfinanzminister zu verhandeln gedenke.

12³⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Gesandten a.D. Minister Rümmelin.

Gesandter a.D. Rümelin meldet dem Herrn Generalgouverneur, daß er vom 1.Februar 1943 ab eine neue Stellung beim Südost-Europa-Institut in Wien übernommen habe. Er dankt dem Herrn Generalgouverneur für das große Entgegenkommen, das er ihm in seiner Tätigkeit vor allem im Rahmen der Werke des Generalgouvernements stets gezeigt habe.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Gesandten a.D. Rümelin seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus. Er überreicht dem Gesandten a.D. Rümelin einen Original-Holzschnitt mit einem Bilde aus der Stadt Krakau und stellt ihm als weiteres Abschiedsgeschenk ein Exemplar des Behaim-Kodex in Aussicht.

Gesandter a.D. Rümelin dankt dem Herrn Generalgouverneur bewegt für diese Gabe. Er schildert dann noch die Umstände, unter denen Gesandter von Wühlisch am 13. Januar 1943 verstorben ist.

12⁴⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt den Gesandten von Tippelskirch.

Gesandter von Tippelskirch meldet sich zum Dienstantritt bei der Dienststelle des Auswärtigen Amtes in Krakau. Er bemerkt dabei, daß sich sein Auftrag zunächst auf die Zeitdauer von 4 Wochen erstrecke und vorerst den Charakter einer Dienstreise habe.

2.2.1943

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalleutnant von Höberth, der sich von seinem Posten als Oberfeldkommandant in Krakau abmeldet.

Der Herr Generalgouverneur spricht Generalleutnant von Höberth seinen Dank für die großen Dienste aus, die er in seiner Eigenschaft als Oberfeldkommandant dem Generalgouvernement geleistet habe, und gedenkt vor allem des engen kameradschaftlichen Zusammenarbeitens zwischen Verwaltung und militärischen Dienststellen.

Als Abschiedsgabe überreicht der Herr Generalgouverneur Generalleutnant von Höberth einen Original-Holzschnitt aus der Stadt Krakau sowie ein Exemplar des Behaim-Kodex mit eigenhändiger Widmung, die den Satz enthält: Si quis tota die currens pervenit ad vesperam, satis est.

13^{30} Besprechung mit Pressechef Gassner und dem Vertreter des Baedeker-Verlages Steinheil.

Herr Steinheil legt dem Herrn Generalgouverneur das nunmehr fertiggestellte Manuskript des "Baedeker für das Generalgouvernement" vor.

Der Herr Generalgouverneur nimmt eingehend Kenntnis von dem Manuskript und gibt seiner Freude über die vortreffliche Arbeit Ausdruck. Er erklärt sich damit einverstanden, daß dem Text des Buches ein Ausschnitt aus einer seiner Reden vorangestellt wird, und bittet Herrn Steinheil, sich mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh in Verbindung zu setzen, der beauftragt werden soll, eine kleine Abhandlung über die staatsrechtliche Struktur des Generalgouvernements für den Baedeker des Generalgouvernement zu verfassen.

Herr Steinheil erklärt sich bereit, dieser und anderen Anregungen des Herrn Generalgouverneur zu folgen, und bemerkt dabei, daß das Manuskript noch

2.2.1943

12^50^ Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalleutnant von Höberth, der sich von seinem Posten als Oberfeldkommandant in Krakau abmeldet.

Der Herr Generalgouverneur spricht Generalleutnant von Höberth seinen Dank für die großen Dienste aus, die er in seiner Eigenschaft als Oberfeldkommandant dem Generalgouvernement geleistet habe, und gedenkt vor allem des engen kameradschaftlichen Zusammenarbeitens zwischen Verwaltung und militärischen Dienststellen.

Als Abschiedsgabe überreicht der Herr Generalgouverneur Generalleutnant von Höberth einen Original-Holzschnitt aus der Stadt Krakau sowie ein Exemplar des Behaim-Kodex mit eigenhändiger Widmung, die den Satz enthält: Si quis tota die currens pervenit ad vesperam, satis est.

13^30^ Besprechung mit Pressechef Gassner und dem Vertreter des Baedeker-Verlages Steinheil.

Herr Steinheil legt dem Herrn Generalgouverneur das nunmehr fertiggestellte Manuskript des "Baedeker für das Generalgouvernement" vor.

Der Herr Generalgouverneur nimmt eingehend Kenntnis von dem Manuskript und gibt seiner Freude über die vortreffliche Arbeit Ausdruck. Er erklärt sich damit einverstanden, daß dem Text des Buches ein Ausschnitt aus einer seiner Reden vorangestellt wird, und bittet Herrn Steinheil, sich mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh in Verbindung zu setzen, der beauftragt werden soll, eine kleine Abhandlung über die staatsrechtliche Struktur des Generalgouvernements für den Baedeker des Generalgouvernement zu verfassen.

Herr Steinheil erklärt sich bereit, dieser und anderen Anregungen des Herrn Generalgouverneur zu folgen, und bemerkt dabei, daß das Manuskript noch einer eingehenden Durchsicht auf gewisse Unstimmigkeiten hin unterzogen werde. Das Werk werde am 1.Mai erscheinen und voraussichtlich zum Preise von RM 6,-- oder 7,-- zum Verkauf gelangen. Die erste Auflage werde 2o ooo Exemplare umfassen.

Der Herr Generalgouverneur bittet Pressechef Gassner und Herrn Steinheil, zu einer abschließenden zwanglosen Besprechung am 4.Februar nach Kressendorf zu kommen.

16^{10} Arbeitssitzung.
Teilnehmer:
Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Dr. Boepple
Präsident Dr. Struve
Präsident Dr. Losacker
Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh

Zur Beratung steht zunächst der Entwurf einer Verordnung über die Arbeitsmeldepflicht.

Da dieser Verordnungsentwurf dem Inhalt der Reichsverordnung entspricht, wird er vom Herrn Generalgouverneur unterzeichnet, der gleichzeitig Staatssekretär Dr. Bühler ermächtigt, etwa notwendig werdende Änderungen vorzunehmen. Mit diesem Vorbehalt tritt die Verordnung am 3.Februar 1943 in Kraft.

Darauf wird die Frage erörtert, ob sich aus dieser Heranziehung aller deutschen Kräfte für den Kriegseinsatz nicht zwangsläufig auch die totale Heranziehung der Fremdbevölkerung ergibt.

2.2.1943

Staatssekretär Dr. Bühler wirft die Frage auf, ob nicht jahrgangweise eine Musterung und Beorderung der Bevölkerung für die Arbeit im Reich oder im Generalgouvernement durchgeführt werden kann.

Der Herr Generalgouverneurweist darauf hin, daß man die Fremdbevölkerung nur zwangsweise einziehen könne, wenn man über die für die Durchführung dieser Maßnahme notwendigen Organe verfüge. An sich sei die Arbeitspflicht für die Polen schon 1939 deklariert worden, man brauchte also nur auf die diesbezügliche Verordnung zurückgreifen.

Auf den Einwand des Präsidenten Dr. Struve, daß dieser Tatbestand durch die allgemeine Dienstpflichtanordnung in etwa überholt sei, erwidert der Herr Generalgouverneur, daß diese Anordnung im Generalgouvernement nicht gelte. Auch die Sauckel'sche Verordnung gelte nur im Deutschen Reich. Deshalb müsse eine eigene Verordnung für das Generalgouvernement erlassen werden. Reichsgesetze könnten im Generalgouvernement nur durch den Generalgouverneur in Kraft gesetzt werden. Demnach sei die fremdvölkische Bevölkerung von reichswegen überhaupt nicht erfaßbar. Es frage sich nun, auf welchem Wege man die fremdvölkische Bevölkerung in die Arbeitspflicht einführen wolle, und ob es möglich sei, die Verordnung vom Oktober 1939 wieder ins Leben zu rufen und irgendwie fruchtbar zu machen. Nach seiner Meinung habe das nur einen Sinn, wenn man über den Apparat verfüge, der die Verordnung in Kraft setze. Er beabsichtige daher, einen anderen Weg zu beschreiten, nämlich die Ernährungssituation der in deutschen Betrieben tätigen Polen zu verbessern. Bei der vor kurzem in Warschau stattgefundenen Besprechung hätten sich alle Beteiligten, die Gouverneureund Sicherheitsorgane, absolut auf den Standpunkt gestellt, daß die im deutschen Interesse arbeitenden Polen eine bessere Verpflegung oder eine Zusatzernährung erhalten müßten.

2.2.1943

Es wäre immerhin möglich, die Arbeitspflicht der Polen mit der Lebensmittelkarte zu kombinieren.

Staatssekretär Dr. Bühler meint, daß ein großer Teil der polnischen Bevölkerung nach wie vor auf die Lebensmittelzuteilung um den Preis verzichten werde, daß er nicht für deutsche Interessen zu arbeiten brauche.

Der Herr Generalgouverneur will unter keinen Umständen den Zustand aufrecht erhalten wissen, daß Teile der polnischen Bevölkerung ohne Arbeit seien, während deutschen Frauen arbeiten müßten. Deshalb müsse einmal gründlich überlegt werden, welche Anwendbakeit man der Verordnung von Oktober 1939 zu teil werden lassen könne. Es müsse geprüft werden, wen man einberufe, welche Nachteile besonders hinsichtlich der Ernährung die Bevölkerungsteile haben sollten, die sich der Arbeit entzogen, und mit welchen Organen man schließlich alle solche Maßnahmen durchzuführen gedenke.

Präsident Dr. Struve hält die Durchführung solcher Maßnahmen für unbedingt geboten. Leider seien eben die Exekutivkräfte für die Erfassung dieser polnischen Arbeitskräfte nicht ausreichend.

Der Herr Generalgouverneur ist willens, gegebenenfalls bei der Wehrmacht für die Durchführung dieser Maßnahmen einige Kompanien zu erbitten, die dann die nichtarbeitswilligen Teile der Bevölkerung erfassen könnten. Polizei und Sonderdienst seien leider für die Erfüllung einer solchen Aufgabe zu schwach. Er beauftrage deshlab Staatssekretär Dr. Bühler, einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten.

2.2.1943

Staatssekretär Dr. Bühler stellt sodann im Rahmen der Vereinfachung der Verwaltung drei große Aufgabengebiete heraus, die auch während des Krieges bestehen bleiben müßten:

1. die Erzeugungsschlacht auf dem Sektor der Ernährung und Landwirtschaft
2. die Arbeitererfassung zugunsten des Reiches und zugunsten der Wirtschaft des Generalgouvernements
3. die Aufrechterhaltung der Versorgungswirtschaft und der Rüstungswirtschaft im Generalgouvernement.

Alle anderen Aufgabengebiete müßten daraufhin überprüft werden, ob sie nicht entbehrlich seien oder immerhin nur Hilfsfunktionen für die Durchführung dieser drei großen Aufgaben ausübten.

Wenn der Umfang der Aufgaben auf diese geringe Zahl eingeschränkt sei, dann müsse aber dem Kreishauptmann als dem untersten Organ die unmittelbare Befehlsgewalt über alle Arbeitsbereiche übertragen werden. Durch die Proklamierung der Einheit der Verwaltung sei hiermit der Anfang gemacht worden; aber um die Einheit der Verwaltung wirklich hezustellen und die Verwaltung besonders schlagkräftig zu machen, wäre es erforderlich, die Arbeit der Verwaltung in das Amt des Kreishauptmanns einzugliedern, so daß beispielsweise der Kreishauptmann der Dienstvorgesetzte des Arbeitsamtsleiters werde. Um der Arbeitsverwaltung diesen Schritt zu erleichtern und um kein Präjudiz zu schaffen, könnte man die Gültigkeit dieser Maßnahme auf Kriegszeit begrenzen. Dasselbe solle auch für den landwirtschaftlichen Sektor gelten. An der Eingliederung der Finanzverwaltung und der Forstverwaltung als Spezialverwaltung in die Kreishauptmannschaft bestehe kein politisches Interesse. Zweck diese

Neuregelung sei, daß der Kreishauptmann, der heute schon für vieles verantwortlich sei, mit dem Vollmachten ausgestattet werde, deren er für die Erfüllung der ihm erteilten Aufträge bedürfe.

Präsident Dr. Struve gibt zu bedenken, daß bis jetzt ohne Zuständigkeitsverlagerung die Dinge reibungslos gelaufen seien. Die Arbeitsämter hätten, soweit es sich um politische Dinge handle, jederzeit den Wünschen der Kreishauptmänner oder Gouverneure Rechnung getragen. Irgendwelche Differenzen seien eigentlich bisher nicht entstanden. Man dürfe die Dinge nicht allein von der Erfassungsaktion und den sich daraus bildenden Obliegenheiten sehen, bei denen der Kreishauptmann die Initiative habe und die Verantwortung trage. Die Arbeitseinsatzverwaltung sei im allgemeinen auch Fachverwaltung. Der Dienstbetrieb würde ganz empfindlich gestört werden, wenn sich die Kreishauptmänner um jede Kleinigkeit kümmern würden. Den Männern der Arbeitseinsatzverwaltung würde damit keine Entlastung sondern eine Belastung gebracht werden. Darüber hinaus würde wahrscheinlich auch der Kirchturmspolitik innerhalb des Generalgouvernements Vorschub geleistet. Das Arbeitsamt brauche immer einen ausgleichenden Faktor, der sich aber nicht an die untere Verwaltungsgrenze anlehnen könne, sondern allgemein für das Generalgouvernement ausgleichend wirke. Oft werde es zum Kampf des einen Kreishauptmanns gegen den anderen kommen, weil ein Kreishauptmann behaupten würde, daß er keine Leute abgeben könne.

Präsident Dr. Losacker hält es angesichts der Aufgabenstellung und der Verantwortung des Kreishauptmanns für unbedingt erforderlich, daß eine einheitliche Befehlsgewalt bestehe. Das sei umso notwendiger, als die Verhältnisse in den nächsten Monaten noch schwieriger werden würden. Dieselben Bedenken seien übrigens auch gegen die Eingliederung der Wirtschaftsverwaltung und der landwirtschaftlichen Verwaltung in die Kreishauptmannschaft geltend gemacht worden. Die Finanz- und Forstverwaltung seien davon ausgenommen, weil sie keine politischen Verwaltungen seien. Den Kreishauptmann interessiere es nicht, wie die Steuereintragungs- oder Hebelisten geführt würden oder wie der Wald bewirtschaftet werde. Der Kreishauptmann könne in politischer Hinsicht,nicht aber in fachlicher Hinsicht Einfluß darauf nehmen. Das gleiche gelte auch für das Arbeitsamt. Die Tatsache, daß anfangs Ernährung und Landwirtschaft der Befehlsgewalt des Kreishauptmanns entzogen waren, habe eine Unzahl von Reibungen zur Folge gehabt. Die Verhältnisse hätten sich geändert, nachdem sich die Sachbearbeiter einheitlich in einer Behörde zusammengefunden und einheitlich ihre Aufträge durchzuführen hätten. Die Arbeit gehe viel leichter vonstatten, wenn sich auch die Hauptabteilung Arbeit an eine einzige Persönlichkeit halten könne. Wenn man den Einwand mache, daß der Kreishauptmann sich nicht um die Dinge kümmern könne, so kümmere er sich ja auch nicht darum, wie die Landeskultur im einzelnen gestaltet werde. Dazu sei er ja nicht imstande, wohl aber solle er die Möglichkeit haben, die großen Grundzüge durchzusetzen, sei er doch verantwortlich dafür, daß das Getreide aufgebracht und die Arbeiter gestellt würden. Einen fachlichen Befehl könne er dem Arbeitsamt nicht erteilen.

Der Herr Generalgouverneur billigt die Tendenz, die dahin zielt, dem Kreishauptmann einen Einfluß in diesen Dingen zu geben. Voraussetzung sei allerdings, daß der Kreishauptmann wirklich zur Übernahme einer solchen Aufgabe fähig und diesen großen Vollmachten gewachsen sei, daß zweitens die Spezialverwaltungen nicht mit begründeten Klagen kämen.

Was von der Finanz- und Forstverwaltung gesagt worden sei, leuchte ihm nicht ein. Für jede Hauptabteilung sei es selbstverständlich leichter, eine solche Zusammenfassung zu ertragen, wenn sie alle treffe. Auf die Dauer des Krieges könnte schließlich auch eine Verbindung der Kreishauptmannschaft mit dem Forst- und Finanzamt hergestellt werden. Die Hauptabteilungen müßten einsehen, daß man zu solchen radikalen Methoden greifen müsse, immer unter der Voraussetzung, daß gleichwohl die Arbeit auf der großen Linie gesichert bleibe.

Staatssekretär Dr. Boepple will angesichts der Tatsache, daß z.B. ein Kreishauptmann für die Erfassung von Arbeitskräften im Interesse des Reiches kein Interesse gezeigt habe, gewisse Sicherungen für ein gutes Funktionieren dieser Neuregelung getroffen sehen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß man gleich in die Beratung dieser Frage eingetreten sei und damit eigentlich Präsident Dr. Struve vor eine vollendete Tatsache gestellt habe. Er bitte deshalb Präsident Dr. Struve, von dieser Besprechung keine weitere Notiz zu nehmen. Selbstverständlich werde er, der Generalgouverneur, nie etwas Derartiges anordnen, ohne Präsident Dr. Struve gehört zu haben. Zum anderen bitte er aber Präsident Dr. Struve, zu erwägen, ob er nicht doch den in der Besprechung geltend gemachten Forderungen irgendwie entsprechen könne.

(Präsident Dr. Struve verläßt das Beratungszimmer)

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem großen Bedauern darüber Ausdruck, daß man nur einen Hauptabteilungsleiter zur Besprechung dieser auch allgemein wichtigen Frage hinzugezogen habe, umso mehr, als auch andere Hauptabteilungsleiter gebeten hätten, an dieser Besprechung teilnehmen zu dürfen. Er müsse zu dieser gewundenen Erklärung greifen, weil er nicht wünsche, daß eine der Hauptabteilungen den Eindruck habe, es gehe um sie.

Die Besprechung wendet sich dann der Frage der

Vereinfachung der Verwaltung

zu.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß auf diesem Gebiete abgesehen von dem, was er darüber bereits gesagt habe, noch viele andere Probleme zu lösen seien, insbesondere soweit sie den Verwaltungsapparat als solchen beträfen.

Zunächst schlage er vor, dem Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung in Bausch und Bogen die Vollmacht, auf dem Gebiete der Verwaltungsvereinfachung federführend zu arbeiten, zu übertragen.

Staatssekretär Dr. Bühler legt hierauf dem Herrn Generalgouverneur einen in Zusammenarbeit mit Präsident Dr. Losacker aufgestellten Entwurf einer Verordnung vor. Der Wortlaut dieses Verordnungsentwurfs wird zur Verlesung gebracht.

Auf Anregung des Herrn Generalgouverneurs werden an dem Entwurf verschiedene stilistische und redaktionelle Änderungen vorgenommen. Vor allem ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß statt der Bezeichnung: "Beauftragter für Verwaltungsvereinfachung" gesagt wird: "Beauftragter für den kriegsmäßigen Verwaltungsausbau".

Der Entwurf der Verordnung wird in der geänderten Fassung vom Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

2.2.1943

Ferner wird dem Herrn Generalgouverneur der Entwurf eines

Erlasses über Einschränkungen im Gesetzgebungsverfahren

vorgelegt.

Der Entwurf findet unter Hinzufügung des Satzes, daß auch der Leiter der Abteilung Gesetzgebung gehört werden muß, die Billigung des Herrn Generalgouverneurs.

Weiter wird dem Herrn Generalgouverneur der Entwurf eines

Erlasses über die Einschränkung des Aufenthalt und des Zuzugs von Reichsdeutschen im Generalgouvernement

vorgelegt.

Auch dieser Erlaßentwurf wird vom Herrn Generalgouverneur unter Vorbehalt einiger Änderungen unterzeichnet.

Präsident Dr. Losacker geht nunmehr mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Personalverringerung auf die Frage der Verwaltungsvereinfachung ein. Bei der Prüfung des bestehenden Zustandes könne man davon ausgehen, daß sich die Dreiteilung in Kreishauptmann, Gouverneur und Regierung durchaus bewährt habe. Der Verwaltungsaufbau sei klar, die Befehlsverhältnisse wie die Verwaltungsergebnisse befriedigend. Wesentliche Personaleinsparungen bei Änderung der Organisation als solcher wären wohl nicht möglich.

Man könne nun in verschiedenen Punkten an eine Verwaltungsvereinfachung mit dem Ziel der Personaleinsparung herangehen. Am meisten Erfolg verspreche die Aufgabenbeschränkung. Aufgabenbereiche, die nach ihrer Wichtigkeit einen gewissen Vorrang in der Gesamtorganisation genössen, müßten aufrecht erhalten bleiben. Das könne dazu führen, daß die Arbeit einzelner Referate gesteigert, während andere Dienststellen ganz stillgelegt werden müßten. Dafür werde man einen Geschäftsverteilungsplan aufstellen müssen, was natürlich sehr schwierig sei. Denn jeder, der eine Verantwortung habe oder ein Amt leite, glaube, daß es besonders wichtig sei. Vielleicht komme man auf dem anderen Wege besser voran, indem man der Dienststelle auferlege, einen gewissen Prozentsatz des Personals abzugeben. Das würde bedeuten, daß man das jetzt bestehende Zahlenverhältnis der Hauptabteilungen, Ämter und Dienststellen aufrecht erhalte. Das sei aber falsch; wenn die Abteilung Propaganda oder irgendeine andere Abteilung jetzt vielleicht auch noch mit Personal stark besetzt sei, so wäre das sehr leicht durchzuführen, während andere Abteilungen sehr stark in Mitleidenschaft gezogen würden. Es bleibe nichts anderes übrig, als sich mit jedem Einzelnen dieser Menschen zusammenzusetzen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler,daß darüber noch kein Erlaß veröffentlich werde. Auch sei es nicht seine Absicht, den Führererlaß schon einzuführen.

Präsident Dr. Losacker bemerkt, daß er für die Durchführung der von ihm geplanten Maßnahmen mindestens 2 Monate brauche. Er werde allerdings laufend Vorschläge machen können. Die Arbeit werde für ihn sehr schwierig sein, er hoffe aber, daß alle persönlichen Reibungenvermieden werden könnten. Vor allem wolle man alle Bestimmungen fallen lassen, die s sich z.B. im Straßenverkehr mit überholten Überwachungsmaßnahmen befaßten. Weiter komme das Gebiet der Zuständigkeitsüberschneidungen in Betracht. Man müsse einmal die Frage untersuchen, inwiefern bei den verschiedenen Organisationen, aber auch bei Partei, Polizei und Staat eine Doppelgleisigkeit bestehe. So z.B. habe die Bevölkerungswesen und Fürsorge in der Hauptabteilung Innere Verwaltung Aufgaben zu erfüllen, die auch von der NSV betreut würden. Immer noch bestehe bei vielen Dienststellen das Bestreben, anderen Dienststellen eine Zuständigkeit wegzunehmen oder sich als Zustimmungsorgan dazwischen zu schalten. Hier gelte es, ganz gewaltig aufzuräumen, so schwer das auch sein werde. Schließlich habe der Begriff der Einheit der Verwaltung die Bedeutung, daß in der horizontalen Ebene beim Kreishauptmann, Gouverneur und Regierung eine einheitliche Befehlsinstanz vorhanden sei.

Der Herr Generalgouverneur ist entschlossen, auch gegen den Willen der Hauptabteilungsleiter die Neuregelung rücksichtlos durchzusetzen. Er verlange nur, daß sie gehört würden, und werde ihre Einsprüche zur Kenntnis nehmen; aber die Entscheidung behalte er sich in jedem einzelnen Falle vor. Er sei bereit, dem Präsidenten Dr. Losacker als seinem Bevollmächtigten immer helfend zur Seite zu stehen.

Präsident Dr. Losacker geht dann auf die Frage der Einschaltung der fremdvölkischen Kräfte ein und weist unter anderem darauf hin, daß es noch aus der österreichischen Zeit gute Inspektoren und Juristen gebe, die in Galizien die gesamte Selbstverwaltung geschaffen hätten. Man müsse allerdings für diese Kräfte die Lebensmöglichkeiten bessern. Man könne diese Elemente auch zu kleinen hoheitlichen Funktionen heranziehen. Daß es möglich sei, die Fremdvölkischen mehr als bisher auch in der Stadtverwaltung zu verwenden, zeige das Beispiel der Stadt Warschau, während die Stadtverwaltung Krakau in ihrer Personalgebarung hinsichtlich der Beschäftigung von deutschen Elementen eine größere Sparsamkeit walten lassen müßte. In Galizien habe man drei Verwaltungsschulen für die Fremdvölkischen errichtet, in denen Bürgermeister und Gemeindesekretäre ausgebildet und auch Kurse in deutscher Sprache veranstaltet würden.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich entschieden für die Ausnutzung dieser Möglichkeiten aus und will den Versuch gemacht sehen, für die 4oo eingezogenen deutschen Kräfte geeignete fremdvölkische Kräfte zu erhalten. Bei diesen Versuchen dürfe man sich unter keinen Umständen von irgendwelchen Rücksichten auf Stimmungen in Berlin leiten lassen. Eine Neuregelung der Bezahlung dieser fremdvölkischen Kräfte werde jetzt von ihm angeordnet werden.

Präsident Dr. Losacker hält es weiter für notwendig, daß mehr als bisher Männerarbeit durch Frauenarbeit ersetzt werde, damit Männer für den Wehrdienst freigestellt werden könnten. Auch könne man an eine Zusammenlegung von Kreishauptmannschaften denken, wenn eine solche Maßnahme immerhin zur Zeit auch noch nicht zu befürworten sei. Zu bedenken sei, daß man eine gewisse Reserve an Menschenmaterial für wichtige Dinge haben müsse. Diese Reserve könne z.B. dadurch geschaffen werden, daß interimistisch der Distrikt Krakau von der Regierung verwaltet werde. Einen Erfolg verspreche er sich ferner von der Durchführung des Grundsatzes der Dezentralisation, mit der die Verantwortungsfreudigkeit der unteren Dienststellen erhöht werde. Wenn man nach diesen Grundsätzen verfahre, dann eröffne sich die Aussicht, daß man auf dem Wege der

2.2.1943

Vereinfachung der Verwaltung vorankommen werde. Man entferne die deutschen Elemente, die im Generalgouvernement nichts zu suchen hätten und sich den Verpflichtungen gegenüber dem Reich entziehen wollten; man prüfe in den einzelnen Ressorts, ob eine Angelegenheit von besonderer Kriegswichtigkeit sei, und so verenge sich dann das Aufgabengebiet, innerhalb dessen nützliche Arbeit verrichtet werde, immer mehr.

Der Herr Generalgouverneur erklärt seine volle Zustimmung zu den von Präsident Dr. Losacker vorgetragenen Plänen und beraumt eine Sitzung für den nächsten Vormittag an, zu der auch Staatssekretär Krüger geladen werden soll. In dieser Sitzung soll auch zur Frage des Judeneigentums Stellung genommen werden.

17^{50} Besprechung mit Stadthauptmann Pavlu.

Stadthauptmann Pavlu gibt dem Herrn Generalgouverneur von der Absicht der Stadtverwaltung Kenntnis, in Krakau eine städtische Musikschule zu errichten, der auch eine Jugendmusikschule angegliedert werden könne.

Der Herr Generalgouverneur erteilt seine Zustimmung unter dem Vorbehalt, daß die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht zu diesem Plan gehört werde.

Weiter berichtet Stadthauptmann Pavlu über die Bautätigkeit in Krakau. Die Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft in Krakau, deren Aufsichtsratvorsitzender er sei, habe bisher 1 2oo Wohnungen in Krakau erstellen können und dafür 83 Millionen Zloty aufgewendet. 9oo Wohnungen in der Reichsstraße seien noch im Bau, aber zumeist trotz der bestehenden Schwierigkeiten unter Dach gebracht. Der Bau des Osthotels, dem der Herr Generalgouverneur seinerzeit zugestimmt habe, sei leider stillgelegt worden, und es bestehe nun die Gefahr, daß der Bau verfalle, was angesichts des großen Bedarfs an Hotelzimmern in Krakau sehr zu bedauern wäre. Vielleicht biete sich die Möglichkeit, den Bau behelfsmäßig fertigzustellen.

Der Herr Generalgouverneur weist Stadthauptmann Pavlu an, sich in dieser Frage mit Präsident Bauder in Verbindung zu setzen und ihm, dem Generalgouverneur, eine schriftliche Vorlage zugehen zu lassen.

Stadthauptmann Pavlu geht dann auf die Schwierigkeiten ein, die sich der Eröffnung des italienischen Restaurants in Krakau entgegenstellen. Die Stadtverwaltung habe bereits eine Summe von 3,5 Mill. Zloty aufgewendet und warte nun auf die Genehmigung der Errichtung dieses Restaurants und die zur Verfügungstellung von Mitteln von seiten der italienischen Regierung. Das Auswärtige Amt in Rom habe leider zu dieser ganzen Frage noch keine endgültige Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Stadthauptmann Pavlu, dem Vertreter Italiens eine letzte Frist bis zum 1.März zu stellen und, wenn diese Frist abgelaufen sei, ohne daß man zu einem Ergebnis gelangt sei, eine Deutsche Gaststätte in dem Haus zu eröffnen.

Stadthauptmann Pavlu teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß Gouverneur Dr. Wendler ihn und vier leitende Beamte der Stadtverwaltung über das Personalamt der Regierung für den Wehrdienst freigestellt habe.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß der Leiter des Personalamtes Assessor von Medem in dieser Angelegenheit gehört wird.

2.2.1943

18^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

19^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

Liederabend der Frau Kammersängerin Viorica Ursuleac.

Am Flügel: Generalintendant Prof.Klemens Krauss.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Mittwoch, den 3.Februar 1943

10^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Reichskommissar für die Preisbildung beim Beauftragten für den Vierjahresplan Staatssekretär Dr. Fischböck.

11^{00} Besprechung mit dem Leiter des Personalamtes in der Regierung des Generalgouvernements Assessor Frhr von Medem.

Im Zusammenhang mit der durch Gouverneur Dr. Wendler vorgenommenen Freistellung des Stadthauptmanns Pavlu und vier leitender Beamten der Stadtverwaltung Krakau für den Wehrdienst verfügt der Herr Generalgouverneur, daß künftig Freistellungen von Stadthauptmännern, Kreishauptmännern und anderen leitenden Beamten über das Personalamt der Regierung nur durch den Generalgouverneur genehmigt werden dürften.

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Krüger, Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. Losacker.

Im Zusammenhang mit dem Erlaß über die Vereinfachung der Verwaltung wird zunächst zur Frage einer stärkeren Heranziehung des fremdvölkischen Elements zur Verwaltung Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Auffassung Ausdruck, daß sich diese Heranziehung nicht werde vermeiden lassen. Auch werde die polnische Polizei mehr als bisher in den Dienst dieser Aufgabe gestellt werden.

3.2.1943

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Krüger, daß es an Nachwuchskräften für die polnische Polizei nicht fehle. - Hinsichtlich der Heranziehung fremdvölkischer Elemente zur Verwaltung müsse man sehr vorsichtig sein und dürfe sich dadurch nicht zu stark belasten. Diese fremdvölkischen Elemente dürften sich nur in untergeordneten Dienstellungen, nicht aber in Vertrauensstellungen betätigen oder die Möglichkeit haben, mit führenden Männern zusammenzukommen, die Vertrauensaufgaben zu erfüllen hätten. Er könne im übrigen nicht übersehen, wieviele kriegsverwendungsfähige Männer aus dem Sektor der Verwaltung zum Wehrdienst eingezogen würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß zunächst 4oo in Frage kämen, das sei aber nur die erste Rate, und man müsse damit rechnen, daß vom Jahrgang 19oo an nur wenige übrigblieben.

Staatssekretär Krüger ist der Auffassung, daß vor allem in der freien Wirtschaft tätige Personen herangezogen werden müßten, umso mehr, da sie sich vielfach illegal betätigten.

Der Herr Generalgouverneur ist der Meinung, daß man sich hinsichtlich der Einziehung von Deutschen im Generalgouvernement auf keinerlei Widerspruch ein~~stellen~~ lassen könne. Man könne zwar die beteiligten Dienststellen hören, aber die Entscheidung müsse unter Umständen auch gegen eine Hauptabteilung getroffen werden. Das Ziel müsse sein, daß der Führererlaß so intensiv wie möglich durchgeführt werde. Tätigkeiten dürften nicht aufrechterhalten, sondern müßten reduziert werden, wenn sie nicht unbedingt notwendig seien. Auch die Partei müsse ihren Aufgabenkreis beschränken.

3.2.1943

Präsident Dr. Losacker teilt mit, er habe Kenntnis von einem Fernschreiben aus Galizien erhalten, nach welchem die Forstverwaltung, die Arbeitsverwaltung und die Bauverwaltung sich darauf beriefen, daß von Berlin aus Freistellungen erfolgt seien.

Der Herr Generalgouverneur betont demgegenüber, daß nur der Führer persönlich freistellen könne. Ein grundlegender Erlaß des Führers sage, daß die dem General von Unruh erteilte Vollmacht die einzige Vollmacht sei. Im übrigen weise er Staatssekretär Dr. Bühler an, die 400 zum Wehrdienst Einzuberufenden so zusammenzustellen, wie es nach pflichtgemäßem Ermessen in der Regierung geschehen kann. Ernährung, Wehrmacht, Rüstung, Holzabfuhr und Transportwesen seien der Kern dessen, was unter allen Umständen im Lande bleiben müsse.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, in welcher Weise der Präsident Dr. Losacker die ihm gestellte Aufgabe des kriegsmäßigen Verwaltungsausbaues zu erfüllen gedenke, erwidert dieser, daß er fortlaufend Vorschläge machen könne. Er werde Hauptabteilung um Hauptabteilung durchprüfen. Die Tätigkeiten müßten auf das beschränkt werden, was jetzt unbedingt kriegswichtig sei, und innerhalb der dann noch als kriegswichtig verbleibenden Tätigkeiten müßten dann noch die Menschen ausgesondert werden. Voraussetzung sei dabei, die Leistung von Überstunden und angespannteste Arbeit jedes Einzelnen. - Die Frage, ob nicht verwundete und versehrte Soldaten für den Verwaltungsdienst geschult werden könnten, habe die Wehrmacht bisher unbeantwortet gelassen.

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf die Frage ein, wie die Tätigkeiten im Rahmen der Verwaltung nach Möglichkeit eingeschränkt werden könnten.

3.2.1943

Nicht auf den Umfang des Aktenmaterials, nicht auf die Größe des Posteinlaufs komme es an, sondern darauf, was im Generalgouvernement an kriegswichtiger Substanz geschaffen werden könne. Ernährungswirtschaft und Rüstungswirtschaft ständen heute im Vordergrund, weniger irgendwelche Bauvorhaben oder etwa Fragen der Umsiedlung.

⌜Der Herr Generalgouverneur zollt in diesem Zusammenhange der Leistung des Stadthauptmanns von Warschau seine besondere Anerkennung. In der Stadtverwaltung von Warschau seien nur wenige Deutsche, dagegen aber 45 000 Polen eingesetzt.⌟ Demgegenüber weise die Stadtverwaltung von Krakau über 200 deutsche Beamte und Angestellte auf. Auch auf solche Dinge müsse Präsident Dr. Losacker sein Augenmerk richten und dafür sorgen, daß in den Städten keine überflüssigen Pläne verfolgt würden. Aufgabe des Präsidenten Dr. Losacker werde es sein, sich stets mit den zuständigen Stellen über diese Dinge zu unterhalten, sie anzuhören, ihnen dann aber sofort zu sagen, daß seine, des Präsidenten Losacker, Entscheidung davon nicht abhängig sei. Bei seinen Maßnahmen dürfe Präsident Dr. Losacker auch nicht vor der Kanzlei des Generalgouverneurs halt machen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu verschiedenen Einzelfragen Stellung genommen. Der Herr Generalgouverneur hält eine bessere Ernährung der im deutschen Interesse arbeitenden Polen für notwendig. Weiter nimmt der Herr Generalgouverneur zur Frage der Ostzulage Stellung und bittet die Staatssekretäre, ihm in seinem Widerstand gegen eine Herabminderung dieser Zulage zu helfen.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet dann das aus den Staatssekretären Dr. Bühler, Krüger, Dr. Boepple und Präsident Dr. Losacker bestehende Gremium als die über allen Instanzen im Lande stehende Sonderorganisation und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß es mit seiner Arbeit bis zum Beginn des neuen Etatsjahres fertig werden möge. Wenn wirklich einmal zu hart vorgegangen werde, dann könne man nach einigen Wochen immer noch Korrekturen vornehmen. Jedenfalls aber müßten Fehler, die in der Vergangenheit auch innerhalb der Verwaltung vielleicht in mißverständlicher Auslegung des Begriffes vom Herrentum gemacht worden seien, in Zukunft unter allen Umständen vermieden werden. Das Verordnungswesen müsse auf absolut wichtige Vorlagen beschränkt bleiben. Die Zentrale müsse stark entlastet und den Kreishauptmännern müßten mehr Aufgaben zugewiesen werden. Alle Spezialverwaltungen müßten in ihrem Aufgabenbereich wesentlich eingeschränkt und gegebenfalls beseitigt werden. Der Gesichtspunkt einer Verfeinerung der Verwaltung könne jetzt keine Berücksichtigung finden. Das Gremium dürfe also in seinen Vorschlägen vor nichts zurückschrecken, denn es gebe im Generalgouvernement kein wichtigeres Problem als das der Verwaltungsvereinfachung. Gegenüber den drei Problemen der Ernährung, der Kriegswirtschaft und der Arbeitsbeschaffung, die für das Reich die ausschlaggebende Rolle spielten, müsse alles andere zurücktreten.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zur Frage des Fraueneinsatzes im Generalgouvernement Stellung genommen. Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Losacker, daß für diese Frage die Hauptabteilung Arbeit verantwortlich und für die Durchführung der Aufgabe die Arbeitsämter zuständig seien. Auch beim Fraueneinsatz werde man vor einschneidenden Maßnahmen nicht zurückschrecken dürfen.

Auf den Hinweis des Staatssekretärs Dr. Boepple, daß die Zusammenarbeit von deutschen Frauen mit fremdvölkischen in Industriebetrieben zu Schwierigkeiten führen könne, gibt der Herr Generalgouverneur zu bedenken, daß man im Reich auch nicht imstande sei, auf solche Momente Rücksicht zu nehmen.

Abschließend trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung:

> Beauftragter des Generalgouverneurs für den kriegsmäßigen Verwaltungsausbau ist der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung Dr. Losacker. Dieser macht dem Generalgouverneur keine direkten Vorschläge, sondern alle Vorschläge, die dem Generalgouverneur gemacht werden sollen, werden zunächst in dem Gremium beraten, das aus den Staatssekretären Dr. Bühler, Krüger, Dr. Boepple und Dr. Losacker besteht. Den Vorsitz in diesem Gremium hat Staatssekretär Dr. Bühler, in seiner Abwesenheit Staatssekretär Krüger. Über die Beratungen des Gremiums sind kurze Protokolle zu führen.

Zur Frage des Judeneigentums teilt Staatssekretär Krüger mit, daß er ein Schreiben an den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gerichtet habe.

Weiter nimmt Staatssekretär Krüger zur Frage der Umsiedlung Stellung. Er gibt zu, daß man angesichts der Vorkommnisse im Kreise Zamosc weitere Umsiedlungen kaum vornehmen könne. Er habe auch dem Reichsführer SS vorgeschlagen, die Frage der Umsiedlung zunächst zurückzustellen.

3.2.1943

⌐

Der Herr Generalgouverneur legt vor allem Gewicht auf die Sicherstellung der Ernte, in deren Interesse störende Maßnahmen nach Möglichkeit vermieden werden müßten. Über die neuen Wehrmachtsanforderungen z.B. in Gestalt eines erneuten Eingriffs in die Pferdebestände werde er mit dem Reichsmarschall verhandeln. Er sei entschlossen, keine weiteren Getreidemengen ins Reich bringen zu lassen,und halte für den äußersten Notfall eine Reserve von 18o ooo to für unbedingt notwendig.⌋

Präsident Dr. Losacker setzt sich für eine Erhöhung der Machtbefugnisse der Kreishauptmänner ein. Neben dem Kreishauptmann kann nicht noch eine andere Verwaltung Weisungen geben und tätig werden. So habe sich auch erfreulicherweise Dr. Kuchenbäcker bereit gefunden, seine Inspektoren des Landamts der unteren Instanz der Kreishauptmannschaft einzugliedern. Der Entwurf einer Verordnung über die Eingliederung von Spezialverwaltungen in die Kreishauptmannschaft sei bereits ausgearbeitet.

12^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{1o} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith, Architekt von Palézieux und Hausinspektor Vormelker.

Gegenstand der Besprechung ist die Beilegung eines Streitfalles zwischen Architekt von Palézieux, Hausinspektor Vormelker und Polizeimeister Nickl.

12^{50} Vor einem Teil der Gefolgschaft der Kanzlei des Generalgouverneurs gibt der Herr Generalgouverneur eine den obenerwähnten Streitfall betreffende Erklärung ab.

3.2.1943

16^{10} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Hauptabschnittsleiter Stahl und Amtsleiter Riesebitter, Vertreter der Organisation "Kraft durch Freude".

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß für die Zeit vom Donnerstag, dem 4.Februar, bis zum Sonnabend, dem 6.Februar, die Theater, Lichtspielhäuser, Variétés usw. geschlossen bleiben müßten.

Die Besprechung wendet sich dann der Frage zu, ob und inwieweit die Organisation "Kraft durch Freude" im Generalgouvernement eine eigene Tätigkeit entfalten soll.

Präsident Ohlenbusch weist darauf hin, daß durch die Organisation "Kraft durch Freude" bisher im Einvernehmen mit seiner Dienststellen und der Partei die Truppenbetreuung auf dem Gebiete der Unterhaltung und künstlerischer Darbietungen durchgeführt habe. Nunmehr solle diese Aufgabe einheitlich durch "KdF" durchgeführt werden. Die Beachtung der kulturpolitischen Linie werde auch nach der Neuregelung bei der Hauptabteilung Propaganda liegen. Die Durchführung der geplanten Veranstaltungen, das Engagement der Künstler, also die rein technischen Fragen würden jedoch in der Hand der Organisation "Kraft durch Freude" liegen.

Gegenüber dem Einwand des Herrn Generalgouverneurs, daß es dann etwa dem Staatstheater nicht mehr möglich sein würde, selbständig künstlerische Kräfte zu engagieren, betont Präsident Ohlenbusch, daß es sich bei den von "KdF" zu engagierenden Künstlern um solche handle, die vor allem im Rahmen des sogenannten Kleinprogramms aufträten. Es würden Künstlertruppen zusammengestellt, die vor allem die Kreishauptmannschaften, aber auch die Volksdeutschen in den Betrieben und in den Siedlungen mit künstlerischen und unterhaltsamen Veranstaltungen zu versorgen hätten. Weder die Hauptabteilung Propaganda noch der Arbeitsbereich "Generalgouvernement" seien angesichts der Tatsache, daß dauernd Arbeitskräfte zum Wehrdienst einberufen würden, imstande, diese Aufgabe zu übernehmen.

Hauptabschnittsleiter Stahl betont, daß es sich eigentlich bei dieser Regelung um nichts Neues handle. Ihr Zweck sei lediglich eine Vereinheitlichung der Arbeit und eine Klärung gewisser bisher streitiger Fragen.

Auch Amtsleiter Riesebitter hebt hervor, daß vor allem der Gesichtspunkt der Zentralisierung der Arbeit bei der geplanten Regelung im Vordergrunde stehen solle. Man beabsichtige, mehr als bisher die Volksdeutschen auf dem Wege über die Betriebe, in denen sie beschäftigt seien, dem Theater nahezubringen, und wolle sich auch um die kulturellen Belange der Volksdeutschen in den Siedlungen bekümmern.

Der Herr Generalgouverneur erteilt seine Zustimmung unter der Voraussetzung, daß keine Doppelarbeit geleistet und von der Organisation "Kraft durch Freude" keine zu starke Propaganda im Hinblick auf die von ihr im Generalgouvernement aufzunehmende Tätigkeit gemacht wird. Er verfügt weiter die Aufstellung einer internen Dienstanweisung, die von ihm als dem Leiter des Arbeitsbereiches herausgegeben und von Präsident Ohlenbusch und Hauptabschnittsleiter Stahl gegengezeichnet wird. Auch bei dieser neuen Planung müsse wie bei allen Maßnahmen in Partei und Staat der Gesichtspunkt der Ersparung von Arbeitskräften besondere Beachtung finden.

3.2.1943

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann zu der Frage Stellung, welche Einschränkungen auf Grund des Führererlasses im Generalgouvernement auf kulturpolitischem Gebiete vorgenommen werden müßten, und gibt dabei der Auffassung Ausdruck, daß das Staatstheater in Krakau unter allen Umständen so lange wie möglich erhalten bleiben müsse.

Auf eine Frage des Präsidenten Ohlenbusch erwidert der Herr Generalgouverneur, daß das neugegründete Schachseminar gegebenenfalls seine Tätigkeit einstellen müsse, wenn er auch andererseits eine Pflege des Schachspiels vor allem auch im Sinne der Verwundetenbetreuung nach wie vor für geboten halte.

16^{20} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Wunsche Ausdruck, daß entsprechend dem Führererlaß auch bei der Partei eine Personaleinschränkung durchgeführt werden müsse.

17^{00} Besprechung mit dem Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz.

Direktor Dr. Coblitz macht dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, daß der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums für seine Belange ein eigenes wissenschaftliches Institut in Krakau zu errichten beabsichtigt habe. Die Durchführung dieses Planes hätte zu endlosen Reibungen geführt, vor allem schon deshalb, weil dann das Institut für Deutsche Ostarbeit von der volkskundlichen wissenschaftlichen Arbeit ausgeschaltet worden wäre.

3.2.1943

Der Herr Generalgouverneur gibt der Erwartung Ausdruck, daß es Direktor Dr. Coblitz gelingen werde, die für das Institut für Deutsche Ostarbeit sich aus der Durchführung eines solchen Planes ergebende Gefahr zu beseitigen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet sodann die Durchführung einer Sondertagung des Instituts für den Monat März an.

17^{2o} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch legt dem Herrn Generalgouverneur ein Schreiben betreffend Schaffung eines Kulturfilms über das Generalgouvernement vor.

Weiter übergibt Präsident Ohlenbusch dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift über das Thema:

"Propaganda im fremdvölkischen Raum zum Zwecke der Ernteerfassung."

$2o^{oo}$ Abendessen bei Staatssekretär Dr. Bühler.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Donnerstag, den 4.Februar 1943

10^{40} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{45} Der Herr Generalgouverneur überreicht dem Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt die Urkunde über seine Ernennung zum Präsidenten der Hauptabteilung Forsten in der Regierung des Generalgouvernements. Der Herr Generalgouverneur spricht dem Präsidenten Dr. Eißfeldt seinen Glückwunsch mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die von ihm bisher geleistete vorbildliche Arbeit aus.

Präsident Dr. Eißfeldt dankt dem Herrn Generalgouverneur für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und betont dabei, daß er in der ihm gewordenen Ehrung gleichzeitig eine Anerkennung der treuen und opfervollen Arbeit der gesamten deutschen Forstbeamtenschaft im Generalgouvernement erblicke.

IX/9

10^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Verwaltungsakademie.

11^{00} Vortrag des Reichskommissars für die Preisbildung Staatssekretär Dr. Fischböck in der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements über das Thema:

"Preispolitische Fragen der Gegenwart."

4.2.1943

Zu Beginn der Veranstaltung spricht der Herr Generalgouverneur folgende Worte:

Ich eröffne die zweite Veranstaltung der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements und begrüße Sie, Herr Staatssekretär Dr. Fischböck, auf das allerherzlichste. Wir wissen es sehr wohl zu würdigen, was es für Sie bedeutet, in diesen schweren Zeiten, die auch in Ihrem Ressort spürbar sind, zu uns nach Krakau zu kommen.

Wir haben uns im Rahmen der Gesamtverwaltung bemüht, den Aufgaben der Preisgestaltung gerecht zu werden. In einer eigenen Abteilung unter der bewährten Leitung des Ministerialrats Dr. Schulte-Wissermann haben wir die Aufgaben der Preispolitik - Preisverordnungen, Preisgestaltung und Preisführung - zusammengefaßt und damit ein richtiges Instrument der staatlichen Wirtschaft aufgebaut. Für uns ist interessant, in zunehmenden Maße feststellen zu können, wie wohlüberlegt und nützlich die Einrichtung einer solchen Abteilung der Preisüberwachung war und ist. Wenn man bedenkt, daß es früher überhaupt keine Preisführung gab und es ein ausgeprägtes Zeichen der liberalistischen Staatsführung war, daß der Preis sich automatisch aus dem Kaufwettbewerb entwickelte und daß die Preisbildung nur ein von seiten des Staates zu beobachtendes binnenwirtschaftliches Ereignis war, dann wird man die Preisbildung des Dritten Reiches als eine der fundamentalsten Neuerungen nationalsozialistischer Wirtschaftsführung erkennen.

Ich betone dies, um hier im Beisein der Vertreter des Generalgouvernements dem Wert der der preispolitischen Arbeit auch in unserem Lande den richtigen Rang einzuräumen. Das Amt für Preisbildung ist im Generalgouvernement nicht eine zur Schikane unterer

Behörden erfundene zentrale Einrichtung. Es hat innerhalb der Staatsführung des Generalgouvernements eine der wichtigsten Aufgaben zu erfüllen, weil sich in unserem Gebiet ohne das Amt für Preisbildung infolge des Warenmangels und der sonstigen durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse ein unabsehbares Chaos entwickeln würde. Ich möchte daher von dieser Stelle alle Behörden des Landes ersuchen, sich dieser Preisführungs-Notwendigkeit in diesem Gebiet allen Schwierigkeiten zum Trotz nach wie vor dienstlich auf das eifrigste verschrieben zu halten. Wollen Sie, Parteigenosse Fischböck, daraus erkennen, mit welchem Ernst wir im Generalgouvernement uns bemühen, Ihren wichtigen Aufgaben im Reich helfend zur Seite zu stehen. Wollen Sie daraus auch erkennen, welche Bedeutung wir Ihren Ausführungen beimessen und welche Freude Sie uns machen, wenn Sie zu uns sprechen.

Anschließend an die Begrüßungsansprache des Herrn Generalgouverneurs ergreift Staatssekretär Dr. Fischböck das Wort zu einem längeren Vortrag.

Am Schluß der Veranstaltung dankt Staatssekretär Dr. Bühler im Namen der Regierung des Generalgouvernements dem Reichskommissar für die Preisbildung Dr. Fischböck für seine interessanten Darlegungen und Ausführungen.

13^{00} Mittagessen.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{28} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Freitag, den 5.Februar 1943

bis

Mittwoch, den 17. Februar 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Donnerstag, den 18. Februar 1943

$1o^{1o}$ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

11^{oo} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{1o} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{25} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith und Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

Der Herr Generalgouverneur erläßt folgende Verfügung

1. Kammergerichtsrat Dr. Keith ist mit sofortiger Wirkung zum Wehrdienst einberufen und übergibt mit Wirkung ab 18. Februar 1943 die gesamte von ihm bisher ausgeübte Geschäftsführung ohne jede Einschränkung für die Dauer seiner Behinderung durch den Wehrdienst an seinen bisherigen Vertreter im Amt Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.
2. Der Dienstübergang wird von beiden Teilen in Anwesenheit des Generalgouverneurs hiermit als vollzogen bestätigt.
3. Der Posten eines Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs bleibt für die Dauer des Wehrdienstes des Kammergerichtsrats Dr. Keith in der bei Einziehungen zur Wehrmacht üblichen Weise ihm vorbehalten. Er behält
   a) die Weiterbenutzung der Wohnung auf seine Rechnung,
   b) zuzüglich zu dem ihm in entsprechender Anwendung der allgemeinen Bestimmungen auch weiterhin zu gewährenden Gehaltsanteil für 4 Monate bis einschl. 3o. Juni 1943 die monatliche Funktionszulage von Zl. 3oo,--.

18.2.1943

13^{10} Mittagessen aus Anlaß der Verabschiedung des zum Wehrdienst einberufenen Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs Kammergerichtsrat Dr. Keith.

Im Laufe des Mittagessens gedenkt der Herr Generalgouverneur der vorbildlichen Aufbauarbeit, die Kammergerichtsrat Dr. Keith in der Kanzlei des Generalgouverneurs geleistet hat. Kam̄ergerichtsrat Dr.Keith könne, so betont der Herr Generalgouverneur, auf das Ergebnis seiner Arbeit stolz sein. Der Herr Generalgouverneur erhebt sein Glas auf das Wohl des Kammergerichtsrats Dr. Keith und wünscht ihm für seine Tätigkeit bei der Wehrmacht alles Gute.

14^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Kammergerichtsrat Dr.Keith und Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

16^{05} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky.

Präsident Dr. Senkowsky teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er demnächst zu seiner Information eine Reise nach der Schweiz machen werde. Zweck dieser Reise sei,die Möglichkeiten der Errichtung einer Spritfabrik auf Holzbasis zu untersuchen. Ein entsprechendes Projekt sei von einem Münchner Ingenieur ausgearbeitet worden, der bereits eine Spriterzeugungsfabrik in der Schweiz errichtet habe. Es handle sich jetzt darum, die Frage zu prüfen, inwieweit das im San-Winkel des Generalgouvernements anfallende sonst unverwertbare Holz für die Spriterzeugung herangezogen werden könne. Das Reichswirtschaftsministerium habe ihm die Genehmigung zur Durchführung dieser Dienstreise erteilt.

Präsident Dr. Senkowsky berichtet sodann von Besprechungen, die er im Reichsfinanzministerium gehabt habe. Er habe u.a. mit dem Reichsfinanzminister über eine weitere Verwendung des Ministerialrats von Streit gesprochen. Ebenso sei auch eingehend die Frage des Wehrbeitrages behandelt worden. Er habe dabei dem Reichsfinanzminister von dem Ergebnis der Beratungen in Warschau Kenntnis gegeben. Festzustellen sei, daß nach wie vor die Meinungen über die Höhe des Wehrbetrages sehr auseinandergingen. Weitere Besprechungen über diese Frage zwischen Reichsfinanzminister, Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident ständen in Aussicht.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Senkowsky, daß die Haushaltsberatung nach Abschluß der für sie erforderlichen Vorarbeiten noch vor Ostern werde stattfinden können.

Der Herr Generalgouverneur legt grosses Gewicht darauf, daß die Haushaltsberatung baldmöglichst stattfindet. In dieser Beratung werde dem Präsidenten Dr. Senkowsky auch Gelegenheit gegeben werden, in einem einleitenden Referat die Gesamtlage des Haushalts des Generalgouvernements darzulegen. Es müßten dann die Referenten der Hauptabteilung Finanzen und die Hauptabteilungspräsidenten zum Haushalt Stellung nehmen.

In der Anlegenheit des Ministerialrats Dr. Frhr von Streit verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung folgenden Schreibens an den Reichsminister der Finanzen:

Sehr verehrter Herr Reichsfinanzminister!

Herr Präsident Dr. Senkowsky ist heute bei mir gewesen und hat mir Ihr an mich gerichtetes Schreiben betr. die Angelegenheit des Dr. Frhr von Streit überreicht. Ich werde demnach, Ihrem Ersuchen entsprechend, die Angelegenheit nochmals durch eine persönliche Besprechung zu klären versuchen. Zu diesem Schritt veranlaßt mich vor allem der Ernst der Lage unseres Vaterlandes.

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener
Dr.Frank

18.2.1943

Weiter richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Schreiben an Staatssekretär Dr. Bühler:

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

In der Anlage übersende ich Ihnen

1. Abschrift eines Schreibens, das der Herr Reichsminister der Finanzen an mich unter dem 13.Februar 1943 gerichtet hat,
2. Durchschlag meines heutigen Anwortschreibens an den Reichsminister der Finanzen.

Ich ersuche Sie demnach, sich mit Herrn Ministerialrat Frhr von Streit einmal zusammenzusetzen, um klar zu legen, ob und unter welchen Umständen allenfalls angesichts des furchtbaren Ernstes der Lage unseres Vaterlandes die Möglichkeit bestände, an eine Fortsetzung der Arbeit des Herrn Frhr von Streit im Generalgouvernement zu denken. Ihrem Bericht hierüber sehe ich gern entgegen. Ich werde Herrn von Streit aber erst empfangen, wenn Sie selber mir diesen Vorschlag machen würden.

16^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Gesandten von Tippelskirch, der ihm von der Beendigung seines Dienstgeschäftes in der Dienststelle des Auswärtigen Amtes bei der Regierung des Generalgouvernements Meldung macht.

17^{00} Besprechung mit Rittmeister Frhr von der Goltz.

Rittmeister Frhr von der Goltz teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß der bisherige Verbindungsoffizier Oberst von Tschammer und Osten als Feldkommandant nach Châlonssur Marne versetzt worden sei und den Wunsche hege, sich noch nachträglich beim Herrn

Generalgouverneur abzumelden. Wegen der weiten Entfernung sei es ihm leider nicht möglich, nach Krakau zu kommen, und er bitte deshalb den Herrn Generalgouverneur, zu erwägen, ob er seine Meldung gegebenenfalls in Berlin machen könne.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, bei einem Aufenthalt in Berlin den Obersten v.Tschammer und Osten zu empfangen. Er beauftragt Rittmeister Frhr von der Goltz,den Obersten von Tschammer und Osten davon in Kenntnis zu setzen und die notwendigen Vorbereitungen für diese Zusammenkunft zu treffen.

17^{10} Besprechung mit Pressechef Gassner.

17^{30} Tee, zu dem geladen sind Verlagsleiter Strozyk, Verlagsleiter Nickel und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

18^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

19^{00} Liederabend italienischer Sängerinnen und Sänger im Staatstheater.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Freitag, den 19.Februar 1943

11^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{45} Besprechung mit Dr. Meidinger.

13^{15} Mittagessen.

Gäste des Herrn Generalgouverneurs sind Solisten und Solistinnen der Mailänder Skala, die sich zur Zeit auf einer Tournee durch das Generalgouvernement befinden.

16^{00} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Intendant Stampe.

16^{05} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Bankdirigent Dr. Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur eine Reihe von Tabellen über die Preisbildung im Generalgouvernement, über den Einlagebestand bei den Banken, ferner die Bilanz der Emissionsbank und verschiedene Statistiken vor. Anschließend gibt Bankdirigent Dr. Paersch dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die Aufgaben, die die Emissionsbank gegenwärtig zu erfüllen hat. Er betont dabei, daß hinsichtlich der finanziellen Gebarung eine reinliche Trennung zwischen Emissionsbank und Staatsfinanzverwaltung bestehen müsse, und bittetden Herrn Generalgouverneur, ihn in seinem dahingerichteten Bestreben zu unterstützen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt seine volle Zustimmung zu dieser Auffassung des Bankdirigenten Dr. Paersch und billigt auch sonst die von ihm getroffenen Maßnahmen auf dem Gebiete der Währung und Bankpolitik.

17^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Kressendorf

Sonnabend, den 20.Februar 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

16^{00} Besprechungen mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger, Architekt von Palézieux, Verlagsleiter Strotzyk und Hauptschriftleiter Stöppler.

Sonntag, den 21.Februar 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Montag, den 22.Februar 1943

10^{55} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

14^{00} Mittagessen.

14^{50} Gouverneur - Besprechung.

An der Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Dr. Boepple
Gouverneur Dr. Fischer
Gouverneur Dr. Wächter
Gouverneur Kundt
Gouverneur Dr. Wendler
Präsident Dr. Losacker
Präsident Dr. Struve
Amtschef Oberregierungsrat Engler
Präsident Naumann
Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger
Regierungsrat Gnauck
als Protokollführer

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet zunächst über die Besprechung, die er am Vormittag mit den Gouverneuren gehalten hat. Zweck der Besprechung sei u.a. gewesen, Richtlinien für die Beratungen aufzustellen, die am 23.Febr. in Berlin stattfinden sollen. An dieser Sitzung in Berlin, die unter Vorsitz des Chefs der Reichskanzlei Reichsministers Dr. Lammers stattfinde, würden die leitenden Persönlichkeiten aller derjenigen Dienststellen, Behörden und Wirtschaftsorganisationen teilnehmen, die heute im Zeichen des totalen Krieges ihre Aufgaben zu erfüllen hätten. In den Beratungen sollten die Unterlagen für Maßnahmen geschaffen werden, die dann auch in entsprechender Weise für das Generalgouvernement Anwendung finden sollten. Die Delegation der Regierung des Generalgouvernements werde Staatssekretär Dr. Boepple führen, ihr gehörten weiter an Präsident Dr. Emmerich, Präsident Dr. Struve, Präsident Naumann und Präsident Dr. Losacker.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Boepple an, strengstens dafür zu sorgen, daß in dieser Beratung von den einzelnen Mitgliedern der Delegation keine irgendwie von einander abweichenden Meinungen geäußert werden. Auch in dieser Sitzung müsse unter allen Umständen das Generalgouvernement als einheitliches Gebilde in Erscheinung treten. Daraus ergebe sich auch, daß angesichts der gegenwärtigen Lage und der ihm gestellten großen Aufgabe Präsident Dr. Losacker der Wortführer der Delegation sein werde.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet weiter, daß er in der Vormittagssitzung einen allgemeinen Überblick über die gegenwärtige politische Situation im Generalgouvernement gegeben habe. Er habe dabei insbesondere auf die Umsiedlungsaktion im Distrikt Lublin bw. im Kreise Zamosc hingewiesen, die offenbar immer noch nicht beendet sei. Diese Aktion habe im gesamten Gebiet zu einer Unruhe geführt, die noch im Wachsen sei. Es zeige sich, daß diese Maßnahme große wirtschaftliche, vor allem ernährungswirtschaftliche Schäden im Gefolge habe. Abgesehen davon, daß die neuangesiedelten Familien auf den Bezug der Lebensmittelkarten angewiesen seien, würden nun auch Mittel angefordert, damit die Höfe mit Vieh, Geräten usw. versorgt werden könnten. Statt daß aus dem Gebiet etwas herausgeholt werden könne, bedürfe es eines wesentliches Zuschusses für den Kreis Zamosc.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Amtschef Engler, ihm umgehend einen Bericht über diese Umsiedlungsaktion und ihre wirtschaftlichen Folgen zu erstatten. Im übrigen sei es aber der Wunsch des Führers, daß allmählich im Generalgouvernement die deutsche Besiedlung ihren Anfang nehmen solle. Daher dürfe man dieses Problem nicht allein von dem Gesichtspunkt des Nutzens und Schadens, sondern müsse es nur von dem Gesichtspunkt der Vordringlichkeit aus betrachten. Maßgebend dürfe nur die Frage sein, ob die Durchführung einer solchen Maßnahme in den gegenwärtigen schwersten Zeiten ratsam sei.

Gegenüber dem Hinweis des Amtschefs Engler darauf, daß man im Gefolge der Umsiedlung mit einem Ausfall landwirtschaftlicher Produktion in einer Menge von etwa loo ooo to rechne, gibt der Herr Generalgouverneur zu bedenken, daß ja die Deutschen, wenn sie dort richtig wirtschaften könnten, auch vielleicht noch höhere Ergebnisse erzielen würden. Gleichwohl halte er es für geboten, daß in dieser Frage der Umsiedlung baldmöglichst ein Schreiben an Reichsführer SS gerichtet werde.

Präsident Naumann legt der Frage entscheidendes Gewicht bei, ob es gelinge, die Polen, die sehr mißwillig geworden seien, für die neue Erzeugung zu gewinnen. Nach den Berichten sämtlicher Kreislandwirte sei die Stimmung der polnischen Bauern sehr pessimistisch, da sie sich ebenfalls von solchen Umsiedlungsmaßnahmen bedroht fühlten. Vorläufig scheine aber angefordert, damit die Höfe mit Vieh, Geräten usw. versorgt werden könnten. Statt daß aus dem Gebiet etwas herausgeholt werden könne, bedürfe es eines wesentliches Zuschusses für den Kreis Zamosc.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Amtschef Engler, ihm umgehend einen Bericht über diese Umsiedlungsaktion und ihre wirtschaftlichen Folgen zu erstatten. Im übrigen sei es aber der Wunsch des Führers, daß allmählich im Generalgouvernement die deutsche Besiedlung ihren Anfang nehmen solle. Daher dürfe man dieses Problem nicht allein von dem Gesichtspunkt des Nutzens und Schadens, sondern müsse es nur von dem Gesichtspunkt der Vordringlichkeit aus betrachten. Maßgebend dürfe nur die Frage sein, ob die Durchführung einer solchen Maßnahme in den gegenwärtigen schwersten Zeiten ratsam sei.

Gegenüber dem Hinweis des Amtschefs Engler darauf, daß man im Gefolge der Umsiedlung mit einem Ausfall landwirtschaftlicher Produktion in einer Menge von etwa loo ooo to rechne, gibt der Herr Generalgouverneur zu bedenken, daß ja die Deutschen, wenn sie dort richtig wirtschaften könnten, auch vielleicht noch höhere Ergebnisse erzielen würden. Gleichwohl halte er es für geboten, daß in dieser Frage der Umsiedlung baldmöglichst ein Schreiben an Reichsführer SS gerichtet werde.

Präsident Naumann legt der Frage entscheidendes Gewicht bei, ob es gelinge, die Polen, die sehr mißwillig geworden seien, für die neue Erzeugung zu gewinnen. Nach den Berichten sämtlicher Kreislandwirte sei die Stimmung der polnischen Bauern sehr pessimistisch, da sie sich ebenfalls von solchen Umsiedlungsmaßnahmen bedroht fühlten. Vorläufig scheine aber

22.2.1943

beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums die Absicht zu bestehen, die Siedlung weiterdurchzuführen.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, ein Fernschreiben an den Reichskommissa-r für die Festigung deutschen Volktums Reichsführer SS Himmler zu entwerfen und ihm unverzüglich vorzulegen.

Staatssekretär Dr. Bühler geht dann auf den neuen Erlaß des Reichsministers Dr. Goebbels betr. die Behandlung der Ostvölker ein.

Der Herr Generalgouverneur will ausdrücklich festgestellt wissen, daß dieser Erlaß auch auf die Behandlung der Polen Anwendung findet.

Staatssekretär Dr. Bühler nimmt weiter zu der Frage Stellung, wie die durch die Einziehung zahlreicher Kräfte der Verwaltung schon entstandenen und noch entstehenden Schwierigkeiten beseitigt werden sollen. Es müsse jetzt die Grenze ermittelt werden, die mit dem Abzug weiterer Kräfte für die Verwaltung noch tragbar sei. In der Vormittagssitzung sei man sich darüber klar geworden, daß man in der unteren Instanz beim Kreishauptmann überhaupt keine Abziehungen mehr vornehmen könne, es sei denn, daß ein gleichartiger Ersatz in Gestalt älterer Arbeitskräfte gegeben werden könne. Bei der mittleren Instanz sei man sich über die zu treffenden Maßnahmen noch nicht klar geworden. Im Rahmen der Regierung des Generalgouvernements sei man zur Zeit bestrebt, ganze Arbeitsgebiete stillzulegen und eine Umorganisation durchzuführen. Präsident Dr.Dosacker habe den Vorschlag gemacht, das von der Wehrmacht geforderte Kontingent aus den Reihen der Volksdeutschen zu ergänzen. In Verhandlungen mit der Kommission des

Generals von Unruh sei erreicht worden, daß man das Kontingent von 2000 Mann auch aus den Reihen der freien Wirtschaft stellen könne. Von der öffentlichen Verwaltung seien bisher 785 Mann abgegeben worden.

Der Herr Generalgouverneur legt entschiedenes Gewicht darauf, daß die Angehörigen der freien Wirtschaft nunmehr auch erfaßt würden. Es müsse Sorge der Gouverneure sein, zuverlässige Listen darüber aufstellen zu lassen. Leider hätten bisher die Bestrebungen, Kriegsversehrte für den Dienst im Generalgouvernement von der Wehrmacht zu erhalten, keinen Erfolg gehabt. Man werde unter diesen Umständen genötigt sein, mehr als bisher das fremdvölkische Element zum Dienst für die Verwaltung heranzuziehen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Naumann, daß die Hauptabteilung E. u. L. schon jetzt unter einem starken Personalmangel leide. Eine Einschränkung des Arbeitsgebiets z.B. der Liegenschaftsverwaltung, von der eine Mill. Hektar Ackerlandes bewirtschaftet würde, würde kaum möglich sein.

Der Herr Generalgouverneur will das Argument, daß Dienststellen zu schwach besetzt seien, grundsätzlich nicht gelten lassen. Wenn wirklich ein offensichtlicher Personalmangel vorhanden sei, dann müßten eben ältere und auch älteste Kräfte für die Aufgaben geschult werden. Er habe bei der Durchsicht der Personalliste festgestellt, daß die Hauptabteilung Ernährung u. Landwirtschaft sowohl in der Zentrale wie auch in den Distrikten noch verhältnismäßig gut besetzt sei.

22.2.1943

Präsident Dr. Losacker gibt sodann einen Bericht über seine bisherige Arbeit als Kommissar des kriegsmäßigen Verwaltungsausbaues. Es habe zunächst gegolten, die einzelnen Hauptabteilungen und Ämter auf das Personal durchzukämmen, das als überflüssig zur Verfügung gestellt werden könne, weiter die Aufgabengebiete auf ihre Kriegswichtigkeit zu prüfen. Das sei anhand des Geschäftsverteilungsplanes der verschiedenen Dienststellen möglich. Er sei selbstverständlich nicht imstande, in wochenlangen Verhandlungen mit jeder einzelnen Dienststellen über jedes einzelne Referat zu verhandeln. Seine Absicht sei es, demnächst eine Besprechung mit allen Dienststellenleitern über diese Frage zu halten, um so zu endgültigen Ergebnissen zu gelangen. Unter diesen Dienststellen seien zu verstehen diejenigen der Regierung, also die Hauptabteilungen, ferner die angegliederten Stellen wie etwa das Institut für deutsche Ostarbeit, die Generaldirektion der Monopole usw.. Auch auf dem Sektor der Propaganda werde man noch zu weitgehenden Einschränkungen kommen müssen.

Der Herr Generalgouverneur geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die Einstellung der Tätigkeit einer Dienststelle nur darum notwendig sei, weil sie über kein geeignetes Personal mehr verfüge. Seien aber altbewährte Kräfte vorhanden, die der Dienstpflicht nicht mehr unterlägen, dann dürfe die Tätigkeit einer Dienststelle nicht ohne weiteres eingestellt werden. Er wende sich entschieden dagegen, daß die Meinung aufkomme, als müsse nun jede wissenschaftliche Tätigkeit lahm gelegt werden. Die Aufrechterhaltung deutschen kulturellen Lebens sei, anders als im Reich, auf ganz wenige Faktoren konzentriert. Werde z.B. das Ostinstitut geschlossen, bestehe keine Möglichkeit

22.2.1943

mehr für eine wissenschaftliche Arbeit. Ebenso höre mit der Schließung der Theater im Generalgouvernement das kulturelle Leben auf. Diese Gesichtspunkte müßten auch in Berlin geltend gemacht werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs nach dem Umfang des Personalbestandes in den Distriten wird festgestellt, daß im Distrikt Galizien zur Zeit noch 23o, im Distrikt Warschau etwa 2oo, im Distrikt Lublin 16o, im Distrikt Radom 24o und im Distrikt Krakau etwas über 2oo deutsche Beamte und Angestellte in der Verwaltung beschäftigt seien.

Gegen eine von Präsident Dr. Losacker in Vorschlag gebrachte rationelle Zusammenlegung von Kreishauptmannschaften wendet sich der Herr Generalgouverneur entschieden.

Präsident Dr. Losacker hält die Aufstellung einer Liste aller derjenigen Kräfte für notwendig, die für die Aufrechterhaltung der Verwaltung unbedingt gebraucht würden. An dieser Liste dürfe dann nicht mehr gerüttelt werden. Im übrigen könnte der Erlaß über die Auskämmungsaktion noch durch die Bestimmung ergänzt werden, daß Volksdeutsche zum Wehrdienst einberufen würden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, auch in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar die Frage der Heranziehung von Volksdeutschen zum Wehrdienst unter Umständen unter Einführung einer Wehrpflicht für diese einer Prüfung zu unterziehen. Im übrigen müsse selbstverständlich alles getan werden, um die Stimmung der Volksdeutschen in dieser Hinsicht durch entsprechende propagandistische Maßnahmen zu beeinflussen.

22.2.1943

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß zunächst nur das Amt für Raumordnung stillgelegt worden sei. Darüber hinaus würden in der Bibliotheksverwaltung und Archivverwaltung nur die unbedingt notwendigen Arbeiten fortgeführt.

Die Besprechung wendet sich dann der Frage zu, in welcher Weise die Reichsdeutschen im Generalgouvernement einer Meldepflicht unterzogen und erfaßt werden könnten. Präsident Dr. Losacker kann berichten, daß bereits entsprechende polizeiliche Maßnahmen in Aussicht genommen seien. Ferner sei vorgesehen, daß die bei den Ernährungsämtern geführten Listen nach den dort angemeldeten Deutschen geprüft werden könnten. Auch sei beabsichtigt, bei den Polizeihilfsdienstpflichtigen entsprechende Kontrollen durchzuführen. Auch die Wohnungskarteien der deutschen Viertel würden überprüft werden, wie auch Kontrollen der Hotels und der gewerblichen Vermieter stattfinden sollten. Die Einreisegenehmigung in das Generalgouvernement werde erschwerenden Bedingungen unterliegen; vom Reich dürften Passierscheine nur mit Genehmigung des Generalgouvernements ausgestellt werden. Der Grenzübertritt werde auf dem Durchlaßschein vermerkt, was ebenfalls eine Kontrolle ermögliche. Vom Staatssekretariat des Sicherheitswesens seien bereits entsprechende Anordnungen herausgegeben.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt mit, daß ihm Beschwerden über das Eingreifen von Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums in alle möglichen Dienstbereiche zugeleitet worden seien. So habe sich z.B. ein Beauftragter des Reichskommissars nach den im Theater beschäftigten Polen erkundigt. In 4o Betrieben der Liegenschaftsverwaltung seien 122 erste Fachkräfte im Auftrage des Reichskommissars beschäftigt, während sonst ein Liegenschaftsverwalter im Generalgouvernement allein durchschnittlich 15 Betriebe zu lenken habe. Ein Gut, das bisher von einem Polen einwandfrei bewirtschaftet worden sei, solle jetzt auch wieder in die Liegenschaftsverwaltung des Reichskommissars eingereiht werden.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen diese Praxis des Reichskommissars. Es gehe unmöglich an, daß von einer außenstehenden Dienststelle in Dinge hineingeredet werde, die allein von Dienststellen des Generalgouvernements zu bearbeiten seien. Er müsse seinem großen Befremden darüber Ausdruck geben, daß in der gegenwärtigen Situation ein großer Apparat aufgebaut werde, der heute nicht als kriegswichtig angesehen werden könne.

Präsident Naumann bemerkt, daß seinerzeit Landesbauernführer Körner mit SS-Obergruppenführer Krüger ein Abkommen getroffen habe, nach welchem eine kleinere Anzahl von Gütern zwar in der Liegenschaftsverwaltung verbleiben, aber von SS-Männern bewirtschaftet werden solle. Unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung seien vor allem auf Initiative des SS- und Polizeiführers Globocnik im Distrikt Lublin sogenannte SS- und Polizeistützpunkte auf Gütern eingerichtet worden. Weiter habe sich die Wehrmacht im Jahre 1940 zur Deckung des dringendsten Lazarettbedarfs eine gewisse Menge Landes angeeignet und in Bewirtschaftung genommen.

Der Herr Generalgouverneur kann nicht verstehen, was die SS als Gliederung der Partei bzw. in ihrer Eigenschaft als Waffen-SS und Teil der Wehrmacht mit der Bewirtschaftung von Gütern zutun habe.

22.2.1943

Präsident Naumann weist darauf hin, daß diese Güter auf Grund der §§ 11 und 12 der Beschlagnahmeordnung von 194o für die Waffen-SS, die SS und Polizei in Anspruch genommen worden seien. Es sei zunächst im Distrikt Lublin bei 7 Gütern der Fall gewesen. Es handle sich insgesamt um 47 Betriebe, die auf Grund des erwähnten Abkommens mit der SS bewirtschaftet würden. Dafür seien 122 Mann eingesetzt, während bei der Hauptliegenschaftsverwaltung 2 6oo Betriebe mit noch nicht 3oo Deutschen bewirtschaftet würden. Wenn man auf dieses Mißverhältnis hinweise, dann werde geltend gemacht, daß die in diesen Betrieben tätigen SS-Männer auch polizeiliche Aufgaben zu erfüllen hätten. Übrigens würden auch bei der Wehrmacht 42 Betriebe von 135 Kräften verwaltet, unter denen allein 25 Hauptmänner seien.

Was die Einrichtung der Landämter angehe, so sei seinerzeit Landesbauernführer Körner von folgenden Erwägungen ausgegangen. Im Warthegau und in Oberschlesien habe sich der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums eine eigene Organisation geschaffen. Man habe dann versucht, die Schaffung einer ähnlichen Organisation im Generalgouvernement hintanzuhalten; aber der Reichskommissar habe sich auch im Generalgouvernement eine eigene Organisation für die Durchführung seiner Aufgabe geschaffen. Zur Zeit arbeite nur noch der Abteilungsleiter und Leiter des Hauptlandamtes mit der Hauptabteilung E. u. L. zusammen. Gegenwärtig sei man bestrebt, eine Klärung der Verhältnisse herbeizuführen, um festzustellen, was eindeutig zum Aufgabengebiet des Reichskommissars gehöre.

Der Herr Generalgouverneur kann sich dieser Auffassung nicht anschließen. Aufgabe des Präsidenten Naumann sei es vielmehr, dafür zu sorgen, daß staatliche Aufgaben, wie sie hier in Frage kämen, auch vom

Staat erfüllt würden. Im übrigen bestehe er darauf, daß mit dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums nur der Staatssekretär und die Gouverneure verhandeln dürften, die unteren Dienststellen aber überhaupt keine Möglichkeit haben sollten, sich mit irgendeinem Beauftragten des Reichskommissars in Verbindung zusetzen. In diesen Rahmen falle übrigens auch die Frage des Judeneigentums. Er stelle ausdrücklich fest, daß die Entscheidungen des Reichskommissars für ihn als Generalgouverneur nicht bindend seien. Andererseits sei er überzeugt, daß Reichsführer SS Himmler von der Bewirtschaftung dieser Güter durch SS-Angehörige keine Kenntnis habe. Und wenn die Umsiedlung weiter fortgeführt werden solle, dann müsse sich eben die Regierung des Generalgouvernements auf Grund der heutigen Besprechung in diese Dinge einschalten. Es werde darüber mit Reichsführer SS zu verhandeln sein.

Präsident Naumann gibt Kenntnis von einem an den Leiter der Abteilung E. u. L. im Distrikt Lublin Klaus gerichteten Schreiben, nach welchem dieser aufgefordert werde, die Abteilung Landwirtschaft beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums zu übernehmen und gleichzeitig einen Vertreter für sich zu bestellen. Er, Präsident Naumann, habe demgegenüber betont, daß es keine Abteilung Landwirtschaft beim Reichskommissar gebe, und habe Dr.Claus verboten, diese Stellung zu übernehmen.

Auf den Hinweis des Staatssekretärs Dr. Bühler, daß Dr. Claus als SS-Führer einem solchen Befehl gehorchen müsse, betont der Herr Generalgouverneur, daß es Pflicht der Regierung des Generalgouvernements sei, ihre Verwaltungsbehörden in jeder Weise zu stützen. Der Gedanke der Staatsvereinfachung müsse jetzt in ganz großem Rahmen aufgegriffen werden. Dem Material, über das man verfüge, werde sich auch Reichsführer SS nicht verschließen können. Es könne nicht die Absicht des Reichsführers SS Himmler sein, eine Unterwühlung der gesamten Staatsautorität im Generalgouvernement herbeiführen zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Naumann an, ihm einen amtlichen Bericht zuzuleiten. Ferner müsse mit Reichsführer SS Himmler eingehend über die Dinge geprochen werden. Sollte sich bei diesen Verhandlungen ein günstiges Ergebnis nicht erzielen lassen, dann müßte er als Generalgouverneur die Verantwortung für das weitere Geschehen ablehnen. Das gelte übrigens auchfür andere Maßnahmen wie z.B. die außerordentliche Polizeiaktion, ganz gleichgültig, ob es sich dabei um eine im Einverständnis mit Gauleiter Sauckel getroffene Maßnahme oder um eine Arbeitseinsatzaktion gehandelt habe.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann noch zu der Frage der Einziehung von Beamten und Angestellten des Generalgouvernements Stellung genommen.

Präsident Dr. Losacker stellt fest, daß von den insgesamt 930 aus den Jahrgängen 1906 und jüngeren Jahrgängen zu stellenden Männern nur 680 in allen Behörden des Generalgouvernements vorhanden seien. Von ihnen seien bereits 400 gestellt worden, der Rest werde aus dem Jahrgang 1901 und jüngeren Jahrgängen gestellt. Im übrigen sei dann noch die Aktion der Kommission des Generals von Unruh im Gange, auf Grund deren man bis zum 25.März 2 000 Mann aus dem Zivilbereich des Generalgouvernements zu stellen habe, der auch die freie Wirtschaft umfasse.

22.2.1943

Staatssekretär Dr. Bühler fügt ergänzend hinzu, daß für die Stellung der 2 000 Mann keine Frist gesetzt worden sei. Für die Stellung der restlichen 450 Mann sei aber der 20.März als letzter Termin vorgesehen. Aus den Volksdeutschen und aus der Wirtschaft könne man leicht diese 2 000 Mann herausholen, wenn für die Volksdeutschen die Wehrpflicht eingeführt werde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar die Wehrpflicht für die Volksdeutschen des Generalgouvernements einzuführen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Naumann, daß zur Zeit eine Besserung der Ernährungslage der Polen nicht möglich sei. Eine Herabsetzung der Lebensmittelration für die Polen werde sich nur vermeiden lassen, wenn die dem Reich gemachten Vorschläge hinsichtlich einer Änderung ~~ein~~ der Lieferungen vom Reich angenommen würden.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß man den in deutschen Betrieben und im deutschen Interesse arbeitenden Polen nicht mehr Lebensmittel geben könne. Er weise Präsident Naumann an, nunmehr keine Lieferungen mehr an das Reich gehen zu lassen. Das Getreide, das noch im Generalgouvernement vorhanden sei, müsse unter allen Umständen im Lande bleiben.

Präsident Naumann verweist in diesem Zusammenhang auf mit der Wehrmacht getroffene Abmachungen, nach welchen die an die Wehrmacht getätigten Lieferungen auf das Reichskontingent angerechnet würden. Er habe auch Generalleutnant Schindler erklärt, daß die Hauptabteilung E.u.L. für die Rüstungsbetriebe keine erhöhten Rationen geben könne, nachdem man durch die

Forderungen des Reichsmarschalls Göring gefesselt worden sei, und habe ihm anheim gestellt, entsprechende Mengen aus dem Reichskontingent zu erwerben. Auch die Aufwendungen für die Verpflegung der 3 5oo Kinder aus dem Reich müßten als echte Reichsleistungen anerkannt und als solche von dem Lieferungskontingent abgesetzt werden, ferner alles das, was für neueingestellte Rüstungsarbeiter an Lebensmitteln gebraucht werde. Für die Spritforderung des Reiches habe man nicht Kartoffeln, sondern Sprit zu liefern in Aussicht genommen und werde dafür geringere Kartoffelmengen ans Reich liefern.

Präsident Naumann geht dann auf die Lage ein, die zur Zeit auf dem Gebiet der Fleischversorgung in Deutschland besteht, und gibt davon Kenntnis, daß im Reiche die Fleischration ab 6.April um 5o gr gesenkt würde. Ferner werde man sofort eine Überprüfung der Schwer- und Schwerstarbeiterration durchführen und erheblich in die Rinderbestände des Reiches eingreifen müssen. Angesichts dieser Situation im Reich müsse damit gerechnet werden, daß erhöhte Fleischforderungen an das Generalgouvernement im Laufes ds. Jrs. gestellt würden. Deshalb habe man auch die Erzeugungsschlacht vorwärtsgetrieben und alles versucht, was im Interesse der Aufrechterhaltung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion möglich sei.

Präsident Naumann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß für die 8 ooo eingesiedelten Deutschen 3 ooo to Saatgut zur Verfügung gestellt werden sollten.

Der Herr Generalgouverneur verbietet ausdrücklich, daß dieses Saatgut zur Verfügung gestellt wird. Verantwortlich dafür seien die Stellen, die die Umsiedlung in Gang gesetzt hätten, ohne den eigentlich verantwortlichen Dienststellen davon Kenntnis zu geben.

Ferner weise er Präsident Naumann an, unter keinen Umständen aus anderen Distrikten zu Gunsten des Distriktes Lublin irgendwelche Bestände an Getreide, Saatgut usw. wegzunehmen.

Präsident Naumann glaubt die Verantwortung dafür nicht übernehmen zu können, daß 3o ooo Hektar besten Ackerlandes brach liegen bleiben und kein Saatgut in das Gebiet der Umsiedlung geschafft wird.

Der Herr Generalgouverneur stellt Präsident Naumann anheim, dem Distrikt Lublin das zu geben, was ihm auch sonst unter normalen Verhältnissen zukommen würde. Die Erfüllung zusätzlicher Forderungen sei aber in der gegenwärtigen Lage unmöglich. Präsident Naumann müsse sich, wenn möglich, mit einer Dienststelle des Reichskommissars in Berlin über diese Dinge besprechen.

Gegenüber dem Einwand des Präsidenten Naumann, daß die Hauptabteilung E.u.L. auch zusätzlich Treibstoff zur Verfügung stellen solle, erklärt der Herr Generalgouverneur, daß sich Präsident Naumann in solchen Fragen für unzuständig betrachten und Verhandlungen dem Staatssekretär Dr. Bühler überlassen solle. Auf den Leiter der Hauptabteilung E.u.L. könne man derartige Verantwortungen nicht abwälzen.

Abschließend trifft der Herr Generalgouverneur zu Protokoll folgende Feststellung:

1. Die Staatsvereinfachung muß auch den Fragen dienstbar gemacht werden, die Gegenstand der heutigen Besprechung gewesen sind.
2. Weitere Umsiedlungsmaßnahmen müssen eingestellt werden.

22.2.1943

3. Auf die Notwendigkeit einer Vereinfachung der Verwaltung muß auch von seiten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums Rücksicht genommen werden.

4. Mit sofortiger Wirkung ergeht an sämtliche Dienststellen des Generalgouvernements das Verbot, mit Dienststellen des Reiches anders zu verhandeln als über die vorgesetzte Behörde bzw. den Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements.

5. Staatssekretär Dr. Bühler wird beauftragt, dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines an den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gerichteten Schreibens unverzüglich vorzulegen.

17^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und SA-Oberführer Peltz.

SA-Oberführer Peltz berichtet über den Aufbau der SA im Generalgouvernement und über die Durchführung der Schulung. Er gibt dem Herrn Generalgouverneur von einer Verfügung des Stabschefs Lutze Kenntnis, nach welcher nunmehr die offizielle Bezeichnung der SA-Einheit im Generalgouvernement lauten soll: "SA Generalgouvernement". Damit werde, so betont SA-Oberführer Peltz, die SA des Generalgouvernements als eine einheitliche Gruppe behandelt und vom Stabschef als in ihrem Aufbau vollendet angesehen.

22.2.1943

3. Auf die Notwendigkeit einer Vereinfachung der Verwaltung muß auch von seiten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums Rücksicht genommen werden.

4. Mit sofortiger Wirkung ergeht an sämtliche Dienststellen des Generalgouvernements das Verbot, mit Dienststellen des Reiches anders zu verhandeln als über die vorgesetzte Behörde bzw. den Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements.

5. Staatssekretär Dr. Bühler wird beauftragt, dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines an den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gerichteten Schreibens unverzüglich vorzulegen.

17^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und SA-Oberführer Peltz.

SA-Oberführer Peltz berichtet über den Aufbau der SA im Generalgouvernement und über die Durchführung der Schulung. Er gibt dem Herrn Generalgouverneur von einer Verfügung des Stabschefs Lutze Kenntnis, nach welcher nunmehr die offizielle Bezeichnung der SA-Einheit im Generalgouvernement lauten soll: "SA Generalgouvernement". Damit werde, so betont SA-Oberführer Peltz, die SA des Generalgouvernements als eine einheitliche Gruppe behandelt und vom Stabschef als in ihrem Aufbau vollendet angesehen.

22.2.1943

Weiter berichtet SA-Oberführer Peltz über die Ausbildung von Volksdeutschen zu SA-Führern. Er bittet ferner den Herrn Generalgouverneur um die Genehmigung, daß die S.A. bei der Überprüfungsaktion der Deutschen im Generalgouvernement eingeschaltet wird, damit vor allem diejenigen, die sich dauernd und systematisch der Erfüllung ihrer völkischen Gemeinschaftspflicht entzögen, erfaßt werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt seine Zustimmung zu den Vorschlägen und erteilt dem Hauptabschnittsleiter Stahl die Weisung, sich sofort mit Präsident Dr. Losacker in Verbindung zu setzen, damit dann die Partei bzw. die S.A. an diesen Überprüfungsaktionen der Deutschen im Lande beteiligt werden kann.

Anschließend hat der Herr Generalgouverneur noch eine Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl gibt dem Herrn Generalgouverneur einen vertraulichen Bericht über seine Besprechungen bei der Parteikanzlei. Bei diesen Besprechungen hat Hauptabschnittsleiter Stahl auch über die Gouverneursitzung in Warschau berichtet und dann interessante Aufschlüsse über die Gesamtsituation d.Partei erhalten. Hauptabschnittsleiter Stahl kann weiter feststellen, daß die Parteiarbeit im Generalgouvernement bei der Parteikanzlei vollste Anerkennung finde und an ihrer Fortsetzung in keiner Weise gerüttelt werden solle.

18^{00} Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz.

18^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Dienstag, den 23.Februar 1943

10^{25} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{30} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

10^{35} Presse - Besprechung im Königssaal.

(Teilnehmer s.Liste)

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Besprechung mit Begrüßungsworten an die Erschienenen und erteilt zunächst Pressechef Gassner das Wort.

Pressechef Gassner dankt dem Herrn Generalgouverneur, daß er den deutschen Hauptschriftleitern der polnischen Presse zum ersten Mal Gelegenheit zu einer eingehenden Aussprache gegeben habe. Er geht dann kurz auf die Entwicklung der polnischen Presse im Generalgouvernement ein. Zur Zeit erschienen in Krakau, Warschau, Radom, Tschenstochau, Lublin und Lemberg je eine polnische Tageszeitung. Daneben existierten noch zwei Kopfblätter. Die Gesamtauflage sämtlicher polnischer Zeitungen betrage an Wochentagen etwa 400 000, an Sonntagen 500 000 Exemplare. Hervorgehoben müsse werden, daß es sich um eine Stoppauflage handle. Außerdem existierten noch 2 ukrainische Tageszeitungen, und zwar erschienen sie in Krakau (Auflageziffer 13 000) und in Lemberg (Auflageziffer 45 000). Bei Beginn der deutschen Verwaltungsarbeit im früheren Polen im Jahre 1939 habe man die polnische Presse nur als Mitteilungsblatt für die deutschen Behörden angesehen. In ihren Spalten sollte höchstens der deutsche Wehrmachtsbericht Aufnahme finden. Man sei sich aber klar gewesen, daß eine solche Presse nichts tauge. Unter dem Zwang der Verhältnisse sei dann zu

23.2.1943

Beginn des Jahres 1940 die polnische Presse als Führungsinstrument eingesetzt worden und habe bei der Bekämpfung der damals drohenden Inflationsgefahr Hervorragendes geleistet. Daraufhin sei man dazu übergegangen, sie in den Dienst des deutschen Aufbaues zu stellen. In ihren Zeilen sei immer stärker darauf hingewiesen worden, daß, sollte Europa sich erhalten, sich die Völker Europas zusammenschließen müßten. Dadurch habe man einen gewissen Teil der polnischen Intellektuellen für positive Mitarbeit am deutschen Aufbau gewonnen.

Bei Beginn des Kampfes gegen den Bolschewismus im Juni 1941 habe dann in starkem Maße die Antibolschewistische Walze ihren Niederschlag in den Spalten der polnischen Zeitungen gefunden. Viele Argumente gegen den Bolschewismus könnte man aber nicht ausnutzen, weil sich aus ihnen eine Reihe von Analogien ergebe, und die Polen viele antibolschewistische Erwägungen einfach gegen das deutsche Regime wendeten.

Zu diesen Belastungen träten nun in jüngster Zeit die deutschen Mißerfolge an der Ostfront. Es bahne sich ein vollkommener Stimmungszusammenbruch und ein Anwachsen der illegalen Tätigkeit, unter der polnischen Bevölkerung an. Er sei sich darüber klar, daß es sehr schwierig sei, dieser Entwicklung mit den Mitteln der Presse Einhalt zu gebieten. Von deutscher Seite müsse der Versuch unternommen werden, die Polen zur Gestaltung ihrer Presse in stärkerem Maße heranzuziehen. Man müsse den Polen eine politische Zeitschrift geben; Erwägungen darüber seien schon seit einem halben Jahre im Gange, ohne bis jetzt praktische Formen angenommen zu haben. Statt der von ihm für überflüssig gehaltenen polnischen Zeitschrift "Fala" könne man eine solche politische Zeitschrift erscheinen lassen.

23.2.1943

Er beantrage also eine stärkere verantwortliche Heranziehung polnischer Schriftleiter zur Gestaltung der polnischen Presse. Aus der Ära du Prel sei heute noch das Verbot in Kraft, daß polnische Zeitungen ohne deutsche Hauptschriftleiter erscheinen dürften. Man solle vielmehr dazu kommen, daß die polnischen Schriftleiter auch Kommentare und Leitartikel verfassen dürften, denn sie als Polen träfen die polnische Mentalität viel besser, als dies die geschicktesten deutschen Schriftleiter könnten. In der Gestaltung der Meinungsentwicklung sollte man nicht mehr zu ängstlich vorgehen.

Hauptschriftleiter Fenske ist der Ansicht, daß die Ursachen für gewisse kritische Momente im Verhalten der Polen tiefer lägen. Das polnische Volk nehme unter allen europäischenLändern eine Ausnahmestellung ein in seiner Behandlung im Reich und im Generalgouvernement. Die Polen besässen ein ausgeprägtes nationales Empfinden und machten sich viele Gedanken über die Rolle, die ihnen in einem neuen Europa von deutscher Seite zugedacht sei.

Dazu komme, daß unsere Gegner alle Möglichkeiten für eine Gewinnung der polnischen Haltung besässen. Die Engländer versprächen ihnen Freiheit, Gerechtigkeit Wohlstand, ausreichende Ernährung, Bestrafung aller, die sich am polnischen Volk vergangen hätten. Wir Deutschen dagegen könnten sie nur mit dem leeren und für alle Polen einigermaßen inhaltslosen Begriff des neuen Europa propagandistisch bearbeiten. Dabei werde der große Fehler gemacht, propagandistische Methoden, die bei der Behandlung des deutschen Volkes richtig sein mögen, einfach auf fremde Völker zu übertragen. Von deutscher Seite müßte den polnischen Bewohnern des Generalgouvernements das Empfinden nahe gebracht werden, daß die Deutschen um ihre Existenz wüßten und ihre Interessen zu berücksichtigen versuchten.

23.2.1943

Auf den Einwurf des Herrn Generalgouverneurs, daß er das in jeder seiner Reden tue, erwidert Hauptschriftleiter Fenske, daß man in der praktischen Auswirkung wenig verspüren könne. Die Lage sei heute besonders kritisch, da die Polen glaubten, daß die deutsche Ostfront zusammengebrochen sei, und ihnen von der englischen Propaganda eingeredet werde, daß die Sowjets an der früheren polnischen Ostgrenze haltmachen würden.

Der Herr Generalgouverneur gibt in diesem Zusammenhang ein Rundschreiben des Reichspropagandaleiters Dr. Goebbels vom 15.Febr.1943 bekannt, in dem eine neue Einstellung des Reiches für die Behandlung der außerhalb Deutschlands lebenden europäischen Völker einschließlich der Ostvölker verkündet wird. Er bittet die anwesenden Hauptschriftleiter, sich die markantesten Sätze aus diesem Rundschreiben, das er ihnen vorliest, zu notieren.

Dieses Rundschreiben sei eine geradezu umwälzende Verlautbarung. Eine große Wende sei angebrochen. Es werde mit dem bisherigen System der Ausrottung, der Ausbeutung und Diskriminierung gebrochen. Endlich sehe man im Reich ein, daß sich ein System der Gewalt auf die Dauer nicht halten könne, denn Gewalt sei lediglich ein Ausnützen eines momentanen technischen Waffenvorteils.

Er als Generalgouverneur werde nichts unterlassen, um diese neuen Grundsätze in der politischen Führung dieses Raumes zur Durchsetzung zu bringen. Er sei überzeugt, daß diese neue Einsicht zu einer ungewöhnlichen Bereinigung der Ostsituation führen werde.

Hauptschriftleiter Fenske ist der Meinung, daß diese Umschwenkung der deutschen Politik in der Behandlung der Polen zu spät komme. Die Polen sprächen bereits davon, daß im Augenblick des Wiederbeginns einer deutschen Offensive im Osten ein allgemeiner europäischer Aufstand entflammen werde. Weiter glaubten sie, daß eine englisch-amerikanische Armee vom Balkan her nach Osteuropa eindringen und ein Operationsgebiet zwischen Rußland und Polen zu erreichen suchen werde. Die Gewinnung der Ukrainer für die deutsche Seite sei jedoch noch möglich.

Demgegenüber hält der Herr Generalgouverneur es für möglich, die Polen auf die deutsche Seite zu ziehen.

Anschließend findet eine längere Aussprache statt, in der von den anwesenden Hauptschriftleitern Anregungen für eine bessere politische Linie in den polnischen Zeitungen gemacht werden bzw. gegen überholte Anordnungen und Verbote Stellung genommen wird. So weist z.B. Hauptschriftleiter Fenske darauf hin, daß es verboten sei, auf von England verbreitete Zweckgerüchte, die den Polen auf Grund ihres gut ausgebauten Nachrichtennetzes allgemein bekannt seien, in den Spalten der polnischen Presse einzugehen, obwohl man viele derartige Gerüchte mit geschickten Mitteln widerlegen könne. Auch müßte die Möglichkeit gegeben sein, Näheres über von Juden verübte Attentate und Sabotagefälle einzugehen. Weiter sei es verboten, die polnische Emigrantenregierung zu erwähnen, obwohl nach seiner Ansicht im gegenteiligen Falle keine Gefahr bestünde.

Abteilungsleiter Dr. Lüdemann ist der Meinung, daß sich die polnische Presse zu sehr auf die Intelligenz beschränke und sich nicht so sehr an die breite Öffentlichkeit wende.

Dem glaubt Hauptschriftleiter Stöppler nicht zustimmen zu können. Die polnische Intelligenz kaufe keine polnischen Zeitungen, sondern orientiere sich über die führenden deutschen Zeitungen wie "Das Reich",

23.2.1943

"Frankfurter Zeitung", "Krakauer Zeitung". Aus dieser Tatsache müsse man die Erkenntnis ableiten, daß man die gebildeten Polen in ihrer eigenen Presse politisch in sehr vorsichtiger Form mehr ansprechen müsse.

Auch Hauptschriftleiter Seidel ist der Ansicht, daß man, wenn man in der bisherigen Weise die polnische Pressearbeit fortsetze, für die deutschen Interessen nichts gewinnen könne. Ein ängstliches Zurückweichen vor den schwierigen Problemen werde die deutschen Bemühungen ohne Erfolg lassen.

Auf Grund dieser Aussprache ist der Herr Generalgouverneur der Ansicht, daß alle bisherigen Verfügungen auf dem Gebiete der polnischen Presse überholt und hinfällig seian. Notwendig sei eine Neuüberprüfung aller Fragen auf dem Sektor der polnischen Presse.

Hauptschriftleiter Widera vertritt die Auffassung, daß die polnischen Zeitungen wohl von der Masse des Volkes gelesen würden, während die Intelligenzkreise darauf zum größten Teil verzicheteten. Durch eine intensivere Presseführung müsse man dazu kommen, daß auch diese Kreise die polnischen Zeitungen als ihre eigene Presse betrachteten. Unter ihnen gebe es eine kleine Schicht, die realpolitisch denke und aus der polnischen Geschichte gelernt habe. Diese Schicht müsse für deutsche Zwecke gewonnen werden. Ein erfolgversprechender Weg dazu sei, die polnischen Zeitungen der Verantwortung polnischer Schriftleiter zu überlassen. Solange die letzte Verantwortlichkeit für den Inhalt einer polnischen Zeitung bei einem deutschen Schriftleiter liege, seien die polnischen Schriftleiter nicht arbeitseifrig und verantwortungsfreudig genug. Auch wenn sich deutsche Schriftleiter noch so sehr in die polnische Mentalität hineinversetzten , könnten sie

23.2.1943

doch nie für die polnische Leserschaft so schreiben, wie das bei einem Polen der Fall sei.

Er schlage also vor, die polnischen Zeitungen den Polen zu überlassen, und daneben eine deutsche Zeitung in polnischer Sprache zu schaffen, die den Polen den amtlichen deutschen Standpunkt darlegen solle. Die Redaktion dieser deutschen Zeitung sollten die bisherigen deutschen Hauptschriftleiter der polnischen Zeitungen bilden. Diese Zeitung müsse mit den polnischen Schriftleitern polemisieren und sie dadurch bei evtl. Zögern zur Behandlung von Problemen reizen. Erscheinungsort müßte Warschau sein. Die polnischen Zeitungen sollten nur einer Vorzensur durch die aufsichtsführende Behörde unterliegen. Bei einer solchen Regelung könnten die polnischen Schriftleiter ihre eigene Initiative einsetzen und die Polen bekämen das Gefühl, daß ihre Zeitungen nur von Polen gemacht würden. Das Generalgouvernement sei das einzige der besetzten Gebiete, in dem die Zeitungen für die fremdvölkischen Bewohner von Deutschen gemacht würden.

Als Auswirkung auf die von Dr. Goebbels neu aufgestellten Grundsätze werde man sicherhlich eine wesentliche Erleichterung verspüren. Die Propaganda müsse aber auch mit der realen Politik übereinstimmen. Es dürfe nicht mehr vorkommen, daß man Bauern für die Ablieferung ihres Kontingentes belobige, ihnen den Schutz der deutschen Behörden zusage, sie aber die nächsten Tage zwecks Ansiedlung von Volksdeutschen von Haus und Hof verjage. Die Richtlinien der Politik müßten mit ihrer Verwirklichung in Einklang gebracht werden.

Der polnischen Presse müßte auch die Möglichkeit gegeben werden, besondere durch den Krieg erzwungene Maßnahmen der deutschen Verwaltung besprechen zu dürfen. Wenn sie z.B. eine notwendig gewordene Evakuierung begründen könne, könnten dadurch viele irrige Meinungen und daraus entspringender Haß gegen die Maßnahmen der deutschen Behörden beseitigt werden. Weiter solle man der polnischen Presse gestatten, mit der illegalen Presse in Polemiken einzutreten.

Hauptschriftleiter Widera bittet dann den Herrn Generalgouverneur, die deutschen Hauptschriftleiter der polnischen Zeitungen gegen den Vorwurf, daß sie polenfreundlich seien, in Schutz zu nehmen.

Auf eine Anregung von Hauptschriftleiter Fenske, zwecks besserer Unterrichtung der deutschen Hauptschriftleiter der polnischen Presse einen altbewährten ukrainischen Verbindungsmann nach Berlin zu beordern, erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er damit einverstanden sei und daß dieser Mann in die Berliner Dienststelle des Bevollmächtigten eingebaut werden solle. Er ist auch damit einverstanden, daß zur Umrahmung der polnischen Rundfunknachrichten polnische Musik zu Wort kommen dürfe. Er habe in Frankreich das Chopin-Museum aufgekauft, das in diesen Tagen nach Krakau gebracht werde. Veröffentlichungen in der polnischen Presse darüber seien sehr wünschenswert. Auch an ein Auftreten hervorragender polnischer Musiker könne gedacht werden. Stimmungs- und Lageberichte der polnischen Arbeiter in Deutschland sollten mehr als bisher in den polnischen Zeitungen ihren Niederschlag finden. Maßnahmen der deutschen Behörden müßten in den polnischen Zeitungen pressemäßig behandelt werden. Die Deutschen lebten zu sehr als Fremdkörper im polnischen Raum. In Zukunft müßten diejenigen, die die polnische Sprache verstünden, mehr Auftrieb bekommen. Die Nachrichtenbetreuung der hier anwesenden deutschen Schriftleiter der polnischen Zeitungen müsse intensiviert werden.

23.2.1943

Hauptschriftleiter Fenske plädiert für eine bessere Versorgung der polnischen Schriftleiter, die teilweise sehr mangelhaft sei. Mit gutem Bewußtsein müßten diese Leute schreiben können, daß sie unter der deutschen Herrschaft gut behandelt würden.

Hauptschriftleiter Stöppler weist noch einmal darauf hin, daß der Zeitpunkt für die vorgesehene Umstellung der deutschen Propaganda äußerst schwierig sei. Man dürfe die neue Einstellung nicht mit vollen Segeln unternehmen, sondern nur langsam und vorsichtig anlaufen lassen.

Von den einzelnen Teilnehmern der Sitzung werden dann noch verschiedene Anregungen für den Beginn der neuen Pressetaktik gegeben.

Hauptschriftleiter Fenske weist noch darauf hin, daß die Gefahr der panslawistischen Idee sehr stark sei; man dürfe daher wie bisher auch in Zukunft Polen und Ukrainer nicht gleich behandeln, sondern müsse zwischen den beiden immer stark unterscheiden.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Besprechung zusammen und erklärt, daß unter Teilnahme des Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda und des Pressechefs der Regierung alle Punkte in ein Regulativ zusammengefaßt würden, das allen Hauptschriftleitern der polnischen Zeitungen zugehen werde. Darin seien die Richtlinien für die Behandlung der fremdvölkischen Angelegenheiten auf dem Presse- und kulturellen Gebiet zusammengefaßt. Als Richtschnur diene der versöhnende Gedanke des Reiches. Die Hauptbestandteile dieses Regulativs bildeten die Richtlinien, die Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels in seinem Rundschreiben vom15.Febr. bekannt gegeben habe. Dazu kämen dann verschiedene Punkte, die für das Generalgouvernement von besonderer Wichtigkeit seien.

23.2.1943

Die Auswirkungen der neuen deutschen Einstellung würden sich nicht nur in der Presse, sondern auch im Rundfunk, in kulturellen Veranstaltungen, auf dem Ernährungs- und Bekleidungssektor, in der stärkeren Heranziehung von Polen zur Verwaltung usw. zeigen. Alle bisherigen Anordnungen, die dieser neuen Linie widersprächen, würden damit aufgehoben werden. Jedoch müsse grundsätzlich daran festgehalten werden, daß man in den Polen nicht die Freunde Deutschlands sehen könne. Äußerste Wachsamkeit sei auch weiterhin am Platze, denn die führende Schicht Polens plane die Vernichtung des deutschen Volkes und Reiches. Es müsse jedoch gelingen, den polnischen Elementen, die in ihrer Haltung schwankend seien, den Weg zu den deutschen Belangen nicht zu versperren.

Der Inhalt des Rundschreibens von Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels werde allen Distriktsstandortsführern und Behörden mitgeteilt werden. Dadurch werde für die Arbeit der deutschen Schriftleiter in der polnischen Presse eine starke Besserung eintreten.

Präsident Ohlenbusch wendet sich gegen die Meinung, daß die Propaganda für die Fremdvölkischen in diesem Raum nach deutschen Gesichtspunkten geschehe. Er habe seit langer Zeit einen polnischen und ukrainischen Hilfsstab eingerichtet, der weitgehenden Einfluß und beratende Tätigkeit auf propagandistischem Gebiet besitze. Ein weiterer Beweis, daß hier mit polnischen Augen Propaganda gemacht werde, liege darin, daß zur Zeit antibolschewistische Plakate des früheren polnischen Kriegsministeriums aus dem Jahre 1922 von der Hauptabteilung Propaganda herausgebracht würden. Er werde weiterhin antibolschewistisches Material, das die Polen nach dem Jahre 1919 veröffentlicht haben, sichten und auf seine Verwendung hin prüfen. Für diese Propaganda seien alle Voraussetzungen im polnischen

23.2.1943

Volke vorhanden. Fünf Sechstel der Arbeit der Hauptabteilung gelte der Beeinflussung der fremdvölkischen Menschen im deutschen Sinne. Er glaube, daß das Rundschreiben des Reichspropagandaleiters zum großen Teil seine Ursache in den Erfahrungsberichten habe, die die Hauptabteilung seit langer Zeit nach Berlin sende.

Der Herr Generalgouverneur spricht zum Schluß allen deutschen Hauptschriftleitern Dank und Anerkennung für ihre hervorragenden Leistungen aus.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Anwesenheitsliste

für die Pressebesprechung
am 23.Februar 1943 um 10 Uhr 30 Minuten
im Königssaal

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
[illegible]	Prof.	[illegible]
[illegible]	SS-[illegible]	[illegible] SS
Coblitz	Direktor	Institut f. Deutsche Ostarbeit
[illegible]	Hauptschriftleiter	Nowy Glos Lubelski
Lehmann	Referent	Pressechef d. Reg.
[illegible]		Krak. Ztg.
Gassner	Pressechef der Regierung	
Seidl	Hauptschriftleiter	[illegible]
[illegible]	"	Pressechef
[illegible]	Referent	" u. [illegible]
[illegible]	"	Abt. Propaganda, Radom
Lüdemann	Abt. Leiter	Hauptabt. Propaganda
[illegible]	Hauptschriftleiter	" Goniec Krakowski

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	Verlagsleiter	Krakauer Zeitu

Krakau

Mittwoch, den 24.Februar 1943

11^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

13^{00} Mittagessen zu Ehren des aus den Diensten der Kanzlei des Generalgouverneurs scheidenden Hausdirektors Haberstich.

15^{00} Besprechung mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

Präsident Ohlenbusch legt dem Herrn Generalgouvergouverneur den Entwurf eines Rahmenerlasses vor, der Anweisungen für die neue propagandistische Behandlung der Polen zum Inhalt hat, wie sie sich aus dem Rundschreiben des Reichspropagandaleiters Dr. Goebbels vom 15.2.1943 ergeben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit dem Inhalt einverstanden und ersucht Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner, in Zusammenarbeit mit Staatssekretär Dr. Bühler und dem SD eine nochmalige Durchprüfung vorzunehmen und die endgültige Fassung ihm dann zur Unterschrift vorzulegen. Diesen Rahmenerlaß sollten dann alle Dienststellen des Generalgouvernements erhalten.

16^{00} Tee.

Kammersänger Hans Hermann Nissen bringt vor den Gästen und den Gefolgschaftsmitgliedern der Kanzlei des Generalgouverneurs einige Lieder zu Gehör.

19^{00} Besuch der Erstaufführung "Othello" im Staatstheater.

22^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Donnerstag, den 25. Februar 1943

1o^{5o} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{oo} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11^{3o} Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

Bankdirigent Dr. Paersch gibt dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß die polnischen Nickel- und Kupfermünzen für Zwecke der Rüstungsindustrie abgegeben werden müßten. Insgesamt entstehe dadurch, da nur der Münzwert berechnet werde, gegenüber dem Nennwert ein Verlust von 15 Millionen Zloty. Nach der bestehenden Rechtslage müßte eigentlich, da die Münzverwaltung Sache des Haushalts sei, dieser Verlust von der Finanzverwaltung getragen werden. Die Emissionsbank wolle sich aber entgegenkommenderweise bereit erklären, die Hälfte dieses Verlustes, also 7,5 Millionen Zloty, zu übernehmen. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, diesem Vorschlage zuzustimmen.

Der Herr Generalgouverneur erteilt seine Zustimmung.

Bankdirigent Dr. Paersch teilt dem Herrn Generalgouverneur weiter mit, daß die Frage der Fünf-Groschenstücke geregelt worden sei. Weiter gibt er dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis davon, daß die Frage des Umrechnungssatzes Gegenstand von Erörterungen im Reich gewesen sei. Dem Standpunkt des Reichsfinanzministeriums, daß an eine Änderung des Umrechnungssatzes nicht gedacht werden könne, habe auch das Reichsbankdirektorium zugestimmt und diese seine Auffassung schriftlich bestätigt.

25.2.1943

12^{20} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple, Ministerialdirigent Dr. Emmerich, Bankdirigent Dr. Paersch, Bevollmächtigtem Dr. Heuber, Ministerialrat Radtke, Regierungsdirektor Dr. Albert, Regierungsrat Dr. Lengert.

(Siehe Anlage) (Seite 147)

12^{40} Besprechung mit den Staatssekretär Dr. Bühler und Dr. Boepple, Ministerialdirigent Dr. Emmerich, Bevollmächtigtem Dr. Heuber.

Staatssekretär Dr. Boepple erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Verhandlungen, die am 23.Febr.1943 in Berlin stattgefunden haben. Interessant sei die Feststellung, daß man in Berlin den Ansichten, die in dieser Beratung von der Delegation der Regierung des Generalgouvernements geäußert worden seien, allseits Verständnis entgegengebracht habe.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß man jetzt offenbar in den Reichsstellen den Belangen des Generalgouvernements und der Haltung seiner Regierung größeres Verständnis entgegenbringe.

12^{50} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über den grenzüberschreitenden Güterverkehr zwischen dem Deutschen Reich, dem Generalgouvernement und den besetzten Ostgebieten
2. einer Dritten Verordnung über die Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens im Generalgouvernement

25.2.1943

3. einer Verordnung über die Berichtigung von Eintragungen in nichtdeutschen Personenstandsregistern im Generalgouvernement

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{28} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Wien-Preßburg.

Anlage

Niederschrift
über die
Besprechung betr. Aufhebung des Zollgrenzschutzes am 25.2.1943.

Teilnehmer:

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Dr. Boepple
Hauptabteilungspräsident Min.Dirigent Dr. Emmerich
Bankdirigent Dr. Paersch
Bevollmächtigter Dr. Heuber
Ministeralrat Radtke
Regierungsdirektor Dr. Albert
Regierungsrat Dr. Lengert
Regierungsrat Gnauck als Protokollführer

Die Sitzung wird um 12 Uhr 2o Minuten von Generalgouverneur Dr. Frank eröffnet.

Einleitend teilt Staatssekretär Dr. Bühler mit, daß in Berlin im Zusammenhang mit der Freimachung von Kräften für die Wehrmacht und die Rüstung auch die Frage aufgeworfen worden sei, ob durch Auflösung des Zollgrenzschutzes erhebliche Kräfte für die Wehrmacht freigemacht werden könnten. Im Generalgouvernement seien von insgesamt 4 ooo Zollbeamten 2 4oo oder 2 5oo Zollgrenzschutzbeamte, der Rest sei im Zivilsektor beschäftigt. In einer am 26.Februar in Berlin stattfindenden Sitzung solle u.a. auch die Frage untersucht werden, ob an der Ostgrenze des Generalgouvernements der Zollgrenzschutz aufgelöst und die Grenze nunmehr offengelassen werden könne. Staatssekretär Krüger habe ihn gebeten, bei der Besprechung in Berlin geltend zu machen, daß auch aus Sicherheitsgründen die weitere Aufrechterhaltung der Zollgrenze erwünscht erscheine. Dies sei zunächst mit Rücksicht auf die Durchkämmungsaktion notwendig; denn wenn die Zollgrenze aufgehoben würde, dann wichen die Menschen nach den Ostgebieten aus. Weiter erheische die Sicherheitslage im Distrikt Lublin die Aufrechterhaltung der Zollgrenze, wo ein ständiger Wechsel zwischen Generalgouvernement und besetztem Gebiet stattfinde. Wenn das Instrument des Zollgrenzschutzes wegfalle, dann werde das zu einer Verschärfung des Bandenkrieges führen.

Generalgouverneur Dr. Frank gibt davon Kenntnis, daß nach einer Mitteilung des Generals Sommé in den letzten 14 Tagen fast in jeder Nacht englische Flugzeuge in der Richtung Radom führen und dort zweifellos Fallschirme niedergehen ließen. Das hänge offenbar mit Plänen des Generals Sikorski und mit der Vorbereitung größerer Sabotagehandlungen, der Zusammenballung von Widerstandskräften zusammen. Auch diese Vorkommnisse sprächen für eine Aufrechterhaltung der Zollgrenze. Wenn das Generalgouvernement eine eigene Verantwortung tragen solle, dann müsse ihm auch die Zollgrenze gelassen werden.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich führt aus, daß es sich bei dieser Frage in erster Linie um ein Währungsproblem, in zweiter Linie um ein Warenproblem handle. Der Warenverkehr sei nicht so groß, daß bei einer Aufhebung der Zollgrenze ganz große Störungen eintreten würden, wenn sich der Warenstrom in andere Kanäle ergieße. Der Warenverkehr habe bisher das in sich getragen, was die Ukraine immer verlangt habe: es seien nämlich Kommandos für die Beschaffung ganz dringenden Bedarfs wie z.B. Eisenbahnschrauben oder Holz ins Generalgouvernement gekommen, aber an den

Gegengeschäften habe es fast ganz gefehlt. Von seiten der Ukraine seien kaum jemals Offerten für einen Kompensationsverkehr gemacht worden, und deshalb sei auch ein Warenverkehr nicht zustande gekommen. Ein anderer Warenverkehr gehe ins Reich über die Verrechnungskasse.

Bankdirigent Dr. Paersch kann einer Aufhebung der Zollgrenze nicht zustimmen. Wenn auch mit der Zollgrenze nicht unbedingt verbunden , so müsse doch die Devisengrenze erhalten bleiben. Die Notwendigkeit dafür ergebe sich daraus, daß aus dem Gebiet im Osten dauernd der Versuch gemacht werde, gewerbliche Erzeugnisse einzukaufen. Das sei nur mit Hilfe der Reichskreditkassenscheine möglich. Der zweite Gesichtspunkt liege auf ernährungswirtschaftlichem Gebiete. Die Ernährung des Gebietes des Generalgouvernements sei angesichts der stetigen Lieferungen an das Reich ohnehin zu einem offenen Problem geworden. Würde nach dem Osten hin noch ein Loch offengelassen, dann wären weitere Abziehungen zu besorgen. Auch in der Ukraine würden die Schwierigkeiten unter dem Einfluß der Vorgänge ernährungsmäßig größer. Schließlich sei auch noch die gewerbliche Wirtschaftslage zu berücksichtigen. Die Stillegungsverordnung werde die Erzeugung sehr stark einschränken. Man nähere sich deshalb langsam der Erzeugungslage des Reiches, in dem die Gebrauchsartikel kaum noch zu erhalten seien. Man müsse sich aus höheren Gesichtspunkten vom Generalgouvernement aus gesehen mit diesem Tatbestand abfinden, habe aber kein Interesse daran, daß die geringen Mengen von Erzeugnissen, die dem Generalgouvernement noch verblieben, von Interessenten aus dem Osten aufgekauft würden; er schlage deshalb vor, an der Aufrechterhaltung der Zollgrenze festzuhalten.

25.2.1943

Ministerialrat Radtke bemerkt, daß die Interessen des Arbeitsgebietes der Finanzverwaltung verhältnismäßig gering seien. Die Zollgrenzen nach dem Westen seien tatsächlich nicht vorhanden, nach dem Osten nur in so geringem Umfange, daß der Hauptauftraggeber eigentlich nur die Paßstelle sei. Was die allgemeine Sicherheit im Generalgouvernement angehe, so bedeute der Zollgrenzschutz naturgemäß an den in Betracht kommenden Stellen eine starke Hilfe für die Zollerfassung an den übrigen Grenzen wie denjenigen nach der Slowakei und Rumänien.

Regierungsrat Dr. Lengert hält es für angebracht, den Zollgrenzschutz im Osten bestehen zu lassen, und zwar hauptsächlich aus Sicherheitsgründen. Zweifellos bedeute die Aufrechterhaltung des Zollgrenzschutzes einen starken Damm gegen das Hereinströmen unerwünschter Elemente.

Regierungsdirektor Dr. Albert betont, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft an der Aufrechterhaltung der Zollgrenze sehr interessiert sei. Er habe vor kurzem eine sehr interessante Aussprache mit dem Versorgungsbeauftragten Ackermann vom A.O.K. gehabt, der ihm die Auswirkungen des Sowjetprogramms geschildert habe. Nach Berichten des Sowjetrundfunks hätten die Russen 75o ooo to Brotgetreide erbeutet, was nach anderen Nachrichten wohl zutreffend sei. Angesichts der letzten Ereignisse sei die Ukraine nicht imstande, die vorgesehenen Reichslieferungen durchzuführen und die Versorgung des Abschnitts zu ermöglichen, der durch das Banditenunwesen vollkommen lahmgelegt worden sei. Dazu komme die Versorgung der Front und eines weit gerückten rückwärtigen Armeegebietes. Eine weitere Gefahr liege in dem Eingriff in die Pferdebestände des Generalgouvernements, den man offenbar beabsichtige, da man in der Ukraine über keine sonstigen Transportmittel verfüge.

Dem Generalgouvernement sei ein Kontingent von 1o ooo Pferden für die Lieferung an die Ukraine auferlegt worden. Besonders groß sei die Gefahr für den Distrikt Lublin, weil dort das gesamte Getreide liege und angesichts einer Gespannverminderung große Schwierigkeiten eintreten würden. Für den Sektor der Landwirtschaft beständen daher gegen eine Aufhebung der Zollgrenze die größten Bedenken, weil diese Aufhebung auch zu einer Schädigung von Reichsinteressen führen müßte.

Generalgouverneur Dr. Frank faßt das Ergebnis der Besprechung dahin zusammen, daß Einigkeit darüber bestehe, daß alles getan werden müsse, was im Interesse der Aufrechterhaltung der Zollgrenze notwendig sei. Er weist Staatssekretär Dr. Bühler an, in der morgigen Sitzung die in der Besprechung geltend gemachten Gesichtspunkte mit aller Energie zu vertreten.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 4o Minuten.

152

Preßburg

Freitag, den 26.Februar 1943

9^{00} Fahrt mit Kraftwagen von Wien nach Preßburg.

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Preßburg.

Begrüßung durch Verteidigungsminister General Catlos, anderen slowakischen Ministern und deutschen Generälen.

Anschließend Fahrt zum Rathaus der Stadt Preßburg. Dort Begrüßung durch Oberbürgermeister Kovac.

11^{00} Frühstück.

Anschließend Besuche bei dem deutschen Geschäftsträger Legationsrat Endrös in der Deutschen Gesandtschaft, bei General Catlos, bei Ministerpräsident Dr. Tuka und Staatspräsident Dr. Tiso.

14^{00} Mittagessen gegeben von Verteidigungsminister Catlos.

Anschließend Besuch bei Volksgruppenführer Karmasin.

19^{00} Besuch des Theaters, Aufführung der Operette von Léhar: "Land des Lächelns".

21^{00} Abendessen gegeben von Ministerpräsident Tuka.

(Übernachtung im Rathaus)

Preßburg

Samstag, den 27.Februar 1943

9^{00} Besichtigung des Domes und verschiedener historischer Gebäude der Stadt Preßburg.

Besichtigung militärischer Anlagen unter Führung des Verteidigungsministers Catlos. - Militärische Vorführungen und Vorbeimarsch von Truppenteilen in einem Kasernenhof.

13^{00} Mittagessen gegeben von Verteidigungsminister General Catlos. An diesem Essen nehmen Generäle und Offiziere der slowakischen Wehrmacht teil.

15^{00} Fahrt mit Kraftwagen nach Modern bei Preßburg. Dort Besichtigung von Weinkellereien und einer Keramikfabrik.

16^{00} Weiterfahrt nach Tyrnawa - Besichtigung einer Zuckerfabrik.

17^{00} Weiterfahrt nach Piestany. Abendessen im Hotel Terminus.

23^{00} Rückfahrt nach Preßburg mit Kraftwagen.

Sonntag, den 28.Februar 1943

1^{00} Verabschiedung an der slowakisch-deutschen Grenze durch General Turanec.

2^{00} Ankunft in Wien.

7^{55} Fahrt von Wien nach München.

Montag, den 1.März 1943

bis

Freitag, den 12.März 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Krakau

Sonnabend, den 13.März 1943

7^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

8^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{00} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

10^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Dr. Vehofsich, Leiter des Kulturamtes beim Reichskommissar für die Niederlande.

10^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Präsident Dr. Losacker und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Präsident Dr. Losacker berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die bisher von ihm im Interesse der Zurückführung der Verwaltung des Generalgouvernements auf den kriegsmäßigen Ausbau durchgeführten Arbeiten. Bei der Regierungsinstanz sei es darauf angekommen, Sachgebiete, die nicht mehr so wichtig seien, stillzulegen. Er habe mit den einzelnen Hauptabteilungsleitern die Verhandlungen durchgeführt, bei denen sich mancherlei Schwierigkeiten ergeben hätten. Es sei verständlich, daß nun nicht plötzlich Aufbaugebiete als unwichtig angesehen würden, die seinerzeit im Einsatz eine gewisse Rolle gespielt hätten. Im allgemeinen sei er aber, so z.B. auch beim Institut für Deutsche Ostarbeit, auf größtes Verständnis bei seinen Vorschlägen gestoßen. Schwieriger sei es schon bei den Abteilungen gewesen, und vor allem auf dem wirtschaftlichen Sektor hätten sich große Schwierigkeiten gezeigt.

13.3.1943

Bei Verhandlungen, die er mit dem Präsidenten Emmerich und Frhr von Gregory gepflogen habe, hätten sich zwei Auffassungen diametral gegenüber gestanden. Man stehe offenbar unter der Gefahr, daß sich die Wirrnis der Reichsressorts auch im Generalgouvernement geltend mache. Viele Reichsstellen beabsichtigten, im Generalgouvernement Vertretungen zu schaffen, so daß sich die Unzahl dieser Stellen des Reiches auch im Generalgouvernement fühlbar machen würden. Das gelte vor allem für die Dienststellender Fachgruppen und für das Ministerium Speer. Auf diese Weise könne es leicht dazu kommen, daß ein Sektor der Verwaltung von verschiedenen Ressortinteressen des Reiches abhänge. Was z.B. das Kammerwesen angehe, so sei wohl anzuerkennen, daß auf diesem Gebiete fruchtbare Arbeit geleistet worden sei, wenn auch andererseits eine gewisse Aufblähung des personellen Apparats stattgefunden habe.

Präsident Dr. Losacker macht dann nähere Angaben über die Zahl der in der Regierungsinstanz tätigen Gefolgschaftsmitglieder, die für die Wehrmacht freigestellt werden bzw. weiterhin in ihren Dienststellungen bleiben könnten. Weiter weist Präsident Dr. Losacker darauf hin, daß man im letzten Jahr viele Kräfte bei der Regierungsinstanz eingestellt habe, die nur in geringem Umfange verwendbar gewesen seien und die man jetzt vielleicht den Kreishauptmannschaften zur Verfügung stellen oder in die Rüstungsindustrie vermitteln könnte. Selbstverständlich werde noch eine ganz intensive Nachschau erfolgen.

In diesem Zusammenhang teilt Präsident Dr. Losacker mit, daß es vielfach nicht möglich sei, vor Beendigung der Bürozeit noch Beamte und Angestellte telefonisch zu erreichen, und weist auf die Tatsache hin, daß das Staatskasino bereits vor 1/2 6 Uhr abends

158

zumeist überfüllt sei.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß mit sofortiger Wirkung das Staatskasino am Mittag erst um 12 Uhr und am Abend erst um 6 Uhr geöffnet wird.

Präsident Dr. Losacker macht im weiteren Verlauf der Besprechung verschiedene Vorschläge für eine Vereinfachung der Verwaltung. Dabei gedenkt er z.B. der Tatsache, daß in der Hauptabteilung Forsten die Personalkartei für das gesamte Generalgouvernement in der Zentrale geführt werde, bei der jede Versetzung, Entlassung, Neueinstellung von Beamten und Angestellten vermerkt werde. Ein weiteres Beispiel für eine unzweckmäßige Beanspruchung der Zentrale sei die Tatsache, daß für Stillegungen auch kleinster Betriebe die Hauptabteilung Wirtschaft die Entscheidung treffen müsse. Alle solche Dinge könnten sehr wohl in der Distriktsinstanz oder gar in der Kreishauptmannschaft bearbeitet werden.

Präsident Dr. Losacker legt dem Herrn Generalgouverneur sodann den Entwurf eines an sämtliche Hauptabteilungen gerichten Erlasses vor, in welchem diesen bestimmte Weisungen für die Durchführung der Verwaltungsvereinfachung erteilt werden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, nach Vornahme einiger redaktioneller Änderungen den Erlaß zu unterzeichnen.

Weiter legt Präsident Dr. Losacker dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Verordnung über eine Neueinteilung der Distrikte des Generalgouvernements vor. Nach dieser Verordnung soll der Distrikt Krakau mit dem Distrikt Galizien entsprechend der alten

13.3.1943

österreichischen Regelung vereinigt werden. Die Stadt Warschau soll mit der zugehörigen Kreishauptmannschaft Warschau-Land zu einem Distrikt erhoben werden. Zu dem Distrikt Lublin soll ein Teil des bisherigen Distrikts Warschau-Land geschlagen werden, ein anderer Teil des Distrikts Warschau-Land soll zum Distrikt Radom kommen. Den Distrikt Galizien soll Gouverneur Dr. Wächter, den Distrikt Radom Gouverneur Kundt behalten, den Distrikt Lublin soll Gouverneur Dr. Fischer und den Distrikt Warschau Gouverneur Dr. Wendler übernehmen.

Der Herr Generalgouverneur erteilt diesen Vorschlägen des Präsidenten Dr. Losacker seine volle Zustimmung. Er setzt dabei voraus, daß die notwendig werdenden Grenzänderungen so vollzogen werden, daß vor allem die Stadt Warschau ein leistungsfähiges Gebilde bleibt. Weiter stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß die Regierungshauptstadt Krakau nunmehr endgültig unmittelbar unter die Regierungsinstanz gestellt wird. Über das Verhältnis der Hauptstadt Krakau zum Landkreis Krakau sollen mit Gouverneur Dr. Wächter noch Verhandlungen geführt werden. Weisungen des Herrn Gouverneurs Dr. Wächter an den Stadthauptmann Pavlu bzw. den Kreishauptmann des Kreises Krakau-Land sollen nur Geltung haben, wenn Präsident Dr. Loscker seine Zustimmung erteilt habe.

Für die Frage der Neueinteilung der Distrikte beraumt der Herr Generalgouverneur eine Besprechung für Dienstag, den 16.März 1943 an.

13.3.1943

12^{00} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Präsident Dr. Struve.

Präsident Ohlenbusch teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß aus Anlaß der Verschickung des 1 000 000sten Arbeiters ins Reich, des 250 000sten Arbeiters aus dem Distrikt Krakau und des 2 000sten Arbeitertransportes aus dem Generalgouvernement ins Reich am heutigen Nachmittag auf dem Hauptbahnhof in Krakau ein kleiner Festakt stattfinden soll, und bittet den Herrn Generalgouverneur, bei diesem Festakt zu erscheinen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, diesem Wunsch zu willfahren.

Präsident Ohlenbusch berichtet dem Herrn Generalgouverneur sodann über den Eindruck, den der Erlaß des Reichsministers Dr. Goebbels betreffend die Behandlung der Ostvölker in der polnischen Bevölkerung gemacht hat.

Präsident Dr. Struve setzt den Herrn Generalgouverneur davon in Kenntnis, daß er vom Reich den strikten Auftrag erhalten habe, am 25.März bis auf weiteres täglich 5 000 bergbaufähige Kräfte zu stellen. Er habe sofort die zuständige Berliner Stelle auf die Schwierigkeiten bzw. die Unmöglichkeit der Erfüllung einer solchen Forderung aufmerksam gemacht. Man sei auch auf seine Vorstellungen eingegangen und wolle sich jetzt mit einer Vermittlung von 50 000 Arbeitskräften bis Ende April begnügen. Die Hauptabteilung Arbeit der Regierung des Generalgouvernements werde eine Prüfung des polnischen Menschenmaterials auf Bergbaufähigkeit vornehmen, für die Knappschaftsärzte eingesetzt werden sollten.

13.3.1943

12^{1o} Besprechung mit Pressechef Gassner.

15^{5o} Fahrt des Herrn Generalgouverneur mit Staatssekretär Dr. Bühler zum Hauptbahnhof Krakau.

16^{oo} Der Herr Generalgouverneur wird im Gebäude des Hauptbahnhofs durch den Präsidenten der Hauptabteilung Arbeit Dr. Struve empfangen. Anwesend sind u.a. Präsident Gerteis, Präsident Ohlenbusch, Gouverneur Dr. Wächter, Stadthauptmann Pavlu.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich sodann auf den Bahnsteig, an dem ein Zug mit polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen, die die Fahrt nach dem Reich antreten, bereit steht.

Nach einer Ansprache des Präsidenten Dr. Struve, in der er die polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen auf ihre Aufgaben hinweist und ihnen gleichzeitig versichert, daß ihnen im Reich eine gute Behandlung zuteil werde, wobei er vor allem die Tatsache erwähnt, daß heute der 2 oooste Transport aus dem Generalgouvernement ins Reich gehe, damit gleichzeitig der 25o oooste Arbeiter aus dem Distrikt Krakau und der 1 ooo oooste Arbeiter aus dem Generalgouvernement ins Reich führe, begrüßt der Herr Generalgouverneur die polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen mit folgenden Worten:

Polnische Arbeiter und Arbeiterinnen!

Im Namen der Regierung des Generalgouvernements möchte ich der polnischen und ukrainischen Bevölkerung dieses Raumes für die Anteilnahme und für die Mitarbeit danken, die sie bisher dem Reich gegenüber an den Tag gelegt hat. Wir haben heute das große Glück, den

13.3.1943

1 000 000sten Arbeiter aus dem Generalgouvernement für seine Fahrt nach dem Reich zu verabschieden. (Sich an einen Arbeiter wendend): Das sind Sie; Sie fahren jetzt nach Deutschland, und ich danke Ihnen dafür. Als Zeichen dafür, daß Sie nun schon der 1 000 000ste Arbeiter sind, überreiche ich Ihnen eine goldene Uhr. Sie gehört Ihnen, nehmen Sie sie; Sie erhalten gleichzeitig auch eine Bescheinigung dafür.

Die polnische und ukrainische Bevölkerung sei nochmals auf das herzlichste für ihre Mitarbeit bedankt. Das Deutsche Reich wird die Söhne und Töchter des Generalgouvernements bei sich aufnehmen und als Arbeitskräfte in seinen Dienst stellen. Ihr werdet eine anständige Behandlung erfahren, und wir erwarten andererseits von Euch, daß Ihr dem Generalgouvernement mit dem restlosen Einsatz Eurer Kräfte Ehre macht. Davon hängt für das Schicksal des polnischen und ukrainischen Volkstums viel ab.

Den Behörden des Generalgouvernements insbesondere der Hauptabteilung Arbeit in der Regierung des Generalgouvernements, aber auch allen Ämtern in den Distrikten und Kreisen danke ich für ihre hervorragende Leistung. Wir sind wahrhaft stolz auf die deutschen Beamten, die dieses Werk der Vermittlung von Arbeitskräften ins Reich so vorbildlich vollbracht haben.

Wir kämpfen alle für ein neues kommendes Europa, in dem sich die Völker friedlich und gesund entwickeln können. Zu ihnen gehört auch die Bevölkerung des Generalgouvernements, die sich unter dem Schutz des großen sieghaften Reiches Adolf Hitlers friedvoll wird entwickeln können.

Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, fahrt jetzt in das große deutsche Reich und kehrt dann immer wieder froh und frisch in Eure Heimat im Generalgouvernement zurück. Das ist mein Wunsch, das ist der Wunsch der Regierung des Raumes an Euch. Ich wünsche Euch gute Fahrt!

13.3.1943

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Kressendorf

Sonntag, den 14.März 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Montag, den 15.3.1943

1o^{1o} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

1o^{4o} Besprechung mit Hauptschriftleiter Müller vom "Vorfeld" in Anwesenheit von Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptschriftleiter Müller überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Jahresband des "Vorfeldes" von 1942. Der Herr Generalgouverneur gibt dabei seinem Wunsche Ausdruck, den Untertitel des Vorfeldes abzuändern in "Zeitschrift für Politik und Kultur im Generalgouvernement", Herausgeber: NSDAP Arbeitsbereich Generalgouvernement. Weiterhin gibt er Hauptschriftleiter Müller einige Anregungen für die weitere Arbeit.

1o^{45} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt den früheren Präsidenten der Abteilung Raumordnung Oberregierungsrat Dr. Schepers, der zur Zeit seine Wehrdienstpflicht ableistet.

Der Herr Generalgouverneur gibt dabei seiner Absicht Ausdruck, Oberregierungsrat Dr. Schepers nach dessen nun beginnenden 3monatigem Fronteinsatz für den Zivildienst des Generalgouvernements zu reklamieren.

11^{45} Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Müller vom Statistischen Amt.

Oberregierungsrat Dr. Müller berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß der heutige Tag der letzte Einsendungstermin der Ergebnisse der laufenden summarischen Volkszählung im Generalgouvernement sei.

15.3.1943

Ein vorläufiges oder schon endgültiges Ergebnis lasse sich noch nichtangeben, jedoch schätze er die Einwohnerzahl des Generalgouvernements auf 14,5 Millionen. Bei einem Vergleich der jetzigen Zahlen mit denen der letzten polnischen Volkszählung und der Erhebung vom Jahre 194o müßte man des öfteren große Abweichungen feststellen, die das Statistische Amt erst noch klären müsse. Ein vorläufiges Ergebnis werde er in ca. 8 Tagen mitteilen können.

12^{1o} Besprechung mit Präsident Gerteis.

Präsident Gerteis berichtet von der günstigen Entwicklung der Transportlage. Allmählich machten sich die neuen Bauten und das zur Verfügunghaben neuer Lokomotiven bemerkbar. Diese Entwicklung schreite von Monat zu Monat fort. Sämtliche Verkehrssperren habe man jetzt aufheben können. Einige Besorgnis bereite nur die Wagengestellung. Die Ostbahn helfe sich damit, daß sie alte russische Waggons umbaue. Das Kohle- und Düngemittelprogramm könne in vollem Umfange abgewickelt werden. Sabotagefälle kämen immer wieder vor, jedoch hätten dieselben nicht den Umfang angenommen, den man befürchtet habe. Schwierigkeiten bereite auch die Arbeiterfrage für die neuen Großbauten. Von 11o ooo benötigten Arbeitern ständen zur Zeit etwa 6o ooo zur Verfügung. Jedoch müsse die Ostbahn erst Unterbringungsbaracken herstellen, und er hoffe, daß die Hauptabteilung Arbeit die benötigte Zahl zur Verfügung stellen könne.

Über die Finanzierung des Ostbauprogrammes in Höhe von 2 Milliarden müsse wegen der Beteiligung der Ostbahn in Berlin erst verhandelt werden. Intern habe man dort die Entscheidung getroffen, daß die Ostbahn 5o % der Kosten übernehmen solle. Er habe aber erklärt, daß die Ostbahn diesen Anteil nicht leisten könne.

15.3.1943

Auf organisatorischem Gebiet habe der Reichsverkehrsminister einen Erlaß herausgegeben, demzufolge die Direktion Radom aufgelöst werde und in Zukunft nur 3 Ostbahnbezirksdirektionen bestehen bleiben.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Gerteis, dem Reichsverkehrsminister mitzuteilen, daß er mit diesem Erlaß einverstanden sei.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalmajor von Hartlieb und Rittmeister von der Goltz.

15^{05} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger, Assessor Schulz und Architekt von Palézieux.

16^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Dienstag, den 16.März 1943

11^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{45} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

12^{2o} Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Hauptsturmführer Polizeihauptmann Kiep.

12^{4o} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Dr. Boepple.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht von der Gouverneurbesprechung, die am Vormittag im Regierungsgebäude stattgefunden hat. Diese Besprechung, so führt Staatssekretär Dr. Bühler aus, habe vor allem die Neueinteilung der Distrikte zum Gegenstand gehabt. Im Zusammenhang mit dieser Neueinteilung habe der bisherige Gouverneur Zörner gebeten, ihn von seinem Amte als Gouverneur des Distrikts Lublin zum 1.April 1943 zu entheben.

Staatssekretär Dr. Bühler schildert dann den Verlauf der Besprechung und bemerkt, daß die Gouverneure Dr. Fischer und Dr. Wendler wohl gewisse Bedenken gegen die Neuordnung geäußert, gleichwohl aber der Meinung Ausdruck gegeben hätten, daß sie einem solchen von der Regierung des Generalgouvernements gegebenen Befehle Folge zu leisten hätten. An sich stehe also dem nichts im Wege, daß die Verordnung über diese neue Gliederung bekannt gegeben und der personelle Einsatz verfügt werde.

16.3.1943

12^{50} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple, den Gouverneuren Dr. Fischer, Dr. Wächter, Kundt, Dr. Wendler, Präsident Dr. Losacker und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Einleitend betont der Herr Generalgouverneur, daß ihn die gewaltigen Anforderungen auf dem Gebiete des Personals genötigt hätten, zu außerordentlichen Maßnahmen zu schreiten. Deshalb sei auf seine Anordnung ein Vorschlag ausgearbeitet worden des Inhalts, daß der Distrikt Krakau aufgelöst und mit dem Distrikt Galizien zu einem einheitlichen Distrikt Galizien verbunden werde. Weiter sollten die Distrikte Radom und Lublin durch gewisse Teile des Distrikts Warschau vergrößert und ein Distrikt Warschau, bestehend aus der Stadt Warschau und ländlichen Gebieten der Kreishauptmannschaft Warschau, gebildet werden. Er gebe zu, daß manche Bedenken gegen diese Regelung gesprochen hätten. Das ästhetische Bild, das heute das Generalgouvernement in seiner Aufteilung biete, werde infolge dieser neuen Ordnung zersplittert werden, würden doch dem Mammutdistrikt Galizien kleinere Distrikte gegenüberstehen. Aber nach den eingehenden Besprechungen, die man über diese Frage gepflogen habe, und auf Grund der Vorschläge des Präsidenten Losacker und angesichts der Tatsache, daß auch Staatssekretär Dr. Bühler diesem Plan seine Zustimmung nicht versage, werde sich die vorgeschlagene Lösung nicht vermeiden lassen.

Die Gouverneure nehmen darauf zu der Neuordnung Stellung und erklären übereinstimmend, daß sie die Bedenken, die sie etwa gegen die neue Ordnung gehabt hätten, nunmehr zurückstellten, da sie ihre Notwendigkeit einsähen. Dabei allerdings gibt Gouverneur Dr. Fischer seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß vom

Standpunkt des Distrikts aus gesehen nur diese einzige Möglichkeit der Bildung eines Stadt-Distrikts Warschau ins Auge gefaßt worden sei. Wenn man nunmehr Warschau als einen besonderen Distrikt herausstelle, dann werde die Bedeutung der Stadt verständlicherweise wesentlich gesteigert, und dieser Eindruck werde sich auch bei der polnischen Bevölkerung in starkem Maße fühlbar machen.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt zu, daß die Stadt Warschau in ihrer Problematik, eigentlich aber mehr in negativem Sinne herausgestellt werde. Daß Warschau einer besonderen Stellung bedürfe, gehe schon aus der Tatsache hervor, daß dort im deutschen Interesse laufend große Arbeiten erledigt werden müßten.

Gouverneur Dr. Fischer gibt zu bedenken, daß der Distrikt Warschau bisher vor allem wirtschaftlich für das Reich und für das Generalgouvernement genau so viel geleistet habe wie die anderen Distrikte. Wenn dort die politischen Verhältnisse schwieriger seien als in anderen Distrikten, so sei das darauf zurückzuführen, daß diese Schwierigkeiten vielfach von außen her in den Distrikt hereingetragen würden.

Präsident Dr. Losacker hat auch die Möglichkeit der Bildung von 3 Distrikten Lemberg, Krakau und Warschau bei seinen Planungen ins Auge gefaßt, will aber davon absehen, angesichts der sich aus einer solchen Regelung ergebenden Nachteile einen solchen Vorschlag zu unterbreiten. Maßgebend für seinen Vorschlag, den er jetzt vorlege, sei vor allem auch der Umstand gewesen, daß mit der Aufgebung der Distriktsverwaltung Krakau eine gewisse Überschneidung und eine Doppelgleisigkeit vermieden würden.

16.3.1943

Der Entwurf eines Erlasses über die

Neueinteilung der Distrikte im Generalgouvernement

wird hierauf zur Verlesung gebracht.

Der Herr Generalgouverneur gibt diesem Erlaßentwurf seine Zustimmung und ordnet an, daß der Erlaß zum 1.April 1943 in Kraft gesetzt wird.

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann noch zu einigen Fragen Stellung. Er betont vor allem, daß es im politischen Interesse und bevölkerungspsychologisch von größter Wichtigkeit sei, /alte österreichische /das Galizien in seiner ursprünglichen Gestalt wieder herzustellen. Was die Stadt Warschau angehe, so stelle sie unzweifelhaft einen außerordentlich wichtigen zentralen Faktor dar, schon um deswillen, weil sie aus Eigenem mehr als die Hälfte des gesamten Steueraufkommens des Generalgouvernements trage. Die Bedeutung der Stadt Warschau spreche dafür, daß sie zur eigentlichen Hauptstadt des Gebietes des Generalgouvernements erhoben werde. Die Neuregelung der Distriktseinteilung sei nach reiflichster Überlegung vorgeschlagen worden, und er könne mit Genugtuung feststellen, daß die Notwendigkeit dieser Maßnahme auch von den Gouverneuren eingesehen werde. Die Aufteilung etwa des Distrikts Lublin würde den Nachteil mit sich bringen, daß man an die Stelle von etwas einheitlich Gewachsenem eine Zweiteilung setzen würde, die nur unter größten Schwierigkeiten durchzuführen wäre. Auch eine Vereinigung der Distrikte Radom und Lublin könne nicht in Frage kommen, da gerade an der Aufrechterhaltung des Distrikts Lublin von seiten des Reiches ein großes Interesse bestehe: gerade als "Deutschtumsdistrikt" habe Lublin eine große Bedeutung. Er sei bereit, dem neuen Gouverneur des Distrikts Lublin die notwendigen Vollmachten zu erteilen, deren es bedürfe, damit die Autorität der Verwaltung gegenüber gewissen Tendenzen, die von dem SS- und Polizeiführer Globocnik ⌋ verfolgt würden, wiederhergestellt werde.⌋ Er werde auch dafür sorgen, daß im Interesse des Parteilebens die Distriktsstandortführung Lublin dem Gouverneur Dr. Fischer übertragen werde. - Das Bedauern des Gouverneurs Dr. Wendler darüber, daß nunmehr der Distrikt Krakau unter Heraushebung der Stadt Krakau mit dem Distrikt Galizien vereinigt werde, sei ihm durchaus verständlich. Es gehe aber nicht mehr an, daß man in einer Stadt, in der die Regierungsinstanz sitze, noch eine Distriktsverwaltung großen Umfanges unterhalte. Daß nun das wichtige Problem der Regierungshauptstadt Krakau gelöst werde, sei ebenfalls eine erfreuliche Tatsache. Wenn auch die Stadt Krakau jetzt eine gewisse Selbständigkeit erhalte und nur der Regierungsinstanz unterstellt werde, so solle sie darum noch nicht "exempt" werden.

Für die zweite Hälfte des Monats April beraumt der Herr Generalgouverneur eine erneute Besprechung der dann noch notwendig werdenden Maßnahmen mit den Gouverneuren an. Weiter ersucht er Staatssekretär Bühler, dafür zu sorgen, daß den Gouverneuren baldmöglichst die Bestallungsurkunden zugestellt werden.

Im übrigen bittet der Herr Generalgouverneur die Gouverneure, davon überzeugt zu sein, daß er bestrebt sei, ihnen in jeder Weise entgegenzukommen. Er erklärt sich bereit, persönlichen Wünschen der Gouverneure weitgehend zu willfahren, und z.B. dem Gouverneur Dr. Wendler für die erste Zeit seines Wirkens in Warschau das Schloß Belvedere als Wohnsitz zur Verfügung zu stellen.

16.3.1943

Abschließend gibt der Herr Generalgouverneur seinem Wunsche Ausdruck, daß bei der gesamten Neuregelung die Kreishauptmannschaften unter keinen Umständen reduziert werden dürften.

13^{25} Der Herr Generalgouverneur überreicht in Gegenwart des Leiters des Personalamtes Assessors Frhr von Medem den bisherigen Amtschefs Dr. Hummel und Dr. Egen die Urkunden über ihre Ernennung zu Vizegouverneuren.

13^{40} Mittagessen.

15^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Eichholz.

Präsident Eichholz nimmt zunächst zu der Frage der Errichtung von Heimschulen Stellung. SS-Obergruppenführer Heißmeier habe in einem an die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht gerichteten Schreiben die Absicht kund getan, auch im Generalgouvernement Heimschulen zu errichten, die nach dem Willen des Führers vor allem der Aufnahme von deutschen Kindern dienen sollten, deren Eltern nach dem Osten kämen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß Weisungen des SS-Obergruppenführers Heißmeier im Generalgouvernement nicht Folge zu leisten sei. Er ersucht Präsident Eichholz, ihm unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn solche Bestrebungen etwa in die Tat umgesetzt werden sollten.

Präsident Eichholz nimmt dann zur Frage der Lemberger Fachkurse Stellung. Die Einrichtung dieser Kurse sei Gegenstand einer Kritik, vor allem auch von seiten der Hauptabteilung Finanzen wegen der Besoldung der dort tätigen Kräfte gewesen. Andere Stellen hätten

Kritik hinsichtlich der Beurteilung der in diesen Kursen zu beschäftigenden Lehrkräfte geübt.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Eichholz, einen Erlaßentwurf über diese Frage ihm vorzulegen, den er dann unterzeichnen werde.

Präsident Eichholz berichtet sodann über eine Tagung des Instituts für Deutsche Ostarbeit, die in der vergangenen Woche unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Boepple stattgefunden habe und auf der die Gründung einer technischen Sektion beschlossen worden sei. Das Institut für Deutsche Ostarbeit, so führt Präsident Eichholz aus, sei jetzt, unter der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht stehend, Staatsinstitut geworden.

Weiter geht Präsident Eichholz auf die Schwierigkeiten ein, die zur Zeit einer intensiven Überwachung des polnischen Schulwesens infolge des Mangels an deutschem Aufsichtspersonal entgegenständen. Zur Behebung dieses Personalmangels seien schon mehr als bisher Frauen eingesetzt worden. Auch bestehe die Absicht, eine Lehrerinnenanstalt aus dem Reich nach Gorlice zu bringen. -

Auch der Aufrechterhaltung des Bibliothekwesens stellten sich infolge des immer fühlbarer werdenden Personalmangels Schwierigkeiten entgegen. Vor allem in Lemberg und Warschau sei mit einer weiteren Abziehung jüngerer Jahrgänge zur Wehrmacht zu rechnen. - In den Botanischen Anstalten habe leider der wissenschaftliche Betrieb ziemlich stillgelegt werden müssen.

16.3.1943

15^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Eichholz, Direktor der Staatsbibliothek Dr. Abb, SS-Hauptsturmführer Ernst und Architekt von Palézieux.

Gegenstand der Besprechung ist die Freimachung von Räumen in der Staatsbibliothek, die bisher das Amt für die Pflege alter Kunst inne gehabt hat.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert SS-Hauptsturmführer Ernst, daß bis Ende nächster Woche mit Ausnahme eines großen Raumes, den das Amt noch brauche, sämtliche Räume zur Verfügung ständen.

Direktor Dr. Abb legt die Gründe dar, aus denen sich die Notwendigkeit ergebe, die Räume für die Staatsbibliothek zur Verfügung zu halten.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, die Freimachung der besagten Räume in die Wege zu leiten und eine Prüfung der Sachlage durchzuführen. Zu der Besichtigung der Räume sollen auch Präsident Eichholz, Direktor Dr. Abb, Stadthauptmann Pavlu, Architekt von Palézieux und SS-Hauptsturmführer Ernst zugezogen werden.

16^{00} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger, Assessor Schulz, Architekt von Palézieux, Haushofmeister Dose und dem Diener Höppner.

Der Herr Generalgouverneur läßt sich von Haushofmeister Dose seinen bisherigen Werdegang schildern und gibt ihm einen Überblick über die ihm gestellten Aufgaben.

16.3.1943

16^{05} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Ersten Staatsanwalts Dr. Meidinger den Direktor der Tabakmonopolverwaltung Wurmböck.

Gegenstand der anschließenden Besprechung ist die Hergabe von einer Million Zigaretten, die als Geschenk der italienischen Wehrmacht überwiesen werden sollen.

17^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Kressendorf nach Trzebinia.

19^{33} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Berlin.

Mittwoch, den 17.März 1943

bis

Dienstag, den 23.März 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Krakau

Mittwoch, den 24.März 1943

8^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia und Fahrt nach Kressendorf.

9^{00} Fahrt von Kressendorf nach Krakau.

9^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{30} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

10^{45} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger und Referent von Palézieux.

12^{35} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler und des Oberlandesgerichtsrats Dr. Weh Staatsrat Dr. Melcher, Reichstreuhänder für den öffentlichen Dienst.

12^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{55} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Pressechef Gassner.

13^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Präsident Dr. Losacker.

Präsident Dr. Losacker berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den Fortgang der Arbeiten im Sinne des kriegsmäßigen Verwaltungsausbaues.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

18^{55} Diktat einer Rede, die der Herr Generalgouverneur vor der Königlich-Italienischen Akademie der Wissenschaften in Ferrara zu halten gedenkt.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Donnerstag, den 25.März 1943.

11^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{10} Besprechung mit Dr. Meidinger.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler Generalleutnant von Hartlieb.

13^{00} Frühstück.

15^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

15^{45} Besprechung mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Bauwesen Bauder, Baudirektor Hallbauer in Anwesenheit von Staatsanwalt Dr.Meidinger und Herrn von Palezieux.

Der stellvertretende Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs, Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger, bringt nacheinander folgende 5 Punkte zur Sprache:

1). Überführung sämtlicher bei der Baudirektion des Generalgouvernements lagernden Stoffe, die seinerzeit von den Architekten Köttgen und Horstmann für den Naubau auf der Burg eingekauft wurden, in ein Lager auf die Burg zu Händen der Burgverwaltung.

Dr. Meidinger und Herr von Palezieux halten es für zweckmässig, dass sämtliche Stoffe, die für den Neubau auf der Burg bestimmt sind, nach Auflösung der Baudirektion auf der Burg eingelagert werden.

Baudirektor Hallbauer ist der Meinung, dass dafür kein sachlicher Grund vorhanden sei, denn die Baudirektion, bezw. die Hauptabteilung Bauwesen trage die rechnungsmässige Verantwortung, da diese Stoffe von ihren Haushaltsmitteln eingekauft seien. Von den Stoffen seien durch die Architekten Köttgen und Horstmann bereits für 180 000 Zloty zur Einrichtung anderer Dienstbauten entnommen worden, deren Verbleib nicht ohne weiteres ersichtlich sei und jetzt festgestellt werden müsse.

Der Herr Generalgouverneur ist der Ansicht, dass man auf Grund dieser Sachlage eine Lagerung dieser Stoffe auf der Burg für angebracht bezeichnen müsse; dabei könne man auch am besten prüfen, welche Mengen noch vorhanden seien. Eine Verwahrung auf der Burg stünde auch der rechnungsmässigen Verantwortung durch die Hauptabteilung Bauwesen nicht im Wege. In seinen Augen handle es sich bei der ganzen Angelegenheit nur um eine Ortsveränderung; die Hauptabteilung Bauwesen sei eine Behörde und könne nicht als Verwahrungslager auftreten.

Was die bereits ausgegebenen Stoffmengen betreffe, müsse man eben gegen Köttgen und Horstmann ein verschärftes Verfahren einleiten, wenn man den Verbleib der Stoffe belegmässig nicht feststellen könne.

Hierauf verfügt der Herr Generalgouverneur, dass alle Stoffe, die im Rahmen und für die Zwecke des Burgbaues angeschafft wurden, binnen kurzem von der Verwaltung der Burg Krakau in der Kanzlei des Generalgouverneurs (Herrn von Palezieux) auf Grund einer Bestandsaufnahme in unmittelbare Verwahrung genommen werden. Die Burgverwaltung ihrerseits habe die Verantwortung für eine ordnungsgemässe Lagerung zu übernehmen.

Trotz dieser Regelung könne jederzeit eine ordnungsgemässe Rechnungslegung über diese Stoffe durch die Hauptabteilung Bauwesen erfolgen.

durch die Architekten Köttgen und Horstmann bereits für 180 000 Zloty zur Einrichtung anderer Dienstbauten entnommen worden, deren Verbleib nicht ohne weiteres ersichtlich sei und jetzt festgestellt werden müsse.

Der Herr Generalgouverneur ist der Ansicht, dass man auf Grund dieser Sachlage eine Lagerung dieser Stoffe auf der Burg für angebracht bezeichnen müsse; dabei könne man auch am besten prüfen, welche Mengen noch vorhanden seien. Eine Verwahrung auf der Burg stünde auch der rechnungsmässigen Verantwortung durch die Hauptabteilung Bauwesen nicht im Wege. In seinen Augen handle es sich bei der ganzen Angelegenheit nur um eine Ortsveränderung; die Hauptabteilung Bauwesen sei eine Behörde und könne nicht als Verwahrungslager auftreten.

Was die bereits ausgegebenen Stoffmengen betreffe, müsse man eben gegen Köttgen und Horstmann ein verschärftes Verfahren einleiten, wenn man den Verbleib der Stoffe belegmässig nicht feststellen könne.

Hierauf verfügt der Herr Generalgouverneur, dass alle Stoffe, die im Rahmen und für die Zwecke des Burgbaues angeschafft wurden, binnen kurzem von der Verwaltung der Burg Krakau in der Kanzlei des Generalgouverneurs (Herrn von Palezieux) auf Grund einer Bestandsaufnahme in unmittelbare Verwahrung genommen werden. Die Burgverwaltung ihrerseits habe die Verantwortung für eine ordnungsgemässe Lagerung zu übernehmen.

Trotz dieser Regelung könne jederzeit eine ordnungsgemässe Rechnungslegung über diese Stoffe durch die Hauptabteilung Bauwesen erfolgen.

3

25. März 1943

Baudirektor Hallbauer wünscht noch eine Gewähr dafür, dass die Stoffe wirklich nur für die Zwecke, für die sie seinerzeit angekauft worden seien, verwendet würden.

Der Herr Generalgouverneur sagt darauf zu, dass eine Verfügung über diese Stoffe durch ihn bezw. die Verwaltung der Burg in der Kanzlei des Generalgouverneurs nur nach Herstellung des Einvernehmens mit der Hauptabteilung Bauwesen vorgenommen werden soll. Dabei weist er den Leiter der Burgverwaltung an, sich in dieser Angelegenheit als Sachwalter der Hauptabteilung Bauwesen zu fühlen.

2.) Übernahme des Titels 15 (Unterhaltung der Dienstgebäude) in den Etat der Kanzlei des Generalgouverneurs.

Dr. Meidinger führt dazu aus, dass die Hauptabteilung Bauwesen Anspruch auf diesen Titel der früheren Baudirektion des Generalgouverneurs erhebe. Eine solche Regelung sei aber für die Praxis als unzweckmässig zu betrachten, da sich die Kanzlei bei Inangriffnahme auch der kleinsten Instandsetzungsarbeiten auf der Burg, in Kressendorf, im Belvedere-Warschau und im Haus Krynica erst an die Hauptabteilung um Genehmigung wenden müsse.

Herr von Palezieux weist darauf hin, dass diese Praxis zu unliebsamen Verzögerungen der Arbeitsaufnahme bei den Instandsetzungsarbeiten führe.

Der Herr Generalgouverneur hält es für unzweckmässig, dass, wenn er den Befehl zur Ausführung irgendwelcher Instandsetzungsarbeiten gebe, erst die Hauptabteilung Bauwesen um Zustimmung gefragt werden müsse und dadurch eine unnötige Ausführungsverzögerung eintrete.

Nach kurzer Aussprache wird vom Herrn Generalgouverneur folgendes verfügt:

25. März 1943

a) Der Etatposten: Titel 15 Unterhaltung der Dienstgebäude geht ab 1.April 1943 an die Hauptabteilung Bauwesen über.

b) Die in diesem Etatposten vorgesehene Summe (im Rechnungsjahr 1943/44 = Zl. 495 000) steht ausschliesslich zur Verfügung des Generalgouverneurs und der Kanzlei des Generalgouverneurs zum Zwecke der Vornahme der dauernden baulichen Instandhaltungsarbeiten an den Gebäuden der Burg, des Hauses Kressendorf, des Belvedere-Warschau und des Hauses Krynica.

c) Der technische Vorgang der im Rahmen dieser Massnahmen zu leistenden Zahlungen wird denkbar vereinfacht: es genügt dabei die sachliche Richtigzeichnung einer Rechnung durch den verantwortlichen Beamten des Generalgouverneurs für die Überweisung, die umgehend durch einen Sonderreferenten bei der Hauptabteilung Bauwesen auf Konto des Titels 15 zu erfolgen hat. Präsident Bauder bestimmt einen Sonderreferenten, der von ihm über diese interne Regelung unterrichtet wird.

d) In ausserordentlichen die normalen baulichen Instandhaltungsarbeiten überschreitenden Bauvorhaben wird jeweils das Einvernehmen der Hauptabteilung Bauwesen zwecks Anforderung von Mitteln hergestellt.

3.) Übernahme des Titels E 10 der früheren Baudirektion durch die Kanzlei des Generalgouverneurs.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, dass ab 1.April 1943 der Titel E 10 (Ankauf alter Kunstschätze) in den Etat der Kanzlei des Generalgouverneurs übernommen wird. Er beauftragt den stellvertretenden Chef seiner Kanzlei, diese Regelung der Hauptabteilung Finanzen mitzuteilen.

25. März 1943

4.) Fertigstellung des Neubaues auf der Burg im kriegsmässig beschränkten Umfange.

Dr. Meidinger erklärt, dass der Fertigstellungstermin nur eingehalten werden könne, wenn weitere 200 Arbeiter zur Verfügung gestellt würden.

Dazu berichtet Baudirektor Hallbauer, dass man einen Verteilungsplan aufgestellt habe, auf Grund dessen die erforderlichen Arbeitskräfte Zug um Zug zur Verfügung gestellt würden.

Präsident Bauder bezeichnet den 1.Juni 1943 als Termin der Fertigstellung.

5.) Abtransport des auf der grossen Wiese der Burg lagernden nicht mehr benötigten Baumaterials.

Präsident Bauder stellt dem Leiter der Burgverwaltung Herrn von Palézieux anheim, der Hochtief-AG. als der Eigentümerin eine Frist zur Abholung zu setzen. Sollte die Hochtief-A.G. bis Ablauf dieser Frist das Baumaterial nicht abgeholt haben, werde er den Abtransport für seine Rechnung und für seine Zwecke bewerkstelligen lassen.

16^{30} Besprechung mit Graf di Fossombrone in Anwesenheit des Ersten Staatsanwalts Dr.Meidinger.

16^{50} Besprechung mit Oberinspektor Bruckmann in Anwesenheit von Professor Bader.

17^{45} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
im Haus Kressendorf)

II/6

Freitag, den 26.März 1943.

10^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{50} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{50} Besprechung mit General Schindler in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Gegenstand der Besprechung bildet die gegenwärtige Lage in der Rüstungswirtschaft des Generalgouvernements.

Zu diesem Thema führt General Schindler im einzelnen aus: Die Produktion sei im ständigen Steigen begriffen. Die Verdoppelung des Vorjahres müsse im jetzigen Zeitpunkt verdreifacht werden.

Aus diesem Grunde wüchsen auch ständig die an die polnische Arbeiterschaft gestellten Anforderungen; die Arbeitszeit erhöhe sich und liege zum Teil schon über der des Reiches. Die polnischen Arbeiter arbeiteten fleissig; Sabotagefälle wären nur in ganz geringem Umfange zu verzeichnen.

Auf der anderen Seite seien die Gegenleistungen, die ein Rüstungsbetrieb seinen Arbeitern gewähren könne, denkbar gering. In ganz Europa gebe es keinen Arbeiter, der zu den polnischen Bedingungen tätig sei. Der polnische Schwerstarbeiter bekomme gerade soviel Lebensmittel wie der deutsche Normalverbraucher im Reich. Die Folge davon sei, dass man von ihm nicht die gleichen Leistungen erwarten könne. Die Versorgung seiner Familienangehörigen sei so minimal, dass er auf einen Einkauf im Schwarzhandel angewiesen sei. Aus diesem Grunde sei jeder Rüstungsbetrieb gezwungen, seinen Arbeitern zwei Tage in der Woche freizugeben. Er, General Schindler, habe auf

Grund angestellter Berechnungen feststellen müssen, dass ein Lediger für einen einigermassen ausreichenden Lebensunterhalt monatlich 800.-Zloty und ein Verheirateter mit Kindern 1200.--Zloty benötige, während der Höchstlohn nur 320.-Zloty betrage. Aus all' diesen Gründen entspringe die Tatsache, dass die Rüstungswirtschaft des Generalgouvernements zur Erstellung einer gleichen Produktion wie im Reich eine Belegschaft von ungefähr 230 % führen müsse.

Diesem Zustand müsse in naher Zukunft abgeholfen werden; hier müsse in erster Linie mit einer besseren Lebensmittelversorgung eingegriffen werden. Er habe daher vor ca 4 Wochen in der Rüstungskommission vorgeschlagen, in dieser Angelegenheit eine gemeinsame Aktion bei der Reichsregierung zu starten. Er bitte den Herrn Generalgouverneur um seine Vorstellung beim Reichsmarschall, während die Hauptabteilung Arbeit sich an den Beauftragten für den Arbeitseinsatz im Reich, Gauleiter Sauckel, und er als Chef der Rüstungsinspektion an Reichsminister Speer wenden sollten. Man müsse eine zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmte Aktion bei den genannten Reichsstellen unternehmen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert auf diese Ausführungen, dass die Regierung des Generalgouvernements über diesen Punkt ständig Verhandlungen führe. Von dem an das Reich abzuliefernden Getreidekontingent lagerten im Generalgouvernement noch 200 000 Tonnen. Mit dieser Menge könnte man die im Reichsinteresse arbeitende Bevölkerung des Generalgouvernements und deren Angehörige ausreichend ernähren. Einer Verwendung für diese Zwecke stünde aber die gegnerische Einstellung massgebender Reichsinstanzen gegen die Polen und die infolge der kriegerischen Ereignisse des vergangenen Winters akut gewordene Mangellage des Reiches

Grund angestellter Berechnungen feststellen müssen, dass ein Lediger für einen einigermassen ausreichenden Lebensunterhalt monatlich 800.-Zloty und ein Verheirateter mit Kindern 1200.--Zloty benötige, während der Höchstlohn nur 320.-Zloty betrage. Aus all' diesen Gründen entspringe die Tatsache, dass die Rüstungswirtschaft des Generalgouvernements zur Erstellung einer gleichen Produktion wie im Reich eine Belegschaft von ungefähr 230 % führen müsse.

Diesem Zustand müsse in naher Zukunft abgeholfen werden; hier müsse in erster Linie mit einer besseren Lebensmittelversorgung eingegriffen werden. Er habe daher vor ca 4 Wochen in der Rüstungskommission vorgeschlagen, in dieser Angelegenheit eine gemeinsame Aktion bei der Reichsregierung zu starten. Er bitte den Herrn Generalgouverneur um seine Vorstellung beim Reichsmarschall, während die Hauptabteilung Arbeit sich an den Beauftragten für den Arbeitseinsatz im Reich, Gauleiter Sauckel, und er als Chef der Rüstungsinspektion an Reichsminister Speer wenden sollten. Man müsse eine zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmte Aktion bei den genannten Reichsstellen unternehmen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert auf diese Ausführungen, dass die Regierung des Generalgouvernements über diesen Punkt ständig Verhandlungen führe. Von dem an das Reich abzuliefernden Getreidekontingent lagerten im Generalgouvernement noch 200 000 Tonnen. Mit dieser Menge könnte man die im Reichsinteresse arbeitende Bevölkerung des Generalgouvernements und deren Angehörige ausreichend ernähren. Einer Verwendung für diese Zwecke stünde aber die gegnerische Einstellung massgebender Reichsinstanzen gegen die Polen und die infolge der kriegerischen Ereignisse des vergangenen Winters akut gewordene Mangellage des Reiches auf dem Ernährungssektor entgegen.

General Schindler fragt daraufhin den Herrn Generalgouverneur, ob er nicht aus eigener Machtvollkommenheit den polnischen Rüstungsarbeitern die gleichen Lebensmittelsätze, wie sie für die Arbeiter im Reich vorgesehen seien, genehmigen könne.

Der Herr Generalgouverneur erwidert, dass es für ihn als Reichsorgan nicht in Frage komme, eine amtliche Aufforderung des Reiches, die der Reichsmarschall durch die Aufstellung des vom Generalgouvernement an das Reich abzuliefernden Getreidekontingents gestellt habe, unberücksichtigt zu lassen.Er schlage daher vor, dass General Schindler sich an Reichsminister Speer wenden möge, der bei Reichsmarschall Göring eine Entscheidung dieser Frage durch mündliche Vorstellungen herbeiführen solle. Werde er, der Generalgouverneur, durch ein Fernschreiben des Reichsmarschalls zur Freigabe dieser 200 000 Tonnen Getreide zum Zwecke der Ernährung der polnischen Rüstungsarbeiter im Generalgouvernement ermächtigt, verspreche er, das gesamte Kontingent für diese Zwecke zu verwenden. Einschliessen müsse er jedoch auch die unzureichend versorgten Transportarbeiter im Generalgouvernement.

General Schindler weist dann darauf hin, dass dem Schwarzhandel noch viel Ware zur Verfügung stände. Ein Hauptgrund dafür sei, dass polnische Betriebe, die an Reichsaufträgen arbeiteten und dafür reichlich Rohstoffzuteilungen erhielten, diese ihren Zwecken nicht voll zuführten, sondern gewisse Teile abzweigten und dafür Waren auf eigene Kosten herstellten und im Schleichhandel vertrieben. Man müsse also eine völlige Ausschaltung unerlaubter Fertigungen erreichen und nur Betriebe bestehen lassen, deren Erzeugung man genau überprüfen könne.

Dem Einwurf des Herrn Generalgouverneurs, dass einer Schliessung vieler kleinerer Betriebe gerade die

Wehrmacht durch Verteilung von Aufträgen im Wege stehe, begegnet General Schindler mit dem Hinweis, dass er die Vollmacht habe, solche Wehrmachtsaufträge auf andere Betriebe zu verlagern.

Darauf erklärt der Herr Generalgouverneur, dass er bereits vor einiger Zeit den Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft den Auftrag erteilt habe, eine Durchkämmung sämtlicher polnischer Betriebe mit dem Ziel der Begrenzung des Produktionsprogramms auf kriegswichtige Dinge (Betriebsstillegungen, - Einschränkungen, Überwachung des verbotenen Kohlen-und Stromverbrauches usw.) durchzuführen.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt davon Kenntnis, dass diese Aktion, die Ende Dezember durch Verordnung festgelegt worden sei, laufe. Einen Zwischenbericht werde er in kurzer Zeit vorlegen können. Natürlich sei es schwer, einen Plan solchen Ausmasses mit den geringen Polizeikräften des Generalgouvernements durchzuführen. Bei Betriebsstillegungen könne man wenig noch vorhandene Kohle und Rohstoffe beschlagnahmen, da sich die Aktion herumspreche und viele Betriebe ihre Läger verschieben würden.

General Schindler fordert zum Schluss eine planmässige Lenkung der Produktion von Seiten der Hauptabteilung Wirtschaft. In diesem Produktionsplan müssten auch die Bedürfnisse der Rüstungsarbeiter auf dem Gebiete der Textilversorgung und der Gegenstände des täglichen Lebens eingereiht werden. Er habe ausrechnen lassen, dass er zur Versorgung der Rüstungsarbeiter mit Artikeln des täglichen Bedarfs im Vierteljahr 675 Tonnen Eisen benötige.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt davon Kenntnis, dass zur Herstellung dieser Dinge für die Landwirtschaft, Post, Eisenbahn und Rüstungswirtschaft bereits ein Auflagenprogramm laufe.

26.März 1943

12³⁵ Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Müller und Oberinspektor Öchslein in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Oberregierungsrat Dr. Müller unterrichtet den Herrn Generalgouverneur von dem vorläufigen Ergebnis der im Generalgouvernement durchgeführten Summarischen Bestandsaufnahme der Bevölkerung und Betriebe. Er überreicht dem Herrn Generalgouverneur dabei eine listenmässige Zusammenstellung der Bevölkerung in den einzelnen Gemeinden, Distrikten, Städten usw. Nach bisheriger Zählung beträgt die Gesamtbevölkerung 14,741 000. Bis zur Feststellung des endgültigen Ergebnisses, müsse er noch verschiedene Rückfragen und Recherchen anstellen. Im allgemeinen könne er sagen, dass die Aktion zu seiner vollen Zufriedenheit verlaufen sei. Einige Gemeinden und Kreise hätten geradezu hervorragend gearbeitet, und er bittet den Herrn Generalgouverneur, diesen seine Anerkennung zukommen zu lassen.

Von einer Veröffentlichung der Zahlen solle man vorerst absehen. Die Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs vorausgesetzt, werde er dem jeweils zuständigen Gouverneur bezw. Kreishauptmann die Zahl seines Distriktes bezw. seines Kreises vertraulich bekanntgeben.

Der Herr Generalgouverneur spricht Oberregierungsrat Müller und seinen Mitarbeitern für die vorbildlich durchgeführte Aktion Dank und Anerkennung aus. Er erklärt sich bereit, nach endgültiger Erledigung der Arbeiten dem Statistischen Amt einen Empfang zu geben. Vielleicht könne dabei Oberregierungsrat Müller in einem grösseren Vortrag vor der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements von seiner Arbeit berichten und im Rahmen dieses Vortrages die endgültigen Zahlen bekanntgeben.

Auf Bitten von Oberregierungsrat Müller will er auch an diesem Tag einen Besuch beim Statistischen Amt vornehmen.

13^{00} Besprechung mit Bankdirigenten Dr. Paersch in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Bankdirigent Dr. Paersch berichtet an Hand von Tabellen und Statistiken über Fragen seines Arbeitsgebietes.

Weiter legt er Entwürfe für neue Einhundert-Zloty-Noten und Eintausend-Zloty-Noten vor.

Dabei weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, dass man auch einmal an eine deutsche Beschriftung der Noten denken müsse.

13^{10} Besprechung mit Dr. Losacker in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler und Ersten Staatsanwalt Dr. Meidinger.

Gegenstand der Besprechung bildet ein Schreiben, das Dr. Losacker als Beauftragter des Generalgouverneurs für den kriegsmässigen Verwaltungsausbau an den Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs gerichtet hat.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, dass Dr. Losacker in seinem Schreiben von falschen Voraussetzungen ausgehe. Die Kanzlei sei damals auf seinen Wunsch zum Zwecke einer Etatisierung in die Regierung eingegliedert worden sei. Deswegen sei sie aber keine Regierungsstelle. Wenn Dr. Losacker eine Änderung für zweckmässig halte, dann sei er bereit, die Kanzlei zu einer Persönlichen Dienststelle zu machen; jedenfalls aber müsse die Kanzlei in ihrer jetzigen Totalität in seiner Hand bleiben.

Präsident Dr. Losacker erwidert, dass er sich der Angelegenheit nur aus rein optischen Gründen angenommen habe. Er werde die Angelegenheit unter Berücksichtigung

26.März 1943

der Einstellung des Herrn Generalgouverneurs erneut mit dem Chef der Kanzlei, Ersten Staatsanwalt Dr.Meidinger, besprechen.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs nach dem Stand der Arbeiten seines Sonderauftrages, überreicht er den Durchschlag eines Schreibens an General Unruh und Staatssekretär Stuckart. Das Kernstück der Vereinfachung sei die Neubildung der Distrikte, die noch nicht endgültig geklärt sei.

13³⁰ Frühstück

16⁰⁰ Besprechung mit Graf di Fossombrone.

16³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Schlafwagen von Trzebinia nach München.

Samstag, den 27.März 1943

bis

Sonnabend, den 1o.April 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Kressendorf

Sonntag, den 11.April 1943

7^{52} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.
Anschließend Fahrt nach Haus Kressendorf.

11^{00} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

17^{00} Besprechung mit Oberbereichsleiter Eisenlohr und kommissarischem Leiter der Verwaltung Burg Krakau Architekten von Palézieux.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

Krakau

Montag, den 12.April 1943

1o40 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

1o45 Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

11oo Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11⁵o Besprechung mit den Staatssekretären Dr.Bühler, Dr.Boepple und Präsident Dr. Losacker.

Präsident Dr.Losacker gibt dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Bericht über die weiteren Fortschritte auf dem Wege zur Vereinfachung der staatlichen Verwaltung. Die Überprüfungsaktion für den zivilen Bereich sei bereits ebenfalls in Angriff genommen, doch seien vorläufig die Arbeiten auf diesem Gebiete noch nicht abgeschlossen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Losacker, daß die Überprüfungsaktion, die durch die Kommission des Generals von Unruh durchgeführt werde, sich auch auf die SS und Polizei erstrecke. Vor allem würden dieser Überprüfung auch die von der SS verwalteten Liegenschaftsgüter unterliegen, auf denen zumeist eine viermal so starke personelle Besetzung sei wie in der übrigen Liegenschaftsverwaltung.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Losacker, dafür Sorge zu tragen, daß die kulturellen Zwecken dienenden Institute wie vor allem das Institut für Deutsche Ostarbeit erhalten bleiben.

Die Besprechung wendet sich dann dem Problem der Neueinteilung der Distrikte zu. Die Entscheidung des Führers, so teilt der Herr Generalgouverneur mit, stehe in dieser Frage noch aus. Er, der Generalgouverneur, habe Reichsminister Dr.Lammers darüber Vortrag gehalten, und dieser werde noch gehört werden, bevor der Führer seine endgültige Entscheidung treffe. Wie auch immer die Entscheidung des Führers ausfallen möge: wenn dem Plane der Neueinteilung vom Führer zugestimmt werde, so könne eine solche Entscheidung vom Standpunkt des Generalgouvernements und des kriegsmäßigen Verwaltungsausbaues nur begrüßt werden. Wenn die Neueinteilung vom Führer abgelehnt werde, dann finde die Berechtigung der bisherigen Distriktseinteilung nur ihre Bestätigung.

Staatssekretär Dr.Boepple weist in diesem Zusammenhang auf einige technische Schwierigkeiten hin, die die Neueinteilung der Distrikte im Gefolge haben würde. So erkläre sich z.B. die Deutsche Post Osten außerstande, zusätzliche Apparate zu liefern bzw. neue Leitungen für den Fernsprechverkehr herzustellen.

Präsident Dr.Losacker legt diesen Schwierigkeiten kein großes Gewicht bei und weist im übrigen darauf hin, daß man schon jetzt bemüht sei, für die Verkehrsverhältnisse entsprechende Regelungen z.B. durch Indienststellung von Holzgenerator-Omnibussen usw. zu treffen.

Präsident Dr.Losacker gibt dem Herrn Generalgouverneur dann noch einen Überblick über den Umfang der Einziehung von Gefolgschaftsmitgliedern zur Wehrmacht. Er gibt dabei zu bedenken, daß sich die bisherigen Freistellungen noch im Rahmen des Möglichen gehalten hätten, daß man jetzt aber an einen Punkt gelange, über den man ohne Schädigung einer ersprießlichen Arbeit der stehe in dieser Frage noch aus. Er, der Generalgouverneur, habe Reichsminister Dr.Lammers darüber Vortrag gehalten, und dieser werde noch gehört werden, bevor der Führer seine endgültige Entscheidung treffe. Wie auch immer die Entscheidung des Führers ausfallen möge: wenn dem Plane der Neueinteilung vom Führer zugestimmt werde, so könne eine solche Entscheidung vom Standpunkt des Generalgouvernements und des kriegsmäßigen Verwaltungsausbaues nur begrüßt werden. Wenn die Neueinteilung vom Führer abgelehnt werde, dann finde die Berechtigung der bisherigen Distriktseinteilung nur ihre Bestätigung.

Staatssekretär Dr.Boepple weist in diesem Zusammenhang auf einige technische Schwierigkeiten hin, die die Neueinteilung der Distrikte im Gefolge haben würde. So erkläre sich z.B. die Deutsche Post Osten außerstande, zusätzliche Apparate zu liefern bzw. neue Leitungen für den Fernsprechverkehr herzustellen.

Präsident Dr.Losacker legt diesen Schwierigkeiten kein großes Gewicht bei und weist im übrigen darauf hin, daß man schon jetzt bemüht sei, für die Verkehrsverhältnisse entsprechende Regelungen z.B. durch Indienststellung von Holzgenerator-Omnibussen usw. zu treffen.

Präsident Dr.Losacker gibt dem Herrn Generalgouverneur dann noch einen Überblick über den Umfang der Einziehung von Gefolgschaftsmitgliedern zur Wehrmacht. Er gibt dabei zu bedenken, daß sich die bisherigen Freistellungen noch im Rahmen des Möglichen gehalten hätten, daß man jetzt aber an einen Punkt gelange, über den man ohne Schädigung einer ersprießlichen Arbeit der

Regierung und Verwaltung des Generalgouvernements nicht werde hinausgehen können, dieses umso weniger, als beispielsweise für den Bereich des Reichspropagandaministeriums immer noch 19 ooo Kräfte freigestellt seien.

Der Herr Generalgouverneur erklärt seine volle Zustimmung zu dieser Auffassung und ist der Ansicht, daß man nunmehr das äußerste getan habe, was getan werden könne, wenn nicht die Möglichkeit einer Weiterarbeit der Regierung und Verwaltung des Generalgouvernements gefährdet werden solle.

12^15 Besprechung mit SA-Oberführer Peltz.

SA-Oberführer Peltz übermittelt dem Herrn Generalgouverneur Grüße des Stabschefs Lutze und seinen Dank für die freundliche Aufnahme im Generalgouvernement.

Er bittet sodann den Herrn Generalgouverneur, den SA-Obergruppenführer Kob zu einer Besprechung zu empfangen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sein Einverständnis und beraumt für Montag, den 19.April eine Besprechung mit einigen SA-Führern des Generalgouvernements an, an der auch SA-Obergruppenführer Kob teilnehmen soll.

SA-Oberführer Peltz gibt dem Herrn Generalgouverneur sodann Kenntnis davon, daß die Bezeichnung "SA-Einheit Generalgouvernement" umgeändert worden sei in: "SA Generalgouvernement". Der bisherige "Aufbaustab" sei mit sofortiger Wirkung in "SA-Führungsstab Generalgouvernement" umbenannt worden.

SA-Oberführer Peltz gibt dem Herrn Generalgouverneur sodann einen kurzen Überblick über den Aufbau der S.A. im Generalgouvernement.

12.4.1943

12^{30} Besprechung mit Pressechef Gassner.

Auf Vorschlag des Pressechefs Gassner genehmigt der Herr Generalgouverneur die Erhöhung des Preises der polnischen Zeitungen um 5 Groschen je Nummer und verfügt, daß dem Preisüberwachungskommissar Ministerialrat Dr.Schulte-Wissermann Mitteilung davon gemacht wird.

12^{35} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart der Staatssekretäre Dr.Bühler und Dr.Boepple, des Präsidenten Dr.Losacker und des Rittmeisters Frhr von der Goltz den Generalmajor Haseloff.

In der anschließenden Besprechung weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß die Frage der Versorgung der Wehrmacht durch Übereinkommen mit dem Reich geregelt sei. Dabei gibt der Herr Generalgouverneur zu bedenken, daß es oft sehr schwierig sei, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Bisher sei vom Generalgouvernement alles geschehen, was im Interesse der Wehrmacht habe getan werden können. Auch fürderhin werde im Rahmen eines neu aufzustellenden Ernährungsplans die Regierung des Generalgouvernements ihre vornehmste Aufgabe darin erblicken, den militärischen Belangen nach Möglichkeit zu entsprechen. In diesen Bemühungen müsse die Regierung des Generalgouvernements allerdings auch von der Wehrmacht tatkräftig unterstützt werden, ~~und~~ so vor allem im Hinblick auf eine möglichste Unterdrückung des Schleichhandels.

Weiter stellt der Herr Generalgouverneur den Gesichtspunkt der Finanzierung der Truppe in den Vordergrund, für die nach großen Schwierigkeiten ein Übereinkommen getroffen worden sei, inhaltsdessen von der

Wehrmacht bzw. der Dienststelle des Wehrkreisbefehlshabers eine gewisse zentrale Kontrolle über die gesamten Ausgaben zu üben sei.

Generalmajor Haseloff bemerkt, daß ihm die von dem Herrn Generalgouverneur erwähnten Regelungen bereits bekannt seien. Der Wehrkreisbefehlshaber habe volles Verständnis für die Schwierigkeiten, unter denen die Regierung des Generalgouvernements zu arbeiten habe, und sei sich der Bedeutung bewußt, die das Generalgouvernement vor allem als Nachschubgebiet für die Ostfront habe.

Der Herr Generalgouverneur sagt Generalmajor Haseloff jegliche Unterstützung von seiten der Regierung des Generalgouvernements zu und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Zusammenarbeiten mit der Dienststelle des Wehrkreisbefehlshabers ebenso ersprießlich sein werde, wie es mit dem Militärbefehlshaber gewesen sei.

12^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. Losacker den Generalmajor der Flieger Hoffmann, den Vertreter des Generals von Unruh.

Gegenstand der anschließenden Besprechung ist die zur Zeit im Gange befindliche Überprüfungsaktion zum Zwecke der Erfassung von im Dienste des Generalgouvernements stehenden Reichsdeutschen.

Der Herr Generalgouverneur gibt Generalmajor Hoffmann einen Überblick über die gegenwärtige Lage im Generalgouvernement und weist dabei auf die Schwierigkeiten hin, denen sich zur Zeit schon angesichts eines fühlbaren Personalmangels Regierung und Verwaltung des Generalgouvernements gegenüber sähen.

12.4.1943

Im Generalgouvernement wirke sich die Wegnahme eines jeden Deutschen weit fühlbarer aus als etwa im Reiche. Die Fiktion vom Generalgouvernement als einem Heimatgebiet sei völlig abwegig. Schon auf Grund der derzeitigen höchst mangelhaften Sicherheitslage müsse man mit Einziehungen aus der Polizei sehr vorsichtig sein. Im übrigen zeigten die bisher bekannt gegebenen Zahlen der Freistellung von reichsdeutschen Beamten und Angestellten das Bestreben der Regierung des Generalgouvernements, den Forderungen der Wehrmacht so weit wie irgend möglich entgegen zu kommen. Aber ein weiterer ungemessener Abzug deutscher Männer aus dem Generalgouvernement würde sich angesichts der Gesamtlage dieses Landes auch in gefährlicher Weise für das Reich auswirken. Vor allem müßten der Regierung des Generalgouvernements die 85o Gefolgschaftsmitglieder unter allen Umständen erhalten bleiben.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalmajor Hoffmann, daß sich die Überprüfungsaktion auch auf die SS und Polizei erstrecke. Für die Durchführung dieser Aufgabe sei ein SS-Obersturmbannführer eingesetzt.

Abschließend gibt der Herr Generalgouverneur seinem Befremden darüber Ausdruck, daß es bisher immer noch nicht gelungen sei, versehrte ehemalige Angehörige der Wehrmacht für den Dienst im Generalgouvernement zur Verfügung zu stellen.

13^lo^ Besprechung mit Oberbereichsleiter Eisenlohr und kommissarischem Leiter der Verwaltung Burg Krakau Architekt von Palézieux.

15^oo^ Besprechung mit Baurat Hofer, Oberbereichsleiter Eisenlohr und kommissarischem Leiter der Verwaltung Burg Krakau von Palèzieux.

17^15^ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.
(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau

Dienstag, den 13.April 1943

1o^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

1o^{55} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

11^{05} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl trägt dem Herrn Generalgouverneur einige Parteiangelegenheiten vor.

Der Herr Generalgouverneur übergibt Hauptabschnittsleiter Stahl ein vom 9.April 1943 datiertes Schreiben des Ministerialrats Horst Dresler-Andres zur weiteren Erledigung und beauftragt Hauptabschnittsleiter Stahl, die Wünsche des Pg. Dresler-Andres persönlich entgegenzunehmen. Nach dieser Besprechung soll Hauptabschnittsleiter Stahl in Gemeinschaft mit Pg. Dresler-Andres dem Generalgouverneur Vortrag halten.

Auf Antrag des Hauptabschnittsleiters Stahl genehmigt der Herr Generalgouverneur das Abschiedsgesuch des bisherigen Schatzmeisters des Arbeitsbereichs Pg.Thüringer.

Pg. Stahl berichtet sodann dem Herrn Generalgouverneur von seinen Verhandlungen, die er in der Parteikanzlei zu München gehabt hat.

Im Anschluß an diesen Bericht ersucht der Herr Generalgouverneur Hauptabschnittsleiter Stahl, sich förderhin lediglich auf seine Arbeit im Rahmen der Partei bzw. des Arbeitsbereichs zu beschränken.

Weiter gibt Hauptabschnittsleiter Stahl dem Herrn Generalgouverneur auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen, die er in der letzten Zeit auf Dienstreisen gemacht hat, ein Bild von der derzeitigen Sicherheitslage im Generalgouvernement.

13.4.1943

Hauptabschnittsleiter Stahl bittet den Herrn Generalgouverneur, in der nächsten Zeit in einigen Parteiversammlungen zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, zunächst am 2o.April im Rahmen einer Feierstunde in der Urania zu der Parteigenossenschaft Krakaus zu sprechen.

11^{35} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis davon, daß in der Nähe von Smolensk ein bisher unentdeckt gebliebenes Massengrab mit über lo ooo polnischen Offizieren, Militärärzten und Offiziersanwärtern entdeckt worden sei. Auf die Nachricht von dieser Entdeckung sei er zusammen mit lo Polen - Mitgliedern des Polnischen Hauptausschusses, des Polnischen Roten Kreuzes und mit Vertretern der polnischen Presse - im Flugzeug nach Smolensk gefahren. Im Beisein der Polen sei dann festgestellt worden, daß offenbar im Gefolge der Kriegshandlungen Ende September 1939 die Russen eine große Anzahl polnischer Offiziere und Offiziersanwärter nach Smolensk verschleppt und dort sämtlich durch Genickschuß getötet hätten. Die Personalien dieser Offiziere hätten zum großen Teil durch Ausweispapiere, Schmuckstücke, Erkennungsmarken usw. identifiziert werden können. Er, Präsident Ohlenbusch, sei nun der Auffassung, daß dieses Ereignis der polnischen Bevölkerung gegenüber unter allen Umständen propagandistisch ausgenützt werden müsse, und unterbreitet dem Herrn Generalgouverneur Vorschläge, in welcher Weise diese Propaganda in Presse, Rundfunk, Film, Photographie usw. durchgeführt werden müßte. Diese Propaganda sei umso notwendiger, als bereits der Moskauer Sender die Tatsache der Entdeckung dieses Massengrabes dazu benutzt habe, um die allen völkerrechtlichen Gebräuchen widersprechende Tötung dieser gefangenen Offiziere der deutschen Wehrmacht zur Last zu legen. Wenn auch der polnische Erzbischof in Warschau unter Hinweis auf die politische Seite dieses Ereignisses bisher eine Beteiligung polnischer Geistlicher an der Besichtigung der Stätte ablehnen zu müssen geglaubt habe, werde sich doch eine Beteiligung polnischer Geistlicher an der Umbettung und Einsegnung der Leichen der Ermordeten nicht umgehen lassen.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Präsidenten Ohlenbusch seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm in diesem Falle ergriffenen Schritte aus und erklärt seine volle Zustimmung zu den von ihm auf propagandistischem Gebiet zu ergreifenden Maßnahmen.

11^{55} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

12^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

12^{15} Besprechung mit Präsident Dr.Senkowsky in Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Bühler.

Präsident Dr.Senkowsky überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein Exemplar des

Haushaltsplans des Generalgouvernements
für das Rechnungsjahr 1942.

Der Herr Generalgouverneur spricht bei dieser Gelegenheit dem Präsidenten Dr.Senkowsky und seinen Mitarbeitern seinen Dank und seine Anerkennung für die hervorragende Durchführung der Finanzaufgaben des Generalgouvernements aus.

13.4.1943

Präsident Dr. Senkowsky gibt dann dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, daß am Ende des Etatsjahres 1942 ein Überschuß von 80 Millionen Zloty und eine stille Reserve von 60 Millionen Zloty vorhanden gewesen sei. Die Vorarbeiten für den Haushalt 1943 seien soweit gediehen, daß er als Leiter der Hauptabteilung Finanzen die Gouverneure in einigen Wochen zu einer abschließenden Besprechung bitten könne.

Der Herr Generalgouverneur ordnet für Ende Mai bzw. Anfang Juni eine abschließende Etatsbesprechung in Anwesenheit der Gouverneure an.

Präsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß der Haushalt noch der Genehmigung des Reichsfinanzministers bedürfe, die aber lediglich formaler Art sei.

Weiter berichtet Präsident Dr. Senkowsky über die Arbeiten für den Stellenplan und kann dabei mitteilen, daß allem Anschein nach die Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium zu einem zufriedenstellenden Ergebnis führen würden.

Wie Präsident Dr. Senkowsky ferner mitteilt, sind entgültige Absprechungen über die Höhe des Wehrbeitrags noch nicht erfolgt. Allerdings habe am 23.März 1943 in Berlin eine Besprechung zwischen Reichsfinanzministerium, Reichswirtschaftsministerium und Reichsbank über die Höhe dessen stattgefunden, was nach Meinung der Berliner Stellen vom Generalgouvernement für diesen Zweck aufzubringen sei.

In diesem Zusammenhang gibt Präsident Dr. Senkowsky zu bedenken, daß die Summen, die die Wehrmacht oder das Reich im Generalgouvernement ausgeben, in irgendeiner Form auf dem Wege des Wehrbeitrages im Generalgouvernement durch zusätzliche Notenausgabe der Emissionsbank aufgebracht werden müßten. Er habe nach Lage des Haushalts des Generalgouvernements vorerst eine Summe von 1,5 Milliarden eingestellt, die aufzubringen für das Generalgouvernement keine Schwierigkeiten bereiten werde.

Der Herr Generalgouverneur behält sich seine Entscheidung in dieser Frage vor und will sie demnächst in einer Sitzung mit Bankdirigenten Dr.Paersch und den zuständigen Wirtschaftsfaktoren eingehend besprochen wissen. Bis auf weiteres könne er nur mit aller Bestimmtheit betonen, daß er erheblichste Bedenken gegen eine solche Übersteigerung des Wehrbeitrages habe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr.Senkowsky, daß er gegenüber den Berliner Stellen keine Versprechungen über die Höhe des zu leistenden Wehrbeitrages gemacht habe. Er gibt aber andererseits zu bedenken, daß es nur im Interesse des Generalgouvernements liege, wenn von ihm das aufgebracht werde, was wirklich aufgebracht werden könne. Er habe im übrigen gerade über die Frage des Wehrbeitrages lange Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister gehabt. Dabei habe er insbesondere daraufhin gewiesen, daß er einer Inflation durch Begebung von Schatzanweisungen im Generalgouvernement nicht das Wort reden könne. Darauf habe dann der Reichsfinanzminister angeordnet, daß noch mit dem Reichswirtschaftsministerium als dem Bankenministerium und mit der Reichsbank selbst über diese Frage eingehende Besprechungen stattfänden. Die Stellungnahme des Bankpräsidenten Dr.Paersch, der an diesen Verhandlungen nicht teilgenommen habe, werde noch eingeholt werden.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß in der Frage des Wehrbeitrages bis auf weiteres nichts zu geschehen habe, und sieht der Mitteilung des Finanzpräsidenten Dr.Senkowsky entgegen, daß das Reich eine konkrete Forderung an das Generalgouvernement bzw. an den Generalgouverneur richtet.

13.4.1943

Präsident Dr. Senkowsky gibt sodann dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis davon, daß im Reich die Schnellzug- und Eilzugzuschläge sowie die Fernsprechgebühren erhöht worden seien. Er sei als Leiter der Hauptabteilung Finanzen aufgefordert worden, diese Tariferhöhungen sowie eine Erhöhung des Kriegszuschlages für Branntwein auch im Generalgouvernement einzuführen. Seiner Auffassung nach beständen keine Bedenken, für das Generalgouvernement diese Tarif- und Steuererhöhung durchzuführen.

Der Herr Generalgouverneur schließt sich dieser Auffassung an.

Präsident Dr. Senkowsky legt dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift über die Holzspritfabrikation vor. Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Dr. Senkowsky, den Verfasser die Denkschrift mit einem Vortrag ihm persönlich überreichen zu lassen.

In diesem Zusammenhang teilt Präsident Dr. Senkowsky mit, daß ihm bereits zwei mit Holzgeneratorantrieb versehene Personenwagen zur Verfügung ständen, und erklärt sich bereit, einen dieser Wagen dem Herrn Generalgouverneur auf der Burg zu zeigen.

Präsident Dr. Senkowsky nimmt dann zur Frage der Sicherheitslage im Generalgouvernement Stellung und betont dabei, daß sich die Beamten angesichts der zahlreichen Überfälle nicht mehr geschützt fühlten. Vielfach erhielten Beamte auch Schreiben von polnischer Seite, in denen ihnen der Tod angedroht werde. Ein solches "Todesurteil" habe auch Ministerialrat Rogge von der Hauptabteilung Finanzen erhalten. Da er kurze Zeit darauf sich zu einer Reise ins Reich begeben habe, seien von gewissen Seiten gegen ihn Gerüchte ausgestreut worden, als wolle er sich den ihm drohenden

205

Gefahren entziehen.

Im Zusammenhang damit trifft der Herr Generalgouverneur folgende Feststellung:

Der Ministerialrat Rogge von der Hauptabteilung Finanzen befindet sich auf Weisung des Generalgouverneurs im Reich. Der Generalgouverneur hat genehmigt, daß er im Anschluß daran einen seit langem vorgesehenen Erholungsurlaub angetreten hat.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß der im Zusammenhang mit solchen Gerüchten genannte Minister a.D. Dr. Rümelin seine Stellung im Reich nicht habe antreten können und sich gegenwärtig wieder im Generalgouvernement befinde.

Abschließend beraumt der Herr Generalgouverneur für Donnerstag, den 15.April 1943 eine Sitzung an, zu der neben anderen beteiligten Instanzen der Befehlshaber der Sicherheitspolizei Dr. Schöngarth erscheinen und in der die Sicherheitslage und die Frage besprochen werden sollen, in welcher Weise Beamte vor Angriffen geschützt werden können.

15⁴⁵ Besprechung mit Bankdirigent Dr.Paersch in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Bühler.

Bankdirigent Dr. Paersch berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß die Emissionsbank nunmehr drei Jahre bestehe und daß die Geschäftsberichte für die vergangenen Jahre fertiggestellt seien.

Der Herr Generalgouverneur regt an, der Bezeichnung "Emissionsbank in Polen" noch die Worte "Notenbank des Generalgouvernements" beizufügen. Weiterer Gegenstand der Besprechung ist die Regelung der Zuständigkeitsfrage bei den Verhandlungen über den

13.4.1943

Wehrbeitrag des Generalgouvernements an das Reich.

Angesichts der großen Bedeutung dieser Angelegenheit beauftragt der Herr Generalgouverneur den Staatssekretär und Chef der Regierung des Generalgouvernements mit der alleinigen Zuständigkeit. Der Reichsfinanzminister und der Präsident der Hauptabteilung Finanzen werden davon durch Übersenden eines Durchschlages des Schreibens an Staatssekretär Dr.Bühler verständigt.

16^{30} Der Herr Generalgouverneur besichtigt in Begleitung des Chefs der Kanzlei Ersten Staatsanwalts Dr.Meidinger und der Architekten von Palézieux und Kaulfuß den Verwaltungsneubau auf der Burg.

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater. Zur Aufführung gelangt: "Ein Drama um Schiller

"Die Schwestern"

von Max Dreyer.

22^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Mittwoch, den 14.April 1943

9³⁰ Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

1o⁴⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

1o⁴⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt Stadthauptmann Pavlu in Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Bühler.

Stadthauptmann Pavlu meldet dem Herrn Generalgouverneur, daß er zum 1.Mai ds. Jrs. zum Dienst in der Wehrmacht bei einem SS-Grenadierbataillon einberufen worden sei.

Der Herr Generalgouverneur spricht Stadthauptmann Pavlu seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit aus. Er gedenkt dabei insbesondere der Verdienste, die sich Stadthauptmann Pavlu in seinem Bestreben erworben hat, die Stadt Krakau wieder zu einer deutschen Stadt zu machen, und verspricht dem Stadthauptmann Pavlu, ihm auch fürderhin stets hilfreich zur Seite zu stehen. Weiter ersucht der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr.Bühler, mit Stadthauptmann Pavlu und dem noch zu berufenden neuen kommissarischen Leiter der Stadtverwaltung bei ihm zu erscheinen, damit einige schwebende Probleme in einer Besprechung erörtert werden könnten.

11¹⁰ Arbeitssitzung im Königssaal.

Thema: Ernährung der im deutschen Interesse, insbesondere im Rüstungssektor arbeitenden fremdvölkischen Bevölkerung.

(Protokoll s.Beiakten).

14.4.1943

14^{30} Besichtigung zweier mit Holzgas-Generatoren versehener Personenwagen im Burghof.

15^{10} Besprechung mit Graf di Fossombrone und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau

Donnerstag, den 15.April 1943

11^{25} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{30} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

12^{45} Besprechung mit Gouverneur Dr.Wendler und Präsident Dr.Losacker.

13^{10} In Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Bühler, des Gouverneurs Dr.Wendler und des Präsidenten Dr.Losacker empfängt der Herr Generalgouverneur den bisherigen Kreisleiter und stellvertretenden Kreishauptmann Rechtsanwalt Dr.Krämer.

Staatssekretär Dr.Bühler schlägt dem Herrn Generalgouverneur vor, anstelle des zur Wehrmacht einberufenen Stadthauptmanns Pavlu für die Dauer der Wehrdienstleistung des Stadthauptmanns Pavlu den Rechtsanwalt Dr.Krämer mit der Verwaltung der Stadt Krakau zu beauftragen. Dr.Krämer arbeite seit einem Jahr im Generalgouvernement; er sei zunächst informatorisch beim Distrikt tätig gewesen und führe seit einem halben Jahr zur Zufriedenheit des Distriktschefs und der Hauptabteilung Innere Verwaltung die Geschäfte im Kreise Lowitsch. Es sei ihm u.a. gelungen, durch eine großzügige Werbeaktion Volksdeutsche in Kompaniestärke zur freiwilligen Meldung zur Wehrmacht zu veranlassen.

Der Herr Generalgouverneur überreicht hierauf Dr.Krämer die Bestallungsurkunde über seine Ernennung zum kommissarischen Leiter der Stadtverwaltung Krakau.

15.4.1943

In der anschließenden Besprechung erteilt der Herr Generalgouverneur zunächst Dr. Krämer die Genehmigung, Schriftstücke mit "Kommissarischer Stadthauptmann" zu unterzeichnen. Der Herr Generalgouverneur weist sodann Dr. Krämer auf die Aufgaben hin, die ihm als dem Leiter der Verwaltung der Regierungshauptstadt bevorständen. In seiner Eigenschaft als kommissarischer Stadthauptmann unterstehe Dr. Krämer dem Distriktsgouverneur. Aber diese Unterstellung unter den Distriktsgouverneur sei dadurch bedingt, daß dessen Weisungen vorher mit der Regierung abgestimmt seien, wie auch er, der Generalgouverneur, sich vorbehalte, Weisungen zu erteilen. Der Stadthauptmann von Krakau sei also sowohl Organ des Distrikts wie auch des Generalgouverneurs. Das vorwiegende Interesse, das der Generalgouverneur und seine Regierung an der Stadt Krakau hätten, müsse sich praktisch überall durchsetzen. Andererseits sei eine völlige Herausnahme der Stadt Krakau aus der Distriktsverwaltung unpraktisch, weil sie nur Nachteile bringe. Wie auch die Entscheidung über die Neueinteilung der Distrikte ausfallen möge, so würde doch immer der Charakter der Stadt Krakau als der Regierungshauptstadt erhalten bleiben. Vor allem komme es darauf an, daß die Stadt Krakau in jeder Beziehung ein mustergültig verwaltetes Gemeinwesen darstelle. Im übrigen sei er erfreut darüber, daß man sich so schnell über die Nachfolgerschaft des Stadthauptmanns Pavlu geeinigt habe und daß ein alter Vorkämpfer des Nationalsozialismus die Leitung der Stadtverwaltung Krakaus übernehmen solle.

Abschließend wird dann noch zu einigen für die Stadt Krakau wichtigen Angelegenheiten wie Straßenbau, Hotelbau, Quartieramt usw. Stellung genommen.

15.4.1943

13^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler und Präsident Dr.Losacker.

Präsident Dr.Losacker überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine Eingabe des Präsidenten der ukrainischen Volksgruppe Professor Kubijowitsch betr. Errichtung einer SS-Division der Ukrainer.

Der Herr Generalgouverneur billigt diesen Plan und beauftragt Staatssekretär Dr.Bühler, sich mit Prof. Kubijowitsch wegen der weiteren Vorbereitungen in dieser Angelegenheit in Verbindung zu setzen. - Als Vertreter des Generalgouverneurs in dieser Angelegenheit soll Gouverneur Dr.Wächter-Lemberg zum Kommissar bestellt werden.

Präsident Dr.Losacker übergibt dann dem Herrn Generalgouverneur einen Zwischenbericht über die bis jetzt auf dem Gebiete der Verwaltungsvereinfachung durchgeführten Maßnahmen.

Präsident Dr.Losacker regt an, daß im Zusammenhang mit der Entdeckung eines Massengrabes von den Sowjetrussen ermorderter polnischer Offiziere in Smolensk eine große Aktion zur endgültigen Bereinigung der Volkstumslage im Generalgouvernement eingeleitet werde, da die bisherige Entwicklung weiterhin untragbar sei.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Dr.Losacker, ihm im Anschluß an diesen mündlichen Vortrag einen schriftlichen Bericht vorzulegen, und nimmt in Aussicht, eine Sitzung zur Besprechung dieser Frage mit den maßgeblichen Persönlichkeiten einzuberufen. Es soll direkt an den Führer herangetreten werden, damit endlich mit den unmöglichen Planungen auf dem Gebiete der Polenpolitik aufgeräumt wird, die sich nun seit 1939 wie eine Haßkrankheit fortschleppen und auf die Dauer eine große Gefahr für das Deutsche Reich darstellen.

15.4.1943

15^{00} Arbeitssitzung im Königssaal der Burg zu Krakau. (Thema: Sicherheitslage)
(Protokoll s.Beiakten)

19^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau

Freitag, den 16.April 1943

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{40} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

11^{40} Besprechung mit Staatsanwalt Dr. Ballat in Gegenwart des Ersten Staatsanwalts Dr. Meidinger.

Staatsanwalt Dr. Ballat bittet den Herrn Generalgouverneur, dem bisherigen Gaupresseamtsleiter und Kreisleiter Förster in Saarbrücken eine Betätigung im Generalgouvernement möglichst im Rahmen der Presse zu ermöglichen.

Der Herr Generalgouverneur sagt die Gewährung dieser Bitte zu und ersucht Staatsanwalt Dr.Ballat, sich mit Hauptabschnittsleiter Stahl in Verbindung zu setzen und dann dem Ersten Staatsanwalt Dr. Meidinger Mitteilung von dem Ergebnis dieser Besprechung zu machen.

IX/9 12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Chefs der Kanzlei Ersten Staatsanwalt Dr. Meidinger den Vorsitzenden des Deutschen Alpenvereins, Zweig Krakau, Amtmann Hirsch und drei weitere Vorstandsmitglieder.

Amtmann Hirsch berichtet über den Aufbau des Zweiges Krakau des Deutschen Alpenvereins, der am 8.Februar ds.Jrs. gegründet wurde. Der Verein zähle bereits ca. 150 Mitglieder. Wegen zu geringer finanzieller Mittel könne er mit seiner Arbeit nicht stark in die Öffentlichkeit treten.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem größtem Interesse an der Arbeit des Deutschen Alpenvereins Ausdruck und stiftet zur alleinigen Verfügung des Vorsitzenden den Betrag von Zloty 10 000,--.

16.4.1943

Der Deutsche Alpenverein müsse eine seiner größten Aufgaben darin sehen, das Generalgouvernement den Deutschen zur Heimat zu machen. Er würde es sehr begrüßen, wenn der Alpenverein im Generalgouvernement einen großen Aufschwung nähme. Alle Touren und auch Fahrtenberichte sollten in der Krakauer Zeitung veröffentlicht werden, wie überhaupt der Deutsche Alpenverein in der Öffentlichkeit stärker werben müsse. Er stelle den Alpenverein unter seinen direkten Schutz und sei gern bereit, ihn in allen seinen Bestrebungen tatkräftig zu unterstützen. Auch die Herausgabe eines kleinen Blättchens sei empfehlenswert; für die Beschaffung von Papier, Druckerlaubnis und Druckkosten werde er das Nötige veranlassen.

Von dem Angebot des Herrn Generalgouverneurs, eine der vorhandenen Hütten in die Bewirtschaftung des Alpenvereins zu nehmen, will Amtmann Hirsch vorerst keinen Gebrauch machen, da die jetzige Regelung vom Standpunkt des Alpenvereins sehr zweckmäßig erscheine, derzufolge sämtliche Hütten während der Kriegszeit in der Verwaltung der Sportführung des Generalgouvernements stehen.

Der Herr Generalgouverneur sagt weiter zu, daß sich in seinem Auftrage der Chef der Kanzlei bei der Beschaffung von 4o Paar benötigten Kletterschuhen für Jugendliche einschalten werde. Zum Schluß gibt er dem Wunsche Ausdruck, daß der Zweig Krakau des Deutschen Alpenvereins ein kriegsmäßiges Bändchen des vergriffenen Tatraführers, zugeschnitten auf das jetzige Generalgouvernement, bearbeiten und herausgeben möge.

16.4.1943

IX/9 17^{00} Der Herr Generalgouverneur besichtigt die im Türkenzelt aufgestellten Kunstgegenstände.

18^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

IV/9 19^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Präsident Dr. Losacker.

Staatssekretär Dr. Bühler legt dem Herrn Generalgouverneur einige Schreiben zur Unterschrift vor.

Gegenstand der Besprechung ist zunächst die Frage der Einberufung einer Hauptabteilungs- bzw. Regierungssitzung. Der Termin dieser Sitzung wird auf Dienstag Vormittag festgesetzt. Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß auch, soweit möglich, die Gouverneure an dieser Sitzung teilnehmen sollen.

Präsident Dr. Losacker teilt mit, daß er zu einer dienstlichen Besprechung nach Berlin berufen worden sei. In dieser Besprechung solle die Frage der Behandlung der Fremdvölkischen beraten werden.

Besprochen wird weiter die Frage, in welcher Weise die Tatsache der Auffindung des Massengrabes polnischer Offiziere bei Smolensk propagandistisch ausgewertet werden solle.

Staatssekretär Dr. Bühler überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift über die vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagenen Steuererhöhungen.

16.4.1943

19^{45} Abendessen zu Ehren des aus seinem Amte scheidenden Gouverneurs Zörner.

21^{00} Verabschiedung des Gouverneurs Zörner durch den Herrn Generalgouverneur in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple sowie mehrerer Hauptabteilungspräsidenten und Abteilungspräsidenten.

Der Herr Generalgouverneur verliest zunächst ein an Gouverneur Zörner gerichtetes Abschiedsschreiben, nach welchem er ihn nach Genehmigung seines Abschiedsgesuches von seinem Amte als Distriktsgouverneur entbindet und ihm gleichzeitig seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit ausspricht. Der Herr Generalgouverneur führt dann fort:

Herr Gouverneur Zörner! Ich überreiche Ihnen dieses Schreiben und bitte Sie, davon überzeugt zu sein, daß das, was ich schriftlich niedergelegt habe, uns alle angeht. Sie haben seit Beginn der Übernahme der Regierung in diesem Raum uns stets treu zur Seite gestanden, zunächst als Stadthauptmann und Leiter der Verwaltung der Stadt Krakau, später als Gouverneur eines der wichtigsten Distrikte des Generalgouvernements. In dieser Eigenschaft haben Sie wirklich hervorragende Arbeit geleistet.

Während man sonst im allgemeinen gewohnt ist, bei Verabschiedung von Beamten oder bei sonstigen Gelegenheiten großzügig über manches hinwegzugehen, und nach der Regel, daß man den Verabschiedeten loben soll, dem Betreffenden vielleicht Lobreden gibt, so möchte ich doch gerade in diesem Falle Ihnen mit besonderem Nachdruck danken und feststellen, daß Ihr persönlicher Einsatz, vor allem Ihre wirkliche selbstlose Aufopferung im Dienste einer Idee - der Idee, verwaltungsmäßig

16.4.1943

Ordnung in einem schwer umkämpften Gebiet zu halten, die Autorität der Regierung dieses Raumes im Distrikt sicherzustellen, - uns Ihnen dauernd verbunden halten wird.

Parteigenosse Zörner, Sie sind einer der Verwaltungsführer, die aus der Partei hervorgegangen sind. Ich entsinne mich in diesem Augenblick Ihres Wirkens als Präsident des Braunschweigischen Landtags, ich entsinne mich jener Zeit, da wir beide die große Überlegung anzustellen hatten, wie unserem Führer Adolf Hitler, der damals staatenlos war, die Einbürgerung als deutscher Bürger ermöglicht werden könne. Wir haben damals dafür gesorgt, daß er im Staatsdienst verwendet werden konnte. Damals haben Sie sich, Parteigenosse Zörner, hervorragend um den Führer verdient gemacht. Ich weiß auch, wie Sie damals als Landtagspräsident verstanden haben, die Opposition gegen diesen Mann unmöglich zu machen.

Sie haben sich später als Oberbürgermeister einer der schönsten Städte Deutschlands, der deutschen Kulturstadt Dresden, sehr verdient gemacht. Sie haben es in wenigen Jahren vermocht, die Stadt Dresden weit über das Land Sachsen hinaus in den Mittelpunkt eines großen Wirkungskreises zu stellen.

Sie haben dann als Oberbürgermeister dieser Stadt in wohlweiser Erinnerung an die alte historische Verbindung zwischen Sachsen und Polen Ihre Schritte nach Polen gelenkt, um sich dem Dienste des dem deutschen Heere unmittelbar folgenden Verwaltungsstabes als Chef der städtischen Verwaltung Krakaus anzuvertrauen.

Wenn Sie nun diese Linie unterbrechen, so kann es nur geschehen, damit Sie Ihre Gesundheit wiederherstellen und dann mit umso größerer Energie Ihre Arbeit wieder aufnehmen.

218

16.4.1943

Indem ich Sie im Namen des Führers und des Reiches aus dem Dienst des Generalgouvernements entlasse, möchte ich Ihnen nochmals in meinem und aller Ihrer Kameraden der deutschen Verwaltung des Generalgouvernements Namen unseren Dank und unsere Anerkennung zum Ausdruck bringen. Ihr Wirken im Dienste des Führers, Ihre Menschlichkeit, Ihre persönliche Haltung werden uns stets unvergessen bleiben. Zum Zeichen der Anerkennung und des Dankes überreiche ich Ihnen in unser aller Namen dieses Bild.

Gouverneur Zörner erwidert mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Ich darf Ihnen zunächst bewegten Herzens aufrichtig für die Worte danken, die Sie mir gewidmet haben. Sie dürfen mir glauben, daß mir der Entschluß, Sie zu bitten, mich von der Verantwortung für mein bisheriges Amt zu entbinden, nicht leicht gefallen ist, daß ich aber in der augenblicklichen Situation keinen anderen Weg gefunden habe. Ich will hoffen, daß die Arbeit, die dort angefangen ist, fortgesetzt werden kann. Ich bin stolz darauf, Herr Generalgouverneur, dreieinhalb Jahre unter Ihrer Leitung nach den von Ihnen gegebenen Richtlinien für Führer und Volk haben arbeiten zu dürfen. Ich bin glücklich, soviele gute, echte Kameradschaft, soviele Freundschaft und Menschlichkeit gefunden zu haben, die trotz aller geheimen Schwächen das Positive überwiegen läßt. Ich scheide zwar bewegten Herzens von hier, aber doch mit dem stolzen Gefühl, daß im Generalgouvernement eine Aufbauarbeit geleistet worden ist, an der ich freudig u. gern mitgewirkt habe. Ich darf Ihnen, Herr Generalgouverneur, und allen Ihren Mitarbeitern nochmals herzlich danken.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Sonnabend, den 17. April 1943

11^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leutnant Krojer.

12^{30} In Gegenwart des Pressechefs Gassner empfängt der Herr Generalgouverneur den Hauptschriftleiter Dr. Hagemann zu einem Interview.

Dr. Hagemann ist Hauptschriftleiter des "Weltpressedienstes", einer Zeitschrift, die Material für propagandistische Zwecke ins Ausland vermittelt. Dr. Hagemann teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß ihm in letzter Zeit verschiedene führende Persönlichkeiten des Reiches, auch einige Reichsminister, ein Interview gewährt hätten, und bittet den Herrn Generalgouverneur, ihm ebenfalls Gelegenheit zu geben, einige Fragen über die Verhältnisse im Generalgouvernement an ihn richten zu dürfen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, dieses Interview zu geben.

Dr. Hagemann stellt dann an den Herrn Generalgouverneur eine Anzahl von Fragen, die dieser unter eingehender Darlegung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse des Generalgouvernements beantwortet.

17^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Kressendorf

Sonntag, den 18.April 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Krakau

Montag, den 19.April 1943

10^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{50} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11^{15} Besprechung mit Staatskapellmeister Antolitsch in Gegenwart des Chefs der Kanzlei Dr. Meidinger.

Staatskapellmeister Antolitsch berichtet, daß ihm durch ein Schreiben des Reichspropagandaministeriums angekündigt worden sei, daß 17 Musiker seines Orchesters freigestellt und demnächst zur Wehrmacht eingezogen würden. Als Ersatz würden ihm verschiedene bei der Auskämmaktion im Reich frei gewordene Musiker zur Verfügung gestellt. Bei seinen Musikern handle es sich um die ersten Streicherstimmen; auf der anderen Seite seien die ihm in Aussicht gestellten Musiker künstlerisch nicht qualifiziert, so daß für die Zwecke seines Orchesters vielleicht nur 5 oder 6 Leute in Frage kämen. Auch sei über einige dieser Musiker bereits anderweitig verfügt.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt den Chef der Kanzlei Ersten Staatsanwalt Dr. Meidinger, in seinem Auftrage bei den zuständigen Stellen (Oberst Fischer u. Oberst Weiß) zu verhandeln und diesen mitzuteilen, daß er, der Generalgouverneur, sich auf die seinerzeitige persönliche Freigabe dieser Musiker durch den Führer berufe und auf ihrer Einhaltung bestehe. Das Reichspropagandaministerium sei in dieser Frage nicht zuständig. Auf der anderen Seite solle man den guten Willen zeigen und künstlerisch tragbare Musiker aus der Zahl der als Ersatz zur Verfügung gestellten annehmen.

19.4.1943

11³⁵ Besprechung mit Präsident Lauxmann.

Präsident Lauxmann übergibt dem Herrn Generalgouverneur eine Zusammenstellung der Leistungen des Jahres 1942 und berichtet anhand von Statistiken und Tabellen aus seinem Arbeitsgebiet. Weiter legt er Entwürfe von Professor Dachauer über neue Briefmarken mit dem Lemberger und Warschauer Wappen und einer neuen Landschaftsserie vor, die anstelle der etwas zu großen Führerserie für den täglichen Gebrauch bestimmt ist.

12⁰⁰ Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz.

Dr. Coblitz überreicht dem Herrn Generalgouverneur 4 Bände, die die wissenschaftlichen Arbeiten des Ostinstituts während des letzten Jahres zum Inhalt haben.

Dr. Coblitz macht dann Ausführungen über die zum 24. Mai in Aussicht stehende Kopernikusfeier. Er will als Redner beim Festakt den Professor Raabe gewinnen. Am Vorabend oder Abend des Tages solle Kapellmeister Hösl-Warschau im Hof des Ostinstituts ein Konzert mit eigenen Werken dirigieren.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, für die Festnummer der "Burg" ein Geleitwort zu schreiben und beim Festakt in einer Rede die erstmalige Verteilung des Kopernikus-Preises vorzunehmen.

Direktor Coblitz berichtet zum Schluß über den Forschungsbetrieb des Instituts im Rahmen der kriegswichtigen Erfordernisse. Unter Mitarbeit der Wehrmacht seien neue Sektionen für chemische, physikalische, maschinenbauliche und elektrische Forschungen im Aufbau.

19.4.1943

Sämtliche Institute des Ostens kriegswichtiger Art würden nach Krakau verlegt, so daß hier die Forschung für den gesamten Osten betrieben werde. Auch in der biologischen (Tuberkulose) Sektion sei die Arbeit aufgenommen worden. Die geisteswissenschaftliche Forschung müsse leider ganz eingestellt werden.

Der Herr Generalgouverneur wünscht, daß diese Abteilungen nicht aufgelöst, sondern nur der Betrieb für die Kriegsdauer eingestellt werde. Das Ostinstitut sei als kriegswichtige Einrichtung zu betrachten.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal aus Anlaß des einjährigen Bestehens der S.A. im Generalgouvernement 18 S.A.-Führer des Generalgouvernements und hält dabei folgende kurze Ansprache:

Kameraden!

Vor einem Jahr haben wir im Generalgouvernement die S.A. gegründet, und ich freue mich, daß wir am morgigen Geburtstag des Führers auf ein Jahr des Bestehens zurückblicken können, in dem vorbildlich gearbeitet wurde. Die S.A. hat sich trotz der Ungunst der Zeit, trotz der gewaltigen Schwierigkeiten, die einzeln aufzuzählen unmöglich ist, und die in ihrer Totalität alle Voraussetzungen eines Aufbaues betrafen, zu einem der stärksten und machtvollsten Willensblöcke im ganzen Ostraum entwickelt. Alles, was irgendwie an Schwierigkeiten überhaupt denkbar ist, belastete von Anfang an diesen Aufbau. Trotzdem haben Sie es erreicht, daß heute Tausende und Abertausende deutscher Männer im Generalgouvernement sich zu ihr bekennen und sich in ihren straffen Gliederungen zusammengefunden haben und daß dadurch das, was wir den edelsten Geist der Bewegung, den S.A.-Geist nennen, lebendig bleibt. Die Bedeutung, die damit die S.A. des Führers im Generalgouvernement erlangt hat, ist ungeheuer weitreichend. Inwieweit ich in der nächsten Zeit veranlaßt sein werde, die S.A. über ihre eigentlichen Aufgaben hinaus zur Aufrechterhaltung der Sicherheit einzusetzen, weiß ich nicht, aber eines steht fest, daß ich auf Euch, Kameraden der S.A., rechnen muß, wenn für die Lage der Deutschen Schwierigkeiten aufsteigen sollten.

Die Kriegslage hat sich in diesem Jahr weiter verschärft; Sie selber wissen, daß dieser Kriegswinter für uns einer der schwersten war, die die deutsche Kriegsgeschichte kennt, und Sie wissen auch, daß ungeheuere Schwierigkeiten zu bewältigen waren. Daß wir mit diesen Schwierigkeiten fertig wurden, verdanken wir der einmaligen weltgeschichtlichen Persönlichkeit Adolf Hitlers.

Tausende und Abertausende unserer S.A.-Kameraden tragen heute das graue Waffenkleid, und viele von ihnen stehen in vorderster Linie und haben ihren S.A.-Geist mit ihrem Leben bezahlt. Wir können sagen, daß wir mitgeholfen haben, im Generalgouvernement einen der Rückhalte für die Überwindung der Schwierigkeiten dieses Kriegsjahres 1942/43 aufgebaut und durchgehalten zu haben.

Die ungeheure Belastung stimmungs- und nervenmäßiger Art, die mit der Fortsetzung dieses Krieges verbunden ist, hat da und dort zu leisen kleinen kritischen Einbrüchen geführt. Ich möchte daher erwarten, daß in demselben Maße, in dem die Schwierigkeiten steigen, auch die Entschlußkraft der S.A.-Führer und S.A.-Männer des Generalgouvernements steigt, mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden. Das Schwerste liegt vielleicht noch vor uns; wir werden einen ungeheuren Kampf zu bestehen haben, und jeder waffenfähige deutsche Mann muß an die Front. Das bedeutet für uns im Generalgouvernement eine große Schwächung der Verwaltung und im Zusammenhang mit der aufsteigenden fremdvölkischen Hetze eine ungeheure Erschwerung unserer Arbeit. Täglich gehen bei mir die Meldungen über die Ermordung von Volksgenossen in führenden Stellungen und vieler Namenloser ein. Die S.A. muß daher in diesem Augenblick das eherne Bollwerk des Deutschtums in diesem Raum sein.

Wir stehen heute der gleichen Front gegenüber, der wir schon in unserem inneren Kampf gegenüber gestanden haben: den Juden und Weltbolschewisten. Adolf Hitler ist es beschieden, auch in der Weltformung mit diesem Gegner fertig zu werden. Dann leuchtet der größte Sieg über uns und dann kann auch die S.A. mit Stolz sagen, daß sie leidenschaftlich, erfolgreich und sieghaft mitgekämpft hat.

Stabschef Lutze hat mir soeben einen liebenswürdigen Brief geschrieben, in dem er an der einjährigen Aufbauarbeit der S.A. im Generalgouvernement lebendigen Anteil nimmt. Mir obliegt es, Ihnen, Oberführer Peltz, für diese Arbeit an der S.A. zu danken und auch denen zu danken, die Ihnen dabei geholfen haben. Ich weiß, was Sie geleistet haben.

Es ist nicht an der Zeit, um groß zu feiern; mir war es aber doch ein herzlicher Wunsch, die S.A.-Führer des Generalgouvernements in diesem Königssaal der alten Burg zu empfangen. Auf dieser Burg wurde die S.A. des Generalgouvernements gegründet, und diese Burg wird die S.A. des Generalgouvernements sieghaft verteidigen.

19.4.1943

Ich wünsche Ihnen allen für das jetzt beginnende neue Jahr der Arbeit das Beste und eine Fortsetzung der erfolgreich begonnenen Arbeit.

Der Herr Generalgouverneur gibt nach diesen Worten einige Beförderungen unter der Führerschaft der S.A. des Generalgouvernements bekannt, u.a. die Aufnahme des Gouverneurs Kundt als S.A.-Oberführer.

S.A.-Oberführer Peltz meldet zum Schluß dem Herrn Generalgouverneur, daß am Vortage 1 600 S.A.-Männer einen Propagandamarsch durch Warschau unternommen hätten.

13^{00} Frühstück.

19^{30} Besuch des Philharmonischen Konzerts im Hause Urania.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau

Dienstag, den 2o. April 1943

1o^{2o} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

1o^{3o} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11^{oo} Regierungssitzung.

(Protokoll siehe Beiakten)

IV/9 14^{3o} Eine Singspielschar der H.J. bringt auf dem Burghof Gesänge zu Gehör.

IX/9 16^{oo} Feierstunde im Staatstheater.

Nach einem Musikvortrag des Orchesters des Staatstheaters und Begrüßungsworten des Distriktsstandortführers Gouverneur Dr. Wendler ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

IV/9 In einer der ernstesten Stunden der Geschichte unserer Nation und des Werdeganges unseres deutschen Vaterlandes begehen wir Deutschen des Generalgouvernements den Geburtstag unseres Führers Adolf Hitler 1943. Ringsum tobt auf der Erde, in den Lüften und in den Meeren der entscheidende Schlußkampf um die Verwirklichung und Sicherung Europas und der Welt. Diese Epoche wird einmal in der Geschichte ihren Namen nach dem Manne haben, der am 2o. April 1889 in dem kleinen Innstädtchen Braunau in Oberösterreich als Sohn einfacher Eltern geboren wurde.

Ein gewaltiger Weg ist es, den Adolf Hitler zurückgelegt hat, eine einmalige Daseinsformung von ungewöhnlichster Eindrucksprägnanz, und es zeigt, welche aus Äonen sich sammelnde Energiekonzentration in einem Individuum nach dem Schöpferwillen möglich ist, daß diese Persönlichkeit eines Sohnes unseres Volkes eine

2o.4.1943

heute schlechthin den ganzen Planeten aufwühlende Wirkung besitzt. Man muß bei sich plastisch immer wieder diesen Gegensatz spüren: hier der Einsame und Einmalige, dem ein Gott die Stimme des aufrüttelnden Gewissens unseres Volkes gab, eine Stimme, die es vermochte, die schicksalhafte Niederung unseres deutschen Zusammenbruches seelisch, geistig, organisatorisch, politisch, sozial, wirtschaftlich, kulturell zu überwinden, und der vor unserem Volke nun wie ein menschliches Symbol der Einbezogenheit unserer völkischen Energien in die ewigen Plane des Schicksals sieggläubig in undeutbarer Selbstsicherheit einherzieht - und dort die ewige Welt des Hasses gegen Deutschland! Was dürfen wir nicht erleben, wie ist nicht unsere Generation in all' dem Leid, das ihr aufgegeben ist, in all' den Opfern, die von ihr verlangt werden, ausgezeichnet, Zeugen und Mitgestalter dieser einzigartigen Wende Europas und der Welt sein zu dürfen.

Und so steht über dieser Feier der Deutschen des Generalgouvernements unsere eigene und eigentliche Bezogenheit: wir, die Tausende und Abertausende Deutscher des Generalgouvernements, senden Dir, Adolf Hitler, dem gewaltigen Führer in diesem Weltkampf, unsere treuesten Wünsche zu Deinem Geburtstag 1943 und geloben Dir Pflichterfüllung unter Einsatz unseres Lebens und aller unserer Kräfte bis zum äußersten. Wir wünschen Dir, Adolf Hitler, Kraft, Stärke, Gesundheit und die göttliche Lenkung Deiner Pläne, auf daß mit Deinem Sieg über die ewige Niedertracht leuchtend Dein Lebenswerk ersteht als Sieg des besten europäischen Menschentums über Weltjudentum, Weltbarbarei und Weltausbeutung.

20.4.1943

Fünf Positionen hat Adolf Hitler in seinem Leben bezogen. Sie folgten aufeinander, ohne sich abzulösen, und summierten sich aus

Künstlertum, Soldatentum, Parteiführung, Staatsgestaltung und Feldherrnkunst.

Das Künstlertum Adolf Hitlers war das Zeichen des jungen strebenden Mannes, der auf der alten österreichischen seelisch-geistigen Lebensform sein Daseinsringen anhub. Daß er, der werdende Architekt, später berufen war, die größten Bauten seinem Volke vorzuzeichnen, wissen wir heute. In ihm konnte es damals nur eine kaum geahnte ferne Vorstellung sein. Dieser junge Künstler hatte in all' seinem Entwerfen, Zeichnen, Malen und baulichen Raumphantasieren doch nie den Kontakt zu den praktischen Lebenstagesfragen seiner Nation verloren. Er sank nie in eine magische bequeme Traumwelt gleitend ab, sondern erkannte in sich mit zunehmender Energie die Stimme seines deutschen Blutes, das ihm die leise Mahnung vermittelte, der Kunst nicht nur der eigentliche Rahmengestalter, sondern auch dem Volksschicksal einbezogener Wegbereiter zu sein.

So kam es, daß er in seiner zweiten Entwicklungsphase im ersten Weltkrieg von 1914 bis 1918 als tapferster Soldat mitkämpfte, seinem Volke ein hohes Schicksal zu sichern.

Dieses Soldatentum Adolf Hitlers wurde dann der Übergang zu jenem entscheidungsvollen Schritt, den er im Lazarett 1918 nach dem Zusammenbruch des damaligen deutschen Staates vollzog: Politiker zu werden. Die Synthese war damit seiner Lebensart gegeben, daß er in seinen inneren Vorstellungen der Architektur des deutschen Staatsgebäudes einen völlig originalen Grundriß und Aufriß vorzeichnete, den zu verwirklichen seine politische Tätigkeit erstrebte. Hierin liegt ein welt- und geistgeschichtlich Einmaliges. Hier fließen in Adolf Hitler die blutige Welt des Krieges und die unblutige Idealwelt des Geistigen zusammen. Wie oft

20.4.1943

hat nicht Adolf Hitler davon erzählt, welchen Einfluß auf ihn gerade während des Krieges die Schopenhauersche Philosophie auf ihn ausgeübt hat, daß er die bedeutendsten Werke dieses einzigartigen Denkers im Tornister bei sich trug und wie sehr gerade durch diesen Skeptiker eigenster Prägung die typisch Hitlersche Kombination von theoretischer Problemstellung und praktischer Wirklichkeit Gestalt erhielt.

Mit der Gründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat Adolf Hitler die Gegensätze der beiden weltumspannenden Ideologien des Nationalismus und des Sozialismus mit kühner Ursprünglichkeit beseitigt und im nationalsozialistischen Parteiprogramm eine totale Ausprägung letzter staats- und sozialpolitischer Möglichkeiten aus dem deutschen Rasse- und Volkscharakter geformt. Diese natürlich einfachen Skizzierungen hatten denn auch die Wucht einer letzthin alles Halbe zermalmenden genialen Neuschöpfung und erhoben mit dem Sieg vom 30. Januar 1933 den aus Künstlertum und Soldatentum erstandenen Parteigründer und Parteiführer Adolf Hitler zu dem das Dritte Reich gestaltenden Staatsmann unserer Nation.

Was Adolf Hitler in den Jahren seit 1933 zur Sicherung der großen Substanzwerte unseres Volkes im Dienste unserer Rasse, unseres Bodens, unserer Arbeit, unseres Staates und unserer nationalen Ehre getan hat, berechtigt uns zu der Feststellung, daß es in der ganzen deutschen vieltausendjährigen Geschichte kein Gegenstück zu Adolf Hitler gibt, daß keiner unserer Kaiser oder Staatsmänner jemals in so kurzer Lebensspanne ein so Außerordentliches an Leistungen für sein Volk vollführt hat, das er aus der tiefsten Tiefe unserer Nation zum Range einer unvergleichlichen Weltmacht empor entwickelt hat. Demgegenüber als einem evidenten Faktum versagt alle feindliche oder gehässige Kritik. Was waren wir Deutschen im November 1918, und was waren wir durch Adolf Hitler 1939?

2o.4.1943

Daß diese Wiederaufrichtung unseres Volkes den verstärkten Haß unserer Todfeinde erzeugte, war klar. Als daher im September 1939 der Krieg um Sein oder Nichtsein unseres Volkes ausbrach, da wurde in diesem Entscheidungsringen Adolf Hitler nun auch der große Feldherr. Heute stehen die deutschen Truppen als die Herren Europas in einem gigantischen Ringen um die Durchsetzung der Lebenskraft unseres Vaterlandes. Nichts wird diesen ehernen Block von entschlossenster Siegessicherheit zerschlagen, niemand wird die deutsche Fahne herabholen, niemand das deutsche Schwert brechen, - dies wissen wir, dies ist das Zeichen der Stunde.

In dieser fünffachen Ausstrahlung als Künstler, Soldat, Parteiführer, Staatsmann und Feldherr ist daher all' unser deutsches Vermögen, all' unser Hoffen und Planen in einem Manne versammelt und geballt. Die Persönlichkeit Adolf Hitlers ist damit zur offensichtlichsten Gestalt der deutschen Willenshaltung in dieser Zeit, sein Schicksal zu unser aller Schicksal geworden. Die heutige Feier vereint uns in diesem Bewußtsein und in diesem Gedenken.
Vom Dnjepr, Donez bis Tunis, von den Pyrenäen bis zum Nordkap steht die Front der Deutschen heldenmütig, unbesiegbar, würdig, den größten Vorbildern unserer nationalen Geschichte an die Seite gestellt zu werden. Wir alle richten uns immer wieder an Adolf Hitler auf. Was immer Schweres im Verlaufe dieses Krieges geschah, welche Not, Last und Sorge aus diesem Geschehen uns immer entgegentraten, - wir haben alles überwunden dank seiner einzigartig klaren Ruhe und nach Normalmaß menschlicher Fähigkeiten kaum mehr faßbaren stolzen Siegessicherheit. Adolf Hitler der totale Krieger des deutschen Volkes, er wird der totale Sieger ~~des deutschen~~ unserer Nation sein. In den kommenden Jahrhunderten werden die Lieder unseres Volkes ebenso wie die Kunstwerke der Bühne und der Bildung die Gemälde und Plastiken, nicht anders als die wissenschaftlich-historischen Werke diese Epoche Adolf Hitlers immer wieder in das Bewußtsein unseres Volkes bringen. Man wird dann erschauern vor

der Gewalt eines Mannes, der die ganze Welt in Bewegung gehalten hat.

Dabei ist das Großartige, daß er alles, was jetzt geschieht, in seinem Buch "Mein Kampf" mit visionärer Klarheit vorausgeplant, programmatisch niedergelegt und geradezu prophezeit hat, ob es sich nun um die Auseinandersetzung des Deutschtums mit dem Judentum oder dem Bolschewismus, mit der Weltplutokratie oder dem Parlamentarismus handelt, ob man die Fragen der Beseitigung des deutschen Parteienunwesens und des inneren politischen und konfessionellen Haders oder die Frage des Verhältnisses der Einzelstaaten zum Gesamtreich anführt.

Adolf Hitler kann mit Fug und Recht darauf hinweisen, daß er nichts im geheimen wollte, sondern offen von Anfang an der Welt dargelegt hat, daß aus dem furchtbaren Vergewaltigungsunrecht der sogenannten Friedensverträge von Versailles kein echter Friede entstehen und daß auf die Dauer einem so heroischen und gesunden, sich entwickelnden hochbedeutenden Volke wie dem deutschen der für seine Entwicklung notwendige Lebensraum unmöglich vorenthalten werden kann.

Adolf Hitler wollte diesen Krieg nicht. Er war ihm aufgezwungen durch die Angst des Weltjudentums und der Weltunterdrücker um das Wiedererstehen einer starken blühenden deutschen Macht. Auf diese Kriegshetzerklique, die Adolf Hitler in seiner großen Rede zu Saarbrücken im Beginn des Jahres 1939 vor der Weltöffentlichkeit demaskierte, auf sie fällt die Schuld für die Opfer, für die Tränen und für all' das Leid, das aus dem Wahnsinn der englisch-französischen Kriegserklärung an Deutschland vom Sept.1939 als Folge erstand und noch ersteht. Es ist die infamste Weltlüge, die je von Judengehirnen ausgedacht wurde, zu sagen, daß man diesen Krieg nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur darum führe, um Adolf Hitler

2o.4.1943

und seine nationalsozialistische Bewegung zu beseitigen. Hat man nicht denselben Trick während des Weltkrieges von 1914 bis 1918 anzuwenden versucht, war es damals nicht Kaiser Wilhelm, der angeblich beseitigt werden sollte und nach dessen Beseitigung man dem deutschen Volke einen Frieden der Gerechtigkeit versprach? War es nicht damals das Argument, daß das angeblich so tyrannische Regiment einer demokratisch-parlamentarischen Neugestaltung in einer deutschen Republik weichen müßte, um einem gesegneten Frieden für das deutsche Volk, dem niemand in der Wekt etwas Schlechtes anhaben wollte, den Weg zu bereiten? War es nicht diese unausgesetzte Methode des Werbens für eine Weltversöhnung, mit der schließlich im November 1918 ebenso engstirnige wie verbrecherische Revolutionshelden durch ihren Novemberumschwung das deutsche Elend bereiteten?

Umso wichtiger ist es, daß wir gerade an den persönlichsten Tage Adolf Hitlers, an seinem Geburtstage, gerade auch dieser persönlichen Bezogenheit Adolf Hitlers zu uns, zum deutschen Volke und des deutschen Volkes zu Adolf Hitler mit besonderem Nachdruck gedenken. Weit mehr als je einer der Repräsentanten unseres deutschen Gemeinschaftsschicksals ist er es, der, aus der Mitte unseres Volkes stammend, berufen ist, unser großes gemeinsames Schicksal zu meistern. Das gewinnend Einfache, das sympathisch Volkstümliche, das unkompliziert allgemeinverständlich Klare an Adolf Hitlers Wirken brachte ihm von jeher gerade diese unmittelbare Beziehung zu jedem Volksgenossen. Und wenn unsere Feinde glauben, daß sie mit einer solchen persönlichen Hitler-Propaganda das deutsche Volk wiederum zur Ohnmacht oder zur Waffenniederlegung veranlassen könnten, so muß ihnen gerade am Geburtstag des Führers aus dem ganzen deutschen Volke die eindrucksvollste Abfuhr dadurch werden, daß wir uns inniger und stolzer denn je zu Adolf Hitler als der führenden Persönlichkeit unseres deutschen Schicksals bekennen. Das deutsche Volk wird sich von Adolf Hitler ebenso wenig trennen wie Adolf Hitler vom deutschen Volke. Und die deutsche Wehrmacht wird sich von ihrem obersten Befehlshaber, der sie ja geschaffen hat, der sie mit seinem Geist erfüllt und sie zu den größten Siegen der deutschen Kriegsgeschichte geführt hat, nicht trennen, sondern die disziplinierste Waffenhaltung bis zum äußersten gewährleisten.

Daher ist alle Hoffnung unserer Feinde vergeblich, diese innere und stahlharte Geschlossenheit und Entschlossenheit des deutschen Volkes um seinen Führer Adolf Hitler in ein weltdemütiges, ohnmächtige[illegible] densgesäusel oder eine die Kapitualation vor[illegible] Unsicherheit aufzulösen. Unser Glaube ist e[illegible] ein Mann wie Adolf Hitler dem deutschen Volke [illegible] anders geschenkt wurde als zum größten Siege uns[illegible] Nation.

Zu diesem Bekenntnis vereinen sich heute die Deutschen des Generalgouvernements mit besonderer Herzlichkeit. Wir sind ja hier des Führers ureigenes Land. Während andere Teile des Großdeutschen Reiches schon als Land oder Provinz oder Stadt bestanden, lange bevor Adolf Hitler kam, beginnt die Existenz des Generalgouvernements mit dem Gründungsakt, den Adolf Hitler vollzogen hat. Wir haben keine eigenländische Tradition, die irgendwie älter wäre als der dieses Nebenland erzeugende Entschluß unseres Führers. Das Generalgouvernement ist ein territoriales Kriegskind und damit nach Beginn des Freiheitskrieges 1939 der erste imperiale Ausdruck unseres Sieges. Diese ausgeprägte eigenartige Tradition verbindet uns daher mit dem Führer ganz besonders. Wir sind ein Hitlerland, nicht anders als die dem Deutschen Reich hinzu gewachsenen "Adolf-Hitler-Koog" genannten neues Siedlungsland bildenden Inseln. An seinem Geburtstag müssen wir uns daran erinnern und ihm besonders dafür danken, daß er Tausenden und Abertausenden von Deutschen Gelegenheit gegeben hat, sich in diesem Lande als seine getreuen Männer zu bewähren.

Das Generalgouvernement ist ein nationalsozialistisches Kriegsterritorium, in dem auch unsere nationalsozialistische Bewegung zum ersten Mal in der eigenartigen Form des Arbeitsbereiches kraftvoll in Erscheinung getreten ist. Wenn wir heute schon Tausende von deutschen Kindern in unserem Generalgouvernement in unsere eigenen Hitlerjugend-Verbände übernehmen, wenn gerade Jugendliche im Zusammenhang mit dem Geburtstag des Führers in diesem Raum in unsere eigene Parteiorganisation übernommen werden können, so freut uns das besonders herzlich. Denn es ist das Zeichen dafür, daß sich das deutsche Leben genau so, wie es sich Adolf Hitler wohl bei der Gründung dieses Landes dachte, trotz aller unsäglichen Hemmnisse, Schwierigkeiten und Auswirkungen weiter in zunehmendem Maße vertieft und daß sich dieses Land immer mehr zur Heimat für deutsche Menschen entwickelt.

Die Beziehung zu Adolf Hitler prägt sich aber auch staatsrechtlich besonders aus. Auch hierin sind wir ja ein besonderes Hitlerland, daß nicht nur die Gründung unseres Nebenlandes und seine gesamte Tradition ausschließlich auf Adolf Hitler zurückgeht, - auch im fortwährenden staatlichen und parteilichen Wirken in diesem Raum sind wir, völlig abweichend von anderen Teilen des Großdeutschen Reiches, mit Adolf Hitler besonders verbunden. Die Regierung des Generalgouverneurs untersteht dem Führer unmittelbar und ausschließlich. Sonach ist hier eine besonders intensive

Beziehung zu ihm und seinem Staatswirken gegeben, die uns in diesem Gebiet auch besonders verpflichtet, uns zu bewähren.

Dieses Nebenland Generalgouvernement hat zum ersten Male seit der Machtübernahme eine völlig eigenartige Verwaltungsführung erhalten, die sich denn auch nach dem Grundsatz der totalen Einheit der Staatsgeschäfte und der klaren Zuständigkeitsverteilung wie der fachlichen Persönlichkeitsautorität besonders bewährt. Dieses ausschließlich und direkt unter dem Führer Stehen ist daher eine besondere Verpflichtung für unsere Leistung. Das Generalgouvernement freut sich, als ältestes Nebenland des Großdeutschen Reiches dem Führer an seinem Geburtstag die feierliche Verpflichtung ablegen zu können, daß es auch in dem neuen Lebensjahr des Führers ihm, wo und wie es nur geht, helfen wird, den Sieg zu erkämpfen.

Wir sind nicht gewohnt, lange zu fragen und herumzudoktern, mußten wir doch vom ersten Tag an in diesem Raume unmittelbarst mit völlig ungewohnten und unerfahrenen Schwierigkeiten ohne jedes Vorbild originell fertig werden. Und wir haben die Probleme gemeistert. Niemand hat uns vorgedacht, niemand uns vorgewirkt; wir mußten uns aus Eigenem den Weg erkämpfen. Daß es geglückt ist, verdanken wir nur dieser unmittelbaren und ausschließlichen Unterstellung unter den Führer, die uns stets die intensivste Energieverbundenheit mit Adolf Hitler gewährleistet.

Und so leben wir hier im Generalgouvernement auch nur seinem Werke wie allüberall im Großdeutschen Reiche. Das Generalgouvernement ist in seinem Bestande aufs engste mit dem Kriegsschicksal verbunden. Es hat keine eigenen Zukunft vor sich, die irgendwie anders wäre als die des gesamten großen deutschen Kampfraumes. Es hat keine irgendwie von den diesem Raum gestellten Aufgaben abweichende Sondermissionen. Wenn wir in den notwendigsten Auswirkungen unseres staatlichen und völkischen Daseins diese klar umrissene Eigenposition einnehmen, dann nur, weil diese Eigenposition allein die restlose und totale Erfüllung der uns für Führer und Reich gestellten Aufgaben ermöglicht. Jede Verwischung wäre hier vom Übel. Der Führer weiß, warum er uns diese Sonderrechte gab: sie sind nämlich nichts anderes als der Ausdruck unserer ganz besonders markanten Sonderpflichten. Was das Generalgouvernement an wirklich großen Leistungen dem Deutschen Reich, dem deutschen Volk und der deutschen Wehrmacht in jedem Hinblick gegeben hat, ist ein starker Posten in der Gesamtbilanz dieses Krieges.

So treten wir Deutsche des Generalgouvernements am heutigen Tage in die Reihen der Gratulanten vor den Führer. Mit reinem Gewissen stehen wir vor diesem einzigen Manne und sagen ihm: unser Führer, haben Sie Dank für das Vertrauen, das Sie uns geschenkt haben, bleiben Sie auch fernerhin den Deutschen des Generalgouvernements der Beschützer und gnädige Förderer.

Jeder Krieg bringt seine dunklen Stunden, bringt jene Nächte des Grauens und des Zweifels, der sorgenden drückenden Last und der Rückschläge. Kein Krieg ist ein reiner Siegeszug über geglättete Bahnen. Die Freiheit und der Lebensraum werden einem Volke nicht geschenkt, wie man eine überreife Frucht mühelos vom Baume pflückt, sondern durch Wüsten und Sümpfe, durch Sonnenglanz von Siegesstrahlen, durch aschfahle Dämmerung von Rückschlägen geht mühevoll, blutig, hart und verzehrend der heiße, brennende Strom des Umbruches aller Zeiten seinen unberechenbaren Weg. Er hinterläßt

20.4.1943

verbrannte Länder, zerstörte Häuser, Ruinen, Gräber, Leiden, Schmerzen, Tränen, Hunger, Krankheit und Nöte aller Art. Der Krieg ist die gräßliche Furie, die immer wieder die Menscheit heimsucht und gegen die offensichtlich das für alle Zukunft heilende Gegenmittel von Gott uns vorenthalten wird. Was hat man nicht alles gedacht und gesorgt im Laufe der Jahrtausende, um den Krieg als Mittel völkischer Auseinandersetzungen auszuschalten? Wie mühten sich nicht die besten Geister unseres Volkes immer wieder, einen Weg zu finden, um ihn irgendwie undenkbar oder unmöglich zu machen!

Aber neben diesen grauenhaften Einzelbildern des Krieges steht doch auch das leuchtend erhebende Grundgesetz allen Lebens, daß nichts Großes auf der Welt wird, es sei denn durch den Einsatz aller und von allem. Unser Volk hat nun diesen letzten höchsten Einsatz in die Schale des Schicksals gelegt: alles, was wir besitzen an Gut und Blut, an Kraft und Energie, an Männern, Frauen, Werten und Leistungen, an Waffen, Wehr und Werken ohne Zahl, - alles haben wir feierlich durch Adolf Hitler dem ewigen Geschick in seine Schale gelegt. Und nun harren wir der Stimme des Ewigen.

Wie groß war nicht der Jubel in den feindlichen Ländern im letzten Winter, als es der sowjetischen Übergewalt gelungen war, unter Ausbeutung des Winters und mit der Überzahl ihrer Horden uns die Rückschläge von Stalingrad und im Kaukasus zu versetzen. Da jubelte man schon und dachte, das Ende Adolf Hitlers und seines Volkes sei gekommen. Aber es kam anders: heute weht die deutsche Flagge wieder in Charkow, die deutsche Front im Osten steht und wird sich aller Voraussicht nach wieder gegen Osten in Bewegung setzen.

20.4.1943

Und dann wird die Stunde kommen, da dieser gewaltigste Koloß aller Zeiten, den die Bolschewiken aufgerichtet haben, von unserem Heldenvolk zerschlagen wird. Dann wird auch ein großer Frieden kommen. Alles, was geopfert worden ist, wird Segen tragen, die verbrannte Erde wird Früchte bringen, die Kinder werden aus unserem Volk erstehen und das Werk ihrer Väter fortsetzen. Dieses herrliche große Reich der Denker und Dichter, der gewaltigen Geistesheroen unserer Nation wird ebenso blühen wie das machtvolle Staatsgebilde, dem die besten Soldaten der Welt, die deutschen, und die besten Staatsmänner voranmarschieren werden. Das ist unser Glaube.

Wenn wir Adolf Hitler sehen, wie er in seiner bebescheiden-schlichten, harten und selbstbewußten Klarheit unbeirrbar durch nichts abgehalten werden kann, uns diesen Weg in die Zukunft unseres Volkes voranzuschreiten, wird es einen Deutschen geben, der ihm nicht folgt? Wo wäre jemals in unserer Geschichte ein so unerhörter Zug gewesen wie dieser, da uns der stärkste Mann die Fahne voranträgt, sieghaft, tapfer, das Zeichen des Sieges auf der Stirn und die Gnade des Ewigen über sich? Nach seinem Vorbild wollen wir handeln und leben; geloben wir uns das immer und immer wieder. Großdeutschland will große Deutsche der Gesinnung, der Haltung und des Opfermutes nach. Wer heute das tapfere Bewußtsein unserer Soldaten erlebt, wer an die Hunderttausende denkt, die ihr Ringen um Deutschlands Freiheit mit ihrem Leben bezahlten, wer an die Tausende und Abertausende denkt, die in den Lazaretten ihre Schmerzen als Opfer für Deutschland tragen, wer an die unzählbaren Massen deutscher Männer und Frauen denkt, die Tag und Nacht am deutschen Siege hämmern und schmieden und arbeiten, wer dieses starke,

20.4.1943

mutvolle Sichaufbäumen sieht, mit dem wir dieser großen Zukunft unseres deutschen Landes Arm in Arm entgegenschreiten, der weiß, daß der Mann, der diese Energien entfacht und durchhält, selber seine Energie von Gott erhalten hat. Denn alles läßt sich technisch denken, nur nicht die Persönlichkeit; alles läßt sich maschinell in Bewegung setzen, nur nicht das Herz, und alles läßt sich mathematisch werten, nur nicht das Gehirn.

Adolf Hitler ist das größte Wunder der deutschen Geschichte. Pflegen wir diesen Mann wie einen uns vom Schicksal gesandten. Wir wissen, daß er ein Auserwählter ist, und glauben, weil er uns wurde, auch an die göttliche Bezogenheit unseres Schicksals. Er selber ist der größte Mensch der deutschen Geschichte. Solange er atmet, haben wir die sieghafte Zukunft. Meistern wir die Gegenwart, ehren wir die Vergangenheit! Wenn er einmal nicht mehr sein und dereinst dem für alle Menschen geltenden Gesetz des Wiedervergehens folgen wird, dann wird mit der unvergleichlichen Trauer um ihn auch eine Liebe zu diesem Manne aufflammen, aus der sich das deutsche Volk noch durch Jahrtausende immer wieder fast wie aus einem geheimnisvollen Mythos heraus das Vertrauen zu sich selbst und die Stärke in grimmigsten Zeiten holen wird.

Adolf Hitler wird nicht durch eine Krone aus Metall gekrönt, sondern durch den sieghaften Kampf, den er für sein Volk auf sich genommen hat. Daß das deutsche Volk ihm in diesem Kampf bis zum äußersten folgt, macht dieses Volk zum Souverän seines Geschickes. Es adelt diese deutsche Nation, daß sie dem Höchstberufenen aus ihren Reihen bis zum letzten Blutstropfen folgt. Es ehrt uns, und daß wir diesem von allen Juden und Menschheitshassern der ganzen Welt meist gehaßten und verleumdeten Mann reinen Herzens gehorchen, gibt dem deutschen Volke auch das Anrecht, andere

Völker zu führen.

Aber nicht nur Deutschland gestaltet Adolf Hitler. Im Verein mit seinen Verbündeten, vor allem mit dem kongenialen Gestalter des neuen italienischen Imperiums Benito Mussolini und seinem Faschismus gestaltet er auch Europa. Das Generalgouvernement ist ein Stück dieses werdenden neuen Europas. Was wäre wohl aus den Polen geworden, wenn nicht Adolf Hitler seinen schützenden Schild auch vor dieses Volk gegen die Bolschewiken gehalten hätte! Es wäre keinem Polen anders ergangen als den Tausenden und Abertausenden heimtückisch ermorderter Offiziere der früheren polnischen Armee, die unlängst durch einen schicksalhaften Fingerzeig in ihren stummen Gräbern bei Smolensk aufgefunden wurden. Ein Schmerzensschrei geht durch die Kulturmenschheit. Mögen die Polen daraus erkennen, was der Kampf bedeutet, den das deutsche Volk unter Einsatz seines besten Blutes gegen die bolschewistischen Massenmörder führt! Hier ist der Schmerz schon groß über einige Tausende. Aber wieviele Hunderttausende hat das deutsche Volk schon im Kampf gegen den Bolschewismus geopfert!

Wenn sich hier die polnische Bevölkerung am Leben befindet und, wenn auch unter allen möglichen Kriegsdrangsalen, immerhin doch unter Aufrechterhaltung von Familie, Kultur, Glauben arbeitet und ihr Dasein entwickelt, so darf die deutsche Führung darauf verweisen, daß das deutsche Volk hier auch den fremden Volkstümern, den Polen und Ukrainern vor allem, volle Gerechtigkeit zuteil hat werden lassen. Ich nehme an, daß sich gerade aus diesem Erlebnis in Smolensk heraus der loyale, d.h. der weitaus überwiegende Teil der fremdvölkischen Bevölkerung des Generalgouvernements noch intensiver als bisher in der Arbeit für die gemeinsame europäische Sache im Dienste des Krieges betätigen wird. Seit Smolensk sind viele Voraussetzungen geschaffen, das Verhältnis zwischen den Deutschen und den Fremdvölkischen auch im Generalgouvernement günstiger und aufgeschlossener zu gestalten, als es vielleicht bisher der Fall war. Was an der deutschen Führung liegt, hierzu beizutragen, wird geschehen. Im übrigen aber sei allen unverbesserlichen, vor allem unter dem Einfluß von Feinden stehenden Übeltätern gesagt: in nichts wird die Energie der deutschen Führung dieses Raumes nachlassen, mit Unruhestiftern und Verbrechern aller Art so rücksichtslos und nachdrücklich wie nur möglich fertig zu werden.

Eine besondere Anerkennung verdienen dabei die Hunderttausende von fremdvölkischen Arbeitern, darunter auch Polen und Ukrainer, die sich zur Arbeit nach Deutschland begeben haben oder hier in kriegswichtigen Industrien und Unternehmungen arbeiten. Wir werden versuchen, mit aller Kraft ihre Lebensverhältnisse, vor allem ihre Ernährungsverhältnisse so zu bessern, wie das nur irgendwie unter den Kriegsumständen möglich ist.

Das deutsche Leben aber soll sich im Generalgouvernement weiter entwickeln und dazu beitragen, das Generalgouvernement immer des Führers würdiger zu machen. Dies Gelöbnis sei am Geburtstage des Führers 1943 feierlich erneuert! Adolf Hitler! Die Deutschen des Generalgouvernements heben die Hände zu Gott dem Allmächtigen und erflehen von ihm an Deinem Geburtstag Dein Heil, und den ewigen Segen für Dich zum Siege unserer Waffen, unseres deutschen Lebens.

--

20.4.1943

17^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{26} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Mittwoch, den 21. April 1943

bis

Freitag, den 30. April 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs
im Reich.

END OF
VOL. #25
R.8.

VOL. #26
R.8.

VOL. # 26
R. 8.

Sonnabend, den 1. Mai 1943

und

Sonntag, den 2. Mai 1943.

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs
im Reich.

Krakau

Montag, den 3.Mai 1943

7^{52} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

Anschließend Fahrt nach Haus Kressendorf.

1o^{1o} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

1o^{15} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{00} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler, Dr. Boepple und Präsident Dr. Losacker.

Präsident Dr. Losacker berichtet kurz über den Fortgang der Aktion zum Zwecke der Vereinfachung der Verwaltung und kann mitteilen, daß diese Arbeit im großen und ganzen ihren Abschluß gefunden habe und nunmehr nur noch Kleinarbeit zu leisten sei.

Staatssekretär Dr. Bühler nimmt zur Sicherheitslage Stellung und macht dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, daß im Orte Antonienhof im Kreise Tschenstochau neuerdings von einer 8o Mann starken, mit schweren Waffen ausgerüsteten Bande 17 Volksdeutsche getötet worden seien. Angesichts der im Distrikt Radom zur Zeit obwaltenden Situation habe sich Gouverneur Kundt veranlaßt gesehen, im Einvernehmen mit dem SS- und Polizeiführer gegebenenfalls militärische Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Der Herr Generalgouverneur nimmt diesen Bericht des Staatssekretärs Dr. Bühler zur Kenntnis und beraumt für Dienstag, den 4.Mai eine Sitzung an, die die Sicherheitslage des Generalgouvernements zum Gegenstand haben soll.

3.5.1943

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird sodann kurz zu der Frage der Behandlung der polnischen Bevölkerung Stellung genommen. Dabei wirft Präsident Dr. Losacker die Frage auf, ob und in welcher Weise gegebenenfalls die veränderte Stellungnahme der englischen Regierung zu dem in London weilenden General Sikorski politisch irgendwie ausgewertet werden könne.

Weiter bezeichnet es Präsident Dr. Losacker als dringend geboten, daß der Straßenverkehr nach wie vor im Rahmen der Hauptabteilung Innere Verwaltung betreut werde, da es der Ostbahn an dem für die Bearbeitung dieses Sachgebietes erforderlichen verwaltungsmäßigen Unterbau fehle. Im übrigen müsse überlegt werden, ob gewisse Zuständigkeiten von der Polizei auf die Stadthauptleute bzw. die städtischen Polizeidirektionen zu übertragen wären.

Der Herr Generalgouverneur schließt sich dieser Auffassung an und erklärt sich bereit, einen diesbezüglichen Erlaß zu unterzeichnen.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Kammergerichtsrat Dr. Keith und Frau Keith, geb. Ritter, und spricht ihnen seine herzlichen Glückwünsche zu ihrer vor kurzem erfolgten Kriegstrauung aus.

13^{15} Mittagessen.

15^{20} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

15^{40} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

3.5.1943

15^{45} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler, Pressechef Gassner und Hauptschriftleiter Steinheil.

Hauptschriftleiter Steinheil überreicht dem Herrn Generalgouverneur das erste Exemplar des "Baedeker für das Generalgouvernement". Hauptschriftleiter Steinheil berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die umfangreiche Arbeit, die mit der Herstellung dieses Werkes verbunden war, und kann weiter mitteilen, daß bereits über 40 000 Exemplare bestellt worden seien und daß auch bei der Wehrmacht ein großes Interesse für das Werk herrsche. Interessant sei die Feststellung, daß für wenige Baedeker-Bände bereits kurz nach ihrer Ankündigung eine so starke Nachfrage in Erscheinung getreten sei wie für den Baedeker des Generalgouvernements. Für die erste Auflage sei eine Zahl von 20 000 Bänden in Aussicht genommen worden, es werde deshalb ein Nachdruck des Werkes in kürzester Frist notwendig sein.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob Papier und sonstiges Material für den Druck des Baedekers zur Verfügung gestellt werden könnten, glauben Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner bejahen zu können.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner großen Genugtuung darüber Ausdruck, daß es in so kurzer Zeit gelungen sei, ein derart vortreffliches Nachschlagewerk für das Generalgouvernement zu schaffen. Den Polen sei es in 20 Jahren nicht gelungen, ein ähnliches Erzeugnis auf den Markt zu bringen. Der Baedeker-Verlag könne auf dieses Zeugnis deutscher Ostarbeit, geschaffen im Kriege, wahrhaft stolz sein.

3.5.1943

Abschließend spricht der Herr Generalgouverneur Hauptschriftleiter Steinheil seinen aufrichtigen Dank und seine größte Anerkennung für die auch von ihm geleistete vorbildliche Arbeit aus.

16^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner.

16^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt Direktor Scharrer von den Mercedes-Werken und spricht ihm die Anerkennung dafür aus, daß ihm in Gestalt des neuen Panzerwagens ein vortreffliches Fahrzeug zur Verfügung gestellt worden sei.

16^{30} Besprechung mit Architekt von Palézieux und Architekt Wimmer.

Architekt Wimmer legt dem Herrn Generalgouverneur die Skizzen des Jaghauses Marzule bei Starachowice vor.

Architekt Wimmer erläutert die Skizzen im einzelnen und teilt mit, daß das Haus demnächst in Benutzung genommen werden könne.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, in der nächsten Woche das Jagdhaus zu besichtigen.

19^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause "Urania".

Unter Leitung des Kapellmeisters Erb gelangt "Die Schöpfung", Oratorium von Joseph Haydn zur Aufführung.

Mitwirkende sind Chor und Orchester der Philharmonie des Generalgouvernements, ferner die Solisten:

Hilde Schönberger, München, Sopran
Jost Berkmann, Staatstheater Krakau, Tenor
Rudolf Watzke, Berlin, Baß.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung im Haus Kressendorf).

Krakau

Dienstag, den 4.Mai 1943

10^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{15} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler und des Präsidenten Gerteis.

Gegenstand der anschließenden Besprechung ist ein Schreiben des Leiters der Hauptabteilung Eisenbahnen in der Regierung des Generalgouvernements betr. die Organisation der Ostbahn. In diesem Schreiben teilt Präsident Gerteis mit, daß der Reichsverkehrsminister mit Erlaß vom 19.April 1943 zum 1.Mai 1943 die Umwandlung der bisherigen drei Ostbahn-Bezirksdirektionen in Ostbahndirektionen angeordnet und die Leitung der neuen Ostbahndirektionen zwei Ministerialräten aus dem Reichsverkehrsministerium und einem Oberreichsbahnrat der Reichsbahndirektion Hannover übertragen habe. In dem Schreiben des Präsidenten Gerteis heißt es am Schluß:

> "Wie aus dem Erlaß hervorgeht, bleibt die Generaldirektion der Ostbahn als Zentralstelle für gewisse Aufgaben der Ostbahnverwaltung bestehen. Ihre künftige Stellung, insbesondere ihr organisatorisches Verhältnis zu den neuen Ostbahndirektionen und die Art ihres Einbaues in die noch zu schaffende Hauptabteilung Verkehr sind noch nicht bekannt."

Der Herr Generalgouverneur zieht aus der geplanten Neuorganisation den Schluß, daß damit die Selbständigkeit der Ostbahn ein Ende hat.

Dieser Auffassung widerspricht Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller mit dem Hinweis, daß ja der Ostbahn nach wie vor die finanzielle Verwaltung und die Betreuung vor allem der polnischen Gefolgschaft belassen bleibe. Die von der Regierung des Generalgouvernements für diese Gefolgschaft festgelegte Politik werde auch vom Reichsverkehrsministerium weiterhin als richtunggebend anerkannt werden. Wenn nun die Ministerialräte Dr. Ing. Steinhagen, Dr. Ing. Wiens sowie der Oberreichsbahnrat Krafft zu Präsidenten der drei Ostbahndirektionen ernannt worden seien, so um deswillen, weil es sich hier um Beamte der Reichsbahnverwaltung handle, die besondere Sachkenntnisse auf dem Gebiete des großen Transportwesens hätten. Für so wichtige, den gesamten Eisenbahnverkehr fast ganz Europas umfassende Aufgaben werde man unter den Beamten der Ostbahn kaum geeignete Kräfte finden, da sie zumeist nur den Durchgangsverkehr des Generalgouvernements kennengelernt hätten. Der Vorteil der Neuregelung liege darin, daß jetzt nicht mehr Weisungen betrieblicher Art sämtlich an die Zentrale in Krakau zu gehen hätten, sondern direkt an die Direktionen Krakau, Lemberg und Warschau geleitet werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, daß doch auch im Generalgouvernement Transporte von Kohlen, Kartoffeln und anderen Produktionsgütern in erheblichem Umfange bewerkstelligt werden müßten und die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen sei, daß angesichts der Bevorzugung des großen europäischen Transportswesens, das nur von der Zentrale in Berlin gesehen werde, die Sonderbelange des Generalgouvernements Schaden leiden könnten.

Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller glaubt diese Bedenken des Herrn Generalgouverneurs mit dem Hinweis zerstreuen zu können, daß das Reichsverkehrsministerium jeder Zeit bereit sei, irgendwelchen Verkehrswünschen des Generalgouvernements nach Möglichkeit gerecht zu werden.

4.5.1943

Der Herr Generalgouverneur gibt dann seinem Befremden darüber Ausdruck, daß die Neuregelung eigentlich entgegen den seinerzeit mit Staatssekretär Dr. Ganzenmüller getroffenen Vereinbarungen durchgeführt werde. Damals sei ausdrücklich versprochen worden, daß maßgebliche Änderungen in der Struktur der Ostbahn niemals ohne Anhörung bzw. Zustimmung des Generalgouverneurs vorgenommen werden würden. Was die Sache selbst angehe, so handle es sich für die Regierung des Generalgouvernements darum, daß auch nach außenhin, vor allem den Polen gegenüber noch eine gewisse Autorität der maßgebenden Regierungsstellen, zu denen ja auch die Ostbahn gehöre, aufrecht erhalten werde.

Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller kann sich dieser Auffassung des Herrn Generalgouverneurs nicht anschließen, weist aber andererseits darauf hin, daß doch vor allem in den ersten Wintermonaten des vergangenen Jahres der Eisenbahnverkehr des Generalgouvernements zu manchen Schwierigkeiten geführt habe. Die Versorgung der Front sei häufig in Frage gestellt worden, und gerade aus diesen Gründen habe der Führer entschieden, daß die Transportverhältnisse nunmehr einheitlich geregelt werden müßten. Wenn gegen die Ernennung der drei Präsidenten das Bedenken erhoben werde, daß sie die polnischen Verkehrsverhältnisse nicht kennten, so werde man wohl kaum einen Eisenbahner finden, der gleichzeitig über eine genaue Kenntnis der polnischen Verkehrsverhältnisse und über die Fähigkeiten verfüge, die ganz großen Transportaufgaben vor allem im militärischen Sektor zu meistern. Die neuen Präsidenten würden sich eben so schnell wie möglich in die Verhältnisse des Generalgouvernements einleben müssen.

4.5.1943

Gleichwohl hält der Herr Generalgouverneur seinen Widerspruch dagegen aufrecht, daß Beamte ins Generalgouvernement entsandt würden, die den Betrieb der Ostbahn leiten sollten, die doch Eigentum des Generalgouvernements sei, ohne daß sie eine ausreichende Kenntnis der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Generalgouvernements hätten, für die er als Generalgouverneur mit seiner Regierung letzten Endes die Verantwortung trage. Im übrigen lasse sich auch die Tatsache, daß es nunmehr statt bisher eines Präsidenten vier bzw. fünf Präsidenten bei der Ostbahn gebe, kaum mit der allgemein angestrebten Verwaltungsvereinfachung vereinbaren. Daß das Reichsverkehrsministerium in betrieblicher Hinsicht nach wie vor den Eisenbahnverkehr des Generalgouvernements zu lenken und zu leiten habe, stehe selbstverständlich außer Frage. Er müsse aber mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß die Ostbahn als einheitliches Staatsvermögen des Generalgouvernements auch weiterhin in ihren Belangen geschützt werde, gegebenenfalls auch im Hinblick auf die für das Generalgouvernement wichtigen Belange des Verkehrs. Eigentlich bedeute die Neuregelung nichts weiter als eine Auflösung der Generaldirektion der Ostbahn in 3 Direktionen. Gegen diese Tendenz müsse er sich mit aller Energie wehren; denn die Ostbahn sei bisher ein einheitlicher Betrieb gewesen. Jetzt solle die einheitliche Führung der Ostbahn beseitigt werden, eine Absicht, die weit über den Führererlaß hinausgehe. Diese "Auflösung" der Ostbahn stehe in schärfstem Widerspruch zu dem, was ihm Reichsminister Dr. Lammers noch vor 14 Tagen erklärt habe, und danach solle die absolute einheitliche Führung des Generalgouvernements in der bisherigen Form restlos gewährleistet bleiben. Diese einheitliche Führung erstrecke sich auf die Sicherheitslage, die Ernährungslage, die Wirtschaft, und sie

4.5.1943

könne schließlich auch vor der Verkehrsfrage nicht haltmachen. Weiter müsse berücksichtigt werden, daß Präsident Gerteis in seiner Eigenschaft als Leiter der Hauptabteilung Eisenbahnen Mitglied der Regierung des Generalgouvernements sei. An dieser Stellung des Präsidenten Gerteis dürfe nichts geändert werden, und der dienstliche Verkehr könne wie bisher nur über ihn gehen. Die Hauptabteilung Eisenbahnen müsse als solche auch fürderhin anerkannt werden. Eine direkte Verbindung von ihm, dem Generalgouverneur, zu den Leitern der neuen Ostbahndirektionen werde nicht bestehen, sondern der dienstliche Verkehr könne sich nur über den Präsidenten Gerteis vollziehen.

Staatssekretär Dr. Bühler weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß entgegen der Zusage des Staatssekretärs Dr. Ganzenmüller das Reichsverkehrsministerium vielfach eigenmächtig in die Verhältnisse der Ostbahn eingegriffen habe. Gleichwohl habe die Regierung des Generalgouvernements der Ostbahn 100 000 Mann vom Baudienst zur Verfügung gestellt, die Eisenbahner bevorzugt versorgt, und an dieser Versorgung hätten sich eigentlich sämtliche übrigen Hauptabteilungen beteiligt.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß Präsident Gerteis für ihn und für die Regierung des Generalgouvernements nach wie vor der Präsident der Generaldirektion der Ostbahn bleiben werde. Wenn die neuen Präsidenten dem Präsidenten Gerteis nicht unterständen, dann führe das praktisch doch zur Auflösung der Ostbahn, da es eben in diesem Falle keine Zentrale mehr geben würde. Das widerspreche dem Führererlaß, der ausdrücklich bestimme, daß sich die Regelung der Verhältnisse der Ostbahn im Rahmen der betrieblichen Notwendigkeiten zu halten habe.

4.5.1943

Demgegenüber gibt Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller zu bedenken, daß sich seit Begründung der Ostbahn die Verhältnisse doch wesentlich geändert hätten. Seinerzeit habe man eine Organisation geschaffen, die etwa derjenigen der Preussisch-Hessischen Eisenbahn-Gemeinschaft entsprochen habe. Besonders seit Beginn des Krieges mit Rußland sei jedoch diese Organisation überholt. Was früher Endpunkt für die Eisenbahn gewesen sei, habe sich jetzt zu einem außerordentlich wichtigen Gebiet entwickelt, durch welches Transporte an die Front gehen müßten. Heute müsse man die Möglichkeit haben, direkt mit Lemberg, Warschau oder Krakau zu arbeiten, ohne jeweils die Zentrale in Krakau hören zu müssen.

Präsident Gerteis bezeichnet es auf Grund seiner praktischen Erfahrungen als unbedingt notwendig, auch im Generalgouvernement eine einheitliche Stelle für die Verkehrslenkung zu haben. Alle maßgebenden Vereinbarungen und Regelungen könnten doch nur im Einvernehmen mit der Regierung und den Zentralinstanzen in Krakau getroffen werden, da eine einheitliche Linie vor allem in den Fragen der Ernährung, der Beschaffung von Arbeitskräften usw. eingehalten werden müsse. Es werde sich als notwendig erweisen, daß man im Zusammenhang mit diesen wichtigen Fragen auch über die Betriebslage und die Betriebsverhältnisse der Ostbahn im Bilde sei. Für solche Entscheidungen müsse nach wie vor eine Zentrale zuständig sein.

Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller betont, daß an diesen Dingen auch im Rahmen der Neuordnung nichts geändert zu werden brauche. Dem Reichsverkehrsministerium komme es lediglich darauf an, den Betrieb in die Hand zu bekommen und nach großen Gesichtspunkten zu leiten.

4.5.1943

Die Präsidenten der Ostbahndirektionen aber auch in betrieblichen Fragen dem Präsidenten der Ostbahn zu unterstellen, sei aus Gründen der Zweckmäßigkeit und der Durchführung eines vorbildlichen und schnellen Betriebes unmöglich. Im übrigen hätten jedoch die Präsidenten der Ostbahndirektionen die Verpflichtung auf sich zu nehmen, sich absolut der Politik anzupassen, die vom Generalgouverneur bzw. der Regierung des Generalgouvernements als notwendig angesehen werde. Dem Präsidenten der Ostbahn werde jede Auskunft erteilt werden, die er zu haben wünsche, und zwar in allen Fragen, bei denen es sich nicht lediglich um den Betrieb handle. Auch hinsichtlich der Bereitstellung von Zügen und der praktischen Durchführung von Transporten im Generalgouvernement werde, soweit möglich, den Wünschen der Regierung des Generalgouvernements Rechnung getragen werden.

Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller macht den Vorschlag, die gesamte Frage dieser Neuorganisation noch einmal in der Berliner Zentrale mit Staatssekretär Dr. Bühler und Präsident Gerteis eingehend besprechen zu lassen.

Staatssekretär Dr. Bühler will die Voraussetzungen dafür geschaffen wissen, daß in allen Fragen nichtbetrieblicher Art dem Präsidenten Gerteis ein Weisungsrecht gegenüber den Ostbahndirektionen und deren Präsidenten verbleibe.

Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmülller gibt zu, daß dem Präsidenten der Ostbahn gewisse Machtvollkommenheiten vorbehalten bleiben müßten.

Der Herr Generalgouverneur legt besonderes Gewicht darauf, daß trotz der Einheitlichkeit der Linien, die durchs Land liefen und an deren einheitlicher Lenkung er nicht rütteln wolle, das Generalgouvernement als

als Einheit auch im Interesse des Eisenbahnwesens bestehen bleiben müsse. Er müsse nach wie vor seinem Befremden darüber Ausdruck geben, daß die seinerzeit von Staatssekretär Dr. Ganzenmüller gegebenen Versprechungen nicht gehalten worden seien, nach welchen ohne seine, des Generalgouverneurs, Zustimmung keine grundlegenden Änderungen in der Organisation der Ostbahn vorgenommen werden sollten. Er könne unmöglich damit einverstanden sein, daß eine Persönlichkeit wie Präsident Gerteis, der sich um das Eisenbahnwesen des Generalgouvernements die größten Verdienste erworben habe, vor der gesamten Verwaltung des Generalgouvernements bloßgestellt werde.

Der Herr Generalgouverneur bittet Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller, folgende Wünsche zur Kenntnis zu nehmen:

1. Personalernennungen auf dem gesamten Gebiet der Ostbahn dürfen, soweit sie wesentlich sind, nicht ohne vorher eingeholte Zustimmung des Generalgouverneurs vorgenommen werden.
2. Wie bei allen übrigen Verwaltungen muß auch bei der Ostbahn eine Zentrale vorhanden sein, die nicht in der Luft hängt, weil sonst die Ostbahnpräsidenten, die eigentlich Distriktsinstanzen sind, keine Kompetenzen haben. Der Präsident der Ostbahn muß deshalb den Präsidenten der Ostbahndirektionen gegenüber mit gewissen Vollmachten ausgestattet sein, soweit es sich nicht um rein betriebliche Angelegenheiten handelt.

4.5.1943

3. Einigkeit muß darüber bestehen, daß auch das Reichsverkehrsministerium kein Interesse daran haben kann, einen Betrieb wie den der Ostbahn so völlig aus der allgemeinen Verwaltung herauszuheben, daß seine leitenden Beamten nicht mehr in Erscheinung treten. Daher müssen die Präsidenten der Ostbahndirektionen schon im Hinblick auf ihre Stellung gegenüber den Gouverneuren irgendwie in die Beamtenhierarchie des Generalgouvernements eingebaut werden, dies umso mehr, als sich der Gouverneur ja stets an den Präsidenten der Ostbahn gegebenenfalls über den Staatssekretär Dr. Bühler mit irgendwelchen Anliegen wenden wird. Das gleiche wird im dienstlichen Verkehr des Generalgouverneurs bzw. der Regierung des Generalgouvernements mit dem Präsidenten der Ostbahn der Fall sein.

Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller will diesen Wünschen des Herrn Generalgouverneurs nach Möglichkeit willfahren. Gewisse Garantien würden schon dann gegeben sein, wenn festgelegt werde, daß die drei Präsidenten der Ostbahndirektionen bei Besetzung von wichtigen Stellen sich immer erst des Einverständnisses des Generalgouverneurs bzw. der Regierung des Generalgouvernements versicherten. Alle Fragen, die nicht eigentlich Betriebsfragen seien, also gewissermaßen einen Teil der vom Generalgouverneur bzw. seiner Regierung geführten Politik darstellten, wie z.B. die Besetzung von wichtigen Stellen, könnten stets im Einvernehmen mit Präsident Gerteis geregelt werden.

Das gelte vor allem für die Probleme der Ernährung, der Arbeitsbeschaffung usw.. Vor allem auch die Verkehrsinteressen des Generalgouvernements selbst müßten gebührende Rücksicht finden. Ein Weisungsrecht des Präsidenten Gerteis gegenüber den Präsidenten der Ostbahndirektionen könne allerdings nur zugestanden werden, soweit es sich nicht um reine Betriebsbelange handle.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß er allerdings im Interesse des Generalgouvernements auch Wünsche hinsichtlich des Betriebes immer wieder äußern werde. Ob sie erfüllt werden könnten, sei eine Sache für sich. Im übrigen müsse jedenfalls die Ostbahn sich auch in die allgemeinen Notwendigkeiten des Raumes einfügen. Darüber müßten baldmöglichst eine Vereinbarung im Wege des Austausches von gleichlautenden Briefen getroffen werden.

Der Herr Generalgouverneur legt dann noch besonders Gewicht auf die Feststellung, daß etwa die Anforderungen von Polen für die Eisenbahn nicht von der Direktion Lemberg oder Warschau anders entschieden werden können als von der Direktion Krakau. Hier müsse eine einheitliche Entscheidung getroffen werden. Solche Fragen müßten einheitlich von der Zentrale geregelt werden, unterständen also nicht der Zuständigkeit der drei Präsidenten. Der gesamte Haushalt der Ostbahn müsse nach wie vor vom Generalgouverneur genehmigt werden. Die Personalpolitik sei in der bisherigen Weise zu handhaben. Ferner müsse Präsident Gerteis die Befugnis haben, den anderen Verwaltungsinstanzen gegenüber im Namen der Ostbahn und als Mitglied der Regierung des Generalgouvernements sprechen zu dürfen. Weiter müsse Präsident Gerteis die Möglichkeit haben, geltend zu machen, daß die Ostbahn zu gewissen Leistungen außerstande sei.

Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller hat gegen diese Auffassung keine Einwendungen zu erheben und stellt dem Herrn Generalgouverneur anheim, dem Präsidenten Gerteis entsprechende Vollmachten zu erteilen. Er bittet sodann den Herrn Generalgouverneur, auf Grund der Aussprache den vom Reichsverkehrsministerium gemachten Vorschlägen zuzustimmen.

Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller gibt weiter die Erklärung ab, daß Präsident Gerteis als Mitglied der Regierung des Generalgouvernemtns über den drei Präsidenten stehe. Er ist auch damit einverstanden, daß die Möglichkeit der direkten Einflußnahme des Generalgouverneurs auf die drei Präsidenten festgelegt wird, und betont, daß es sich bei dieser Organisation um eine kriegsbedingte Maßnahme handle, die selbstverständlich nur für die Dauer des Krieges bestehe. Die von Präsident Gerteis aufgeworfene Frage, ob die Bezeichnung "Generaldirektion der Ostbahn" aufrecht erhalten bleiben könne, müsse noch geprüft werden.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Beratung zusammen und ordnet an, daß die gleichlautenden Briefe, deren Fassung von den beteiligten Instanzen ausgearbeitet werden soll, zu den Akten genommen werden.

Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller stellt hierauf dem Herrn Generalgouverneur die zu Präsidenten der Ostbahndirektionen ernannten bisherigen Ministerialräte Dr. Ing. Steinhagen, Dr. Ing. Wiens und Oberreichsbahnrat Krafft sowie den Präsidenten Schmidt vor.

4.5.1943

Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller richtet an die Präsidenten der Ostbahndirektionen eine kurze Ansprache, in der er auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen ihnen und der Regierung des Generalgouvernements hinweist. Alle Angelegenheiten, die außerhalb des Betriebes lägen, würden in der gleichen Art wie bisher weitergeführt. Wenn die Präsidenten Arbeiter brauchten, wenn sie für die Ernährung dieser Arbeiter Wünsche hätten oder wenn von seiten des Generalgouvernements wichtige Transporte ausgeführt werden müßten, so hätten die Präsidenten entsprechende Aufträge des Präsidenten Gerteis entgegenzunehmen. Sie hätten auch mit Präsident Gerteis alle Fragen zu regeln, die sich auf die polnischen Arbeiter und Beamten bezögen. In ähnlicher Weise müsse auch das Verhältnis zu den Gouverneuren festgelegt werden. Der Politik, die im Generalgouvernement geführt werden müsse und für die der Generalgouverneur dem Führer gegenüber verantwortlich sei, hätten sich die Präsidenten anzuschließen.

Der Herr Generalgouverneur richtet dann folgende Worte an die Präsidenten der Ostbahndirektionen:

Meine Herren! Sie sind sich klar darüber, daß die Worte des Herrn Reichsverkehrsministers für Sie eine ebenso hohe Verpflichtung zum Inhalt haben wie für mich. Ich bin dem Herrn Reichsverkehrsminister dankbar, daß er dem so klar Ausdruck gegeben hat. Ohne eine einheitliche Steuerung der Gesamtlage könnten Sie hier nicht arbeiten. Sie kommen in sehr schwierige Verhältnisse. Die allgemeine politische Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag. Darum ist es absolut notwendig, daß Sie sich so schnell wie möglich in die territoriale Sondersituation des Raumes einfügen.

4.5.1943

Sie kommen in ein stürmisch durchtobtes Land, und Sie werden ja noch hören, was Ihnen die Stelle draußen zu sagen hat. ⌜Für mich ist es von besonderer Wichtigkeit, daß Sie sich dessen bewußt sind, daß die Ostbahn ein eigenes Institut ist, das im Eigentum des Staates Generalgouvernement steht, daß daher auch die einheitliche Führung der gesamten deutschen Belange in diesem Raum von einer Zentrale ausgehen muß und auch nicht vor der Ostbahn haltmachen kann.⌟ Das Betriebliche, das Örtliche braucht dadurch nicht weiter tangiert zu werden. Aber da, wo Lücken möglich sind, müssen wir uns indirekt einschalten können, weil wir Kohle, Nahrungsmittel, Düngemittel usw. brauchen, nicht für uns, sondern im Interesse des Reiches. Es dürfte Ihnen wohl bekannt sein, daß wir eine Fülle von Industrien aufnehmen müssen, und daß für diese neuen Industrien und ihre Arbeiter Ernährung, Kohle usw. vonnöten sind. Das sind alles Fragen, die nur einheitlich von einer Zentrale aus geregelt werden können. Da Sie draußen bei den Gouverneuren Dienststellen finden, die in die Regierung des Generalgouvernements eingebaut sind, können Sie mit den Gouverneuren nicht selbständig verhandeln, sondern alles muß über eine Zentrale gehen, umso mehr, da wir hier kein Reichsgau sind, sondern eine echte Regierung haben. Präsident Gerteis bleibt Generaldirektor der Ostbahn, für die nach wie vor eine Generaldirektion bestehen wird. Er wird Ihnen in allen den Dingen, die nicht rein betrieblicher Art sind, Weisungen erteilen. Das ist ausdrücklich festgestellt. Herrn Präsidenten Gerteis bitte ich, den engsten Kontakt mit den Berliner Stellen zu halten; Sie bleiben auch Mitglied der Regierung des Generalgouvernements. Wir werden über die gesamte Frage einen Briefwechsel haben, in welchem die Dinge restlos geklärt werden.

4.5.1943

12^{10} Ernährungs - Sitzung im Königssaal der Burg.

An dieser Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Krüger
Staatssekretär Dr.Boepple
Generalleutnant Schindler
Präsident Dr.Paersch
Präsident Naumann
Oberstltnt. Matthis
Sonderbeauftr. Müller

(Protokoll siehe Beiakten)

15^{00} Film - Vorführung im Türkenzelt.

Zur Aufführung gelangt der Mozart-Film: "Wen die Götter lieben."

17^{00} Sicherheits - Sitzung im Königssaal.

An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Krüger
Staatssekretär Dr. Boepple
Generalleutnant d.Pol. Becker
Präsident Dr. Losacker
Regierungsdirektor Dr. Rosendahl

Zur Besprechung steht zunächst die Frage der Übernahme, der Einsetzung und verwaltungsmäßigen Unterstellung der Polizeidirektoren bei den Stadthauptmannschaften bzw. Kreishauptmannschaften unter den Staatssekretär für das Sicherheitswesen.

4.5.1943

Staatssekretär Dr. Bühler und Präsident Dr. Losacker weisen in längeren Ausführungen darauf hin, daß die plötzliche Besetzung der Polizeidirektionen in Radom und Warschau durch den Befehlshaber der Ordnungspolizei Generalleutnant Becker dem zwischen dem Generalgouverneur Dr. Frank und Reichsführer SS Himmler über die Sicherheitslage getroffenen Abkommen völlig zuwider laufen. Nach diesem Abkommen sei ausdrücklich festgestellt, daß die allgemeine Polizeiverwaltung bei den untersten Instanzen der Kreis- und Stadthauptmannschaften in der bisherigen Weise verbleibe. Dieses plötzliche Hereinholen der Zuständigkeit auf diesem Gebiet in das Staatssekretariat für das Sicherheitswesen würde zu einer völligen Umstellung der bisherigen Verhältnisse im Polizeiwesen und zur völligen Auflösung der Einheit von Führung und Verwaltung in der untersten Instanz führen, zu einem Zustand, der völlig unerträglich sei.

Präsident Dr. Losacker gibt darauf den Inhalt des von Generalgouverneur Dr. Frank inzwischen unterzeichneten Erlasses bekannt. Nach diesem Erlaß werden sämtliche Polizeidirektoren wieder unmittelbar in die Stadt- und Kreishauptmannschaften eingegliedert.

Staatssekretär Krüger erklärt, daß er sich wegen Klärung dieses Problemkomplexes bei der Berliner Zentrale auskunft holen wolle.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß er darauf keine Rücksicht nehmen könne und es bei der von ihm getroffenen Regelung sein Bewenden haben müsse.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wird die allgemeine Sicherheitslage des Generalgouvernements besprochen, die der Herr Generalgouverneur als höchst bedrohlich bezeichnet.

4.5.1943

Die Vertreter der Polizei erklären sich grundsätzlich außerstande, unter den bisherigen Voraussetzungen der Wahrung fremdvölkischer Belange im Generalgouvernement die Sicherheit der Deutschen zu gewährleisten. Ihrer Meinung nach wäre es das richtigste, das Generalgouvernement wieder zum Kriegsgebiet zu erklären und damit die zahlreichen Hemmnisse, die die seinerzeit erfolgte Umgestaltung des Generalgouvernements zum friedlichen Heimatgebiet zur Folge gehabt habe, zu beseitigen. Diese Hemmnisse beständen vor allem darin, daß die Mannschaftsbestände von Wehrmacht und Polizei künstlich reduziert gehalten und keinerlei schwere Waffen zur Verfügung gestellt würden.

Gegenstand der Besprechung ist dann wieder die Ernährungslage der fremdvölkischen Bevölkerung. Dabei herrscht allseitiges Einverständnis darüber, daß diese Frage nunmehr tunlichst im Einvernehmen mit den Vertretern des Reiches zugunsten einer völligen Umstellung der Ernährungslage der fremdvölkischen Bevölkerung geklärt werden müsse, solle nicht die Sicherheitssituation der deutschen Führung im Lande völlig absinken.

18^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

Zur Aufführung gelangt die Verdi'sche Oper "Othello".

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Anwesenheitsliste

für die Sicherheits - Sitzung
am Dienstag, dem 4.Mai 1943
im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Dr. Boepple		
Werner		
Krüger		
Bühler		
Dr. Rosendahl.		

Krakau, den 5. Mai 1943

Anlage zu IS 132/43g
vom 5. Mai 43

Geheim.

Niederschrift

über eine Sitzung auf der Burg am 4.5.1943 unter Vorsitz des Generalgouverneurs.

Anwesend: Staatssekretär Dr. Bühler,
" für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Krüger,
" Dr. Boepple,
Präsident Dr. Losacker,
Befehlshaber der Ordnungspolizei, Generalleutnant der Polizei Becker,
Regierungsdirektor Rosendahl beim Befehlshaber der Ordnungspolizei.

Besprechungsgegenstand war die durch den Staatssekretär für das Sicherheitswesen vorgenommene Besetzung der Polizeidirektorenposten in Radom und Warschau durch die jeweiligen Leiter des Amtes für Verwaltung und Recht bei den SS und Polizeiführern in Radom bezw. Warschau. Außerdem wurde besprochen der vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen unternommene Versuch, die bei den Kreishauptleuten bestehenden Ämter für Innere Verwaltung durch Ämter für Polizeiverwaltung zu ersetzen, zu welchem Zwecke bereits 50 Polizeiinspektoren ohne Kenntnis der Hauptabteilung Innere Verwaltung zu den verschiedenen Kreishauptmannschaften in Marsch gesetzt wurden.

Staatssekretär Dr. Bühler legte die Rechtslage dar und verwies darauf, daß seitens des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen die kommissarische Ernennung der Polizeidirektoren in Radom und Warschau unter völliger Nichtbeteiligung der Regierung und sowohl seiner Person als auch der Hauptabteilung Innere Verwaltung erfolgt seien. Die Polizeidirektoren sind bisher wie das übrige Personal der Stadthauptmannschaften ausschließlich vom Staatssekretär der Regierung ernannt worden. Staatssekretär Dr. Bühler brachte sein Befremden darüber zum Ausdruck, daß beim Gouverneur in Radom seitens des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen der Eindruck erweckt wurde, als sei die Regierung mit diesem Vorgehen des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen einverstanden.

Generalleutnant Becker machte den Versuch, die Darlegungen des Staatssekretärs Bühler zu widerlegen. Er betonte, daß er die Absicht gehabt habe, sobald die von ihm eingeholten Zustimmungen des Gouverneurs und des SS und Polizeiführers in Radom eingekommen wären, sich mit dem Staatssekretär der Regierung in Verbindung zu setzen. Er habe diese Absicht jedoch fallen lassen, nachdem er in Erfahrung gebracht habe, daß der Staatssekretär der Regierung mit der Ernennung des Landrats Dr. Doering zum Polizeidirektor in Radom dem Plan des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen, RR. Dr. Seregely zum kommissarischen Polizeidirektor in Radom zu bestellen, zuvorkommen wollte. Zur Gewährleistung der Sicherheit sei dieser Schritt unbedingt erforderlich gewesen. Das Gleiche hätte für Warschau gegolten, wo Landrat Bethke abberufen worden sei. Auch dort habe man schnell handeln müssen. Auf Einwurf von Staatssekretär Dr. Bühler mußte Generalleutnant Becker zugeben, daß bei der Besetzung des Polizeidirektorpostens in Warschau er schon nicht mehr die Absicht gehabt habe, den Staatssekretär der Regierung zu beteiligen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen führte General Becker aus, daß die Polizeidirektoren sachlich und personell zum Geschäftsbereich des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen gehören würden. Die Bestellung und Einweisung der Polizeidirektoren habe demzufolge entsprechend der Verordnung über die Berufung der Amtsträger und die Diensteinweisung von Beamten, Angestellten und Arbeitern im Generalgouvernement vom 8.5.1940 durch den Staatssekretär für das Sicherheitswesen zu erfolgen. Wollte auch jetzt noch der Staatssekretär der Regierung das Personal der Regierung ernennen, so sei die Zuweisung des polizeilichen Sachgebietes zu dem Geschäftsbereich des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen illusorisch. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen berührte General Becker die Stellung des künftigen Polizeidirektors. Danach sei entsprechend der im Reich bestehenden Regelung der Polizeidirektor dem Stadthauptmann nicht mehr unterstellt. Er könne auch an die Weisungen des Stadthauptmanns nicht gebunden werden. Der Polizeidirektor werde dem SS- und Polizeiführer unterstellt. Eine entsprechende Vorlage für eine Anordnung über den Aufbau der Verwaltung des Generalgouvernements, die diese Gestaltung der Polizeidirektionen zum Inhalt habe, würde demnächst der Regierung zur Stellungnahme zugeleitet.

Was die Stellung der Leiter der Ämter für Polizeiverwaltung bei den Kreishauptleuten anlange, so sei daran gedacht, diese den Kreishauptleuten zu unterstellen. Im übrigen bezog sich General Becker auf angebliche Zusicherungen des Präsidenten Dr. Siebert, der bei früheren Verhandlungen in Aussicht gestellt habe, daß die Polizeidirektionen, sobald das notwendige Personal zur Verfügung stehe, umgebildet und aus der Behörde des Stadthauptmanns herausgelöst werden sollten.

Der Generalgouverneur erteilte darauf das Wort dem Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung, Dr. Losacker. Dr. Losacker legte die rechtliche Situation ausführlich dar. Er behandelte ausführlich den Erlaß des Generalgouverneurs über die Überweisung von Dienstgeschäften auf den Staatssekretär für das Sicherheitswesen vom 3.6.1942, der im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS vollzogen worden ist. In der Anlage A dieses Erlasses sind die Sachgebiete aufgeführt, die der Ordnungspolizei überwiesen worden sind. Ziff. 2 dieser Aufzählung lautet:

> Organisation der Polizeiverwaltung in der Regierung des Generalgouvernements und in den Distrikten.

Ziff. 3:

> Fachaufsicht über die Polizeiverwaltung in der Regierung

des Generalgouvernements und in den Distrikten.

Daraus geht hervor, daß die Organisation der Polizeiverwaltung und die Fachaufsicht über die Polizeiverwaltung auf den Geschäftsbereich des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen nur insoweit übertragen worden ist, als es sich um die Regierungsinstanz und die Distriktsinstanz handelt.

Der Generalgouverneur schaltete sich an dieser Stelle ein und gab eine eingehende Schilderung über das Zustandekommen dieser Vereinbarung mit dem Reichsführer SS ab. Er betonte, daß er in den Verhandlungen mit völliger Klarheit herausgestellt habe, in der unteren Verwaltungsbehörde komme eine Abspaltung der polizeilichen Sachgebiete und Zuständigkeiten von den allgemeinen staatlichen Hoheitsträgern nicht in Betracht, der Reichsführer SS habe sich dieser Auffassung angeschlossen, die Einheit der Befehlsgewalt und Zuständigkeit könne in der Ebene der Kreis- und Stadthauptleute nicht angetastet werden, ohne daß sich daraus - zumal bei der gegenwärtigen Sicherheitslage - die schwersten Folgen ergeben müßten.

Hierauf setzte Präsident Dr. Losacker wieder seine Ausführungen fort. Er führte aus, daß den besonderen Notwendigkeiten der unteren Verwaltungsbehörden (Kreis- und Stadthauptleute) entsprechend bewußt hinsichtlich dieser Dienststellen von einer Überweisung der Organisation der Polizeiverwaltung und der Fachaufsicht der Polizeiverwaltung auf den Geschäftsbereich des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen abgesehen worden sei. Hiermit würden alle bisher vom Staatssekretär der Regierung und der Hauptabteilung Innere Verwaltung herausgebenen Verwaltungsanordnungen und Erlasse über die Organisation der Polizeiverwaltung in Einklang stehen. Folgerichtig hätten die Polizeidirektionen in dem Erlaß des Generalgouverneurs vom 3.6.1942 keine Erwähnung gefunden, obwohl die Polizeidirektionen bereits durch Erlaß der Hauptabteilung Innere Verwaltung vom 12.5.1941 eingerichtet worden waren. Ein Übergang der Organisation der Polizeidirektionen auf den Bereich des Staatssekretärs für das

Sicherheitswesen sei daher nicht erfolgt. Die Stellen für die Polizeidirektoren sind im Stellenplan der Hauptabteilung Innere Verwaltung ausgebracht, Polizeidirektoren erhalten ihre Bezahlung aus der Kasse des Stadthauptmanns.

Das Gleiche gelte für die Ämter Innere Verwaltung bei den Kreishauptleuten. Die Verwaltungsanordnung Nr. 4 zur Verordnung über die Einheit der Verwaltung vom 18.4.1941 sieht vor, daß im Amt für Innere Verwaltung beim Kreishauptmann u.a. folgende Angelegenheiten wahrzunehmen seien:

> "Allgemeine Polizeisachen, Preisüberwachung, Gewerbepolizei, Baupolizei, Feuerpolizei, Forst-, Jagd- und Wasserpolizei, Verkehrspolizei, Straßenverkehr, Gesundheitspolizei, Veterinärpolizei."

Wäre beabsichtigt gewesen, diese Verwaltungsanordnung Nr.4 umzustoßen, so wäre das bei den Verhandlungen zwischen dem Generalgouverneur und dem Reichsführer SS, die über ein Jahr später stattfanden, berührt worden. Der Erlaß vom 3.6.1942 hat jedoch die Verwaltungsanordnung Nr. 4 zur Verordnung über die Einheit der Verwaltung vom 18.4.1941 in ihrer Gültigkeit nicht berührt.

Wenn sich der Staatssekretär für das Sicherheitswesen auf die Verordnung über die Berufung der Amtsträger und die Diensteinweisung von Beamten, Angestellten und Arbeitern im Generalgouvernement vom 8.5.1940 berufe, dann müsse ihm hinsichtlich der Bestellung der Polizeidirektoren in Radom und Warschau entgegengehalten werden, daß er nach § 2 dieser Verordnung über die Berufung der Amtsträger und die Diensteinweisung von Beamten, Angestellten und Arbeitern im Generalgouvernement die Bestellung von Beamten nur "für den ihm unterstellten Dienstbereich" vornehmen könne. Weder die Polizeidirektionen noch auch die Ämter für Innere Verwaltung bei den Kreishauptleuten, die die Polizeiverwaltungsangelegenheiten behandeln, gehören aber zu dem ihm unterstellten Dienstbereich. Es handelt sich in beiden Fällen um ausschließliche Zuständigkeiten der Hauptabteilung Innere Verwaltung.

Präsident Dr. Losacker trat alsdann der im Schreiben des

Obergruppenführers vom 1.5.1943 niedergelegten Auffassung entgegen, wonach die Polizeidirektionen im Reich den Regierungspräsidenten unmittelbar unterstehen würden. Dies treffe zwar für die Polizeipräsidien aber nicht für die Polizeidirektionen zu. Die Polizeidirektionen unterstehen dem Landrat. Mithin müsse festgestellt werden, daß der Staatssekretär für das Sicherheitswesen die Polizeidirektionen im Generalgouvernement nach der Art der großen Polizeipräsidien im Reich aufziehen wolle.

In seinen weiteren Ausführungen schilderte Präsident Dr. Losacker, daß er seinerseits es niemals verabsäumt habe, den Höheren SS- und Polizeiführer über alle Angelegenheiten - auch insoweit sie ihn nur mittelbar berühren - immer zu unterrichten. Es müsse jedoch leider festgestellt werden, daß der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung seitens des Höheren SS- und Polizeiführers noch nicht einmal über die allerwichtigsten, den Bestand der Hauptabteilung Innere Verwaltung berührenden Angelegenheiten in Kenntnis gesetzt worden ist. Auch habe trotz wiederholter Bitten der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung polizeiliche Meldungen und Berichte zur Sicherheitslage im Generalgouvernement bisher noch in keinem einzigen Falle erhalten.

Obergruppenführer Krüger warf ein, daß die erforderlichen Berichte dem Generalgouverneur und dem Staatssekretär der Regierung zugingen. Eine Unterrichtung weiterer Persönlichkeiten müsse er ablehnen. Er könne sich auch nicht verpflichtet fühlen, dem Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung gewissermaßen Rechenschaft abzulegen.

Präsident Dr. Losacker wandte sich gegen diese Unterstellung und führte aus, daß es ihm unmöglich sei, die Kreis- und Stadthauptleute mit den entsprechenden Weisungen zu versehen, wenn ihm nicht das entsprechende Material über die tatsächlichen Zustände in den Städten und Gemeinden des Generalgouvernements zur Verfügung stehe .

Der Generalgouverneur bat Staatssekretär Dr. Bühler, von allen die Sicherheit betreffenden Angelegenheiten Präsident

Dr. Losacker Abschriften zukommen zu lassen, was seitens des Staatssekretärs zugesichert wurde.

Präsident Dr. Losacker legte weiterhin dar, daß der vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen gestartete Versuch darauf hinauslaufe, die Hauptabteilung Innere Verwaltung überflüssig zu machen. Dann würden die besagten Sachgebiete in der unteren Verwaltungsstufe aus der Allgemeinen und Inneren Verwaltung herausgenommen, so bliebe als Innere Verwaltung ein Rest übrig, den man dann auch zweckmäßigerweise an die Polizei überweisen würde. Präsident Dr. Losacker führte alsdann aus, er wolle für seine Person der durch den Staatssekretär für das Sicherheitswesen als richtig empfundenen Entwicklung nicht im Wege stehen und bitte den Herrn Generalgouverneur, ihn für den Fall, daß die Hauptabteilung Innere Verwaltung von dem Höheren SS- und Polizeiführer in der geschilderten Weise vor vollendete Tatsachen gestellt würde, von seinem Posten als Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung mit sofortiger Wirkung zu entbinden.

Der Generalgouverneur schloß sich diesen Ausführungen an und forderte Präsident Losacker auf, den Erlaß über die Erledigung der verwaltungspolizeilichen Dienstgeschäfte durch die Kreis- und Stadthauptleute, den er bereits vollzogen habe, mündlich bekannt zu geben.

Präsident Losacker las alsdann den Erlaß des Generalgouverneurs vor.

Obergruppenführer Krüger gab zu bedenken, ob die beiderseitigen Auffassungen nicht in Berlin noch geprüft werden sollten. Bis dahin möge mit der Veröffentlichung des Erlasses noch zugewartet werden.

Präsident Dr. Losacker widersprach dieser Auffassung und wies auf die Unruhe und Bestürzung hin, die das Vorgehen des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen bei den Gouverneuren und den Kreishauptleuten hervorgerufen habe.

Der Generalgouverneur lehnte den Antrag des Höheren SS- und Polizeiführers ab und trug dem Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung auf, den Erlaß den in Betracht kommenden

Stellen zuzuleiten.

Der Generalgouverneur brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß seitens des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen eine Methode angewendet worden sei, von der man nicht sagen könne, daß sie von dem geforderten kameradschaftlichen Geiste getragen sei. Der Generalgouverneur betonte, daß im Falle des Gelingens des vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen unternommenen Versuchs für eine Allgemeine Staatsverwaltung im Generalgouvernement kein Raum mehr sei, und gab zu bedenken, ob bei Eintritt einer solchen Entwicklung nicht die gesamte Verantwortung für alles Geschehen im Generalgouvernement auf die Polizei übergehen müßte. Solange er die Führung im Generalgouvernement in Händen habe, sei es ihm indessen unmöglich, sich von den Rechtsgrundlagen zu entfernen, die für die Führung in diesem Raum verbindlich aufgestellt worden seien.

Kressendorf

Mittwoch, den 5.Mai 1943

Aufenthalt des Generalgouverneurs in Kressendorf.

18⁰⁰ Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger, Direktor Börngen, Referenten Dr. Woltersdorf und Richartz.

Gegenstand der Besprechung ist die Bewirtschaftung und Verwaltung des Staatsgutes Kressendorf.

Direktor Börngen erwidert auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß zum Gut Kressendorf gehörten:

1. ein Meierhof
2. ein Gestüt
3. Gärtnereien
4. eine Kohlengrube
5. ein Kalkwerk
6. ein Kalkofen
7. Keramische Werke
8. ein Sägewerk
9. eine Forstwirtschaft.

Referent Dr. Woltersdorf weist darauf hin, daß es sich bei den Betrieben von Kressendorf um beschlagnahmte Betriebe handle, die auf Grund der seinerzeit erlassenen Verordnung der Liegenschaftshauptverwaltung zur Bewirtschaftung und treuhänderischen Verwaltung zugewiesen worden seien.

Direktor Börngen erinnert daran, daß die Betriebe im Mai 194o durch den damaligen Burghauptmann Buchner übernommen worden seien. Bis Mai 194o hätten sie der Liegenschaftshauptverwaltung unterstanden, wo sie dann Burghauptmann Buchner als Beauftragter des Generalgouverneurs übernommen habe. Da inzwischen Burghauptmann Buchner seine Stellung aufgegeben habe, sei gewissermaßen ein Vakuum eingetreten.

5.5.1943

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob die Betriebe der Kanzlei des Generalgouverneurs zu unterstehen hätten, wenn sie sinngemäß weitergeführt werden sollten, erwidert Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger, daß dann die gesamten Betriebe von der Kanzlei übernommen werden müßten und ein besonderer Arbeitsstab notwendig würde. Die Kanzlei sei aber nicht in der Lage, die Betriebe im wirtschaftlichen Sinne zu übernehmen, weil dafür ein zu großer Apparat vonnöten wäre.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß es sich praktisch nicht auswirken würde, ob die Betriebe im Sinne der Befehlsverhältnisse oder der fachlichen Betreuung unterstellt würden. Jedenfalls wolle er in die gesamte Bewirtschaftung und Verwaltung nach Möglichkeit keine Außenstelle direkt hereinregieren lassen. Andererseits liege es im Interesse der Sache, einen Betrieb zu haben, der nicht außerhalb der normalen Bewirtschaftung und auch der staatlichen Kontrollgrundsätze stehe. Vielleicht könnte es so gehandhabt werden, daß sich die Liegenschaftshauptverwaltung vorab jedes Eingriffes in die Werke enthalte und notwendig werdende Weisungen mit dem Chef der Kanzlei bespreche, damit Direktor Börngen die Möglichkeit habe, sich etwas exemt zu gerieren. Andererseits müsse natürlich eine ersprießliche Zusammenarbeit gewährleistet sein.

Referent Dr. Woltersdorf hält es für notwendig, daß über verschiedene Angelegenheiten sachlich gesprochen werde. Es gebe natürlich sich entgegenstehende Auffassungen über die Führung großer Betriebe, die nur im gegenseitigen Benehmen geklärt werden könnten.

5.5.1943

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Direktor Börngen, daß es sich bei dem Gut Kressendorf zwar nicht um einen großen Betrieb handle, daß dieser Betrieb aber doch sehr vielseitig sei.

Referent Dr. Woltersdorf schlägt vor, einen Betriebseinrichtungsplan aufzustellen, damit auf diese Weise Klarheit geschaffen werden kann, wie die einzelnen Zweige des Betriebes zusammenarbeiten.

Direktor Börngen macht dann einige Angaben über die zum Gut Kressendorf gehörende Kohlengrube. Man fördere zur Zeit am Tage 30 To. und beschäftige 150 Arbeiter in 3 Schichten zu je 50. Der Betrieb sei noch verhältnismäßig klein, weil es ein Handbetrieb sei. Der Schacht habe eine Tiefe von 40 Metern, der Betrieb sei bergpolizeilich zugelassen und werde auch fachmännisch überwacht. Die Kohle werde in den eigenen Betrieben des Gutes Kressendorf verbraucht, doch genüge die Förderung noch nicht für die Selbstversorgung. Nach Sachverständigen-Urteil werde aus der Grube eine hochwertige Steinkohle gefördert. - Was die Kalkgrube angehe, so arbeite die I.G.-Farben A.G. mit Hochdruck und hoffe, die Grube am 1.Juli in Betrieb nehmen zu können.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs teilt Referent Dr. Woltersdorf mit, daß die Liegenschaftshauptverwaltung zur Zeit 2 300 landwirtschaftliche Großbetriebe und 60 000 kleine Betriebe betreue.

Der Herr Generalgouverneur weist Referent Dr. Woltersdorf an, demnächst einen Vortrag über die Betriebe der Liegenschaftshauptverwaltung vor einem Kreis von Regierungsmitgliedern zu halten. - Was das Gut Kressendorf angehe, so sei, wie Dr.Woltersdorf ausführt, ursprünglich die Liegenschaftsverwaltung eigentlich ganz zufrieden gewesen, daß sie dieses Gut nicht zu betreuen brauchte, weil es doch erhebliche finanzielle Zuschüsse erforderte. Jetzt sei aber der Betrieb der Liegenschaftshauptverwaltung wieder zugewiesen worden, und man sei deshalb gezwungen, die Verantwortung mit zu übernehmen.

Erster Staatsanwalt Dr.Meidinger teilt ergänzend mit, daß diese Zuweisung noch zu Zeiten des Burghauptmanns Buchner auf Grund der maßgebenden Verordnung der Liegenschaftshauptverwaltung vor sich gegangen sei. Es habe sich um ein herrenloses Gut gehandelt, und eine Übertragung an Burghauptmann Buchner sei nie rechtskräftig erfolgt.

Der Herr Generalgouverneur will an den bewährten Verhältnissen nicht gerüttelt und jede Einflußnahme von außen nach Möglichkeit vermieden sehen. Direktor Börngen müsse die Möglichkeit haben, in Ruhe weiter zu arbeiten. Es müßten im Einvernehmen mit der Liegenschaftshauptverwaltung Pläne, Richtlinien und Grundsätze aufgestellt werden, nach denen Direktor Börngen sich richten könne.

Erster Staatsanwalt Dr.Meidinger und Referent Dr.Woltersdorf weisen darauf hin, daß einleitende Besprechungen schon mit Kammergerichtsrat Dr.Keith über diese Frage stattgefunden hätten.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß sich ein aus Posen stammender Pole darum beworben habe, in der Landwirtschaft des Gutes Kressendorf beschäftigt zu werden.

Referent Dr.Woltersdorf hält es für möglich, diesen Polen, falls er entsprechende Fähigkeiten habe, in Kressendorf zu beschäftigen.

Erster Staatsanwalt Dr.Meidinger wird beauftragt, gegebenenfalls mit ihm zu verhandeln.

5.5.1943

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger, daß er mit den anderen Herren heute schon einige Betriebe des Gutes Kressendorf besichtigt habe und daß diese Besichtigung in den nächsten Tagen fortgesetzt werden solle. Man wolle dann vor allem die Rentabilitätsunterlagen prüfen.

Direktor Börngen macht dann einige Angaben über den zum Gut Kressendorf gehörenden Waldbesitz in einer Größe von 4 5oo ha. Von dem ursprünglich zu Kressendorf gehörenden Wald liege jetzt ein ziemlich großer Teil jenseits der Reichsgrenze, und dafür müsse ein gewisses Äquivalent gefunden werden, vielleicht auf dem Wege, daß man die einzelnen Industriebetriebe auszubauen versuche. Daß z.B. das Sägewerk mit einem Verlust abschließe, sei für die Zukunft nicht tragbar. Dieser Verlust sei aber in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß den ungefähr gleich gebliebenen Vorkriegspreisen erhebliche Unkostensteigerung gegenüber stände.

Auf Anordnung des Herrn Generalgouverneurs soll die Frage einer Erweiterung des Waldbesitzes des Gutes Kressendorf einer Prüfung unterzogen werden.

Abschließend ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß Direktor Börngen einigen offenbar noch notleidenden Betrieben des Gutes Kressendorf seine besondere Aufmerksamkeit zuwendet und daß sich dabei auch die Liegenschaftsverwaltung einschaltet. Nur müsse dafür gesorgt werden, daß die Dinge nach bewährten Grundsätzen im gegenseitigen Einvernehmen geregelt würden. Der Ausarbeitung eines entsprechenden Planes sehe er entgegen.

19^{26} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Berlin.

Donnerstag, den 6.Mai 1943

und

Freitag, den 7.Mai 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Berlin.

Sonnabend, den 8.Mai 1943

8^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf dem Hauptbahnhof Krakau.

8^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{15} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

10^{40} Besprechung mit Oberbaurat Hofer und Architekten von Palézieux, kommissarischem Leiter der Verwaltung Burg Krakau.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Direktor Dr. Coblitz.

Staatssekretär Dr. Boepple berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den Stand der Frage der Hochschulkurse in Lemberg. Er teilt dabei mit, daß diese Kurse nach Auffassung der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht nicht hochschulmäßig aufgezogen werden dürften, sondern sich auf einer mittleren Linie zu bewegen hätten. Da die Frage des Nachwuchses gewisser akademischer Berufe für Ukrainer und Polen nunmehr aber akut geworden sei, habe sich vor allem die Abteilung Gesundheitswesen dafür eingesetzt, daß auch für Ukrainer und Polen die Möglichkeit der vollen akademischen Ausbildung von Medizinern, Tierärzten, Apothekern gegeben sein müsse. Auf einen ähnlichen Standpunkt habe sich auch die Hauptabteilung Forsten angesichts des starken Mangels an reichsdeutschen höheren Forstbeamten gestellt. Einigkeit bestehe allerdings darüber, daß für Ingenieure und landwirtschaftliche Beamte eine mittlere Ausbildung in Fachkursen genüge.

Des weiteren teilt Staatssekretär Dr. Boepple mit, daß die in der Forschungsgruppe Ost des OKW zusammengefaßten drei Wehrmachtsteile sowie die in der

8.5.1943

Reichsgemeinschaft Chemie vereinigten Organisationen beabsichtigten, wehrwissenschaftliche Forschungsarbeiten in größerem Ausmaß in das Gebiet des Generalgouvernements zu verlegen. In Durchführung dieses Planes sei in Lemberg im Rahmen des Instituts für Deutsche Ostarbeit das Chemische Institut als Sektion des Instituts für Deutsche Ostarbeit gegründet worden.

Staatssekretär Dr. Boepple überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein Protokoll über Besprechungen, die vom 3. bis 6. Mai 1943 in Krakau und in Lemberg über diese Frage stattgefunden haben.

(Siehe Anlage)
S. 274.

Direktor Dr. Coblitz unterbreitet dann dem Herrn Generalgouverneur Vorschläge für Veranstaltungen des Kopernikus-Tages. Vorgesehen sei eine Festsitzung mit gleichzeitiger Bekanntgabe der Preisträger des Kopernikus-Preises. Als Preisträger würden namhafte Fachastronomen aus dem Reich in Vorschlag gebracht.

Gegen den Wunsch des Herrn Generalgouverneurs, auch dem Astronomen Henseling einen Preis zuzuerkennen, erhebt Direktor Dr. Coblitz das Bedenken, daß auf Grund der Satzung nur Fachastronomen mit einem Preis ausgezeichnet werden könnten, Henseling aber als solcher nicht angesprochen werden könne. Als Termin für die aus Anlaß des Kopernikus-Gedenktages zu veranstaltende Festsitzung wird Professor Raabe-München halten, im Anschluß daran wird der Herr Generalgouverneur nach einer kurzen Ansprache die Namen der Preisträger bekanntgeben.

8.5.1943

11^{45} Besprechung mit Präsident Gerteis.

12^{50} Besprechung mit Pressechef Gassner.

14^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Stabsleiter der Reichspropagandaleitung der NSDAP Pg. Hadamovsky in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple, des Hauptabschnittsleiters Stahl und des Präsidenten Ohlenbusch.

14^{10} Mittagessen.

15^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Kammergerichtsrat Dr. Keith.

19^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Institut für Deutsche Ostarbeit.

19^{30} Konzert der Schwestern Walterspiel im Gotischen Saal des Instituts für Deutsche Ostarbeit.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

0^{51} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Berlin.

.Z.: 19/43 g

Anlage

Protokoll

Geheim

Über die Besprechungen vom 3. bis 6.5.43.

Als Niederschrift des Inhalts der zu einer Besprechung zusammengefaßten Aussprachen vom 3., 4., 5. und 6. Mai 1943 wird durch die Beteiligten zu Protokoll festgelegt:

1) Die in der Forschungsgruppe Ost des OKW AWA Wiss zusammengefaßten 3 Wehrmachtsteile sowie die in der Reichsgemeinschaft Chemie vereinigten Organisationen beabsichtigen, wehrwissenschaftliche Forschungsarbeiten in grösserem Ausmasse in das Gebiet des Generalgouvernements zu verlagern. In Durchführung dieses Planes und unter Bezugnahme auf die Besprechungsniederschrift vom 1o.4.43. wurde in Lemberg im Rahmen des Instituts für Deutsche Ostarbeit das Chemische Institut als Sektion des Instituts für Deutsche Ostarbeit gegründet.

2) Das Chemische Institut in Lemberg setzt die bisher in Charkow begonnenen Forschungsarbeiten fort. Diese liegen auf dem Gebiete der anorganischen und organischen Technologie sowie der Eisen- und Aluminiummetallurgie und beanspruchen als wissenschaftliche Aufgaben die Bereitstellung von Sonderstufen.

3) Die Leitung des Chemischen Instituts übernimmt Leutnant Prof. Dr. Kühn mit Zustimmung des OKW und als Beauftragter der Forschungsführung des RdL und ObdL. Die Zustimmung liegt vor laut Befehl des OKW vom 14.4.43., Akt.Z.: 1/3 - AWA/W Wiss (V) Nr. 2o9/43. Die Berufung zum Sektionsleiter am Institut für Deutsche Ostarbeit erfolgt gemäß der Verwaltungsanordnung über die Organisation des Instituts für Deutsche Ostarbeit durch den Generalgouverneur.

4) Sitz des Chemischen Instituts in Lemberg ist das Gebäude Jura-Platz 6. Außerdem können Forschungsaufgaben der Sektion Chemie innerhalb des Laboratoriums für Technologie des Erdöls und des Erdgases einschließlich des Hochdrucklaboratoriums und innerhalb des Wärmekraftmaschinenlaboratoriums nebst Zentralwerkstätte sowie im Laboratorium für Metallkunde und Metallographie einschl. des mechanisch-technolo-

-2-

gischen und des schweißtechnischen Laboratoriums durchgeführt werden. Die Arbeitskräfte dieser Laboratorien sind insoweit an die dienstlichen Weisungen des Leiters des Chemischen Instituts gebunden.

Eine Beeinträchtigung des von der Regierung genehmigten Fachschulunterrichts innerhalb der in Ziffer 4) Abs.1,Satz 2 genannten Laboratorien findet nicht statt.

5) Der Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht wurde durch Staatssekretär Dr. Boepple beauftragt, das Gebäude Jura-Platz 6 mit seinen Einrichtungen zur Benutzung zur Verfügung zu stellen. Das Gebäude geht am 1.7. 1943 in die Verwaltung des Instituts für Deutsche Ostarbeit über.

Für das Laboratorium für landwirtschaftliche chemische Industrie und Mikrobiologie wird als Übernahmetermin der 2o.5.43. festgelegt, für die übrigen Teile des Gebäudes Jura-Platz 6 erfolgt die Übernahme nach Abwicklung der technischen Fachkurse im Laufe des Monats Juni 1943.

Der Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht wurde durch Staatssekretär Dr. Boepple beauftragt, die Maßnahmen zur Überführung des bisherigen Lehrbetriebes in die von der Regierung des Generalgouvernements festgelegte technische Fachschule im Laufe des Monats Juni 1943 durchzuführen.

Soweit Apparaturen in den in Ziffer 4) Abs.1,Satz 2 genannten Einrichtungen für Lehrzwecke der technischen Fachschule benötigt werden, stehen sie für diese Zwecke zur Verfügung. Soweit sie für Forschungszwecke beansprucht werden, unterstehen sie der Verfügungsgewalt der Leitung des Chemischen Instituts.

6) Am Institut für Deutsche Ostarbeit besteht zur Steuerung der Forschungsaufgaben der Steuerungsbeirat.

Dem Steuerungsbeirat gehören an:

a) Der Wehrkreisbeauftragte im Generalgouvernement des Reichsministers für Bewaffnung und Munition, Pg. Obering. Kobold als Vorsitzer.

b) Das Oberkommando der Wehrmacht, Allgemeines Wehrmachtsamt Wissenschaft (OKW AWA Wiss), vertreten durch Kriegsverwaltungsrat Dr. Pietsch.

c) Die Forschungsführung des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshabers der Luftwaffe (RdL und ObdL), vertreten durch Leutnant Prof.Dr. Kühn.

d) Das Reichsamt für Wirtschaftsausbau, vertreten durch Prof. Dr. Buch, Krakau.

7) Aufgabensetzungen aus dem Gebiet der Wehrwissenschaft und Wehrwirtschaft, soweit sie den Sektor physik, Chemie, einschließlich Korrosionsforschung, ferner Mathematik, theoretische Physik, angewandte Mathematik, ~~xxxxxxxxxx~~ und das theoretische Berg- und Hüttenwesen betreffen, erhalten ihren Sitz in Krakau im Institut für Deutsche Ostarbeit.

Die Leitung der in Krakau aufzunehmenden Forschungsarbeiten übernimmt Kriegsverwaltungsrat Dr. Pietsch.

8) Das Chemische Institut in Lemberg besitzt die rechtliche Stellung einer Sektion des Instituts für Deutsche Ostarbeit. Die gemäß Ziffer 7) in Krakau durchzuführenden Forschungsarbeiten werden zur Sektion "Allgemeine Wehrwissenschaften" zusammengefaßt.

9) Die aus Charkow von Prof. Dr. Kühn nach Lemberg zu überführenden Apparate übernimmt zur Benutzung im Chemischen Institut Lemberg die Forschungsführung des RdL und ObdL.

10) Die in den Sektionen des Instituts für Deutsche Ostarbeit in Lemberg und Krakau tätigen russischen Angestellten sollen als Wehrmachtsgefolge bezeichnet werden und dementsprechend hinsichtlich Unterkunft und Verpflegung behandelt werden. Die hierzu erforderliche Verfügung wird vom OKW AWA Wiss beigebracht werden.

11) Die in Ziffer 7) der Niederschrift vom 10.4.1943 erbetenen Vorschläge gehen dahin:

a) Der Schwerpunkt der technischen Forschung wird nach Lemberg verlegt und am 1.7.1943 dort aufgenommen.

b) In Warschau soll jede technische Forschungstätigkeit unterbleiben, mit Ausnahme der von der Wehrmacht betriebenen aerodynamischen Forschung.

Staatssekretär Dr. Boepple hat verfügt, daß Warschau aus Gründen der Sicherheit als Sitz wehrwissenschaftlicher und sonstiger Forschungen ausscheidet.

Im Hinblick auf die in Warschau konzentriert vorhandene Rüstungsindustrie wird empfohlen, zwecks Prüfung von Rohstoffen, Zwischen- und Fertigprodukten lediglich die bereits bestehende Prüfanstalt aufrechtzuerhalten. Alle freiwerdenden Apparate sind kurzfristig nach Krakau zu überführen.

c) Bezüglich des Einsatzes des früheren Mineralogischen Instituts in Krakau, Murgergasse 11, wird auf Ziffer 7) verwiesen.

Krakau, den 6. Mai 1943.

Staatssekretär Dr. Boepple
gez. Direktor Dr. Coblitz
Leutnant Prof. Dr. Kühn
Kriegsverwaltungsrat Dr. Pietsch
Kriegsverwaltungsrat Prof.Dr. Schmidt
Dr. Dannbeck

Anwesenheitslisten.

I. Besprechung am 3.5.1943, 11.00 Uhr in Krakau.

Anwesend:

1) Staatssekretär Dr. Boepple (ab 12.30 Uhr)
2) Direktor Dr. Coblitz, Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau
3) Kriegsverwaltungsrat Dr. Pietsch, OKW AWA Wiss.
4) Leutnant Prof.Dr. Kühn, Forschungsführung des RdL und ObdL
5) Kriegsverwaltungsrat Prof.Dr. Schmidt i.d.Rüstungsinspektion im Generalgouvernement
6) Dipl.Ing. Schmidt-Schäffer beim Wehrkreisbeauftragten im GG des Ministers für Bewaffnung und Munition.
7) Dr. Schwarz " " " "
8) Oberregierungsrat Dr. Parisini, Hauptabt. Wissenschaft und Unterricht
9) Regierungsrat Weidmann, " " "
10) Rechtsanwalt Dr. Dannbeck, Leiter der Zweigstelle Lemberg des Instituts für Deutsche Ostarbeit.
11) Dipl.Chemiker Meincke, Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau

-.-.-.-.-.-

II. Besichtigung und Besprechung am 4.5.1943 in Lemberg.

Anwesend:

1) Kriegsverwaltungsrat Dr. Pietsch, OKW AWA Wiss
2) Leutnant Prof.Dr. Kühn, Forschungsführung des RdL und ObdL
3) Oberregierungsrat Dr. Parisini, Hauptabt. Wissenschaft und Unterricht
4) Oberregierungsrat Wölfel, Verwaltungsstelle der Staatlichen Fachkurse Lemberg
5) Rechtsanwalt Dr. Dannbeck, Leiter der Zweigstelle Lemberg des Instituts für Deutsche Ostarbeit, Krakau
6) Stabsarzt Dr. Schultze, Leiter der medizinisch-naturwissenschaftlichen Fachkurse Lemberg
7) Ingenieur Nolz, Abteilung Wissenschaft und Unterricht beim Gouverneur des Distrikts Galizien.

III. Besprechung am 5.5.1943, 15.30 in Krakau bei Staatssekretär Dr. Boepple.

Anwesend:

1) StaatssekretärDr. Boepple
2) Direktor Dr. Coblitz, Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau.
3) Kriegsverwaltungsrat Dr. Pietsch, OKW AWA Wiss.
4) Leutnant Prof.Dr. Kühn, Forschungsführung des RdL und ObdL.

-2-

5) Kriegsverwaltungsrat Prof.Dr.Schmidt i.d. Rüstungsinspektion im Generalgouvernement
6) Oberregierungsrat Dr. Parisini, Hauptabt. Wissenschaft und Unterricht
7) Rechtsanwalt Dr. Dannbeck, Leiter der Zweigstelle Lemberg des Instituts für Deutsche Ostarbeit
8) Dipl.Chemiker Meincke, Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau.

-.-.-.-.-.-.-

IV. Besprechung am 6.5.1943, 9.30 Uhr in Krakau bei Staatssekretär Dr. Boepple.

Anwesend:

1) Staatssekretär Dr. Boepple
2) Präsident Dr. Eichholz, Hauptabt. Wissenschaft und Unterricht
3) Direktor Dr. Coblitz, Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau
4) Kriegsverwaltungsrat Dr. Pietsch, OKW AWA Wiss.
5) Leutnant Prof.Dr. Kühn, Forschungsführung des RdL und ObdL
6) Kriegsverwaltungsrat Prof. Dr. Schmidt i.d.Rüstungsinspektion im Generalgouvernement.
7) Oberregierungsrat Dr. Parisini, Hauptabt. Wissenschaft und Unterricht
8) Rechtsanwalt Dr. Dannbeck, Leiter der Zweigstelle Lemberg des Instituts für Deutsche Ostarbeit.
9) Dipl.Chemiker Meincke, Institut für Deutsche Ostarbeit Krakau.

Sonntag, den 9.Mai 1943

und

Montag, den 1o.Mai 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Kressendorf-Krakau

Dienstag, den 11.Mai 1943

12^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{30} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Ausgabe von Münzen zu Fünf-Groschen
2. einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung vom 30.6.1941 über die Organisation und Bestätigung von Urkunden
3. einer Verordnung über die Anwendung der Verordnung zur Förderung der Tierzucht im Generalgouvernement auf Ziegenböcke
4. einer Verordnung über das Tragen und den Mißbrauch von Uniformen im Generalgouvernement
5. einer Verordnung zur Änderung der Verordnung vom 26. Januar 1940 über Preisschilder
6. einer Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Entlassung und Versetzung von wieder beschäftigten Beamten des ehemaligen polnischen Staates und der Gemeinden und Gemeindeverbände
7. einer Sechsten Verordnung über die Sozialversicherung

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Verordnungsentwürfe.

11.5.1943

17^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

17^{25} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

17^{3o} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit dem Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer Dr. Pfeiffer, ~~Präsident der Internationalen Rechtskammer~~.

17^{45} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

17^{5o} Besprechung mit Oberbereichsleiter Eisenlohr.

17^{55} Besprechung mit Pressechef Gassner.

19^{2o} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Institut für Deutsche Ostarbeit.

19^{3o} Konzert des Stross-Quartetts.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Mittwoch, den 12.Mai 1943

10^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{15} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

11^{00} Besprechung mit Oberbaurat Hofer und Referenten von Palézieux.

12^{05} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Im Anschluß an die Besprechung verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung folgenden Schreibens an Hauptabschnittsleiter Stahl:

> Lieber Parteigenosse Stahl! In der Anlage übersende ich Ihnen Durchschlag meines heutigen Schreibens an Reichsleiter Bormann betr. Führung der Parteiangelegenheiten im Generalgouvernement. Ich beauftrage Sie, sich entsprechend dem Inhalt dieses Schreibens als von mir bevollmächtigt zu betrachten, allenfalsige Anfragen der Parteikanzlei zu diesem Thema zu behandeln.

Das Schreiben des Herrn Generalgouverneurs an Reichsleiter Bormann hat folgenden Wortlaut:

> Sehr verehrter Parteigenosse Bormann!
>
> In ergebenster Bezugnahme auf unsere Besprechung am Sonntag Abend in der Reichskanzlei zu Berlin bitte ich, da ich nunmehr mein an den Führer gerichtetes Rücktrittsgesuch nicht mehr länger aufrecht erhalten kann und will, davon Kenntnis zu nehmen, daß ich bereit bin, die Regelung der Parteiorganisation im Generalgouvernement in

12.5.1943

dem wiederholt erörterten Sinne vorzunehmen.

Ich vertraue auf Sie persönlich, daß sich dadurch an der absolut notwendigen einheitlichen Führung der Gesamtgeschehnisse im Generalgouvernement wesentliches nicht ändern wird.

Ich würde vorschlagen, die Neuregelung zum 1.Juli ds.Jrs. vorzubereiten, und bitte Sie, mir einmal Ihren Sachbearbeiter zur Besprechung des Gesamtkomplexes zu schicken.

gez. Dr. Frank

12.5.1943

14^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Dienstgebäude des Distrikts Krakau.

15^{00} Arbeitstagung der Distriktsverwaltung Krakau.

Nach Begrüßungsworten von Gouverneur Dr. Wendler erstatten die Leiter der einzelnen Abteilungen der Distriktsverwaltung Bericht über ihre Arbeitsgebiete. Am Schluß der Tagung hält der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache:

Herr Gouverneur! Meine Herren!

Zu meiner großen Freude und Befriedigung kann ich feststellen, daß das, was ich am heutigen Nachmittag gehört und erlebt habe, mich erneut mit der Gewißheit erfüllt, daß im Distrikt Krakau hervorragende Männer an der Arbeit sind. Ich möchte Ihnen, Herr Gouverneur Wendler, bei diesem Anlaß meinen Dank und meine Anerkennung für die hervorragende Arbeit zum Ausdruck bringen. Ich bitte Sie, diesen Dank an die Herren Abteilungsleiter, Amtsleiter, Kreis- und Stadthauptmänner und Referenten des Distrikts weiterzuleiten.

Ich brauche Ihnen, die Sie mitten im Zeitgeschehen stehen, nicht viel zu sagen. Ich muß nur im Hinblick auf das heute Gehörte darauf hinweisen, daß das, was wir bisher an Sorgen, Nöten, Kämpfen und Ereignissen erlebt haben, ein Kinderspiel zu dem Kommenden sein werden. Wir dürfen uns darüber nicht irgendwie hinwegtäuschen, daß die größten Schwierigkeiten des Krieges erst vor uns liegen. Diese Schwierigkeiten werden Sie, die Sie Ihre Aufgaben an einem der Brennpunkte der Gesamtkriegslage durchzuführen haben, in Zukunft ungeheuer belasten. Umso tröstlicher und beruhigender für mich ist daher ein Nachmittag wie der heutige, an dem ich Männer gesehen habe, die ihr Amt mit absoluter Selbstsicherheit und Klarheit und echter deutscher beamtenmäßiger Anständigkeit ausfüllen.

Uns ist eine ganze Reihe wertvollster Mitarbeiter durch die Wehrmacht entzogen worden. Dieser Verlust wird sich in den kommenden Monaten sehr schmerzlich bemerkbar machen. Dazu kommt die Steigerung der maßlosen Propaganda gegen das Deutsche Reich, gegen den Führer, gegen den Nationalsozialismus, gegen unseren Sieg.

Die Männer des Distrikts Krakau stellen mit ihren Erfahrungen und mit dem Bewußtsein, daß diese Verwaltung eine kriegswichtige ist, eine konkrete mit den Problemen fertig werdende Organisation dar, die zu der Hoffnung berechtigt, daß auch in Zukunft die Probleme gemeistert werden.

Wir haben keinen Anlaß, Pessimisten, und keinen Anlaß,Optimisten zu sein, wir haben nur die eine Aufgabe, treue Mitkämpfer Adolf Hitlers zu sein. Mit Erklärungen großspuriger Art ist im Osten niemandem gedient. Wir sind hierher gekommen, um aus Elend und Chaos ein irgendwie geartetes Ordnungsgebilde aufzubauen. Und daß ist uns in einem Umfange nicht wieder erreichter Art geglückt. Das Generalgouvernement ist ein Ordnungs-, Leistungs- und Bewährungsblock geworden, der in unserer Geschichte einzigartig dasteht.

Erst vorwenigen Tagen hatte ich Gelegenheit, mich in einer mehrstündigen Besprechung mit dem Führer darüber zu unterhalten,und ich muß feststellen, daß der Führer diesen Eindruck auch voll und ganz bestätigt. Die Leistungen des Generalgouvernements - sei es für die Wehrmacht im Osten, sei es für die deutsche Heimat, für die Deutschen hier im Lande, für die Bevölkerung, sei es für die Gebiete, die irgendwie direkt oder indirekt kriegswichtig sind, - sind, wenn man den Ausgangspunkt bedenkt, von dem aus wir die Arbeit beginnen mußten, und wenn man die Mittel bedenkt und die Erschwerungen bedenkt, die unsere Arbeit förderten oder hinderten, wirklich großartig. Ich kann Ihnen, Herr Gouverneur Dr. Wendler, und Ihren Männern sagen, daß es meine feste Überzeugung ist, daß ich mit Männern, wie sie im Distrikt Krakau tätig sind, allen künftigen Schwierigkeiten stolz und zuversichtlich entgegentreten kann.

Wir haben im Generalgouvernement schöne Jahre gehabt wie z.B. das Jahr 194o. Wir konnten da in aller Ruhe unsere Aufgaben vornehmen. Heute müssen wir für diese Anlaufzeit dankbar sein. Sehen wir weiter nach dem Osten, wo nun auch schon 2 Jahre verwaltet wird, - welch' ungeheure Schwierigkeiten tun sich da drüben auf! Wir müssen dankbar sein, daß wir wenigstens in der damaligen Zeit den Ansatz gefunden haben.

Eine der Hauptschwierigkeiten ist - abgesehen von der Sicherheit, auf die ich in diesem Rahmen nicht eingehen will, - die meistens auch persönlich bestimmte Greuelpropaganda. Immer wieder hört man im Reich die Behauptungen, daß die Deutschen im Generalgouvernement ein Schlemmerleben führen, daß Korruptionen, Schleich- und Schwarzhandel gedeihen würden. Alle diese Anwürfe zerschellen an der Tatsache, daß wir unausgesetzt nichts anders tun, als diesen Schwierigkeiten entgegenzutreten. Wenn es nicht möglich war, mit allen diesen Erscheinungen restlos fertig zu werden, so können wir im Generalgouvernement darauf hinweisen -:

gibt es im Reich keinen Schleichhandel, gibt es in Holland, in Norwegen, im besetzten Belgien und Frankreich nicht auch einen Schleichhandel, wird nicht überall schwarz gehandelt? Verlangt man von uns, daß wir mit etwas fertig werden, was nicht einmal im Reich selbst gemeistert wird?

Ein zweites Problem ist der ewige Vorwurf, daß man unsere Selbständigkeit, die uns der Führer in der grundlegenden Verordnung vom 26.Oktober 1939 gegeben hat, direkt oder indirekt als gegen das Reich gerichtet bezeichnet. Sie alle wissen, daß diese sogenannte Selbständigkeit ein privilegium odiosum, also eine Belastung darstellt. Wie sehr viel bequemer hat es ein Reichsgau! Wir sitzen hier an verantwortlicher Stelle, bekommen vom Reich irrsinnige Forderungen auferlegt - ich erinnere nur an die urplötzlich uns auferlegte Ablieferung von 78o ooo to Brotgetreide -,und wir sollen dann mit diesen Dingen fertig werden. Werden wir nicht fertig, heißt es, unsere Verwaltung ist unfähig, - werden wir fertig, dann wird die Leistung verschwiegen. Ein Beispiel dafür ist die schöne Rede des Staatssekretärs Backe in Posen, der darin alle Gebiete, die an das Reich ablieferten, erwähnte mit Ausnahme des Generalgouvernements, das in der Ablieferung relativ weit an der Spitze aller stand.

Der Führer hat mir erneut bestätigt, daß er nicht daran denkt, an der Struktur des Generalgouvernements etwas zu ändern. Alles Gerede darüber ist leeres Geschwätz.

Mit den Eingriffen in unsere Selbständigkeit hängt auch die dauernde Propaganda zusammen, die wegen unserer angeblich zu komplizierten Verwaltung getrieben wird. Man wirft uns vor, daß wir viel zu viel Distrikte eingerichtet hätten. Ich habe nun die Methode eingeschlagen, daß ich alle unsinnigen Forderungen des

Reiches

12.5.1943

ad absurdum führe, daß ich sie erfülle. Ich habe mich bereit erklärt, die Distrikte aufzulösen, und habe den maßgeblichen Reichsstellen einen dementsprechenden Entwurf vorgelegt. Nun aber ersuchen mich diese Reichsinstanzen, von dieser Maßnahme Abstand zu nehmen. Es bedarf noch einer großen Erziehung unserer zentralen Reichsinstanzen zum Verständnis dafür, daß wir nicht mehr ein kleines Binnenland europäischen Formats sind, sondern daß wir seit 194o ein Weltreich geworden sind.

Ein weiterer Angriffspunkt ist der von mir immer wieder in den Vordergrund gerückte Grundsatz der "Einheit der Verwaltung". In der grundlegenden Verordnung vom 26.Oktober 1939 hat der Führer bekanntlich dem Generalgouverneur und seinen Dienststellen alle Zweige der Verwaltung zugewiesen. Ständig wird nun versucht, einzelne Verwaltungsbereiche direkt in den Apparat der Reichszentralen einzufügen. Ich habe mich dieser Entwicklung stets eindeutig und klar entgegengestellt. Entweder tragen wir hier die Verantwortung,- dann müssen wir aber auch auf diesen Gebieten die Macht besitzen, oder das Reich trägt die Verantwortung auf allen Gebieten, auf denen es die Macht beansprucht. Ich lehne daher die Verantwortung für alles ab - und Sie können das auch tun -,was in diesem Lande auf Grund von Machtpositionen geschieht, die meiner Machtsphäre entzogen sind. Das wird sich immer deutlicher herausstellen.

┌ An der Einheit der Verwaltung kann in keiner Weise gerüttelt werden.┌ Ich werde da, wo Bruchstellen eingetreten sein sollten oder wo sich Bestrebungen wie bei der Ostbahn zeigen, nicht vor den äußersten Maßnahmen zurückschrecken. Denn es ist notwendig, daß in einem Teil des Großdeutschen Reiches noch eine klare Regierungsordnung besteht. Das war unser Stolz und soll

12.5.1943

es bleiben! Sie können darauf rechnen, daß ich und die Regierung des Generalgouvernements alles tun werden, um Ihre Autorität zu stützen. Wir sind nicht ein sogenanntes Nebenland, nicht eine sogenannte Regierung, sondern wir sind ein wirklicher Staat, der im Bereich des Großdeutschen Reiches seine Aufgabe auf unmittelbare Weisung des Führers zu erfüllen hat.

Ich freue mich über die Berichte Ihrer Referenten, Herr Gouverneur, und ich muß sagen, meine Freude ist vor allem deshalb so groß, weil ich hier Fachmänner am Werke sehe und nicht irgendwelche sprücheреissende Dilettanten. Diese Männer wissen, worum es geht. Wir müssen gerade aus dieser Tatsache die Schlußfolgerung ziehen, daß wir den Nachwuchs der Verwaltung pflegen und immer wieder pflegen müssen. Wir können auf keine Hilfe rechnen. Es würde daher begrüßenswert sein, wenn die Erfahrungen der Verwaltungsmänner des Distrikts mehr für die Schulung des Nachwuches herangezogen würden. Ich sehe auch, wie notwendig die Distriktsinstanzen gerade für die Regierung sind.

Eine Frage steht nun alles überschattend im Vordergrund nächst der Sicherheitsfrage, über die ich mich nicht äußern will. (Es ist selbstverständlich unmöglich, daß die Sicherheitslage sich so weiter entwickeln darf, daß jeden Tag mehr Überfälle vorkommen; in die Sicherheitsregelung muß ein System kommen, an dem es bisher gefehlt hat). Wichtig ist mir das Problem der Fremdvölkischen. Es ist interessant, daß auch hier alle Herren übereinstimmend erklären, daß eine grundsätzliche Klärung der Ernährung der Fremdvölkischen erfolgen muß. Wir stehen darüber in Verhandlungen mit dem Reich. Ich habe zur Bedingung gemacht, daß das Reich damit einverstanden zu sein hat, daß wir für die Leistungspolen im Lande die sogenannten

Warthegausätze einführen; das würden etwa 80 % der Ernährungssätze des deutschen Normalverbrauchers in allen Sparten dessen, was dieser bekommt, sein. Eine solche Regelung würde zu einer Beruhigung und Erleichterung der Sicherheitslage beitragen. Ich kann sagen, daß der Vertreter des Vierjahresplanes und des Reichsernährungsministeriums zugesagt hat, daß auf dieser Basis eine Einigung erzielt werden könne. Diese Regelung würde mit der neuen Ernte in Kraft treten. Ich hoffe aber, daß ich von der Getreidemenge, die hier in Höhe von 180 000 to bis zum Abruf durch das Reich noch lagert, noch 30 000 to zur Verteilung an die Bevölkerung zur Verfügung erhalte. Damit müßte man eben bis zur neuen Ernte auskommen, und ich will mit diesen 30 000 to lediglich die ewigen Klagen der Rüstungsindustrie beseitigen. Mit der neuen Ernte könnte dann eine wirklich solide und brauchbare Verpflegungsbasis für die Bevölkerung des Generalgouvernements eintreten. Eine solche Regelung ist notwendig, da sonst die ganze Ordnung im Lande auseinanderfällt.

In den Berichten obskurer Elemente werden wir im Reich als absolut polenfreundlich verschrieen. Demgegenüber muß ich darauf hinweisen, daß das Generalgouvernement eine dauernde Einrichtung des Reiches ist und sein wird und daß wir mit den fremdvölkischen Arbeitern auskommen müssen. Daher müssen wir auch diese Verwaltung in Ordnung halten.

Mit der neuen Regelung der Ernährung würden auch die hier entwickelten Fragen des Entgelts für die Vögte, ihre Familiensicherung usw. eine andere Wendung bekommen und die Stimmung der Bevölkerung würde eine andere werden. Seien Sie überzeugt, daß ich persönlich und die Herren der Regierung alles tun werden, um Ihre Arbeit zu erleichtern und Ihnen die notwendigen Leistungen zu ermöglichen. Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen das Beste für Ihre Arbeit.

12.5.1943

18^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

18^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{28} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach München.

Donnerstag, den 13.Mai 1943

bis

Mittwoch, den 19.Mai 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Kressendorf-Krakau

Donnerstag, den 2o.Mai 1943

7^{5o} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

1o^{2o} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

18^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau

19^{oo} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

19^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause Urania.

19^{3o} Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements.

Unter der Leitung des Gastdirigenten Generalmusikdirektors Prof. Clemens Krauss gelangen zur Aufführung:

1. Sinfonie H-moll (Unvollendete)
   von Franz Schubert
2. Ouvertüre Leonore III
   von Ludwig van Beethoven
3. Vorspiel zu Tristan und Isolde
   von Richard Wagner
4. "Tod und Verklärung",Sinfonische Dichtung
   von Richard Strauß.

21^{3o} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

o^{3o} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Freitag, den 21.Mai 1943

9^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{45} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

10^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Schriftleiter Wilm der "Münchner Neuesten Nachrichten" in Gegenwart des Pressechefs Gassner.

Schriftleiter Wilm berichtet dem Herrn Generalgouverneur über seine Arbeiten.

Der Herr Generalgouverneur regt an, im Zusammenhang mit einer auch in diesem Jahre stattfindenden Kunstausstellung eine Krakauer Kultur- und Kunstwoche zu veranstalten, in deren Rahmen Schriftleiter Wilm einen Vortrag über Veit Stoß halten könnte.

Schriftleiter Wilm legt dem Herrn Generalgouverneur eine im Niedersachsen-Verlag erschienene Mappe mit Bildern der Stadt Nürnberg vor und erklärt sich bereit, für die Herausgabe einer solchen Mappe seitens dieses Verlages auch für Krakau Sorge zu tragen.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt diesen Plan und gibt dabei seinem Wunsche Ausdruck, daß in diese Mappe möglichst noch nicht veröffentlichte Bilder von der Stadt Krakau aufgenommen würden.

In diesem Zusammenhang findet auch die Herausgabe des "Baedeker Generalgouvernement" Erwähnung, den Schriftleiter Wilm als ein vorbildliches Werk bezeichnet.

21.5.1943

Ein von Schriftleiter Wilm dem Herrn Generalgouverneur vorgelegtes Probeblatt der Titelseite der demnächst zur Veröffentlichung gelangenden "Deutschen Wacht", einer Zeitschrift des Arbeitsbereiches, findet die Billigung des Herrn Generalgouverneurs.

10^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Maler und Graphiker Professor Feyerabend in Gegenwart des Präsidenten Ohlenbusch.

Professor Feyerabend überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Holzschnitt des von ihm seinerzeit in der Ausstellung "Deutsche Künstler sehen das Generalgouvernement" ausgestellten Stadtbildes der Stadt Krakau.

Der Herr Generalgouverneur dankt Professor Feyerabend für diese Gabe und will gleichzeitig dafür gesorgt sehen, daß auch dem Führer ein solcher Holzschnitt übersandt wird.

Der Herr Generalgouverneur hat darauf eine Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch wirft die Frage auf, ob es angesichts der Tatsache, daß das bisher für die Verwundeten- und Soldatenbetreuung zur Verfügung stehende Schloß Wilanow bei Warschau diesem Zweck nicht mehr dienstbar gemacht werden kann, möglich sei, den Park des Schloß Belvedere und das in der Nähe des Schloß Lazienki gelegene Freilichttheater im Belvedere-Park freizugeben.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich jedoch aus sicherheitspolizeilichen Gründen gegen die Durchführung dieses Planes.

21.5.1943

Gegenstand der Besprechung ist weiter die Frage, ob die laut polizeilicher Verfügung geschlossene Kleinkunstbühne "Kreisel" wieder eröffnet werden soll.

Unter der Bedingung, daß polizeilicherseits die Sicherheit gewährleistet und für Ruhe und Ordnung gesorgt wird, erklärt sich der Herr Generalgouverneur damit einverstanden, daß der "Kreisel" wieder geöffnet wird.

Dem von Präsident Ohlenbusch gehegten Plan, einen Roman mit dem Titel: "Katyn, Schicksalsweg der 12 000 Polen" schreiben zu lassen, gibt der Herr Generalgouverneur seine Billigung.

Präsident Ohlenbusch berichtet dann über Verhandlungen, die er mit Oberbereichsleiter Stahr über die Frage des Einsatzes der Organisation "Kraft durch Freude" im Generalgouvernement gehabt hat. Voraussetzung für eine ersprießliche Arbeit dieser Organisation im Generalgouvernement müsse sein, daß nur die organisatorische Durchführung künstlerischer und technischer Veranstaltungen in die Hand von "KdF" gelegt werde. Unter allen Umständen müsse dafür gesorgt werden, daß die Organisation "Kraft durch Freude" nicht etwa auf diesem Wege die Kulturpolitik des Generalgouvernements zu beeinflussen imstande sei. Die Durchführung entsprechender künstlerischer Veranstaltungen dürfe immer nur im Einvernehmen mit der Hauptabteilung Propaganda geschehen.

Der Herr Generalgouverneur äußert erhebliche Bedenken gegen eine zu weit gehende Beteiligung der Organisation "Kraft durch Freude" an der Durchführung künstlerischer Veranstaltungen. Er habe nichts dagegen einzuwenden, daß die Organisation "KdF" sich wie bisher der Truppenbetreuung annehme, müsse aber darauf

21.5.1943

bestehen, daß es auf dem zivilen Sektor bei der bisherigen Regelung verbleibe.

Er wolle zwar eine Tätigkeit von "KdF" im Generalgouvernement nicht unbedingt ablehnen, müsse aber darauf bestehen, daß ihr Aufgabenbereich entsprechend eingeschränkt werde.

Abschließend beauftragt der Herr Generalgouverneur Präsident Ohlenbusch, dem Staatssekretär Dr. Bühler entsprechende Vorschläge zu machen und sich vorher mit Hauptabschnittsleiter Stahl bzw. Oberbereichsleiter Stahr ins Benehmen zu setzen.

11^{10} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung folgenden Schreibens an NSKK.-Obergruppenführer Höfle:

Sehr geehrter Herr Obergruppenführer Höfle!

Zu Ihrem Schreiben vom 18. ds. Mts. bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen:

1. Von dem leider verstorbenen NSKK.-Korpsführer Hühnlein war mir die Kurierkompanie für alle mir sachlich und persönlich wichtig erscheinenden Zwecke zur Verfügung gestellt worden. Ich stelle fest, daß die Reise des Hiemeier für mich persönlich von ausschlaggebender Bedeutung war. Nur der Umstand, daß ich dienstlich in Krakau festgehalten wurde, hat mich daran gehindert, diese Reise persönlich zu machen.

   Daraus wollen Sie entnehmen, welche Bedeutung diese Kurierfahrt des Hiemeier für mich persönlich hatte. Es ist daher völlig abwegig, von einer mißbräuchlichen Verwendung eines Mannes der NSKK.-Kurierkompanie zu sprechen.

21.5.1943

2. Da ich mir auf Grund der in Ihrem Schreiben in Erscheinung tretenden Einstellung mir gegenüber eine weitere gedeihliche Zusammenarbeit nicht versprechen kann, ersuche ich Sie, die unverzügliche Rückführung der NSKK.-Kurierkompanie aus dem Generalgouvernement zu veranlassen.

Ich habe diesbezüglich meine Weisungen an den Staatssekretär und Chef der Regierung Dr. Bühler und den Chef meiner Kanzlei weitergeleitet.

16^{00} Besprechung mit Verlagsleiter Strozyk.

16^{45} Besprechung mit dem Verwalter des Berghauses Krakau in Zakopane Kuhn.

17^{00} Besprechung mit Architekten von Palézieux.

17^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Samstag, den 22. Mai 1943

und

Sonntag, den 23.Mai 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Krakau

Montag, den 24.Mai 1943

1o25 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

1o35 Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

1o5o Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

11o5 Festakt anläßlich der 4oo. Wiederkehr des Todestages von Nikolaus Kopernikus und Verkündung der Träger des Kopernikus-Preises.

Eingeleitet wird die Feierstunde durch die Uraufführung der "Festlichen Musik" für großes Orchester von Albert Hösl, Direktor der Staatlichen Musikschule in Warschau.

Der Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz eröffnet dann den Festakt mit einer Ansprache, in welcher er kurz den Lebensgang des großen Forschers und Gelehrten schildert.

Die Festrede hält Prof. Dr. Rabe, Direktor der Sternwarte München, über das Thema:
"Das Weltbild des Kopernikus".

24.5.1943

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Das Generalgouvernement hat allen Anlaß, den heutigen Tag festlich zu begehen. Nicht nur, daß in der Hauptstadt des Generalgouvernements der Deutsche Kopernikus als Student seine erste geistes-wissenschaftliche Grundlegung erfuhr, - es ist auch unsere Aufgabe, gerade von hier das stolze Bekenntnis zu dem Deutschen Kopernikus mit allem Nachdruck feierlich abzulegen.

Dieser große deutsche Geist war in der abschliessenden Epoche des späten Mittelalters der Erwecker der gesamten modernen forschenden und schöpferischen Freiheit. Er ist eine der größten Genialitäten unseres nationalen Kraftpotentials. Ihm zu huldigen, muß eine stolze Sendung gerade der Deutschen in diesem Raume sein. In ihm, in seiner Existenz, seiner Leistung, in seinem Leben, in seinem Aufblick zum Ewigen aus dem stets bedingt kärglich Irdischen heraus liegt eine immerwährende Symbolik für das deutsche Ringen auch in diesem Raum. Wir Deutschen im Weichselland können daher diesem deutschen Manne, der vor 400 Jahren starb, nur in Dankbarkeit huldigen. Sein Genius, seine Kraft, sein Bekenntnismut, seine tapfere nur Gott gegenüber sich verantwortlich fühlende Einstellung sollen auch uns in diesem Raum voranleuchten, in dem wir eine der schwierigsten Aufgaben zu meistern haben.

Daß Kopernikus als Deutscher in diesem Raum eine Wurzel für das deutsche Leben legte, ist an nichts so deutlich erkennbar wie an dem allerdings völlig lächerlichen Versuch der polnischen Pseudowissenschaftler, das Deutschtum dieses Mannes in Zweifel zu ziehen. Für uns ist es klar, daß dies geschehen mußte; denn die Existenz des deutschen Kopernikus ist eine der

24.5.1943

stolzesten Legitimationen für die deutsche Führung dieses Raumes. Auf ihn berufen wir uns, wenn wir fragen: wer hat in diesem Raum, der nunmehr deutsch geführt ist und in alle Zukunft deutsch geführt bleiben wird, die größte geistige Tradition, die größte wissenschaftliche Mission aufzuweisen - wir oder die Polen? Und hier kann nur dieser feierlich-grandiose, wahrhaft bis zu den Sternen reichende Name des Kopernikus die Waagschale nach dem deutschen Wesen hinabsinken lassen.

Kopernikus, dem Deutschen, galt unser erster Gruß; dem Forscher, dem kühnen Errechner und dem die mathematische Grundlegung einer kühnen Theorie bildenden Astronomen gilt unser zweiter. Mir war es eine Freude, aus dem Vortrage des Herrn Prof. Rabe erkennen zu können, wie einhellig das Wissensbild des Kopernikus sich heute allüberall durchgesetzt hat. Freilich, wer als Meister geboren wird, hat unter den Meistern den schwersten Stand. Die Kollegen des Kopernikus waren seinerzeit von vornherein wie immer die Vertreter einer traditionell erstarrten Wissehschaft gegen den revolutionären Neuerer. Und es ist ein sinniger Zufall, daß in dem ~~tu~~ titularen Wortspiel des Meisterwerkes des Kopernikus "de revolutionibus" -"über die Drehungen"- der Ausdruck der Revolution enthalten ist. Ja, es war eine große Revolution, die dieser Forscher und Entdecker herbeiführte. Ihm heute von Krakau aus unsere Grüße in seine Ewigkeit zu senden ist die Pflicht des Staates Generalgouvernement.

Wir werden dafür sorgen, daß die Tradition des Kopernikus in diesem Raum erhalten bleibt. Die Universität Krakau, die nach dem Kriege erstehen wird, wird den Namen "Kopernikus-Universität" tragen. An diesem Ort wird - das ist der Wille der Regierung des Generalgouvernements - eine der größten mit allen staatlichen Mitteln überreich ausgestatteten Sternwarten errichtet werden.

Der dritte Gruß gilt dem Genie, dem genialen Neuerer unserer Weltanschauung. Er ist der Künder des trotzigen Bekenntnisses, das der Einzelne als Persönlichkeit in einem kühnen Widerstreit mit einer ganzen Gegenwart und Vergangenheit einzutreten vermag. Dieses Sichemporrecken eines schöpferischen Geistes in die schöpferische Zone wahrhaft gottnaher Einmaligkeit ist es, was uns als Menschen beglücken muß, - daß einer plötzlich aus unserer Mitte ersteht und einem ganzen Jahrtausend Halt gebietet. Freilich, wenn dann die kleinlichen staatlichen und sonstigen Überwachungsorgane versuchen, einen so überragenden Geist einzufangen und irgendwie umzubiegen oder mundtot zu machen, ihn in seinen schöpferischen Offenbarungen irgendwie von der Publizität abzuriegeln, so ist das auch ein durch die Jahrhunderte sich fortsetzender Vorgang, der immer gleich lächerlich bleibt.

Wir haben es heute leicht, vom Standpunkt der vier Jahrhunderte, die seit dem Tode des Kopernikus verflossen sind, mit souveräner Verachtung auf jene herabzublicken, die ihn damals in dieser Weise bekämpft haben. Hüten wir uns, daß nicht in vier Jahrhunderten allenfalls auf uns so souverän herabgelächelt wird. Seien wir uns auch in unserer Zeit immer darüber klar, daß die schöpferische Kraft des Einzelnen, daß die geistige Bewegtheit eines sich neu formenden Ideals oder eines idealen Systems allüberall gehört werden muß. Seien wir uns daher immer verantwortungsvoll dieser Aufgabe bewußt, allen schöpferischen Kräften einer Periode und vor allem der schöpferischen Kraft unserer Jugend, ihren Wollungen, ihren Tendenzen, ihren Strömungen, ihren Ideen, ihren neuen Aufgaben und

24.5.1943

Genialitäten die freie Bahn zu sichern.

Dieser geniale Neuerer Kopernikus ist im richtigen Zeitpunkt gestorben. Hätte er das Erscheinen seines Werkes, das ihm noch in einigen Druckbögen auf das Todesbett gebracht wurde, überlebt, so wäre sein weiteres Dasein Matyrium und entsetzliche Qual gewesen. Das, was seinen Anhängern zuteil wurde, von denen ein Giordano Bruno unter dem geradezu verbrecherischen Spruch eines sogenannten Inquisitionstribunals des Vatikans zum Feuertod verurteilt wurde, von denen Galilei unter den demütigendsten Bedingungen den offiziellen Widerruf durchführen mußte, um sich am Leben zu erhalten, - das alles wäre wahrscheinlich Kopernikus gleichfalls beschieden gewesen; auch er wäre durch die Urteile der staatlichen und kirchlichen Organe gequält, gepiesackt und in seinem Leben ein müder, abgekämpfter, ausgemergelter und ausgelaugter Mann geworden. Wer weiß - vielleicht hätte ihn irgendeine weltanschauliche Tscheka dahin gebracht, am Ende seines Lebens sein eigenes Werk wieder einstampfen zu lassen. Wir können in dieser Zeit, in der sich das ganze Europa eint und formt, um den letzten gigantischen Freiheitskampf der europäischen Gesinnung gegen die bolschewistisch-asiatische Tyrannei durchzuführen,- Wir können diesem Kopernikus nur dafür danken, daß er uns auf dem leuchtenden Wege europäischer Geistesfassung so kühn vorangeschritten ist.

Der Deutsche, der Forscher und der geniale Neuerer Kopernikus, er möge in seinem Geist und seinem Wirken ein unvergänglicher Zeuge deutscher geistiger Blüte sein! Die Ewigkeit ist davon unberührt; Gott schweigt heute wie damals. Was wirklich im Weltall in den Hunderte von Millionen Lichtjahren entfernten ungeheuersten Gebilden vor sich geht, ist uns Menschen kaum ahnbar. Was durch diese Zeugen des Lichtes in unsere Augen dringt, ist nur ein kleiner Abglanz einer Herrlichkeit, die allerdings in ihrer unvergleichlichen Größe und gigantischen Unbegrenzbarkeit den kleinen Menschen in seinem Dasein erdrücken möchte. Wir, die wir auf dieser Erdkugel durch den luftigen Weltenraum fahren, die wir unter dem ungeheuren Eindruck des gestirnten Himmels immer wieder die Mahnung an die Ewigkeit spüren, die wir nun aus der Beengtheit und dem Wirrwarr dieser Erde in die wohlgemessene kosmische Ordnung h~~e~~inausblicken, wir können aber sagen: nicht erdrücken soll uns diese Allmacht und Unendlichkeit, sie soll uns erheben, auf daß jeder in sich ein Mitzeuge, ein Mitahner des ewigen Sonnengesetzes ist. Sie soll uns, die wir mit denselben Stoffen aufgebaut sind wie das Weltall, die Ideale unseres Glaubens an die Unendlichkeit Gottes und seine Größe aufrecht erhalten.

Diese Feierstunde soll daher eine echte Feierstunde nicht nur der Ehrung eines Verstorbenen, sondern auch des Bewußtseins des unvergänglichen großen deutschen Genius sein.

Es obliegt mir nunmehr, im Namen des Instituts für Deutsche Ostarbeit die Träger des Kopernikus-Preises 1943 bekannt zu geben.

(Der Herr Generalgouverneur gibt darauf die Namen der Preisträger bekannt. Es sind dies

1. Direktor des Kopernikus-Instituts in Berlin-Dahlem Prof. Dr. Kopff
2. Direktor des Astronomisch-Physikalischen Obsavatoriums Potsdam Prof. Dr. Heinrich Kienle
3. Dozent Dr. Ludwig Biermann, Potsdam-Babelsberg
4. Dozent Dr. Wellmann z.Zt. Syrakus
5. Dozent Dr. Wilhelm Dr. Becker-Wien.)

24.5.1943

Im Namen der Regierung des Generalgouvernements und aller Deutschen des Generalgouvernements spreche ich den anwesenden Preisträgern meinen herzlichen Glückwunsch aus.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Mit dem von Direktor Dr. Coblitz ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluß.

12^{35} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

13^{15} Mittagessen zu Ehren der Träger des Kopernikuspreises.

15^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

18^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

19^{00} Erstaufführung des Schauspiels von Johann Wolfgang von Goethe "Geschichte Gottfriedens von Berlichingen mit der eisernen Hand" (Urgötz).

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau

Dienstag, den 25.Mai 1943

9^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{20} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

9^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler und Präsident Dr. Losacker.

10^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Besichtigung eines französischen Kriegsgefangenenlagers in Begleitung des Rittmeisters von der Goltz.

Anschließend findet im Offizierskasino des Lagers ein gemeinsames Mittagessen statt.

15^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

18^{30} Rückkehr des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

19^{00} Besprechung mit Architekten von Palézieux.

20^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Wendler und Präsident Dr. Losacker.

Staatssekretär Dr. Bühler macht dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung davon, daß er vorgeschlagen habe, angesichts der besonderen im Distrikt Lublin herrschenden Verhältnisse die Verwaltung dieses Distrikts dem Gouverneur Dr. Wendler zu übertragen. Er habe auch durch Vermittlung des Staatssekretärs Dr.Stuckardt das Einverständnis des Reichsführers-SS für die Versetzung des Gouverneurs Dr. Wendler nach Lublin erhalten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt sich Gouverneur Dr. Wendler bereit, die Verwaltung des Distrikts Lublin zu übernehmen.

25.5.1943

Über die Besetzung des Gouverneurs-Posten im Distrikt Krakau behält sich der Herr Generalgouverneur seine Entscheidung vor.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt sodann mit, daß Staatssekretär Krüger ihn gebeten habe, dem Herrn Generalgouverneur nochmals eindringlich vorzustellen, daß der SS- und Polizeiführer Globocnik die Verantwortung für die Sicherheit gelegentlich der Reise des Herrn Generalgouverneurs nach Lublin nicht übernehmen zu können glaube.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit gegen diese falsche Auffassung einer Verantwortung. Das Deutsche Reich müsse jetzt unter allen Umständen zeigen, daß es noch die Herrschaft im Generalgouvernement habe. Eine Besichtigungsreise könne von ihm als dem Generalgouverneur dieses Landes nicht aufgegeben werden, weil gewisse Gefahren beständen. Statt solche Vorstellungen zu erheben, wäre es besser gewesen, wenn Staatssekretär Krüger sich selber an dieser Reise beteiligen würde. Sein Entschluß, diese Reise durchzuführen, könne durch nichts mehr geändert werden.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet dann einige ihm von Staatssekretär Dr. Bühler vorgelegte Schreiben.

21^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatskasino zwecks Teilnahme an einem Kameradschaftsabend der Ostbahn.

Nach Begrüßungsworten des Präsidenten der Ostbahn Gerteis ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

25.5.1943

Herr Präsident! Kameradinnen und Kameraden
der Ostbahn!

Als am 15. Sept. 1939 der völlige Zusammenbruch Polens nur noch eine Frage von wenigen Tagen war, gab mir der Führer den schweren Auftrag, aus dem Gebiet, das nicht unmittelbar ins Reich eingegliedert, sondern als Restbestand der alten polnischen Republik in eine eigene Verwaltung genommen werden sollte, ein Machtgebilde im Dienste des Deutschen Reiches aufzubauen. Ich habe damals dem Führer die Organisation dieses Generalgouvernements vorgeschlagen und er hat die von mir aufgestellten Grundsätze gebilligt.

Das wesentliche an dieser Organisation des Generalgouvernements waren zwei fundamentale Grundsätze, die in der Hauptsache auch heute noch völlig unerschüttert bestehen. Erstens sollte das Generalgouvernement als Nebenland des Großdeutschen Reiches nicht unmittelbarer Bestandteil der staatsrechtlichen Einheit des Deutschen Reiches im alten Sinne werden, sondern es sollte außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches liegend eben als Nebenland in den vollen Dienst des Reiches treten. Zweitens sollten die Funktionen aller Reichsbehörden im Generalgouvernement ausschließlich von der Regierung des Generalgouverneurs selber übernommen werden. Das Erste modifizierte ich im Laufe der Jahre. Ich habe gefunden, daß die alte juristische Unterscheidung von staatsrechtlichen Gebietsbegrenzungen an sich für dieses neue Gebilde nicht anwendbar wäre, und habe daher bereits im Jahre 1940 dem Führer vorgeschlagen, das Generalgouvernement als Bestandteil des Deutschen Reiches unter Aufrechterhaltung seiner notwendigen Eigengesetzlichkeit zu bezeichnen. Ein sinnbildlicher Ausdruck dieser Umformung war die Herausgabe der Führerbriefmarke mit ihrer Aufschrift "Deutsches Reich - Generalgouvernement."

25.5.1943

Im Zweiten, der Zusammenfassung aller Verwaltungszuständigkeiten beim Generalgouverneur, waren verschiedene Modifikationen notwendig, die sich im Laufe des Krieges, im Dienste des Endsieges von einer Zentrale aus ergaben. Die Elastizität ebenso wie unsere Erfahrung und auch das Entgegenkommen der Reichsinstanzen ermöglichten es, hier einen Weg der Entwicklung zu beschreiten, der zur allseitigen Befriedigung führt.

Im Rahmen dieses Entwicklungsganges spielt das Eisenbahnwesen des Genealgouvernements eine große Rolle. Hier möchte ich nun gleich vorweg betonen, daß der gesamte Aufbau des Generalgouvernements, alles das, was man im Reich anzuerkennen sich mehr und mehr veranlaßt sieht, alle die Leistungen des Generalgouvernements für das Reich, für die Front und für die Wehrmacht, - das alles dies nur möglich war, weil hier deutsche Reichsbahnbeamte und -angestellte mit restloser Aufopferung, Diensterfüllung und Hingabe an ihren Beruf Leistungen vollführt haben, die in der Geschichte des deutschen Eisenbahnwesens bis in die fernste Zukunft hinein einen der stolzesten Ruhmestitel der deutschen Eisenbahntätigkeit überhaupt darstellen werden. Ich muß hier im Namen des Reiches und als Generalgouverneur dieses Gebietes daher bekennen, daß wir, die wir in dieser schwierigsten Aufgabenstellung eisenbahnpolitischer, soziologischer und eisenbahntechnischer Art die Leistungskraft unserer deutschen Eisenbahnbeamten und -angestellten erfahren haben, restlos anerkennen müssen, was hier die Ostbahn aufgebaut hat.

Ich habe damals auf Grund engster Beratungen der Ostbahn die Organisation gegeben, die sie heute noch im wesentlichen hat. Sie ist und bleibt auch in Zukunft Eigentum des Staates Generalgouvernement und damit, da ja das ganze Generalgouvernement Eigentum des

Deutschen Reiches ist, indirekt Eigentum des Deutschen Reiches. Die Ostbahn als Betriebs- und Verkehrseinheit wird sich den zweckmäßigen Notwendigkeiten der betrieblichen Sicherheit anpassen und jene Umstellung erfahren, die aus betrieblichen Notwendigkeiten heraus geboten ist. Im übrigen wird aber die Generaldirektion der Ostbahn und die Ostbahn als Einrichtung bestehen bleiben, und es wird der engste Verwaltungs- und kameradschaftliche Lebenskontakt der Ostbahn im Rahmen des Generalgouvernements unverbrüchlich bestehen bleiben. (Beifall). Nachdem diese Fragen in schwierigen Einzelverhandlungen entschieden sind, kann es sich nur noch um technisch untergeordnete Probleme handeln, wie das im einzelnen durchgeführt wird. Die Einheitlichkeit des Generalgouvernements wird auf diesem Sektor dadurch betont, daß die Ostbahn deutlich in Erscheinung tritt.

Grundsätzlich möchte ich folgendes sagen: wenn wir die Einheitlichkeit des Generalgouvernements immer wieder betonen, so nicht deswegen, weil wir etwa aus partikularistischer Kleinlichkeitskrämerei eine Art künstlichen Sonderlebens erhalten wollen, sondern aus der Notwendigkeit heraus, daß dieses Gebiet, das nur zu einem Prozent von Deutschen bewohnt wird und von nur wenigen deutschen Männern und Frauen in Eigenverantwortlichkeit verwaltet werden muß, nicht behandelt werden kann wie irgendein Reichsgau. Freilich dauert es lange, bis in manchen Gehirnen der Heimat die Vorstellung aufdämmert, daß das Weltreich Deutschland etwas anderes bedeutet als der Einheitsstaat von früher. Aber Sie kennen mich als Lehrmeister für noch so verknöcherte Gehirne, die mir vorgesetzt werden. (Beifall)

25.5.1943

Daß uns gerade in Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller einer der verständnisvollsten Förderer und Kameraden zur Seite steht und daß ich das auch von Staatssekretär Ganzenmüller anläßlich seines leitzten Besuches feststellen konnte, darüber müssen wir dankbar sein und müßten froh sein, wenn überall im Reich die gleiche Aufgeschlossenheit wie bei ihnen vorhanden wäre. Es ist notwendig, daß der Beamte und Angestellte der Ostbahn weiß, daß ihm in seiner Reichsdienstlaufbahn bei einer Dienstleistung im Generalgouvernement kein Schaden erwächst, sondern im Gegenteil, daß der Ostdienst gerade die besten Männer und Frauen des Reiches braucht, daß der Ostdienst unter den jetzigen Voraussetzungen einen Frontdienst im Kampf um Deutschlands Freiheit darstellt. Diese Tatsache muß angesichts der blutigen Opfer allüberall in Deutschland laut und deutlich vernehmbar werden. (Beifall)

Wir sind hier an einem der gefährdetsten Schwerpunkte des Kampfes. Während wir uns hier in einer Feierstunde versammeln, schleicht da und dort die Horde der Verbrecher und Saboteure durch das Land; wir wissen nicht, wer von uns das nächste Opfer dieser Kamarilla sein wird. Wir stehen hier an einem der entscheidendsten Kampfabschnitte der inneren Front unseres Vaterlandes und unter diesem Aspekt sehe ich das Verdienst der Männer und Frauen, die in den Uniformen der Ostbahn ihr Leben in die Schanze schlagen, damit die Räder rollen für den Sieg.

Ich freue mich sehr über unser heutiges Zusammensein. Mich beglückt der Gruß, den ich Ihnen im Namen des Generalgouvernemerts und im Namen der Deutschen des Generalgouvernements entbiete, und er soll in alle Bereiche der Ostbahn und in alle Bereiche der Deutschen Reichsbahn getragen werden; denn wir müssen immer wieder anerkennen, daß genau so wie die Ostbahn auch die

25.5.1943

Reichsbahn, wo immer sie auftreten, eine der wesentlichsten Aufgaben für den deutschen Sieg zu vollführen haben. Diese Lehre haben wir in bitterer Erfahrung erhalten.

Es gab Zeiten vor diesem Krieg, da ging so ein Rauschen vom totalen Endsieg des Motors über die Eisenbahn durch die Welt. Damals wurde die Eisenbahn als so eine Art biedermeierlichen Instruments bezeichnet, und man wollte schon ihr Ende absehen können. Wie bitter war für uns die Lehre, als wir erkennen mußten, daß die Bahn in jeder noch so schrecklichen Witterungs- und Landsituation das einzige wirklich restlos zuverlässige Dauerverkehrsmittel ist. Diese zu einem wahren Enthusiasmus der Anerkennung der Bahnleistungen führende Umstellung im Ansehen des Bahnverkehrs ist eines der merkwürdigsten Ergebnisse dieses Krieges. Gerade auch im Generalgouvernement, wo wenig Verkehrsmittel vorhanden sind und wo der Autoverkehr infolge Benzinknappheit immer mehr zurücktreten muß, steigt die Bedeutung des Bahnverkehrs für das gesamte Leben und in besonderem Maße aber auch für die Front.

Herr Präsident Gerteis! Ich möchte diese Gelegenheit auch benutzen, um Ihnen persönlich meine und der Regierung des Generalgouvernements Anerkennung für Ihr jahrelanges, tapferes, wirklich vorbildliches Wirken im Dienste der Aufrechterhaltung des Verkehrs im Generalgouvernement auszusprechen. Sie haben von Anfang an diese Linie der Verkehrsdurchdringung des Generalgouvernements hervorragend durchgehalten. Ich glaube, daß in der Gesamtgeschichte des Generalgouvernements das Wirken der Ostbahn mit dem Namen des Präsidenten Gerteis und auch in der Geschichte der Reichsbahn während dieses Krieges Ihr Name neben dem des Reichsverkehrsministers Dr. Dorpmüller verbunden bleiben wird.

25.5.1943

Sie haben an der Spitze des Reichsverkehrsministeriums einen Mann, der Ihnen persönlich nahe steht, den Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller, einem der Männer, die in der Gesamtgeschichte des deutschen Verkehrswesens für alle Zukunft unvergessen bleiben werden. Ich weiß um seine jahrelangen Bemühungen für die Durchsetzung eines guten Eisenbahnwesens und ich kenne ihn als einen Mann, der sich mit einem wahren Fanatismus einsetzt. Diesem Mann im Namen von uns allen an dieser Stelle zu danken, ist mir ein Bedürfnis.

Meine Kameradinnen und Kameraden! In einer der entscheidendsten Entwicklungszonen unseres Gesamtdeutschen Schicksals haben wir uns heute kameradschaftlich zusammengefunden. Ich brauche Ihnen in diesem Augenblick nicht zu sagen, welche Sorgen uns alle gemeinsam bewegen. Der Krieg schreitet in unerbittlichen Ausmassen weiter. Der Haß, der gegen Deutschland zusammengeballte Vernichtungswille mächtigster Feindkoalitionen übersteigen jede Vorstellung. Wir müssen uns darüber klar sein, daß jetzt jeder Augenblick von Schwäche oder Nachgiebigkeit oder zweiflerischem sich dem Schicksal Entziehenwollen vom Übel ist. Um die Freiheit eines Volkes aufzubauen, bedarf es vielleicht Jahrzehnte eines Ringens, - die Freiheit für alle Ewigkeit zu verlieren, genügt oft ein Augenblick des Versagens. Zwischen diesen beiden polaren Zeitmomenten stehen wir. Wenn wir begännen, schwach zu werden oder unter der Mißgunst der Zeit zusammenzusinken, wenn wir begännen, irgendwie in unserer Arbeit oder in unserem Glauben an den Sieg nachzulassen, dann würden wir nicht nur unsere Generation und nicht nur zwei Jahrtausende deutscher Vergangenheit, sondern jegliche deutsche Zukunft aufgeben. Bleiben wir daher die, die wir waren. Es kann an dem, was die Kraft des deutschen Menschen ausmacht, nichts gerüttelt werden.

25.5.1943

Nicht etwa weil wir wissen, daß wir eine gewaltige Macht und Soldaten von unvergleichlicher Größe haben und weil das deutsche Volk auch die schwersten Kriegsschicksalsschläge ertragen kann, sondern vor allem deshalb, weil wir den Glauben und das Wissen besitzen, daß jedes Versagen die Vernichtung des deutschen Lebens für alle Zukunft bedeuten würde, wird heute die deutsche Nation mehr denn je zu einem eisernen Block zusammengeschmiedet.

Sie stehen an stolzer Aufgabenfront: die Ostbahn ist eine der Lebensadern des deutschen Sieges. Sie haben hier nicht einen bequemen Ruheplatz, sondern Sie stehen unter ständigem Einsatz Ihres Lebens an verantwortlichster Frontstellung. Sie haben dazu Hervorragendes an meisterhafter Führungskunst geleistet: über 15o ooo fremdvölkische Eisenbahner führen und leiten Sie; Sie haben das Wunder fertiggebracht, mit diesem Heer von fremdvölkischem Element den Eisenbahnbetrieb des Generalgouvernements einzurichten und immer mehr auf das Niveau des allgemeinen Reichsverkehrs emporzuentwickeln. Es ist daher auch angebracht, daß ich als Generalgouverneur bei diesem Anlaß der loyalen Tausende und Abertausende fremdvölkischer Angehöriger der Ostbahn gedenke. Auch sie haben ihre Pflicht erfüllt und ich werde mich immer wieder zum Fürsprecher jeden Verhaltens machen, das darauf abzielt, dem Fremdvölkischen, der loyal seine Arbeit tut, Aufstiegsgarantien zu geben.

Kameradinnen und Kameraden! Indem ich Ihnen danke und Ihnen in die Augen sehe und vor allem nach wie vor ans Herz lege, treu und aufopferungsvoll Ihre Kraft so wie bisher in den Dienst des Führers und Reiches zu stellen, wünsche ich Ihnen allen für Ihr weiteres dienstliches Schicksal das Beste. Das Generalgouvernement verläßt sich auf die Ostbahn, und die Ostbahn kann sich auf das Generalgouvernement verlassen. Das Deutsche Reich aber kann sich auf das Generalgouvernement und auf die Ostbahn verlassen.

(Langanhaltender Beifall)

22^{10} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

24^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Sonderzug auf dem Hauptbahnhof in Krakau.

0^{10} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf dem Hauptbahnhof in Krakau.

(Übernachtung im Sonderzug)

Radom

Mittwoch, den 26.Mai 1943

3^{35} Abfahrt des Sonderzuges vom Hauptbahnhof Krakau.

9^{05} Ankunft in Radom.

Begrüßung des Herrn Generalgouverneurs durch Gouverneur Kundt auf dem Bahnhof. Anschließend Fahrt zum Distriktsgebäude.

9^{20} Ankunft im Distriktsgebäude.

In der Vorhalle werden dem Herrn Generalgouverneur die leitenden Beamten und Angestellten vorgestellt.

Der Herr Generalgouverneur besichtigt sodann ein in der Vorhalle aufgestelltes Modell des Neubaues des Distriktsgebäudes.

Architekt Wittmann erläutert kurz Wesen und Zweck sowie Gestaltung des Neubaues. Im Anschluß daran findet eine Besichtigung des Neubaues durch den Herrn Generalgouverneur und seine Begleitung statt.

26.5.1943

10⁰⁰ Arbeitssitzung im Sitzungssaal des Distriktsgebäudes Radom.

Gouverneur Kundt begrüßt den Herrn Generalgouverneur und die Herren der Regierung des Generalgouvernements und erinnert dabei an die letzte Anwesenheit des Herrn Generalgouverneurs im Distrikt Radom am 15.Okt. 1941. Eine Reihe von Referaten, erstattet durch die Abteilungsleiter der Distriktsverwaltung, werden dem Herrn Generalgouverneur zeigen, vor welche Probeme der Distrikt Radom in den letzten Jahren gestellt worden sei.

Die von Gouverneur Kundt dem Herrn Generalgouverneur vorgelegte Tagesordnung wird von dem Herrn Generalgouverneur genehmigt. +)

1. Referat des Medizinalrats Dr.Steigele über:
Gesundheitsfragen und Gesundheitsorganisation im Distrikt Radom.

Medizinalrat Dr. Steigele behandelt in seinem Referat zunächst die gemeingefährlichen Krankheiten des Fleckfiebers und des Bauchtyphus, weiter das Trachom (Körnerkrankheit) . Im Anschluß daran entwirft er ein anschauliches Bild von den zur Zeit im Distrikt Radom herrschenden Gesundheitsverhältnissen der deutschen und fremdvölkischen Bevölkerung. Er teilt auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs mit, daß gegenwärtig 16 deutsche Ärzte und 3 Zahnärzte im Distrikt Radom tätig seien.

Im Anschluß an die von Medizinalrat Dr. Steigele behandelte Frage der sanitären Behandlung polnischer Häftlinge in den Gefangenenanstalten bemerkt Präsident Wille, daß er sich bereits in dieser Frage mit dem Leiter der Hauptabteilung Gesundheitswesen Präsident Dr. Teitge in Verbindung gesetzt habe. Leider würden aber, wenn in den Gefangenenanstalten z.B. Seife, Stroh

---

+) Referate siehe Anlage zu diesem Bericht.

oder Wäsche fehlten, Anforderungen dieser Artikel von den maßgebenden Abteilungen immer mit dem Hinweis abgelehnt, daß für Gefangene nichts gegeben werden könne. Die Hauptabteilung Justiz habe schon seit Anfang 194o der Frage der Desinfektionsanlagen ihr besonderes Interesse zugewendet. Wenn aber aus einem Distrikt ganz gleichlautende Anträge von der Justizverwaltung gestellt würden, dann werde von dem Generalbevollmächtigten für Bauwirtschaft grundsätzlich nur eine Anlage genehmigt, die anderen würden sämtlich abgelehnt.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß diese Frage in Krakau einer eingehenden Besprechung unterzogen wird.

2. Referat des Oberregierungsrats Stegemann über Das Schulwesen im Distrikt Radom.

Im Anschluß an das Referat wirft der Herr Generalgouverneur die Frage auf, wieweit die Ernennung von Schulräten im Generalgouvernement möglich sei.

Präsident Eichholz erwidert, daß nach einer Anordnung des Führers solche Ernennungen nicht mehr durchgeführt werden sollten, die eine Abweichung vom deutschen Beamtengesetz zur Voraussetzung hätten. Das treffe für die Schulräte zumeist zu. Weil die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht schon Anträge zurückerhalten habe, sei sie an Staatssekretär Dr. Bühler mit der Bitte herangetreten, bei Reichsminister Dr. Lammers eine Ausnahmegenehmigung zu erwirken. Er, Präsident Eichholz, habe in diesem Sinne auch mit Hauptabschnittsleiter Stahl gesprochen, und ihm sei zugesichert worden, daß sich die Partei mit einem entsprechenden Antrag an Reichsleiter Bormann wenden werde.

26.5.1943

3. Referat des Oberregierungsrat Paepke über Arbeitseinsatz und damit zusammenhängende Probleme.

Im Anschluß an sein Referat teilt Oberregierungsrat Paepke auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs mit, daß dem Distrikt Radom für die Gestellung von Arbeitskräften für das Reich ein Soll von 29 loo Mann auferlegt worden sei, dessen Erfüllung sich aber große Schwierigkeiten entgegenstellten, da in der letzten Zeit besonders nur noch lo % der geforderten Zahl erfaßt werden könnten.

Ministerialrat Rhetz weist darauf hin, daß die Verhältnisse im ganzen Generalgouvernement ähnlich lägen. Gleichwohl müsse die Arbeitsverwaltung an der weiteren Gestellung von Arbeitskräften festhalten, da von Berlin aus ständig ein Druck ausgeübt werde. Die Zahlen, die von der Hauptabteilung Arbeit den Distrikten auferlegt würden, deckten bei weitem nicht das, was vom Reich gefordert werde. Über die Schwierigkeiten, mit denen man im Generalgouvernement zu kämpfen habe, wede fortdauernd an Gauleiter Sauckel berichtet. Man habe auch in Berlin angeregt, daß ein verstärkter Polizeischutz eingesetzt werden solle.

Der Herr Generalgouverneur stellt danach fest, daß die Distriktsverwaltungen einfach schutzlos seien. Man könne unmöglich von den Beamten die Erfüllung des Solls verlangen, wenn sie keinerlei Möglichkeit hätten, das Land zu bereisen. Deshalb müßten sie in zunehmendem Maße von ihrer Verantwortung befreit werden.

26.5.1943

4. Referat des Baudienstführers Lehmkuhl über Baudienst im Distrikt Radom.

Der von Arbeitsführer Lehmkuhl in seinem Referat erwähnte Umstand, daß Baudienstpflichtige vielfach von der Arbeitsverwaltung für die Verschickung ins Reich erfaßt würden, veranlaßt den Herrn Generalgouverneur zu der Frage, wie es mit der Rekrutierung der Baudienstpflichtigen im Generalgouvernement stehe.

Ministerialrat Rhetz verweist auf ein mit Oberstarbeitsführer Hinkel getroffenes Abkommen, nach welchem eine Reihe von Jahrgängen von der Werbung für die Arbeitervermittlung freiblieben und lediglich dem Baudienst zur Verfügung ständen. Es komme immer wieder vor, daß Leute, die nicht erfaßt worden seien, insbesondere auch solche, die sich der Baudienstpflicht entziehen wollten, als Arbeiter ins Reich vermittelt würden.

Oberstarbeitsführer Hinkel ist der Auffassung, daß die Hauptabteilung Arbeit die mit ihr getroffene Vereinbarung wohl zu halten gewillt sei, daß aber offenbar bei den untergeordneten Dienststellen und vor allem bei den Werbern, die draußen tätig seien, diese Vereinbarung nicht genügend bekannt sei und sie deshalb auch die Baudienstpflichtigen zu erfassen suchten. In Betracht kämen schon fast lo ooo Mann, die ihren Gestellungsbefehl für den Baudienst erhalten hätten und trotzdem ins Reich vermittelt worden seien. In einzelnen Fällen lasse sich allerdings feststellen, daß der betreffende Werber oder Beauftragte der Arbeitsverwaltung Kenntnis davon gehabt haben müsse, wie z.B. der Vorgang auf dem Bahnhof Krakau zeige: dort sei ein ganzer Zug mit 2oo oder 3oo Baudienstpflichtigen angekommen, ein Zivilist sei erschienen und habe gerufen: "Hier Baudienst", - habe die Leute dann in einen anderen Zug steigen lassen und sie nach Deutschland geschickt. Es komme auch vor, daß Baudienstpflichtige während ihrer Urlaubszeit nach Deutschland geschickt würden. Solche Vorkommnisse müßten unter allen Umständen vermieden werden, solle der Baudienst nicht ganz zum Erliegen kommen. Im übrigen könne er feststellen, daß Baudienstführer Lehmkuhl dank auch der Unterstützung durch Gouverneur Kundt seine Aufgabe habe sehr gut erfüllen können.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Ministerialrat Rhetz, daß ihm von dem Vorfall auf dem Bahnhof Krakau nichts bekannt sei. Die Hauptabteilung Arbeit werde erneut eine Weisung an die ausführenden Organe geben, daß die getroffene Vereinbarung strikte durchgeführt werde. Daß solche Einzelfälle vorkämen, bedauere auch die Hauptabteilung Arbeit. Offenbar täten hier untergeordnete Organe des guten zuviel.

Oberstarbeitsführer Hinkel bemerkt, daß er mit Staatssekretär Dr. Bühler nochmals über diese Dinge gesprochen und den Antrag gestellt habe, daß nunmehr im Hinblick auf die Erfassung von Mannschaften für die Vermittlung ins Reich und den unbedingt notwendigen Einsatz im Generalgouvernement, ferner im Hinblick auf die Aufstellung der SS-Division Galizien eine Verordnung erlassen werde, nach der in Zukunft die Jahrgänge 1923 und jünger von allen derartigen Aktionen zugunsten des Reiches ausgeschlossen würden und zunächst ihrer Baudienstpflicht zu genügen hätten, um das für das Generalgouvernement notwendige Arbeiterreservoir zu schaffen, und dann erst ins Reich vermittelt werden dürften.

26.5.1943

5. Referat des Rechtsantwalts Wetzel über Probleme der Wirtschaft.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich nimmt zu einigen in dem Referat erörterten Fragen Stellung. Er führt aus: die Beschaffung von Holzgasgeneratoren sei Aufgabe der Abteilung Straßenverkehr in der Inneren Verwaltung. Die Schwierigkeit habe bisher darin gelegen, daß es an Werkstätten für den Umbau der Fahrzeuge gefehlt und sich, soweit eine Umbaumöglichkeit vorhanden gewesen sei, ein Mangel an Fahrzeugen ergeben habe, weil sie nicht aus dem Verkehr hätten gezogen werden können.

Für die Umstellung des Kraftfahrwesens im Generalgouvernement komme gleichwohl zunächst die stärkere Heranziehung von Holzgasgeneratoren in Frage, ferner die Umstellung der Fahrzeuge auf Erdgas, die auch für den Distrikt Radom von Bedeutung sei, da die Erdgasleitung in das Industriedreieck gehe. Leider fehle es aber an Kompressorenstationen und den benötigten Stahlflaschen. Weiter sei eine Umstellung möglich im Wege der Lieferung von Flüssiggas sowohl aus dem hiesigen Erdölrevier wie aus dem Reich. Diese drei Verfahren ständen zur Zeit im Wettbewerb. Eine wirklich zentrale Bearbeitung dieser Frage fehle, weil sich einzelne Ressorts auf bestimmte Verfahren festgelegt hätten. Mit dem Bau der Hydrierwerke sei eine Änderung hinsichtlich des Flüssiggases eingetreten, und man könne insofern in viel größerem Maße als bisher die Umstellung vornehmen. Dieses Flüssiggas werde zum Teil in die Luft gejagt, weil eine Möglichkeit für den wirtschaftlichen Einsatz nicht gegeben sei. Es sei zu hoffen, daß noch im Laufe dieses Jahres eine Erleichterung eintrete.

Nachdem die Kohlensituation wesentlich erleichtert, auch Stauungen in diesem Jahr bisher nicht fühlbar geworden seien und eine gleichmäßige Streckenbelieferung einsetze, sei man nicht mehr gezwungen, die Kohlenbewirtschaftung zentralistisch zu handhaben. Er stimme deshalb grundsätzlich dem Einbau der Distriktsbeauftragten für Kohle in die Wirtschaftsabteilungen zu. Im übrigen sei zu hoffen, daß sich die Kohlensituation weitere bessere und die Mehrbelieferung mit Kohle nicht wieder dadurch ausgeglichen werde, daß die Rüstungsindustrie zu starke Kohlenmengen an sich ziehe und den Hausbrandsektor von neuem beschränke.

Die Möglichkeit der Heranholung der Kohle über die Weichsel sei im vorigen Jahre weitgehend beeinträchtigt gewesen, weil es infolge der Trockenheit an dem nötigen Wasser gefehlt habe. Man müsse im Zuge der zentralen Dispositionen darauf sehen, soviel wie möglich Kohle mit allen Verkehrsmitteln hereinzubringen. Das bedeute allerdings, daß bei der Hereinholung von Wasserkohle der kürzeste Turnus der Galeeren für das Generalgouvernement der vorteilhafteste sei. Der Umschlag von der Kohlengrube bis nach Krakau und zurück dauere 7 Tage. So bekomme man für die Nahzonen die meiste Kohle herein und könne Eisenbahnkohle entsprechend mehr ins Land fahren lassen. Würde man die Galeeren bis Sandomierz fahren lassen, dann betrage die Umlaufszeit 21 Tage; die Transportgefäße würden auch nur zu einem Drittel ausgenutzt, was sich nicht vertreten lasse. Noch unwirtschaftlicher wäre es, die Kohle nach Warschau auf dem Wasserwege zu leiten, weil der Umlauf dann 42 Tage dauern würde.

Im zivilen Sektor der Industrie sei die Ernährungssituation eine der ernstesten Sorgen. Der zivile Sektor habe sich weitgehend in den Bahnen unkontrollierter Arbeitstarife und Preise bewegt, weil die Ernährung der Arbeiter und ihrer Angehörigen zu den amtlichen Preisen nicht sicherzustellen sei. Die einzelnen Betriebe hätten Selbsthilfe betrieben: die Tarife seien

26.5.1943

zwar offiziell innegehalten, daneben seien aber in Form von Bargeld und Naturalien Zuschläge gewährt worden, die die Arbeiter in die Lage versetzten, auf dem schwarzen Markt Lebensmittel für ihre Familien zu kaufen. Das habe wieder zur Folge gehabt, daß manche Betriebe lediglich für den Schwarzmarkt produzierten: man sicherte sich zwar schon wegen der besseren Optik eine Reihe von Aufträgen der Wehrmacht usw., bei denen die offiziellen Preise zu Grunde gelegt worden seien, daneben sei aber manches Andere fabriziert und unsichtbar in den Schleichhandel gebracht worden.

Die gesamte Wirtschaftspolitik des Generalgouvernements könne nur dann gesunden, wenn es gelinge, den offiziellen Sektor zu stärken und nach Möglichkeit den inoffiziellen überhaupt zum Erliegen zu bringen, indem die ganze Produktion völlig in den kontrollierten Sektor gezogen und der Steuerung zugänglich gemacht werde. Damit könne dann jede Beiluft ausgeschaltet werden und die verfügbare Produktionskapazität des Landes restlos für den kriegswichtigen Einsatz zur Verfügung stehen.

Er bitte aus allen diesen Gründen die Hauptabteilung E. u. L., alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit die Ernährung der Arbeiter des sogenannten zivilen Sektors genau so sichergestellt werden könne wie diejenige der Arbeiter der Rüstungsindustrie. Das sei nicht eine Frage des Wollens, sondern des Könnens, und dieses Ziel werde sich vor allem nur durch einen Verzicht des Reiches auf übermäßige Forderungen erreichen lassen. Eine Sanierung des gewerblichen Sektors sei jedenfalls nur von der Ernährungsseite her möglich.

Der Druck nach Verlegung weiterer Industriebetriebe in das Generalgouvernement sei außerordentlich stark. Eine Zusicherung des Rüstungsinspekteurs, daß man an die Textilindustrie keine weiteren Forderungen stellen wolle, werde über den Haufen geworfen, wenn von Berlin

26.5.1943

immer erneute Forderungen erhoben würden.

Mit der Verschärfung des Luftkrieges und dem damit verbundenen Ausfall von Kapazitäten werde die Sorge der maßgebenden Instanzen des Reiches immer größer, die Produktion an sichere Stätten zu bringen. Er habe vor einiger Zeit eine eingehende Besprechung mit dem Generalbevollmächtigten für die chemische Erzeugung Prof. Krauch über das für den Süden des Generalgouvernements sehr interessante Gebiet der Raffinerien gehabt. Die Raffinerien des Generalgouvernements seien etwas überdimensioniert; sie könnten wenigstens mehr Rohöl verarbeiten, als erzeugt werde. Wenn aber Raffinerien im Reich in größerer Zahl zerstört würden, dann könne für die Rohölbearbeitung des Reiches ein Notstand eintreten. Dieses Öl müsse deshalb im Generalgouvernement raffiniert werden können. Man habe einen Plan aufgestellt, nach welchem zunächst geeignete Raffinerien des Generalgouvernements für die Herstellung hochwertiger Produkte ausgebaut würden. Vom Standpunkte des Generalgouvernments könne man diese Entwicklung begrüßen. Denn was im Generalgouvernement an vielleicht mehr oder weniger veralteten Fabrikationsstätten übernommen worden sei, werde unter dem Druck des Krieges zu einer Raffinerie ausgebaut, die höherwertige Erzeugnisse herstellen könne als bisher.

Der stärkste Engpaß sei nicht etwa der Treibstoff, sondern die Schmierstoffe, das Rohöl. Es komme darauf an, die Aufspaltung der Rohöle in dem Sinne umzustellen, daß hochwertige Erzeugnisse hergestellt würden. Nicht die Eigenversorgung des Generalgouvernements sei das Ziel, sondern im Gesamtrahmen der Kriegswirtschaft des Reiches müßten diejenigen Erzeugnisse hergestellt werden, die den stärksten Engpaß bedeuteten. Aber auch die alten Raffinerien dürften nicht beseitigt werden, indem man im Sinne der Rationalisierung zwei Betriebe zusammenwerfe, sondern diese Raffinerien müßten, auch wenn sie

26.5.1943

stillgelegt seien, jeder Zeit einsatzfähig bleiben, damit beim Ausfall einer Raffinerie des Reiches sofort eine in Reserve gehaltene Raffinerie des Generalgouvernements in Betrieb genommen werden könne.

Ähnlich liege es auf fast allen anderen kriegswirtschaftlichen Gebieten. Die Möglichkeiten für das Generalgouvernement, dem Reich Hilfe zu leisten, seien je nach der Branche sehr verschieden, und die Diskussionen über mögliche Verlegung von Industrien rissen nicht ab. Die Tatsache, daß im Reich für die unmittelbaren Kriegsfertigungen sogenannte Zivilfertigungen hätten Opfer bringen müssen und daß gerade die Textilindustrie als Zweigbetrachtet werde, der noch erhebliche Reserven für die Unterbringung von Kriegsfertigungen biete, sei ein Umstand, der wahrgenommen werden müsse. Angesichts der geringen Textilerzeugung sei zweifellos die Textilindustrie des Reiches überdimensioniert. Viele Arbeitskräfte seien auch schon aus der Textilindustrie herausgenommen worden, und selbst die Rücksicht auf hervorragend fundierte Unternehmungen habe man nicht mehr als auschlaggebend anerkannt. Man verweise in Berlin beim Ministerium Speer auch auf diesbezügliche Möglichkeiten, und der Druck, der hier ausgeübt werde, führe immer wieder zu neuen Überlegungen, ob im Generalgouvernement nicht Luft zu schaffen sei. Daß man sich im Generalgouvernement gerade wegen der Bedeutung der Spinnstoffwirtschaft für die Ernteerfassung nach Kräften dagegen wehre, weil ja auch das Reich mit seinen schwindenden Spinnstoffbeständen dem Generalgouvernement nicht entsprechend helfen könne, sei selbstverständlich. Man werde deshalb jeden Einzelfall sorgfältig prüfen, wobei man das Ziel im Auge haben werde, diejenigen Betriebe zu erhalten, die wirklich die größte Erzeugung gewährleisteten.

26.5.1943

Was die Personallage angehe, so sie die Wirtschaftsverwaltung des Generalgouvernements von vornherein dadurch benachteilgigt gewesen, daß ihr die nötige Unterstützung des Reiches gefehlt habe. Das Reichswirtschaftsministerium habe nicht wie andere Zweige der Reichsverwaltung über eine Mittelinstanz verfügt; denn die Mittelinstanz der Landeswirtschaftsämter sei erst während des Krieges geschaffen worden. So habe man auf dem Personlagebiet ständig mit improvisionären Verhältnissen zu rechnen. Mit der Hauptabteilung Finanzen sei jetzt vereinbart worden, daß 4o neue Kräfte insgesamt für die Wirtschaftsverwaltung des Generalgouvernements eingestellt würden, und zwar für die Hauptabteilung die Bewirtschaftungsstellen und diejenigen Wirtschaftsabteilungen, die besondere schwach besetzt seien. Man bemühe sch nun, durch Werbung im Reich Kräfte aus der wirtschaftlichen Praxis zu bekommen. Die Einarbeitung dieser Kräfte sei sehr schwer, aber es habe sich doch gezeigt, daß man auch mit älteren Kräften die verwaltungsmäßigen Aufgaben einigermaßen erfüllen könne.

330

26.5.1943

6. Referat des Leiters der Abteilung Forsten Oberregierungsrats Elste über

Holz- und Forstwirtschaft im Distrikt Radom.

Im Anschluß an dieses Referat nimmt Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt zur Frage der Sicherheit in den Wäldern Stellung. Angesichts der Tatsache, daß immer mehr deutsche Beamte und Angestellte zur Wehrmacht eingezogen würden und aus dem Reich kein Ersatz mehr zu erhalten sei, sei die Forstverwaltung im Begriff, das Forstschutzkommando durch polnische Forstbeamte zu verstärken. Man sei dazu übergegangen, diejenigen polnischen Forstbeamten, die sich im Laufe der Jahre als loyal erwiesen hätten, zusammenzuziehen, auszubilden und mit ihnen das Forstschutzkommando aufzufüllen. Gleichwohl seien die Kräfte so gering an Zahl, daß sie nur an einigen Brannpunkten wie z.B. zum Schutz von Sägewerken eingesetzt werden könnten. Die allgemeine Sicherheit werde also durch diese Maßnahme nicht erhöht werden. Auch im Distrikt Lublin und ebenso in Teilen des Distrikts Warschau herrschen ähnliche Verhältnisse wie im Distrikt Radom, während die Lage in den Distrikten Krakau und Lemberg zur Zeit noch einigermaßen günstig seien. Gerade weil sich der forstliche Betrieb in den Wäldern abspiele, in denen die Banditen und Partisanen hausten, sei die Forstverwaltung von der Unsicherheit besonders betroffen. Er sehe deshalb der Zukunft mit großen Bedenken entgegen.

26.5.1943

7. Referat des Leiters der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft Landwirtschaftsrats Topff über

Die Landwirtschaft im Distrikt Radom.

Präsident Naumann weist im Hinblick auf die in dem Referat geäußerten Wünsche nach einer besseren Ernährung der im Distrikt Radom anssässigen Bevölkerung darauf hin, daß er schon seit etwa einem Jahre in Berlin bei den höchsten Reichsstellen zu erreichen versuche, daß der Ernährung der Verbraucher des hiesigen Raumes, sowohl der polnischen Beamten und Angestellten wie auch vor allem aller im deutschen Interesse Arbeitenden mit ihren Familienangehörigen und derjenigen städtischen Verbraucher, die alt seien oder sonst nicht mehr zur Arbeit eingesetzt werden könnten, die Sätze der Warthegauregelung zugrunde gelegt würden. Diese Regelung müßte für etwa 6,1 Millionen Menschen hinsichtlich der wichtigsten Produkte wie Kartoffeln, Brotgetreide und Zucker durchgeführt werden. Man werde sich weiter dafür einsetzen, daß diese Regelung mit Beginn des neuen Erntejahres erfolge. Die Ernährung der Bevölkerung des Generalgouvernements müsse weiter vor den Leistungen für Wehrmacht und Reich sichergestellt werden, entgegen dem bisherigen Zustand, nach welchem erst nach Erfüllung der Leistungen für Reich und Wehrmacht der bleibende Rest für die Versorgung des Generalgouvernements habe herangezogen werden können.

Die Regelung werde für die Rüstungsarbeiter und ihre Familienangehörigen so erfolgen, daß ab 15. August gewisse Mengen von Nahrungsmitteln wie Getreide aus der Reichsleitung freigegeben, allerdings nicht erlassen würden; denn diese Mengen müßten im Jahre 1943/44 nachgeliefert werden. Wieweit das ~~nachgelassen~~ gelingen werde, hänge davon ab, welche Leistungen Wehrmacht und Reich aus der Ernte 1943 dem Generalgouvernement aufzuerlegen wünschten.

Die Ernährungslage im gesamten europäischen Raum habe sich nicht gebessert, sondern sei von Jahr zu Jahr kritischer geworden. Die auf den neueroberten russischen Raum gesetzten Hoffnungen seien angesichts des Verlustes großer Gebiete im Osten zunichte geworden. Auch habe dort die Unsicherheit infolge des Banditen- und Partisanenunwesens einen großen Umfang angenommen. Mit nennenswerten Lieferungen aus dem Osten für die Unterstützung der deutschen Versorgung sei im kommenden Wirtschaftsjahr nicht zu rechnen. Darüber hinaus würden von den Verbündeten immer neue Forderungen an die verantwortlichen Stellen der deutschen Ernährungswirtschaft auf Lieferung von Getriede und anderen Produkten gestellt. Solche Forderungen würden z.B. auch von Ländern erhoben, die wie Bulgarien bisher noch nie Getreide eingeführt hätten.

Für die Erfassung der jetzt erstehenden Ernte sei die Beantwortung der Frage von großer Bedeutung, ob es gelingen werde, bis zum 1.Juli ds. Jrs. die Sicherheit und deutsche Autorität im Raum des Generalgouvernements wiederherzustellen. Er habe deshalb vor einigen Tagen dem Herrn Generalgouverneur einen zusammenfassenden Bericht der Hauptabteilung E.u.L. zugehen lassen, in dem auf Grund von Tatsachenmaterial die gegenwärtigen Zustände dargelegt würden, die zum z.B. dadurch gekennzeichnet seien, daß allein in den zwei letzten Nächten im Distrikt Warschau wieder w 2o Molkereien in die Luft gesprengt worden seien. Von den polnischen Agronomen seien im Distrikt Warschau in

13 Monaten 123 erschossen worden.

Von besonderer Wichtigkeit sei auch der Umstand, daß es gelingen müsse, genügend Produktionsmittel und Prämienware für die Landwirtschaft zu beschaffen. Die landwirtschaftlichen Betriebe seien, da sie auf legalem Wege keine Betriebsmittel wie Eisen usw. erhielten, gezwungen, sich auf den illegalen Markt zu begeben und mit Hilfe von Prämienware wie Zucker z. B. Hufnägel zu unverhältnismäßig hohen Preisen zu verschaffen. Das der Hauptabteilung E. u. L. zur Verfügung gestellte Eisenkontingent von 7 000 to sei völlig unzureichend. Trotzdem sollten Kühlhäuser, Lagerhäuser u. a. Gebäude gebaut und neu errichtet werden, die die Bandigen zerschlagen hätten. Sowohl die gewerbliche Wirtshhaft wie die Ernährung und Landwirtschaft befänden sich in einer außerordentlichen Zwangslage und er bitte deshalb Dr. Emmerich, dafür zu sorgen, daß Produktionsmittel in genügendem Maße zur Verfügung gestellt würden.

Die Arbeiter und Angestellten der Genossenschaften würden von den Sicherheitsorganen, soweit möglich, scharf überprüft, damit die Bildung von Widerstandsnestern verhindert werden könne.

Vor kurzem sei in Krakau ein Abkommen getroffen worden, nach welchem alle auf den Truppenübungsplätsen von der Wehrmacht bewirtschafteten Betriebe genau so den marktordnenden Bestimmungen unterlägen und diese Betriebe ebenso behandelt würden wie alle anderen Betriebe. Man stütze sich dabei auf den Erlaß des Reichsmarschalls vom 17.März 1943, in welchem klar gesagt sei, daß sich jede Dienststelle im Lande unbedingt an die geltenden Bestimmungen zu halten habe.

Was die Frag e der Versorgung der Mitarbeiter der Hauptabteilung E. u. L. mit Benzin angehe, so seien auch hier die Verhandlungen sehr langwierig gewesen. Der Beauftragte der Dienststelle des Vierjahresplans

26.5.1943

Major Schwing habe den berechtigten Wünschen der Hauptabteilung nicht stattgegeben, und man stehe mit ihm in weiteren Verhandlungen.

8. Referat des SS- und Polizeiführers Böttcher über Die Sicherheitslage im Distrikt Radom.

SS-Oberführer Böttcher führt aus, daß bis zum März 1942 die Zahl der Überfälle und die Kopfstärke der Teilnehmer an diesen Überfällen zu besonderer Beunruhigung keinen Anlaß gegeben hätten. Es seien 1o, in seltenen Fällen höchstens 15 Banditen als Teilnehmer solcher Überfälle festzustellen gewesen. Bei ihnen habe es sich um Eingesessene gehandelt, die ihrem landesüblichen Gewerbe schon seit langem nachgingen. Überfälle mit starkem politischen Einschlag seien kaum feststellbar gewesen.

Von April 1942 an habe sich das Bild in langsamem Ansteigen der Zahl der Überfälle in Gestalt gewaltsamen, raubartigen Vorgehens gewandelt. Allerdings habe es sich öfter nachträglich herausgestellt, daß entgegen den Meldungen nur reine Einbruchsdiebstähle verübt worden seien.

Wenn sich bis April 1942 die Zahl der monatlichen Überfälle durchweg unter 1oo gehalten habe, so sei im April 1942 erstmalig die monatliche Anzahl auf 1o5 gestiegen, im Juli bereits auf 2o6, im November auf 365, im Februar auf 493, im März auf 7o5, im April auf 965, und im Mai 1943 werde eine Zahl von über 1ooo erreicht werden.

Im letzten Halbjahr habe nicht nur ein schnelles Ansteigen der Zahl der Überfälle, sondern auch eine immer größer werdende Kopfzahl, eine bessere Bewaffnung und Organisation sowie eine Planmässigkeit des Vorgehens festgestellt werden können. Die Angriffstätigkeit sei immer mehr auf deutsche und deutschen Interessen dienende Objekte gerichtet worden, und zwar mit der Tendenz, die deutsche Verwaltung, das deutsche Nachrichtenwesen, die deutsche Wirtschaft zu stören. Auch seien Angriffe auf kleine Postämter, Bahnstationen, Steuereinnahmestellen, Gemeindeämter, Molkereien, Milch- und Eiersammelstellen, Güter der Liegenschaftsverwaltung, Sägewerke usw. erfolgt, bei denen zumeist auch größere Mengen Bargeldes geraubt worden seien.

Im ersten Vierteljahr 1943 seien 14 Deutsche ermordet worden, im April 36. Der Überfall auf Antonienhof habe 17 Tote gekostet. Die Zahl der aus politischen Gründen ermordeten Polen sei im April auf 54 gestiegen. Bandenüberfälle hätten stattgefunden: im Februar 22, im April 39, im Mai 83. 1o2 Überfälle seien auf Gemeindeämter verübt worden.

Die Planmässigkeit des Vorgehens sei deutlich festzustellen. Dabei ergebe sich folgendes Bild: die nationalpolnische Tätigkeit sei unbedeutend; die gesamte terroristische Bewegung gehe von den Kommunisten aus. Es gebe eine einheitliche Führung von Warschau her, und zwar von Funktionären mit genauer Schulung für den terroristischen Kampf. In den einzelnen größeren Städten gebe es besondere Stäbe für Waffenversorgung. Genau so, wie festgestellt sei, daß die Versorgung mit Waffen usw. mittels Fallschirmabwurfs erfolge, stehe auch fest, daß die allgemeine Direktive für die terroristische Tätigkeit vom feindlichen Ausland komme. Es gebe einen ausgezeichnet arbeitenden Nachrichtendienst mit allen technischen Mitteln, auch eine besonders gut arbeitende militärische Führung.

Für die Zusammensetzung der Banden im Distrikt Radom könne festgestellt werden, daß es sich nicht um Banden handle, die ständig Tag und Nacht zusammengezogen seien; denn dann wäre es eine rein militärische Aufgabe, sie zu vernichten. Abgesehen von einem kleinen

26.5.1943

Kern setzten sich die Banden aus Männern zusammen, die nur stunden- oder tageweise zu ihnen stießen, sonst aber in den Dörfern ihrer Beschäftigung nachgingen. Auch sei ein Teil der Bewaffnung, Ausrüstung und Munition in den Dörfern versteckt, was daraus zu schließen sei, daß oft in den Häusern solcher Dörfer Sprengkörper explodierten. Aus alledem ergebe sich die große Schwierigkeit der Bekämpfung dieser Bandentätigkeit.

Die Gründe für diese Entwicklung lägen zunächst einmal in der Lage des polnischen Volkes selbst, in seiner politischen Vergangenheit, seiner rassischen Eigenart und seiner Erfahrung im Konspirieren. Aber auch die materielle Not großer Teile der Bevölkerung sei der Grund dafür, daß sich immer weitere Kreise zu Terrorakten hinreißen ließen. Gewisse Maßnahmen wie die Ernteerfassung, die zwangsweise Erfassung polnischer Arbeitskräfte, die Einziehung zum Baudienst hätten viele Polen veranlaßt, sich dem Zugriff der Deutschen zu entziehen und sich den Banden anzuschließen.

Erfreulicherweise habe sich die Zahl der Sabotagefälle in den großen Rüstungsbetrieben nicht vermehrt. Er führe das hauptsächlich auf die bessere Ernährung der Rüstungsarbeiter zurück. Die Zuteilung einer Zusatzverpflegung an ihre Familienangehörigen werde hoffentlich eine weitere Einschränkung der Sabotagefälle zur Folge haben. Überhaupt müsse eine allgemeine Erhöhung der polnischen Lebensmittelsätze erreicht werden, da sich der Pole angesichts der hohen Schleichhandelspreise keine zusätzlichen Lebensmittel beschaffen könne. Er sei davon überzeugt, daß ein weiteres Anwachsen der Unsicherheit bis zur Grenze eines mehr oder weniger unverhüllten Aufstandes, zum mindesten aber eine starke Gefährdung der von deutscher Seite angeordneten wirtschaftlichen Maßnahmen zu erwarten sei.

26.5.1943

Bis Herbst 1942 habe die Bekämpfung des Bandenwesens der Gendarmerie unter Heranziehung der polnischen Polizei obgelegen, während die Truppenpolizei nur in besonderen Fällen eingesetzt worden sei. Mit der Verschärfung der Sicherheitslage habe sich aber die Bekämpfung durch die örtlich vorhandenen Kräfte der Ordnungspolizei als immer unzureichender erwiesen. Man habe deshalb schnell bewegliche Kompanie der Gendarmerie und besondere Einsatzkommandos für begrenzte Gebiete zum Einsatz gebracht. Das sei aber nur für kurze Zeit von Erfolg begleitet gewesen. Die Banden seien der Vernichtung ausgewichen und hätten sich in Gebiete mit weniger Polizeikräften begeben. Zur Zeit seien jedenfalls die vorhandenen Kräfte absolut ungenügend, die Polizei sei durchaus in die Defensive gedrängt und nicht in der Lage, alle gefährdeten Gebiete zu schützen.

In diesem Zusammenhang könne er auf die gute Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und Polizei hinweisen.

Dem unhaltbaren Zustand, daß die Polizei in die Defensive gedrängt sei, habe der Reichsführer SS durch die Verlegung eines ganzen Regiments Truppenpolizei nach Radom Rechnung getragen, das aus dem Westen kommend, die hiesige Truppenpolizei mehr als verdopple. Um den Einsatz dieses Regiments möglichst schlagkräftig zu gestalten, gehe man folgendermaßen vor: die vorhandenen Gendarmerieposten in den 6 gefährdeten Kreisen würden verteilt und durch die Männer des Regiments verstärkt, so daß kampfkräftige Einheiten durch ständige Tag- und Nachtstreifen das Hin- und Herfluktuieren der Banden zunichte machen könnten.

Im Jahre 1942 seien an Banditen, führenden Kommunisten, Angehörigen der nationalen Widerstandsbewegung insgesamt 1764 erschossen worden, 748 im ersten Vierteljahr 1943. Im Jahre 1942 seien 5 742 festgenommen worden, im ersten Vierteljahr 1943 allein 3 223.

26.5.1943

Die von der Abteilung Gesundheitswesen bemängelte Überbelegung der Gefängnisse finde damit ihre Erklärung. Ein Teil der Festgenommenen werde nach Überprüfung wieder entlassen.

Erbeutet worden seien im Jahre 1942 insgesamt nur 5 Maschinengewehre, im ersten Vierteljahr 1943 bereits 8, im April und Mai weitere 9. Maschinenpistolen seien 1942 überhaupt nicht erbeutet worden, bis zum 31.März 1943 aber bereits 6. An Gewehren und leichten Waffen seien 1942 insgesamt 267 erbeutet worden, im ersten Vierteljahr 1943 bereits 1o1, Pistolen und Revolver 23o.

Im Jahre 1942 seien von deutschen Polizeikräften einschließlich des Sonderdienstes insgesamt 2o gefallen, im ersten Vierteljahr 1943 7, im April 4, im Mai 14. Von Angehörigen der polnischen Polizei seien im Jahre 1942 gefallen 16, im ersten Vierteljahr 1943 14, im April 6, im Mai ebenfalls 6. Die Unterführer und Männer der polnischen Polizei hätten mit wenigen Ausnahmen eine erstaunliche Pflichttreue gezeigt, was von den polnischen Polizeioffizieren nicht gesagt werden könne, die zum größten Teil unzuverlässig seien.

Die noch fast rd. 22 ooo Juden im Distrikt Radom seien karteimäßig erfaßt, in Lägern untergebracht und fast ausschließlich in der Rüstungsindustrie beschäftigt. Nennenswerte Zahlen von Juden seien bei den Banden nicht festzustellen. - Die SS und die Sicherheitspolizei im Distrikt Radom seien rd. 25o Mann stark.

26.5.1943

Gouverneur Kundt gibt im Anschluß an die Referate einen Überblick über die Verwaltung des Distrikts Radom. Die Distriktsverwaltung als solche habe zur Zeit einen Personalstand von 42o deutschen Männern und Frauen. Davon seien 67 Beamte, 219 männliche und 134 weibliche Angestellte. 12 Beamte seien zur Wehrmacht eingezogen. Dazu kämen noch 252 Polen. Wenn man bedenke, daß diese 42o deutschen Männer und Frauen die gesamten Aufgaben von 12 Abteilungen erfüllten, so müsse mit der Anerkennung dieser Leistung auch festgestellt werden, daß sie alle überanstrengt seien. Zudem täten sie auch ihre Pflicht gegenüber der Partei, die Männer unterzögen sich der Ausbildung im Polizeihilfsdienst.

In den lo Kreishauptmannschaften und 3 Stadthauptmannschaften seien 477 deutsche Beamte und Angestellte und Arbeiter beschäftigt, von denen sich zur Zeit 64 bei der Wehrmacht befänden. Mit diesen geringen Kräften einschließlich der weiblichen Schreibkräfte müsse der gesamte Apparat in Gang gehalten werden. Auch bestehe ~~auch~~ keine Übersetzung hinsichtlich des polnischen Personals; denn sämtliche Kreis- und Stadthauptmannschaften verfügten zusammen nur über lol polnische Hilfsarbeiter.

Eine wesentliche Hilfe für die deutsche Verwaltung bedeute die Kommunalverwaltung,. Im Distrikt Radom gebe es 258 Bürgermeister und Vögte, die unter den Kreis- und Stadthauptmännern arbeiteten. Davon seien 61 Deutsche und 197 Polen. Deutsche Bürgermeister seien zumeist dort tätig, wo Deutsche wohnten, nur in einzelnen Fällen dort, wo Polen wohnten, hier aus besonderen politischen Gründen oder weil sich Rüstungsbetriebe in der Nähe befänden. Ohne die pflichtgetreue Mitarbeit dieser Vögte und Schulzen wäre eine Erfüllung der Kontingente unmöglich gewesen. Im letzten Jahre seien 11 Bürgermeister und 7 Gemeindeangestellte erschossen, 62 Bürgermeister und 26

26.5.1943

Gemeindeangestellte verwundet, 47 Gemeindeverwaltungen bzw.-einrichtungen zerstört, 92 Gemeindekassen ausgeplündert worden.

Auf Grund eines Führererlasses sollten nur diejenigen Männer zur Wehrmacht abgegeben werden, die k.v. oder G.v.F. seien. Eine Anzahl von diesen Männern sei mittlerweile neu gemustert und als G.v.H. zum Wach- oder Schreibstubendienst herangezogen worden. Man habe auch den Eindruck, daß man bei der Musterung in Krakau eine sehr engherzig Stellung einnehme, während die Heimat einen schärferen Maßstab anlege.

Das Vertrauen der Bevölkerung stehe und falle mit der Frage, ob es in den nächsten Monaten gelinge, mit den zusätzlichen Kräften im wesentlichen die Verwaltungsmacht im Lande aufrecht zu erhalten. Die Bevölkerung sei, insgesamt gesehen, nicht etwa bereit, Aufstände zu machen, sondern kommunistische Kreise versuchten die Bevölkerung auf ihre Seite zu bringen, teilweise mit Terror, teilweise mit entsprechenden Propagandaaktionen. In den nächsten Monaten werde sich entscheiden, ob das Vertrauen, das bei der Bevölkerung noch vorhanden sei, so gestärkt werden könne, daß man wieder mit einer befriedigenden Ernteerfassung rechnen könne.

Der Fall von Katyn habe infolge der viel zu stark merkbaren Agitation bei der Bevölkerung kaum eine Wirkung ausgelöst. Die Agitation sei so betrieben worden, daß es dem primitivsten Polen klar sein mußte, daß es nicht um Humanitätsgefühle, sondern um Agitationsmaterial gegenüber dem Ausland gehe. Die Polen hätten nach seiner Kenntnis der Dinge wenig darauf reagiert. Man müsse dabei auch bedenken, daß es so was wie eine polnische Volksgemeinschaft nicht gebe, und daß es den polnischen Bauern nicht interessiere, ob polnische Offiziere erschossen würden.

26.5.1943

Die Polizei habe trotz der geringen zur Verfügung stehenden Kräfte ein Höchstmaß an Leistung vollbracht und habe den Mangel an motorisierten Fahrzeugen, an Benzin und schwerer Bewaffnung durch persönlichen Einsatz wettzumachen gesucht. Im übrigen könne er nur feststellen, daß im Distrikt Radom die Zusammenarbeit zwischen Militär, Kreishauptmännern und Polizei immer ausgezeichnet gewesen sei, ebenso wie die Zusammenarbeit des Gouverneurs mit dem SS- und Polizeiführer und den Wehrmachtsstellen.

Leider habe es die Rüstungsinspektion für nötig befunden, das einheitliche Kommando aufzulösen und nach Warschau und Krakau zu verteilen, wodurch die Einheit des Distrikts Radom zerrissen werde. Später habe man dann wieder ein Rüstungskommando nach Radom gelegt. Jedenfalls sie die Zusicherung des Generalleutnants Schindler, daß in jedem Fall eine Verständigung herbeigeführt werde, nicht eingehalten worden.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Gouverneur Kundt, ihm über diese Fälle einen schriftlichen Bericht zu unterbreiten.

Gouverneur Kundt führt weiter aus, daß er die Distriktskammer als eine notwendige Einrichtung für die Arbeitsüberwachung und Kontrolle ansehe. Er sei deshalb nicht für die Auflösung der Kammer, sondern für eine enge Zusammenarbeit, wie er das bereits dem Regierungskommissar Dr. Boepple dargelegt habe, vor allem im Hinblick auf eine stärkere Beachtung der Distriktskammern durch die einzelnen Zweige der Zentralkammern.

Schwierig werde das Verhältnis zwischen den Behörden auf dem Bausektor werden. Seit 1. April sei das gesamte Bauwesen, auch das Meliorationswesen, aus der Distriktsverwaltung ausgeschieden worden. Die

26.5.1943

Bauverwaltung habe seit dem 1.April die alleinige Entscheidung, sei allerdings noch nicht in Tätigkeit gekommen; denn bis zur Zeit seien die Ämter für Technik noch nicht in Funktion, weil sie noch mit der Einrichtung ihrer Dienstgebäude beschäftigt seien. Das sei für den Distrikt insofern erfreulich gewesen, weil man schnell noch manches habe durchführen können, bevor jede Bautätigkeit angesichts der Neuorganisation gehindert sei. Im allgemeinen seien die Anforderungen auch in wichtigen Dingen abgelehnt worden. Das ganze Bauwesen liege, seitdem das Meliorationswesen aus der Abteilung Landwirtschaft auf den Bausektor übergegangen sei, vollkommen still, ~~ob~~ und Meliorationen würden nicht mehr durchgeführt. Auch wisse man z.B. bis heute noch nicht, ob etwa eine Fensterscheibe eingesetzt werden könne, da auch solche Dinge in die Zuständigkeit des Amtes für Technik fielen. Er habe den Eindruck, daß sich dieser Apparat nicht nur im großen, sondern auch im kleinen soviele Zuständigkeiten zumute, daß er ihnen, wenn er die Dinge meistern wolle, nicht gewachsen sein werde.

Das Verhältnis zwischen der Distriktsbehörde und der Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums bzw. dem Beauftragten SS-Oberführer Böttcher sei sehr gut. Man habe das Siedlungs- bzw. Umsiedlungsproblem der Volksdeutschen anders aufgefaßt als im Distrikt Lublin und durch eine Vereinbarung mit dem Reichskommissar erreicht, daß eine totale Umsiedlung nicht vollzogen zu werden brauche, sondern nur in unauffälliger Weise Umsiedlungen von Volksdeutschen auf gute Böden erfolgten, um die polnischen Bauern nicht zu beunruhigen, deren Arbeit man ja für die Ernte dringend benötige.

26.5.1943

Für das Verhältnis von Staat und Partei im Distrikt Radom sei es von Bedeutung, daß eine Personalunion zwischen Gouverneur und Distriktsstandortführer bestehe. Von der gleichen Bedeutung sei es vor allem für die Volksdeutschen, daß die Kreishauptmänner gleichzeitig Standortführer seien. Es habe sich gezeigt, daß der Staatsapparat den Volksdeutschen habe dienen können, daß viele Einrichtungen vom Staatsapparat hätten aufgebaut werden können.

Das Verhältnis der Distriktsbehörde habe sich gegenüber der Regierung so entwickelt, daß die Regierung keine wesentlichen Klagen zu erheben brauche. Er sei dankbar für die Unterstützung, die die Distriktsbehörden und Kreishauptmannschaften bei allen Abteilungen der Regierung fänden. Im übrigen habe er allerdings immer den größten Wert darauf gelegt, daß alle seine Mitarbeiter eine möglichste Selbständigkeit gewönnen, weil sie nur so die ihnen gegebene Verantwortung tragen könnten.

26.5.1943

Am Schluß der Tagung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Es gibt für das Generalgouvernement kein Vorbild und bis heute auch noch keine Nachahmung; es ist von jeher ein einzigartiges Gebilde gewesen und wird es auch bleiben.

Wir haben im September 1939 mit dem Zusammenbruch der polnischen Republik aus den Restbereichen des früheren Pseudostaates versucht, zunächst einmal ein alles andere überschattendes Ziel zu erreichen, nämlich diesen Raum mit allen seinen Möglichkeiten wirtschaftlicher, menschlicher, sozialer und politischer Art in den Dienst des Sieges und des Reiches zu stellen. Es erfüllt einen heute fast mit einem grimmigen Humor, wenn man auf die Vergangenheit zurückschaut und feststellt, wie sich die Anschauungen gewandelt haben. Ursprünglich ging man daran, dieses Land rein als Beuteobjekt zu behandeln. Ich entsinne mich jener höchst erquicklichen Debatten, als Männer wie Generalmajor Bührmann hier einrückten und erklärten: in diesem Gebiet brauche man keine Eisenbahnen, infolgedessen könne man die Schienen abtransportieren; man brauche keine Telegrafen, darum könne man die Leitungen fortnehmen; man brauche keinerlei Fabrikationen, also könne man alle Maschinen abtransportieren.

Der Erfolg war, daß in den ersten Monaten von November 1939 bis etwa Anfang März 194o ein totaler Abbau aller wirtschaftlicher Funktionen dieses Raumes stattfand. Aber kurze Zeit, nachdem wir im Raume waren, erkannten wir doch, daß dieser Weg zum absolut Negativen führen mußte und daß das Deutsche Reich selbst den größten Schaden davon hatte. Es ist erfreulich, festzustellen, daß gerade diejenigen, die anfangs die Hauptverfechter jener Grundsätze waren, aus der Notwendigkeit der Arbeit in diesem Raum sofort auch

26.5.1943

die neue Linie mit eben solchem Eifer vertraten, so daß an diesen Persönlichkeiten kein Vorwurf haften bleibt. Niemand konnte ja ahnen, wie die Entwicklung des Krieges gehen würde.

Damit begann dann Januar, Februar 194o das, was ich den neuen Plan des Generalgouvernements nennen möchte, der ~~Versucht~~ Versuch, das Gebiet wirtschaftlich, soweit möglich, in den Dienst des Deutschen Reiches zu stellen.

Als erster Ansatzpunkt der Entwicklung in diesem Raum wurde gefordert, daß man den reinen Zerstörungs- und Ausraubungsvorgang ersetze durch eine Art positiver Normierung von Zukunftsaussichten gewährleistenden Methoden aller Art wie z.B. der Wiederingangsetzung von Produktionsstätten usw. Diese Prozedur hat sich unendlich segensreich für das Deutsche Reich ausgewirkt. Aus keinem Gebiet, das seit 1939 von den deutschen Truppen besetzt wurde, hat soviel für das Deutsche Reich und Volk herausgeholt werden können wie aus dem Generalgouvernement. Ich behaupte und kann auch den Beweis dafür erbringen, daß das Generalgouvernement an der Spitze der Gesamtleistungen der besetzten Gebiete steht, nicht nur, was einzelne, konkrete, numerisch feststellbare Sonderleistungen, sondern auch, was auf die Dauer gesehen Kapazität und ihre Aufrechterhaltung bedeutet.

Diese Leistung wird am auffälligsten auf den Gebieten der Ernährung und Landwirtschaft. Nach den amtlichen Zahlen des vorigen Jahres steht nunmehr fest, daß das Generalgouvernement mit seinem Ernährungsbeitrag für das Reich allein 6o % dessen geliefert hat, was das gesamte übrige besetzte Ostgebiet leistet, - eine Zahl, die geradezu gigantisch zu nennen ist. Wenn Sie bedenken, meine Herren, daß das Generalgouvernement mit seinen 15o ooo qkm mit den fast 2,5 Mill. qkm des Ostens in Vergleich zu setzen ist, und wenn Sie dazu

26.5.1943

die weiteren ununterbrochenen Leistungen des Generalgouvernements nehmen, dann werden Sie ermessen, daß wir unter uns auf diese Leistung stolz sein dürfen.

Ich habe Sie, Herr Gouverneur Kundt, auf diesen schwierigsten Distriktsplatz, den ich damals aus tragischen Umständen heraus zu vergeben hatte, gestellt, Daß dieser Platz unter Ihren Händen und Ihrer geistigen Führung wirklich zu einem stolzen Leistungsmittelpunkt des Generalgouvernements geworden ist, ist Ihr persönliches Verdienst und das Verdienst Ihrer Mitarbeiter im Distrikt, in den Kreis- und Stadthauptmannschaften. Der Distrikt Radom ist heute zu einem der wichtigsten und maßgebendsten Leistungsbereiche im ganzen deutschen Osten geworden.

Wenn wir dieses Entwicklungsbild ansehen, dann müssen wir allerdings auch bedenken, daß die Schwierigkeiten, die auf uns gelagert werden, zum großen Teil mit der Vertrauenwürdigkeit zusammenhängen, die in die schier als unerschöpflich angenommene Leistungskapazität des Generalgouvernements allerorten gesetzt wird. Das wird nun vielleicht im Distrikt Radom nicht so deutlich, sondern hier muß ich schon immer wieder für meine Herren der Regierung in Krakau eintreten. Wie liegen denn die Dinge? In Berlin befindet sich irgendwo eine Zentrale, von der eine Leistung verlangt wird. Man fragt sich: wo wird der geringste Widerstand gegenüber solchen Anforderungen erhoben? - natürlich im Generalgouvernement. Und nun setzt man das Fernschreibenetz in Betrieb und versendet Fernschreiben um Fernschreiben; man stellt neue Forderungen in sinnloser übersteigerter Form.

Die schwierige Aufgabe der Regierungsinstanzen des Generalgouvernements ist es, dafür zu sorgen, daß die Leistungsfähigkeit dieses Gebietes, an der das Deutsche Reich ein eminentes Interesse hat, aufrecht erhalten werden kann unter möglichster Steigerung

26.5.1943

der Leistungen zu alledem, was uns vorher schon aufgebürdet war. Wenn ich die Schreiben und Berichte mit den Zahlen, die sich auf meinem Platz in Krakau anhäufen, sehe, dann muß ich sagen: das Generalgouvernement ist am äußersten Rand seiner Leistungsfähigkeit angekommen.

Ganz selbstverständlich muß jetzt eine radikale Wendung eintreten. Als ich im Jahre 1941 und auch noch im Sommer 1942 die gigantischen Leistungszahlen, deren Erfüllung das Reich von uns forderte, übernahm, da war zunächst mein Gedanke, dafür zu sorgen, daß wir unter diesen wirklich jedes Vorstellungsbild übersteigenden Auflagen das Äußerste an Leistungskapazität in unserem eigenen Raum aufbringen. Das ist geglückt. Und ich möchte hier vor allem der Landwirtschaft in Radom und allen anderen Wirtschaftsrepräsentanten meine vollste Anerkennung zum Ausdruck bringen. Was gerade dieser Raum landwirtschaftlich und wirtschaftlich geleistet hat, entspricht den höchsten Erwartungen.

Sodann war es meine Auffassung, daß der Krieg doch in irgendwie absehbarer Zeit zu Ende gehen würde. Und nun befinden wir uns in der sehrbedenklichen Lage, daß sich der Krieg leider nicht so entwickelt hat, wie man das vielleicht noch im Sommer des vorigen Jahres hätte erwarten können. Die Rückschläge haben sich wirtschaftlich so ausgewirkt, daß zunächst mit dem Totalverlust von ökonomischen Werten leider eine ungeheure neue Steigerung der Anforderungen eingetreten ist. Die gewaltigen materiellen Verluste, die das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht erlitten haben, müssen ausgeglichen werden. Unter allen Umständen muß der Frontbedarf gedeckt werden. Es ist aber noch gar nicht abzusehen, wo diese Schraube ein Ende nehmen wird.

26.5.1943

Diese Entwicklung führt dahin, daß das vorhandene Leistungsvolumen immer wieder in sachlicher und persönlich-menschlicher Leistungsfähigkeit, in Energie und Kapazität reduziert wird, andererseits aber unausgesetzt eine Steigerung der Anforderungen stattfindet. Im Zusammenhang können wir mit dieser Entwicklung im Generalgouvernement nur sagen: wir kommen immer mehr in den Strudel der reichsamtlichen Führungsmethodik hinein.

Es hat aber keinen Sinn, sich etwa mit traurigen Gedanken und kopfhängerisch dem entgegenzustemmen, sondern wir müssen uns dessen bewußt sein: jetzt geht es wirklich um die Not unseres Reiches, jetzt ist weder im Gedanken noch im Werk für nichts anderes Raum als dafür, dem kämpfenden Reich zu helfen, wo und wie es nur immer möglich ist. Leider sind die Nerven schon sehr in Mitleidenschaft gezogen, und es zeigt sich, daß die verantwortlichen Kreise in manchen Zentralen des Reiches nicht mehr völlig über die Nervenkraft verfügen, um in ruhig-klarer Erwägung das Persönliche vom Sachlichen scheiden zu können, sondern daß sie in manchen auch noch so objektiv gedachten sachlichen Argumenten oft eine persönliche Unwilligkeit vermuten.

Aber diese Dinge, meine lieben Herren vom Distrikt Radom, tragen wir in Krakau aus. Sie müssen sich darüber klar sein, daß wir das Schwerste dieses Krieges noch nicht hinter uns haben, dass alles, was wir bis jetzt an Schwierigkeiten erlebt haben mögen, ganz gleich, welcher Art, erst ein kleiner Anfang von dem war, was wir noch zu erwarten haben. Es geht jetzt nicht darum, ob wir Optimisten oder Pessimisten sind, sondern wir müssen uns, wenn wir uns mit den kleinsten und nüchternsten Dingen beschäftigen, dessen bewußt sein, daß die Situation im gesamteuropäischen Raum immer mehr von der Verantwortung des deutschen Volkes getragen wird.

26.5.1943

Deshalb würde ich auch wünschen, daß man den Belangen der besetzten Gebiete von seiten der Reichszentralen anders begegnen würde, als es bis-her geschehen ist. Immer war bis jetzt der Gesichtspunkt maßgebend, unter möglichster Verwendung autoritärer exekutiver Gewalteinrichtungen die Völker niederzuhalten und andererseits doch die Produktionskapazität mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten. Heute, so müssen wir sagen, ist in dem ganz von uns beherrschten und wirtschaftlich für uns lebenswichtigen europäischen Raum eine fortgesetzte Steigerung des Vernichtungskampfes gegen die deutsche Energie, wo immer sie sich zeigt, mehr und mehr spürbar. Diesen Tatsachen gegenüber kommt man nicht mit Schlagworten oder Porpagandaaktionen oder ähnlichen Mitteln durch. Aber meines Erachtens wäre vielleicht eine Änderung der gesamtpolitischen Einstellung noch möglich.

Entscheidend ist jedenfalls, daß die deutsche Verwaltung und Führung in solchen ernstlichen gefährdeten Machtbereichen unseres großdeutschen Raumes eine geschlossene Totalität darstellt und daß, wenn es überhaupt ein Verbrechen ist, sich gegen eingesetzte Machtautoritäten zu vergehen, es dann in einem Augenblick, in dem das Letzte und Höchste auf dem Spiel steht, der Fall ist. Und meine Anwesenheit in diesem Distrikt soll Ihnen, meine Herren von der Distriktsverwaltung, die Gewißheit geben, daß ich an dem Grundsatz der einheitlichen Autorität in diesem Raum, die mir gegeben worden ist, von niemandem und durch nichts rütteln lassen werde.

Ich habe vor wenigen Tagen eine eingehende persönliche Besprechung unter vier Augen mit Adolf Hitler gehabt und habe darauf hingewiesen: die Methode, daß alle von uns wiederholt vorgebrachten Klagen immer nur mit den Worten zurückgewiesen werden, die besetzten Gebiete müßten das und das leisten, muß unter allen

Umständen aufhören.

Es ist mir sehr wichtig, daß daraufhin jetzt auch die Sicherheitsfragen eine andere Wendung genommen haben. Selbstverständlich geht es nicht an, daß dieses Gebiet, in welchem nur gut ein Prozent der Bevölkerung deutsch ist, in welchem eine Handvoll deutscher Männer und Frauen unaufhörlich den schwersten Gefahren ausgesetzt ist, von einer Polizeimacht nicht mehr geschützt werden kann, weil sie einfach viel zu gering ist, als daß man für diese deutschen Männer, die in der Polizei sowieso das Äußerste an Leistung vollbringen, irgendwie noch die Verantwortung übernehmen kann. Und ich werde nicht ruhen noch rasten, bis wir soviel Polizeischutz im Lande haben, daß wenigstens das Notdürftige an Sicherheit vorhanden ist, soweit das mit den Kriegsgefahren, die jeder Beamte genau so auf sich zu nehmen hat wie jeder Soldat, noch vereinbar ist. Heute aber ist der Soldat an der Front sicherer als ein Verwaltungsbeamter im Generalgouvernement. Dieser Zustand ist unmöglich. Nicht im Interesse der Macht der berühmten verachteten und dauernd bekämpften Zivilverwaltung, sondern im Interesse der deutschen Führung, der Durchhaltung des deutschen Führungsanspruches sind wir in diesem Raum. Denn das Deutsche Reich ist nicht zu Besuch in diesem Land, und wir sind hier nicht nur dazu da, für einen Krieg Dauerarbeit zu leisten, sondern um das Land für alle Ewigkeit deutsch zu machen und deutsch zu bewahren.

Meine Herren, Sie können sich darauf verlassen, daß die Regierungsinstanzen in Krakau Ihre Bestrebungen unterstützen werden. Sie sind mir heute in eindrucksvollen Referaten von sachlich-hervorragend versierten Männern, von denen ich persönlich mit Hochachtung sprechen möchte, vorgetragen worden. Ich weiß, daß diese sachlichen Argumente nur einen kleinen Ausschnitt aus den Gesamtproblemen darstellen, mit denen Sie sich und wir uns Tag und Nacht beschäftigen. Wir werden allen sachlich-konkreten Bedenken, die die Referate enthielten, nachgehen. Wichtig aber ist, daß diese heutige Zusammenkunft Ihnen das Gefühl gibt, daß ich mich wenigstens bemühen will, im Generalgouvernement das aufrecht zu erhalten, was man noch eine Regierung nennt. Und ich bin nicht gewillt, zu dulden, daß sich Organe, deren sich die Regierung zu bedienen hat, über die Regierung erheben. Die Regierung trägt die Verantwortung und hat mit der Verantwortung daher auch über diese Organe in jeder Weise zu verfügen. Diese Organe haben auch in allen Dingen die Befehle der Regierung zu vollziehen. Ich werde in diesem Punkt durch nichts und von niemandem wankend gemacht. Die Regierung in Krakau ist nicht ein Scheingebilde, sondern eines der echtesten und geschlossensten Organe, über die das Großdeutsche Reich verfügt.

Ich möchte Ihnen, Herr Gouverneur Kundt, dafür danken, daß Sie zu allen den anderen Bereichen, von denen Sie gesprochen haben, die besten Beziehungen aufgenommen haben. Ich freue mich über die Zusammenarbeit mit den Regierungsinstanzen und den anderen Instanzen, die Sie erwähnt hatten. Ich teile Ihre Meinung, daß die Entwicklung auf den Gebieten der Rüstungsinspektion und des Bausektors ernste Bedenken für die Führung dieses Raumes in sich trägt. Ich werde mich bemühen, im Einvernehmen mit den Regierungsstellen und dem Herrn Staatssekretär diese Fragen zu einer Klärung zu bringen. Auf dem Gebiet des Bauwesens wird wohl eine Regelung, die auch planmäßig und zweckvoll durchgeführt werden kann, dahin erfolgen, daß vom Bauwesen alles, was für den gesamten Rüstungsplan im Reich und die unmittelbar das Generalgouvernement übersteigenden

Bauaufgaben notwendig ist, von der Reichszentrale aus mit erledigt werden kann, daß aber Angelegenheiten wie insbesondere die Meliorationen, bei denen es sich um reinste Landesinteressen handelt, wieder ausschließlich in die Zuständigkeit des Generalgouvernements zurückgehen. Diese Entwicklung werde ich betreiben, und ich glaube, daß wir sie in vernünftigen Verhandlungen mit Reichsminister Speer auch werden durchsetzen können.

Was die Rüstungsinspektion angeht, so ist es auch hier nicht schlechter Wille gegen das Generalgouvernement, wenn solche Einzelattacken geritten werden, sondern die absolut brennende Notlage, die auf diesen Herren lastet. Der Rüstungsinspekteur, der ununterbrochen sein Leistungsprogramm erweitert sieht, muß unter allen Umständen versuchen, es irgendwie zu schaffen. Und die Entwicklung der Rüstungssituation in manchen Bereichen unseres großdeutschen Vaterlandes zwingt leider dazu. So ist es denn heute aus vielen Gesichtspunkten ganz einleuchtend, daß wir im Generalgouvernement eine Ausweichstellung einnehmen. Wenn allerdings die Zusammenarbeit nicht mehr gewährleistet werden kann, so ist das mehr eine Taktfrage, und über Taktfragen läßt sich leider Gottes nicht immer ein Erziehungskursus nachholen, wenn er in der Jugend versäumt worden ist.

Es ist klar, daß diese Methode aber auch dazu führen wird, das wichtige Problem der Polenbehandlung wieder aufzugreifen. Es war mir sehr interessant, daß in der Regierungssitzung vom 2o. April ds.Jrs. der Befehlshaber der Sicherheitspolizei Dr. Schöngarth ganz offen zugegeben hat,: wenn die bisherigen Methoden den Polen gegenüber beibehalten würden, könne er auf keinen Fall für eine Aufrechterhaltung der Sicherheit in diesem Raum einstehen. Wir müssen uns darüber klar sein: der erste Ansatzpunkt ist die Ernährung der polnischen Bevölkerung. Aber ich möchte Ihnen gleich völlig autoritativ sagen: ich werde, ganz gleich, was kommen möge, unter allen Umständen für den denkbar möglichst großen Kreis der Bevölkerung jene Sätze der Nahrungsmittelzuteilung mit der kommenden Versorgungsperiode im Generalgouvernement einführen, die irgendwie von uns im Hinblick auf unsere Stellung dem Reiche gegenüber verantwortet werden können. Ich werde mich durch nichts und von niemandem davon abbringen lassen. Ich habe damit auch, wie ich glaube, den äußersten und letzten Zeitpunkt gewählt, zu dem diese Regelung eingeführt werden müßte. Wir haben uns immer gedacht, der Krieg wäre vorher aus, und bis dahin könne man durchhalten. Nachdem aber das Kriegsende in weite Ferne gerückt zu sein scheint, muß dafür gesorgt werden, daß diese Hauptquelle aller Unruhen im Lande verstopft wird. Das haben wir ja auch aus dem Referat über die Sicherheit lage gehört, daß diese Menschenfrage vernünftig gelöst werden muß. Und sie wird gelöst werden: ab 1.Sept. führen wir diese Sätze ein, von denen Sie sprachen, Herr Präsident Naumann. Bereiten Sie dafür alles vor!

Das Deutsche Reich hat viele schwierige Momente in seiner Geschichte überstanden. Wir werden ganz zweifellos auch diesen Moment überstehen. Denn die historische Situation ist ja jetzt eine andere: das deutsche Volk ist nicht führungslos, es weiß vor allem um seine Verantwortung vor seiner Zukunft und seiner Kraft. Sie wird dadurch gewährleistet, daß die absolut klare Führung der Dinge in unseren Händen bleibt, daß wir geschlossen bleiben und mehr denn je geschlossen sind, und vor allem, daß wir in uns das Gefühl tragen, in der größten entscheidungsreichsten Zeit unseres Volkes an einer der entscheidungsreichsten Stellen bestanden zu haben.

Ich glaube, daß ich damit das abschließen darf, was ich in wenigen Worten sagen wollte. Mittlerweile sind wir seit 1939 Fachleute in diesem Gebiet geworden.

26.5.1943

Viele Dinge, die wir uns am Anfang gegenseitig sagen mußten, brauchen wir uns heute nicht mehr zu sagen. Es genügt heute einfach der Hinweis, daß wir Mitgestalter und Mitträger des Generalgouvernements sind, das längst ein Begriff geworden ist. Wir wollen so wie bisher unsere Pflicht tun. Daß es hier im Distrikt Radom geschieht, ist zu begrüßen. Dafür danke ich Ihnen, Herr Gouverneur Kundt, und wünsche Ihnen und Ihren Mitarbeitern weiter alles Gute für Ihre Arbeit.

Mit einem von Gouverneur Kundt auf den Führer ausgebrachten Sieg-Heil wird die Sitzung geschlossen.

14^{25} Mittagessen im Hause des Gouverneurs Kundt.

15^{55} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs vor dem Hause der NSDAP in Radom. Der Herr Generalgouverneur schreitet die Front einer Ehrenformation des Jungvolkes und des BDM ab.

16^{00} Besichtigung des Hauses der NSDAP durch den Herrn Generalgouverneur.

zu a 179/43-g-

Anlage.

Arbeitsfolge der Berichterstattung des Gouverneurs (Radom) und seiner Mitarbeiter an den Herrn Generalgouverneur anlässlich der Sitzung am 26.Mai 1943.

Gesundheitspflege und Gesundheitsorganisation.

Berichterstatter: Der Leiter der Abteilung Gesundheitswesen,
Medizinalrat Dr. Steichele.

Ich habe den ehrenvollen Auftrag bekommen, Ihnen kurz über die gesundheitliche Lage und Organisation des Distriktes Radom zu berichten. Bei Übernahme der Verwaltung durch die Zivilbehörde bestand folgende Hauptaufgabe für die Gesundheitsbehörde: die Bekämpfung der Seuchen und insbesondere des Fleckfiebers und des Bauchtyphus. Der Flecktyphus ist für den deutschen Menschen, der noch nie mit dieser Krankheit in Berührung kam, eine sehr ernste Erkrankung, die bei Leuten über 40 Jahren meistens zum Tode führt. Wird die Krankheit überstanden, so treten häufig langwierige Nacherkrankungen auf, bei denen die schwere Schädigung des Herzmuskels im Vordergrund steht.

Aus den eben angeführten Gründen war es unbedingt nötig, den neugewonnenen Raum möglichst rasch von Seuchen zu befreien.

Die in das Generalgouvernement hereinströmenden Deutschen mußten geschützt werden, zudem mußte verhindert werden, daß die in das Reich überführten Arbeitskräfte Seuchen einschleppten. Auch mußte dieser Raum möglichst saniert werden wegen des gegen Russland zu erwartenden Aufmarsches.

Durch geeignete Maßnahmen gelang es, die Gefahr des Fleckfiebers bis zu einem gewissen Grade zu bannen.

Seit Oktober 1942 wurden folgende Anlagen erstellt:

18 Entlausungsanstalten,
23 kleine Behelfsanlagen,
14 Notkrankenhäuser. Zur Zeit in Arbeit befinden sich
16 Entlausungsanstalten und
3 Notkrankenhäuser.

Zur Zeit befinden sich in Betrieb:

11 Notkrankenhäuser mit 449 Betten, in Reserve stehen
9 Notkrankenhäuser mit 350 Betten,

37 Entlausungsanstalten und 23 Behelfseinrichtungen.

Zusätzlich wurden noch eingesetzt:

82 Seuchenkolonnen,
200 Kleinentwesungskammern,
6 fahrbare Dampfdesinfektionsanlagen,
1o transportable Duscheinrichtungen.

Um die Läusebekämpfung wirksam durchführen zu können, wurden in vielen Kreisen große Entlausungsaktionen durchgeführt, die bis zu 7o und 8o Ortschaften je Kreis und Monat erfassten.

Eine im Herbst 1942 in Pionki aufflackernde Epidemie konnte sofort wirksam bekämpft werden, ebenso eine im April 1943 im Straflager Jedlnia auftretende Fleckfieberseuche.

Geplant werden zur Zeit noch 2o Entlausungsanstalten und 15 Notkrankenhäuser.

Leider sind bei der Aussiedlung der Juden fast alle jüdischen Entlausungsanstalten und Notkrankenhäuser durch die polnische Bevölkerung völlig ausgeraubt und zum Teile verwüstet worden.

Die Fertigstellung der genannten Anlagen geriet ins Stocken durch Materialmangel, besonders Holz und Eisen fehlte; auch traf das Geld des Fleckfieberfonds nicht rechtzeitig ein.

Um die Wirkung der getroffenen Maßnahmen zu demonstrieren, nenne ich Ihnen einige Zahlen über die Höhe der Fleckfiebererkrankungen.

Im Januar 1942 betrug die Zahl der Neuerkrankungen	4 200
im Januar 1943	300
Mai 1942	1 520
Mai 1943	725.

Ich möchte mir nicht anmaßen, das Sinken der Erkrankungsziffern allein auf unsere Bekämpfungsmaßnahmen zurückzuführen, es spielen sicher auch noch andere Momente mit. Sicher aber ist, daß die eingeschlagenen Maßnahmen richtig waren, wie auch der Erfolg zeigt.

Als Hauptseuchenherde sind auch jetzt noch zu bezeichnen:

1. Die Gefängnisse,
2. die Judenlager,

3. die Zigeuner,
4. die Straflager.

In den Gefängnissen ist die Bekämpfung der Läuse und des Fleckfiebers aus folgenden Gründen erschwert:

1.) durch die starke Überbelegung. Manche Gefängnisse sind vier- bis fünffach überbelegt, hauptsächlich sind daran Gefangene des Sicherheitsdienstes beteiligt. Es ist daher unmöglich, den neuaufgenommenen Gefangenen Quarantänezellen zuzuweisen, wo sie 3 Wochen zu verbleiben haben;

2.) aus Personalmangel: die Entlausungsmaßnahmen können nicht genügend überwacht werden;

3.) aus Mangel an Wäsche und Gefangenenkleidung. Die gebrauchte Wäsche muß daher an die Angehörigen hinausgegeben werden und die neue Wäsche, die gebracht wird, ist häufig verlaust. Eine Entlausung der Wäsche läßt sich infolge Personalmangels nicht durchführen;

4.) durch das Fehlen von Stroh für die Strohsäcke; das Stroh ist von der Wehrmacht beschlagnahmt;

5.) Seife, die unbedingte Voraussetzung für die erfolgreiche Läusebekämpfung, steht nicht in genügender Menge zur Verfügung.

6.) Das Fassungsvermögen der Entlausungsanlagen ist in vielen Fällen zu klein; es müssen noch zusätzliche Anlagen aufgestellt werden.

Wegen der hygienischen Mißstände in den Strafanstalten habe ich bereits Fühlung mit der Abteilung Justiz aufgenommen und auch an die Regierung nach Krakau berichtet.

Im Frühjahre 1943 erkrankten von 2oo Zigeunern in Petrikau 50 an Flecktyphus. Durch sofortige Unterbringung in einem abgeschlossenen Lager konnte die Seuche lokalisiert werden und ist inzwischen erloschen. Immer und immer wieder trifft man auf dem Lande bettelnde Zigeuner an, die verlaust sind und eine große Gefahr für die Bevölkerung bilden. Die arbeitsfähigen Zigeuner müssten der Arbeit zugeführt werden, die übrigen wären in Lagern unterzubringen.

Auch in den Lagern des polnischen Baudienstes kam häufig Fleckfieber vor. Auch dort müssen die Arbeiter alle lo Tage regelmässig entlaust werden, insbesondere müssen zurückkehrende Urlauber vor Betreten ihrer Baracke entlaust werden. Am zweckmässigsten wäre es, wenn jedes Baudienstlager eine eigene leistungsfähige Entlausungsanlage hätte. Auch wäre zu wünschen, daß der Leiter des Baudienstes einen hauptamtlich angestellten Arzt zur Verfügung hätte, der ihn bei sämtlichen auftauchenden hygienischen Fragen zu beraten hätte.

In den Judenlagern kam im Winter sehr viel Flecktyphus vor. Dies kann vermieden werden, wenn die Juden regelmässig entlaust werden; besonders ist darauf zu achten, daß die Neuzugänge vor Betreten des Lagers entlaust werden. Wenn diese Maß - nahmen strenge durchgeführt werden, ist es möglich, auch ein Judenlager frei von Seuchen zu halten. In dem vorbildlich geführten Judenlager in Kielce ist seit Bestehen des Lagers noch keine Seuche aufgetreten. Leider sind im Frühjahre auch mehrere in der Rüstungsindustrie beschäftigte Deutsche der Seuche zum Opfer gefallen.

Als zweitwichtigste Seuche kommt der Bauchtyphus in Betracht. Im November 1942 traten 1 115 Neuerkrankungen auf, im April 43 nurmehr loo Neuerkrankungen. Ich hoffe, daß es durch die gesetzlich angeordnete Zwangsimpfung gelingt, die Erkrankungsziffer wesentlich zu senken.

Auch die Ruhr zeigt gewöhnlich in den Sommermonaten einen starken Anstieg. Zum Schutze der deutschen Bevölkerung findet heuer eine perorale Impfung der Bevölkerung statt. Es ist lediglich nötig, an 3 aufeinanderfolgenden Tagen eine Tablette des Impfstoffes einzunehmen.

Als letzte ansteckende Erkrankung will ich auch noch das Trachom erwähnen, das ja im Osten stark verbreitet ist, dessen Bekämpfung aber keine so einschneidenden Maßnahmen bedingt. wie die Bekämpfung der schon genannten Seuchen.

In Krankheitsfällen stehen den Deutschen einige deutsche Krankenhäuser und deutsche Abteilungen in polnischen Krankenhäusern zur Verfügung. Zur Zeit sind wir bestrebt, daß die Deutschen Abteilungen auch deutsche Küchen bekommen. Das wohl am schönsten und am zweckmässigsten eingerichtete Deutsche Krankenhaus befindet sich in Petrikau. Hier ist auch ein deutscher Facharzt für Chirurgie tätig. Mehrere deutsche Krankenhäuser und Abteilungen verfügen bereits über eine eigene kleine Seuchenabteilung. Die deutschen Krankenhäuser und Abteilungen sind durchwegs mit den nötigen diagnostischen und therapeutischen Geräten ausgerüstet. Außerdem enthalten sie kleine Entbindungsabteilungen.

Auch für die polnischen Arbeiter,und besonders für die in der Rüstungsindustrie tätigen Arbeiter, stehen gut eingerichtete Krankenhäuser zur Verfügung, die meistens von Fachärzten geleitet werden. Auf diese Weise ist sichergestellt, daß im Erkrankungsfalle die Arbeitskraft baldmöglichst wieder zur Verfügung steht.

Die Ernährungsverhältnisse der Deutschen in den Städten sind als gut zu bezeichnen. Vergiftungen durch verdorbene Nahrungsmittel kamen nicht zur Kenntnis. Die Zuteilungen an Frischgemüse und Frischobst waren spärlich. Den deutschen Kindern und Müttern wurden zusätzlich Vitamin C - Tabletten verabreicht.

Die Nahrungsmittelzuteilung an die polnische arbeitende Bevölkerung ist zu gering. Nach Aussage der polnischen Ärzte ist die Widerstandskraft gegen Krankheiten daher sehr gering, außerdem dauert die Erholung bei schweren Krankheiten sehr lange, was nicht im Interesse der Kriegswirtschaft liegt. Auch die Ernährung der polnischen Häftlinge ist zu gering. Die Gefängnisbehörden lassen deswegen zu, daß von den Angehörigen an bestimmten Tagen Nahrungsmittel in die Anstalten gebracht werden.

Bis jetzt war es leider nicht möglich, den polnischen Rüstungsarbeitern in der Rekonvaleszenz von schweren Erkrankungen -besonders nach Flecktyphus- zusätzlich Lebensmittel zuzuteilen. Gerade nach Flecktyphus muß eine Zuteilung erfolgen, sonst gehen die Leute zu lange dem Arbeitseinsatz verloren.

Neben diesen geschilderten Aufgaben sind wir auch bemüht, für die deutschen Kinder und Mütter eine einwandfreie Milch zu beschaffen. Dies Ziel konnte auch schon bis zu einem gewissen Grade verwirklicht werden. Schwierigkeiten sind aufgetreten bei der Transportfrage, bei der Beschaffung von Kühleinrichtungen und Flaschen. Im Bedarfsfalle stehen in den Deutschen Apotheken künstliche Milchpräparate zur Verfügung.

Besondere Beachtung wird auch den gesundheitlichen und sozialen Verhältnissen der Volksdeutschen gewidmet. Obwohl schon viel von Partei und Staat in dieser Angelegenheit getan wurde, bestehen noch viele Mängel, die unbedingt behoben werden müssen, wenn das eingesessene Deutschtum erhalten, vermehrt und gestärkt werden soll. Gerade im Distrikt Radom, wo viele Volksdeutsche wohnen, ist eine besondere Fürsorge für sie nötig.

Die Leute haben viel zu kleine Wohnungen, meistens schlafen in einem Bette 2 - 3 Personen. Die Haushalt- und Körperpflege läßt sehr zu wünschen übrig. Mit Wasser wird meist gespart, da keine einwandfreien und ergiebigen Brunnen vorhanden sind. Bis jetzt konnten ihnen einige Kleidungs- und Wäschestücke, ferner auch Möbel zugeteilt werden. Die Säuglingssterblichkeit ist noch sehr hoch, in einigen Bezirken ist eine Säuglingssterblichkeit von 13 bis 20% vorhanden. Die Mütter nehmen den Tod ihrer Kinder als Schicksalsschlag hin, den man nicht ändern könne. Die deutsche Säuglingssterblichkeit liegt hier mindestens so hoch wie bei der polnischen Bevölkerung. Rachitis und Zahnverfall sind sehr verbreitet. Dadurch leidet die Wehrtüchtigkeit. Ich selbst sah neulich einen volksdeutschen Mann, der mit 36 Jahren keinen gesunden Zahn mehr im Munde hatte. Auch finden sich unter der Bevölkerung ziemlich viele Schnapstrinker.

Die Hauptursache der aufgezeigten Mängel der auf dem Lande lebenden Volksdeutschen ist nach meiner Ansicht die schlechte Einkommenslage derselben. Sie sitzen alle auf einem sehr schlechten Sandboden, der auch bei sorgfältiger Bearbeitung nur ganz schlechte Ernten ermöglicht. Eine Umsiedlung auf einen besseren Boden ist zur Zeit nicht möglich.

Zur Besserung der Verhältnisse müssen daher vorläufig andere Wege eingeschlagen werden. Mit Unterstützung von Staat und Partei müssen Säuglings-, Koch- und hauswirtschaftliche Kurse abgehalten werden, in denen die Bevölkerung zu hygienischem Denken und Handeln erzogen wird. Der jüngeren Generation werden ja diese Begriffe bereits in den schon bestehenden Heimschulen nähergebracht. Den Amtsärzten müssten festbesoldete Hilfsärzte zur Verfügung gestellt werden, die sich speziell der Fürsorge für die Volksdeutschen zu widmen hätten.

Zur Sanierung der Gebisse wären fahrbare Zahnstationen einzusetzen. Die Deutsche Zahnärzteschaft hat früher schon einmal derartige Wagen in den Notstandsgebieten des Reiches im Betrieb gehabt. Das Instrumentarium ist so bemessen, daß es in einem Kleinwagen mitgeführt werden kann. Eine einmalige Behandlung wäre natürlich nicht genügend, die Zahnstationen müssten die Dörfer immer wieder in regelmässigen Abständen besuchen.

Um die Aufgaben der Gesundheitsverwaltung weiter zu fördern, halte ich es für nötig, daß nur vorgebildete und schon als Amtsärzte im Reich tätig gewesene Ärzte hier eingesetzt werden. Zu Beginn der Verwaltung mag es genügt haben, wenn man vorerst den eingesetzten deutschen Praktikern amtsärztliche Geschäfte übertragen hat. Jetzt, nachdem sich das Aufgabengebiet der Gesundheitsverwaltung wesentlich vergrößert hat, kann dieser Zustand auf die Dauer nicht mehr beibehalten werden. Die amtsärztlichen Dienstgeschäfte müssen sonst notgedrungenerweise vor der ebenso wichtigen praktischen Tätigkeit der Ärzte zurücktreten.

Am Schlusse meiner Ausführungen angelangt, möchte ich betonen, daß ich die Verhältnisse so geschildert habe, wie ich sie sehe. Die Gesundheitsverwaltung konnte wohl schon viel, besonders in der Seuchenbekämpfung, erreichen, aber noch viel mehr bleibt in der Zukunft zu tun, wenn uns das Ziel vorschwebt, die Gesundheitsverhältnisse dieses Landes denen des Reiches anzugleichen.

Das Schulwesen im allgemeinen und die deutsche Schul- und Erziehungspolitik im besonderen. im Distrikt Radom

Berichterstatter: Der Leiter der Abteilung Wissenschaft und Unterricht, Oberregierungsrat Stegemann.

I. Das deutsche Schulwesen.

Die Grundlage und Zielsetzung aller schulpolitischen Maßnahmen der Schulverwaltung ist die Erkenntnis folgender Aufgaben:

a) die durch die Polenherrschaft bei den Deutschen dieses Raumes entstandene Bildungslücke zu schließen, d.h. die notwendigen schulischen Kenntnisse und Fertigkeiten zu erreichen, die notwendig sind, um den Anschluß an den deutschen Kulturkreis wieder zu erreichen;

b) die Bildung einer geistig-seelischen Substanz deutscher Prägung, aus der heraus die Deutschen dieses Raumes sich willens- und haltungsmässig der völkischen Lebens- und Schicksalsgemeinschaft bewußt und aktiv eingliedern. Damit wird dann

c) die Festigung des deutschen Volkstums im tiefsten und weitesten Sinne des Wortes erreicht insofern, als die deutschen Menschen hier als bewußt handelnde Deutsche den neugewonnenen Lebensraum verantwortlich beherrschen und gestalten.

Von diesen volkstumspolitischen und allgemein politischen Gesichtspunkten aus, nicht so sehr aus rein bildungspolitischem Blickwinkel, sind die schulorganisatorischen Maßnahmen durchgeführt worden. Das Hauptziel war dabei, alle deutschen Kinder restlos zu beschulen. Das ist in vollem Ausmaße gelungen.

Volksschule. Der Distrikt zählt z.Zt. 88 Volksschulen, dazu 7 Schulen mit Schülerheimen mit 5 4oo Kindern und 167 Lehrern.

Den Schülerheimen ist im letzten Jahr ein ganz besonderes Augenmerk zugewandt worden, und es ist gelungen, 7 Schulen mit Schülerheimen mit einem Fassungsvermögen von 75o Kindern zu schaffen. Diese Schülerheime sind nicht etwa so eben ausreichende "Unterkünfte", sondern es sind wirklich Heime, in denen die Kinder körperlich und seelisch gedeihen können. Dank der tatkräftigen Unterstützung des Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums standen die Einrichtungen der Heime und die dazu notwendigen Textilien in ausreichendem Maße zur Verfügung. Ich glaube sagen zu können, daß mit der Einrichtung der Schülerheime etwas Vorbildliches auf dem Gebiete des Schulwesens hier im Ostraum geschaffen wurde. Der HJ stehen mit ihnen geeignete Schulungs- und Lagerstätten zur Verfügung, die NSV wird in diesem Jahre während der Sommerferien eine beachtliche Zahl erholungsbedürftige Kinder in ihnen zur Kur unterbringen.

Oberschule. Um einen bodenständigen akademischen Nachwuchs aus den Menschen dieses Raumes zu gewinnen, wurden 2 Oberschulen, und zwar in Radom und Tomaschow, eingerichtet, Tomaschow mit 7-klassigem, Radom mit z.Zt. 5-klassigem System. Es ist zu hoffen, daß Tomaschow ab Herbst d.J. 8-klassig, also eine Vollanstalt,wird, während Radom die 6.Klasse mit Beginn des neuen Schuljahres aufbauen wird. In beiden Schulen sind zusammen 382 Schüler und Schülerinnen.

Hauptschule. In Petrikau besteht die einzige Hauptschule des Distrikts. Sie ist im Aufbau, und es hängt von der Freimachung eines geeigneten Gebäudes ab, um eine breitere Grundlage für die Schule und ihre Weiterentwicklung zu schaffen.

Berufsbildende Schulen. Dieser Schulgattung wurde eine besondere Sorge zugewandt, denn es galt, den volksdeutschen Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, in einen ordentlichen Beruf zu kommen und sie aus den meistens oft recht traurigen Verhältnissen des Elternhauses zu lösen zu freier Entfaltung ihrer Kräfte und Anlagen, die in den engen ärmlichen Verhältnissen des Kleinbauern verkümmern mußten. Diesen jungen Menschen mußte eine Berufschance verschafft werden. Darüber hinaus besteht natürlich das allgemein wirtschaftliche Interesse, die im Bauerntum nicht notwendigen Kräfte abzuschöpfen und sie dem Handwerk und Gewerbe zuzuführen, um allmählich in Handwerks-, Handels- und Wirtschaftsbetrieben eine führende deutsche

Schicht zu gewinnen.

Es bestehen folgende deutsche berufsbildende Schulen:

1. Handwerkerschule für das Metallgewerbe in Radom.
   Internat mit 12o Plätzen. Arbeit: Aufträge für Rüstungsindustrie.
2. Handwerkerschule für das Baugewerbe in Tschenstochau.
   Internat im Aufbau. Fassungsvermögen: 12o Schüler.
3. Landwirtschaftsschule für Jungen in Zwolen.
   Internat - 5o Jungen.
4. Landwirtschaftsschule für Mädchen in Dobryszyce.
   Internat - 5o Mädchen.
5. Lehranstalt für Frauenberufe in Tschenstochau.
   Internat - 12o Schülerinnen Fassungsvermögen.
6. Haushaltungsschule in Witow.
   Internat - 5o Schülerinnen.
7. Haushaltungsschule in Tomaschow - im Aufbau.
   Internat - 6o Schülerinnen.
8. Handelsschule in Petrikau -
   62 Schülerinnen.
9. Handelsschule in Tomaschow.
   Internat - 54 Schülerinnen.

Daneben bestehen dann die Berufspflichtschulen (früher Fortbildungsschulen).

Nach diesem allgemeinen Überblick komme ich zu den Problemen, die das deutsche Schulwesen gegenwärtig aufweist.

1. Die Einschulung der deutschstämmigen Kinder. Bei einer vermutlichen Zahl von rund 5oo Kindern ergibt sich die Frage der räumlichen Unterbringung. Am zweckmässigsten wäre die Zusammenfassung in Schülerheimen, weil so die erziehliche und auch schulfachliche Ausrichtung am intensivsten betrieben werden kann. Es würde allerdings die Einrichtung von 4 - 5 neuen Schülerheimen notwendig werden mit einem Kostenaufwand von etwa 1 Million Zloty. Schwierig wird die Freimachung der

geeigneten Gebäude, die gegenwärtig von der Wehrmacht oder Polizei belegt sind.

2. Die Lehrerfrage.

Leider wirkt sich der im Reich allgemein herrschende Lehrermangel auch hier aus insofern, als das Reich nicht genügend ausgebildete Lehrkräfte stellen kann. Die Beschäftigung von Laienlehrkräften ist ein unzureichender Notbehelf, da die betreffenden Kräfte nicht über das notwendige Fachwissen verfügen, geschweige denn über die pädagogisch-didaktischen Fähigkeiten. Meine Bemühungen, BDM-Führerinnen zu bekommen, die jedenfalls die deutsche Sprache vollkommen beherrschen und auch eine gewisse erzieherische Erfahrung besitzen, sind ohne Erfolg geblieben.

Von den deutschen Lehrkräften sind rund 6o % Laienlehrkräfte. Es ist daher dringendste Aufgabe, hier im Generalgouvernement selbst die Ausbildung von Lehrkräften mit allem Nachdruck zu betreiben.

In Aussicht genommen ist die Einrichtung einer Lehrerbildungsanstalt in Kielce mit 12o Jungen zum 1.September d.J.

Eine katastrophale Lage wird eintreten, wenn alle Volksdeutschen wehrpflichtig werden. Dann wird etwa ein Viertel aller Lehrkräfte für den Schuldienst ausfallen.

3. Die beamtenrechtliche Sicherung der volksdeutschen ausgebildeten Lehrkräfte ist immer noch nicht erfolgt. Die betreffenden Personen sind noch nicht eingebürgert, sie können also nicht in das Beamtenverhältnis übernommen werden. Falls ein volksdeutscher Lehrer stirbt oder an der Front fällt, steht die Familie ohne beamtenrechtlichen Schutz da. Anderseits ist es nicht möglich, alte und kranke Lehrkräfte in den Ruhestand zu versetzen, weil keine Regelung über die Versetzung in den Ruhestand vorliegt. So wird es notwendig, dienstunfähige Personen ohne ihre Dienstleistung weiterzubesolden.

4. Die Ernennung der Kreisschulräte scheint wieder auf erhebliche Schwierigkeiten zu stoßen. Die besonders gelagerten Verhältnisse (Beherrschung der polnischen Sprache) be-

dingen, daß Lehrer aus dem Reich hier mit dem Amt des Kreisschulrates betraut wurden. Nach der Reichsregelung kann aber nur ein Schulleiter (Rektor) zum Schulrat ernannt werden, nicht ein Lehrer.

Nachdem es im vorigen Jahr, besonders auch durch den Vorstoß des Herrn Gouverneurs Kundt, gelungen war, analog den Verhältnissen im Sudetengau oder in der Ostmark den Herrn Präsidenten Watzke davon zu überzeugen, daß auch hier bei allen vorliegenden Voraussetzungen einfache Lehrer zu Schulräten ernannt werden mußten, hatte auch der Reichserziehungsminister sein Einverständnis gegeben. Die betreffenden Schulräte wurden vom Ministerialrat Dr. Arnold im September vorigen Jahres besichtigt und für befähigt erklärt.

Nun aber scheint auf Grund eines Führererlasses die Ernennung auf erhebliche Schwierigkeiten zu stoßen. Die in Frage stehenden Schulräte haben sich teils seit Oktober 1939, also bald vier Jahre, im Amt aufs beste bewährt. Es kann daher nicht sein, daß aus formalen Gründen diese Bewährung ihre Anerkennung nicht finden sollte.

5. Eine Erschwerung der Verwaltungsarbeit liegt darin, daß die Berufung von Lehrkräften in das Beamtenverhältnis und die Ausstellung der ersten Urkunde, ferner die Ernennung von Lehrern zu Hauptlehrern oder Rektoren nicht in die Zuständigkeit des Gouverneurs gegeben sind, sondern von der Regierung vorgenommen werden sollen. Im Reich obliegen diese Angelegenheiten dem Regierungspräsidenten. Es wäre wirklich eine wesentliche Vereinfachung der Verwaltung, wenn die genannten Befugnisse dem Gouverneur übertragen würden.

II. Polnisches Schulwesen.

Grundsatz der Schulpolitik im polnischen Schulwesen ist: die polnischen Volksschulen sollen die elementarsten Kenntnisse vermitteln, so daß die Eingliederung der polnischen Jugend in den Arbeits- und Wirtschaftsprozeß ermöglicht wird. Die in den Volksschulen erworbenen Kenntnisse müssen zum Besuch einer Berufspflicht- bezw. einer Berufsschule ausreichen.

An Volksschulen bestehen: 1938 Schulen mit 3oo ooo Schülern und 4 1oo Lehrkräften.

Berufsschulen:

Es bestehen
- 7 Handwerkerschulen,
- 11 Handelsschulen,
- 3 Landwirtschaftsschulen,
- 1 Fischereischule (privat),
- 11 Frauengewerbliche Berufs- und Fachschulen,
- 3 Haushaltungsschulen,
- 1 Gerbereischule mit Sattler und Schäftemacher,
- 13 Gewerbliche Berufspflichtschulen (Fortbildungsschulen),
- 198 Landwirtschaftliche Berufspflichtschulen.

Die Berufsschulen sind grundsätzlich für kriegswichtige Arbeiten eingesetzt. So arbeiten die Jungen der hiesigen polnischen Handwerkerschule 34 Stunden in einer Fabrik mit kriegswichtigen Aufträgen, während der theoretische Unterricht auf 14 Stunden wöchentlich herabgesetzt ist.

Die Zahl der Handelsschulen wird stark herabgesetzt. Der Distrikt Radom behält nur 5oo Handelsschüler(-innen), weil diese Schulform sich zu einem getarnten Gymnasium entwickelte und einen ungeheuren Zuzug erhielt.

Probleme des polnischen Schulwesens.

1. Unbeschult sind schätzungsweise loo ooo Kinder. Grund: Interesselosigkeit der Eltern.

Dieses starke Analphabetentum ist eine recht unerfreuliche Tatsache. Es ist einmal erfahrungsgemäß ein guter Nährboden für kriminelle Vergehen, zum anderen sind diese Leute schwer zu führen, weil sie durch geschriebene und gedruckte Propaganda nicht zu beeinflussen sind.

2. Eine Erfassung der unbeschulten Kinder wird in Zukunft dadurch unmöglich, daß die Zahl der dann notwendigen Lehrkräfte nicht mehr zur Verfügung steht.

Während am 1.Februar 194o noch 5 945 polnische Volksschullehrkräfte vorhanden waren, sind jetzt nur noch 4 loo im

Amt. Es sind also im Laufe von drei Jahren 1 845 Lehrer ausgeschieden. Die Gründe des Ausscheidens sind:

Politische Unzuverlässigkeit:	5o7
Flüchtig:	127
Auf eigenen Antrag:	1 336.

Die große Zahl der freiwillig Ausscheidenden kommt zur Hauptsache durch die unzureichende Ernährung zustande. Die Lehrer auf dem Lande erhalten keine Lebensmittelzuteilungen, kaufen können sie nichts, weil sie wegen der schlechten Besoldung die Schleichhandelspreise nicht bezahlen können. Sie treiben daher wohl ausnahmslos alle selbst Schleichhandel und verdienen so natürlich erheblich mehr.

Es steht fest, daß unter der polnischen Lehrerschaft die Hauptträger der W.B. sind. Wenn also 1 845 Lehrer ihren Beruf aufgaben und sich der W.B. als Aktivisten anschlossen, so hat die W.B. damit eine zahlenmäßig sehr bedeutsame Führerschicht erhalten.

3. Das polnische Geheimschulwesen ist beachtlich stark entwickelt. Da die Polen schon aus der Russenzeit vor dem Weltkriege in der Organisation des Geheimschulwesens eine große Erfahrung besitzen und auch unvorstellbare Erfolge erzielten, gelingt ihnen auch jetzt wieder die Aufrichtung einer geheimen Schulorganisation. Unter der Tarnung des erlaubten Privatunterrichts werden Gruppen von Schülern in allen Unterrichtsfächern unterrichtet, und zwar jeweils in verschiedenen Privatwohnungen, es werden Prüfungen abgehalten, Zeugnisse und Berechtigungen ausgestellt. Die 6. und 7. Klassen der Volksschulen sind in den Städten als Gymnasialklassen aufgezogen. Bestehende polnische Kindergärten fangen schon im 5.Lebensjahr mit dem Schulunterricht an, so daß die Kinder beim Eintritt in die Volksschule einen Vorsprung von 1 - 2 Klassen haben. Dementsprechend ist später die Ausweitung des Volksschullehrplanes zum gymnasialen Lehrplan möglich.

Revisionen haben ergeben, daß in den Schulen noch oft antideutsche Lehrstoffe (Gedichte, Lieder) herangezogen werden und eine betont nationalpolnische Erziehung betrieben wird.

4. Schulaufsicht.

Leider ist die notwendige Beaufsichtigung der polnischen Schulen nicht mehr durchführbar. Der Mangel an Benzin läßt die Schulräte nur wenig hinauskommen. Außerdem war es nicht möglich, jedem Kreisschulamt mindestens einen volksdeutschen Schulinspektor zu geben, der ausschließlich die Revisionen der polnischen Schulen durchzuführen hatte. Polnische Schulinspektoren einzusetzen, ist zwecklos, da sie naturgemäß die unzulässigen Dinge und Vorgänge in den Schulen doch nicht zur Kenntnis nehmen würden.

5. Die Geistlichkeit versucht natürlich, als Religionslehrer in den Schulen möglichst Fuß zu fassen. Da sie Propagandisten des polnischen Nationalgedankens sind, werden sie zu einem ständigen politischen Gefahrenmoment. Als Religionslehrer sind 61 hauptamtliche und 460 nebenamtliche Pfarrer tätig.

Den polnischen Volksschulen sind folgende im Dienste des Krieges stehende Aufgaben gestellt worden: Seidenraupenzucht, Heilkräutersammlung, Altmaterialiensammlung. Durch Vereinbarung mit den zuständigen Stellen der Abteilung Wirtschaft und Ernährung und Landwirtschaft sind für die kommende Zeit ganz feste Grundlagen und Organisationen geschaffen worden, die einen zufriedenstellenden Erfolg auf den genannten Gebieten gewährleisten werden.

Abschließend möchte ich bemerken, daß alle Sorge dem deutschen Schulwesen auch in Zukunft zugewandt sein wird in der Hoffnung, daß manche noch bestehenden Hemmungen formal-juristischer Art behoben werden können, um ein freies Ausgreifen aller tätigen Kräfte am Errichten eines festen harten Deutschtums hier im neuen Ostraum zu ermöglichen.

III. Büchereiwesen.

Ein wesentlicher Faktor für die Festigung des Deutschtums ist die Einrichtung von Volksbüchereien. Im letzten Jahr sind 14 Büchereien mit rund 18 000 Bänden eingerichtet worden. Außerdem wandern in den Kreisen 100 Schrankkästen mit je 50 Bänden. Als Reserve sind noch 7 000 Bände vorhanden so daß insgesamt 3o ooo Bände den Deutschen im Distrikt zur Verfügung stehen.

Die Büchereien sind so eingerichtet, daß sie nicht den Charakter von bloßen Ausleihestellen haben, sondern sie tragen alle eine einladende ansprechende Note, so daß die Leser sich gern in ihnen aufhalten und lesen. Die Einordnung der Bücher erlaubt jeden Leser, selbst an die Regale zu treten und sich ein Buch auszusuchen. Die Leserzahl beweist, daß die Büchereien einen großen Anklang gefunden haben und damit zahlreichen Deutschen ein echtes Stück Heimat geben.

Entwicklung und Lage des Arbeitsmarktes.

Berichterstatter: a) Der Leiter der Abteilung Arbeit,
Oberregierungsrat Paepke.

Schon verschiedene Male hatte ich die Ehre, anläßlich Ihrer Besuche hier in Radom, Herr Generalgouverneur, und bei Abteilungsleitersitzungen über den Arbeitseinsatz und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen zu sprechen. Wenn auch die Grundsätze dieses Aufgabengebietes seither die gleichen geblieben sind und insofern eine gewisse Wiederholung bei meinen heutigen Ausführungen nicht zu vermeiden ist, so glaube ich doch, einiges Interesse für meine Darstellungen in Anspruch nehmen zu dürfen, weil mit der Entwicklung der Verhältnisse stets Tatsachen eintreten, die in Verbindung mit den laufend sich verschiebenden und wechselnden Ergebnissen bei der Erfassung der Arbeitskräfte ein neues Bild von der Lage des Arbeitseinsatzes geben.

Mit der Dauer des Krieges sind die Anforderungen an die Dienststellen der Arbeitsverwaltung wegen Beschaffung von Arbeitern ständig gewachsen. Am deutlichsten erkennbar wurde dies im August vorigen Jahres, als der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz zur Deckung des Arbeiterbedarfes der deutschen Rüstungsindustrie allen besetzten, ein- und angegliederten Gebieten des Reiches ein unter allen Umständen aufzubringendes Kontingent an zu stellenden Arbeitskräften auferlegte. Das Generalgouvernement erhielt hierbei, wohl auch mit Rücksicht auf seine bisherigen günstigen Gestellungsergebnisse, eine sehr erhebliche Quote zugeteilt. Auf den Distrikt Radom entfielen hiervon für
die Zeit vom 1.9. bis 31.12.1942 26 ooo und weiter vom
1.1. bis 3o. 4.1943 29 loo zu beschaffende
Arbeiter.

Zum Zwecke der Durchführung dieses Auftrages wurden daraufhin im hiesigen Distrikt Maßnahmen in organisatorischer Hinsicht getroffen, die bisher im Generalgouvernement noch nicht bestanden hatten. Bei der Distriktsverwaltung und den Kreishauptmannschaften wurden sogenannte Befehlsstäbe gebildet, die unter dem Vorsitz des Vizegouverneurs bezw. der Kreishauptleute vor allem die Polizei und die Arbeitsverwaltung umfaßten. Die hierdurch geschaffene Arbeitsgemeinschaft zwischen den maßgebenden Dienststellen hatte den Vorteil, daß an der Arbeitererfassung für alle Beteiligten ein unmittelbares Interesse gegeben war. Die Gemeinden erhielten die Weisung, Personen zu bestimmen, die für die Aufbringung des ihnen von den Kreisen auferlegten Kontingentes hafteten. Für die Gestellung des Kreiskontingentes wurde neben dem Leiter des Arbeitsamtes, der bereits ohnedies für die Durchführung des gesamten Arbeitseinsatzes in seinem Bereich den übergeordneten Dienststellen der Arbeitsverwaltung gegenüber verantwortlich war, dem Kreishauptmann in seiner Eigenschaft als Repräsentanten der gesamten deutschen Hoheitsverwaltung seines Kreises die direkte Verantwortung übertragen. Hierdurch ist sichergestellt worden, daß der Kreishauptmann sich nunmehr mit seiner ganzen Persönlichkeit und dem ihm zur Verfügung stehenden Verwaltungsapparat für die Erreichung des geforderten Ergebnisses einsetzte.

Die Erfassung der Arbeitskräfte erfolgte im wesentlichen nach dem Grundsatz der möglichsten Vermeidung schärferer Zwangsmaßnahmen. Die Bürgermeister wurden aufgefordert, eine Liste aller derjenigen Personen an das Arbeitsamt einzureichen, die sowohl nach wirtschaftlichen als auch nach sonstigen Gesichtspunkten entbehrlich waren. Dabei mußte mindestens die zugeteilte Gestellungs-Soll-Zahl erreicht werden. Die benannten Arbeitskräfte wurden daraufhin vom Arbeitsamt dienstverpflichtet. Insoweit sie der Beorderung nicht Folge leisteten, übernahm es die Polizei, zusammen mit Angehörigen des Arbeitsamtes, die Leute zwangsweise vorzuführen.

Über die Vorschläge der Bürgermeister hinaus stellten außerdem die Arbeitsämter anhand der kleinbäuerlichen Betriebskartei, die von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft ausgefertigt und von den Angehörigen der Arbeitsämter anläßlich eines Außendienstes bei den betreffenden Gemeinden ergänzt und berichtigt war, weitere abkömmliche Arbeitskräfte fest. Das Verfahren bezüglich der Heranbringung dieser Personen an den Arbeitseinsatz für das Reichsgebiet war das gleiche wie bei den durch die Bürgermeister Benannten. Die polizeiliche Heranholung geschah fast durchwegs in der Nacht, weil sonst erfahrungsgemäß in der Wohnung niemand, zum wenigsten nicht das gewünschte Familienmitglied, anzutreffen war.

Neben den sonstigen Gliederungen der Polizei, wie Gendarmerie, Sonderdienst, polnischer Ordnungsdienst, waren dem hiesigen Distrikt drei Polizeisonderkommandos zugeteilt worden, die unmittelbar der Weisungsbefugnis der Arbeitseinsatzverwaltung, das heißt der Abteilung Arbeit beim Gouverneur des Distrikts und den Arbeitsämtern, unterstanden.

Um die Bürgermeister zu einer möglichst intensiven Mitarbeit anzureizen, wurden monatlich an die drei erfolgreichsten Gemeinden eines jeden Kreises, Preise in Form von Wodka, Lebensmitteln, Textilien und sonstigen Verbrauchsgütern des täglichen Lebens gegeben. Diese Prämienware ist zum größten Teil aus den Mitteln des Distrikts selbst zur Verfügung gestellt worden. Ein kleinerer Teil wurde von der Regierung in Krakau geliefert.

Die Schwierigkeiten, die sich bei der Arbeitererfassung selbst ergaben, lassen sich, ohne weitschweifig zu werden, im einzelnen nicht aufzählen. Nur allgemein kann gesagt werden, daß neben der Zurückhaltung der Bevölkerung gegenüber einer Vermittlung ins Reichsgebiet auch die oft verständliche Neigung der hiesigen Industrie, Landwirtschaft, deutschen Dienststellen, Baudienst usw., ihr Arbeiterpersonal zu behalten, eine wesentliche Rolle spielten. Nicht alle für das Reichsgebiet bestimmten Personen konnten nämlich aus der sogenannten unsichtbaren Arbeitslosigkeit geschöpft werden, vielmehr mußten große Teile durch die Arbeitsämter den hier ansässigen Arbeitgebern abgerungen werden. Das Arbeitsamt hatte hierbei die Entscheidung zu treffen, ob der Abzug aus der Wirtschaft des Generalgouvernements zu verantworten war. Daß bei Bejahung dieser Frage fast stets der Widerspruch des betroffenen Betriebes auftrat, ist erklärlich. Auch das Schwinden jeglicher Sympathie für die Arbeitseinsatzverwaltung bei den passiv Beteiligten war nicht weiter verwunderlich, wirkte jedoch insofern störend und zeitraubend, als sich die Arbeitsämter immer wieder mit den vielerlei Einwendungen, Beschwerden usw. beschäftigten mußten. Dazu kam, daß der Distrikt Radom bei weitem den Hauptanteil an der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements besitzt. Diese grossen Rüstungsbetriebe üben auf die arbeitende Bevölkerung ihres Umkreises eine starke Anziehung aus. Infolge ihres kriegswichtigen Charakters können Arbeitskräfte von ihnen ohne Einverständnis der Betriebsführung nicht abgezogen werden. Trotzdem ist es gelungen, die an den Distrikt gestellten hohen Anforderungen fast voll zu befriedigen.

Über das Resultat geben die folgenden Zahlen einen Überblick:

Zeitspanne 1.9.-31.12.42	Kontingent	z.Sammellager in Marsch gesetzt:	% des Solls	i.Reichsgebiet abgefahren:	% d. Solls
	26 ooo	41 435	159	24 154	92,9

Der Distrikt Radom stand damit für diesen Zeitabschnitt innerhalb des Generalgouvernements prozentual an erster, rein zahlenmäßig an zweiter Stelle.

Zeitspanne 1.1.-heute	Kontingent	z.Sammellager in Marsch gesetzt:	% des Solls	i.Reichsgebiet abgefahren	% d. Solls
	29 loo	3o 129	1o3	26 o95	89,67

Insgesamt wurden also seit Beginn der letzten verstärkten Aktion, das ist ab 1.September 1942, 5o 249 Arbeitskräfte aus dem Distrikt Radom in der Rüstungsindustrie und der Landwirtschaft des Reichsgebietes eingesetzt.

Von Ende 1939 an gerechnet wurden aus dem Distrikt Radom 2o5 8o9 Kräfte ins Reichsgebiet vermittelt, das entspricht einem Verhältnis zur Bevölkerungsziffer von 7,8 %.

Wenn ich bisher von dem Arbeitseinsatz für das Reichsgebiet gesprochen habe, so möchte ich nunmehr auch auf die Vermittlung innerhalb des Distrikts Radom und des Generalgouvernements selbst kurz eingehen. Zahlenmäßig steht diese zwar gegenüber dem Reichseinsatz wesentlich zurück, ohne daß ihr jedoch von den Arbeitsämtern weniger Augenmerk geschenkt wurde und ohne daß die Belange der hiesigen Industrie und Landwirtschaft dabei übersehen wurden.

Im Durchschnitt ist im Distrikt Radom die Fluktuation zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nicht so groß wie in den übrigen Distrikten des Generalgouvernements. Dies ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß, wie bereits oben erwähnt, sich hier der größte Teil der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements befindet, deren Arbeiterstand nur in geringem Maße wechselt. Vor zwangsweisem Abzug sind die Betriebe infolge ihres kriegswichtigen Charakters gesichert; eine Abwanderung ihrer Arbeiter erfolgt nur in beschränktem Umfange, weil Entlohnung und Lebensmittelversorgung der Gefolgschaftsmitglieder verhältnismäßig ausreichend sind.

Ein wichtiger Bedarfsträger ist neben der Rüstungsindustrie die Ostbahn. Die Deckung ihres Bauarbeiterbedarfes ist an sich Sache des Baudienstes, jedoch springen, soweit sich infolge technischer Schwierigkeiten der Einsatz des Baudienstes verzögert, die Arbeitsämter ein, um die rechtzeitige Fertigstellung dieses Bauprogramms nicht zu gefährden.

Zusammenfassend ist hinsichtlich des innerbezirklichen Arbeitseinsatzes zu betonen, daß die von der hiesigen Wirtschaft gestellten Anforderungen von Arbeitskräften bei den Arbeitsämtern in der Hauptsache stets befriedigt werden konnten.

Meine bisherigen Ausführungen treffen durchweg auf die Zeit bis Mitte April 1943 zu. Von hier an haben sich die Verhältnisse des Arbeitseinsatzes grundlegend geändert. Wenn es vorher möglich war, sowohl freiwillig als auch mit gesetzmässigen Beorderungen Arbeitskräfte zu gewinnen, so ist seit dem angegebenen Termin jede Art von Anwerbung wegen des gesteigerten Banditenunwesens beinahe erfolglos geworden. Die Bürgermeister halten sich von einer Mitarbeit zurück. Sie leben in ständiger Furcht, von den Banditen für ihre Hilfeleistung zur Rechenschaft gezogen zu werden. Außerdem ist ihr Einfluß auf die Einwohnerschaft ihrer Gemeinde stark gesunken.

Die Polizei widmet sich weisungsgemäß fast ausschließlich der Banditenbekämpfung. Für die Mitwirkung beim Arbeitseinsatz bleibt ihr keine Zeit mehr. Alle Nachtaktionen werden grundsätzlich von ihr abgelehnt, weil die damit verbundene Lebensgefahr zu groß ist. Die Arbeitsämter sind damit auf sich selbst angewiesen. Dabei trifft für ihr Personal das gleiche zu wie für die Polizisten und die Gemeindevorsteher. Außendienst kann nur in beschränktem Umfange durchgeführt werden. Die Polizeisonderkommandos wurden abberufen, die Benzinzuteilung wesentlich verringert. Eine erhebliche Anzahl von Angehörigen der Arbeitseinsatzverwaltung ist bereits ein Opfer von Überfällen geworden. Auf einige Neben- und Hilfsstellen der Arbeitsämter wurden Anschläge verübt, Kartei- und Aktenmaterial vernichtet, die Einrichtungsgegenstände verbrannt.

Es wäre zu zeitraubend, alle diesbezüglichen Einzelheiten aufzuzählen; ich möchte nur beispielsweise einige wenige der markantesten Geschehnisse erwähnen.

Ein Transport polnischer Arbeiter wurde kürzlich auf dem Wege nach Tschenstochau während der Fahrt in der Eisenbahn überfallen. Die Banditen drangen, nachdem der Zug eben eine Station verlassen hatte, von den Trittbrettern der Wagen aus in die Abteile, bedrohten das Begleitpersonal mit erhobener Waffe und gaben den Transportteilnehmern Gelegenheit zur Flucht.

Das Polizeisonderkommando des Arbeitsamtes Kielce wurde vor einiger Zeit am hellen Tage in seinem Kraftwagen von einer ca. 50 Mann starken Bande angehalten. Hierbei wurde ein Werber des Arbeitsamtes erschossen, die Polizisten ihrer Uniformen beraubt und ein paar für die Vermittlung ins Reichsgebiet erfaßte Polen befreit.

Die Arbeitsamtsnebenstelle in Jedrzejow ist Anfang dieses Monats mit dem gesamten Inventar durch Feuer zerstört worden.

Wenn auch unter Hintanstellung der persönlichen Sicherheit vom Personal der Arbeitseinsatzverwaltung alles versucht wird, die gestellten Aufgaben zu erfüllen, so wird bei den derzeitigen Verhältnissen doch ein ausreichendes Ergebnis nicht mehr erzielt werden können. Es ist unbedingt notwendig, daß wieder eine annähernde Befriedung der Bevölkerung eintritt und die Polizei in nennenswertem Ausmaße für die Mithilfe bei der Erfassung von Arbeitern verfügbar wird. Ich darf als Abschluß meiner Ausführungen die Versicherung abgeben, daß die Arbeitsverwaltung des Distrikts Radom alles daransetzen wird, mit ihrer Tätigkeit bei den maßgebenden Stellen Ehre einzulegen und wäre nur dankbar, wenn Sie, Herr Generalgouverneur, unsere Lage in verständnisvolle Würdigung ziehen und soweit es in Ihrer Macht steht, auf eine Beseitigung der geschilderten Schwierigkeiten hinwirken würden.

Entwicklung und Lage des Arbeitsmarktes.

Berichterstatter: b) Der Leiter der Abteilung Baudienst,
Arbeitsführer Lehmpfuhl.

Im Distrikt Radom ist der Baudienst erst sehr viel später eingesetzt worden, als in den Distrikten Krakau, Galizien und Lublin. Die Entwicklung und der Aufbau dieser Arbeitsorganisation ist mit der Angabe einiger Zahlen zu kennzeichnen.

April 1941
ein Vorkommando mit 75 Mann auf der Baustelle (Wehrmachtseinsatz).

Januar 1942
davon noch 25 Mann auf der Baustelle (Wehrmachtseinsatz).

Februar 1942
Einrichtung der Kommandostelle II, mit deren Führung ich betraut wurde.

April 1942
200 Mann auf der Baustelle (Wehrmachtseinsatz).

Juli 1942
3000 Mann auf der Baustelle, davon 64% bei Meliorationsarbeiten, nur noch 16 % bei der Wehrmacht, 4 % in Rüstungsbetrieben und schon 16 % bei der Ostbahn.

Oktober 1942
6000 Mann auf der Baustelle, davon nur noch 35 % Meliorationsarbeiten, 20 % bei der Wehrmacht, 18 % in Rüstungsbetrieben und bereits 27 % bei der Ostbahn.

Im Dezember 1942
zu einem Zeitpunkt also, für den ursprünglich die Entlassung aller Baudienstmänner vorgesehen und nur die Schulung der deutschen Abteilungsführer und der polnischen Dienstgrade vorgesehen war, waren, bedingt durch die Zuweisung von Aufgaben, die von kriegsentscheidender Bedeutung sind, die durch Zahlen

auszudrückenden Verhältnisse so, dass noch

> 5.000 Mann auf der Baustelle, davon bereits 50 % bei der Ostbahn, 32 % in Rüstungsbetrieben, 14 % bei der Wehrmacht und nur noch 4 % bei Meliorationsarbeiten eingesetzt waren.

Die Entwicklung der Verlagerung der Arbeiten des Baudienstes auf die kriegsentscheidend wichtigsten Gebiete hat weitere Fortschritte gemacht, so dass die letzte mir vorliegende Einsatzmeldung meines Befehlsbereichs folgendes Zahlenverhältnis ergibt:

> 7.600 Mann auf der Baustelle, davon 78 % bei der Ostbahn, 16 % in Rüstungsbetrieben, 5 % bei der Wehrmacht und 1 % bei sonstigen Arbeiten.

Die genannten Zahlen lassen sich kurz folgendermaßen kommentieren:

Das Vorkommando hatte bis zum Anlaufen des vollständigen Einsatzes nur Wehrmachtseinsatz. Von April 1942 bis September 42 ist die Bautruppe aufgebaut worden und hatte in dieser Zeit den ihren friedensmässigen Bestimmungen entsprechenden Einsatz bei Meliorationsarbeiten, Wegebauten, Deichschüttungen, Forstarbeiten usw. In der Zeit von September bis November 1942 wurde die organisatorische Umstellung auf die kriegswichtigen Arbeiten erst vorbereitet und dann zum Teil durchgeführt, das heisst die Einsätze bei den Wasserwirtschaftsämtern, Strombauämtern, Strassenbauämtern und sonstigen Trägern der Arbeit wurden verringert zugunsten vor allem der Ostbahn, aber auch der Rüstungsbetriebe und der Wehrmacht; weitere Änderungen in dieser Richtung wurden taktisch vorbereitet.

Seit Februar 1943 ist die grundsätzliche Umorganisation des Einsatzes der Bautruppe Baudienst durchgeführt in dem Sinne, dass der Einsatz bei der Ostbahn in jeder Hinsicht den Vorrang hat auch gegenüber dem stark reduzierten Einsatz bei der Rüstungsindustrie und der Wehrmacht. Diese auf Grund höherer Weisungen durchgeführten Einsatzverlagerungen können jetzt als abgeschlossen bezeichnet werden. Soweit die Entwicklung bis heute.

Die Aufgabenstellung für die nächste Zukunft:

1. Bau der Bahnstrecke Litzmannstadt - Radom.
2. Bau der Weichseltalbahn.
3. Fortsetzung der bisherigen Ostbahnarbeiten, z.B. Erweiterung des Bahnhofs Radom und des Ausbesserungswerks der Ostbahn in Radom, Neubau des Bahnhofs Skarzysko-Kamienna, Erweite-

rung des Bahnhofs Kielce und Arbeiten, die für den Steinschlag und die Schottergewinnung für die Neubaustrecken und für diese Arbeiten erforderlich sind.

4. Fortsetzung des Einsatzes bei der Wehrmacht, Rüstungsindustrie und einigen unabwendbar notwendigen kleinen Arbeiten.

Aus der nach der vorangegangenen Feststellung erkennbaren schnell und steil aufwärtssteigenden Kurve der Aufgabenstellung und der ihr nicht ebenso schnell und nicht eben-so steil folgenden Linie der Aufgabenerfüllung ergibt sich folgerichtig die Frage, weshalb der Baudienst mit seinen Leistungen hinter den vom Leiter des Baudienstes an ihn gestellten Forderungen zurückbleibt.

Eine Feststellung darf vorweg genommen werden. Sie beruht auf genauen Überprüfungen der durch die Schule des Reichsarbeitsdienstes gegangenen technisch vorbildlich ausgebildeten Baudienstführer, ebenso wie auf den Urteilen der Ingenieure und technischen Bauleiter, der Träger der Arbeit:
Weder Mangel an Fleiss des einzelnen Baudienstmannes, noch Fehler beim Einsatz der Baudiensteinheiten, weder Mangel der Organisationsform, noch der Ausrüstung mit Arbeitsgerät oder Bekleidung haben dazu geführt, dass die vom Leiter des Baudienstes befohlenen Ziele nicht immer erreicht wurden. Die Umstände, die die Erfüllung der dem Baudienst gestellten Aufgaben ernstlich und unter Umständen sogar unmöglich machen, liegen auf anderem Gebiet. Mit ihrer Fixierung bringe ich eine nicht offiziell anerkannte, vielmehr meine persönliche Ansicht zum Vortrag.

1. Dem Baudienst werden, obgleich er die erste staatliche Organisation des Generalgouvernements ist, dessen Arbeitskräfte durch namentliche Registrierung erfasst und durch ärztliche Untersuchung gemustert werden, bei der Rekrutierung seiner Einheiten dadurch erhebliche Schwierigkeiten bereitet, dass ein nicht unbeachtlicher Teil (es handelt sich um Tausende) gemusterter Baudienstpflichtiger nach der Erfassung und sogar noch nach der Musterung, ja selbst nach der Einberufung, noch ins Reich als Arbeitskräfte vermittelt wird. Nach meiner Auffassung liegt das nicht etwa an schlechter Zusammenarbeit zwischen Baudienstführung und der Hauptabteilung Arbeit oder Baudienstkommandoführer und dem Leiter der Abteilung Arbeit, sondern an den

exorbitanten Anforderungen, die vom Reich in Bezug auf Vermittlung von Arbeitskräften an das Generalgouvernement gestellt werden, besonders hinsichtlich der Tatsache, dass die hier im Generalgouvernement bei kriegsentscheidend wichtigen Arbeiten eingesetzten Baudienstpflichtigen bei den vom Reich geforderten Zahlen nicht berücksichtigt werden.

2. Die prekäre allgemeine Sicherheitslage, insbesondere die Überfälle auf Baudienstabteilungen in ihren Unterkünften, ebenso wie auf Baustellen oder auf den Wegen von den Unterkünften zu den Baustellen, hat nicht nur Verluste bei dem zahlenmässig sehr geringen deutschen Freikorps, bei Bewachungsmannschaften, und in den letzten Tagen erst wieder Tote und Verwundete unter den Baudienstmännern hervorgerufen, sondern sie hat auch zur Folge, dass die weitaus grosse Mehrheit der loyal eingestellten und arbeitswilligen Baudienstmänner und polnischen Dienstgrade, durch Bedrohungen veranlasst, dem Dienst fernbleiben, dass weiter die Dienstflucht, welche durch zweckentsprechende Massnahmen auf ein unwesentliches Minimum verringert worden war, wieder erheblich ansteigt, und dass ein hoher Vonhundertsatz der neu einberufenen Baudienstmänner den Einberufungsbefehlen nicht mehr Folge leistet. Die unter Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen zur Abstellung dieser Mißstände angehaltenen polnischen Bürgermeister und Vögte erklären sich unter Betonung ihres besten Willens ausserstande dafür zu sorgen, dass den behördlichen Anweisungen Folge geleistet wird, weil ihnen die deutschen Behörden keinen Schutz gegen die Banditen gewähren. Für diese meine Feststellungen darf ich als Beweis zwei Tatsachen anführen; einmal für die Loyalität der Baudienstmänner und Dienstgrade: in den von Banden überfallenen Baudienstabteilungen, deren Dienstgrade und Baudienstmänner durch Bedrohung mit Erschiessen veranlasst wurden, die Unterkünfte zu verlassen, haben sich die polnischen Dienstgrade innerhalb von 24 Stunden hundertprozentig, die Baudienstmänner innerhalb von 48 Stunden bis zu 75% wieder zum Dienst gemeldet.

Zum anderen der Einfluss der Banden auf das Rekrutierungsgeschäft: aus Gemeinden in den Kreisen Kielce, Starachowice und Opatow haben sich von den Einberufenen nur 1 bis 2 % gestellt.

Meine wiederholten Vorstellungen bei dem Herrn Gouverneur, ebenso wie bei dem Herrn SS- und Polizeiführer, die das Ziel hatten, durch verstärkten Polizeischutz oder durch Versorgung mit Maschinenwaffen die Sicherheit der wenigen deutschen Baudienstführer, ebenso wie die der Baudiensteinheiten zu erhöhen, haben praktisch keinen Erfolg gehabt, weil mir immer wieder erklärt und begreiflich gemacht wurde, dass eine Erhöhung der Sicherheit unter den gegebenen Umständen unmöglich ist. Die Folgen, die die Bandenüberfälle auf Baudienstabteilungen, die Zurückhaltung der Urlauber und der Neueinberufenen durch Banditen haben, zwingen mich zu der Feststellung, dass es mir heute nicht mehr in dem Masse möglich ist, die Verantwortung für die fristgemässe Durchführung beispielsweise der Ostbahnarbeiten zu übernehmen, wie ich dies tun zu können, dem Gouverneur und dem Leiter des Baudienstes gegenüber noch vor wenigen Monaten behauptet habe.

Wenn ich trotz der soeben geschilderten Behinderung der Entwicklung der Organisation und des weiteren Aufbaus der Bautruppe in der Lage bin festzustellen, dass in den knapp 1½ Jahren meiner Kommandierung nach Radom die mir anvertraute Bautruppe von 100 Mann auf 8.000 Mann gestiegen ist, dass in der Zeit vor der grundsätzlichen Umstellung auf die Ostbahnarbeiten rund ½ Million kbm Boden bewegt wurden, rund 50 km Gräben gezogen, 15.000 kbm Steine gebrochen, 30.000 kbm Schotter geschlagen und neben diesem ausser vielen anderen meßbaren Arbeiten rund 3 Millionen Tagewerke nicht meßbarer Arbeit ausgeführt wurden, dann darf ich ebenso mit Genugtuung feststellen, dass diese Leistungen nur möglich waren durch die Opferbereitschaft, den Fleiss und das Können der mir zukommandierten Mitarbeiter, durch die grosszügige Unterstützung, die ich in gleicher Weise und auf allen Gebieten ebensosehr vom Leiter des Baudienstes in der Regierung des Generalgouvernements wie durch den Gouverneur des Distrikts Radom und auf seine persönliche Initiative hin von allen ihm unterstellten Behörden erfahren habe.

Mit dem Dank für die Hilfe, die dem Baudienst bei seiner schwierigen Arbeit von allen beteiligten Dienststellen geleistet wurde, darf ich ebenso sehr meinen persönlichen Dank, wie den meiner Mitarbeiter, an Sie, Herr Generalgouverneur, dafür verbinden, dass Sie die Verordnungen und Anordnungen gegeben haben, die zu dieser verständnisvollen und nutzbringenden Unterstützung durch alle Dienststellenleiter geführt haben

Ich glaube versichern zu können, dass Sie sich immer auf den Baudienst werden verlassen können.

Entwicklung und Probleme der Wirtschaft.

Berichterstatter: a) Der Leiter der Abteilung Wirtschaft, Rechtsanwalt Wetzel.

Anläßlich der Regierungssitzung im Oktober 1941 in Radom hatte ich die Ehre, einen kurzen Bericht über die Struktur der gewerblichen Wirtschaft des Distrikts Radom zu geben. Ich möchte heute daran anknüpfend die meiner Ansicht nach wichtigsten Probleme behandeln, vor die sich die Abteilung Wirtschaft seit jener Zeit gestellt sah, und darlegen, wie diese Probleme - neben den laufenden Aufgaben - gelöst wurden.

Ich darf beginnen mit dem Problem: Zusammenarbeit mit der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft und Verkehr, das zunächst recht stürmisch in allen Distrikten die Gemüter bewegt hat. Fragen des Weisungs- und Aufsichtsrechts, Bemühungen, eingearbeitete Arbeitsgebiete zu behalten, weil die neu errichtete Organisation der Selbstverwaltung unzulänglich besetzt war - also Zuständigkeitsfragen und dergl. mehr - mußten geklärt werden. Sie sind im Distrikt Radom - ich darf wohl sagen -in vorbildlicher Weise durch enge kameradschaftliche Zusammenarbeit und - wo es nottat -durch systematische Schulung seitens der Wirtschaftsabteilung - gelöst worden, so daß heute die Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft und Verkehr in der Distriktskammer der personell sehr eingeschränkten Wirtschaftsabteilung eine notwendige, nicht mehr zu entbehrende Verbindung zu der gewerblichen Wirtschaft bedeutet. Getrübt wird diese ideale Zusammenarbeit nur hin und wieder durch die Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft und Verkehr in der Zentralkammer, die - so will es uns scheinen - den falschen Ehrgeiz besitzt, im Distrikt manches selbst auszuführen, was an sich Sache der betriebsnäheren Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft und Verkehr der Distriktskammer sein muß. Meine Bitte an die Hauptabteilung Wirtschaft um Unterstützung in diesem Sinne möchte ich noch besonders dahin präzisieren, die Bewirtschaftungsstellen der Regierung anzuweisen, nach erfolgter Beratung durch die Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft und Verkehr in der Zentralkammer grundsätzlich etwaige Aufträge, Delegationen von Bewirtschaftungsmaßnahmen usw. über die Wirtschaftsabteilung des Distrikts an die Hauptgruppe Gewerbliche

Wirtschaft und Verkehr der Distriktskammer vorzunehmen, weil dadurch einmal die betriebsnähere Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft und Verkehr der Distriktskammer mehr als bisher an ihre Aufgaben herankommt, zum anderen aber auch die der Staatsverwaltung vorbehaltene Kontrolle stärker als bisher gewährleistet ist; denn mit diesen Kontrollfunktionen können die Distriktswirtschaftsabteilungen die Bewirtschaftungsstellen der Regierung weitgehendst entlasten.

Schon gelegentlich des Regierungsbesuches 1941 wurde als eines der Hauptprobleme die Kohlenversorgung des Distrikts bezeichnet, die in erster Linie ein Verkehrsproblem ist. Hieran hat sich auch in der nachfolgenden Zeit nichts geändert. Für die Versorgung des Distrikts mit seiner wichtigen, über den ganzen Distrikt verstreut liegenden Industrie:

Eisenhüttenindustrie,
Eisen und Metall verarbeitende Industrie,
Textil-, Leder-, Holz und chem. Industrie,
Industrie der Steine und Erden,

steht im wesentlichen nur die Bahnlinie Dombrowa-Rabsztyn-Kielce-Radom zur Verfügung, die aber gleichzeitig auch einen erheblichen Teil des Bedarfes des Distrikts Lublin (Strecke Demblin-Lublin) mitbefördern muß. Dieselbe Strecke ist aber eine Hauptnachschubstrecke für die mittlere Ostfront. Berücksichtigt man, daß das sogenannte "Streckenkontingent" - also diejenige Kohlenmenge, die bei günstigster Verkehrslage gefahren werden kann - noch unter dem notwendigen Soll bleibt, so ist klar, daß das Kohlenproblem praktisch nie gelöst werden kann, zumal irgendwelche Schwierigkeiten: Verkehrssperren, Stauungen usw. zur Regel gehören. Beachtet man sodann, daß die wirklich gelieferten Mengen in der Reihenfolge

Rüstungsindustrie

Ernährung und Landwirtschaft
(Druschkohle, Zuckerfabriken)

Versorgungsbetriebe
(Elektrizitäts- und Gas-Werke)

zu verteilen sind, so ist klar, daß für die weitere kriegswichtige Industrie, für die Dienststellen und Hausbrandversorgung ein Ausweg gesucht werden mußte, der in etwa den Anforderungen gerecht wurde. Hier darf die Abteilung Wirtschaft die Lösung der vordringlichsten Versorgung für sich in Anspruch nehmen: Im Landabsatz wurde die Kohle durch Lastkraftwagen bis Tschenstochau befördert und hier zur Bahn nach Radom oder den sonstigen Bestimmungsort umgeschlagen. Die Benützung dieses Schienenweges innerhalb des Generalgouvernements bot eigenartigerweise eine Ausweichmöglichkeit. So einfach sich diese Lösung anhört, so schwierig war die Überwindung der zahlreichen Hindernisse, die aber gemeistert wurden, so daß die Versorgung der wichtigsten Industrie, der Dienststellen und sogar eine bescheidene Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Hausbrandkohle erreicht wurde.

Offen blieb die Brennstoffversorgung der arbeitenden polnischen Bevölkerung, die wenigstens teilweise durch Torfzuteilungen gedeckt werden konnte. Diese Torfausbeutung - vorgenommen durch eine von der Wirtschaftsabteilung ins Leben gerufene "Torfgesellschaft" - konnte ihre Produktion von 5 ooo to im Jahre 1941 auf 14 ooo to im Jahre 1942 steigern. Das Produktionsprogramm für das Jahr 1943 ist auf 2o ooo to festgesetzt. Es sind dies bei dem verhältnismäßig schwachen Torfvorkommen des Distrikts durchaus befriedigende Ergebnisse. Die Preise konnten zudem im Interesse der arbeitenden polnischen Bevölkerung dadurch niedrig gehalten werden, daß die Kohlengroßhändler, denen die Torfausbeutung übertragen wurde, verpflichtet wurden, die Torfgewinnung im wesentlichen ohne Unternehmergewinn vorzunehmen. Immerhin bleiben diese Mengen Torf für die Brennstoffversorgung der arbeitenden polnischen Bevölkerung bei weitem hinter dem benötigten Bedarf zurück.

An die Regierung richte ich im Zusammenhang mit dem Kohlenproblem folgende Bitten:

1. Zu einer Erhöhung des Landabsatzkontingents werden in weit stärkerem Maße als bisher Holzgas-Lastkraftwagen benötigt. Mit Rücksicht auf die anerkannt schwierige Versorgungslage des Distrikts erscheint uns hier eine alsbaldige Sonderzuteilung von Holzgas-Lastkraftwagen - also außerhalb der Normalzuteilung - unerläßlich.

2. bitte ich die Hauptabteilung Wirtschaft aus der Tatsache, daß die Versorgung der Dienststellen, der deutschen Bevölkerung und eines beachtlichen Teiles der Industrie ohne das Eingreifen der Wirtschaftsabteilung allein durch den Distriktsbeauftragten der Kohlenbewirtschaftungsstelle nicht gesichert werden konnte, der Abteilung Wirtschaft des Distrikts ein Weisungsrecht über den Distriktsbeauftragten zuzugestehen, wobei die Wirtschaftsabteilung selbstverständlich den grundsätzlichen Weisungen der Kohlenbewirtschaftungsstelle der Regierung sich ebenso unterwirft, wie sie die Weisungen anderer Bewirtschaftungsstellen als bindend anerkennt. Als die für die Wirtschaftspolitik des Distrikts verantwortliche staatliche Verwaltungsstelle muß die Wirtschaftsabteilung auch bei der Frage der Kohlenzuteilung ein Mitbestimmungsrecht besitzen.

3. Für die verkehrsmäßig sehr ungünstig gelegenen Kreise Opatow und Busko bitte ich, die Kohlenversorgung durch die Weichselschiffahrt sicherzustellen, zumal der Distrikt Radom als einziger Distrikt zugunsten der Allgemeinversorgung mit Weichselkohle seine Weichselflotte zur Verfügung gestellt hat, ohne daß allerdings bisher für den Distrikt Radom die zugesicherten Mengen Kohle auf dem Wasserwege eingetroffen sind.

Seit Sommer 1941 wurde die Industrie des Distrikts Radom in zunehmendem Maße auf kriegswichtige Fertigung umgestellt. Einige Zahlen mögen die Arbeit der Abteilung Wirtschaft widerspiegeln:

In diesem Zeitraum wurden 5 722 Maschinen und 1 913 Betriebseinrichtungen (das sind z.B. Transmissionen, Dampfkesselanlagen usw.) erfaßt und für anderweitigen kriegswichtigen Einsatz zur Verfügung gestellt. Im gleichen Zeitraum wurden teils durch systematische Durchkämmung der Betriebe, teils durch die von der Abteilung Wirtschaft ins Leben gerufene Altstofferfassungs-Organisation erfaßt:

an Metallen	ca.	8 000 kg
an Schrott und Gußbruch	ca.	15 000 to
an reißfähigen Lumpen, einem wichtigen Rohstoff für unsere Textilindustrie	ca.	1 000 000 kg.

Das Produktionsprogramm der Textilindustrie des Distrikts soll im Jahre 1943 die doppelte Höhe der Erzeugung des Jahres 1941 erreichen. Ebenso werden seitens der Abteilung Wirtschaft die Vorarbeiten dafür geleistet, daß auf dem Gebiete der Flachglaserzeugung statt bisher 12o ooo qm ab Oktober 24o ooo qm monatlich hergestellt werden.

Durch die Anfang dieses Jahres erschienene Betriebsbereinigungsverordnung ist nunmehr die gesetzliche Untermauerung für die radikale Rationalisierung und Ausrichtung der Betriebe auf ausschließliche kriegswichtige bezw. lebensnotwendige Fertigung gegeben. Dies bedeutet aber für den Distrikt Radom, daß mit der Umstellung solcher Betriebe auf ausschließlich kriegswichtige Produktion

zu den 42 ooo Rüstungsarbeitern und
zu den 35 ooo Arbeitern aus den sogenannten A- und B-Betrieben der gewerblichen Wirtschaft

jetzt noch mindestens weitere 5o ooo Arbeiter - ich spreche nur von dem Sektor der gewerblichen Wirtschaft - hinzukommen, deren Ernährung gesichert werden muß, wenn von ihnen eine kriegswichtige Arbeitsleistung im Sinne der totalen Kriegsführung erzielt werden soll.

Das Problem der Ernährungssicherung des polnischen Arbeiters erfordert m.E. eine Gesamtlösung, d.h., mit der Ernährungssicherung des Rüstungsarbeiters allein ist das Problem keinesfalls gelöst. Insbesondere erscheinen uns Bestrebungen, die Ernährung des Rüstungsarbeiters durch Ermächtigung der Rüstungsindustrie zum Einkauf von Nahrungsmittel im Schleichhandel zu sichern, überaus gefährlich; denn abgesehen von einer empfindlichen Störung der Ernteerfassungsaktion müßte sich ein solches Vorgehen zum Schaden der übrigen polnischen Arbeiterschaft auswirken. Es ist hier aber einmal die Frage aufzuwerfen, ob denn überhaupt heute noch bei der engen Verzahnung zwischen Rüstungswirtschaft und sonstiger Kriegswirtschaft eine derart scharfe Scheidung zwischen den Rüstungsarbeitern der von der Rüstungsinspektion betreuten Rüstungsindustrie und den in einer sonstigen kriegswichtigen Fertigung eingesetzten Arbeitern am Platze ist.

Es ist festzustellen, daß die übrige Industrie - die man fälschlicherweise die "Industrie des zivilen Sektors" bezeichnet - entweder unmittelbare Wehrmachtsaufträge erledigt, oder wichtigste Zubringeraufträge oder notwendige technische Betriebsmittel für die Rüstungsindustrie schafft, oder endlich daß sie - wie z.B. die Textil- und Lederindustrie - die Versorgung des Rüstungsarbeiters mit Arbeitskleidung und -schuhen sicherstellt. Es darf endlich nicht übersehen werden, daß es der Arbeiter der gewerblichen Wirtschaft ist, der die wichtigsten Erzeugnisse der auf Prämienscheine der Ernteerfassungsaktion zur Verfügung gestellten Waren (Spinnstoffe, Eisenwaren, Lederwaren) schafft. Der Textilarbeiter sichert z.B. durch seine Arbeit die Ernährung des Rüstungsarbeiters. Es erscheint daher nicht mehr als recht und billig, daß auch in demselben Maße seine eigene Ernährung zu sichern ist.

Da mit der immer stärkeren Ausrichtung der Betriebe der gewerblichen Wirtschaft auf kriegswichtige Fertigung dies Ernährungssicherungsproblem immer drängender wird, bitte ich die Regierung, dem gewerblichen Arbeiter auf dem sogenannten zivilen Sektor das zu geben, was er seiner Bedeutung nach verdient, wobei hervorzuheben ist, daß durchweg der polnische Arbeiter sich arbeitswillig zeigt, ohne daß größere Sabotagefälle festzustellen sind.

Daß dies Ernährungssicherungsproblem, das an sich ebenso die anderen Distrikte berührt, besonders den Industrie-Distrikt Radom bedrückt, bitte ich aus folgender Zahlengegenüberstellung zu entnehmen:

Von den rund 100 000 Rüstungsarbeitern im Generalgouvernement entfallen allein auf den Distrikt Radom 42 000; hierin sind in Rüstungsbetrieben eingesetzte 11 000 jüdische Arbeiter nicht mitgezählt.

Die Gesamtzahl der in A- und B-Betrieben beschäftigten Arbeiter des Generalgouvernements beträgt 125 000, wovon auf den Distrikt Radom allein im Sektor der gewerblichen Wirtschaft 35 000 entfallen. Diese Zahl ist von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft als Höchstziffer der mit Zusatzverpflegung

I und II zu bedenkenden Arbeiter des Sektors der gewerblichen Wirtschaft benannt. Eine große Anzahl von Anträgen auf Zuerkennung der Zusatzverpflegung mußte bisher - obwohl sie sachlich begründet waren - abgelehnt werden.

Gegenüber den seit 1941 sich häufenden Gesuchen auf Verlagerung industrieller Betriebe aus dem Reich in das Generalgouvernement und ebenso in Fragen der Verwertung von Treuhandbetrieben hat die Wirtschaftsabteilung des Distrikts Radom - soweit sie sich einschalten konnte - seit Herbst 1941 die klare Linie verfolgt, nur dann eine Verlagerung bezw. einem Erwerb eines Treuhandunternehmens zuzustimmen, wenn ausschließlich kriegswichtige Notwendigkeit gegeben war. In diesem Zusammenhang richte ich an die Regierung die Bitte, etwaigen weiteren Verlagerungswünschen der Rüstungsindustrie zu Lasten größerer Textilbetriebe des Distrikts mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sich zu widersetzen. Die jetzt noch vorhandenen Textilbetriebe sind zur Durchführung des Produktionsprogramms - wie es für die Ernteerfassung und die Arbeiterversorgung erforderlich ist - unbedingt notwendig.

Es gibt aber noch Industrieobjekte, die z.Z. im Besitz von Wehrmachtsdienststellen zu Lagerzwecken verwendet werden, obwohl sie sich weit besser zur Produktion eignen. M.E. muß hier nachdrücklichst gefordert werden, daß Produktion vor Lagerung geht. Insbesondere muß aber gegen das Vorgehen der Rüstungsinspektion Verwahrung eingelegt werden, die erst vor ein paar Tagen ohne den Versuch der Herbeiführung einer Einigungsmöglichkeit mit der Wirtschaftsverwaltung ca. 18 000 m^2 Fabrikgelände nebst Fabrikgebäuden der Kunstseiden-Fabrik Tomaschow beschlagnahmt hat, obwohl die Rüstungsinspektion bei der Beschlagnahme einer unserer größten Textilfabriken, der A.-G. für Textilindustrie Tschenstochau, im vergangenen Jahr erklärt hatte, weitere Ansprüche nicht mehr zu stellen.

Zur Sicherheitslage darf ich feststellen, daß bisher keine nennenswerten Produktionsstörungen zu verzeichnen sind; dagegen sind Transportdiebstähle bewirtschafteter Güter leider nicht selten. Diese Waren tauchen später wieder im Schwarzhandel auf. Besonders empfindlich treffen uns die Banditenüberfälle auf Geschäfte und Läger, die für die Ernteerfassungsaktion vorgesehen sind. Ich erwähne in diesem Zusammenhang die

Ausräumung der Läger der Kreisgroßhändler in Starachowice und Konskie, die beide an der Hauptverkehrsstraße gelegen sind. Ein übles Kapitel sind endlich die beliebten Ledertreibriemendiebstähle, die wegen des bekannten Engpasses auf diesem Gebiete unangenehme Betriebsstörungen mit sich bringen. Seit Anfang Januar d.J. sind im Distrikt Radom allein 857 m Ledertreibriemen durch Banditen gestohlen worden.

Eine Fülle weiterer Probleme wäre noch zu behandeln auf dem Gebiete der Verbrauchsregelung, des Auflagen-Programms, der Schulung der Wirtschaftsämter in den Kreisen und Städten, der Rationalisierung von Handel und Handwerk und der damit zusammenhängenden Erfassung von Arbeitskräften, die Mitarbeit der Wirtschaftsabteilung an der Gesetzgebung, so z.B. an dem Entwurf der neuen Gewerbeordnung.

Alle diese Probleme und Arbeiten erledigte die Abteilung Wirtschaft bei kanppster personeller Besetzung. Wenn ich unter Hervorhebung der Bedeutung des Distrikts Radom als Industrie-Distrikt vergleichsweise die Personalbesetzung der Wirtschaftsabteilungen der anderen Distrikte nach dem heutigen Stand anführe:

Lemberg	Krakau	Warschau	Lublin	Radom,
114	97	82	54	61

so bitte ich, aus dieser Gegenüberstellung zu entnehmen, daß die hiesige Abteilung Wirtschaft einerseits bemüht war, unter Anspannung aller Kräfte ihre Pflicht zu tun, andererseits aber dringend einer Personalaufbesserung bedarf.

An die Hauptabteilung Finanzen richte ich daher die Bitte, bei der Zubilligung von Planstellen etwas weitherziger zu sein, und mit Rücksicht auf die Bedeutung der Industrie des Distrikts Radom in Bezug auf die Kriegswirtschaft die Wirtschaftsverwaltung in Radom personell mit den Wirtschaftsverwaltungen in Krakau und Warschau zumindest gleichzustellen.

Entwicklung und Probleme der Wirtschaft

Berichterstatter: b) Der Leiter der Abteilung Forsten,
Oberregierungsrat Elste.

Ich habe den Auftrag, über das Aufgabengebiet und die Tätigkeit der Abteilung Forsten im Distrikt Radom kurz zu berichten. Der Distrikt Radom ist mit rund 550 000 ha Waldfläche nöchst dem Distrikt Galizien der waldreichste Distrikt im Generalgouvernement; sein Bewaldungsprozent von 21% bleibt jedoch immer noch erheblich hinter dem Reichsdurchschnitt mit 29% zurück.

Die im Vergleich zu den übrigen Distrikten große Bewaldungsziffer und vor allem der starke Staatswaldanteil sowie die große Zahl der holzwirtschaftlichen Betriebe machen die Forst- und Holzwirtschaft im Distrikt zu einem Faktor von sehr erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung. Dies kommt zum Ausdruck in der Höhe der festgesetzten Holzumlage, die mit rund 1 300 000 fm die zweitgrößte im GG ist, in der großen Zahl der holzwirtschaftlichen Betriebe sowie der in der Forst- und Holzwirtschaft beschäftigten Arbeiter. Es sind im Distrikt z.Zt. vorhanden:

1o9 Sägewerke, darunter 5 große staatliche und 28 andere holzwirtschaftliche Betriebe (Furnierwerke, Sperrholz-, Parkett-, Fass- und Kistenfabriken);

In der Forstwirtschaft sind	30 000 Arbeiter,
in der Holzwirtschaft	8 200 Arbeiter beschäftigt,

für Transportzwecke steht ein Waldbahnnetz von 200 km Länge, mit einem Fahrpark von 21 Lokomotiven und 263 Waldbahnwagen sowie ein Kraftfahrzeugpark von 24 Rad- und Raupenschleppern und 5 LKW zur Verfügung. 1 580 polnische Forstbeamte führen als Heger, Förster und Oberförster die von der deutschen Verwaltung angeordneten Maßnahmen und Arbeiten durch. Die ganze sehr umfangreiche Apparatur wird von einer deutschen Leitung, die aus insgesamt 40 Köpfen, darunter 9 höheren Forstbeamten, besteht, geführt.

Seit Ihrem letzten Hiersein, Herr Generalgouverneur, sind nun beinahe zwei Forstwirtschaftsjahre vergangen. Während der Holzeinschlag im Forstwirtschaftsjahr 1941/42 im großen und ganzen noch reibungslos vor sich ging, war die Abfuhr dieser riesigen Holzmengen bekanntlich schon immer ein ernstes Sorgenkind und der nur schwer zu überwindende Engpass. Es bedurfte des restlosen Einsatzes aller, insbesondere der wenigen deutschen Forstbeamten aller Grade, um die Abfuhr so in Gang zu bringen und zu halten, daß der Betrieb der Sägewerke und der übrigen holzwirtschaftlichen Werke keine Störung erfuhr.

Mit dem weiteren Ausbau der Kriegswirtschaft hat auch die Bedeutung und die Anforderung an den Rohstoff Holz immer mehr zugenommen..Schon vor dem Kriege hatte er sich, ähnlich wie die Kohle, in einem Siegeszug ohnegleichen immer mehr Verwendungsgebiete erobert. Neben die mechanische Bearbeitung des Holzes durch Axt, Säge und Fräse war immer mehr die Verkochung, Verschwelung, Vergärung und Verzuckerung getreten. Ganz neue Industrien sind entstanden: Papier, Zellstoff, Zellwolle,Kunstseide, Zellglas, Filme, Lacke, Schiesswolle, Alkohol, Hefe, Holzzucker, Gerbstoffe, Holzkohle, Holzteer, Kolofonium, Kleister, Klebstoffe usw. All dies stellt jedoch nur einen Bruchteil dessen dar, was heute die Holzchemie aus dem "Grünen Gold" herauszuholen vermag. Im Kriege selbst hat der Rohstoff Holz nicht nur eine kriegswichtige, sondern kriegsentscheidende Bedeutung gewonnen und gerade das GG spielt als frontnahe Holzversorgungsbasis der kämpfenden Truppe eine besonders wichtige Rolle.

Dazu kommt die besonders günstige Lage des Distrikts Radom zum oberschlesischen Bergbau- und Industriegebiet und ferner die Tatsache, daß das GG verkehrsmässig zur Brücke zwischen Reich und Ostgebieten geworden ist. Aus diesen grundlegend wichtigen Tatsachen ergeben sich für die Forst- und Holzwirtschaft des Distrikts Radom folgende Hauptaufgaben:

1. Versorgung der Wehrmacht mit Holz aller Art,
2. Bereitstellung der vom oberschlesischen Bergbau benötigten Grubenholzmengen,
3. Belieferung der Reichs- und Ostbahn mit Schwellen- und Waggonhölzern.

Von den Schwierigkeiten, die der Aufbringung des Rohstoffes Holz gerade in unserem Distrikt erwachsen, vermag sich der Nichteingeweihte kaum die richtige Vorstellung zu machen. Es ist ja nicht damit getan, daß in beschwerlicher und oft von Witterungsunbilden gehemmter Arbeit der Einschlag von rund 1 300 000 fm Holz durchzuführen ist; diese über alle Waldungen des Distriktes verteilten Holzmassen müssen vom Hiebsort mit Waldbahnen, Raupenschleppern, Zugmaschinen, Lastkraftwagen und tausenden von Pferdefuhrwerken manchmal 3o km und weiter an die Sägewerke oder an die Laderampen der Bahn gefahren werden. Dann erst ist es den Sägewerken möglich, in verantwortlicher Arbeit das Rundholz in Schnittholz zu verarbeiten.

Um die Holzbedarfsdeckung zu sichern, die nur durch planvolle Zusammenfassung und Zusammenarbeit aller Kräfte der Forst- und Holzwirtschaft und anderer staatlicher Verwaltungsstellen erreicht werden kann, haben Sie, Herr Generalgouverneur, den Holzbeschaffungsplan 1943 erlassen und genehmigt.

Nach dem Stande vom 1.Mai 1943 sind im Distrikt 80 % des Holzeinschlages durchgeführt und 38% der eingeschlagenen Nutzholzmenge abgefahren. Gemessen an den ungeheuren Schwierigkeiten, die sich in ständig zunehmender Weise entgegenstellen, muß dieses Ergebnis als sehr befriedigend bezeichnet werden. Es liegt sogar etwas höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Es konnte nur erzielt werden unter restlosem Einsatz aller damit befassten Arbeitskräfte, jedoch unter Verhältnissen,die verglichen mit den heutigen noch als günstig anzusehen sind. Inzwischen ist in der Lage draußen auf dem flachen Lande, vor allem in der allerjüngsten Zeit, in steil ansteigender Kurve eine Verschlechterung eingetreten, die aus den bisher in erster Linie betroffenen Hauptwaldgebieten der Lysa Gora sowie der Mitte und dem Nordosten des Distrikts nunmehr auch in den seither weniger betroffenen westlichen Teil des Distriktes übergreift.

Als Leiter einer Verwaltung, deren Tätigkeit sich in erster Linie in den von den Verkehrs- und Sicherheitszentren entfernt liegenden Gebieten auf dem flachen Lande abspielt, halte ich es für meine Pflicht, Ihnen, Herr Generalgouverneur, ein kurzes Bild von der derzeitigen Lage, wie sie sich auf unserem Sektor darstellt, zu entwerfen.

Bis zum heutigen Tage sind mir 455 Überfälle auf polnische Heger-, Förster- und Oberförstergehöfte gemeldet worden;

dabei sind 18 polnische Forstbeamte getötet und 24 verletzt worden. Bei diesen Überfällen ist den meisten Forstbeamten ein grosser Teil, in vielen Fällen sogar ihr ganzes Hab und Gut, das heute unersetzlich ist, geraubt worden. Das polnische Forstpersonal hat zum großen Teil das Gefühl völliger Schutzlosigkeit. Die deutschen Beamten der Forstaufsichtsämter und der Forstabteilung können nur noch unter Einsatz ihres Lebens den in die Wälder führenden Außendienst versehen. Holzfuhrleute und Waldarbeiter werden laufend terrorisiert, es wird auf Kulturarbeiterkolonnen im Walde geschossen, Forstbeamten wird bei Antreffen im Dienst die Uniform ausgezogen. Als Auswirkungen dieser Lage sind heute erkennbar: der Holzabfuhrbetrieb stockt in verschiedenen Gegenden bereits vollkommen, Waldarbeiter bleiben der Arbeit ferne, die Holzdiebstähle überschreiten stellenweise bei weitem die normale Grenze. Das polnische Forstpersonal steht dem allem infolge bis jetzt fehlenden ausreichenden polizeilichen Schutzes völlig ratlos gegenüber. Die Bevölkerungsteile, die sich bisher noch nicht entschieden hatten, auf welche Seite sie treten sollen, werden bei Anhalten der derzeitigen Verhältnisse mit ziemlicher Sicherheit zwangsläufig in das kommunistische Lager abgezogen, denn auf dem flachen Lande haben in weiten Gebieten und vor allem in den geschlossenen Waldteilen die Kommunisten und Banditen die alleinige Macht.

Wenn ich auch den Stand des Holzeinschlages und der Holzabfuhr am 1.Mai 1943, gemessen an den seither schon bestehenden Schwierigkeiten, noch als sehr zufriedenstellend bezeichnet habe, so muß ich für die weitere Durchführung des Holzbeschaffungsplanes in weiten Gebieten bei Fortdauer der sich ständig verschlechternden Lage ernste Befürchtungen äußern. Wenn die Forstverwaltung die ihr gestellten Aufgaben restlos erfüllen soll, halte ich zwei Punkte für unbedingte Voraussetzung:

1. eine grundlegende Änderung und Besserung der stellenweise unhaltbaren Sicherheitsverhältnisse,
2. eine ausreichende Ernährung der forst- und holzwirtschaftlichen Arbeiter und auch ihrer Familienangehörigen.

Zur Zeit erhalten nämlich nur die Arbeiter selbst eine Lebensmittelzuweisung, die jedoch nicht ausreicht, um sie selbst völlig arbeitsfähig zu erhalten. Für die übrigen Familienangehörigen erhalten sie überhaupt nichts. Die Folge ist häufiges

Fernbleiben von der Arbeit, einmal infolge Erschöpfung, und zum anderen zum Zwecke der Lebensmittelversorgung auf irgendeinem mehr oder minder unrechtmässigen Wege für sich und ihre Familienangehörigen.

Daß unter diesen Verhältnissen auch die übrigen wichtigen forstwirtschaftlichen Arbeiten, wie z.B. die Harznutzung, leiden müssen, ist ohne weiteres verständlich. In den allerletzten Tagen häufen sich die Sabotageakte in holzwirtschaftlichen Betrieben durch Zerstörung von Maschinen, Diebstahl der Treibriemen usw.

Dies ist das wenig erfreuliche Bild der Lage, wie sie sich heute zeigt.

Herr Generalgouverneur, ich darf die Versicherung abgeben und bitten, die Überzeugung mitzunehmen, daß die hier eingesetzten Forstbeamten das Letzte und Äußerste tun werden und wollen, um den geschilderten Schwierigkeiten Herr zu werden. Es sind jedoch stellenweise jetzt Verhältnisse eingetreten, die zu meistern ihnen allein nicht mehr möglich ist.

Entwicklung und Probleme der Wirtschaft

Berichterstatter: c) Der Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft, Landwirtschaftsrat Topf.

Genau vor 3 Jahren hatten wir die Ehre, Sie hier begrüßen zu dürfen. Damals gaben uns viele Möglichkeiten die Hoffnung, eine leistungsfähige Landwirtschaft und ausgeglichene Lebensmittelversorgung in diesem Raum Generalgouvernement zu entwickeln. Auch im Jahre 1940 zeigte Ihnen die Natur in Wosniki ihr schönstes Kleid. Wir alle konnten damals nicht ahnen, wie der Kampf gegen die Unfähigkeit und falsche frühere agrarpolitische Führung und Unausgeglichenheit des fremden Volkes auslaufen würde. Ja, es war auf dem landwirtschaftlichen Sektor kaum ein Ausgangspunkt vorhanden, mit dem jener Aufbau entwickelt werden konnte, der sich inzwischen ergeben hat.

Die Statistik war völlig falsch, eine bewährte Be- und Verarbeitungsindustrie war nicht vorhanden, das Erzeugungspotential war bei Groß- und Kleinbesitz mehr als gering, die Verarbeitungsindustrie für landwirtschaftliche Produkte war ohne besondere Leistungen, die hygienischen Zustände zuweilen ohnegleichen, die mir unvergessen bleiben in dem Beispiel einer sogen. Molkerei, die in die Erde eingebaut war und allerfeinste Molkereibutter erzeugen sollte, und einer Molkerei, die die Anschrift "Vorsicht, verlaust!" als äußeres Zeichen besonderer Reinlichkeit trug.

So haben wir dann nach Ihrem Auftrag hier im Distrikt Radom gehandelt. Sie haben einst erklärt, es kommt nicht darauf an, daß einer Ihrer Beamten erst auf Bestimmungen der Regierung wartet, sondern Sie verlangten von Ihren Beamten, daß sie verantwortungsbewußt sind und handeln! Maßgeblich ist immer der Erfolg, den unser Vaterland Deutschland davon tragen würde. So wurde also hier geschafft, besonders aber in den letzten 18 Monaten.

Als ich Ihnen im Oktober 1941 Rede und Antwort stand, waren für uns die Auswirkungen des Russlandfeldzuges nicht ohne Bedeutung. Die Transportverhältnisse waren ungünstig, die Erfassung durch die starke Truppenbelegung erschwert, die

Produktion durch schwierige Zuführung von Betriebsmitteln behindert. Inzwischen hat sich das Bild nach der positiven Seite, besonders bei der Produktion, und nach der negativen hinsichtlich der Sicherheit gewandelt.

Wenn Sie heute Gelegenheit haben würden, durch den gesamten Distrikt Radom zu fahren und den leichten Boden berücksichtigen, der in so reichem Maße vorhanden ist, so kann immer wieder festgestellt werden, daß die Erzeugungssteigerung gegeben ist. Jedes nur brauchbare Stück Land wird ausgenutzt.

Im Winter 1941/42 setzte ich im gesamten Distrikt mit der Erzeugungsschlacht ein. Nachdem also klar geworden war, welcher große Kampf uns im Osten bevorsteht und welche Erschwernisse der Produktionssteigerung uns zugleich gegenübertreten würden, galt es darum für mich, jene Kräfte einzusetzen, die tatsächlich realisierbar waren. Es wurde daher der entsprechende Angriff angesetzt. Die Mitarbeit hierzu beim polnischen Kleinbauern, besser gesagt beim Panje, war vorauszusetzen. Der Pole ist ein Freund von Wetten. Deshalb wurden Wettbewerbe mit Preisen durchgeführt, der Pole ist begeistert für eine Propaganda, die unserem Empfinden zuwiderläuft. Plakate in primitiver Form und grellen Farben wurden hergestellt. Das alles verlangte aber doch, daß man nichts sagte und nichts tat, was nicht zu erfüllen war.

1941 hatte ich z.B. Versuchsfelder über die richtige Anwendung von Kunstdünger angelegt. Das bewirkte, daß der Pole nach Kunstdünger verlangte, der leider nicht zu beschaffen war. Ich ordnete deshalb an, daß diese Schauversuche im Jahre 1942 unterbleiben. Da der Distrikt Radom an seiner Westseite am Warthegau angrenzt, liegt der Vergleich sehr nahe, den ich geführt habe. Auf der einen Seite wird Kunstdünger kaum ausgegeben, auf der anderen Seite, Warthegau, erhält jeder Landwirt je ha 2,5 dz Stickstoff, Kalk und Phosphor.

Ich bin zwar erfreut darüber und der Regierung dankbar, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in die Lage versetzt worden ist, die unter eigener Leitung stehenden Kalkwerke weiter auszubauen, um ansehnliche Mengen Kalk den Distrikten zur Verfügung stellen zu können. Ich begrüße es sehr, daß in Moszice das letzte Aggregat fertiggestellt ist und marktordnerische Maßnahmen zur Abnahme von Stickstoff getroffen worden sind. Diese Zuweisungen von Dünger sind jedoch längst nicht ausreichend, um der breiten Masse die erforderlichen Mengen zuzuführen. Es ist daher gar nicht anders möglich, als nur noch diese Maßnahmen durchführen zu lassen, die jeder Betrieb ohne Zuteilungen etc. durchführen kann; so wurden z.B. Anweisungen für die Pflege des Ackers, rechtzeitiges Pflügen, Schälen und Walzen, Unkrautbekämpfung usw. gegeben. Es mag hier unwichtig erscheinen, daß das Schleppen in vorgeschriebenem Maße erfolgt, aber Wissenschaftler haben festgestellt, daß das Schleppen der rauhen Ackerfurche dem Boden allein 8 - lo % Feuchtigkeit erhält. Bei dem Kontinentalklima, das bei uns vorherrscht, kann das nicht hoch genug in der Grundwasserbilanz berücksichtigt werden. So habe ich erst Schleppen und Walzen für die Betriebe ausprobiert und dann bauen lassen. Z.Zt. sind rd. 1 400 Walzen und 3 700 Schleppen hergestellt worden, weiterhin wurden 9 700 vorschriftsmässige Dungstätten angelegt, 27oo Jauchegruben, 28o ooo lfdm. neue Gräben zur Entwässerung hergerichtet und 74o ooo lfdm. alte Gräben zur Vorflut instandgesetzt.

Ähnliche Belehrungen wurden auf dem Gebiete der Saatzucht betrieben. Hierbei hat uns die Saatgutstelle mit ausgezeichneter Saat geholfen, nun sind wir durch eigene Züchtung und Vermehrung von rd. 8 000 ha im Jahre 1939 auf rd. 25 000 ha im Jahre 1942 gekommen. Besonders in der Saatgutversorgung ist eine gewisse Autarkie erzielt worden, die dem Landwirt wie auch der Saatgutstelle jene Handlungsfreiheit gewährt, die wir anstreben. Von Spezialsaaten muß z.Zt. noch abgesehen werden. Nunmehr kann der Saatgutwechsel vorgenommen werden, und zwar in der Form, daß nach und nach jeder Kleinbauer neues Saatgut bekommt. Heute stellt man immer noch fest, daß der Bauer seine Kartoffeln bereits 15 Jahre auslegt. Theoretisch gerechnet würde allein ein totaler Saatgutwechsel von Kartoffeln bei dem Kleinbauern unter normalen Verhältnissen eine 25%-ige Ertragssteigerung bedeuten.

Im Verlauf des Winters 1941/42 erfolgten dann noch die Hofbegehungen und schließlich im Frühjahr die Feldbegehungen. Im abgelaufenen Jahr ist nun mit allergrößter Unterstützung der

Regierung, Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, die Erzeugungsschlacht auf breitester Front durchgeführt worden. Zusätzlich wurden monatlich die Dorf- und Bezirksagronomen, Tierzuchtberater, Hauswirtschaftsberaterinnen, Bienenzuchtberater, Gartenbauberater, überhaupt alle Beratungskräfte, geschult. Besonders nahm ich auch im vergangenen Jahre die Schulung der deutschen Bezirkslandwirte und Oberleiter vor, die ihrerseits wiederum als Inspekteure der Erzeugungsschlacht in ihrem Bereich tätig waren.

Mit ganz besonderer Hingabe wurde aus einem Nichts die Beratung der Volksdeutschen im Vorjahre aufgenommen. Hier ist durch besondere Unterstützung des Herrn Gouverneurs und des Herrn Präsidenten Naumann die Möglichkeit gegeben worden, den Volksdeutschen einen Millionenbetrag zur Verfügung zu stellen und so eine wesentlichen Förderung zuteil werden zu lassen. Ich habe hier ein neues System der Beratung gefunden, das ich in der Nachmittagssitzung vortragen werde.

Heute möchte ich nur feststellen, daß mit Wirkung vom 1.7. d.M. ab die Volksdeutschen in verschiedenen Gebieten des Distrikts Radom in die Lage versetzt werden, ihr Saatgut zu wesentlich niedrigeren Preisen zu erwerben, verbilligten Kunstdünger zu beziehen und bei der Beschaffung von Zuchttieren ansehnliche Förderungsmittel in Anspruch zu nehmen. Diese Zuwendungen werden nur dort gegeben, wo sie produktionsfördernd und damit für die Allgemeinheit nützlich werden, diese Aktion soll keinerlei Rentensystem mit sich bringen.

Neben diesen allgemeinen Anweisungen der Regierung war für uns die Verordnung über allgemeine Pflichten im Landbau von besonderer Wichtigkeit. Hoffentlich folgen ähnliche Anordnungen in nächster Zeit über die allgemeinen Pflichten in der Tierzucht und der Schädlingsbekämpfung.

Einen weiteren Abschluß brachte die Verordnung über das Agrarstrafrecht; hierzu ist noch eine gewisse An- und Einlaufzeit notwendig.

Weiterhin habe ich in den letzten beiden Jahren 6 Versuchsgüter angelegt und aufgebaut, und zwar einen Betrieb für allgemeine Betriebswirtschaft, Tierzucht und Tierfütterung, Pflanzenzucht, Landbau, Fischwirtschaft und Gartenbauwirtschaft.

Leider ist immer die Geldbeschaffung bei derartigen Betrieben sehr schwierig, fast immer ist ein Aus- und Umbau der Gebäude erforderlich.

Neben der allgemeinen Erzeugungssteigerung auf dem Gebiete des Landbaues, der Tierzucht und der Betriebswirtschaft wurden auch Spezialkulturen im weitesten Umfange durchgeführt. Der Zuckerrübenanbau hat sich von rd. 5 000 ha im Jahre 1940 auf rd. 9 000 ha im Jahre 1942 erweitert. Der Rapsanbau wurde von rd. 3 000 ha im Jahre 194o auf rd. 5 000 ha im Jahre 1942 vergrößert. Für die Zukunft besteht nur die eine Frage, auf Kosten welcher Flächen sollen diese Spezialkulturen erweitert werden. Die Fläche für Brotgetreibeanbau darf nicht verringert werden, der Hackfruchtanbau ist zu erweitern. Dieser Mehranbau kann dann nur auf Kosten des Futteranbaues durchgeführt werden, der dann einen verminderten Anfall von Milch und Fleisch bei der Viehwirtschaft nach sich zieht.

Mit zweifelhaftem Gefühl haben wir in unserem Distrikt den Anbau des Kok Sagis, der Gummipflanze, aufgenommen. Im Distrikt Radom wurden 7oo ha mit dieser Gummipflanze bestellt. Diese Kulturen verlangen leider guten Boden und größere Flächen, so daß der Anbau nicht beim Panje vorgenommen werden kann. Und nur in einem Falle ist der Distrikt Radom gut daran: er ist reich gesegnet mit leichtesten Sandböden verschiedenster Art, besonders in den Kreisen Kielce, Busko, Konskie und Starachowice. und in größeren Teilen der Kreise Radomsko, Petrikau, Tomaschow, Radom und Jedrzejow. Der ärmste Kreis ist der Kreis Konskie, dort sind noch genug Flächen, die einer geeigneten Nutzung harren. Hier fand der Kreislandwirt bereits vor längerer Zeit einen Ausweg und pflanzte größere Flächen mit Asklepias und Yukka an. Asklepias hat eine große Bedeutung bei der Faser- und Gespinnstpflanzenverarbeitung. Von der Asklepias werden ca. 5oo kg Faser je ha mehr gewonnen als bei Flachs und Hanf. Asklepias ist nun direkt auf Sandboden angewiesen. Diese Freude kann ich ihr hier im Distrikt Radom gern bereiten. Einzelheiten darüber erlaube ich mir, Ihnen daher an Ort und Stelle, wo sie einen völlig verfallenen Betrieb besichtigen, der über leichtesten Sandboden verfügt, zu unterbreiten.

In letzter Zeit wird von mir besonders der Auf- und Ausbau der Versuchsgüter der Kreise gefördert. Ein Betrieb besteht bereits und hat in der Form, wie er aufgezogen wird, grösste Erfolge aufzuweisen. Dieses Kreisgut bekommen Sie morgen im Kreise Konskie zu sehen. Das Kreisgut dient vor allen Dingen zur Belehrung der breiten polnischen Landbevölkerung und unserer nichtdeutschen Mitarbeiter.

Zur ordnungsgemäßen Durchführung der Klauenpflege wurde ein anerkannter Fachmann aus Deutschland nach hier geholt, der in entsprechenden Kursen Klauenpfleger nach deutschem Muster ausbildete, die nunmehr über das ganze Land vertreut ihre Arbeit leisten. Der Erfolg wird auch hier eine Leistungssteigerung bei Milch sein.

Unsere ganze Arbeit würde in noch größerem Umfange Früchte tragen, wenn nicht in den letzten Wochen und Monaten die Unsicherheit auf dem Lande so manchen Aufbau zunichte machte.

Herr Generalgouverneur! Der Distrikt Radom wird einst nicht als Ihre Weizenkammer zu gelten haben, aber das Land wird Ihnen große Mengen Kartoffeln und Roggen, die Früchte unseres täglichen Bedarfes liefern. Auch in den Großstädten und Industriezentren habe ich darauf gesehen, daß jedes Stück Unland und jeder Bauplatz in Kultur genommen wurde. In einigen Fällen konnten den Rüstungsbetrieben Land zur Verfügung gestellt werden, das für eine allgemeine Landnutzung nicht geeignet war. Diese Arbeit wurde stets durch Herrn Gouverneur Kundt in jeder Weise gefördert.

Es war mir eine besondere Freude, die erste und schönste Schule auf dem landwirtschaftlichen Sektor im Generalgouvernement zum 3.Jahrestag des Generalgouvernements 1942 in Podzamcze der Öffentlichkeit übergeben zu können. So wie sich dort ein Versuchsgut in vorbildlicher Weise entwickelt hat, so werden auch alle anderen Versuchsgüter dank deutschen Schaffens auf dem Lande für die Zukunft sich entwickeln. Noch eins verdient hervorgehoben zu werden: die Zuchtviehauktion in Kielce. Es war dies die erste Veranstaltung dieser Art im Generalgouvernement, die soviel Begeisterung und Anklang gefunden hat, daß noch weitere in diesem Jahre auch in anderen Distrikten, die dieser beiwohnten, folgen werden.

Die weitere Entwicklung brachte das Ausscheiden der Unterabteilung Wasserwirtschaft, was im Rahmen der Produktionssteigerung sehr bedauerlich ist.

Außerdem steht noch eine Verordnung aus, und zwar die Verordnung über die Eingliederung des Landamtes. Hierbei ist zu erwähnen, daß die Landinspektionen bereits eingegliedert wurden. Ich möchte darum bitten, daß es bei der Eingliederung der Landinspektionen bleibt. Im Zusammenhang mit der gesamten Erzeugung, die neben der Erfassung die Grundpfeiler für unsere gesamte Arbeit bedeutet, sprechen die Gebiete der Wasserwirtschaft und Bodenordnung eine gleich beredete Sprache, deren Tätigkeit nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Dienststellen so eingebaut sind, daß größtmöglichste Erfolge zu erwarten sind.

Diese produktive Arbeit, in wenigen Umrissen aufgezeigt, muß nun in der erhöhten Erfassung zum Ausdruck kommen. Auch auf dem Gebiete der Marktordnung ist in den letzten 18 Monaten große Arbeit geleistet worden. Es muß in Zukunft darauf Bedacht genommen werden, daß das richtige Verhältnis zwischen einer leistungsfähigen Erzeugung und einer nicht übermässigen Erfassung gefunden wird, um keinen Rückgang herbeizuführen.

Die Marktordnung kann ich nur mit wenigen Gebieten ausschnittweise vortragen:

Getreidewirtschaft:

Andeutungsweise sei nur bemerkt, daß z.B. in der Getreidewirtschaft die Lagermöglichkeiten sehr gering sind. Es wurden bisher für 32 000 to Notläger ausgebaut; gleichzeitig wurden für 32 000 to Staatsläger geschaffen und sollen noch für 15 000 to Staatsläger ausgebaut werden. Wenn die Erfassung im Jahre 1943 reibungslos verlaufen soll, müssen weitere Notläger geschaffen werden, denn abgesehen von der Unsicherheit im Lande ist es unser aller Bestreben, auch in diesem Jahre der Getreideerfassung zu einem vollen Erfolg zu verhelfen. Ich bitte daher, für das Sofortprogramm im Lagerhallenbau folgende Baustoffe zuzubilligen:

1 350 m^3 Schnittholz,
27 000 kg Zement,
20 000 kg Kalk
1 000 Rollen Dachpappe,
4 000 kg Dachteer,
6 500 kg Eisen.

Damit könnten noch für weitere 31 000 to Notläger geschaffen werden; also die Hälfte desjenigen Lagerraumes steht zur Verfügung, der bei der gesamten Getreideerfassung beansprucht werden wird.

Außerdem wurden auf diesem Gebiet noch Verarbeitungsbetriebe neuzeitlicher Art errichtet, u.a. eine Großbäckerei in Radom mit einer Tagesleistung von 12 000 Stück 1 Kilo-Broten und eine Nährmittelfabrik im Kreise Tomaschow mit einer Leistung von 150 000 kg im Monat.

Kartoffelwirtschaft:

Im Herbst v.J. wurde das Kartoffelkontingent hundertprozentig aufgebracht und dann laufend dem Verbraucher die entsprechenden Mengen zugeführt. Deshalb mussten Kartoffelläger in einfachster Form angelegt werden, die von den Bauern selbst errichtet wurden und im wesentlichen sich nur aus Erdarbeiten zusammensetzten, weiterhin war etwas Rohholz jeweils erforderlich. Ein derartiges Lager werden Sie morgen zu sehen bekommen. Ich wünschte nun, daß im ganzen Distrikt Radom verteilt derartige Läger bestehen; es könnten dort jeweils 1 000 to Kartoffeln untergebracht werden. Man rechnet im allgemeinen hier im Osten mit einem Verlust bei Kartoffellagerung von 25%. In dem neuzeitlichen Kartoffellager sind bisher nur Verluste bis zu 5 % eingetreten, ein Gewinn, der beim Aufbau von 2o primitiven Lägern mindestens 4 000 to beträgt, die ausreichen, um 40 000 Verbraucher ordnungsgemäß zu beliefern.

Viehwirtschaft:

Die Viehwirtschaft ist besonders durch die Viehregistrierung gekennzeichnet. Dabei ergab sich, daß durchschnittlich 3o - 5o % mehr Vieh bei den Kleinbetrieben im Lande vorhanden war, als frühere Statistiken aufweisen konnten. Weiterhin wurden zum weiteren Ausbau der Viehwirtschaft Großhandelsbetriebe und Kreisviehmärkte eingerichtet, außerdem kleinere und größere

Schlächtereien ausgebaut, eine davon stellt in kürzester Zeit 220 000 Dosen Fleisch im eigenen Saft her.

Milchwirtschaft:

Durch das Molkerei-Sofortprogramm sind Molkereien neu errichtet worden; auf diese Weise wurden bisher 48 Betriebe geschaffen, so daß nunmehr insgesamt 118 Molkereien bestehen. Weiterhin hat die Landwirtschaftliche Zentralstelle ein großes Butterlager, das Butter in Zeiten des Überflusses aufnimmt, um sie später bei einer Mangellage in die entsprechenden Gebiete zu führen, gebaut.

Gartenbauwirtschaft:

Vor unserem Einsatz wurden im hiesigen Gebiet 450 - 500 ha Gemüse angebaut; heute ist die Anbaufläche auf rd. 8 000 ha gestiegen. Es konnte damit nicht nur die Frischversorgung, sondern auch die Vorratswirtschaft gefördert werden, viele neue Konservierungsbetriebe sind eingerichtet.

Im ganzen Land verteilt sind diese Betriebe in der Lage, folgende Kontingente zu verarbeiten:

8 300 000	kg	Marmelade,
176 650	l	Kompotte und natürl. Säfte,
2 100 000	kg	Sauerkraut,
240 000	kg	Trockengemüse,
700 000	kg	Salz- u. Essiggemüse,
110 000	kg	Salzgurken
125 000	kg	Tomatenmark.

Eine entsprechende Arbeitsteilung wurde geschaffen, so erlaube ich mir, das an dem Beispiel in Radom vor Augen zu führen. Hier sind drei Betriebe errichtet worden. Der eine Betrieb, Fructila, stellt in der Hauptsache Delikatessen her, die fast ausschließlich an die Lazarette verteilt werden; dieser kleine Betrieb wird auch in Friedenszeiten seine Daseinsberechtigung zeigen. Ein anderer Betrieb, Woka, stellt für den allgemeinen Verbrauch Marmelade in einem Umfange von 200 000 kg her. Der allergrößte Betrieb, der sich z.Zt. noch im Umbau befindet, Tesch, ist für Gemüsetrocknung, Gemüsekonservierung, Herstellung von Sauerkraut und sonstigen Salzgemüsen vorgesehen. Dort werden jährlich 1 500 000 kg Sauerkohl hergestellt. Weiterhin wurden Lagermöglichkeiten geschaffen und zwei Großmärkte errichtet, früher war nur ein einziger Verarbeitungsbetrieb im Distrikt Radom vorhanden.

Eierwirtschaft:

Die Eiererfassung konnte nun in eine entsprechende Vorratswirtschaft umgewandelt werden, die hier wieder im Neubau von Kalkbecken und Kühlhäusern Ausdruck findet. 3 große Gänsemastanstalten, wo über 24o 000 Stück Gänse und ebenso viel Geflügel gemästet wurden und dem Markt zugeführt sind, wurden entsprechend eingerichtet. Weiterhin wird z.Zt. eine neue Gänsemastanstalt und Mästereischule als Versuchsbetrieb für das gesamte Generalgouvernement errichtet.

Leider sind hier durch die bestehenden Baubestimmungen weitere Neu- und Ausbauten nicht möglich. Es wäre jedoch ratsam, gerade für dieses Gebiet eine Lockerung der Baubestimmungen herbeizuführen. Solange wir im Generalgouvernement keine vorschriftmässigen Verarbeitungsbetriebe und Lagerräume in ausreichendem Maße haben, so lange wird auch keine ausgeglichene Versorgung gewährleistet werden können. Bekanntermaßen läßt sich ein landwirtschaftliches Produkt nicht wie Eisen, Holz oder sonstige Rohstoffe stapeln, und dazu sind eben noch Lagerhäuser usw. erforderlich. Auch Zusatzbauten, die nicht nur von der Vernunft, sondern auch von der Notwendigkeit gefordert werden, müssten unbedingt gestattet sein.

Der Aufbau der Kreisgenossenschaften ist so gut wie erledigt. Allerdings wird in letzter Zeit durch starke Beraubungen, besonders auch der Prämienware, die Existenz der Kreisgenossenschaften wiederum gefährdet. Dadurch, daß sie ihre Betriebe in den entlegensten Winkeln der Kreise haben müssen, ist die Sicherheit erschwert. Wenn die Prämienware gestohlen wird und kein Ersatz gestellt werden kann, wird der Zeitpunkt kommen, wo die durch die deutsche Verwaltung zugesagten Prämien nicht mehr ausgegeben werden können.

Wenn man nun an eine weitere Versorgung der Polen herangeht, so ist diese nur möglich durch den Erfolg der Erfassung. In Zahlen ausgedrückt, hat der Distrikt Radom aufgebracht:

Getreide:	1941	1942
Brotgetreide	8o 464 to	127 7o5 to
Futtergetreide	18 793 to	41 472 to
Heu	6 522 to	7 436 to
Stroh	6 614 to	1o 916 to,

insgesamt 95 % Brotgetreide und 112 % Futtergetreide. Es war mir eine besondere Freude, schon am 6.Oktober dem Herrn Gouverneur Kundt eine 100%-ige Erfüllung des ersten Kontingentes melden zu können. Von diesem Getreide sind 80% an das Reich geliefert worden, so daß uns nur noch 20% verbleiben.

Kartoffeln:	1941	1942
Kartoffeln	241 100 to	397 500 to,
davon wurden 64 65o to ins Reich geliefert.		
Spiritus	22 384 hl	56 000 hl.

Milchwirtschaft:	1941	1942
Milch	37 046 060 l	74 486 982 l

Eine Steigerung, wie gesetzlich vorgeschrieben, auf 8oo Liter je Kuh und Jahr wird bei den primitiven Molkereien und den schlechten Kühen und fehlenden Kannen nicht zu erreichen sein.

Viehwirtschaft:	1941	1942
Rinder	75 118 Stück	118 113 Stück
Schweine	17 630 "	21 169 "
Kälber	17 411 "	33 696 "
Schafe	--	6 420 "

Im Jahre 1942 wurden 45 486 Rinder ans Reich abgeliefert. Leider ist nun bei der Vieherfassung das Problem der steten Unsicherheit in den Vordergrund getreten. Ich bin z.Zt. nicht in der Lage, alle Bedarfsträger mit ausreichendem Fleisch zu versorgen, da die Anlieferung nur noch 30 bis höchstens 40% beträgt.

Eierwirtschaft:

Die Eiererfassung ist zunächst 1943 mit vielen Hoffnungen und Erfolgen gestartet, im Monat März wurden 111 % erfasst, im Monat April ging der Anfall auf 72% zurück, im Monat Mai kann mit einem Anfall von höchstens 60% gerechnet werden.

So sind nunmehr neben der Vieherfassung besonders die Kontingente bei der Milch- und Eierwirtschaft durch die Unsicherheit im Lande dubiose Forderungen geworden.

Man spricht in letzter Zeit so viel von illegalen Aufkäufen durch Rüstungsbetriebe. Der einzelne Betrieb ist nun der Ansicht, die Ware ist tatsächlich da, und das stimmt auch bis zu einem gewissen Grade. Sie ist aber in Händen der Banditen bzw. zum Schleichhändler über die Banditen gelangt.

Im Distrikt Radom wurden z.B. schon zweimal Zuckerzüge vollkommen ausgeraubt. Hierbei sind Mengen von 600 000 kg verloren gegangen; dabei sind aber nicht die Mengen an Zucker berücksichtigt, die auf Oberleitungen usw. geraubt wurden. Ebenso wird Wodka in größeren Mengen von den Speichern der Kreisgenossenschaften geraubt, Vieh, das vom Panje auf den Markt geführt werden soll, wird diesem unterwegs abgenommen, Getreide wird von den Gütern abgefahren usw. Neuerdings geht man mit Vorsätzlichkeit daran, die Zuchttiere abzuschlachten. So ist es auch erklärlich, daß die Ware im Lande ist. Aber nicht genug damit. Jetzt versuchen die Banditen, uns auf anderem Wege zu schädigen, und zwar werden Rübenstecklinge und gelegte Kartoffeln aus der Erde gezogen und gestohlen. Dies ist im südöstlichen Teil des Kreises Busko geschehen, also in einer Gegend, wo die Bevölkerung nicht darauf angewiesen war, die Kartoffeln zu stehlen, denn dort ist die Versorgung vollkommen geregelt; es handelt sich also um ausgesprochene Sabotageakte.

Wenn weiterhin in Busko unsere fremdvölkischen Bediensteten Briefe erhalten haben, daß sie ab 15.Mai d.J. nicht mehr für die deutschen Behörden zu arbeiten haben, weil sie das sonst mit dem Leben zu bezahlen hätten, wenn laufend Erschießungen von Woyts und Soltys erfolgen, weil sie sich besonders bei der Erfassung hervortun, so sieht man, wie systematisch hier vorgegangen wird. Auch hat man es hier besonders auf die Molkereien abgesehen, die ja nicht nur ausgeraubt werden, nein, hier werden alle Maschinen und Geräte zerstört, bei 116 Betrieben waren 148 Überfälle zu verzeichnen.

Ich muß die Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen, Herr Generalgouverneur, diese Lage auf dem Ernährungssektor, als deren verantwortlicher Bearbeiter im Distrikt Radom ich mich fühle, einmal aufzuzeigen.

Soweit ich beurteilen darf, tut die Polizei ihr Möglichstes, die Zahl ist aber zu klein. Bei 2oo Überfällen in einem Monat im Kreise kann die Polizei dieses Unwesen nicht ausreichend bekämpfen. Was mit vieler Mühe von uns aufgebaut der Ansicht, die Ware ist tatsächlich da, und das stimmt auch bis zu einem gewissen Grade. Sie ist aber in Händen der Banditen bzw. zum Schleichhändler über die Banditen gelangt.

Im Distrikt Radom wurden z.B. schon zweimal Zuckerzüge vollkommen ausgeraubt. Hierbei sind Mengen von 600 000 kg verloren gegangen; dabei sind aber nicht die Mengen an Zucker berücksichtigt, die auf Oberleitungen usw. geraubt wurden. Ebenso wird Wodka in größeren Mengen von den Speichern der Kreisgenossenschaften geraubt, Vieh, das vom Panje auf den Markt geführt werden soll, wird diesem unterwegs abgenommen, Getreide wird von den Gütern abgefahren usw. Neuerdings geht man mit Vorsätzlichkeit daran, die Zuchttiere abzuschlachten. So ist es auch erklärlich, daß die Ware im Lande ist. Aber nicht genug damit. Jetzt versuchen die Banditen, uns auf anderem Wege zu schädigen, und zwar werden Rübenstecklinge und gelegte Kartoffeln aus der Erde gezogen und gestohlen. Dies ist im südöstlichen Teil des Kreises Busko geschehen, also in einer Gegend, wo die Bevölkerung nicht darauf angewiesen war, die Kartoffeln zu stehlen, denn dort ist die Versorgung vollkommen geregelt; es handelt sich also um ausgesprochene Sabotageakte.

Wenn weiterhin in Busko unsere fremdvölkischen Bediensteten Briefe erhalten haben, daß sie ab 15.Mai d.J. nicht mehr für die deutschen Behörden zu arbeiten haben, weil sie das sonst mit dem Leben zu bezahlen hätten, wenn laufend Erschießungen von Woyts und Soltys erfolgen, weil sie sich besonders bei der Erfassung hervortun, so sieht man, wie systematisch hier vorgegangen wird. Auch hat man es hier besonders auf die Molkereien abgesehen, die ja nicht nur ausgeraubt werden, nein, hier werden alle Maschinen und Geräte zerstört, bei 116 Betrieben waren 148 Überfälle zu verzeichnen.

Ich muß die Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen, Herr Generalgouverneur, diese Lage auf dem Ernährungssektor, als deren verantwortlicher Bearbeiter im Distrikt Radom ich mich fühle, einmal aufzuzeigen.

Soweit ich beurteilen darf, tut die Polizei ihr Möglichstes, die Zahl ist aber zu klein. Bei 2oo Überfällen in einem Monat im Kreise kann die Polizei dieses Unwesen nicht ausreichend bekämpfen. Was mit vieler Mühe von uns aufgebaut wurde, kann hier bald wieder zerschlagen werden. Das Vertrauen zur deutschen Agrarverwaltung und der nichtdeutschen Mitarbeiter wird dem Panje verloren gehen. Oberleitungen werden ausgeplündert, die Familien der Oberleiter sind z.T. schon in den Kreisstädten untergebracht. Der deutsche Oberleiter und bis zu einem gewissen Grade auch die nichtdeutschen Mitarbeiter müssen hinsichtlich irgendwelcher Verluste sachlicher Art oder bei Todesfällen und Verletzungen eine entsprechende Sicherheit für sich und ihre Familie gewährleistet bekommen. Der polnische Bauer lehnt diese Art der Unruhe und der Unsicherheit ab; er wird uns aber entgleiten, wenn hier nicht Wandel geschaffen wird.

Ich bringe diese Tatsachen heute nicht vor, weil der Distrikt Radom im Vorjahre nichts geleistet hat, um hier gegebenenfalls vorzubeugen. Ich übertreibe nicht, bin mir aber mit allen Beteiligten darüber im klaren, daß eine Änderung kommen muß, und zwar bald. Die Erfassung setzt in 6 Wochen ein und steht in Gefahr.

Ich habe auch von mir aus schon mit Unterstützung des Heeres im Einvernehmen mit dem SS- und Polizeiführer für kleinere Abhilfe gesorgt, indem auf einigen Oberleitungen 7 genesende Soldaten eingesetzt worden sind, die dort einen angenehmen Aufenthalt haben und gleichzeitig für die Sicherheit zu sorgen hatten. Auch hier sind schon Todesfälle und Verwundungen durch entsprechende Angriffe zu verzeichnen. Hier ist besonders das Entgegenkommen des Herrn Oberst Fischer hervorzuheben, der wiederum den Herrn Gouverneur unterstützte, als die Soldaten bei den ersten Verwundungen abgezogen werden sollten. Vorläufig stemmen wir uns alle bis zum letzten deutschen Landwirt dagegen, den Gedanken wach werden zu lassen, wir Deutschen seien zu schwach, gegen diese Verhältnisse anzukämpfen. Wenn aber bei einem Kontingent von wöchentlich 35o Stück Vieh im Kreise Kielce nur 2o Stück aufgebracht werden, so muß man doch sagen, daß hier unbedingt eine Änderung herbeigeführt werden müßte. Der Polizei-Einsatz in der bisherigen Form kann auch nicht mehr zum Erfolg führen.

Sorgen bereitet uns außerdem die Bewirtschaftung der Truppenübungsplätze und der Heeresgüter. Die von diesen Stellen bewirtschafteten Flächen betragen etwa 7 % der Gesamtfläche des Distriktes Radom. Wenn man nun berücksichtigt, daß dort

Kunstdünger in großen Mengen abgeliefert wird, wenn dort die modernsten Maschinen, gummibereifte Trecker und Traktoren in einer Zahl laufen sollen, über die die große Liegenschaftsverwaltung kaum verfügt, so müsste man gerade von dieser Stelle mit guten Ernten und einer ebensolchen Ablieferung rechnen können. Nach dem Gesamtkontingent des Distrikts Radom müssten daher die Heeresgüter und Truppenübungsplätze 14 - 18 000 to Getreide abliefern, abgeliefert wurden aber nur rd. 2 000 to. Ähnlich sieht es bei Kartoffeln, Gemüse usw. aus. Trotz eingehender Bemühungen der Regierung, Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, lehnt es die Wehrmacht ab, sich den gesetzlichen Bestimmungen zu fügen. Die Truppenübungsplätze könnten noch erheblich mehr abliefern.

Eine weitere Gefährdung der Erfassung tritt durch den Drang ein, daß jeder ein eigenes Gut haben möchte. Die Erfassung kann nur auch höchsten Touren laufen, wenn die Verwaltung und Bewirtschaftung in der bisherigen Weise erfolgt. Je mehr Betriebe oder Unternehmen oder sonstwer Land bewirtschaften, umso mehr Rücksicht haben wir zu üben.

Eine wesentliche Behinderung tritt auch durch die katastrophale Kürzung für Benzin und Mineralöle usw. ein. Die Neuregelung unterbindet jede Möglichkeit, in dem verkehrsarmen Gebiet des Distrikts Radom z.B. eine sichere Versorgung mit Obst oder Gemüse zu gewährleisten. Ich bitte, auch hier für Abstellung dieser Mangellage zu helfen und eine erhöhte Zuteilung an Benzin zu gewährleisten.

Es kann angesichts der großen Leistungssteigerung und bei dem Stand der Ernte alles noch in jene Bahnen gelenkt werden, die einen Erfolg gewährleisten. Die Sicherheitsfrage muß also auf dem Agrarsektor gelöst werden. Des weiteren jedoch soll nicht übersehen werden, daß auch der Kampf mit der Natur noch bis zur Einbringung der Ernte bestanden sein will. Die wenigen Niederschläge des vergangenen Winters und das trockene Frühjahr waren zu groß, um der Pflanze jene Entwicklung zu geben, die sie braucht. Es gab im Distrikt Radom 27o mm Niederschläge im Vorjahre bei einem Durchschnitt im letzten Jahrzehnt von 480-530 mm. Neben der großen Gefahr der Trockenheit ist noch die Frostgefahr zu berücksichtigen. Wie neuerdings auch Tierkrankheiten, besonders beim Geflügel, in Erscheinung treten, wo bis zu 75% Hühnerpest zu verzeichnen ist.

Überall steht günstig voran die Transportlage, die uns dann bei der Erfassung als brauchbares Instrument zur Seite stehen wird.

Abschließend kann ich Ihnen zusammenfassend berichten, daß die Erzeugungsschlacht mit ihren Auswirkungen in ungeahntemm Maße angelaufen ist und weiter fortgesetzt wird, und daß wir auch die Erfassung mit primitivsten Mitteln durchziehen werden. Jeder auf dem Agrarsektor tätige Deutsche ist aber bereit, jene Weisungen bis zur letzten Konsequenz durchzuführen, die von Ihnen und der Regierung erteilt werden. Der Distrikt Radom wird sich auf dem Agrarsektor weiterhin auf ansteigender Linie bewegen. Ungeachtet der aufgezeigten Umstände, stehen alle deutschen Landwirte zum freudigen Einsatz bereit.

Die Sicherheitslage. im Distrikt Radom

Berichterstatter: Der SS- und Polizeiführer,
SS-Oberführer Dr. Böttcher.

SS-Oberführer Dr. Böttcher führt aus, daß bis zum März 1942 die Zahl der Überfälle und die Kopfstärke der Teilnehmer an diesen Überfällen zu besonderer Beunruhigung keinen Anlaß gegeben hätten. Es seien lo, in seltenen Fällen höchstens 15 Banditen als Teilnehmer solcher Überfälle festzustellen gewesen. Bei ihnen habe es sich um Eingesessene gehandelt, die ihrem landesüblichen Gewerbe schon seit langem nachgingen. Überfälle mit starkem politischen Einschlag seien kaum feststellbar gewesen.

Von April 1942 an habe ich das Bild in langsamem Ansteigen der Zahl der Überfälle in Gestalt gewaltsamen raubartigen Vorgehens gewandelt. Allerdings habe es sich öfter nachträglich herausgestellt, daß entgegen den Meldungen nur reine Einbruchdiebstähle verübt worden seien.

Wenn sich bis April 1942 die Zahl der monatlichen Überfälle durchwegs unter loo gehalten habe, so sei im April 1942 erstmalig die monatliche Anzahl auf lo5 gestiegen, im Juli bereits auf 2o6, im November auf 365, im Februar auf 493, im März auf 7o5, im April auf 965 und im Mai 1943 werde eine Zahl von über looo erreicht werden.

Im letzten Halbjahr habe nicht nur ein schnelles Ansteigen der Zahl der Überfälle, sondern auch eine immer größer werdende Kopfzahl, eine bessere Bewaffnung festgestellt werden können. Die Angriffstätigkeit sei immer mehr auf deutsche und deutschen Interessen dienende Objekte gerichtet worden, und zwar mit der Tendenz, die deutsche Verwaltung, das deutsche Nachrichtenwesen, die deutsche Wirtschaft zu stören. Auch seien Angriffe auf kleine Postämter, Bahnstationen, Stuereinnahmestellen, Gemeindeämter, Molkereien, Milch- und Eiersammelstellen, Güter der Liegenschaftsverwaltung, Sägewerke usw. erfolgt, bei denen zumeist auch größere Mengen Bargeldes geraubt worden seien.

Im ersten Vierteljahr 1943 seien 14 Deutsche ermordet worden, im April 36. Der Überfall auf Antonienhof habe 17 Tote gekostet. Die Zahl der aus politischen Gründen ermordeten Polen sei im April auf 54 gestiegen. Bandenüberfälle hätten stattgefunden: im Februar 22, im April 39, im Mai 83. 1o2 Überfälle seien auf Gemeindeämter verübt worden.

Die Planmässigkeit des Vorgehens sei deutlich festzustellen. Dabei ergebe sich folgendes Bild: die nationalpolnische Tätigkeit sei unbedeutend; die gesamte terroristische Bewegung gehe von den Kommunisten aus. Es gebe eine einheitliche Führung von Warschau her, und zwar von Funktionären mit genauer Schulung für den terroristischen Kampf. In den einzelnen größeren Städten gebe es besondere Stäbe für Waffenversorgung. Genau so, wie festgestellt sei, daß die Versorgung mit Waffen usw. mittels Fallschirmabwurfs erfolgt, stehe auch fest, daß die allgemeine Direktive für die terroristische Tätigkeit vom feindlichen Ausland komme. Es gebe einen ausgezeichnet arbeitenden Nachrichtendienst mit allen technischen Mitteln, auch eine besonders gut arbeitende militärische Führung.

Für die Zusammensetzung der Banden im Distrikt Radom könne festgestellt werden, daß es sich nicht um Banden handele, die ständig Tag und Nacht zusammengezogen seien; denn dann wäre es eine rein militärische Aufgabe, sie zu vernichten. Abgesehen von einem kleinen Kern setzten sich die Banden aus Männern zusammen, die nur stunden- oder tageweise zu ihnen stießen, sonst aber in den Dörfern ihrer Beschäftigung nachgingen. Auch sei ein Teil der Bewaffnung, Ausrüstung und Munition in den Dörfern versteckt, was daraus zu schließen sei, daß oft in den Häusern solcher Dörfer Sprengkörper explodierten. Aus alledem ergebe sich die große Schwierigkeit der Bekämpfung dieser Bandentätigkeit.

Die Gründe für diese Entwicklung lägen zunächst einmal in der Lage des polnischen Volkes selbst, in seiner politischen Vergangenheit, seiner rassischen Eigenart und seiner Erfahrung im Konspirieren. Aber auch die materielle Not großer Teile der Bevölkerung sei der Grund dafür, daß sich immer weitere Kreise zu Terrorakten hinreißen ließen. Gewisse Maßnahmen wie die Ernteerfassung, die zwangsweise Erfassung polnischer Arbeitskräfte, die Einziehung zum Baudienst, hätten viele Polen veranlaßt, sich dem Zugriff der Deutschen zu entziehen und sich den Banden anzuschließen.

Erfreulicherweise habe sich die Zahl der Sabotagefälle in den großen Rüstungsbetrieben nicht vermehrt. Er führe das hauptsächlich auf die bessere Ernährung der Rüstungsarbeiter zurück. Die Zuteilung einer Zusatzverpflegung an ihre Familienangehörigen werde hoffentlich eine weitere Einschränkung der Sabotagefälle zur Folge haben. Überhaupt müsse eine allgemeine Erhöhung der polnischen Lebensmittelsätze erreicht werden, da sich der Pole angesichts der hohen Schleichhandelspreise keine zusätzlichen Lebensmittel beschaffen könne. Er sei davon überzeugt, daß ein weiteres Anwechsen der Unsicherheit bis zur Grenze eines mehr oder weniger unverhüllten Aufstandes, zum mindesten aber eine starke Gefährdung der von deutscher Seite angeordneten wirtschaftlichen Maßnahmen zu erwarten sei.

Bis Herbst 1942 habe die Bekämpfung des Bandenwesens der Gendarmerie unter Heranziehung der polnischen Polizei obgelegen, während die Truppenpolizei nur in besonderen Fällen eingesetzt worden sei. Mit der Verschärfung der Sicherheitslage habe sich aber die Bekämpfung durch die örtlich vorhandenen Kräfte der Ordnungspolizei als immer unzureichender erwiesen. Man habe deshalb schnell bewegliche Kompanien der Gendarmerie und besondere Einsatzkommandos für begrenzte Gebiete zum Einsatz gebracht. Das sei aber nur für kurze Zeit von Erfolg begleitet gewesen. Die Banden seien der Vernichtung ausgewichen und hätten sich in Gebiete mit weniger Polizeikräften begeben. Zur Zeit seien jedenfalls die vorhandenen Kräfte absolut ungenügend, die Polizei sei durchaus in die Defensive gedrängt und nicht in der Lage, alle gefährdeten Gebiete zu schützen.

In diesem Zusammenhang könne er auf die gute Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und Polizei hinweisen.

Dem unhaltbaren Zustand, daß die Polizei in die Defensive gedrängt sei, habe der Reichsführer SS durch die Verlegung eines ganzen Regiments Truppenpolizei nach Radom Rechnung getragen, das aus dem Westen kommend die hiesige Truppenpolizei mehr als verdoppele. Um den Einsatz dieses Regiments möglichst schlagkräftig zu gestalten, gehe man folgendermaßen vor: die vorhandenen Gendarmerieposten in den 6 gefährdeten Kreisen würden verteilt und durch die Männer des Regiments verstärkt, so daß kampfkräftige Einheiten durch ständige Tag- und Nachtstreifen das Hin- und Herfluktuieren der Banden zunichte machen könnten.

Im Jahre 1942 seien an Banditen, führenden Kommunisten, Angehörigen der nationalen Widerstandsbewegung insgesamt 1764 erschossen worden, 748 im ersten Vierteljahr 1943. Im Jahre 1942 seien 5 742 festgenommen worden, im ersten Vierteljahr 1943 allein 3 223.

Die von der Abteilung Gesundheitswesen bemängelte Überbelegung der Gefängnisse finde damit ihre Erklärung. Ein Teil der Festgenommenen werde nach Überprüfung wieder entlassen.

Erbeutet worden seien im Jahre 1942 insgesamt nur 5 Maschinengewehre, im ersten Vierteljahr 1943 bereits 8, im April und Mai weitere 9. Maschinenpistolen seien 1942 überhaupt nicht erbeutet worden, bis zum 31.März 1943 aber bereits 6. An Gewehren und leichten Waffen seien 1942 insgesamt 267 erbeutet worden, im ersten Vierteljahr 1943 bereits lol, Pistolen und Revolver 230.

Im Jahre 1942 seien von deutschen Polizeikräften einschließlich des Sonderdienstes insgesamt 2o gefallen, im ersten Vierteljahr 1943 7, im April 4, im Mai 14. Von Angehörigen der polnischen Polizei seien im Jahre 1942 gefallen 16, im ersten Vierteljahr 1943 14, im April 6, im Mai ebenfalls 6. Die Unterführer und Männer der polnischen Polizei hätten mit wenigen Ausnahmen eine erstaunliche Pflichttreue gezeigt, was von den polnischen Polizeioffizieren nicht gesagt werden könne, die zum größten Teil unzuverlässig seien.

Die noch fast rd. 22 000 Juden im Distrikt Radom seien karteimässig erfaßt, in Lagern untergebracht und fast ausschließlich in der Rüstungsindustrie beschäftigt. Nennenswerte Zahlen von Juden seien bei den Banden nicht festzustellen.

Verwaltungsstand und verwaltungspolitische Lage des Distrikts Radom

Gouverneur Kundt gibt im Anschluß an die Referate einen Überblick über die Verwaltung des Distrikts Radom. Die Distriktsverwaltung als solche habe zur Zeit einen Personalstand von 42o deutschen Männern und Frauen. Davon seien 67 Beamte, 219 männliche und 134 weibliche Angestellte. 12 Beamte seien zur Wehrmacht eingezogen. Dazu kämen noch 252 Polen. Wenn man bedenke, daß diese 42o deutschen Männer und Frauen die gesamten Aufgaben von 12 Abteilungen erfüllten, so müsse mit der Anerkennung dieser Leistung auch festgestellt werden, daß sie alle überanstrengt seien. Zudem täten sie auch ihre Pflicht gegenüber der Partei, die Männer unterzögen sich der Ausbildung im Polizeihilfsdienst.

In den lo Kreishauptmannschaften und 3 Stadthauptmannschaften seien 477 deutsche Beamte und Angestellte und Arbeiter beschäftigt, von denen sich zur Zeit 64 bei der Wehrmacht befänden. Mit diesen geringen Kräften einschließlich der weiblichen Schreibkräfte müsse der gesamte Apparat in Gang gehalten werden. Auch bestehe keine Übersetzung hinsichtlich des polnischen Personals; denn sämtliche Kreis- und Stadthauptmannschaften verfügten zusammen nur über lol polnische Hilfsarbeiter. Bei einer Haushaltplanbesprechung wurde von Seiten eines Beamten der Regierung sogar festgestellt, daß der Distrikt Radom verhältnismässig den geringsten Stand an Beamten hat, denn es fallen im Distrikt Radom auf 56 200 Einwohner 1 deutscher Beamter oder Angestellter, der durchschnittlich gesehen ein Gebiet von 45 qkm zu besorgen hat, während die übrigen Distrikte auf weniger qkm und weniger Einwohner einen Beamten haben; nur in Galizien fällt auch 1 Beamter auf 56 200 Einwohner, aber auf nur 329 qkm. Somit ist auch die Sparsamkeit des Distriktes Radom in personalpolitischer Hinsicht unter allen Distrikten des Generalgouvernements als vorbildlich zu bezeichnen.

Eine wesentliche Hilfe für die deutsche Verwaltung bedeute die Kommunalverwaltung. Im Distrikt Radom gebe es 258

Bürgermeister und Vögte, die unter den Kreis- und Stadthauptleuten arbeiteten. Davon seien 61 Deutsche und 197 Polen. Deutsche Bürgermeister seien zumeist dort tätig, wo Deutsche wohnten, nur in einzelnen Fällen dort, wo Polen wohnten; hier aus besonderen politischen Gründen oder weil sich Rüstungsbetriebe in der Nähe befänden. Ohne die pflichtgetreue Mitarbeit dieser Vögte und Schulzen wäre eine Erfüllung der Kontingente unmöglich gewesen. Im letzten Jahre seien 11 Bürgermeister und 7 Gemeindeangestellte erschossen, 62 Bürgermeister und 26 Gemeindeangestellte verwundet, 47 Gemeindeverwaltungen bzw. -einrichtungen zerstört, 92 Gemeindekassen ausgeplündert worden.

Auf Grund eines Führererlasses sollten nur diejenigen Männer zur Wehrmacht abgegeben werden, die k.v. oder G.v.F. seien. Eine Anzahl von diesen Männern sei mittlerweile neu gemustert und als G.v.H. zum Wach- oder Schreibstubendienst herangezogen worden. Man habe auch den Eindruck, daß man bei der Musterung in Krakau eine sehr engherzige Stellung einnehme, während die Heimat einen schärferen Maßstab anlege.

Das Vertrauen der Bevölkerung stehe und falle mit der Frage, ob es in den nächsten Monaten gelinge, mit den zusätzlichen Kräften im wesentlichen die Verwaltungsmacht im Lande aufrechtzuerhalten. Die Bevölkerung sei, insgesamt gesehen, nicht etwa bereit, Aufstände zu machen, sondern kommunistische Kreise versuchten, die Bevölkerung auf ihre Seite zu bringen, teilweise mit Terror, teilweise mit entsprechenden Propagandaaktionen. In den nächsten Monaten werde sich entscheiden, ob das Vertrauen, das bei der Bevölkerung noch vorhanden sei, so gestärkt werden könne, daß man wieder mit einer befriedigenden Ernteerfassung rechnen könne.

Der Fall von Katyn habe infolge der viel zu stark merkbaren Agitation bei der Bevölkerung kaum eine Wirkung ausgelöst. Die Agitation sei so betrieben worden, daß es dem primitivsten Polen klar sein mußte, daß es nicht um Humanitätsgefühle, sondern um Agitationsmaterial gegenüber dem Ausland gehe. Die Polen hätten nach seiner Kenntnis der Dinge wenig darauf reagiert. Man müsse dabei auch bedenken, daß es so was wie eine polnische Volksgemeinschaft nicht gebe und daß es den polnischen Bauern nicht interessiere, ob polnische Offiziere erschossen würden.

Die Polizei habe trotz der geringen zur Verfügung stehenden Kräfte ein Höchstmaß an Leistung vollbracht und haben den Mangel an motorisierten Fahrzeugen, an Benzin und schwerer Bewaffnung durch persönlichen Einsatz wettzumachen gesucht. Im übrigen könne er nur feststellen, daß im Distrikt Radom die Zusammenarbeit zwischen Militär, Kreishauptmännern und Polizei immer ausgezeichnet gewesen sei, ebenso wie die Zusammenarbeit des Gouverneurs mit dem SS- und Polizeiführer und den Wehrmachtsstellen.

Leider habe es die Rüstungsinspektion für nötig befunden, das einheitliche Kommando aufzulösen und nach Warschau und Krakau zu verteilen, wodurch die Einheit des Distrikts Radom zerrissen werde. Später habe man dann wieder ein Rüstungskommando nach Radom gelegt. Jedenfalls sei die Zusicherung des Generalleutnants Schindler, daß in jedem Fall eine Verständigung herbeigeführt werde, nicht eingehalten worden.

Gouverneur Kundt führt weiter aus, daß er die Distriktskammer als eine notwendige Einrichtung für die Arbeitsüberwachung und Kontrolle ansehe. Er sei deshalb nicht für die Auflösung der Kammer, sondern für eine enge Zusammenarbeit, wie er das bereits dem Regierungskommissar Dr. Boepple dargelegt habe, vor allem im Hinblick auf eine stärkere Beachtung der Distriktskammern durch die einzelnen Zweige der Zentralkammern.

Schwierig werde das Verhältnis zwischen den Behörden auf dem Bausektor werden. Seit 1.April sei das gesamte Bauwesen, auch das Meliorationswesen, aus der Distriktsverwaltung ausgeschieden worden. Die Bauverwaltung habe seit dem 1.April die alleinige Entscheidung, sei allerdings noch nicht in Tätigkeit gekommen; denn bis zur Zeit seien die Ämter für Technik noch nicht in Funktion, weil sie noch mit der Einrichtung ihrer Dienstgebäude beschäftigt seien. Das sei für den Distrikt insofern erfreulich gewesen, weil man schnell noch manches habe durchführen können, bevor jede Bautätigkeit angesichts der

Neuorganisation gehindert sei. Im allgemeinen seien die Anforderungen auch in wichtigen Dingen abgelehnt worden. Das ganze Bauwesen liege, seitdem das Meliorationswesen aus der Abteilung Landwirtschaft auf den Bausektor übergegangen sei, vollkommen still und Meliorationen würden nicht mehr durchgeführt. Auch wisse man z.B. bis heute noch nicht, ob etwa eine Fensterscheibe eingesetzt werden könne, da auch solche Dinge in die Zuständigkeit des Amtes für Technik fielen. Er habe den Eindruck, daß sich dieser Apparat nicht nur im großen, sondern auch im kleinen soviele Zuständigkeiten zumute, daß er ihnen, wenn er die Dinge meistern wolle, nicht gewachsen sein werde.

Das Verhältnis zwischen der Distriktsbehörde und der Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums bzw. dem Beauftragten, SS-Oberführer Böttcher, sei sehr gut. Man habe das Siedlungs- bzw. Umsiedlungsproblem der Volksdeutschen anders aufgefaßt als im Distrikt Lublin und durch eine Vereinbarung mit dem Reichskommissar erreicht, daß eine totale Umsiedlung nicht vollzogen zu werden brauche, sondern nur in unauffälliger Weise Umsiedlungen von Volksdeutschen auf gute Böden erfolgten, um die polnischen Bauern nicht zu beunruhigen, deren Arbeit man ja für die Ernte dringend benötige.

Für das Verhältnis von Staat und Partei im Distrikt Radom sei es von Bedeutung, daß eine Personalunion zwischen Gouverneur und Distriktstandortführer bestehe. Von der gleichen Bedeutung sei es vor allem für die Volksdeutschen, daß die Kreishauptmänner gleichzeitig Standortführer seien. Es habe sich gezeigt, daß der Staatsapparat den Volksdeutschen habe dienen können, daß viele Einrichtungen vom Staatsapparat hätten aufgebaut werden können.

Das Verhältnis der Distriktsbehörde habe sich gegenüber der Regierung so entwickelt, daß die Regierung keine wesentlichen Klagen zu erheben brauche. Er sei dankbar für die Unterstützung, die die Distriktsbehörden und Kreishauptmannschaften bei allen Abteilungen der Regierung fänden. Im übrigen habe er allerdings immer den größten Wert darauf gelegt, daß alle seine Mitarbeiter eine möglichste Selbständigkeit gewönnen, weil sie nur so die ihnen gegebene Verantwortung tragen könnten.

26.5.1943

16^{05} Arbeitstagung der Politischen Leiter der Distriktsstandortführung Radom.

Nach der Eröffnung der Tagung durch Distriktsstandortführer Gouverneur Kundt, der darauf hinweist, daß zum ersten Mal eine solche Tagung außerhalb Krakaus stattfindet, werden von den Leitern der einzelnen Arbeitsbereiche Referate erstattet.

Es berichten:

1. Stabsleiter Masur über die Organisation und die Struktur der Distriktsstandortführung Radom
2. Pg. Goede über das Arbeitsgebiet Volkswohlfahrt
3. Pg. Seume über die Aufgaben der Frauenschaft
4. Bannführer Zwettler über die Arbeit der Jugendführung
5. Pg. Schön über Arbeits- und Sozialpolitik
6. Pg. Landwirtschaftsrat Topff über die Stellung des deutschen Bauern und Siedlungsfragen.
7.

Die Berichte werden durch Ausführungen des Distriktsstandortführer Kundt ergänzt.

Im Anschluß daran ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ich möchte zunächst Ihnen, Pg. Kundt, für den Aufbau des Distriktsstandorts danken. Der Eindruck, den ich heute aus den Referaten und auch sonst aus dem ganzen Leben und Treiben in diesem Distrikt gewonnen habe, sagt mir schon, daß die Arbeit der Partei hier voranschreitet.

Die Partei hat es schwer. Es ist nicht leicht, die politische Verantwortung für ein weltgeschichtliches Geschehen von diesem Ausmaß und tragischem Inhalt restlos zu übernehmen. Es obliegt daher jeder Parteigenossenschaft, ganz gleich, wo sie sich trifft, in welche

26.5.1943

konkrete weltgeschichtliche Aufgabe sie sich nun einreiht, sich immer darüber klar zu sein, daß dieser Krieg eine Auseinandersetzung von Grundsätzen ist, deren eine Seite ausschließlich wir einnehmen und deren andere Seite im Grunde genommen - das zeigt die tägliche Erfahrung - die völlige Einheit der Gegner , die wir bekämpfen, darstellt, und zwar in Gestalt des Bolschewismus, des Weltjudentums, des Liberalismus und der Freimaurer. Es ist immer derselbe Krieg.

Angesichts der Not, die der Krieg mit sich bringt in Gestalt der Reduzierung der Lebensmittel, der Erschwerung auf allen möglichen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gebieten und im Zusammenhang mit den Verlusten, die im Kriege entstehen, wenn wir an die Gefallenen, die Verwundeten, die Vermißten denken, an die Zerstörungen durch Fliegerangriffe usw., wird natürlich immer im volkspsychologischen Raum zunächst nach der Partei gesehen, und man fragt: was sagt die Partei dazu! Wenn man den Zweck der Partei in diesem Kriege beurteilen will, dann ist es klar, daß uns hält der absolut soldatisch geschlossene Charakter des Gründers dieser Bewegung, die staatsmännisch militärische Größe des Führers dieser Bewegung und die einzigartige Treue des deutschen Volkes zu diesem Führer. Ich glaube daher, daß sich auch die Partei hier im Distrikt Radom genau wie im Generalgouvernement ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die wir örtlich oder distriktmäßig haben, immer bewähren muß. Das ist ihre ganz besondere Aufgabe als Repräsentantin der absoluten Einheit des deutschen Volkes und, ich möchte sagen, in ideell-organisatorischer Beziehung.

Das Generalgouvernement ist eine so eigenartige, so ausgeprägt eine Kriegsgründung, eine auch so ganz besonders mit Kriegsaufgaben versehene Einrichtung,

26.5.1943

daß auf der anderen Seite, nämlich im Bewegungssektor, so intensiv wie nur möglich die Einheit des gesamten Reichserlebens völkischer Art immer wieder dokumentiert werden muß. Ich betrachte daher die Partei im Generalgouvernement als die stärkste Klammer zur Heimatbestimmung dieses Gebietes. Am liebsten hätte ich eine Gestaltung - ich sage es ganz offen -, die es ermöglicht hätte, die Neueinteilung der Bewegung mit dem Generalgouvernement zu kombinieren, um wenigstens an einer Stelle die völlige Identität herbeizuführen. Denn im staatlichen Raum geht es nicht. Noch vor wenigen Tagen hat mir der Führer wieder erklärt, daß er am Generalgouvernement unter allen Umständen festhalte. Es geht auch nicht, weil wir in einem Staat, in welchem wir Deutsche nur 1 Prozent darstellen, nicht Reichsgaugrundsätze anwenden können. Aber die Deutschen, die hier im Raume leben, in der gleichen Gesinnung und seelisch-charakterlichen Haltung zu belehren wie die Deutschen im Reich, dazu ist die Partei ohne Rücksicht auf die staatliche Struktur dieses Raumes imstande.

Für mich ist es klar, daß ich gerade in der Partei im Generalgouvernement die wesentlichste Möglichkeit der intensivsten Bewußtseinserziehung sehe, daß dieses Land deutsch ist und in alle Zukunft hinein deutsch zu bleiben hat.

Trotz aller Schimpfereien auf die Partei ist der Deutsche heute froh, daß sie existiert. Es muß auch so sein; denn wenn man sie sich heute wegdenken würde, dann würde das deutsche Volk die Schwierigkeiten dieses Krieges vielleicht nicht in dieser großartigen Weise bestehen, wie es sie bisher bestanden hat und bestehen wird. Trotzdem wird auch auf dem Gebiete der Organisation der Partei es notwendigerweise bei dem bleiben, was wir uns aufgebaut haben. Ob und wie allenfalls

26.5.1943

die Kreiseinteilung einmal stattfinden wird, ist zur Zeit nicht wichtig. Denn so lange es die Distrikte gibt, wird man an der Personalunion von Gouverneur und Distriktstandortführer absolut festhalten müssen. Es ist selbstverständlich, daß sich an diesen Grundsätzen nichts wird ändern können. Die Gefahr, daß plötzlich die ehrenamtliche Parteiführung aus der Organisation durch hauptamtliche Parteirepräsentanten verdrängt würde, scheint mir sehr gering zu sein. Ich möchte hier alle gleich beruhigen; Sie haben mit Recht darauf hingewiesen; aber es ist für irgendwelche Unruhe kein Anlaß. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß alles Geschwätz und Gerede, das Hin- und Hergaukeln mit Meinungen und Behauptungen ein Zeichen der Nervenschwäche ist, die sich in diesem Kriege zeigt, daß es aber mit der sachlichen Entwicklung nichts zu tun hat.

Zur Organisation der Bewegung im Generalgouvernement ist zu sagen, daß sich an der bewährten Einrichtung, wie wir sie bis jetzt geschaffen haben, im wesentlichen nichts ändern wird. Die Aufbauarbeit, die hier geleistet wurde, macht mir insofern einen ganz besonderen Eindruck, weil hier mit Frische auch gerade versucht wurde, dem Deutschen die Heimat auch da zu sichern, wo er unter unglaublich schwierigen völkischen Verhältnissen zu leben gezwungen ist. Es ist Euch gelungen, das Deutschtum zu halten und den Gedanken der Heimat zu sichern, so daß von hier aus die Brücke nach dem Distrikt Lublin und weit hinein in den Osten geschaffen werden kann. Insofern ist der Distrikt Radom von größter volkspolitischer Bedeutung, weil er gerade diese Brücke von West nach Ost darstellt.

Ich glaube daher, daß sich die Parteiführung in diesem Distrikt gar nicht intensiv genug mit diesen Fragen beschäftigen kann. Wir können diesen Raum nicht mit staatlichen Mitteln und mit Mitteln der Parteiorganisation halten, sondern nur, wenn wir Siedlungsland mit deutschen Menschen haben, Menschen in solcher Zahl und von solcher persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung, daß neben ihnen das Polentum auf die Stelle zurücksinkt, an der es allein in der nächsten Zeit, bevor es weiter nach Osten gebracht wird, als Arbeitskräfte im deutschen Interesse bleiben kann.

In den letzten zwei Jahren ist sehr viel geschehen, was ohne die Partei nicht hätte geschehen können, ~~was ohne die Partei nicht hätte geschehen können~~, da es nur die Partei leisten kann.

Für diese Partei muß sich auch der Staat Generalgouvernement interessieren. Das Nebenland lebt keinen Augenblick länger als die deutschen Menschen in diesem Raum. So klein auch die Zahl der deutschen Menschen im Gesamtgebiet des Generalgouvernements ist, mögen es nur 1 oder 2 % der Gesamtbevölkerung sein, - sie alle sind der Rückhalt des Staates. Und insofern ist es wichtig, daß diese volkspolitische Arbeit in jeder Weise gefördert wird.

Was ich über die Gliederungen gehört habe, hat mich sehr gefreut. Vor allem begrüße ich es persönlich, daß sich die S.A. hier so schön entwickelt hat. Die S.A. ist die traditionell großartige Kampfgruppe der Bewegung an sich, die in einen ausgeprägt organisatorischen Zusammenhang getreten ist mit dem Staat und parteieigen im wahrsten Sinne geblieben ist. Sie kann daher mit einer ungeheuren Wirkungskraft in diesen neuen Gebieten in Erscheinung treten.

26.5.1943

Die angeschlossenen Verbände spielen keine große Rolle bei uns. Das ist ja das Entscheidende, daß wir hier von der Parteieinheit, von den Parteigenossen reden und daß dieses alte organisatorische Prinzip, von dem wir ausgegangen sind, bei uns wieder in Erscheinung tritt. Durch den Krieg veranlaßt haben wir wieder Parteigenossen: der Einzelne sieht nicht den anderen in seiner Eigenschaft als Gliederungsangehörigen oder als Angehörigen eines Verbandes, sondern nur als Angehörigen der Partei. Wie für den Staat, so gilt auch für die Partei die Einheit der Führung. Ich glaube, bis jetzt hat sich noch keiner daran gestoßen, ist doch gerade die einheitliche Führung der Partei unbedingt notwendig. Wir können die paar tausend Deutschen nicht bis ins einzelne aufsplittern, wie es in der letzten Zeit vor dem dem Kriege im Reiche der Fall gewesen ist.

Nach alledem glaube ich, daß jetzt der Distrikt Radom als durchorganisiert angesehen werden kann, und dafür bin ich Ihnen, Parteigenosse Kundt, besonders dankbar.

In einem Referat wurde auch einiges über die Schulung gesagt. Die Fragen der Schulung, der Versammlungen und anderer Veranstaltungen leiden unter dem sehr praktischen Gesichtspunkt der Sicherheit. Das ist für uns ein bedenkliches Moment. Wenn wir nicht mehr imstande sind, die unserer Bewegung eigentümliche Form der Propaganda in den Versammlungen beizubehalten, dann verlieren wir eine der wichtigsten Stützen für unsere Arbeit. Hier muß unter allen Umständen etwas geschehen.

26.5.43

Distriktsstandortführer Kundt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sämtliche Veranstaltungen der Partei nach einer von ihm gegebenen Anordnung bekannt gemacht werden müßten, damit von der Polizei eine Sicherung übernommen werden könne. - Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Distriktsstandortführer Kundt, daß die Schulung innerhalb der Schülerheime die Partei selbst übernommen habe, und zwar im Zusammenwirken mit dem Leiter der Abteilung Schulwesen. Auf diesem Gebiete beständen keine Probleme; Schule und Partei ständen absolut gleich. Den Wünschen der Partei nach Entfernung ungeeigneter Lehrer aus den Schulen sei auch stets nachgekommen worden.

Der Herr Generalgouverneur würde es begrüßen, wenn es gelänge, den Lehrermangel aus eigenen Kräften zu beseitigen, womit auch der Partei sehr geholfen wäre. Er fährt dann fort:

Nur mit Erklärungen und Sprüchen, nur mit Programmdarlegungen und ähnlichem ist es nicht mehr getan, sondern es kommt auf die praktische Bewährung an. Es hat mir sehr wohl getan, z.B. zu hören, daß eine Dienststelle Freikarten für Fahrten zu gewissen Veranstaltungen gibt. Das sind Dinge, die mich freuen, und hier könnte das Generalgouvernement vorbildlich sein.

Zu den Referaten darf ich allgemein sagen: Parteigenossen, ich glaube, wenn Sie so weiterarbeiten, wie ich es aus den Referaten entnommen habe, wenn Sie weiter so lustig und frisch, wie ich den Pg. Masur als Vorbild eines unverbrauchten Mannes vor mir sehe, ans Werk gehen, dann werden Sie imstande sein, die Partei in jeder Weise vorwärts zu treiben. Ich glaube, daß dann ein Stück vorbildlicher Arbeit geleistet werden kann. Vergessen Sie nie, Parteigenossen, daß ringsherum in den Reichsgauen Parteiorganisationen entstehen,

26.5.1943

die sehr aktiv sind und uns als Vorbild erscheinen können. Es darf nicht sein, daß die Parteiarbeit im Generalgouvernement ins Hintertreffen gerät. Wir haben ohnehin unter vielen Schwierigkeiten zu leiden. Der Ruf, den das Generalgouvernement sich erworben hat, ist leider auf diesem Gebiete nicht immer bis oben hin gedrungen. Darum müssen wir unter allen Umständen dafür sorgen, daß das Generalgouvernement in jeder Weise ein Vorbild des Kampfwillens ist, soweit das unter den großen Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, möglich ist. Auf unser Gebiet werden ja alle Schwierigkeiten abgewälzt; alles, was irgendwie an Belastungen vom Reich noch abgeschoben werden kann, wird abgewälzt auf uns. Was man mir an aktiven Menschen wegnehmen kann, nimmt mir man weg. Wie soll man da auch noch die Parteiarbeit aufrecht erhalten, die ganz besonders auf Idealisten und Aktivsten angewiesen ist? Die Schwierigkeiten sind kaum abzusehen, und trotzdem muß es uns gelingen, unsere Arbeit fortzusetzen.

Ich freue mich sehr über den heutigen Nachmittag; denn er hat mir eine große innere Genugtuung bereitet. Ich möchte durch keinerlei kritische Bemerkungen dieses Bild stören. Ich habe den Eindruck, daß Sie, Pg. Kundt, mit Ihren Mitarbeitern, den Parteigenossen und Parteigenossinnen, auf dem richtigen Wege sind, und wünsche Ihnen für Ihre weitere Arbeit alles Gute.

25.5.1943

17^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Deutschen Lichtspiel- und Konzerthaus.

Der Herr Generalgouverneur schreitet die Front einer vor dem Hause aufgestellten Ehrenformation der S.A. ab.

18^{00} Kundgebung der NSDAP.

Nach dem Einmarsch der Fahnen und Begrüßungsworten des Distriktsstandortführers Kundt ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Deutsche Volksgenossen!

Wenn man das Radom von heute mit dem Radom von 1939 vergleicht, so wird einem die deutsche Arbeit in diesem Raume klar. Als ich damals zum ersten Male nach Radom kam, da war es eine schmutzige, verlauste, verdreckte, von Juden überschwemmte polnische Kleinstadt. Heute hat die Stadt ihr Gesicht gewandelt: In den Straßen herrscht Sauberkeit, die Häuser sind hergerichtet, wiederum leben Deutsche genau so wie vor vielen Jahrhunderten in diesem Raum und haben sich mit Aufwand aller Energie und aller Kräfte trotz jeglicher Schwierigkeiten, die diese Zeit in sich trägt, Schritt um Schritt unter schwersten Kämpfen hier eine deutsche Heimstätte geschaffen. Man darf wirklich sagen: dieses Radom ist auf dem Wege, eine Stätte zu werden, in der sich das deutsche Leben immer weiter entwickeln wird. Von innerer Kraft strahlend stellt der Distrikt Radom einen der arbeitsamsten und kriegswichtigsten Bereiche des Generalgouvernements und als solcher eine stolze Zentrale dar. Ich freue mich vor allem über den Eindruck, den die deutschen Menschen dieses Ortes heute machen, die sich unverdrossen über die Schwierigkeiten dieser Zeit hinweg setzen und ohne Rücksicht auf ihre Sicherheit und den eigenen Vorteil das gemeinsame Schicksal in den Vordergrund stellen.

Ich glaube, daß dieses Werk symbolisch ein Gleichnis ist für den Aufbau, den trotz des Krieges die geballte Kraft unseres Volkes in all' den Gebieten vorgenommen hat, die seit 1939 zum deutschen Reich gekommen sind. Das Generalgouvernement hat in diesen Bereichen der neubesetzten Gebiete eine Sonderstellung: nicht nur, daß es das älteste der neubesetzten Gebiete ist, - kam es doch schon im Oktober 1939 als nahezu so wie heute gegliedertes und organisiertes Gebilde zum großdeutschen Machtbereich - es hat auch in seiner Struktur und seiner Bedeutung eine ganz besondere Mission zu erfüllen.

In den Jahren von 1939 bis 1941 im Sommer war das Generalgouvernement der östlichste Machtbereich des Großdeutschen Reiches. Wir waren damals unter den unsagbarsten Schwierigkeiten daran gegangen, diesen Machtbereich zu säubern und einzurichten, die Produktion wieder in Gang zu setzen, die Menschen zur Arbeit zu bringen, die Ernährungsgrundlagen einigermaßen sicherzustellen, die Wehrwirtschaft aufzubauen, das Transportwesen wiederherzustellen, die Währung, die staatlichen und sonstigen Belange wieder zu orgenisieren. Und schon damals war es wohl abzusehen, daß dieses Gebiet eine in der gesamten Wirtschaft unseres Landes, besonders in der Kriegswirtschaft unseres kämpfenden Volkes nennenswerte Rolle spielen wird.

Als dann 1941 der Krieg gegen die Sowjetunion kam, wurde die Bedeutung dieser Aufbauarbeit besonders klar. Da waren wir von heute auf morgen nicht mehr der östlichste Punkt des Deutschen

26.5.1943

Reiches, sondern wurden plötzlich Durchzugs- und Aufmarschgebiet, durch das in weit überwiegender Größe der Aufmarsch, der Nachschub, der Transport nach dem Osten vor sich ging.

Seit 1941 hält nun diese Bewegung durch das Generalgouvernement und über das Generalgouvenement hinweg an, die uns in die Mitte der Ereignisse gerückt hat und gleichsam eine Brücke nach dem Osten darstellt.

Für die Deutschen dieses Raumes ist es daher stets eine Notwendigkeit, zu begreifen, daß die Aufgabe, die uns hier gestellt ist, eine Sondermission im Bereich des Krieges darstellt. Wir haben als Generalgouvernement keine andere Aufgabe als die, mit allen Mitteln dieses Landes und allen Kräften seiner Bevölkerung dieser Sondermission zu dienen.

Der Führer hat uns mit Sondervollmachten ausgestattet. Wir sind hier staatlich besonders organisiert und unterstehen ihm direkt. Das bedeutet, daß damit auch unsere Verantwortung führernächst aufgebaut ist. Es bedeutet weiter, daß wir unter den besonderen Auspizien des Führers auch unsere Aufbauarbeit durchzuhalten haben. Hundefttausenden und Aberhunderttausenden von deutschen Frontsoldaten hat das Generalgouvernement den Nachschub gewährleistet. Wir haben der Heimat wie der Front aus unseren Ernährungsbeständen, aus unseren Wirtschaftserträgen, aus unserer Monopolproduktion und aus allen anderen Bereichen Hunderttausende ja Millionen von Tonnen geliefert. Wir können daher mit Stolz sagen, daß die Deutschen des Generalgouvernements ihre Aufgabe weit über Erwarten erfüllt haben.

(Lebhafter Beifall)

Die Schwierigkeiten werden uns besonders klar, wenn wir allen denen, die jetzt plötzlich in dieses Land kommen und die Fertigung des Gebietes bezweifeln, sie in Vergleich zu derjenigen der Heimat setzen, die Bilder vor Augen führen, die dieses Land gesehen hat, als wir es übernommen haben. Damals waren im Generalgouvernement 4 800 Brücken völlig zerstört, es waren keine Bahnhofsanlagen in Ordnung, es gab keine fertigen Straßen; der größte Teil der Städte war niedergelegt, ganze Dörfer waren von der Erde verschwunden, und die Menschen waren in voller Flucht. Ringsum wogten Not, Elend, Verzweiflung und Seuchen. Es gab keine Währung, keine Führung, kein Gesetz, keine Ordnung, kein Recht. Alle Werte waren in diesem Lande zerstört, vergraben oder weggeholt. Wir, die alten Kämpfer dieses Landes, die wir von Anfang an diese Aufgabe erfüllen, dürfen wirklich mit Stolz auf das blicken, was die Deutschen in diesem Raum geschaffen haben. Hier sind sie aus allen deutschen Stämmen zusammen gekommen; von überall her wurden sie hereingerufen, zumeist von der Wehrmacht weggeholt, um in irgendeiner kriegswichtigen Position ihren Dienst zu vollführen. Wieder war eine große organisatorische Aufgabe dem deutschen Volke gegeben.

Aber wir können auch bei einer Besichtigung von Radom feststellen, daß diese deutschen Menschen unverdrossen unter den wirklich schwierigsten Verhältnissen immer nur aufzubauen vermögen. Es ist fürwahr ein Zeichen der Fähigkeit unserer Rasse und auch eine Bestätigung unserer nationalsozialistischen Rasseanschauung, daß der deutsche Mensch, richtig geführt, zu den ungeheuersten Leistungen imstande ist.

26.5.1943

Wer dieses Aufbauwerk sieht, das unter Ihrer Führung, Pg. Kundt, in diesem Ort und in diesem Distrikt vor sich geht, weiß, welche Bedeutung der Nationalsozialismus für Deutschland hat. Wie sollte das alles entstanden sein, wennman sich etwa noch das alte republikanische Deutschland mit seinen 47 Parteien vorstellen würde? Daraus wird jedem klar, was die Bewegung bedeutet, die, einheitlich geführt, einheitlich ausgerichtet, in ganz unbestechlicher Klarheit ihren Weg verfolgt. Diese weltanschauliche Kampforganisation unseres Volkes war allein fähig, die geistigen und organisatorischen Waffen zu liefern, mit denen wir hier deutsche Ordnung aufgerichtet haben. Und ich möchte gleich sagen, daß diese deutsche Ordnung von jetzt ab für ein Jahrtausend aufgerichtet bleiben wird.

Die Deutschen sind nicht in diesen Raum gekommen, um hier nur zu Gast zu sein, sondern das Deutsche Reich hat das Weichselland besetzt, um es in zunehmendem Maße zur deutschen Heimat zu entwickeln. Und niemals mehr wird der deutsche Mensch diesen Raum verlassen.

(Lebhafter Beifall)

Gewiß, manchen paßt das nicht. Die Unken gehen in der Welt um. Es gibt wieder viele, die da glauben, aus dieser oder jener momentanen schwierigen Kriegslage ihre schmierigen Geschäfte machen zu können. Wir kennen sie, die faulen und matten Gehirne, die so wie damals beginnen, aus momentanen Kriegsschwierigkeiten heraus ihre düsteren Prophezeihungen zu offenbaren. Aber sie werden sich täuschen: das deutsche Volk ist diesmal nicht das deutsche Volk von 1917/18; das deutsche Volk weiß, daß es jetzt um einen Freiheitskampf und um seine ganze Existenz geht. Das deutsche

26.5.1943

Volk weiß, daß alles in der Welt vergeht und daß alles in der Welt besiegt werden kann, nur nicht der deutsche Soldat.

(Lebhafter Beifall)

Man wird uns nicht wankend machen können. Diese Weltkoalition soll nur nicht glauben, sie könnte uns wieder schwach sehen. Gewiß, wir haben schwere Zeiten in diesem Kriege hinter uns; ich brauche sie in diesem Raum und im Rahmen dieser Kundgebung nicht nochmals zu schildern. Unsere Gegner haben uns schwere Schläge versetzt. Aber ungebrochen steht das deutsche Volk. Und wir können überzeugt sein, daß das deutsche Volk auch in alle Zukunft hinein ungebrochen sein wird.

Ich weiß, daß da und dort im Lande die fremdvölkische Bevölkerung in schlechte Hände geraten ist. Wir wissen genau, welche Drohungen gegen das Deutschtum dieses Raumes nicht nur ausgesprochen, sondern auch in die Tat umgesetzt werden. Ich will aber auch sagen, daß für jeden deutschen Menschen, der hier ermordet wird, die polnische Rasse büßen wird. Wir sind entschlossen, vor niemanden hier zu weichen. Die in zunehmender Stärke einrückenden Sicherheitsorgane werden dafür sorgen, daß in Zukunft jedweder Versuch einer Bandenbildung oder einer sonstigen Bekämpfung der deutschen Autorität in diesem Raum mit ungeheurer Brutalität niedergeschlagen werden wird. Das deutsche Leben in diesem Raum wird sich gesichert entwickeln. Und eine Drohung, vor der wir zurückweichen würden, gibt es nicht. Ein Land, das der deutsche Soldat unter Einsatz seines Lebens erobert hat, wird auch der deutsche Mensch unter Einsatz seines Lebens ~~erobert~~ verteidigen.

(Lebhafter Beifall)

26.5.1943

Staat, Sicherheitsorgane und deutsche Wehrmacht werden in Zusammenarbeit mit der Autorität des Staates dafür sorgen, daß sich hier keine Schwächemomente zeigen. Und mein Besuch gilt vor allem diesem Umstand. Die Deutschen auch dieses Raumes mögen wissen, daß die höchste Autorität des Reiches Adolf Hitlers mir persönlich erneut diesen Auftrag gegeben hat und daß mir diese Zusicherung geworden ist: das deutsche Leben in diesem Raum wird mit aller Macht des Reiches geschützt werden.

(Lebhafter Beifall)

Wir können uns daher in unserer Arbeit nur dankbar und in tiefster Ergriffenheit vor dem Führer dieses Volkstumskampfes immerdar verneigen. Ein erschütterndes Bild aufopfernder deutscher Menschlichkeit ist die Liste derer, die in diesem Volkstumskampf gefallen sind. Wenn man bedenkt, daß die polnische Rasse schon vor diesem Kriege fast 60 000 Volksdeutsche aufs brutalste ermordet hat, so konnte man erwarten, daß mit Fortschreiten des Krieges die Hetzmeute in diesem Lande wieder losgelassen wird. Wir werden aber die Mörder und ihre Hintermänner finden. Hier wird kein Gewand den Hetzer schützen: wir werden den zum Morde hetzenden Priester genau so packen wir irgendeinen andern. Ich erhebe meine warnende Stimme: das Deutsche Reich Adolf Hitlers ist nicht gewillt, vor einer Horde von Banditen zu kapitulieren. Die Ordnung, die Adolf Hitler und sein Reich aufgerichtet haben, wird nicht durch Meuchelmörder erschüttert. Es ist ein ganz vergebliches Beginnen, etwa zu glauben, daß der Schritt der Gründung dieses Landes im Dienste des Reiches zurückgenommen würde, weil da und dort einige zum Widerstand greifen. Das deutsche Volk ist den Widerstand gewöhnt. Und wir sind auch gewöhnt, daß wir für die Freiheit unserer Nation Opfer bringen. Aber die, die hier im Volkstumskampf gefallen sind, sind in gleicher Weise Opfer des Freiheitskrieges wie die an der Front Gefallenen oder wie die in den luftgefährdeten Gebieten von den Engländern und Amerikanern hingemetzelten friedlichen Bürger unserer deutschen Städte.

Wir müssen alle mit Ernst immer wieder bekennen: wir sind hier nicht zu irgendeiner Form der Etappe herabgesunken. Die Haltung der deutschen Menschen hier ist vorbildlich. Die ganz seltenen Ausnahmeen werden rücksichtlos gepackt. Im allgemeinen aber ist das deutsche Leben in diesem Raum von vorbildlicher Klarheit und Beständigkeit. Ich freue mich darüber; denn nur so kann dieses Land seiner würdigen Sendung entsprechen.

In den Berichten, die mir aus diesem Raum kommen, lese ich oft, wie irgendwo draußen einsam ein deutscher Förster, ein deutscher Eisenbahner, ein deutscher Postbeamter oder irgendein anderer deutscher Beamter oder Angestellter mitten im fremden Volkstum seine Pflicht tut ohne jeden persönlichen Schutz. Und ich kann sagen: auch diese Menschen sind Helden. Es ist ein ergreifendes Zeichen für die Ernsthaftigkeit der Aufgabe, die sich die deutschen Menschen dieses Raumes gestellt haben, daß das geschieht, daß keiner wankt und weicht, daß der Kreishauptmann auf seinem Platz veharrt, daß der Gendarmeriekommandant auf seinem Posten bleibt, daß der Eisenbahner sich seinem Dienst nicht entzieht, sondern, daß sie alle mit klaren kalten Augen dieser Meute entgegenschreiten, die sie mit Mord bedroht. Das ist die Haltung eines Volkes, das in der Geschichte zu größten Taten berufen ist.

26.5.1943

Wir haben in Adolf Hitler ein Vorbild. Er hat dieses Weltgeschehen geahnt, er hat die Macht und die Kraft des Bolschewismus erkannt und hat in kühnstem Entschluß sein Volk aufgerufen, dieser von allen Seiten kommenden vernichtenden Drohung entgegenzutreten. Vergessen wir nie, daß es die polnische Anmaßung - besser gesagt: die Anmaßung einer sogenannten polnischen Regierung war, die diesen Krieg entfesselt hatte. Die Tatsache, daß man aus der deutschen Stadt Danzig nicht weichen, daß man den widernatürlichen Korridor nicht freigeben wollte, hat diesen Krieg hervorgerufen. So war es denn eigentlich die Warschauer Zentrale, die das Elend dieses Krieges entfesselte. Dies sei nur gesagt, damit man die Bedeutung dieses Raumes für die Weltgeschichte erkennen kann. Hier im Mittelpunkt zwischen Moskau und Westeuropa liegt ein wichtigster zentraler Knoten, inden alle möglichen Verbindungslinien zusammenlaufen. Die Kulturschichten überschneiden sich hier, die völkisch-rassischen Gegebenheiten von Osten und Westen greifen hier ineinander, die sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungsformen, _ alles trifft sich in diesem Raum, wirkt sich hier aus, sammelt sich, sucht Energien, ballt sich zu Widerständen zusammen, und im Negativen wie Positiven gehen von hier Kraftströme nach Osten wie Westen, nach Süden wie Norden. Daß dieser Raum von Deutschland geführt wird, ist eine der Voraussetzungen der endlichen Befriedung Europas. In Erkenntnis dieser Sendung müssen wir dem Führer dankbar sein, der die Schlußfolgerung aus dem Polenkrieg gezogen hat. Warschau, heute Distriktshauptstadt im Generalgouvernement, ist keine Gefahr mehr für Deutschland; dort wird sich nie wieder eine polnische

Regierung bilden. Man möge zur Kenntnis nehmen, daß alle Rundfunksendungen der Welt und alle sonstigen Hetzereien gegen das angebliche Terrorregime im Generalgouvernement uns nicht davon abbringen werden, hier unsere Pflicht zu tun.

Es wäre viel klüger, wenn die, die um das Schicksal des polnischen Volkstums so besorgt sind, begreifen wollten, daß die Verfolgung dieses Weges des Meuchelmordes allenfalls zur Vernichtung des Polentums, niemals aber zum Rückzug des Deutschen aus diesem Raum führen könnte.

(Lebhafter Beifall)

In diesem gigantischen Zusammenprallen weltgeschichtlich einmaliger Vorgänge, wie wir sie erleben, muß daher unser Blick immer wieder auf Adolf Hitler gerichtet sein. Er trägt die Verantwortung für die Führung und Leitung des Gesamtgeschehens Deutschlands. Noch niemals in der deutschen Geschichte war einem Manne eine solche Aufgabe gestellt,~~und~~ wie sie ihm gestellt ist. Er hat uns auch hier eine Aufgabe gestellt und weiß, daß die Deutschen ihm bis zum letzten Atemzuge folgen werden. Und wir können auch voller Stolz sagen: welche Schläge immer das Schicksal uns noch auferlegen wird, wir werden in treuestem Gehorsam Adolf Hitler durch dick und dünn bis zum Endsieg unseres Volkes folgen.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben es ihm geschworen, nicht gezwungen, sondern aus innerstem Glauben an seine Sendung.

Die große Aufgabe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, dieser einzigartigen weltgeschichtlichen Bewegung unserer Nation, ist es, die innerste Verbundenheit unseres Volkes zur Einheit des

26.5.1943

Gehorsams und des Glaubens immer wieder festzuhalten. Daß hier auch in dem Vorort Radom die Bewegung treu arbeitet, habe ich heute aus den Berichten der Parteiführer entnommen. Ich freue mich darüber; denn die Bewegung ist der Ausdruck des Weltreichswillens unseres Volkes und des ewigen Lebenswillens unserer Nation. Sie ist nich-t eine politische Bewegung zur Erringung von Machtpositionen gewesen, sie hatte sich nicht das Ziel gesetzt, Adolf Hitler zum Reichskanzler zu machen, sondern sie hat das Ziel, das deutsche Volk in alle Ewigkeit hinein gesund, stark und weltreichswürdig zu halten. Wir kennen sie ja schon, die Müden, die Kritiker, die Ohrensäusler, die Bierbankbrüder, wir kennen diese schleichenden Devolutionisten, die da und dort herumgeistern und wieder das Elend herauf beschwören wollen, die wie die Unkenrufer im Lande ihr Unwesen treiben und das Elend künden wollen, jene kleinen Würmer und nichtsnutzigen heuchlerischen Drahtzieher, die aus einer kriegsmäßig ernsten Lage ihre politischen Bilder abrollen lassen, sich aber im Winkel vor dem Licht des Opfertodes der Besten unseres Volkes bergen. Wir kennen aber auch die Kraft unseres Volkes und unserer Bewegung. Man soll sich nicht täuschen: Adolf Hitler und seine Bewegung werden das deutsche Volk allen Widerständen zum Trotz zum Siege führen. Und wir werden dafür sorgen, daß jenen mismacherischen Kreaturen die Luft zum Atmen vergeht.

Gewiß kann man nicht etwa behaupten, daß dieser Krieg leicht wäre. Dieser Krieg ist der schwerste, den bis jetzt das deutsche Volk geführt hat. Dieser Krieg war aber auch notwendig. Denn was wäre aus unserer Heimat geworden, wenn diese bolshewistische Heeresmacht, statt am Don, im Kaukasus und am Wolchow zu stehen, an der Elbe erschienen wäre?

26.5.1943

Darum soll man nicht weinen und klagen, darum soll man nicht fragen: warum dieser Krieg, - wie kam es dazu, wie wird es enden? Jetzt kommt es nur darauf an, daß jede deutsche Frau und jeder deutsche Mann, selbst unter Einsatz des Letzten, treu und gehorsam den Dienst am Führer und an seinem Volke vollzieht. Es ist Gottes Wille, die Menschen auf der Erde geduldet zu haben. Er hat mit der Schönheit dieser Welt auch ihre Schmerzen gegeben, er hat mit der Pracht dieser Welt und ihrer Erscheinungen auch das Nebelgrau der Nacht darüber gesenkt. Wir haben kein Recht, darüber zu richten oder zu rechten, ob je einmal eine Welt erstehen würde, ~~d~~ in der die Menschheit nur Glück- Freude und Wohltat, nur Segen und Frieden kennte. Wahrscheinlicher ist es, daß naturgesetzlich der Kampf aller gegen alle eines der ewigen Prinzipien des Menschengeschlechtes ist. Daher ist auch jeder Versuch, Schuldige zu finden, lächerlich. Dieser Krieg war notwendig wie nur einer, sollte das deutsche Volk weiter leben. Wir müssen uns darüber klar sein, daß man unter Umständen, um einerFreiheit den Weg zu bahnen, jahrelang Krieg führen muß, aber daß man, um eine Freiheit für alle Ewigkeit zu verlieren, nur eine Sekunde des Versagens braucht. Erinnern wir uns an den November 1918! Was damals geschehen konnte, das darf und wird sich nicht wiederholen. Allen denen, die da glauben, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei auch nur von einem ihrer Programmpunkte abgehen würde, allen denen, die da glauben, daß Adolf Hitler auch nur in einem Punkt zurückweichen würde, sei gesagt: das deutsche Volk wird sich, hoch aufgerichtet, seiner größten Aufgabe und der Opfer, die dafür gebracht worden sind, würdig zeigen. Was Hunderttausende und Aberhunderttausende unserer Soldaten, unserer Volksgenossen und Volksgenossinnen mit ihrer Lebenshingabe, mit ihrer Gesundheitsaufopferung gegeben haben, was sie an Schmerzen ertragen, was sie in den Lazaretten an Qualen und Nöten erdulden müssen, was die Menschen allüberall unter den Bombenangriffen, unter den chaotischen Zerstörungen zu erleiden haben, all' das muß jeder einzelne Deutsche von sich verlangen können. Dann erst wird dieses große deutsche Reich Adolf Hitlers auch würdige große deutsche Menschen in alle Zukunft hinein haben.

Die ernsteste Stunde unseres Volkes, die ernsteste Zeit unserer nationalen Geschichte ist angebrochen. Die Weltkoalition aller Mächte rüstet sich unausgesetzt stärker gegen uns, wir müssen dagegen rüsten. Sie kämpft gegen uns, wir müssen dagegen kämpfen. Die andern schlagen, wo sie können, und wir schlagen wieder, wo wir können. Nur eins wird nie sein, daß wir die Fahne Adolf Hitlers und seiner Bewegung niederholen.

Ich weiß, daß die Deutschen Radoms in diesem Geiste tätig sind. Ich weiß, daß dieser Geist der nationalen Geschlossenheit und Entschlossenheit hier in vorbildlicher Weise herrscht. Ich freue mich, daß wir uns heute hier wieder getroffen haben. Das Deutschtum dieses Distrikts, einer der bewährtesten Teile unseres Deutschtums auf der ganzen Welt, hat sich seit Jahrhunderten hier eingeführt und eingefügt und ist damit einer der wesentlichsten Stützen unseres völkischen Lebens in diesem Raum.

Auch jene fremdvölkischen Teile des Generalgouvernements, die den Parolen der Hetzer nicht zum Opfer fallen, die in den Dienststellen des Generalgouvernements, in den Arbeitsstätten der Industrie, bei der Eisenbahn usw. loyal ihre Pflicht erfüllen, seien ausdrücklich des Schutzes des deutschen Reiches versichert.

26.5.1943

Wir wollen nicht die Ausrottung des fremden Volkstums. Wir werden nur niemals zulassen, daß das Deutschtum in diesem Gebiet irgendwie zurückgesetzt werden soll. Unter der Führung der Deutschen können sich hier auch die fremdvölkischen Elemente entwickeln. Wir werden schon in den kommenden Monaten eine Reihe von Maßnahmen durchführen, die auch das Leben und Dasein dieser fremdvölkischen Bevölkerung auf eine günstigere Basis stellen werden, als es bisher vielleicht unter dem Druck des Krieges der Fall war. Wir werden uns auch bemühen, die Ernährungssituation der Fremdbevölkerung in diesem Raum so günstig wie möglich zu gestalten, und werden darüber hinaus alles tun, um den Frieden in diesem Lande sicherzustellen. Wir verlangen dafür aber loyalste Pflichterfüllung im Dienste der deutschen Führung. Wenn sie gewährleistet wird, bin ich zu jeder loyalen Gegenleistung bereit. Jeden Mörder werde ich aber mit eiserner Brutalität verfolgen.

Volksgenossinnen und Volksgenossen, ich glaube, daß dies unser Zeichen sein muß: Adolf Hitler baut jetzt auf jeden Deutschen und jeder Deutsche auf ihn. Der ernsteste Augenblick der deutschen Geschichte soll die trostreiche Zuversicht in unseren Seelen aufleuchten lassen. Dies sei mein Gruß an die Deutschen Radoms.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

26.5.1943

Distriktsstandortführer Kundt schließt die Kundgebung mit folgenden Worten:

Reichsleiter! Im Namen der Deutschen Radoms danke ich Ihnen für die starken Worte, die Sie an uns gerichtet haben. Sie haben uns Kenntnis davon gegeben, daß unser Führer Adolf Hitler inmitten seiner großen Aufgaben und Sorgen um das ganze deutsche Volk, um ganz Europa und die Welt auch Zeit gefunden hat, an das Schicksal der Deutschen im Distrikt Radom zu denken. Wir bitten Sie, dem Führer unseren Dank dafür zu sagen, daß er trotz der ihm gestellten großen Aufgaben auch die kleinsten und bescheidensten Volksgenossen im letzten Winkel seines großen Reiches nicht vergißt. Wir bitten Sie, dem Führer vor allem auch unsere Versicherung zu überbringen, daß wir so, wie wir bisher kampfesmutig standen, was immer auch kommen möge, hier stehen bleiben, bis das Werk, das unser Führer für Volk und Reich gestaltet, gesichert ist. Wir danken es dieser großen geschichtlichen Zeit, daß wir für unseren großen Führer Adolf Hitler kämpfen und, wenn nötig, auch sterben dürfen. In diesem Gefühl und mit der Versicherung der Treue bis zum Letzten grüßen wir unseren Führer.

Mit dem Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Kundgebung ihren Abschluß.

2o^{oo} Abendessen mit anschließendem kameradschaftlichen Beisammensein im Hause des Gouverneurs.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Hause des Gouverneurs Kundt)

Radom

Donnerstag, den 27.Mai 1943

9^{10} Besichtigung eines Großverarbeitungs-Betriebes der Gemüse- und Gartenbauwirtschaft.

9^{50} Besichtigung der Deutschen Handwerkerschule mit Internat.

10^{20} Besichtigung der Deutschen Oberschule mit Internat.

10^{55} Besichtigung des Dienstgebäudes der Distriktskammer sowie der Deutschen Volksschule.

11^{40} Besichtigung der Schuhfabrik Bata.

13^{00} Abfahrt des Sonderzuges von Radom nach Konskie.

Mittagessen im Zuge.

15^{15} Ankunft des Sonderzuges in Konskie.

15^{25} Besichtigung des Dienstgebäudes der NSDAP. in Konskie und der Beamtenwohnungen.

15^{45} Besichtigung der Deutschen Schule mit Internat. Unter Führung des Schulrats Mittmann und des Schulleiters Jess besichtigt der Herr Generalgouverneur die Räume und schulischen Einrichtungen.

16^{10} Besuch des Versuchsgutes Konskie unter Führung des Kreislandwirts Fitting. Die Einrichtungen dieses Gutes werden von dem Herrn Generalgouverneur eingehend besichtigt. Besonderes Interesse finden die Kulturen der Asklepias- und Yuccapflanzen. - Einer eingehenden Besichtigung wird auch das Landwirtschaftliche Laboratorium unterzogen.

27.5.1943

17^{55} Fahrt zum Versuchsgut Ludwinow. Hier besichtigt der Herr Generalgouverneur die Kulturen der Asklepias- und Yuccapflanzen.

18^{25} Fahrt nach Konskie.

18^{5o} Abfahrt von Konskie.

Abendessen im Zuge.

2o^{52} Ankunft in Radom.

Freitag, den 28.Mai 1943

5^{52} Abfahrt des Sonderzuges von Radom.

9^{03} Ankunft in Lublin.

Auf dem Bahnhof wird der Herr Generalgouverneur durch die Gouverneure Dr. Fischer und Dr. Wendler und durch den SS- und Polizeiführer Generalleutnant der Polizei Globocnik begrüßt.

10^{10} Gefolgschaftsappell im Distriktsgebäude zu Lublin.

Nach Begrüßungworten des Gouverneurs Dr. Fischer ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Kameradinnen und Kameraden! Ich komme in einem ernsten Augenblick zu Ihnen, um Ihnen die Grüße des Führers zu überbringen. Sie haben im Laufe dieser letzten Wochen und Monate hier eine Lage mit zunehmender Verhärtung sich entwickeln sehen, der aus der Verwaltung dieses Distrikts viele bewährte Kräfte im Dienste des Vaterlandes zum Opfer gefallen sind. Mein Erscheinen soll Ihnen Gewähr sein, daß, was nur irgendwie mit der Kraft des Reiches geschehen kann, getan werden wird, um die Sicherung der Staatsgeschäfte in diesem Distrikt genau so zu gewährleisten wie in den übrigen Teilen des Generalgouvernements.

Gouverneur Zörner, den ich vor einigen Wochen auf seinen eigenen Wunsch abberufen habe, war ein bewährter Mann, der in steter Pflichterfüllung seine Dienstgeschäfte geführt hat. Nach seiner Abberufung habe ich Sie, Pg. Dr. Fischer, mit der Führung der Dienstgeschäfte des Gouverneurs des Distrikts Lublin beauftragt. Indem ich Sie von dieser vorübergehenden Funktion wieder befreie und Ihre dienstliche Tätigkeit als Gouverneur nunmehr ausschließlich wieder auf Warschau beschränke, möchte ich Ihnen auch im Namen der

28.5.1943

Regierung des Generalgouvernements meinen Dank für die Dienstleistung ausprechen, die Sie an der Spitze des Distrikts Lublin vollführt haben.

Sie, Herr Gouverneur Dr. Wendler, die Sie bisher den Distrikt Krakau geführt haben, habe ich im Namen des Führers zum Gouverneur des Distrikts Lublin bestellt. Ich händige Ihnen hiermit in Anwesenheit der Gefolgschaft des Distriktsamtes Lublin und der Mitglieder der Regierung folgende Urkunde aus:

> Im Namen des Führers berufe ich Sie mit Wirkung vom 26. Mai 1943 zum Gouverneur des Distrikts Lublin unter Abberufung von Ihrer derzeitigen Dienstleistung als Gouverneur des Distrikts Krakau.

Ich frage Sie, Herr Gouverneur Dr. Wendler, ob Sie gewillt sind, dieses Amt zu übernehmen?

(Gouverneur Dr. Wendler: Ich nehme das Amt an).

Ich händige Ihnen diese Urkunde aus. Ich hoffe, Sie werden hier in diesem Raum mit der Ihnen eigenen Tatkraft die Verwaltungsaufgaben meistern und dafür sorgen, daß die Autorität des einheitlichen Staatsgebildes des Nebenlandes Generalgouvernement jedermann gegenüber mit allem Nachdruck durchgesetzt wird. Es gibt hier keine Spaltungen, es gibt keinen Staat im Staate, es gibt keine Autorität, die höher wäre als die des Führers und des einheitlichen Reiches. Wer sich dagegen vergeht, wird in zunehmendem Maße die notwendige Schlußfolgerung ziehen müssen. Sie liegt darin, daß noch jeder verging, der sich gegen die einheitliche Autorität des Reichsgefüges auflehnte. Sie sind meines Schutzes und des Schutzes des Führers und Reiches in jeder Weise sicher. Ich erwarte von

Ihnen, daß Sie mit Nachdruck die Autorität der einheitlichen Führung des Generalgouvernements im Distrikt Lublin durchsetzen.

Gouverneur Dr. Wendler dankt dem Herrn Generalgouverneur für das Vertrauen, das er ihm mit der Übertragung dieses Amtes entgegenbringe. Er glaube, auch im Namen der Gefolgschaft sprechen zu dürfen, wenn er sage, daß die Distriktsverwaltung Lublin vielleicht noch mehr als bisher ihre Pflicht so tun werde, wie es der Führer erwarte.

Der stellvertretende Amtschef Oberregierungsrat Dr. Haße hält im Anschluß daran folgende Ansprache:

Herr Gouverneur Dr. Fischer! Vor sechs Wochen haben Sie die Leitung des Distrikts übernommen. In diesen Wochen haben Sie uns geführt, uns neue Wege gewiesen. Probleme, die uns unlösbar schienen, haben Sie einer Lösung entgegengebracht und zum Wohle des Ganzen vorwärts getrieben. Wir alle sind Ihnen mit Freude auf dem neuen Wege gefolgt und werden auf diesem Wege gern weitergehen. Wir alle danken Ihnen, daß wir in Ihnen einen wirklichen Verwaltungsführer kennengelernt haben, und wünschen Ihnen von Herzen alles Gute für Ihre weitere Arbeit in Warschau.

Herr Gouverneur Dr. Wendler! Die Gefolgschaft des Distrikts wird nunmehr unter Ihrer Führung arbeiten. Es ist selbstverständlich, daß wir mit gleicher Freude und Entschlossenheit unter Ihnen marschieren werden, wie wir bisher mit den Herren Gouverneuren Dr. Fischer und Zörner marschiert sind. Wir versprechen Ihnen, alles einzusetzen, was in unserer Kraft liegt, um in diesem Raum unsere Herrschaft nicht nur zu erhalten, sondern weiter auszubauen, zum Wohle des

Reiches und seines Führers.

Mit einem von Gouverneur Dr. Wendler ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer wird der Gefolgschaftsappell geschlossen.

28.5.1943

10^{35} Arbeitstagung mit den Abteilungsleitern und Kreishauptleuten im Sitzungssaal des Distriktsgebäudes.

Nach der Eröffnung der Tagung ergreift zunächst Gouverneur Dr. Fischer das Wort zu folgender Ansprache:

Der Distrikt Lublin rechnet es sich zur besonderen Ehre an, daß Sie, Herr Generalgouverneur, ihm einen Regierungsbesuch abstatten. Ich darf Ihnen und den Herren der Regierung unseren Gruß entbieten. Dieser Besuch ist um so bedeutungsvoller, als er in einer ernsten und schwierigen Lage stattfindet. Wir können daraus entnehmen, daß die Regierung sich~~t~~ nicht nur durch schriftliche Berichte über die herrschenden Verhältnisse informieren will, sondern entschlossen ist, sich an Ort und Stelle ein Bild von der Lage zu machen. Daher ist es erforderlich, daß die Distriktsinstanzen der Regierung die Dinge so vortragen, wie sie wirklich sind.

Obwohl ich nur kurze Zeit im Distrikt Lublin zu arbeiten die Ehre hatte, möchte ich doch vier Hauptprobleme hervorheben, die sich hier als brennend ergeben haben. Als ich am 16.April entsprechend dem Befehl der Regierung die kommissarische Führung der Dienstgeschäfte des Gouverneurs übernahm, konnte ich bald feststellen, daß es im Distrikt Lublin eine Verwaltung gibt, die völlig intakt ist und in sich geschlossen dasteht, in der jeder Einzelne nach besten Kräften sich bemüht, den kriegsmäßigen Erfordernissen zu genügen. Die Kamer-adschaft in dieser Verwaltung ist wirklich vorbildlich und tadellos.

28.5.1943

Ich mußte aber die bedauerliche Feststellung machen, daß die Zusammenarbeit mit der Dienststelle des SS- und Polizeiführers sehr zu wünschen übrig ließ, daß eigentlich von einer Zusammenarbeit keine Rede sein konnte, sondern ein völliges Durcheinanderarbeiten, in manchen Fällen vielleicht sogar ein Gegeneinanderarbeiten. Es war deshalb mein erstes Bestreben, ohne auf Schuldfragen einzugehen, diese unliebsamen Zustände zu beseitigen; denn von einer Beseitigung dieser Zustände hängt überhaupt die weitere Möglichkeit ab, diesen Diestrikt verwaltungsmäßig zu führen. Ich kann versichern, daß mir dies bereits weitgehend gelungen ist, dank des Entgegenkommens des SS- und Polizeiführers Globocnik. Auch er hat von seiner Seite aus alles getan, um die bestehenden Differenzen zu beseitigen. In zahlreichen Verhandlungen mit ihm ist erreicht worden, daß alle grundsätzlichen Fragen genau erörtert werden konnten, daß auch zahlreiche sachliche Dinge und Einzelinteressen im Wege einer sachlichen Zusammenarbeit ihre Bereinigung gefunden haben. Ich hoffe, daß unter Führung meines Nachfolgers an dieser Bereinigung weiter gearbeitet wird.

In seinen weiteren Ausführungen nimmt dann Gouverneur Dr. Fischer zum Problem der Umsiedlung Stellung. Auch aus seinen Erfahrungen im Distrikt Warschau könne er feststellen, daß diese Umsiedlung eine allgemeine Verschlechterung der Stimmung der polnischen Bevölkerung, insbesondere der Landbevölkerung mit sich gebracht habe. Er habe sich im Distrikt Lublin die Ergebnisse der bisherigen Umsiedlung an Ort und Stelle angesehen und bereits in einem Bericht der Regierung mitgeteilt, daß jedem unbefangenen Besucher dieser neuen deutschen Dörfer die positive Seite der Umsiedlung eindrucksvoll vor Augen trete. Trotzdem stehe er auf dem Standpunkt, daß zur Zeit von jeder weiteren Umsiedlung Abstand genommen werden müsse, und zwar einmal mit Rücksicht auf die Sicherheitslage, zum anderen mit Rücksicht auf den Umstand, daß eine weitere Beunruhigung der polnischen Bevölkerung nicht eintreten dürfe.

Der Distrikt Lublin sei in ernährungspolitischer Hinsicht bisher der bedeutungsvollste Distrikt des gesamten Generalgouvernements gewesen. Die Tatsache, daß im Distrikt Lublin bis zum 3o.April 1943 auf Grund der vorjährigen Ernte 38o ooo to Getreide erfaßt worden seien, spreche mehr als alle Einzelausführungen für die gewaltige Leistung, die die Verwaltung unter Führung der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft vollführt habe. Auch in diesem Jahre müsse die landwirtschaftliche Erzeugung im Mittelpunkt der Gesamtarbeit stehen. Er bitte die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, mit den Gouverneuren der Distrikte und den einzelnen Abteilungen Fühlung zu nehmen, damit eine völlige Einigung über die Höhe der Kontingente erzielt werden könne. Auf Grund seiner genauen Kenntnisse der Verhältnisse in den Distrikten Warschau und Lublin könne er feststellen, daß die im vergangenen Jahre erfolgte Kontingentierung auf verschiedenen Gebieten noch eine Besserung erfahren müsse.

Was die Sicherheitslage angehe, so sei jede Schönfärberei gegenüber diesem Problem fehl am Platze. Es sei heute jedem klar, daß die Sicherheitslage nicht nur mehr angespannt sei, sondern ein sehr ernstes Gesicht angenommen habe. Für die kommende Ernte sei die Beseitigung dieser Zustände die erste Voraussetzung. Da die Besprechung der Sicherheitslage einer besonderen Sitzung vorbehalten sei, brauche er sie hier nicht des näheren zu schildern.

Er habe in der kurzen Zeit seiner dienstlichen Tätigkeit im Distrikt Lublin alles getan, um die Lösung der erwähnten Probleme in Angriff zu nehmen. Er wünsche seinem Nachfolger Gouverneur Dr. Wendler in seiner neuen Tätigkeit alles Gute und benutze die Gelegenheit, um sich gleichzeitig von den Mitarbeitern im Distrikt Lublin zu verabschieden und Ihnen für die Aufgeschlossenheit zu danken, mit der sie ihm immer entgegengekommen seien, auch für ihre Pflichterfüllung, die sie ihm in dieser Zeit in so vortrefflicher Weise gezeigt hätten.

Gouverneur Dr. Wendler dankt Gouverneur Dr. Fischer für das, was dieser in den sechs Wochen der Vorbereitung für sein Amt getan habe. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, ihn und auch seine Mitarbeiter in diesem östlichsten Teil des Generalgouvernements zu unterstützen, und versichere, daß die Distriktsverwaltung Lublin unter Einsatz aller ihrer Kräfte, wenn möglich, ihre Pflicht noch mehr als bisher tun werde.

1. Referat des Oberregierungsrats Dr. Haße über Die Verwaltung im Distrikt Lublin.

Oberregierungsrat Dr. Haße gibt zunächst einen Überblick über den Personalstand der Verwaltung. In der gesamten Distriktsverwaltung seien 733 deutsche Männer und 415 deutsche Frauen beschäftigt. 21o Männer seien zur Wehrmacht eingezogen. Im Amtes des Distrikts seien tätig 22o deutsche Männer, 151 deutsche Frauen und 168 Nichtdeutsche. In den Kreishauptmannschaften einschließlich der Stadthauptmannschaften Lublin seien 24o deutsche Männer, 143 deutsche Frauen und 618 Nichtdeutsche tätig. Es sei also ein verhältnismäßig

28.5.1943

kleiner Kreis deutscher Menschen, der über diesen großen Raum zu verfügen habe, und dieser Kreis sei noch durch Einzeihungen zur Wehrmacht erheblich verkleinert worden. Ein Eingreifen in die Schutzliste werde die Aufrechterhaltung der Verwaltung in diesem Raum kaum noch ermöglichen.

Die Qualität des Personals habe nachgelassen, weil wertvolle jüngere Kräfte, die vor allem fachlich vorgebildet seien, durch wesentlich ältere Kräfte, die auch der Verwaltung fremd gegenüber ständen, ersetzt würden. Die Zahl der im Distrikt Lublin eingesetzten Menschen könne nicht vermindert werden, solle nicht die Erfüllung der Aufgaben leiden.

Die Verordnung über die Einheit der Verwaltung habe sich im Distrikt Lublin ausgezeichnet bewährt. Die Zusammenfassung aller Verwaltungen in der unteren Instanz sei tatsächlich praktisch geworden, ein Nebeneinander- oder Gegeneinanderregieren gebe es nicht mehr.

Die Herauslösung der Bauverwaltung aus der Distriktsverwaltung habe sich als sehr wenig erfreulich herausgestellt. Die Bauverwaltung müsse in einen Zusammenhang mit der Distriktsverwaltung gestellt werden, um Anregungen auf Gebieten zu empfangen, mit denen sie selbstverständlich zu tun habe. Daß z.B. eine Bauverwaltung den Bau von Tierkörperverwertungs-Anstalten verbiete bzw. nicht genehmige, sei ihm schlechterdings unverständlich angesichts der Tatsache, daß eine solche Anstalt hochwertige Fette verarbeite. Diese Genehmigungen seien in Lublin und auch in Cholm von Krakau aus versagt worden.

Im Rahmen der territorialen Einheit der Verwaltung beständen lo Kreishauptmannschaften, eine Stadthauptmannschaft, 9 Landkommissariate und 2 Stadtkommissariate. Für eine Verwaltung, die nicht Kolonialverwaltung im weiteren Sinne sei, also eine extensive Verwaltung darstelle, sei die Lebensnähe Voraussetzung.

28.5.1943

Eine Kolonialverwaltung sei stets extensiv. Im Generalgouvernement müsse man zwangsläufig eine intensive Kriegsverwaltung aufrecht erhalten und sich mit Dingen befassen, mit denen sich eine Kolonialverwaltung nicht befassen könne. Diese intensive Verwaltung setze eine territoriale Konstruktion der Behörde voraus. Was man an Verwaltungsdienststellen und Behörden im Lande habe, entspreche der Aufgabe und den gegebenen Notwendigkeiten durchaus. Es sei kein Zufall, daß sich diese Verwaltung im vorigen Jahr mit ganz erheblichen Leistungen habe zeigen können. Das liege nicht nur an der Richtigkeit der persönellen Besetzung, sondern auch daran, daß die ursprüngliche Verwaltungskonstruktion territorialer Art möglich sei.

Schon der relativ harmlose Vorgang des Abzuges von Polizeikräften infolge ihrer stärkeren Konzentration aus Sicherheitsgründen sei von der polnischen Bevölkerung ganz eindeutig als Rückzug gewertet worden und habe einen wesentlichen Verlust an deutscher Autorität zur Folge gehabt.

Die Vereinfachung der Verwaltung sei im allgemeinen durchgeführt, besonders auf dem Gebiet der Inneren Verwaltung, wenn auch noch Einiges zu tun übrigbleibe. Nicht voll sei sie durchgeführt auf verschiedenen wirtschaftlichen Gebieten, wo noch immer ziemlich starke Zentralisationstendenzen zu beobachten seien.

Er habe sich mit Erfolg bemüht, die Gemeindeverbandsfinanzen möglichst in Ordnung zu bringen, undhabe sel sämtliche Haushaltspläne in den letzten Tagen genehmigen können. Im übrigen sei die Finanzlage durchaus gesund.

28.5.1943

Im Kreise Zamosc seien im Wege der Umsiedlung 10 000 Deutsche in der Landwirtschaft angesetzt worden. Gegen diese ~~Bee~~ Umsiedlung habe man Bedenken gehabt, die auch heute noch nicht besonders im Hinblick auf die gegenwärtige Situation beseitigt seien. Fest stehe aber, ~~die~~ daß die in diesen Raum gesetzten deutschen Volksgenossen von der Verwaltung im Einvernehmen mit dem Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums mit allen Kräften unterstützt würden, damit ihre Lage so günstig wie nur möglich gestaltet werden könne.

Der jetzt in Angriff genommene Gemeindeaufbau werde dadurch gekennzeichnet, daß aus 10 polnischen Gemeinden 6 Gemeinden gemacht worden seien. Wesentliche Personalschwierigkeiten beständen nicht, und die Verfassung der polnischen Gemeinden bilde eine gute Grundlage für eine ersprießliche Arbeit.

Die Frage der sogenannten Sickersiedlung stelle die Verwaltung vor manche Probleme verwaltungsmäßiger und wirtschaftlicher Art. Mit SS- und Polizeiführer Globocnik sei darüber bereits eine Abmachung getroffen worden, auch sei eine Planung im Zusammenhang mit der Stadt Lublin im Gange. Nach einer Mitteilung des SS- und Polizeiführers solle die Umsiedlung vorläufig eingestellt werden. Die Maßnahmen der Distriktsverwaltung müßten nur auf das abgestimmt werden, was etwa hinsichtlich der Umsiedlung bearbeitet werden müßte, damit völlige Ordnung in diese Dinge komme.

Angesichts der Gestaltung der Sicherheitslage könne man heute für eine Erfüllung der wichtigsten Aufgaben nicht mehr garantieren. 31 Gemeindeverwaltungen seien zerstört, 61 aktionsunfähig, was bedeute, daß 3 Kreise nicht mehr arbeiten könnten. Es müsse unter

Umständen dafür gesorgt werden, daß diese Gefahr gebannt werde und die Verwaltung die Möglichkeit erhalte, sich praktisch durchzusetzen. Die Verwaltung habe es in den vergangenen fast 4 Jahren verstanden, die Fremdbevölkerung für ihre Arbeit einzuspannen, auszunützen und Erfolge wie denjenigen bei der Ernteerfassung, dem Holzeinschlag und der Holzabfuhr im vorigen Jahre zu erzielen. Das Fremdvolk habe ohne Zweifel weitgehend im Sinne der deutschen Verwaltung gearbeitet, und so müsse es wieder werden, wenn man diesen Raum wirklich behalten wolle.

Der Baudienst habe bisher gut funktioniert. Wenn er aber nicht besser geschützt werden, dann werde er ein ideales Rekrutendepot für die Banditen darstellen. Für das große Problem der Güterfernbahn sollten 8 000 Mann angesetzt und in Lagern zusammengefaßt werden. Wenn diese Lager nicht ausgiebig geschützt würden, bestehe die Gefahr, daß sich die Zahl der Banditen schnell vermehre.

Was den Einsatz von Armeniern und Ukrainern im Gebiete des Distrikts Lublin angehe, so sei zu befürchten, daß sie denselben politischen Einflüssen ausgesetzt seien wie die einheimische Bevölkerung. Vielleicht würde es sich empfehlen, diese Menschen entweder an die Front zu schicken oder in eine völlig fremde Umgebung zu bringen, damit sie keine Beziehungen zur Bevölkerung aufnehmen könnten.

28.5.1943

Es referieren sodann:

2. Landwirtschaftsrat Dr. Claus über
   Ernährung und Landwirtschaft im
   Distrikt Lublin.
3. Forstmeister Herbst über
   Fragen der Forst- und Holzwirtschaft
4. Oberregierungsrat Dr. Becker über
   Fragen der Wirtschaft
5. Regierungsrat Ramm über
   Probleme der Arbeitsverwaltung
6. Oberregierungsrat Lodde über
   Finanz- und Steuerfragen
7. Regierungs- und Medizinalrat Dr. Pesenecker
   über
   Seuchenbekämpfung und Gesundheitswesen.

In seinem Referat weist Dr. Pesenecker u.a. darauf hin, daß sich zwar die Einrichtungen deutscher Apotheken günstig ausgewirkt habe, sich aber diese Apotheken vielfach nicht in einem sachgemäßen baulichen Zustand befänden. Die Bauabteilung gebe leider keine Mittel für notwendige Bauarbeiten. Durch diese Baueinschränkungen werde auch die Seuchenbekämpfung nachteilig beeinflußt, während mit dem Bau von Entlausungsanstalten oder Notkrankenhäusern den Gefahren wesentlich nachhaltiger entgegengetreten werden könnte.

Weiter berichten dann:

8. Obergerichtspräsident Kiel über
   Die Tätigkeit der Justizverwaltung
9. Abteilungsleiter Jaschinowski über
   Das Schulwesen
10. S.A.-Standartenführer Schöller über
    Die Arbeit der Propagandaabteilung, vor
    allem auf dem Gebiet der Propagandamaßnahmen gegenüber den Polen.

28.5.1943

Reichsbahnamtmann Fischer gibt einen kurzen Überblick über die Verhältnisse der Ostbahn im Gebiete des Distrikts Lublin. Er führt aus, daß Zugüberfälle durchschnittlich ih jeder Woche einmal vorkämen. Insbesondere würden Züge der Klein- und Schmalspurbahnen überfallen. - Im Dienste der Ostbahn ständen im Distrikt 36o Reichsdeutsche und rd. 4 ooo Fremdvölkische. - Im allgemeinen sei der Betrieb vollkommen intakt, nur einzelne Strecken seien der Gefahr von Überfällen ausgesetzt. Vielfach handle es sich dabei aber nur um belanglose Sprengungen mit primitiven Sprengkörpern. Überfälle auf kleinere Bahnhöfe seien wiederholt vorgekommen, doch seien Bahnhöfe, die mit reichsdeutschem Personal besetzt seien, noch nicht überfallen worden. Getötet sei bisher ein Angehöriger der Bahnschutzpolizei.

Oberpostrat Wrede spricht über die Lage der Deutschen Post Osten im Distrikt Lublin. Auch er kann von Überfällen und Sabotageakten berichten. Fälle von größerer Bedeutung seien 226 vorgekommen, davon im Januar 7, im Februar 23, im März 41, im April 46. Auch Post- und Fernmeldeeinrichtungen seien von diesen Überfällen betroffen worden: 17 Postdienststellen seien mit ihrem gesamten Inventar, den Kassenbelegen und Unterlagen für die Aushändigung von Wertsendungen vernichtet worden. 79 Fernmeldelienien und Kabel zwischen Haupt- und Nebenorten seien nachhaltig zerstört worden, ebenso 116 Teilnehmerapparate vor allem bei Liegenschaftsgütern, Polizeiposten und Sägewerken, ferner 32 Klappenschränke. Der Raub größerer Geldmengen habe dazu geführt, daß die Postverwaltung ganz erhebliche Einschränkungen hinsichtlich der Annahme von Bargeld habe durchführen müssen.

28.5.1943

Baudienstführer von Ray berichtet über den Baudienst im Distrikt Lublin. Der Baudienst sei auf 11 ooo Mann verstärkt worden. Die Musterungen, die zu Ende des vorigen Jahres und zu Beginn des Jahres 1943 stattgefunden hätten, hätten noch gute Erfolge gehabt. Aber seit Anfang Mai 1943 liessen gewisse Anzeichen darauf schließen, daß die Einziehung der Baudienstpflichtigen in den nächsten Monaten mit grossen Schwierigkeiten verbunden sein werde. Diese Erscheinung sei wohl in der Hauptsache auf das Bandenwesen zurückzuführen. Beurlaubte Angehörige des Baudienstes erhielten vielfach Briefe, in denen ihnen angedroht werde, daß ihre Angehörigen ermordet oder ihre Gehöfte in Brand gestekct würden, wenn sie wieder in ihre Abteilungen zurückkehrten. Auch werde die Flucht der Baudienstmänner sehr begünstigt. Die für den Bau der Güterfernbahnstrecke Lublin-Radom angesetzten Abteilungen bedürften dringend eines besonderen polizeilichen oder militärischen Schutzes. Zur Zeit seien zwar wesentliche Überfälle auf Baudienstabteilungen noch nicht vorgekommen, doch drohten die Banditen mit Angriffen, wenn die Baudienstleitung erst errichtet wäre. Auch dem Baudienstführer, der vielfach ganz allein stehe, müsse ein größerer polizeilicher oder militärischer Schutz gegeben werden.

Der Herr Generalgouverneur bricht hierauf die Beratungen ab und beraumt die Fortsetzung der Sitzung auf Samstag den 29. Mai mittags 12 Uhr 3o Minuten an.

13^{30} Mittagessen im Distriktskasino.

28.5.1943

15^{00} Besichtigung der Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Plon.

16^{00} Besichtigung der Trocknungsanlagen der Zuckerfabrik.

17^{00} Vorführung von Vollblutpferden auf dem Rennplatz Lublin.

17^{30} Besichtigung des Flugplatzes Swidnik bei Lublin unter Führung des Majors Druschel, Trägers des Ritterkreuzes mit Eichenlaub und Schwertern.

28.5.1943

19⁰⁰ Parteikundgebung der Distriktsstandortführung im Hause der NSDAP. zu Lublin.

Nach dem Fahneneinmarsch wird die Kundgebung durch Distriktsstandortführer Globocnik mit folgenden Worten eröffnet:

Herr Generalgouverneur! Parteigenossen!
Deutsche Volksgenossen!

Vorerst darf ich Sie, Herr Generalgouverneur Parteigenosse Dr. Frank, herzlich begrüßen ebenso wie die Kameraden von der Wehrmacht, die heute zu uns gekommen sind. Herr Generalgouverneur, dieses Haus haben Sie vor zwei Jahren eröffnet. Es ist das älteste Parteiheim, das wir im Generalgouvernement haben. Sie haben uns damals warme Wünsche mit auf den Weg gegeben. Wir waren zu dieser Zeit noch Wenige, wir haben aber den Mut und den Ehrgeiz gehabt, den Deutschen hier ihren politischen Mittelpunkt zu geben. Wenn wir auch nicht Viele sind, so kann ich Ihnen heute doch melden: es ist uns gelungen, die Menschen hier zusammenzufassen und aus diesem Hause nicht nur eine Stätte im Sinne unserer alten Kampfstätten zu machen, sondern dieses Haus ist zu einem Begriff geworden. Die Menschen, die wir in der Partei zusammengefaßt haben, haben von hier aus ihre Richtung und Führung erhalten. So schwer auch manchmal die Zustände zu sein scheinen, etwas haben wir geschaffen: der deutsche Mensch, der hier eingesetzt ist, marschiert mit uns, an der Spitze die Partei, sie sorgt dafür, daß der deutsche Mensch sauber und anständig als Kämpfer und Soldat auftritt.

28.5.1943

Darauf ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Deutsche Volksgenossinnen und Volksgenossen! Es gibt Augenblicke im geschichtlichen Ablauf des Schicksals eines Volkes, die von ernstesten Gedanken durchzogen sind. In solchen Augenblicken der deutschen Geschichte befinden wir uns. Es ist nicht die schöne Friedenszeit, die uns allen so weit, weit zurückzuliegen scheint, die uns heute umgibt, es ist die ernsteste, an furchtbarsten Verantwortungen überreiche Zeit des entscheidungsvollsten Krieges, den unser Volk jemals zu führen hatte. Und immer wieder muß uns ganz gleich, wo und wie wir uns treffen, wo und wie wir uns bewegen, allein der Gedanke erfüllen: welchen Anteil hat die Leistung des Einzelnen an dem Gesamtgeschehen dieses Krieges?

Daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in diesem Augenblick der deutschen Geschichte ihre ganz besondere Mission hat, wissen die alten Parteigenossen. Diese Mission liegt darin, das deutsche Volk immer wieder aufzurichten, immer wieder dafür zu sorgen, daß das geistige Reservoir an Mut~~,~~ Überzeugung und Siegglauben durch nichts, aber auch durch gar nichts erschüttert werden kann.

Die Älteren von Ihnen werden sich noch daran erinnern, wie damals im ersten Weltkriege angesichts der Zerrissenheit unseres Volkes, angesichts des Auf und Ab von Meinungen, Parteien, Konfessionen und Klassen unser Volk in einer ähnlich schweren Stunde dem Abgrund entgegen taumelte, weil es führungslos, ideenlos, organisationslos, hilflos war. Vergleichen wir einmal damit die großartige, schlechterdings mit nichts vergleichbare Haltung des deutschen Volkes in diesen

28.5.1943

Stunden, Tagen, Wochen und Monaten, in denen härteste Schicksalsschläge über unsere Wehrmacht und über unser Volk hereingebrochen sind. Denken wir daran, daß in Stalingrad oder in Afrika unter schwersten Opfern deutsche Fronten gehalten wurden, in einer Zeit, da die feindlichen Luftflotten unsere Städte aufs schwerste bombardieren, da die wirtschaftlichen und sonstigen Sorgen des Krieges das deutsche Volk zermürben, da Nacht um Nacht die Alarmsirenen ertönen und Stunde um Stunde deutsche Männer unter dem Kugelregen der Feinde ins Grab sinken, und vergegenwärtigen wir uns, daß in diesem Augenblick ungebrochen wie zu Beginn des Krieges das ganze deutsche Volk ehern geballt und geschlossen mit Adolf Hitler in die Zukunft marschiert!

(Lebhafter Beifall)

Wir haben diese Volksgemeinschaft nicht mit dem Terror der Unterdrückung aufgebaut, wir haben keine Zwangsgemeinschaft errichtet, in der der Einzelne ein Nichts ist, sondern diese Volksgemeinschaft ist eine Notgemeinschaft, aber auch eine Gemeinschaft des fanatischen Glaubens und der Treue zu Adolf Hitler geworden.

(Lebhafter Beifall)

Dies ist die Sendung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Gerade hier in Lublin, in dem damals so heiß umstrittenen und umkämpften Zentrum wichtigster Kriegsereignisse, ist es ein stolzes Zeichen für mich, daß ich nun nach zwei Jahren in diesem Hause wieder zu Volksgenossen und Volksgenossinnen sprechen darf. Wir können uns wieder in die Augen schauen und sind uns darüber klar, daß wir in den zwei Jahren in diesem Raum, den unsere tapferen Soldaten mit Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit erobert haben, unsere Pflicht getan haben.

28.5.1943

Wenn wir das Lublin von 1939, das wir damals übernommen haben, mit dem Lublin von heute vergleichen, - welch' ein die deutsche Aufbauleistung in diesem Raum strahlend dokumentierendes Bild zeigt sich uns! Was war hier damals für ein Dreck und Gestank, was für ein Mischmasch und Herumgelatsche von verkommenem Gesindel, was für stinkende Buden und Stadtviertel, in denen kaum Ratten, geschweige denn Menschen hätten leben mögen, - was war das alles für ein Dreck! Und was wird heute aus Lublin? Eine der schönsten deutschen Städte wird Lublin - den Eindruck habe ich. Und es ist kein Zweifel: wenn wir in diesem gesegneten Lande die Früchte der Arbeit genießen, dann wollen wir uns dessen bewußt sein, daß das Gebiet, das von dem deutschen Schwert erobert worden ist, von dem nationalsozialistischen deutschen Volk auch in alle Zukunft gehalten wird.

(Lebhafter Beifall)

Sie können sich darauf verlassen, daß das Deutsche Reich in seiner gesamten Autorität und seiner staatlichen und parteilichen Stärke dafür sorgen wird, daß das, was die Polen und die sonstigen Feinde ihre große Widerstandsbewegung nennen,-daß diese Meuchelmörderbanden von uns erledigt werden. Wir werden keinem Meuchelmord weichen, - das sollen sich die Polen gesagt sein lassen.

(Lebhafter Beifall)

Mit derselben Härte, mit der dieses Land einmal von unserer Wehrmacht schlagartig erobert worden ist, werden wir eher die Polen ausrotten, als daß wir die Deutschen ausrotten ließen.

(Stürmischer Beifall)

Weichen werden wir nie mehr aus diesem Lande, und niemals wird die Flagge des Führers niedergeholt. Das möge sich die Welt gesagt sein lassen. Für jeden

Deutschen, den wir in diesem Kampf opfern müssen, werden wir vielfachste Vergeltung üben.

(Lebhafter Beifall)

Dieses Deutsche Reich Adolf Hitlers darf mit dem Deutschen Reich von 1916 bis 1918 nicht verwechselt werden. Man kann jedem Einzelnen von uns drohen, wie man will, man kann mir Todesurteile zuschicken, wie man will, man kann uns allen in jeder Weise entgegentreten wollen, - wir wissen nur das eine: die traurigen und unersetzlichen Verluste, die wir im Volkstumskampf in diesem Raume gehabt haben, sollen jedem Einzelnen von uns Vorbild des tapfersten Einsatzes im Dienste des Deutschen Reiches sein. Wollen wir es hier anders machen als unsere Soldaten an der Front? Nein! Der Deutsche in der Heimat ist heute genau so frontnahe. Ob ein Deutscher unter dem Schlag einer englischen Bombe in irgendeiner rheinischen Stadt stirbt oder unter der meuchelerischen Kugel eines angestifteten Banditen fällt, - sie alle sind Opfer in dem leuchtenden letzten Freiheitskampf unseres Volkes um seine ewige Zukunft.

(Lebhafter Beifall)

Wir sind hier im Lande, um die Ordnung und Sicherheit, soweit das irgendwie möglich ist, zu gewährleisten. Es kann sein, daß in jedem Kampf einmal dunkle Momente auftreten. Aber allen den Männern und Frauen, die sich tapferst eingesetzt haben, um die Ordnung in diesem Raum allen Schwierigkeiten zum Trotz aufrecht zu erhalten, gebührt unsere ganz besondere Anerkennung. Was unsere einzelnen deutschen Dienststellen, was unsere deutsche Polizei und SS, unsere Parteigenossen und sonstigen Organisationen wie unsere Wehrmacht in diesem Kampf gegen den heimtückischsten Gegner, den es gibt, geleistet haben, das sei mit Stolz und Dankbarkeit anerkannt. Ich verspreche, daß wir an Polizeikräften und sonstigen staatsautoritären Einrichtungen gerade in diesem Raum unausgesetzt Macht schicken werden, bis der letzte Bandit aus diesem Lande verschwunden sein wird.

(Lebhafter Beifall)

So wie bisher werden wir mit ruhiger und stolzer Zuversicht an die Arbeit gehen und an der Arbeit bleiben. Nichts wird uns in dieser Arbeit irritieren. Schauen wir dabei auf unser ganzes großes deutsches Volk.

Wenn man eine bombardierte Stadt des Westens besucht, wenn man sieht, wie dort, wo blühende Häuserkolonien standen, wo von Alleen durchzogen sich große breite Straßen dehnten, wo gewaltige Fabrikanlagen aufragten, wo Menschen arbeitsam und glücklich waren, wie dort, wo wissenschaftliche Institute, Bibliotheken, Einrichtungen des Glaubens oder der sanitären Hilfe, wo Krankenhäuser und Schulen waren, dies alles von irgendwelchen Luftbanditen zerstört wird, so kann es für uns Deutsche nur ein Wort geben: Rache!

(Lebhafter Beifall)

England gegenüber wird man mit einem Appell an die Humanität nichts erreichen; das haben wir erlebt. Jetzt kommt es nicht darauf an, daß wir uns in einem billigen Siegestaumel bewegen, es kommt nicht darauf an, ob wir Pessimisten oder Optimisten sind, sondern jetzt kommt es nur darauf an, daß wir tapfere, kämpferische Soldaten Adolf Hitlers sind.

(Lebhafter Beifall)

Eine Nation, deren Machtposition sich von den Pyrenäen bis zum Nordkap, vom Atlantik bis weit hinein nach Rußland erstreckt, diese kampfentschlossene Nation, die nicht mit letzter, sondern unausgesetzt sich weiter entwickelnder Kraft diesen Kampf führt, ist nicht brechbar, wenn wir uns nicht selber wieder schwach werden lassen.

28.5.1943

Und darum freut es mich, gerade hier in Lublin Eure kampfesmutige Entschlossenheit zu sehen. Ich danke Ihnen, Parteigenosse Globocnik, daß Sie die Partei hier so aufgebaut haben, und ich wünsche und erwarte, daß das auch in Zukunft so bleibt. Laßt Euch unsere Partei nicht verleumden von jenen Leuten, die da im Lande herumschleichen. Wir haben diese Bewegung damals in der schrecklichsten Periode unserer Nation gegründet. Als wir die Bewegung 1919 aufgerichtet haben, waren wir wenige Menschen, eine Handvoll Leute im Nebenzimmer eines Lokals in München. Wir haben den Entwicklungsgang der Partei verfolgt. Und hat nicht das deutsche Volk durch diese Bewegung einen gigantischen Aufstieg genommen?

Wenn man sagt: ja, der Krieg, - - der Krieg ist offensichtlich mit menschlichen Mitteln nicht zu vermeiden gewegen. Was hat nicht Adolf Hitler alles versucht, um den Krieg zu vermeiden? Man muß schon heute dem Historiker, der einmal diese Kriegsgeschichte nachprüft, zustimmen, wenn er sagt, daß es geradezu verbrecherischer Wahnsinn war, wenn diese sogenannte Warschauer Regierung damals glaubte, die gerechte Forderung des Führers ablehnen zu müssen, daß die urdeutsche Stadt Danzig wieder nach Deutschland zurückkehren und durch den Korridor hindurch, der ja auch ein Wahnsinn war, zwei Straßen gebaut und daß ferner in den umstrittenen Gebieten Abstimmungen stattfinden sollten. Aber diese maßvollen Bedingungen sind ja von jenen wahnwitzigen Selbstmördern abgelehnt worden. Wer wie wir Polen 1939 kennengelernt hat, mußte sich fragen: wie konnte es dieses Gesindel überhaupt nur wagen, an einen Krieg mit Deutschland zu denken?. Man muß sich immer darüber im klaren sein, daß die Erfüllung der Forderungen des Deutschen Reiches notwendig war.

28.5.1943

Vergessen Sie auch niemals, Parteigenossinnen und Parteigenossen, dieses Polen, wie wir es damals gesehen haben, wäre, wenn man es hätte weiterwachsen lassen, vielleicht ein sehr gefährlicher Staat geworden.

Und nun zu Sowjetrußland! Ja, der Krieg gegen die Sowjetunion war der notwendigste, den es geben kann. Was würde man wohl sagen, wenn die Sowjetmacht heute an der Elbe stünde statt am Don? Wir müssen uns darüber einmal ganz offen aussprechen: dieser Krieg ist der notwendige Krieg zur endlichen Freiheit des deutschen Volkes, und daher ist kein Opfer in diesem Krieg umsonst gebracht.

Vor allem leuchtet über diesem Krieg der Name Adolf Hitlers, des Mannes, dem das deutsche Volk auch in den Stunden, in denen sich um sein Haupt die Sorgen für sein deutsches Volk türmten, die herzlichste Treue gehalten hat. Wenn man so, wie ich erst vor wenigen Tagen Gelegenheit hatte, mit dem Führer einige Stunden unter vier Augen zusammen sein darf, wenn man mit diesem Mann, in dem sich ein ganzes Weltschicksal aufbaut, sprechen darf, dann ist man ergriffen, zu sehen, wie er trotz seiner Not, trotz seiner Schwierigkeiten und trotz alledem, was er für Deutschland auf sich nimmt, mit unbeirrbarem wahrhaft gottgesandten Glauben, ja Wissen dem deutschen Endsieg dient.

(Lebhafter Beifall)

Dieser Mann hat keine ruhige Stunde der Entspannung oder Erholung. Auf ihn türmt sich die Verantwortung in weltgeschichtlichem Ausmaß; ist er doch Staatsmann, Feldherr, Volksführer. In seinem Gehirn, in seiner Seele ballt sich alles zusammen, was deutsches Schicksal ist. Er ist der Mann, den die Weltjuden hassen und den wir gerade deshalb aus vollstem Herzen lieben.

(Lebhafter Beifall)

28.5.1943

Er ist es, der unser Volk vor dem Bolschewismus bewahrt hat, er ganz allein! Denn wir wären ohne Adolf Hitler längst dem Bolschewismus zum Opfer gefallen.

Nichts, was uns erschüttern kann und uns den Endsieg nehmen wird, ist geschehen. Wenn Ihr nun aber auch hört, daß der Führer in diesen schweren Stunden noch Zeit findet, gerade an Euch, die Deutschen des Generalgouvernements, zu denken, wenn er mir besondere Grüße für Euch aufgetragen hat, so sei Euch das ein Zeichen, wie sehr er trotz seines gigantischen Kampfes auch unseren Kampf in diesem Raum niht vergessen hat.

(Lebhafter Beifall)

Ich freue mich, daß wir wieder einmal in Lublin zusammen sind. Es ist keine leichte Aufgabe, die uns Deutschen gestellt ist. Man kann nur immer wieder voll Bewunderung sagen: was diese Handvoll deutscher Männer und Frauen in den Dienststellen der Verwaltung, in allen Betrieben und Werken leistet und für Deutschland unausgesetzt weiter leisten wird, ist bewunderungswürdig. Denken wir daran, daß allein der Erntebeitrag des Generalgouvernements für die Versorgung unserer Heimat und Wehrmacht 6o % dessen ausmacht, was das gesamte übrige besetzte Ostgebiet vom Norden bis zum Schwarzen Meer geleistet hat. Und man kann weiter die gigantische Leistung des Generalgouvernements ermessen, wenn man weiß, daß zweidrittel des gesamten Nachschubs für die Ostfront durch das Generalgouvernement gehen. Bedenkt man weiter, daß es uns gelungen ist, hier einigermaßen eine Ordnung aufzubauen, die den Krieg trägt, so können wir alle zufrieden und stolz sein.

Ich möchte vor allem dem Distrikt Lublin und den Deutschen heir im Raum unser aller besondere Anteilnahme zum Ausdruck bringen. Wenn draußen die einsamen Dienststellen weiter versehen werden, wenn dort deutsche Männer und Frauen, völlig isoliert, von einer Horde fremdvölkischer haßerfüllter Menschen umdroht, ihrem Werke nachgehen, so ist das ein Zeichen von Tapferkeit. Und mich ergreift die Rührung, daß ich als Generalgouverneur nicht zu jedem Einzelnen in jeden einzelnen Stützpunkt hinausfahren kann, um diesen Männern und Frauen ganz besonders herzlich die Hand zu drücken. Was die deutschen Menschen hier leisten, das ist wirklich vorbildlich, und ich weiß, daß es auch so bleiben wird. Und uns allen kann das Herz aufgehen, wenn wir hier in Lublin, dieser ältesten polnischen Geistesstätte, unsere deutsche Jugend sehen, wie sie aufwächst, wie sie die Fahne unserer Hitlerjugend trägt, wie sie dem deutschen Geist dient, die deutschen Schulen besucht und wie damit aus diesem einmal von unseren Soldaten erkämpften Gebiet das wird, was der Führer in seinem Buch "Mein Kampf" als den einzig würdigen Siegespreis bezeichnete: neues deutsches Heimatleben.

Es gibt schon die alten Lubliner unter den Deutschen, z.B. die Beamten, die schon sehr böse werden, wenn sie anders wohin versetzt werden sollen, weil sie sagen: im ganzen Generalgouvernement ist es nirgendwo so schön wie in Lublin. Es gibt andere, die sagen: Lublin hat alle Vorzüge und keine Nachteile, - und andere, die Lublin nicht kennen, sagen: Lublin hat nur Nachteile und keine Vorzüge. Wir aber können sagen: jeder Deutsche beginnt dort, wohin man ihn stellt, sofort zu bauen und sich zu entwickeln. Was ich heute an Neueinrichtungen, an Fabriken und Werkstätten aller Art gesehen habe, das ist das Zeichen einer Aufbaufähigkeit, wie sie das deutsche Volk mit Stolz auch von den Deutschen dieses Raumes erwartet hat.

(Lebhafter Beifall)

28.5.1943

Deutsche Lublins, Deutsche dieses Distrikts, im Namen des Führers und des Reiches danke ich Euch. Ich danke Euch, weil ich weiß, daß Ihr selber das Verständnis dafür habt, wie notwendig es ist, daß wir, je grimmer die Zeiten werden, desto mehr zusammenrücken. Haltet Kameradschaft, versteht Euch, laßt nicht aus der Heimat das eine oder andere bei Euch eindringen, seid vor allem so, wie es uns ziemt, die fanatischsten Vorkämpfer des Sieges Adolf Hitlers, die es in Deutschland gibt. Wer im Osten ist, muß das stolze Blut der Normannen in sich tragen, die auf einem lecken Boot über den Ozean gefahren sind und Kontinente erobert haben. Wir müssen in uns das Gefühl haben, daß nunmehr das deutsche Jahrtausend begonnen hat. Und Ihr verwundeten Kameraden könnt, wenn Ihr die Deutschen hier seht, überzeugt sein, daß wir auch Euch hier eine Heimat bereiten wollen. Wir sind dazu da und haben keine andere Aufgabe als die, dafür zu sorgen, daß der deutsche Frontsoldat, wenn er einmal zurückkommt, hier seine Heimstätte finden wird.

(Lebhafter Beifall)

Wir halten hier die Ordnung. Ich weiß aber auch, daß ein großer Teil der fremdvölkischen Bevölkerung sich dieser deutschen Ordnung fügt. Es wäre unrecht, wenn ich nicht ein Wort dazu sagen wollte. Das Deutsche Reich ist in diesen Raum gekommen, um ihn im Dienste einer neuen europäischen Ordnung für alle Zukunft aus jeder Kampf- und Kriegs- und Zweifelszone auszuschalten. Die Polen haben von uns eine gerechte Führung erhalten. Man braucht nur auf Katyn zu verweisen, um den Polen zu zeigen, was ihnen blühen würde, wenn die Bolschewiken hier eingebrochen wären. Daß aber Hunderttausende Fremdvölkischer sich als loyale Arbeiter, Beamte und Angestellte diesem Aufbauwerk zur Verfügung stellen, sei anerkannt. Ich werde dafür sorgen, daß ab September dieses Jahres auch die Lebensbedingungen dieser fremdvölkischen Bevölkerung durch absolute Sicherung eines klaren Lebensstandards gebessert werden. Es werden ihr Lebensmittelrationen zugewiesen werden, die genügen, um das Leben durchzuhalten. Damit wird dann auch der fremdvölkischen Bevölkerung gezeigt werden, daß da, wo sie sich loyal für Deutschland betätigt, auch die deutsche Führung dieses Raumes ihr loyal begegnen wird.

(Beifall)

Aber dort, wo der Widerstand gegen Deutschland spürbar wird, wird das Deutsche Reich zurückschlagen, daß ihnen Hören und Sehen vergehen soll.

(Lebhafter Beifall)

So werden wir in diesem Raume die Grundlagen unserer Volkspolitik immer mehr auf die Linie bringen, die Dauer und Gewähr verspricht. Dann werden sich die Verhältnisse befrieden und immer mehr im Interesse des großdeutschen Vaterlandes zu einer Einheit zusammenwachsen.

Ich glaube, Parteigenossinnen und Parteigenossen, daß wir alle glücklich sein dürfen, diese Zeit miterleben zu können. Ich bitte, überzeugt zu sein, daß das Generalgouvernement für den Distrikt Lublin alles tun wird, bitte aber auch, daß der Distrikt Lublin alles für das Generalgouvernement tut; denn das Generalgouvernement und der Distrikt Lublin arbeiten ja gemeinsam für Deutschland und für Adolf Hitler.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Distriktsstandortführer Globocnik gedenkt in seinem Schlußwort der Tatsache, daß Gouverneur Dr.Wendler heute sein Amt als Gouverneur des Distrikts Lublin übernommen hat, und gibt dabei der Erwartung Ausdruck, daß eine ersprießliche Zusammenarbeit mit ihm zum Segen des Distrikts Lublin gereichen möge. Er dankt dann dem Herrn Generalgouverneur für die Worte, die er zu den

28.5.1943

Deutschen Lublins gesprochen habe und die ein Echo in den Herzen der Lubliner finden würden.

Mit dem von Distriktsstandortführer Globocnik ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Kundgebung ihren Abschluß.

20⁰⁰ Abendessen und kameradschaftliches Zusammensein im Hause der NSDAP.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Hause des Gouverneurs Dr. Wendler)

Sonnabend, den 29.Mai 1943

10^{35} Beginn der Arbeitstagung im Sitzungssaal des Distriktsgebäudes. Thema:

Sicherheitslage im Distrikt Lublin.

Der Herr Generalgouverneur weist einleitend darauf hin, daß ihn die Nachrichten über die in den letzten Wochen verschärfte Sicherheitslage veranlaßt hätten, die Reise in den Distrikt Lublin zu unternehmen. Er bitte heute vor allem die Kreishauptmänner als die Träger der frontnächsten deutschen Verwaltungsinstanz, ihm ein klares und eindeutiges Bild über die in ihren Kreisen herrschenden Verhältnisse zu geben und ihm Vorschlage darüber zu machen, in welcher Weise die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden könnten.

Kreishauptmann Brandt-Pulawy erstattet hierauf einen eingehenden Bericht über die Lage.
(Siehe Anlage)+)

Im Anschluß an dieses Referat schildert Kreishauptmann Busse die Verhältnisse im Kreise Rubieszow. In diesem Kreise sei im allgemeinen die Unruhe nicht so groß, da die Bevölkerung zu 60 % aus Ukrainern bestehe. Allerdings habe die Aussiedlung von Polen und die Umsiedlung von Ukrainern, die aus dem Kreise Zamosc gekommen seien, in 5 Gemeinden des Nordens vorübergehend eine gewisse Beunruhigung gezeitigt. Er bitte nur, dafür zu sorgen, daß die Nachevakuierungen aufhörten. Man habe eine Anzahl Polen, Gemeindeagronomen, Ärzten, Hebammen usw.von seiten der SS eine Bescheinigung des Inhalts gegeben, daß sie, weil sie im Interesse der deutschen Verwaltung arbeiteten, dort bleiben dürften. Gleichwohl habe man diese Polen neuerdings aus dem Gebiet herausgeholt, sie seien auch in einigen Fällen

+) Siehe Seite 435 A

mißhandelt worden.

SS- und Polizeiführer Globocnik erklärt, daß die Umsiedlung der Ukrainer in das genannte Gebiet im engsten Zusammenarbeiten mit Kreishauptmann Busse vor sich gegangen sei. Ebenso seien mit seinem Einverständnis gewisse Bereinigungen vorgenommen worden. Ihm sei von den erwähnten Vorfällen nichts bekannt; seines Wissens sei vielmehr den Wünschen, daß eine bestimmte Anzahl Polen dort belassen würde, durchaus Folge geleistet worden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Kreishauptmann Busse, daß von den genannten Leuten schon einige wieder zurückgegeben worden seien. Die dort eingesetzte ukrainische Miliz habe sich im allgemeinen gut bewährt. Sie sei eingesetzt worden, weil vor einiger Zeit im Kreise Rubieszow Bürgermeister, Leiter des Ukrainischen Hilfskomitees und andere Personen erschossen worden seien. Exzesse kämen allerdings manchmal vor, und deshalb müßten fest bestimmte Aufträge gegeben werden.

Er bitte, dafür zu sorgen, daß die Grenzstreitigkeiten mit dem Kreise Zamosc aufhörten. Es würden aus dem Kriese Zamosc zum Teil durch Unterführer der SS den Bauern Pferde und Wagen weggenommen.

(Kreishauptmann Busse überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen schriftlichen Bericht).

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei SS-Obersturmbannführer Mühle bemerkt, daß sich die Sicherheitspolizei bewußt in den Volkstums-Kampf der Ukrainer und Polen eingeschaltet habe. Man habe im Kreise Rubieszow die Ukrainer weitgehend unterstützt. Wenn es zu unliebsamen Vorfällen komme, so bitte er, dem SS- und Polizeiführer direkt darüber Bericht zu erstatten. Die Sicherheitspolizei sei durchaus gewillt, in solchen

29.5.1943

Fällen hart durchzugreifen. Man strebe auch an, dort, wo polnische Polizisten ausfielen, sie durch Ukrainer zu ersetzen.

Kreishauptmann Weihenmayer berichtet über die Sicherheitslage im Kreise Zamosc. Er erwähnt dabei insbesondere die Überfälle auf Eisenbahnzüge. Angesichts dieser Überfälle sei dringend zu wünschen, daß die Polizeikräfte wieder mehr dezentralisiert würden. Ein erhöhter Einsatz der Polizei sei unbedingt notwendig, damit den Deutschen wieder das Gefühl der Sicherheit gegeben werde und die Polen sähen, daß Polizei überhaupt noch im Lande vorhanden sei.

Mittlerweile habe zweifellos das Bandentum eine ausgesprochene Politisierung erfahren. Sie zeige sich darin, daß die Widerstandsbewegung dazu übergegangen sei, Akten und Listen der Gemeindeverwaltungen zu vernichten und so die Tätigkeit der deutschen Verwaltung zu stören im Hinblick auf die Arbeiter- und Kontingentserfassung der polnischen Bevölkerung. Die Banden wendeten sich jetzt auch besonders auf dem Lande mehr und mehr propagandistisch an die Bevölkerung. So glaube der einfache Bauer, der auf diese Weise politisiert werde, eine große nationale Aufgabe zu erhalten. Deshalb sei vor allem eine bessere Betreuung der polnischen Bevölkerung notwendig.

Was die polizeiliche Bekämpfung der Banden angehe, so würden seiner Ansicht nach Großeinsätze kaum den gewünschten Erfolg bringen. Auf dem Gebiet der Sicherheit müsse der Zustand wiederhergestellt werden, wie er vor dem Russenfeldzug gewesen sei, wo das ganze Land so stark besetzt war, daß ein Bandentum nicht habe aufkommen können. Bei der Bekämpfung der Banden müsse man sich auch mehr denn je der polnischen Bevölkerung bedienen.

29.5.1943

Kreishauptmann Ziegenmeyer-Lublin-Land kann sich den Ausführungen des Kreishauptmanns Brandt im allgemeinen durchaus anschließen. Noch bis zum Februar ds. Jrs. habe die Bevölkerung mit der deutschen Verwaltung gut zusammenarbeitet, was z.B. die Tatsache zeige, daß im Kreise Lublin 93 ooo to Brotgetreide aufgebracht worden seien. Seit März ds.Jrs. habe sich die Lage katastrophal geändert. Die Banden würden immer größer, und die Überfälle nähmen ständig zu. Die Banden kämen bis in die Nähe von Lublin. So sei z.B. das Gemeindeamt in der von Lublin 8 km entfernten Gemeinde Jastow zerstört worden. Die Banden seien offenbar hauptsächlich bolschewistisch orientiert und versuchten, die polnische Bevölkerung zum Widerstand gegen die Maßnahmen der Verwaltung aufzureizen. Sie verbreiteten falsche Gerüchte etwa des Inhalts, daß die deutsche Macht im Schwinden begriffen sei. Besonders in den letzten Monaten verfolgten die Banden mit ihren Überfällen offensichtlich den Zweck, die im deutschen Dienst stehenden Einrichtungen zu vernichten, wie die Überfälle auf öffentliche Anstalten, Gemeindeämter, Postanstalten, Telefonverbindungen, Molkereien, Förstereien, Nebenstellen der Arbeitsämter zeigten. Ebenso seien Bedrohungen und Anschläge auf Deutsche oder im deutschen Dienst stehenden Personen an der Tagesordnung. Der Umstand, daß die örtlichen Polizeikräfte zu schwach und die Anzahl der polnischen Polizeiposten wesentlich verringert worden seien, habe zur Folge, daß ganze Gemeinden dauernd ohne polizeilichen Schutz seien. Die Verwaltungsarbeit sei in den Gemeinden zum Teil unmöglich gemacht; die Vögte könnten die Anordnungen der Verwaltung nicht durchführen. Auch die Einziehung der polnischen Baudienstverpflichteten stoße auf große Schwierigkeiten, ebenso die Erfassung des Schlachtviehs

29.5.1943

und der noch ausstehenden Kontingente.

Die Zahl der Überfälle habe sich von 7o im Februar 1943 auf 37o bis gegen Ende Mai 1943 gesteigert. 21 Gemeinden seien überfallen, davon 11 völlig zerstört worden. Ferner seien Überfälle erfolgt auf 36 Schulzenämter, 19 Molkereien, 48 Genossenschaften, 4 Bodenämter. Die örtliche Polizei sei zu schwach und zu schlecht ausgerüstet, als daß sie wirksam werden könnte. Wenn in der Art der Bekämpfung nicht bald eine Änderung eintrete und das Vertrauen der Bevölkerung nicht wieder hergestellt würde, sei zu erwarten, daß das erwartete Ablieferungssoll für landwirtschaftliche Erzeugnisse bei weitem nicht erreicht würde.

Die Widerstandsbewegung arbeite propagandistisch sehr gut und gewinne auch schnell die Polen für sich, weil es sich ja für sie um vitale Interessen handle. Der Umstand, daß die Umsiedlung nunmehr eingestellt worden sei, werde auf die Bevölkerungsstimmung eine gute Wirkung ausüben.

Stadthauptmann Dr. Engländer berichtet über Sicherheitslage im Bereich der Stadt Lublin. Die Stadt mit ihren 93 ooo Nichtdeutschen und 4 5oo deutschen Einwohnern mache zwar äußerlich einen ruhigen Eindruck, durch den man sich aber nicht täuschen lassen dürfe. Man müsse vielmehr untersuchen, wo Unruheherde entstehen könnten. Wichtig sei vor allem der Schutz der lebenswichtigen Betriebe wie der Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, des Schlachthofes u.a., in denen teilweise ausschließlich Polen beschäftigt seien. Deshalb müsse mit dem Kommandeur der Sicherheitspolizei eine Vereinbarung getroffen werden, daß bei bestimmten Alarmstufen z.B. besonders das Elektrizitätswerk mit starken Polizeikräften besetzt werde, da mit seiner Zerstörung auch die Wasserversorgung der Stadt gefährdet wäre.

29.5.1943

Von großer Bedeutung für die Sicherheit der Stadt Lublin sei die Niederlegung des bisherigen Ghettos gewesen, weil dadurch die Bildung von Verbrechervierteln vermieden werde.

Von besonderer Wichtigkeit sei auch die Frage des Wohnraumes. Der dauernde Zuzug von deutschen Dienststellen nach Lublin und die Umsiedlungsaktion hätten eine solche Enge in der Stadt hervorgerufen, daß man gezwungen gewesen sei, den polnischen Wohnraum zusammenzudrängen. Es gebe Stadtteile, nicht weit von dem früheren Ghetto entfernt, die die Gefahren der Seuchen und der Bildung von Unruheherden in sich trügen. Im vorigen Jahre habe man schon 7 ooo Polen aus Lublin ausgesiedelt und auf die benachbarten Kreise verteilt. In diesem Jahre habe man es nochmals versuchen wollen, das Unternehmen habe aber angesichts der geringen ihm zur Verfügung stehenden Kräfte wieder eingestellt werden müssen. Eine weitere Aussiedlung von Polen aus Lublin würde auch auf dem Wohnungsmarkt keine Erleichterung bringen; denn die freiwerdenden Wohnungen seien für Deutsche nicht geeignet. Zudem seien die in Lublin ansässigen Polen mittelbar oder unmittelbar im deutschen Interesse tätig. Mit dem Zusammendrängen der Polen auf einen engen, völlig unzureichenden Wohnraum sei es nicht getan. Damit werde auch der starke soziale Unterschied in der polnischen Bevölkerung verwischt. Eine Volksgemeinschaft aber oder ein Zusammenarbeiten der Bevölkerung im Sinne einer Schicksalsgemeinschaftsidee auf der Gegenseite könne für die deutsche Verwaltung nicht erwünscht sein.

Aus allen diesen Gründen müßten der Zuzug der Deutschen und die Anforderungen von Wohnraum und Häusern jetzt unbedingt aufhören. Der Zustand, daß in dieser Beziehung früher oftmals zur Selbsthilfe gegriffen worden sei, sei jetzt unterbunden würden. Gleichwohl komme es bisweilen heute noch vor, daß von einer bestimmten Stelle die Forderung nach Räumung eines Hauses gestellt werde. So sei ihm z.B. von einem SS-Hauptsturmführer Hanel geschrieben worden: wenn nicht ein bestimmtes Haus sofort zur Verfügung gestellt werde, müßte sich der Leiter des Truppenwirtschaftslagers gezwungen sehen, zur Selbsthilfe zu greifen.

SS- und Polizeiführer Globocnik erklärt, daß er in diesem Fall eingeschritten und damit der Fall wohl erledigt sei. Er könne nur feststellen, daß die Zusammenarbeit mit dem Stadthauptmann sehr gut sei. Übrigens würden jetzt einzelne Stadtviertel Tag und Nacht mit gutem Erfolge überprüft. Dabei werde festgestellt, ob die Leute gültige Ausweise hätten. Bei einer solchen Durchsuchung habe man 2o Personen gefunden, die nicht gemeldet gewesen seien. Ferner würden Razzien auf den Straßen veranstaltet, bei denen sich Deutsche wie Polen legitimieren müßten. Im allgemeinen sei die Sicherheit der Stadt Lublin vorläufig noch durchaus gewährleistet.

Kreishauptmann Schmidt-Krasnystaw gibt eine zahlenmäßige Übersicht über die in seinem Kreise vorgekommenen Überfälle, die vor allem auf die Reduzierung der polnischen Polizeiposten zurückzuführen sei. - Die Musterung der Jahrgänge 1918 bis 1921 des Baudienstes zeige in der letzten Zeit ein sehr unbefriedigendes Ergebnis. - Angesichts der im Kreise herrschenden Unsicherheit sei es eigentlich nicht zu verstehen, daß von der Landwirtschaftlichen Zentrale trotz seines Widerspruchs im vorigen Jahre Getreideschuppen an Stellen errichtet worden seien, die man nicht mehr gegen das Überhandnehmen der Banden sichern könne.

29.5.1943

Landwirtschaftsrat Dr. Claus gibt zu bedenken, daß zur Zeit der Errichtung dieser Schuppen die Sicherheitslage noch wesentlicher günstiger gewesen sei.

Über die Sicherheitslage im Kreise Krasnik berichtet Kreishauptmann Lenk. Er führt aus, daß die Zahl der Überfälle in steter Aufwärtsentwicklung im April und Mai 1943 auf etwa 1000 gestiegen sei. Neuerdings träten die Banden in einer stärke von 50, 100 und sogar 200 Mann auf. Im südlichen Teil des Kreises wolle man vor einiger Zeit eine Bande von 600 Mann festgestellt haben. Noch 1941 hätten sich die Banden vorwiegend aus der Bevölkerung rekrutiert, später habe man dann auch geflohene Kriegsgefangene bei ihnen festgestellt. Seit Oktober 1942 seien 18 Überfälle auf Gemeinden verübt worden. 7 Gemeinden seien völlig zerstört worden, der Rest bis heute noch nicht voll arbeitsfähig. 22 Überfälle hätten sich gegen Bürgermeister und Schulzen gerichtet. 6 Schulzen seien erschossen, zahlreiche Gemeindeangestellte beraubt, geschlagen oder schwer verletzt worden. Molkereien, Postämter und andere Einrichtungen seien neununddreißigmal überfallen worden, Eisenbahnzüge 11 Mal. Diese unsicheren Verhältnisse wirkten sich besonders ungünstig für die Holzabfuhr aus. Den zu diesem Zwecke in den Wald fahrenden Bauern würden vielfach die Pferde weggenommen; Forstbeamte und Waldarbeiter könnten vielfach kaum mehr ihren Dienst versehen. Auch auf den Zufahrtsstraßen des Kreises mehrten sich unaufhörlich die Überfälle. Im südlichen Teil des Kreises gebe es Dörfer, in denen die Volksdeutschen schutzlos den Banditen ausgeliefert seien. Unter diesen Umständen sei dort ein Schulunterricht kaum mehr möglich. Unter Hinweis auf den Umstand, daß man die polnischen Polizeikräfte unter allen fremdvölkischen Bewaffneten als die zuverlässigsten bezeichnen könne, mache er den Vorschlag, vielleicht mehr als bisher die polnische Polizei aus den anständigen und loyalen Kreisen der Bevölkerung aufzufüllen.

Regierungsrat Dr. Amann, Kreishauptmann des Kreises Bilgoraj, weist darauf hin, daß dieser Kreis schon in polnischer Zeit ein Sorgenkind gewesen sei. Wenn sich die Bevölkerung zu einem großen Teil aus kriminellen Elementen zusammensetze, so sei das daraus zu erklären, daß sie Jahrzehnte lang Grenzbevölkerung gewesen sei und viel Schmuggel getrieben habe. In letzter Zeit seien diese kriminellen Elemente zu den politischen Organisationen übergegangen und legten jetzt eigentlich die Verwaltung fast vollkommen lahm. Die Stadt Cholm sei nur mit der Kleinbahn zu erreichen, deren Züge häufig von den Banditen nach Deutschen untersucht würden. Kennzeichnend für die Verhältnisse sei die Tatsache, daß von allen im Kreise verwendeten Personenkraftwagen nur 2 oder 3 keine Einschüsse zeigten. Da für die Abfuhr von Holz und Straßensteinen eingesetzte Lastkraftwagen vielfach verbrannt worden seien, habe die Landwirtschaftliche Zentrale ihre Lastkraftwagen aus dem Kreise herausgezogen.

23 Gemeinden seien völlig vernichtet worden, Sägewerke und Molkereien würden dauernd überfallen. Wegen dieser fortdauernden Überfälle seien von 23 Polizeiposten 13 eingezogen worden. Er befürchte, daß in nächster Zeit ein Angriff auf die Kreisstadt zu erwarten sei, in der zwar je eine Kompanie Schutzpolizei und Wehrmacht liege, die aber zu schwach seien, weil sie überall auch sonst eingesetzt werden müßten. Die Deutschen würden deshalb in der Nacht in einem Gebäude zusammengezogen. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, für die deutsche Gefolgschaft dieser Kreisstadt, die ihre Pflicht wirklich in bewundernswerter Weise tue, von sich aus etwas zu verfügen.

29.5.1943

Kreishauptmann Harms kann berichten, daß die Sicherheitslage im Kreise Cholm bedeutend günstiger sei als in anderen Kreisen des Distrikts. Auffallend sei allerdings auch im Kreise Cholm das starke Ansteigen der Zahl der Überfälle von 58 im Dezember 1942 auf 130 im Mai 1943. 3 Gemeindeämter seien völlig zerstört, die Akten und Unterlagen allerdings teilweise gerettet worden. Getötet worden seien seit dem 1.Januar 1943 4 REichsdeutsche, 15 im öffentlichen Dienst stehende und 17 sonstige nichtdeutsche Einwohner des Kreises. Die Banditen hielten sich besonders im nördlichen Teil des Kreises mit seinen großen Wäldern und Mooren auf und wechselten ständig zwischen dem Kreis Cholm und dem Nachbarkreis. In letzter Zeit seien die Banden noch durch etwa 800 Juden verstärkt worden, die bei einer Umsiedlungsaktion nicht hätten erfaßt werden können. Neuerdings träten auch im Süden des Kreises stärkere Banden auf. Die Beunruhigung der Bevölkerung sei dauernd im Ansteigen; Vögte und Schulzen seien in Sorge um ihr Leben und wechselten fortgesetzt ihre Unterkunft.

Falls nicht möglich sein sollte, die Polizei durch deutsche und nichtdeutsche Kräfte zu verstärken, könnte man vielleicht einen Selbstschutz der nichtdeutschen Bevölkerung organisieren. Er habe bereits einen Versuch in dieser Richtung unternommen, in einer Gemeinde 20 zuverlässige Männer mit Karabinern ausgerüstet und der Führung des Bürgermeisters unterstellt. Ein auf das Gemeindeamt versuchter Überfall sei infolge des tatkräftigen Einschreitens dieses Bürgermeisters zurückgeschlagen worden. Dieser Selbstschutz müßte allerdings der deutschen Polizei unterstehen.

29.5.1943

Stellvertr. Kreishauptmann Schröder führt aus, daß sich im Kreise Raszyn seit Juli 1942 die Zahl der Überfälle wesentlich gesteigert habe. Die Ursache für das Überhandnehmen der Überfälle liege vor allem darin, daß ab Dezember 1942 25 Polizeiposten ind 12 zusammengezogen worden seien. Die Landgemeinden seien dadurch vollkommen schutzlos geworden; aber alle seine Vorstellungen, die Polizeiposten wieder in die Landgemeinden hereinzuziehen, seien erfolglos geblieben.

Während sich anfangs die Überfälle hauptsächlich gegen die Bevölkerung gerichtet hätten, habe zu Beginn des Jahres 1942 die aktive Tätigkeit gegen die Zivilverwaltung begonnen, und zwar in Gestalt der Umlegung von Vögten, Schulzen und Personen, die im deutschen Interesse arbeiteten. Neuerdings setze nun die systematische Zerstörung sämtlicher Gemeindeverwaltungen im Lande ein. Da ein Schutz nicht zu erhalten gewesen sei, habe er sich entschlossen, die besonders gefährdeten Landgemeindeverwaltungen in die Städte zu verlegen. - Solange die polnische Polizei unter Leitung der Gendarmerie tätig geworden sei, habe sie einwandfrei gearbeitet; auf sich selbst angewiesen, versage sie vollständig.

Sehr ungünstig wirke sich die unsichere Lage auch auf die Forstverwaltung aus, weil die Forstbeamten und Forstarbeiter, wenn sie in die Wälder führen, dort erschossen würden.

In den letzten Monaten seien 9 Schulen von den Banditen überfallen und polnische Lehrkräfte mißhandelt worden. Ein Besuch dieser Schulen durch den Schulrat oder Schulinspektor sei völlig unmöglich.

Besonders habe die Landwirtschaft unter diesen Überfällen zu leiden. Die meisten Güter seien überfallen, 3 der größten Brennereien völlig zerstört und dabei

29.5.1943

große Mengen von Branntwein ausgegossen worden. Die Zerstörung zahlreicher Molkereien habe bereits große Schwierigkeiten hinsichtlich der Butterversorgung im Gefolge. In der Getreidewirtschaft seien durch Diebstähle große Verluste entstanden. Auch bestehe die Gefahr, daß die zur Zeit leerstehenden Läger der Kreisgenossenschaft vernichtet würden.

Leider müsse die Tatsache festgestellt werden, daß die Versicherungsgesellschaften nur die Versicherung leistungsfähiger Gemeinden übernähmen, diejenige kleiner Landgemeinden dagegen ablehnten.

Kreishauptmann Wäser kann aus eigener Erfahrung die Entwicklung der Sicherheitslage im Kreise Biala-Podlawska nicht schildern, da er das Amt des Kreishauptmanns erst seit 5 Wochen übernommen hat. Er müsse deshalb sich auf die Lageberichte des früheren Kreishauptmanns stützen und könne danach feststellen, daß in diesem Kreise die Verhältnisse ähnlich wie in den anderen Kreisen lägen.

SS- und Polizeiführer, Generalleutnant der Polizei ~~de~~ Globocnik stellt zunächst fest, daß sich die Lage im Distrikt Lublin in den letzten Monaten zweifellos verschärft habe. Er sehe die Ursache dafür weniger in den Begleitumständen als darin, daß zur Zeit durch alle besetzten Länder eine aktivistische Welle des Widerstandes gehe.

Daß besonders im Distrikt Lublin solche Zustände herrschten, sei darin begründet, daß die Bevölkerung schon in der polnischen Zeit unter Ausnahmezustand gesetzt worden sei. Hier sei das Bandentum zu Hause. Zudem handle es sich um ein Gebiet, das nach Osten ziemlich frei liege: die Marodeure könnten von der anderen Seite herüberwechseln, ohne daß man in der Lage sei, dagegen einzuschreiten. Auch von Warschau seien solche Elemente in den Distrikt Lublin eingedrungen.

29.5.1943

Weiter hielten sich zahlreiche entflohene Kriegsgefangene und Überläufer in diesem Gebiet auf und schlössen sich den Banden an. Es gebe Banden, die in den Wäldern kampierten, und solche, die ihre Stützpunkte in den Dörfern hätten. Unterstützt werde beides durch eine ziemlich stark ausgebreitete und gut ausgebaute Widerstandsbewegung, die mit allen Mitteln die Bevölkerung aufhetze und sie zum mindesten zu einem starken Widerstand zu bringen versuche. Der Sicherheitspolizei sei es bisher noch immer gelungen, der Aufgabe der Bekämpfung der Bewegung gerecht zu werden, die Bildungen von Organisationen unmöglich zu machen und die Häupter festzusetzen. Diese Arbeit gehe aber nie zu Ende. Eine wesentliche Gefahr sei von dieser Seite eigentlich nicht zu befürchten; viel gefährlicher sei der Terrorist, der entschlossen sei, im Einzelfall seine Untaten zu verüben.

Die Bandenbekämpfung sei schwierig, weil die Banden gut vorbereitet und auch, da sie sich zum Teil ja aus der Bevölkerung zusammensetzten, schwer erkennbar seien. Er behaupte, daß es eine ganze Anzahl von Dörfern gebe, deren Einwohner vollzählig den Banden angehörten. Diese Banden ließen sich auch von der Bevölkerung versorgen. Das Bemühen der Polizei sei immer darauf gerichtet gewesen, die Banden wirklich in ihrem Kern zu erfassen. Es sei auch mit entsprechenden Einsätzen gelungen, Teile der Banden zu zerschlagen, immer wieder unter verlustreichen Kämpfen die Banden zu zersprengen und Teile von ihnen gefangen zu nehmen. Wenn man sie aber wirklich fassen wolle, dannsei dafür die erste Voraussetzung, daß man wisse, wo sie sich befänden, wie sie sich zusammensetzten usw.. Man habe deshalb in verschiedenen Gegenden die sogenannten Sonderkommandos aufgestellt, die eine intensive Aufklärungsarbeit verrichteten. Ein solcher systematischer Einsatz habe auch Erfolg gehabt. Bei alledem müsse man aber immer bedenken, daß man im Hinblick auf die Ernteerfassung nicht ganze Dörfer oder Gebiete vernichten könne. Man habe deshalb mit Landwirtschaftsrat Dr. Claus und anderen beteiligten Instanzen darüber gesprochen, ob man vielleicht einzelne Dörfer oder auch größere Gebiete völlig evakuieren und versuchen könnte, eine zuverlässige Bevölkerung dort hineinzusetzen. Das würde keine Umsiedlung, sondern eine Bereinigung bedeuten, und eine solche Maßnahme würde sich vielleicht für den Kreis Bilgoraj empfehlen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Landwirtschaftsrat Dr. Claus, er habe bei den großen Einsätzen das Gefühl gehabt, daß Leute weggeschafft worden seien, die keine Banditen waren, während die Banditen schon vorher Nachricht erhalten und nicht hätten erwischt werden können.

SS- und Polizeiführer Globocnik bemerkt, daß schon die Dörfer bezeichnet worden seien, die als ausgesprochene Banditendörfer gälten. Die Großeinsätze hätten immerhin einen gewissen Zweck insofern, als dadurch festgestellt werden könne, was überhaupt in den einzelnen Gebieten geschehe. Diese Einsätze würden deshalb auch weiter durchgeführt werden.

Was über die Stärke, Bewaffnung usw. der Polizeikräfte gesagt worden sei, könne er nur unterstreichen. Es herrsche eben ein großer Mangel an Mannschaften, die Polizei werde Tag und Nacht hin- und hergehetzt, das Gebiet sei aber leider zu groß.

Gewiß habe die Zusammenziehung der polnischen Posten ihre Nachteile. Aber die Aufrechterhaltung kleiner Posten habe auch keinen Sinn: Entweder wehrten sie sich nicht und ergäben sich freiwillig oder würden niedergemacht. Man sei deshalb gezwungen gewesen, sie zusammenzuziehen. Wenn mehr Kräfte zur

Verfügung ständen, könne auch eine bessere Verteilung erfolgen. Jedenfalls dürfe man nicht unter ein gewisses Mindestmaß heruntergehen.

Aber auch dann werde noch immer nicht für ausreichenden Schutz gesorgt sein. Der von der Abteilung E. u. L. immer wieder geforderte Schutz der größeren landwirtschaftlichen Betriebe werde kaum gewährt werden können. Man sei aber im Begriff, Kräfte, die für die SS-Division Galizien ausgehoben seien bzw. sich für sie gemeldet hätten, zu einer Gruppe von etwa 2 - bis 3ooo Mann zusammenzufassen. Dafür müßten noch deutsche Unterführer gewonnen werden; denn die Fremdvölkischen könnten sich nicht allein führen. Man glaube, damit einen einigermaßen ausreichenden Objektschutz schaffen und die Polizei entlasten zu können. Weiter habe der Befehlshaber der Ordnungspolizei angeordnet, daß ein SS- und Polizeischützenregiment aus Fremdvölkischen gebildet und jedem deutschen Polizeibataillon mindestens eine aus Fremdvölkischen bestehende Kompanie angegliedert werde, selbstverständlich ebenfalls unter deutscher Führer. Im übrigen könne er zu seiner Genugtuung feststellen, daß die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht ausgezeichnet sei.

Von einem Kreishauptmann wird der Vorschlag gemacht, für jeden Kreis einen Kommandeur zu bestimmen, unter dessen Befehl gegebenenfalls sämtliche Kräfte der Polizei, SS und Wehrmacht stehen müßten.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es ebenfalls als unbedingt notwendig, daß ein Befehlshaber notfalls über alle Bewaffneten verfügen könne.

29.5.1943

Kommandeur der Sicherheitspolizei SS-Obersturmbannführer Mühle legt statistisches Material über die im Distrikt Lublin vorgekommenen Überfälle vor. Im Jahre 1942 seien Raubüberfälle verübt worden: im Januar 96, im Februar 61, im März 12o, im April 3oo, im Mai 78o, im Juni 114o, im Juli und August je 1 4oo, im September 1 6ooe und bis Dezember 1 7oo; im Jahre 1943: im Januar 1296, im Februar 1 6oo, im März 2 3o6, im April 2 32o. Allerdings müsse man etwa 15 % von diesen Zahlen absetzen, da zuweilen auch von Polen in ihrem eigenen Interesse irreführende Meldungen gemacht würden.

An Ermordungen seien vorgekommen im Jahre 1941 17o, im Jahre 1942: 5o6. Im Jahre 1943 werde die Zahl wahrscheinlich auf 1 24o steigen. Unter den Ermordeten seien 5 % Deutsche. Die Zahl der Raubüberfälle werde voraussichtlich im Jahre 1943 auf 22 77o ansteigen.

Er kenne die Verhältnisse im Distrikt Lublin aus eigener Erfahrung, da er bereits im Jahre 1931 einmal dort gewesen seil Schon damals sei über dieses Gebiet der Ausnahmezustand verhängt worden. Zu den Banditen des Distrikts Lublin kämen die nationalen Banden, die von der Widerstandsbewegung orgnisiert würden, vor allem die Angehörigen der sogenannten Bauernpartei. Die Nebenorganisationen der polnischen Armee kenne man schon fast seit 3 Jahren. Als er Kommandeur in Warschau gewesen sei, habe man die große polnische Offiziersreserve aufgehoben und damit der Widerstandsbewegung die Köpfe weggenommen.

Die rein-kommunistischen Gruppen würden von Moskau unterstützt und von sogenannten Kommissaren geführt, die nachts von Flugzeugen abgeworfen würden. Man habe auch feststellen können, daß Bauern am Tage auf dem Lande arbeiteten, um sich dann nachts den Banditen

29.5.1943

anzuschließen.

Die nationalen Banden hielten sich zur Zeit zurück. Eine gewisse Unsicherheit in diesem politischen Lager sei wohl auf die Auseinandersetzungen von Sikorski mit Moskau zurückzuführen. So hätten denn die nationalen Verbände den Befehl gegeben, nichts zu unternehmen, bis die Lage geklärt sei. Man spreche auch davon, daß die Deutschen versuchen wollten, eine Legion aufzustellen, und daß sie eine Beteiligung der Polen an den Regierungsmaßnahmen planten, was an sich vielleicht zu begrüßen wäre. Er selber habe in Warschau in dieser Beziehung eine besondere Linie verfolgt und wolle sie auch im Distrikt Lublin durchzusetzen versuchen. Mit einer solchen Politik den Polen gegenüber werde man nur gewinnen. Man habe auch in Lublin den Versuch gemacht, mit gewissen Kreisen der polnischen Bevölkerung Führung zu nehmen und mit ihnen vor allem im Hinblick auf die Ernteerfassung gemeinsame Maßnahmen zu beraten.

Die gefährlichste Gruppe sei gegenwärtig die kommunistische, die immer wieder Zuzug erhalte. Es sei vielleicht damit zu rechnen, daß auf Anordnung von Moskau ein russischer General aus dem Flugzeug abgesetzt werde. Aus Tagebüchern und Vernehmungen sei festgestellt worden, daß abgeworfene politische Kommissare versuchen sollten, Terrorgruppen zu organisieren und die Führung der anderen Gruppen in ihre Hand zu bekommen. Bisher sei es ihnen aber angesichts der politischen Unklarheit noch nicht gelungen, und man klage darüber, daß die nationalpolnischen Organisationen mit den kommunistischen nicht mitmachen wollten.

Man rechne bei den Banden in Lublin mit einer Zahl von 5- bis 6 ooo Menschen. Von 5o Leuten, die man festgenommen habe, seien lo eigentliche Bandenmitglieder, der Rest Bauern, die zu den Banden einberufen worden seien. Nach bisherigen Feststellungen sei die größte

29.5.1943

Bande 15o Mann stark; sie arbeite 35 km nördlich von Lublin.

Die Arbeit der Sicherheitspolizei liege vornehmlich auf dem Gebiete der Aufklärung. Er könne heute die Banden nicht aktiv bekämpfen, da starke Ausfälle an Gefallenen und Verwundeten in Höhe von 42 % eingetreten seien. Er müsse diese 42 % zu ergänzen versuchen. Seit Januar ds.Jrs. seien allein in seiner Truppe 16 Männer gefallen, 2o verwundet worden, für die in keiner Form Ersatz geschaffen werde. Weiter müsse man berücksichtigen, was an Agenten und V-Leuten erschossen werde, die auch ergänzt werden müßten. Neue Agenten anzulernen, sei eine schwierige Arbeit.

Seine Aufgabe sei es, für den Kommandeur der Ordnungspolizei, also der Truppenpolizei, Unterlagen zu schaffen. Er verfüge im ganzen Distrikt Lublin zur Erfüllung dieser seiner Aufgabe noch über 485 reichsdeutsche Angehörige der Sicherheitspolizei. Er habe für jeden Kreis eine statistische Aufstellung gemacht. Danach hätten sich ergeben: im Januar 1 49o Fälle, im Februar 1 6o8, im März 2 3o6, im April 2 983. Über die Beurteilung der Statistik habe man sich auseinandergesetzt; denn die Zahlen schienen sehr hoch zu sein. Man müsse scharf scheiden zwischen Bagatellfällen und solchen, in denen deutsche Interessen und deutsches Leben bedroht worden seien. Von vorgestern zu gestern seien 15o Raubüberfälle verübt worden, davon 8 auf deutsche Sägewerke und Molkereien. In den übrigen Fällen habe es sich um Lebensmittel- und Kohlendiebstähle gehandelt.

Wenn man die Frage stelle, wie es möglich sei, daß die Verhältnisse gerade im Distrikt Lublin so überaus ungünstig lägen, so müsse die Antwort lauten: schon in Friedenszeit habe im Distrikt Lublin ein starkes Bandentum geherrscht. Verursacht worden sei die

29.5.1943

Bandenbildung auch durch die Auswirkungen der polnischen Agrarreform: man habe die große Besitzungen zerschlagen und dem Proletariat Landbesitz in Größe von 2 bis 3 ha gegeben, von dem die Leute nicht hätten leben können. Dazu komme natürlich weiter die Auswirkung gewisser Regiernngsmaßnahmen, die die Bevölkerung zu einem Teile zu den Banden getrieben hätten. Im vorigen Jahre habe der Distrikt Lublin 440 000 to landwirtschaftlicher Erzeugnisse aufbringen müssen. Da sei es manchmal sehr hart zugegangen, es sei manches passiert, was den Leuten auf die Nerven gegangen sei. Weiter sei zu bedenken, daß Lublin ein Grenzdistrikt sei. Man habe hier auch die großen Mengen von Kriegsgefangenen aufnehmen müssen. Zahlreiche Kriegsgefangene hätten sich zu den Bauern oder in die Wälder geflüchtet. Deshalb sei im Jahre 1942 ein Befehl ergangen, nach welchem der Bauer, der einen Kriegsgefangenen beherberge, erschossen werde. Aber auch heute noch liefen viele Kriegsgefangene im Generalgouvernement umher.

Nach alledem sei zu sagen, daß die Polizei heute eine außerordentlich schwierige Aufgabe zu erfüllen haben. Deshalb müsse vor allem für eine Verstärkung der Polizeikräfte gesorgt werden. Ein neuer Versuch, den er kürzlich gemacht habe, sei das Gegenbandenwesen, mit dessen Hilfe man Sitz und Stärke der Banden auskundschaften könnte.

Kommandeur der Ordnungspolizei Kinturp führt aus, daß die Ordnungspolizei es niemals an Rücksichtlosigkeit und Härte weder gegen sich selbst noch gegen die Banditen habe fehlen lassen. In den letzten anderthalb Jahren seien 14 251 Banditen zur Strecke gebracht worden, weiter 388 Angehörige der Widerstandsbewegung.

29.5.1943

Erbeutet worden seien 1 728 der verschiedensten Waffen, darunter 5o Maschinengewehre, und 9o ooo Schuß Munition. Die Ordnungspolizei habe in dieser Zeit 43o Verluste erlitten, darunter 85 Tote.

Die Vorredner hätten im allgemeinen die Verhältnisse den Tatsachen entsprechend geschildert. Er könne nur sagen, daß es bis zum Schluß des vorigen Jahres der Polizei gelungen sei, Herrin der Lage zu bleiben. Die Banditen seien weder politisch noch militärisch noch wirtschaftlich gefährlich geworden, wenn man von einigen Sabotageakten absehe. Erst nach Beginn dieses Jahres habe sich das Bild geändert. Daß man noch im vorigen Jahr Herr der Lage gewesen sei, gehe daraus hervor, daß die Erfassung, Einbringung der Ernte fast 1oo %ig hätten durchgeführt werden können. Es sei auch gelungen, die im vorigen Jahr bestehende Gefahr, daß sich die Gefangenen zu Banden zusammenschlössen, auszuschalten. Heute finde man kaum noch russische Gefangene unter den Banden. Die Bewegung sei jetzt mehr ins politische Fahrwasser gekommen, und hier würden die Verhältnisse immer schlimmer.

Er verfüge im Distrikt über ein Polizeiregiment, das durch ein Polizeibataillon und durch eine Reiterschwadron verstärkt sei, darüber hinaus über den Einzeldienst, weiter über 15o Mann Gendarmerie, über 1 4oo polnische Polizisten und 2oo Mann Sonderdienst. Es sei unmöglich, mit diesen Kräften des Aufstandes Herr zu werden. Er habe z.B. die polnischen Polizeiposten zusammenlegen müssen, weil die einzelnen Posten zu schwach gewesen seien. Sie seien von starken und gut bewaffneten Banden überfallen worden, und ein Posten von 3 oder 4 Mann habe einem solchen Angriff nicht entgegentreten können, die Posten seien zumeist entwaffnet worden. So sei jetzt nur noch die Hälfte der früheren Gendarmerie- und polnischen Polizeiposten vorhanden.

29.5.1943

Erbeutet worden seien 1 728 der verschiedensten Waffen, darunter 5o Maschinengewehre, und 9o ooo Schuß Munition. Die Ordnungspolizei habe in dieser Zeit 43o Verluste erlitten, darunter 85 Tote.

Die Vorredner hätten im allgemeinen die Verhältnisse den Tatsachen entsprechend geschildert. Er könne nur sagen, daß es bis zum Schluß des vorigen Jahres der Polizei gelungen sei, Herrin der Lage zu bleiben. Die Banditen seien weder politisch noch militärisch noch wirtschaftlich gefährlich geworden, wenn man von einigen Sabotageakten absehe. Erst nach Beginn dieses Jahres habe sich das Bild geändert. Daß man noch im vorigen Jahr Herr der Lage gewesen sei, gehe daraus hervor, daß die Erfassung, Einbringung der Ernte fast 1oo %ig hätten durchgeführt werden können. Es sei auch gelungen, die im vorigen Jahr bestehende Gefahr, daß sich die Gefangenen zu Banden zusammenschlössen, auszuschalten. Heute finde man kaum noch russische Gefangene unter den Banden. Die Bewegung sei jetzt mehr ins politische Fahrwasser gekommen, und hier würden die Verhältnisse immer schlimmer.

Er verfüge im Distrikt über ein Polizeiregiment, das durch ein Polizeibataillon und durch eine Reiterschwadron verstärkt sei, darüber hinaus über den Einzeldienst, weiter über 15o Mann Gendarmerie, über 1 4oo polnische Polizisten und 2oo Mann Sonderdienst. Es sei unmöglich, mit diesen Kräften des Aufstandes Herr zu werden. Er habe z.B. die polnischen Polizeiposten zusammenlegen müssen, weil die einzelnen Posten zu schwach gewesen seien. Sie seien von starken und gut bewaffneten Banden überfallen worden, und ein Posten von 3 oder 4 Mann habe einem solchen Angriff nicht entgegentreten können, die Posten seien zumeist entwaffnet worden. So sei jetzt nur noch die Hälfte der früheren Gendarmerie- und polnischen Polizeiposten vorhanden.

29.5.1943

Das Stärkeverhältnis der Polizeiposten von 1 zu lo habe sich bewährt, und in den meisten Fällen habe sich auch die polnische Polizei wehren können.

Angesichts der Überfälle auf Gemeindeämter, auf Eisenbahn und Post habe man allgemein die Überzeugung gewonnen, daß alle diese Einrichtungen zum Erliegen kommen müßten. Man könne überhaupt nicht mehr telefonieren. Jeder Einsatz komme zu spät. Man müsse sich darauf beschränken, das Funknachrichtennetz in Anspruch zu nehmen. Die polnische Bevölkerung lasse immer einige Zeit verstreichen, ehe sie etwas melde, und dann würden diese Meldungen noch von den polnischen Polizeiposten auf ihre Richtigkeit überprüft. Es sei auch nötig, bevor Polizeikräfte eingesetzt und Benzin vergeudet werde, eine Nachprüfung der Meldungen, die manchmal übertrieben seien, zunächst durchzuführen und erst dann den Einsatz anzuordnen. Das erschwere natürlich den Einsatz der Polizei von vornherein. Die Banditen und Partisanen versteckten sich in den Wäldern, kämen nur nachts heraus, wo sie zahlenmäßig ~~er~~ überlegen seien, wichen aber der Polizei immer aus und verschwänden in die Wälder bzw., wenn es sich um Angehörige der Widerstandsbewegung handle,in den Dörfern, verteilten sich und seien dem Zugriff entzogen. In einem großen Walde nördlich von Rubieszow habe sich vor einiger Zeit eine Bande eingenistet, von der die Polizei und die deutschen Dienststellen nichts gewußt hätten. Sie habe offenbar mit den Polen gemeinsame Sache gemacht. Noch in der gestrigen Nacht sei diese Bande wieder tätig geworden, habe in einem Dorf 83 Gehöfte angesteckt und 7 o ukrainische Männer umgelegt. Darauf sei die Polizei sofort eingesetzt worden, die Kräfte der örtlichen Gendarmerie und der Schutzpolizei seien aber nicht stark genug gewesen, hätten die Stärke der Banden nicht feststellen können und habe sich zurückziehen müssen. Mit Hilfe der

29.5.1943

Wehrmacht und anderer Kräfte habe man dann im Laufe des Tages den ganzen Wald nochmals durchkämmt und habe ein Lager gefunden, das unter Mitnahme der Waffen von den Banditen fluchtartig verlassen worden sei. Auch einige Tote seien gefunden worden. In der Nacht seien die Banditen offenbar nach Süden durchgebrochen und in den in der Nähe gelegenen Dörfern plötzlich verschwunden. Die sämtlichen Einwohner der Dörfer würden noch untersucht, damit festgestellt werden könne, ob und welche Dorfbewohner der Banden angehören.

Großeinsätze hätten fast nie zu Erfolgen geführt, weil ja auch die Befehlsgewalt so gelagert sei, daß erst mit allen möglichen Stellen telefoniert werden müsse. Tausende von Leuten seien für solche Aktionen in Bewegung gesetzt worden, und der Erfolg habe zumeist in gar keinem Verhältnis zu der Stärke der eingesetzten Kräfte gestanden. Daraus ergebe sich, daß man die Banden nur mit kleinen Einzeleinsätzen bekämpfen könne. Deshalb seien auch die gesamten Polizeikräfte über das ganze Land verteilt worden, und damit habe man gute Erfolge gehabt. Jetzt aber, wo die gesamte Bevölkerung der deutschen Verwaltung und Polizei entgegenstehe, reichten diese Kräfte nicht mehr aus. Er habe deshalb dem Generalleutnant Becker den Antrag vorgelegt, noch 1 2oo Mann zur Verfügung zu stellen. Er habe weiter General Moser gebeten, Truppenteile in das Gebiet hineinzulegen, und es sei ihm zugesagt worden, daß unverzüglich 4 oder 5 Infanteriekompanien in die einzelnen Orte hineingelegt werden sollten. Sie seien nicht motorisiert, sondern müßten erst aus den Orten gesammelt werden. Damit vergehe naturgemäß eine lange Zeit, so daß schlagartige Einsätze nicht möglich seien. Außerdem müsse man bedenken, daß ja die Wehrmacht im Kampfe mit den Banditen nicht geschult sei. Ferner sei auch die Polizei qualitativ nicht mehr das, was sie früher gewesen sei. Von den alten Bataillonen seien zahlreiche Kräfte an die Front geworfen worden. Zur Verfügung stehe jetzt in der Hauptsache nur noch die Polizeireserve, wie auch das Offizierkorps zum großen Teil aus Reservenoffizieren bestehe. Gleichwohl seien alle organisatorischen Maßnahmen in Verbindung mit der Wehrmacht und der Sicherheitspolizei getroffen worden! Vor allem fehle es an Truppen, an Benzin und brauchbaren Fahrzeugen.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

14^{00} Fortsetzung der am 29. Mai 1943 unterbrochenen Arbeitstagung.

Zum Abschluß dieser Tagung richtet der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache an die Teilnehmer:

Meine Herren! Ich habe mir eingehenden Bericht über die im Vordergrund des Interesses stehenden Fragen erstatten lassen. Ich ~~gab~~ darf zum Verständnis für die Herren, die heute Vormittag nicht anwesend waren, kurz bemerken, daß ein eingehender Bericht über die sehr ernste Sicherheitslage im Distrikt Lublin gegeben wurde. Ich komme nach alledem, wenn ich das Ergebnis der Vormittagssitzung zusammenfasse, zu folgender Feststellung:

Ich habe den besten Eindruck von der Verwaltung des Distrikts Lublin, von dem Einsatz der Männer für ihre fachlichen Gebiete und von der in sich geschlossenen Art der Arbeit, die nicht nur kollegial, sondern fast kameradschaftlich zu nennen ist. Es ist für mich ein beruhigendes Gefühl, daß in diesem Zeitpunkt

der Gouverneur Dr. Wendler

29.5.1943

von mir eingesetzt werden konnte. Sicherlich werden in Zukunft gewisse Schwierigkeiten, die sich aus persönlichen oder sachlichen Momenten heraus in der letzten Zeit besonders stark gezeigt haben, noch behoben werden, so daß auch im Distrikt Lublin diese ruhige, wohlgemessene, wohlgefügte Zusammenarbeit aller Diensttuer eintreten wird.

Sie, Herr Gouverneur Dr. Wendler, werden sich in den nächsten Tagen und Wochen in die Aufgaben des Distrikts einarbeiten. Ich nehme an, daß Ihnen eines Tages in Krakau oder auch hier an Ort und Stelle außerordentliche Vollmachten von mir erteilt werden, die Ihnen große Möglichkeiten eröffnen. Notwendig ist vor allem, daß von der Zentrale des Distrikts in das Land hinaus das Gefühl einer unheimlichen Sicherheit der deutschen Führung austrahlt und daß die isoliert draussen diensttuenden Stellen, die Kreishauptmänner und einzelnen Behörden, auf Grund dieser Sicherheit der Zentrale weiter die Autorität der Deutschen im Raum gewährleisten.

Es kann kein Zweifel sein, daß mehr Sicherheitsorgane im Bereiche der Sicherheitspolizei wie der Ordnungspolizei ins Land genommen werden müssen. Es wird auch notwendig sein, daß die Wehrmachtsfragen in diesem Raum, was die Sicherheit angeht, am 31.Mai von mir mit dem Wehrkreiskommandeur nochmals besprochen werden.

Mein Eindruck ist der, daß die Lage absolut gemeistert werden wird. Ich möchte das mit aller Stärke und mit allem Nachdruck sagen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Lage hier voll und ganz in der deutschen Hand geblieben ist und in Zukunft noch mehr denn je bleiben wierd.

29.5.1943

Sodann möchte ich feststellen, daß niemanden in diesem Distrikt eine Schuld an der Gestaltung der Lage trifft. Es ist vollkommen klar, daß hier alle Organe bis aufs äußerste unter Einsatz ihrer letzten Kräfte, unter Einsatz von Leben und Gesundheit ihre Pflicht getan haben. Ich betone auch ausdrücklich, daß es völlig abwegig wäre, etwa aus einem sicherheitsqualitativen Unterschied zwischen dem Distrikt Lublin und anderen Distrikten des Generalgouvernements auf ein gewisses fast an die Grenze von Pflichtwidrigkeiten gehendes Versagen von Behörden in diesem Raume Schlüsse zu ziehen. Ich glaube, dazu liegt keinerlei Anlaß vor, umso weniger, wenn man alles das, was der Krieg an Schwierigkeiten, an unheimlichen persönlichen Rückschlägen, an Leistungsvorgängen auf allen Gebieten mit sich gebracht hat, in Rechnung setzt. Denken wir immer daran, daß wir im vierten Kriegsjahre stehen,und daß hier im Generalgouvernement wie im Distrikt Lublin geradezu Hervorragendes geleistet worden ist, wissen wir heute.

Was heute besprochen worden ist, wird dem Führer mitgeteilt werden. Den Kreishauptmännern aber gebührt meine besondere Anerkennung dafür, daß sie, die sie draußen das äußere Zentrum der Verwaltung darstellen, die Kraft bewahrt haben, sich durchzusetzen in diesem gefährdeten Gebiet. Das ist ein stolzes Stück deutscher Verwaltungsarbeit. Mein besonderer Dank gilt auch den Polizeiorganen der Ordnungs- und Sicherheitspolizei, die wirklich das äußerste an Pflichterfüllung ~~el~~ geleistet haben.

So kann ich im Namen der Regierung des Generalgouvernements und im Namen des deutschen Reiches Ihnen, meine Herren vom Distrikt, die Zusicherung geben: Sie können das Vertrauen haben, daß mein Besuch die Auswirkungen haben wird, die Sie wahrscheinlich erwartet haben

29.5.1943

Gouverneur Dr. Wendler dankt dem Herrn Generalgouverneur für diese Worte und glaubt die Versicherung abgeben zu können, daß die Männer des Distrikts so lange stehen werden, wie es befohlen wird.

Mit einem von Gouverneur Dr. Wendler auf den Führer ausgebrachten Sieg-Heil wird die Sitzung geschlossen.

14^{30} Mittagessen im Distriktskasino.

15^{45} Fahrt nach Naleczow.

Kaffeetafel im Hause des Gouverneurs, der Villa Gioia. Während der Kaffetafel konzertiert das Standortmusikkorps.

19^{40} Rückfahrt nach Lublin.

20^{00} Abendessen im Distriktskasino.

Anschließend Fahrt zum Sonderzug.

435 A

Generalgouvernement
Diſtrikt Lublin
Der Kreishauptmann in Pulawy

ANLAGE

Pulawy, den 27. Mai 1943

Herr Generalgouverneur, Herr Gouverneur, meine Herren!

Vom Distrikt Lublin bin ich beauftragt worden, über die politische Lage Bericht zu erstatten.

Die Kreishauptleute haben mich übereinstimmend gebeten, Ihnen, Herr Generalgouverneur lediglich die allgemeine Sicherheitslage vorzutragen, da unter den derzeitigen Verhältnissen die deutschen Belange nicht mehr gewahrt werden können.

Nach der Eroberung des polnischen Raumes durch deutsche Wehrmacht und Einrichtung der Verwaltung konnte die Sicherheitslage, bedingt durch die außerordentlich schnelle Niederwerfung Polens und die in der Folgezeit noch starke Belegung durch Einheiten der Wehrmacht sowie eine schlagkräftige Ordnungspolizei als durchaus gut angesehen werden. Wenn auch in verschiedenen abgelegenen Kreisteilen schon damals Banditen auftauchten, so traten diese bei der starken Besetzung des Raumes kaum in Erscheinung und wurden durch Polizeikräfte in Schach gehalten. Der Großteil der Bevölkerung verhielt sich durchaus loyal und folgte den deutschen Anordnungen.

So ist z.B. der außerordentlich starke Einsatz bäuerlicher Gespanne und Arbeitskräfte zur Neuschüttung und Verbreiterung der Durchgangsstraßen für den Aufmarsch zum Russenfeldzug als ganz besonders gute Leistung der polnischen Bevölkerung zu werten. In diesem Zusammenhang muß auch der Ausbau der Brückenkopfstellungen der verschiedenen Brückenköpfe an der Weichsel hervorgehoben werden, der unter deutscher Führung lediglich durch polnische Arbeitsleistung in verhältnismäßig kurzer Zeit geschaffen wurde.

Außer diesen besonders hervorzuhebenden Leistungen ist durch die bäuerliche Bevölkerung des Distrikts das Straßennetz der Kreise während der Zeit der deutschen Verwaltung außerordentlich erwei-

ANLAGE

Generalgouvernement
Distrikt Lublin
Der Kreishauptmann in Pulawy

Pulawy, den 27. Mai 1943

Herr Generalgouverneur, Herr Gouverneur, meine Herren!

Vom Distrikt Lublin bin ich beauftragt worden, über die politische Lage Bericht zu erstatten.

Die Kreishauptleute haben mich übereinstimmend gebeten, Ihnen, Herr Generalgouverneur lediglich die allgemeine Sicherheitslage vorzutragen, da unter den derzeitigen Verhältnissen die deutschen Belange nicht mehr gewahrt werden können.

Nach der Eroberung des polnischen Raumes durch deutsche Wehrmacht und Einrichtung der Verwaltung konnte die Sicherheitslage, bedingt durch die außerordentlich schnelle Niederwerfung Polens und die in der Folgezeit noch starke Belegung durch Einheiten der Wehrmacht sowie eine schlagkräftige Ordnungspolizei als durchaus gut angesehen werden. Wenn auch in verschiedenen abgelegenen Kreisteilen schon damals Banditen auftauchten, so traten diese bei der starken Besetzung des Raumes kaum in Erscheinung und wurden durch Polizeikräfte in Schach gehalten. Der Großteil der Bevölkerung verhielt sich durchaus loyal und folgte den deutschen Anordnungen.

So ist z.B. der außerordentlich starke Einsatz bäuerlicher Gespanne und Arbeitskräfte zur Neuschüttung und Verbreiterung der Durchgangsstraßen für den Aufmarsch zum Russenfeldzug als ganz besonders gute Leistung der polnischen Bevölkerung zu werten. In diesem Zusammenhang muß auch der Ausbau der Brückenkopfstellungen der verschiedenen Brückenköpfe an der Weichsel hervorgehoben werden, der unter deutscher Führung lediglich durch polnische Arbeitsleistung in verhältnismäßig kurzer Zeit geschaffen wurde.

Außer diesen besonders hervorzuhebenden Leistungen ist durch die bäuerliche Bevölkerung des Distrikts das Straßennetz der Kreise während der Zeit der deutschen Verwaltung außerordentlich erweitert worden. In der Kreishauptmannschaft Pulawy sind durch verständnisvolle Mitarbeit der Bevölkerung 50 klm neue Straßen gebaut worden, die zur schnellen Kontingent- und Holzabfuhr sowie zur Verfolgung von Banditen schon außerordentlich gute Dienste geleistet haben. Als weitere Leistung der Bevölkerung ist die von Jahr zu Jahr steigende An- und Abfuhr von Stamm- und Schnittholz aus den Wäldern zu den Bahnhöfen und Sägewerken und von dort zu den Verladestellen hervorzuheben.

Während die Zahlungsmoral zu polnischer Zeit eine besonders schlechte war, ist es in der kurzen Zeit der deutschen Verwaltung gelungen eine terminmäßige Zahlung aller fälligen Steuern durchzuführen, wobei nicht unerwähnt bleiben darf, daß auch Rückstände aus den Jahren 1933 und 1934 teilweise mit den gesetzmäßig vorgesehenen Verzugszinsen eingezahlt wurden.

Auch nach anderweitigem Einsatz der im Distrikt Lublin liegenden Truppen im Frühjahr 1940, als nur ganz schwache Wehrmachtskräfte in diesem Raume verblieben, konnte die Sicherheit von den Kräften der Ordnungspolizei in jeder Hinsicht aufrecht erhalten werden. Die schnelle Niederringung der westlichen Gegner verschaffte dem deutschen Ansehen einen ungeheuren Auftrieb. Der riesenhafte, wochenlange Aufmarsch deutscher Truppen vor Beginn des Russenfeldzuges verstärkte weiter in der gesamten Bevölkerung das deutsche Ansehen. Auch bei dem Aufmarsch im Frühling und Sommer 1941 ist der willige Einsatz und die Mitarbeit der polnischen Bevölkerung hervorzuheben. So wurden - um nur ein Beispiel zu erwähnen - monatelang Bomben für die 4 Flugplätze innerhalb der Kreishauptmannschaft Pulawy auf verschiedenen Bahnhöfen entladen und zu den Flugplätzen gefahren, ohne daß nur ein Sabotagefall bekanntgeworden wäre. Bauern und Bauernsöhne des gesamten Distrikts stellten sich willig als Panjefahrer der deutschen Wehrmacht zur Verfügung.

Erst längere Zeit nach Beginn des Russenfeldzuges begannen sich die Überfälle zu mehren. Das Banditenunwesen entwickelte sich dann nach und nach langsam anwachsend mehr und mehr und begann sich zu steigern, als die russischen Gegenangriffe des Winters 1941/42 und die gesamte Lage an der Ostfront bekannt wurde. Entwichene sowjetische Kriegsgefangene suchten und fanden in entlegenen Kreisteilen, Wäldern und Streusiedlungen Unterschlupf und bildeten die Grundlage für das immer schärfere Überhandnehmen der Unsicherheit.

Mit der Ausweisung der Juden, die infolge mangelnder Absperrungskräfte sich ihrer Verschickung zum Teil durch Flucht entzogen und zu den entwichenen Kriegsgefangenen stießen, fand die Unsicherheit neue Nahrung.

Während die Banditenüberfälle anfangs zum größten Teil noch planlos hauptsächlich zur eigenen Versorgung der Banden durchgeführt wurden, hatte die polnische Widerstandsbewegung schon sehr durchdacht gearbeitet und verschaffte sich für ihre illegale Tätigkeit größere Geldbeträge durch Überfälle auf Kassen, Banken und Genossenschaften. Der Raub von Schreibmaschinen, Vervielfältigungsapparaten ließ immer mehr darauf schließen, daß neben den kommunistischen Bandenüberfällen die polnische Widerstandsbewegung sich grundlegend auszubauen begann.

Trotz der im Jahre 1942 schon erheblich gesunkenen Sicherheit im Distrikt - damals besonders in den Kreisen Cholm und Biala Podlaska stellt die Erfassung der Getreideernte 1942 eine ganz hervorragende Leistung des Distrikts Lublin dar. Von dem Hauptgetreidekontingent und der Metze wurden im Distrikt Lublin 103,9% erfaßt, d.s. 379.580 Tonnen Getreide. Diese Leistung kennzeichnet einerseits den Einsatz der deutschen Führung und andererseits den Ablieferungswillen der polnischen Bevölkerung.

In den letzten Monaten ist eine dauernd sich steigernde Verschärfung der politischen Lage zu erkennen. Es ist noch nicht festgestellt, in wieweit die polnische Widerstandsbewegung, die wohl getrennt in mehreren Gruppen arbeitet, jedoch scheinbar einheitlich geführt wird, mit den immer stärker werdenden Terrorgruppen zusammenarbeitet.

In der Kreishauptmannschaft Pulawy sind allein im Monat Mai 11 Gemeindeämter überfallen und größtenteils zerstört worden. Von 26 Landgemeindeämtern sind bisher 22 Gemeindeämter entweder ganz oder teilweise zerstört. Mehrere Ämter, die nach der Zerstörung ihre Arbeit wieder aufgenommen und mühsam neue Unterlagen geschaffen hatten, wurden erneut überfallen. Drei Gemeinden sind im ganzen dreimal überfallen und vernichtet worden. Auch in anderen Kreisen des Distrikts nimmt die Zahl der Überfälle auf Gemeindeämter ständig zu. Im Kreise Lublin-Land sind etwa 50% der Gemeindeämter zerstört. Ähnlich verhält es sich in den Kreisen Krasnik, Radzyn, Krasnystaw und Biala Podlaska. Bei diesen Überfällen wurden verschiedentlich Bürgermeister, Dorfschulzen, V-Leute, Angestellte der Arbeitsämter, Viehregistratoren usw. erschossen und in einer Vielzahl von Fällen neuerdings auch Ortsschulzen überfallen, deren Listen vernichtet und Steuergelder geraubt wurden. Der Einzug der Steuern läuft über den Ortsschulzen, der die Steuern der Dorfgemeinde gesammelt an die Großgemeinde zur Weiterbeförderung abgibt.

Die Steuereingänge, die bisher ausnahmslos gut geflossen sind, lassen jetzt außerordentlich stark zu wünschen übrig.

Da auch mit dem Überfall auf die Gemeindeämter gleichzeitig Überfälle auf die Postämter in den Gemeinden durchgeführt wurden, ist durch Verfügung des Leiters der Deutschen Post Osten angeordnet worden, daß nur Beträge bis zu 200.- Zl. täglich von einem Einzahler bei Postagenturen und Postbüros, die von Nichtdeutschen verwaltet werden, angenommen werden dürfen. Diese Maßnahme, die aus Sicherheitsgründen erfolgt ist, führt zu einer völligen Lähmung des Zahlungsverkehrs. Die Gemeinden müssen daher ihre Steuergelder entweder durch Boten abschicken oder es werden seitens der Kreishauptmannschaften bei gelegentlichen Dienstfahrten Geldbeträge abgeholt. Damit ist jedoch noch nicht die Frage geklärt, wie der Steuereinzug in Zukunft bei dem immer weiter anwachsenden Banditentum gehandhabt werden soll, da schließlich bei einer Annahmestelle Steuergelder eingezahlt werden müssen.

Während Überfälle auf Gemeindeämter bisher nur nachts durchgeführt wurden, werden neuerdings Gemeindeämter in den Vormittags- oder Nachmittagsstunden überfallen, wenn die Dorfschulzen soeben ihre Steuergelder abgeliefert haben.

Der Distriktspostleiter in Lublin ist zwar bereit, unbeschränkte Einzahlungen bei den Postbüros und Postagenturen auch in gefährdeten Gebieten an den Tagen zuzulassen, an denen eine Absendegelegenheit der angenommenen Gelder vorhanden ist. Voraussetzung hierfür ist, daß auf Anforderung ausreichender polizeilicher Schutz der Geldtransporte von den Poststellen bis zur Deutschen Post bezw. Postbahnwagen gestellt wird. Dieser Schutz kann unter den augenblicklichen Verhältnissen wegen Überlastung der Polizeikräfte nicht gestellt werden.

Es ist festgestellt worden, daß im Gebiet der Kreishauptmannschaft Pulawy etwa 4 Terrorgruppen tätig sind, die unter einheitlicher Führung im Kreise arbeiten. Ähnlich wird es auch in den anderen

Kreisen des Distrikts aussehen. Die Terrorgruppen bedienen sich verschiedener politischer illegaler polnischer Verbände zur Durchführung ihrer Sabotageakte. Die wichtigsten politischen Kampfgruppen sind neben der polnischen Widerstandsbewegung die kommunistische polnische Arbeiterpartei und die polnische Bauernpartei, die zwar in ihren politischen Ansichten nicht so radikal ist, sich jedoch der Führung der Terrorgruppen unterstellt hat. Die Terrorgruppen selbst bestehen aus etwa 15 - 30 Führern, entwichenen sowjetischen Kriegsgefangenen, aus der Luft abgesetzten sowjetischen Führern, Juden und radikal eingestellten Polen.

Durch die Zusammenlegung der zu schwachen polnischen Polizeiposten hat besonders die polnische Bauernpartei einen außerordentlich starken Auftrieb gewonnen, da die großen nicht bewachten Räume in den Kreisgebieten nicht ausreichend gesichert werden konnten. Es ist anzunehmen, daß in den meisten Kreisen des Distrikts fast die Hälfte der bäuerlichen Bevölkerung der polnischen Bauern- bezw. Arbeiterpartei mehr oder weniger aktiv angehört. Für die dauernde Übermittlung von Nachrichten und Befehlen an die Mitglieder illegaler Parteien werden Frauen und Kinder benutzt. In den seltensten Fällen erfolgen schriftliche Anweisungen und Befehle. Wenn z.B. ein größerer Überfall auf ein größeres Gemeindeamt oder Sägewerk oder dergleichen geplant ist, werden Angehörige der Widerstandsparteien bestellt, die etwa 15 - 30 klm von dem beabsichtigten Tatort entfernt wohnen. Es wird ein Sammelplatz angegeben, an dem die für den Überfall vorgesehenen Banditen bewaffnet zu erscheinen haben. Am Sammelpunkt werden sie von einigen den einzelnen Banditen völlig unbekannten Führern der Terrorgruppe in Empfang genommen und für den vorgesehenen Überfall genau eingeteilt. Vor allem werden den Teilnehmern der beabsichtigten Überfälle Kennkarten und Ausweispapiere abgenommen, die sie erst nach Durchführung des Überfalles an einem vorher bestimmten Sammelpunkt zurückerhalten.

Bei den letzten größeren Überfällen wurde festgestellt, daß die Einteilung eine ganz genaue bis ins Einzelne gehende ist. So werden Stoßtrupps bestimmt, die bestimmte Aufgaben auszuführen haben; andere Stoßtrupps, die Gendarmerie und Polizeikräfte unter Feuer zu halten haben, Wachen an den Ortsausgängen usw.

Der Überfall auf das Gemeindeamt und den Gendarmerieposten und polnischen Polizeiposten Michow am 16.5.43 ist z.B. durch einen falschen V-Mann eingeleitet worden, der zunächst veranlaßte, daß der Gendarmeriepostenführer einen Teil seiner Leute zur Bekämpfung einer an einer genau bezeichneten Stelle angeblich liegenden Banditengruppe ansetzte und somit seinen Posten um 7 Mann schwächte. Der mit 200 Mann auf diesen Posten durchgeführte Überfall führte dazu, daß das Gemeindeamt zerstört und verbrannt, der Wojt erschossen wurde und der Gendarmeriepostenführer ebenfalls einer tödlichen Verletzung erlag.

Auch bei dem Überfall auf 10 Mann des SS- und Polizeistützpunktes in Kluczkowice am 24.5.43, dem der SS-Obersturmführer Fredaking und 4 SS-Männer zum Opfer fielen, rückte der Obersturmführer mit 10 SS-Männern auf Grund einer ~~falschen~~ Meldung aus und wurde unterwegs vor Erreichung des Zieles überfallen und zusammengeschossen.

Die Großaktion am 17. und 18.5.43 im nordöstlichen Kreisteil, an der außer der 11. Schutzpolizeikompanie noch etwa 200 Flieger und 2.000 Armenier teilnahmen, hätte einen weit besseren Erfolg gehabt, wenn die Absperrung durch die Armenier richtig erfolgt wäre. Die Armenier verließen nachts die Absperrungskette, überfielen Bauernhäuser, Förstereien und Höfe, raubten und plünderten und vergewaltigten Frauen und Mädchen. Die Bevölkerung dieser Gegend war durch den Einsatz der Armenier entsetzt und erklärte allgemein, daß sie lieber die Banditen bei sich sähe als die Armenier.

Im System der Ortsschutzwachen, die zum Schutz der Orte und der Gemeindeämter aus der polnischen Bevölkerung aufgestellt sind, muß in Zukunft insofern eine Änderung eingeführt werden, als ein Teil der Wachen nicht im Gemeindeamt selbst Wache steht, sondern abseits Augenverbindung aufrechterhält und auf bereitstehenden Pferden jeden Überfall der nächsten Polizeistation meldet.

Trotz des immer weiter um sich greifenden Terrors gibt es immer wieder Beispiele, wo beherzte Bürgermeister und Dorfschulzen alles tun, um unter Lebensgefahr eine schnelle Nachrichtenübermittlung an die Polizeistationen zu gewährleisten.

Die Tätigkeit der Terrorgruppen und der von ihnen geführten polnischen Kampfgruppen richtet sich nicht allein auf die Erschießung von Bürgermeistern, Dorfschulzen, V-Leuten usw. und die Zerstörung von Gemeindeämtern, Molkereien, Sägewerken, Postämtern, Nebenstellen der Arbeitsämter, sondern auch besonders auf die Wegnahme von Waffen und Munition. Allein im Kreisgebiet Pulawy ist in den letzten beiden Wochen den Banditen Bewaffnung für eine volle Kompanie allein von Deutschen in die Hände gefallen.

Auf die propagandistische Beeinflussung und die politische Durchdringung der fremdländischen Bevölkerung ist von jeher größter Wert gelegt worden. Bürgermeister, Sekretäre, Dorfschulzen, Pfarrer, Lehrer, Agronome wurden vielfach zusammengefaßt und über die politische Lage aufgeklärt.

Insbesondere wurde immer wieder hervorgehoben, daß die gesamte Bevölkerung mithelfen müsse, dem wachsenden Banditenterror zu begegnen. An dem Beispiel von Katyn wurde ausgeführt, was der Bevölkerung des GG. drohe, wenn die deutsche Wehrmacht nicht imstande wäre, die Horden der Steppe aufzuhalten. Es wurde immer wieder betont, daß der augenblickliche Kampf nicht allein ein Kampf Deutschlands gegen Sowjetrußland ist, sondern ein Kampf der gesamten Völker Europas gegen die Unkultur des Ostens. Die Bevölkerung ist laufend aufgefordert worden, Zeit und Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, um die drohende Gefahr des Bolschewismus zu bekämpfen. Durch Rundfunk, Presse, Handzettel und Plakate wird die Bevölkerung laufend über die politische Lage aufgeklärt und unterrichtet. Die Presse wird in jeder Gemeinde von jedem Dorfschulzen, von jedem Sekretär und Agronomen gehalten. Das Propagandamaterial wird sofort durch Schulkinder verteilt und die Anschlagstafeln mit Plakaten versehen. Besonders wichtig ist der persönliche Einfluß des Kreishauptmanns auf den Dienstbesprechungen, deren Kreis jeweils außerordentlich groß gezogen werden muß. Besonders ist es notwendig, wichtige Verordnungen nicht nur schriftlich, sondern auch persönlich bekanntzugeben und zu erläutern.

Trotz der intensiven Propaganda gegen den Bolschewismus und trotz Katyn steigert sich mit den in immer stärkeren Zahlen auftretenden Banden gleichzeitig die dauernde militärische Ausrüstung und Ausbildung der Banditen. Der Einsatz der Überfälle ist nicht nur planmäßig durchdacht und militärisch vorbereitet, sondern wird mit immer stärkeren Kräften durchgeführt. Bei dem Überfall auf das Sägewerk Pulawy in Pulawy am 26.5.43 traten erstmalig 50 Banditen mit gleichmäßiger Kopfbedeckung in Form von polnischen Polizeimützen auf und rotweißen Armbinden, die mit Doppel-S gezeichnet waren.

Gegen das von Tag zu Tag immer stärker ansteigende Banditentum sind die vorhandenen Polizeikräfte nicht mehr ausreichend. Im Kreisgebiet der Kreishauptmannschaft Pulawy befindet sich eine Polizeikompanie (11.Pol.-Reg.25) in Einsatzstärke von etwa 80 Mann, die in letzter Zeit wegen Ausbildung nicht eingesetzt war, 4 Gendarmerieposten mit einer Einsatzstärke von 1/9 und 12 polnische Polizeiposten mit einer Einsatzstärke von 1/8 bis 1/10. In Kazimierz ist Geheime Staatspolizei in Stärke von einem Sturmführer und 20 SS-Dienstgraden eingesetzt, in Pulawy selbst noch Kriminalpolizei und SD. In anderen Kreisen des Distrikts wird die Einsatzstärke eine ähnliche sein.

Die jetzt vorzunehmenden Musterungen der Jahrgänge 1918 bis 1921 sind unter den jetzigen Verhältnissen nur bei Stellung sehr starker zusätzlicher Polizeikommandos durchführbar. Im Kreise Krasnystaw, wo die Musterung dieser Jahrgänge durchgeführt wurde, ist in den ersten Tagen die Gestellung zu 80 - 90% erfolgt, später allerdings nur zu 10%. Es ist als sicher anzunehmen, daß bei der sich immer mehr verschärfenden Sicherheitslage und dem Abgleiten der deutschen Macht in diesem Raume nur ein ganz geringer Teil der Musterungspflichtigen zu den Musterungsterminen erscheinen wird. Auch starke Polizeikommandos werden nicht in der Lage sein, diejenigen Polen, die sich nicht gestellt haben, heranzuholen. Eine mißlungene Musterung bedeutet jedoch weiter einen starken Verschleiß deutscher Autorität und deutschen Ansehens und zeigt schon heute unsere Ohnmacht bei der Erfassung der kommenden Ernte. Die Banditen haben auf Gemeindeämtern, bei Bürgermeistern und Dorfschulzen besonders die Listen der Jahrgänge 1918 - 1921 vernichtet und haben bekanntgegeben, daß die Gestellung der Musterungspflichtigen nicht zu erfolgen habe, da sie anderenfalls an den Familien der Betreffenden Rache nehmen würden. Die Banditen sind jetzt dabei, diese Jahrgänge für eigene Zwecke zu erfassen.

Weiter ist festzustellen, daß die so wichtige Holzabfuhr in den letzten 2 - 3 Wochen ganz außerordentlich nachgelassen hat. In verschiedenen Orten wurden die Pferde derjenigen Bauern erschossen, die Holz abfahren wollten. Bürgermeistern und Dorfschulzen sind in vielen Fällen Fristen gesetzt worden, in denen sie ihre Ämter niederzulegen haben, anderenfalls sie der Rache der Banditen verfielen, Haus und Hof angesteckt und sie selbst erschossen würden. Es ist ferner festzustellen, daß die Steuergelder bei den schon erwähnten Schwierigkeiten und infolge des Einflusses der Terrorgruppen und der mit ihnen gemeinsam arbeitenden Verbände nur mangelhaft eingehen und langsam fließen und daß vor allen Dingen die Ernährung der Wehrmacht durch das Fehlen jeglicher Unterlagen in den zerstörten Gemeinden und den neuerdings mangelnden Ablieferungswillen stärkstens beeinträchtigt wird.

Der Fortführung der Verwaltung sind durch die Zerstörung der Gemeindeämter und durch das Fehlen jeglicher Unterlagen Schwierigkeiten erwachsen, deren Behebung zum Teil unmöglich ist. Für die Erfassung auf dem landwirtschaftlichen Sektor fehlen vor allen Dingen die vernichteten Hofkarten, die vernichteten Pferdemusterungsunterlagen, die vernichteten Viehregister und vor allem die auf Grund der dreijährigen Erfahrung zusammengestellten Kontingentslisten. Auch die wichtigen Bodenbenutzungserhebungen können mangels Unterlagen nicht durchgeführt werden.

Die planmäßige Zerstörung der Molkereien, die Abschlachtung besonders tragender Muttersauen sowie die Fortnahme von Buttertransporten bedingen Schwierigkeiten, die verpflegungsmäßig kaum zu beheben sind. In der Kreishauptmannschaft Pulawy sind allein für rund 20.000 Mann Wehrmacht und 2000 Reichsdeutsche Lebensmittel zu beschaffen. Mit Mühe und Not kann durch den Sonderdienst ~~wahllos~~ Vieh beigetrieben werden, da in den allermeisten Fällen Viehregister zur ordentlichen Einziehung fehlen.

18.000
en für
B-Be-

In polnischen Kreisen wird nachhaltig von starken bewaffneten Aufständen in kurzer Zeit gesprochen. Es besteht die Gefahr, daß bei weiterer Verschärfung und selbst bei dem Verbleiben des jetzigen Zustandes das deutsche Ansehen immer weiter sinkt und letzten Endes den Verlust der deutschen Herrschaft herbeiführt.

Die Wirksamkeit der gesamten Polizei ist als gut zu bezeichnen. Ansuchen auf Hilfeleistungen wurden stets erfüllt. Es muß jedoch hierbei berücksichtigt werden, daß vielfach der notwendige Einsatz nicht erfolgen konnte, weil die Benzinzuteilungen für Gendarmerie und Polizei zu gering sind. Wenn z.B. eine Schutzpolizeikompanie je Monat nur 60 l Benzin und ein Gendarmerieposten nur 35 l Benzin erhält, so kann von einem tatkräftigen Einsatz nicht mehr die Rede sein. Wenn auch vielfach Furhwerke und Fahrräder benutzt werden, so kommt es bei größeren Überfällen doch vor allen Dingen auf die Schnelligkeit des Einsatzes an. Auch die Fahrzeuge sind schlecht und für den Einsatz auf Landwegen ungeeignet. Die Bewaffnung der

Gendarmerie und Polizei ist der Bewaffnung der Banditen bei weitem unterlegen. Maschinenpistolen sind nur wenig vorhanden und größtenteils nicht neuzeitlich.

Auch die polnische Polizei hat größtenteils ihre Pflicht getan. Durc die starken Ausfälle der letzten Zeit, wobei gerade die besten Postenführer und die aktivsten Polizisten gefallen sind, ist sie jetzt nicht mehr sehr aktiv, besonders dann, wenn sie unter polnischer Führung steht. Es muß jedoch festgestellt werden, daß die polnische Polizei keineswegs auf Seiten der Banditen steht und sich für die deutschen Belange einsetzt. Es ist hier zu betonen, daß die Besoldung der polnischen Polizei außerordentlich gering ist. Die Ernährung erfolgt nach den Ernährungssätzen der A-Betriebe auch für die Familienmitglieder. Es wäre ratsam, der polnischen Polizei einschließlich der Familienmitglieder wenigstens eine Lebensmittelzuteilung nach deutschen Sätzen auszugeben, damit die Schlagkraft gehoben wird. Hierüber müßte jedoch die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Krakau entscheiden, da die Heraufsetzung der Rationen auf deutsche Sätze auch von Lublin aus nicht durchgeführt werden kann.

Eine einheitliche Führung aller Polizeieinheiten durch einen Polizei führer innerhalb des Kreises, der mit dem Kreishauptmann zusammenarbeitet, ist zur Durchführung aller Aktionen notwendig. In manchen Kreishauptmannschaften sind bereits Sicherungsabschnitte gebildet, die dem rangältesten Polizeioffizier unterstehen. Auch Aktionen der Wehrmacht müßten vorher mit dem Kreishauptmann besprochen werden zwecks einheitlichen Einsatzes.

Übereinstimmend bin ich aufgefordert worden, Sie, Herr Generalgouverneur, zu bitten, die Sicherheit im Interesse der deutschen Führung und der deutschen Verwaltung durch Einsatz stärkerer Polizeikräfte wiederherzustellen. Wenn Polizeikräfte nicht zur Verfügung stehen sollten, wäre es vielleicht angebracht, Ausbildungsbataillone der Wehrmacht aus der Heimat in die banditengefährdeten Gebiete zu legen - besser noch Marschbataillone, die bereits feldmäßig vorgebildet und ausgerüstet sind. Für das unruhige Gebiet der Kreishauptmannschaft Pulawy würden z.B. 1 - 2 Ausbildungs- bezw. Marschbataillone in Kompanien bezw. Züge aufgeteilt genügen, um die Sicherheit neben dem dauernden Einsatz der Polizeikräfte wiederherzustellen. Besonders im Interesse der Aufbringung der kommenden Ernte, auf die Deutschland angewiesen ist, wird es notwendig sein, besondere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit zu ergreifen.

Auch die Sicherung der Brennereien, Zuckerfabriken und Sägewerke ist unbedingt notwendig. Von den 7 Brennereien der Kreishauptmannschaft Pulawy werden beispielsweise 700.000 l Brennspiritus in der überwiegenden Hauptsache für technische Zwecke der Wehrmacht und zu Trinkbranntweinzwecken für Wehrmacht gewonnen. In den 2 Zuckerfabriken werden 100.000 dz Zucker ebenfalls für Zwecke der Wehrmacht erzeugt. Die beiden großen Sägewerke Pulawy und Kluczkowice, die jetzt von Banditen zerstört wurden, dienten ebenfalls besonders kriegswichtigen Zwecken. Das Sägewerk Kluczkowice hatte das Holz für den Weichselbrückenbau der Bahn Radom=Litzmannstadt=Lublin zu schneiden.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf die politische Unsicherheit der armenischen Truppen zurückkommen. Die Baudiensthauptstelle 410 beschäftigt bei Bahnbauten etwa 1800 polnische Baudienstmänner. Zur Sicherung der Arbeiten an der neuen Bahn Radom=Lublin wurde 1 deutscher Offizier, 3 deutsche Unteroffiziere und 70 Armenier zugeteilt. Die 70 Armenier sind nach Angabe des Baudiensthauptmannes mit Waffen größtenteils zu den Banditen übergegangen.

Die Kreishauptleute des Distrikts Lublin haben einhellig keinen anderen Wunsch als die Herstellung der Sicherheit. Alle übrigen vielleicht noch offen stehenden Fragen sind augenblicklich unwichtig und können zu gegebener Zeit erledigt werden.

Eine Bitte habe ich noch vorzubringen. Die Bewaffnung der deutschen Beamten und Angestellten ist außerordentlich schlecht. Es sind bestenfalls nur kleine Pistolen vorhanden, mit denen bei Überfällen wenig auszurichten ist. Die Zuteilung von Gewehren, Karabinern, Handgranaten und Maschinenpistolen wäre für jede Kreishauptmannschaft außerordentlich notwendig. Gerade den Deutschen auf den Außenposten muß durch ausreichende Bewaffnung das Gefühl der Stärke wiedergegeben werden.

[Die deutsche Führung in diesem Raum ist in Gefahr, restlos verloren zu gehen, wenn nicht in kürzester Zeit stärkste Maßnahmen erfolgen, um die vollkommen gesunkene deutsche Autorität zu heben. Wir stehen vor dem offenen Aufruhr. Im Namen der Kreishauptleute bitte ich Sie, Herr Generalgouverneur, um Ihr Einschreiten.]

Anwesenheitsliste

für die Polizei - Besprechung

am 29. Mai 1943

im Distriktsgebäude zu Lublin

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Dr. Boepple		
Dr. Schaper	ORR	Distrikt Lublin
Dr. Walter	Vizepräs.	Hptabt. Innere Verw.
Naumann	Präsident	Hauptabt. E. u. L.
	Präsident	HA Forsten
	Lubelin.	Ern. u. Landw.
Brandt	Kreishauptmann	Pulawy
	"	Hrubieszow.
Weihenmaier	"	Zamosc

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Ziegenmeyer	Kreishauptmann	Lublin - Land
[illegible]	Stadthauptmann	Lublin
Schmidt	Kreishptm.	Krasnystaw
[illegible]	" i.V.	Krasnik
[illegible]	Reg.-Rat	Bilgoraj
Harms	" "	Cholm
[illegible]	Hauptbetriebsführer	Krak. [illegible]
Dr. [illegible]	OLGR.	Reg. Amt f. Gesetzgeb
[illegible]	allg. Vertr. des Kreishauptm.	Kreishauptmannschaft Radzyn
Waser	Vertr. d. Kreishptm.	Biala Podl
[illegible]	Forstmeister	Abt. Forsten
Dr. Hauke	RegRat	Pol. Verwaltung Lub
Kintrup	Oberstlt. d. Sch. Pol.	Kdeur der Orpo.
Höfle	SS-Sturmbannführer	SS- u. Pol. Führer
[illegible]	Oberleutn.	Sonderdienst
[illegible]	Beauftragter des Reichsarbeitsführers	
[illegible]	Polizeichef der Regierung	

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Plaum	Reg Rat	Arbeit
Struve.	Ministerialrat	Hauptabteilung Arbeit.
Karle	SS Stubaf. u. Ob.Reg.-Rat	BdS Krakau.
Rauschenbach	Oberstleutn. d. Sch.	Luftschutzfhr. d. Ord. Pol
Gerteis	Präsident	Hauptabt. Eisenbahnen
Schebaum	SS Stabsführer	SS Kriegsberichter
Wendler	Gouverneur	Lublin
Pollmann	Kdr Sipo Lublin SS-O'Stubaf.	Kdr Sipo Lublin
Schneider	SS Ostuf.	Adjutant

Sonntag, den 30.Mai 1943

4^{00} Abfahrt des Sonderzuges.

13^{00} Ankunft des Sonderzuges in Krakau.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

13^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

Krakau

Montag, den 31.Mai 1943

9^{20} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{30} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger.

9^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Distriktsgebäude in Krakau.

10^{00} Der Herr Generalgouverneur gibt in Anwesenheit der Staatssekretäre der Regierung des Generalgouvernements, der Abteilungsleiter und Amtsleiter des Distrikts Krakau die Berufung des bisherigen Gouverneurs des Distrikts Krakau Dr. Wendler zum Gouverneur des Distrikts Lublin und die Ernennung des Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung Dr. Losacker zum kommissarischen Gouverneur des Distrikts Krakau bekann

Er hält dabei folgende Ansprache:

Meine Herren, Herr Gouverneur!

Ich habe in den letzten Tagen im Namen des Führers und des Reiches Entscheidungen getroffen, die auch den Distrikt Krakau angehen. Es obliegt mir, dem Herrn Gouverneur Dr. Wendler dafür zu danken, daß er mein Ersuchen, den sehr schwierigen Platz des Gouverneurs des Distrikts Lublin zu übernehmen, als treuer Soldat des Führers angenommen hat. Ich habe ihn bereits vor drei Tagen als Gouverneur des Distrikts Lublin in Lublin eingeführt und habe ihm damal die besten Wünsche für sein Wirken im neuen Distrikt

mit

auf den Weg gegeben. Ich habe den Eindruck, daß Sie Herr Gouverneur, daß Sie als vorbildlicher Kreishauptmann und dienstlich wirklich hervorragender und persönlich-menschlich ausgezeichneter Gouverneur des Distrikts Krakau die Linie Ihrer bisherigen Entwicklung weiter beibehalten werden.

In diesem Augenblick möchte ich Ihnen für die Treue und anfeuernde persönliche selbstlose Hingabe an das Amt des Gouverneurs des Distrikts Krakau, das Sie eineinhalb Jahre mit Erfolg gemeistert haben, danken. Sie haben es in loyalster Erfüllung Ihrer Pflichten verstanden, den menschlichen Kontakt mit der Gefolgschaft aller Kategorien und Schichten der Verwaltung und Polizei aufzubauen und damit den Distrikt Krakau zu einem der leistungsfähigsten Distrikte des Generalgouvernements zu machen. Im Namen des Führers und des Reiches danke ich Ihnen für diese Leistung und wünsche Ihnen für Ihre weitere Entwicklung das Beste. Ihre Leistungen im Distrikt Krakau werden in die Geschichte des deutschen Aufbauwerkes im Osten eingehen und unvergessen bleiben. Seien Sie vielmals bedankt, Kamerad Wendler, und nehmen Sie meine besten Wünsche mit auf Ihren weiteren Weg. Sie haben mich persönlich verpflichtet.

Meine Herren! Ich habe in Anerkennung der hervorragenden Verdienste den Gouverneur Wendler gebeten, bis auf weiteres Distriktsstandortführer d.NSDAP im Distrikt Krakau zu bleiben. Gouverneur Wendler hat sich dazu bereit erklärt; da seine häufige dienstliche Abwesenheit von Krakau die Einsetzung eines Stellvertreters notwendig macht, habe ich zunächst Parteigenossen Stah gebeten, die Vertretung zu übernehmen.

Herr Dr. Losacker! Sie sind als Kreishauptmann im Generalgouvernement aufwachsen. Sie sind dann Amtschef in Lublin geworden und ich habe Sie dann auf Grund Ihrer hervorragenden Bewährung zum Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung berufen. Ich brauche in diesem Zusammenhang nicht zu sagen, daß Ihre Leistungen wirklich vorbildliche und hervorragend waren und sind. Ich habe Sie jetzt gebeten, neben Ihrem Amt als Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung eine Berufung zum kommissarischen Gouverneur des Distrikts Krakau anzunehmen. Diesem Ruf sind Sie gefolgt und ich überreiche Ihnen hiermit im Namen des Führers und des Reiches folgende Berufungsurkunde:

> Im Namen des Führers berufe ich mit Wirkung vom 26. Mai 1943 den Vizegouverneur Dr.Ludwig Losacke zum kommissarischen Gouverneur des Distrikts Krakau unter Beibehaltung seiner derzeitigen Dienststelle als Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung des Generalgouvernement

Sind Sie bereit und gewillt, diese Verpflichtung getreu dem Befehl des Führers und Reiches zu übernehmen?

Dann überreiche ich Ihnen diese Urkunde und verpflichte Sie hiermit als kommissarischen Gouverneur des Distrikts Krakau.

Von Ihnen, meine Herren des Distrikts, erwarte ic daß Sie dem kommissarischen Gouverneur Dr. Losacker genau so treue Gefolgschaft leisten wie dem bisherige Gouverneur Dr. Wendler.

Gouverneur Dr. Wendler und kommissarischer Gouverneur Dr. Losacker danken dem Herrn Generalgouverneu für das ihnen erwiesene Vertrauen und versprechen allzeit getreue Gefolgschaft und Einsatz bis zum letzten

Amtschef Dr. ~~Engler~~ Eisenlohr verabschiedet sich im Namen der Gefolgschaft des Distrikts Krakau vom scheidenden Gouverneur Dr. Wendler und begrüßt dann den neuen Gouverneur Dr. Losacker.

31.5.1943

10^{50} Besprechung mit Präsident Bauder und Baudirektor Halbauer in Anwesenheit des Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs Ersten Staatsanwalts Dr. Meidinger.

Der Herr Generalgouverneur spricht sein Bedauern aus, daß Präsident Bauder als Leiter der Hauptabteilung Bauwesen nicht an der Reise der Regierung in die Distrikte Radom und Lublin teilgenommen hat. Er hätt dabei Gelegenheit gehabt, viele für den Weiterbestand des Generalgouvernements im Dienste des Reiches notwendige Bauwünsche der verantwortlichen Männer der Distrikte an Ort und Stelle zu prüfen. Es gehe nicht an, daß Präsident Bauder nach der Neuregelung sich nu als Beauftragter des Reichsministers Speer fühle und alle noch so berechtigten und unbedingt erforderliche Bauten im Generalgouvernement unter Hinweis auf Verbo des Reiches abschlage. Ihm, dem Generalgouverneur se die Sicherheit der Deutschen im Lande anvertraut und er werde dafür sorgen, daß diese Sicherheit durch entsprechende Bauten möglichst gewährleistet sei. We Material und Arbeitskräfte vorhanden seien, dürfe nic einfach stur jegliche Bautätigkeit im Rahmen des unbedingt Erforderlichen und Kriegswichtigen durch die Hauptabteilung Bauwesen abgestellt werden.

Die Stimmung draußen in den Distrikten gegen Präsident Bauder, seine Männer und seine Maßnahmen se sehr schlecht. Es zeige sich immer evidenter, daß ma aus einer Nebenlandsverwaltung nicht einfach ein Stüc herausreißen könne, wie das auf dem Bausektor geschehen sei. Er werde veranlassen, daß das Protokoll übe die anläßlich der letzten Besichtigungsreise durch di Distrikte Radom und Lublin geäußerten Klagen und diesbezüglichen Wünsche der Herren der Distrikte Präsiden Bauder übermittelt werde, und erwarte, daß Präsident Bauder mit ihm darüber spreche. Dabei werde man für

31.5.1943

die zukünftige Arbeit eine Einigung finden müssen, di sowohl den Interessen des Reiches und des Generalgouvernements gerecht werde.

Zum Zweiten teilt der Herr Generalgouverneur Präsident Bauder mit, daß er die Anordnung des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen, SS-Obergruppenführer Krüger, derzufolge die polnischen Arbeiter für den Verwaltungsneubau auf der Burg wegen Nichtgewährleistung der Sicherheit die Burg nicht mehr betreten dürfen und daher der Weiterbau eingestellt werden muß, mit sofortiger Wirkung aufhebe. Er beauftragt Präside Bauder, dafür zu sorgen, daß die Arbeiten am nächsten Tage wieder aufgenommen werden können. Die Sicherhei auf der Burg sei gewährleistet, und wenn SS-Obergruppenführer Krüger Angst habe, dann möge er ausziehen.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur überreicht in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler dem Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Weh die Urkunde über die Beförderung zum Ministerialrat.

11^{05} Arbeitssitzung (Polizei- und Sicherheitslage).

(Protokoll s.Beiakten)

14^{00} Mittagessen.

16^{20} Hauptabschnittsleiter Stahl stellt dem Herrn Generalgouverneur Hauptgemeinschaftsleiter Straßmeier vor, der anstelle des erkrankten Pg. Thüringer die Finanzv waltung des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP. übernimmt.

31.5.1943

16^{3o} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

16^{4o} Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet Diplome des Generalgouvernements für hervorragende Leistungen, di am nächsten Tage an 57 Betriebe des Generalgouverneme verliehen werden sollen.

17^{oo} Tee - Empfang.

19^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause Urania.

$2o^{oo}$ Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

END OF
VOL. #26
R8.

END OF
VOL. #26
R8.

VOL. #27
R8

V # 27

R.8

VOL. #27
R.8

IX/9 Krakau

Dienstag, den 1.Juni 1943

9^{30} Überreichung von Diplomen des Generalgouvernements für hervorragende Leistung an 57 Betriebsführer des Generalgouvernements im Staatskasino.

Nach Vortrag eines Musikstückes durch das Orchester des Staatstheaters und Begrüßungsworten des Hauptabschnittsleiters Stahl gibt der Leiter der Abteilung Sozialpolitik im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. Bereichsleiter Bodo Stahr einen eingehenden Leistungsbericht.

Hierauf nimmt der Herr Generalgouverneur die Überreichung der Diplome vor und hält anschließend folgende Ansprache:

Männer der deutschen Betriebe des Generalgouvernements! Mir ist es eine besondere Freude gewesen, Ihnen heute die Diplome des Generalgouvernements für hervorragende Leistung als Trophäen des Wettkampfes der Leistung überreichen zu können. Diese Auszeichnung entspricht jenen Kriegsdiplomen, die unter wesentlich anderen Bedingungen, aber dem Grundsatz nach für denselben Zweck, nämlich für den Sieg unseres Vaterlandes die Soldaten bekommen. Die Auszeichnung des Betriebes ist auch im gewissen Sinne eine Tapferkeitsbestätigung für den Kampf mit den Erschwernissen der Zeit, der Materialien und der Menschen. Es ist daher die Pflicht der Reichsrepräsentanz in diesem Raum, der Regierung des Generalgouvernements sowohl als auch der Partei, des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP., sich immer wieder daran zu erinnern, daß nicht nur im staatlichen, im Verwaltungssektor und auch nicht nur im engen parteilich-weltanschaulichen Abschnitt unseres deutschen Gemeinschaftslebens, sondern vor allem auch in der Betreuung der Betriebe, der privaten und Gesellschaftsbetriebe, der staatlichen Betriebe, in der Betreuung der Industrie- oder Handwerksbetriebe, in der Betreuung der kleinen und der großen Betriebe eine der wichtigsten kriegsbestimmenden Aufgaben in diesem Raum liegt.

Ich freue mich, aus der Ansprache des Parteigenossen Stahr entnehmen zu können, daß auch unter den schärfsten Prüfungsbedingungen eine so ansehnliche Zahl deutscher Betriebsführungen im Generalgouvernement am heutigen Tage ausgezeichnet werden konnte. Im Namen des Führers und des Reiches danke ich diesen Betriebsführern und diesen Dienststellenleitern für ihre hervorragende Leistung.

Man muß sich immer an das erinnern, was noch vor wenigen Jahren in diesem Raum war, und man muß sich des weiteren bei einer Rückschau damit beschäftigen, was wir hier übernommen haben. Wir können dann dankbar feststellen, was wir heute daraus gemacht haben, und schließlich mit neuer Entschlossenheit an das herantreten, was wir künftig tun werden.

Noch vor knapp 5 Jahren bestand in diesem Raume eine sogenannte polnische Republik, deren Aufgabe ausschließlich darin bestand, ein pseudostaatliches Gebilde mit klar weltpolitischer Richtung gegen Deutschland durchzuhalten. Diese 2o Jahre lang Interimrepublik konnte keinen legitimen Anspruch auf die Führung dieses Raumes erwerben, da sie an sich aufgebaut auf einer Fehlkonstruktion zwischen den zwei Weltmächten Deutschland und Rußland, aufgerichtet auf Verrat und Niedertracht, durchsetzt von Korruption und Minderwertigkeit keinerlei Rang in der Staatengemeinschaft erlangen konnte. Diese Interimrepublik Polen mußte daher auch verblassen vor dem Anspruch auf diesen Raum, den das deutsche Volk durch diese Jahrhunderte alte künstlerischer und organisatorischer Führungsleistung in diesem Gebiet sich erworben hat. Wenn man die stolzen Zeugen der kunstvollen Leistungskraft der früheren deutschen Geschlechter in allen Städten dieses Raumes sieht, die Bauten und Brücken, die Werke der literarischen und künstlerischen Produktion, so kann man sagen, daß gerade in der Hauptstadt des Generalgouvernements, die einmal deutsche Hansestadt war, aus den vergangenen Jahrhunderten ein stärkerer Anspruch für Deutschland auf diesen Raum liegt als für irgendeine pseudostaatliche polnische Führung. Nicht wir sind die Fremden in diesem Raum, sondern anmaßend ist es, hier einen polnischen Staat aufrichten zu wollen. Daher ging auch im Jahre 1939 dieses merkwürdige Gebilde, das nur Unruhe brachte, dahin.

Was wir 1939 übernehmen, war Chaos, Schmutz, Zerstörung, Armseligkeit und Hoffnungslosigkeit. In den Betrieben, die Sie oder Ihre unmittelbaren Vorgänger hier übernommen haben, haben Sie Dreck, Seuchenkolonien, unmögliche Arbeitsbedingungen, ungeheuer verrottete Maschinenanlagen vorgefunden und nur die kleine Zahl von ihnen machte eine Ausnahme, die die Polen mit fremdem Geld nach amerikanischen oder sonstigen Patenten aufgerichtet hatten, vor allem auch jene, die schon nach deutschen Erfahrungen errichtet waren. Polnisch an ihnen war nur der Saustall, das technisch Verwertbare war in jedem Falle nichtpolnisch.

Diese ungeheuren Schwierigkeiten konnten nur von einer echten Kriegsgeneration des Wirtschaftsführerstums gemeistert werden, das unter nationalsozialistischer weltanschaulicher Ausprägung in Deutschland herangebildet worden war. Sie, meine Wirtschaftsführer, sind berufen, sich echteste Pioniere der deutschen Führung in diesem Raum zu nennen. Sie haben aus dem Übernommenen Musterbetriebe gemacht, - das ist eine beispiellose Leistung in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Unter Bedingungen, die man sich in der

Heimat kaum vorzustellen vermag und in einer Situation politischer, sozialer, technischer Art, die schlechterdings weniger als nichts darstellte, ist es der deutschen Führung gelungen, daraus - wie wir heute hören konnten - Musterbetriebe aufzubauen.

Mit dem Dank an die Wirtschaftsführer verbinde ich den Dank an alle deutschen Arbeiter, die dem ersten Ruf in diesen Raum gefolgt sind und die unter selbstlosem Einsatz mitgeholfen haben, diese Betriebe wieder in Gang zu bringen und ihre Leistungen so zu steigern, daß sie hierin keinem vergleichbaren Reichsbetrieb hintanstehen.

Ich möchte aber auch derer gedenken, die als Angehörigen des von uns zu führenden und auch zu betreuenden fremden Volkstums in diesen Betrieben mustergültig gearbeitet haben. Die gerade, klare, disziplinierte saubere deutsche Führung war hier auch ein kultureller Werbungsfaktor, der für die deutsche Herrschaft in diesem Raum Propaganda machte. Das Verhältnis zwischen den deutschen Wirtschaftsführern und dieser fremdvölkischen Gefolgschaft hat sich mittlerweile ausgezeichnet entwickelt und die Regierung des Generalgouvernements hat auf Grund dieser Entwicklung loyaler Gemeinschaftsarbeit nunmehr folgendes beschlossen:

> Mit Wirkung ab 1. September dieses Jahres wird der nichtdeutschen Bevölkerung dieses Raumes jener Lebensmittelstandard amtlich garantiert werden, der zur Aufrechterhaltung der Lebenskraft dieser Volksschichten notwendig ist. Es werden ab 1.Sept. generell für die fremdvölkische Bevölkerung Lebensmittelsätze ausgegeben, die im allgemeinen 80 % der normalen Lebensmittelzuteilung im Deutschen Reich ausmachen werden. Durch diese Regelung will die Regierung des Generalgouvernements ihren Dank an die loyale Bevölkerung für die Mitarbeit an diesem Gemeinschaftwerk zum Ausdruck bringen. (Beifall)

1.6.1943

Ich verspreche mir von dieser Regelung eine entscheidende Steigerung der Leistung der fremdvölkischen Arbeiterschaft im Dienste des Führers und des Reiches und unseres Endsieges.

Es obliegt mir neben diesem Danksagen auch des Umstandes der Geistesgeschichte zu gedenken, auf dem schließlich die Gesamtentwicklung dieser Zeit beruht. Nehmen Sie an, es wäre durch irgendeinen märchenhaften Umstand dieser Raum in den Führungsbesitz jenen Deutschen Reiches mit seinen 47 Parteien und Parteichen, mit seiner inneren Zerrissenheit gekommen, das Adolf Hitler abgelöst hat! Dieses Gebiet würde niemals anders deutsch geworden sein als durch den Nationalsozialismus. Die anfeuernde, weltanschaulich klare, im Siegglauben an den Führer und das Reich stahlharte Bewegung Adolf Hitlers allein ist das geistige, moralische, charakterliche und auch energetische Rückgrat des Gesamtwirkens in diesem Raum. (Beifall) Ohne diesen Nationalsozialismus und dieses Vorbild Adolf Hitler wären wir hier nichts und hätten wir nichts schaffen können. Ein starkes Reich schützt unsere Arbeit, deckt unsere Arbeit, fördert unsere Arbeit und gibt uns damit den Rückhalt, den jene deutschen Geschlechter nicht hatten, die in früheren Jahrhunderten hier ihre deutsche Führungssendung vollführten.

Ihnen, Parteigenosse Bodo Stahr, danke ich ganz besonders aus kameradschaftlichem Herzen. Sie haben hier vor wenigen Jahren die Abteilung Sozialpolitik im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. übernommen und Sie haben vorbildlich unter tapferem Einsatz Ihrer Person das alles geschaffen, was wir Leistungskampf der Betriebe nennen und was diesen Rückhalt und diese dauernde Verbindung zwischen Wirtschaftsführung und Bewegung Adolf Hitlers in diesem Raum ermöglicht.

1.6.1943

Ich glaube, daß diese Feierstunde für Euch alle, Männer der deutschen Betriebe im Generalgouvernement ein Ansporn sein wird, im kommenden Jahr sich erneut in diesen Leistungskampf einzureihen. Ich rufe Euch zu diesem Leistungskampf im Jahre 1943/44 hiermit auf. Geht ans Werk, bleibt am Werk, siegt mit Eurem Werk!

(Langanhaltender Beifall)

Mit der Führungehrung findet die Feierstunde ihren Abschluß.

10^{40} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

11^{35} Bankdirigent Dr. Paersch übergibt dem Herrn Generalgouverneur die Geschäftsberichte und Jahresabschlüsse der Emissionsbank für die Jahre 1940/41/42.

Der Herr Generalgouverneur spricht bei dieser Gelegenheit dem Bankdirigenten Dr. Paersch und allen seinen Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die hervorragende Leistung aus.

11^{50} Besprechung mit Bevollmächtigten Dr. Heuber.

Dr. Heuber teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß am 22. und 23. Juni 1943 eine Tagung der Internationalen Rechtskammer in der Slowakei stattfindet.

12^{10} Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur überreicht in Anwesenheit des Präsidenten Wille und des Vizegouverneurs Dr. Eisenlohr dem Regierungsrat Schröder zum 50-jährigen Dienstjubiläum im Namen des Führers und Reiches sein Bild mit persönlicher Widmung.

12^{55} Besprechung mit Pressechef Gassner.
13^{00} Mittagessen

Dienstag, den 1.Juni 1943

9³⁰ Überreichung von Diplomen des Generalgouvernements für hervorragende Leistung an 57 Betriebsführer des Generalgouvernements im Staatskasino.

Nach Vortrag eines Musikstückes durch das Orchester des Staatstheaters und Begrüßungsworten des Hauptabschnittsleiters Stahl gibt der Leiter der Abteilung Sozialpolitik im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. Bereichsleiter Bodo Stahr einen eingehenden Leistungsbericht.

Hierauf nimmt der Herr Generalgouverneur die Überreichung der Diplome vor und hält anschließend folgende Ansprache:

Männer der deutschen Betriebe des Generalgouvernements! Mir ist es eine besondere Freude gewesen, Ihnen heute die Diplome des Generalgouvernements für hervorragende Leistung als Trophäen des Wettkampfes der Leistung überreichen zu können. Diese Auszeichnung entspricht jenen Kriegsdiplomen, die unter wesentlich anderen Bedingungen, aber dem Grundsatz nach für denselben Zweck, nämlich für den Sieg unseres Vaterlandes die Soldaten bekommen. Die Auszeichnung des Betriebes ist auch im gewissen Sinne eine Tapferkeitsbestätigung für den Kampf mit den Erschwernissen der Zeit, der Materialien und der Menschen. Es ist daher die Pflicht der Reichsrepräsentanz in diesem Raum, der Regierung des Generalgouvernements sowohl als auch der Partei, des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP., sich immer wieder daran zu erinnern, daß nicht nur im staatlichen, im Verwaltungssektor und auch nicht nur im engen parteilich-weltanschaulichen Abschnitt unseres deutschen Gemeinschaftslebens, sondern vor allem auch in der Betreuung der Betriebe,

1.6.1943

der privaten und Gesellschaftsbetriebe, der staatlichen Betriebe, in der Betreuung der Industrie- oder Handwerksbetriebe, in der Betreuung der kleinen und der großen Betriebe eine der wichtigsten kriegsbestimmenden Aufgaben in diesem Raum liegt.

Ich freue mich, aus der Ansprache des Parteigenossen Stahr entnehmen zu können, daß auch unter den schärfsten Prüfungsbedingungen eine so ansehnliche Zahl deutscher Betriebsführungen im Generalgouvernement am heutigen Tage ausgezeichnet werden konnte. Im Namen des Führers und des Reiches danke ich diesen Betriebsführern und diesen Dienststellenleitern für ihre hervorragende Leistung.

Man muß sich immer an das erinnern, was noch vor wenigen Jahren in diesem Raum war, und man muß sich des weiteren bei einer Rückschau damit beschäftigen, was wir hier übernommen haben. Wir können dann dankbar feststellen, was wir heute daraus gemacht haben, und schließlich mit neuer Entschlossenheit an das herantreten, was wir künftig tun werden.

Noch vor knapp 5 Jahren bestand in diesem Raume eine sogenannte polnische Republik, deren Aufgabe ausschließlich darin bestand, ein pseudostaatliches Gebilde mit klar weltpolitischer Richtung gegen Deutschland durchzuhalten. Diese 2o Jahre lang Interimrepublik konnte keinen legitimen Anspruch auf die Führung dieses Raumes erwerben, da sie an sich aufgebaut auf einer Fehlkonstruktion zwischen den zwei Weltmächten Deutschland und Rußland, aufgerichtet auf Verrat und Niedertracht, durchsetzt von Korruption und Minderwertigkeit keinerlei Rang in der Staatengemeinschaft erlangen konnte. Diese Interimrepublik Polen mußte daher auch verblassen vor dem Anspruch auf diesen Raum, den das deutsche Volk durch diese Jahrhunderte alte künstlerischer und organisatorischer Führungsleistung in diesem Gebiet sich erworben hat. Wenn man die stolzen Zeugen der kunstvollen Leistungskraft der früheren deutschen Geschlechter in allen Städten dieses Raumes sieht, die Bauten und Brücken, die Werke der literarischen und künstlerischen Produktion, so kann man sagen, daß gerade in der Hauptstadt des Generalgouvernements, die einmal deutsche Hansestadt war, aus den vergangenen Jahrhunderten ein stärkerer Anspruch für Deutschland auf diesen Raum liegt als für irgendeine pseudostaatliche polnische Führung. Nicht wir sind die Fremden in diesem Raum, sondern anmaßend ist es, hier einen polnischen Staat aufrichten zu wollen. Daher ging auch im Jahre 1939 dieses merkwürdige Gebilde, das nur Unruhe brachte, dahin.

Was wir 1939 übernehmen, war Chaos, Schmutz, Zerstörung, Armseligkeit und Hoffnungslosigkeit. In den Betrieben, die Sie oder Ihre unmittelbaren Vorgänger hier übernommen haben, haben Sie Dreck, Seuchenkolonien, unmögliche Arbeitsbedingungen, ungeheuer verrottete Maschinenanlagen vorgefunden und nur die kleine Zahl von ihnen machte eine Ausnahme, die die Polen mit fremdem Geld nach amerikanischen oder sonstigen Patenten aufgerichtet hatten, vor allem auch jene, die schon nach deutschen Erfahrungen errichtet waren. Polnisch an ihnen war nur der Saustall, das technisch Verwertbare war in jedem Falle nichtpolnisch.

Diese ungeheuren Schwierigkeiten konnten nur von einer echten Kriegsgeneration des Wirtschaftsführeretums gemeistert werden, das unter nationalsozialistischer weltanschaulicher Ausprägung in Deutschland herangebildet worden war. Sie, meine Wirtschaftsführer, sind berufen, sich echteste Pioniere der deutschen Führung in diesem Raum zu nennen. Sie haben aus dem Übernommenen Musterbetriebe gemacht, - das ist eine beispiellose Leistung in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Unter Bedingungen, die man sich in der

Heimat kaum vorzustellen vermag und in einer Situation politischer, sozialer, technischer Art, die schlechterdings weniger als nichts darstellte, ist es der deutschen Führung gelungen, daraus - wie wir heute hören konnten - Musterbetriebe aufzubauen.

Mit dem Dank an die Wirtschaftsführer verbinde ich den Dank an alle deutschen Arbeiter, die dem ersten Ruf in diesen Raum gefolgt sind und die unter selbstlosem Einsatz mitgeholfen haben, diese Betriebe wieder in Gang zu bringen und ihre Leistungen so zu steigern, daß sie hierin keinem vergleichbaren Reichsbetrieb hintanstehen.

Ich möchte aber auch derer gedenken, die als Angehörigen des von uns zu führenden und auch zu betreuenden fremden Volkstums in diesen Betrieben mustergültig gearbeitet haben. Die gerade, klare, disziplinierte saubere deutsche Führung war hier auch ein kultureller Werbungsfaktor, der für die deutsche Herrschaft in diesem Raum Propaganda machte. Das Verhältnis zwischen den deutschen Wirtschaftsführern und dieser fremdvölkischen Gefolgschaft hat sich mittlerweile ausgezeichnet entwickelt und die Regierung des Generalgouvernements hat auf Grund dieser Entwicklung loyaler Gemeinschaftsarbeit nunmehr folgendes beschlossen:

> Mit Wirkung ab 1. September dieses Jahres wird der nichtdeutschen Bevölkerung dieses Raumes jener Lebensmittelstandard amtlich garantiert werden, der zur Aufrechterhaltung der Lebenskraft dieser Volksschichten notwendig ist. Es werden ab 1.Sept. generell für die fremdvölkische Bevölkerung Lebensmittelsätze ausgegeben, die im allgemeinen 80 % der normalen Lebensmittelzuteilung im Deutschen Reich ausmachen werden. Durch diese Regelung will die Regierung des Generalgouvernements ihren Dank an die loyale Bevölkerung für die Mitarbeit an diesem Gemeinschaftwerk zum Ausdruck bringen. (Beifall)

1.6.1943

Ich verspreche mir von dieser Regelung eine entscheidende Steigerung der Leistung der fremdvölkischen Arbeiterschaft im Dienste des Führers und des Reiches und unseres Endsieges.

Es obliegt mir neben diesem Danksagen auch des Umstandes der Geistesgeschichte zu gedenken, auf dem schließlich die Gesamtentwicklung dieser Zeit beruht. Nehmen Sie an, es wäre durch irgendeinen märchenhaften Umstand dieser Raum in den Führungsbesitz jenen Deutschen Reiches mit seinen 47 Parteien und Parteichen, mit seiner inneren Zerrissenheit gekommen, das Adolf Hitler abgelöst hat! Dieses Gebiet würde niemals anders deutsch geworden sein als durch den Nationalsozialismus. Die anfeuernde, weltanschaulich klare, im Siegglauben an den Führer und das Reich stahlharte Bewegung Adolf Hitlers allein ist das geistige, moralische, charakterliche und auch energetische Rückgrat des Gesamtwirkens in diesem Raum. (Beifall) Ohne diesen Nationalsozialismus und dieses Vorbild Adolf Hitler wären wir hier nichts und hätten wir nichts schaffen können. Ein starkes Reich schützt unsere Arbeit, deckt unsere Arbeit, fördert unsere Arbeit und gibt uns damit den Rückhalt, den jene deutschen Geschlechter nicht hatten, die in früheren Jahrhunderten hier ihre deutsche Führungssendung vollführten.

Ihnen, Parteigenosse Bodo Stahr, danke ich ganz besonders aus kameradschaftlichem Herzen. Sie haben hier vor wenigen Jahren die Abteilung Sozialpolitik im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. übernommen und Sie haben vorbildlich unter tapferem Einsatz Ihrer Person das alles geschaffen, was wir Leistungskampf der Betriebe nennen und was diesen Rückhalt und diese dauernde Verbindung zwischen Wirtschaftsführung und Bewegung Adolf Hitlers in diesem Raum ermöglicht.

1.6.1943

Ich glaube, daß diese Feierstunde für Euch alle, Männer der deutschen Betriebe im Generalgouvernement ein Ansporn sein wird, im kommenden Jahr sich erneut in diesen Leistungskampf einzureihen. Ich rufe Euch zu diesem Leistungskampf im Jahre 1943/44 hiermit auf. Geht ans Werk, bleibt am Werk, siegt mit Eurem Werk!

(Langanhaltender Beifall)

Mit der Führungehrung findet die Feierstunde ihren Abschluß.

10^{40} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

11^{35} Bankdirigent Dr. Paersch übergibt dem Herrn Generalgouverneur die Geschäftsberichte und Jahresabschlüsse der Emissionsbank für die Jahre 1940/41/42.

Der Herr Generalgouverneur spricht bei dieser Gelegenheit dem Bankdirigenten Dr. Paersch und allen seinen Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die hervorragende Leistung aus.

11^{50} Besprechung mit Bevollmächtigten Dr. Heuber.

Dr. Heuber teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß am 22. und 23. Juni 1943 eine Tagung der Internationalen Rechtskammer in der Slowakei stattfindet.

12^{10} Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur überreicht in Anwesenheit des Präsidenten Wille und des Vizegouverneurs Dr. Eisenlohr dem Regierungsrat Schröder zum 50-jährigen Dienstjubiläum im Namen des Führers und Reiches sein Bild mit persönlicher Widmung.

12^{55} Besprechung mit Pressechef Gassner.

13^{00} Mittagessen

Stellv. Ltr. Pg. Stahl z. Kenntnis!

25.5.43.

Leistungsbericht

des Leiters des Hauptarbeitsgebietes "Arbeits-u. Sozialpolitik",

Bereichsleiter Bodo Stahr

anlässlich der Auszeichnung der Betriebe mit dem Diplom des Generalgouvernements für hervorragende Leistungen

am 1. Juni 1943 auf der Burg zu Krakau.

Die heutige Zeit stellt an unser ganzes deutsches Volk die grössten Anforderungen, die jemals in der Form überhaupt denkbar waren. Arbeitserfolge können sich immer nur dann einstellen, wenn die ganze Kraft des deutschen Lebens in diesem Raum unter totaler Auswertung ihrer Veranlagungen und Fähigkeiten zum konzentrierten Einsatz kommen und durch die politische Führung dafür Sorge getragen ist, dass die durch den verstärkten kriegsbedingten Einsatz auf die Dauer hochbeanspruchte deutsche Arbeitskraft nicht unnötig an Leistungswert verliert.

Ich stelle diese Erkenntnis an den Anfang meiner Ausführungen, da es notwendig ist, in diesem totalen Kriegsgeschehen immer wieder aufzuzeigen, welch entscheidende Bedeutung einer richtigen Menschenführung und Menschenbetreuung zukommt. Der deutsche Mensch muss schlechthin in diesem Raum nicht nur Höchstleistungen vollbringen, sondern Führungsaufgaben durchführen, will er die von dem Herrn Generalgouverneur aufgezeigten Ziele, die eine endgültige Zukunftssicherung bedeuten, erreichen.

./.

Die wirksamste Gestaltungskraft im Arbeitsleben ist die Selbstverantwortung in allen Dingen des täglichen Lebens der Menschen. Wenn wir eine gesunde betriebliche Weiterentwicklung wollen und den Einsatz aller schaffenden Energien anstreben, dann müssen wir dem Pflichtbewusstsein, dem Vorwärtsstreben, der Verantwortungsfreudigkeit, ob Betriebsführer oder Gefolgschaft, die Möglichkeit zur Entwicklung geben. Die Führung, die glaubt, das Arbeitsleben in allen seinen Einzelheiten reglementieren zu müssen, die für alles und jedes Anordnungen, Befehle und Vorschriften erlässt, wird selbst zum Hindernis der Leistungsentfaltung. Man darf eben nur das Grundsätzliche verordnen. Man muss dem Arbeits- und Betriebsleben eine Rahmenordnung und einen Marschbefehl mit klar aufgezeichneter Marschrichtung geben, man muss darüber wachen, dass die befohlene Ordnung und die Marschrichtung eingehalten wird und im übrigen mit allen Mitteln dafür sorgen, dass alle Ordnungs- und Leistungskräfte im Interesse einer sofortigen Erreichung des gesteckten Arbeitszieles zum wirksamsten Einsatz kommen. Wenn wir die Betriebe der deutschen Wirtschaft uns anschauen und das heutige Gesicht erkennen, so wissen wir, dass nicht allein durch die ergangenen Gesetze und Verordnungen diese Leistung vollbracht werden konnte. Es wurde viel mehr geschaffen, weil wir die motorischen Kräfte der Selbstverantwortung zum Einsatz brachten, weil wir die Verwirklichung unseres betriebsordnenden, sozialwirtschaftlichen Programms zur Marschrichtung und zumZiele des

./.

in seiner Art einmaligen, die Selbst- und Mitverantwortung mobilisierenden

"Leistungskampfes der deutschen Betriebe"

machten. Der Leistungskampf der Betriebe, der jetzt im Reichsgebiet und auch im Generalgouvernement als Kriegsleistungskampf durchgeführt wird, hat den Beweis erbracht, dass wahre Höchstleistungen auf allen Gebieten des totalen Krieges nur das Resultat menschlicher Haltung, Einsatzfreudigkeit und Verantwortungsbewusstsein sein können. Diese politische Idee des Kriegsleistungskampfes ist deshalb in letzter Entscheidung für den totalen Krieg kriegswichtig und kriegsnotwendig. Wenn die Menschen mit ganzem Herzen bei der Sache sind, wachsen sie, wenn es sein muss, sogar über sich selbst hinaus, dann werden Leistungen, die bis dahin als unmöglich scheinen, zur Selbstverständlichkeit. Selbstverantwortung, persönliches Verpflichtetsein dem kämpfenden Kameraden an der Front gegenüber sind es, die in einer Reihe von Rüstungsbetrieben bei der Durchführung entscheidender Sonderprogramme bisher ungeheure Leistungen brachten. Die Parteiund die Dynamik der nationalsozialistischen Weltanschauung muss immer wieder alle schaffenden und in Führer- oder Unterführerfunktionen eingesetzten deutschen Menschen zu diesem Leistungswillen und zu diesem fanatischen Einsatz begeistern und hinführen. Hier im Generalgouvernement ist die Verpflichtung zum Mehrleisten und Mehrschaffen noch von viel grösserer Bedeutung. Wenn hier deutsche Unternehmer oder Verwaltungsführer eingesetzt sind, die zum Teil mit ganz wenigen

./.

deutschen Führungskräften und vielen fremdvölkischen Arbeitskräften die Arbeit zu meistern haben, so ist die ständige politische Ausrichtung der deutschen Menschen eine der grössten politischen Erziehungsaufgaben, die die Partei in diesem Raum zu vollbringen hat. Denn wenn erst der deutsche Führungsmensch hier sich seiner Verpflichtung gegenüber dem Kriegsgeschehen stündlich und täglich bewusst ist, allen Fremdvölkischen in der Leistung und in der Haltung ein gründliches deutsches Vorbild ist, müssen wir erwarten, dass auch die letzten fremdvölkischen Arbeitskräfte zum richtigen Einsatz, d.h. zum totalen Einsatz gebracht werden können. Der deutsche Betriebsführer hat gerade hier im Generalgouvernement eine einmalige Position bezogen. Er übt nicht nur eine wirtschaftliche oder verwaltungsmässige Position aus, sondern er ist in erster Linie Pionier für das Deutschtum, Garant für die Durchführung der deutschen Führungsaufgaben in diesem Raum, also eine Persönlichkeit, die politisch und fachlich den Höchstanforderungen gerecht werden muss.

Ein grosser Teil der in diesem Jahr zur Auszeichnung gelangenden Betriebe hatte durch Kriegsverhältnisse schwer gelitten, weit über die Hälfte dieser Betriebe wurde zerstört und unter schwierigsten Verhältnissen neu aufgebaut. Zu beachten ist ferner die vollkommene innerbetriebliche Neugestaltung und in allen Betrieben hervorragende Rationalisierungsarbeit, da ja polnische Techniker und Kaufleute auf diesem Sektor niemals Mustergültiges geleistet haben. Bei Betrieben, die nicht zerstört wurden, musste die Umgestaltung der Arbeitsvorgänge, bzw. die

./.

Neuordnung des gesamten Betriebes während des fortlaufenden Arbeitsprozesses durchgeführt werden. Dies bedingte einen ungeheuren Arbeitseinsatz. Jene Betriebe, die teilweise oder meistens vollkommen zerstört wurden, mussten nicht nur mit mangelhaft ausgebildeten polnischen Arbeitskräften aufbauen, sondern sie mussten auch diese Arbeit in kürzester Zeit erledigen, und die schwierige Frage der Neuanlernung einzelner Berufsarten bzw. Berufsgruppen innerhalb des Betriebes durchführen, da ja in keinem Betrieb, durch die Kriegsverhältnisse bedingt, auf einen vorhandenen, ausgebildeten, den neuzeitlichen Arbeitsbedingungen entsprechenden Arbeiterstamm zurückgegriffen werden konnte. Diese Leistungen im oben erwähnten Sinne sind einmalig und dürften beispielhaft für den Aufbau in diesem Raum sein. Neben dieser Betriebsgestaltungsarbeit lief weiter paralbl das grosse Problem der Ernährung.

Grossbetriebe betreuen heute nicht nur die Belegschaft, sondern auch Familienmitglieder und Angehörige der Arbeitskraft. So hat sich ein Grossteil der Betriebe durch Kriegsverhältnisse bedingt zu einem kleinen Staat innerhalb des Staates entwickelt, der angefangen von der Erzeugung bzw. Produktion sämtlicher wirtschaftlicher Produkte über den Veredlungs- und Bearbeitungsweg hinaus bis zum verbrauchsfertigen Zustand alles selbst leistet. Schweinemast, Kaninchenzucht, Hühnerfarm, eigene Fleischerei, Bäckerei, ein Grossbetrieb mit eigener Kartoffelflockenherstellungsanlage, die übrigens die erste dieser Art im gesamten Generalgouvernement ist, sind heute für die Betriebe Selbstverständlichkeiten geworden. Auch die Versorgung mit anderen lebensnotwendigen Konsumgütern des allgemeinen Bedarfs wird durch den Betrieb selbst gelöst und gemeistert; so hat ein

./.

grosser Teil der Betriebe in eigener Regie Werkskonsume errichtet, die die Belieferung der Gefolgschafts- und Belegschaftsmitglieder in loo%iger Weise durchführt. Diese Probleme, die von den Betrieben gelöst werden müssen, sind wohl in keiner Weise mit den innerhalb des Reichsgebietes bestehenden zu vergleichen und es bedingt daher diese enorme Leistung ganz besondere Anerkennung. Wie auch die soziale Struktur innerhalb dieses Wirtschaftsgebietes eine vollkommen andere und verschiedene von der des Reiches ist, wird allein dadurch festgelegt, dass auch die Arbeit deutscher und fremdvölkischer Menschen in diesem Raum unterganz anderen Gesichtspunkten zu bewerten ist. Deutsche Gefolgschaftsmitglieder arbeiten im Reich mit einer höheren Gefolgschaftszahl im Verhältnis zu Fremdvölkischen wie in diesem Raum. Hier arbeiten die Betriebe im Durchschnitt mit einer Decke von 1 - 3 % deutscher Arbeiter. Die Leistungen, die trotz dieser geringen Zahl leitender bzw. Aufsicht ausübender Deutscher vollbracht werden, stehen jedoch in keinem Fall den Leistungen im Reich nach.

Meine nachfolgenden Ausführungen sind von dem Zweck und Inhalt getragen,Ihnen auf den einzelnen Sektoren sozialpolitischer Betriebsarbeit der von mir überprüften Unterlagen und nach Überprüfung der Betriebe selbst ein Gesamtbild der einzelnen Sektoren zu geben. Die einzelnen Sektoren gliedern sich in

Wohnungswesen
Gesundheitsführung,
Betriebliche Ernährungssicherung
Freizeitgestaltung
Berufserziehungsmassnahmen
Werksverpflegung, Werkskonsum

./.

Gestaltung der Gemeinschaftsräume
Sportliche Ertüchtigung
Allgemeine Sozialleistungen innerhalb der Betriebe.

Auf dem Sektor des Wohnungs- und Siedlungswesens wurde von einem grossen Teil wirklich Hervorragendes und Einmaliges geleistet. Besonders durch das sprunghafte Anwachsen der Rüstungswirtschaft in diesem Raum und der damit verbundenen Mehraufnahme von Belegschafts- bzw. Gefolgschaftsmitgliedern in den einzelnen Betrieben, stellt dieses Problem ein Grundproblem zur Sicherung der betrieblichen Arbeitsweise dar. Es musste vor allem vermieden werden, dass lange Anmarschwege der Belegschaftsmitglieder entstehen und so haben sich viele Betriebe verpflichtet gefühlt, die Wohngelegenheiten für deutsche und fremdvölkische Arbeitskräfte in unmittelbare Nähe des Betriebes zu verlegen. In sehr wenigen Fällen konnte auf vorhandene Gefolgschaftshäuser bzw. Unterkünfte zurückgegriffen werden. Es ist Selbstverständlichkeit für jeden Betrieb in diesem Raum, der Gefolgschaft ohne Kosten Möbel und andere Wohnungseinrichtungsgegenstände zur Verfügung zu stellen. Führend ist wieder die Eisen verarbeitende bzw. Eisen schaffende Industrie. Nette, helle Wohnräume, deren Möbel in den meisten Fällen in betriebseigener Regie und auch sehr oft in betrieblicher Gemeinschaftsarbeit gestaltet, d.h. entworfen, gestaltet und erstellt werden, kennzeichnen den Sinn und das Bestreben in diesem Raum, fern der Heimat, echte deutsche Wohnkultur zu pflegen. Grossbetriebe der Eisen- und Metallindustrie haben vorbildliche Gefolgschaftshäuser, sowie zum Teil Familienhäuser geschaffen. Jugendwohnheime, Junggesellenheime und Mädchenheime sind in vielen der ausgezeichneten Betriebe vorhanden.

./.

In einem Grossteil der Betriebe wird für diese Einrichtungen, sowie für das Zurverfügungstellen von ganzen Wohnungen keine Bezahlung bzw. Berechnung durchgeführt, sondern diese stellen zusätzliche Sozialleistungen für diese Betriebe dar. Neben diesem Wohnungswesen wurde der betrieblichen Gesundheitsführung ein besonderes Augenmerk zugewandt. Anregungen wurden gern entgegengenommen und gerade auf diesem Sektor kann berichtet werden, dass durch die intensive Arbeit der Gesundheitszustand in den Betrieben verbessert, durch entsprechende Einrichtungen und Kontrollmassnahmen Bummelschichten reduziert wurden, und dass wir heute Betriebe haben, in denen der Krankheitsdurchschnitt 1/4, 1/5 bis 1/6 unter dem Reichsdurchschnitt liegt. Werksarzt, in grösseren Betrieben Werksärzte unter deutscher Leitung sind in den meisten Rüstungsbetrieben Selbstverständlichkeit geworden. Vorbildlich eingerichtete Ambulatorien, teilweise sogar mit angebauten Sanitätsstuben und Krankenstuben, in 2 grösseren Betrieben dieses Wirtschaftsgebietes sogar vorbildliche Krankenhäuser kennzeichnen das Verständnis von Betriebsführung und Gefolgschaft, sich und die Arbeitskraft der Schaffenden der Heimatfront zu erhalten. Bäder in vorbildlichstem Zustand in jedem Betrieb, Brauseanlagen, sowie Kleiderablagen und Kleiderräume innerhalb der einzelnen Betriebsabteilungen, neuzeitlich angelegte sanitäre Anlagen, Seuchenlazarette, Entlausungsanstalten für die fremdvölkische Belegschaft sind Einrichtungen, die durch Ärzte betreut, überprüft und auf den neuesten Stand gebracht werden.

./.

Neben dieser Gesundheitsführung läuft die betriebliche Ernährungssicherung. Jeder der grossen Betriebe bestellt bisher ungenützte Flächen mit Gemüse und hat eigene Gemüse-Gärtnereien, sogar Schweine- und auch Pferdezucht, manche Betriebe haben Güter bis zu 600 ha und darüber und sichern damit die Ernährungsgrundlage und liefern die Rohprodukte für die Verpflegung der deutschen Gefolgschaft und fremdvölkischen Belegschaften. Rüstungsbetriebe in diesem Raum haben in betrieblicher Gemeinschaftsarbeit darüber hinaus eigene Fleischereien, Kühlhäuser, Lagerhäuser und des weiteren Friseur-, Näh- und Flickstuben eingerichtet, wo für billiges Geld für die Instandhaltung der Kleidung gesorgt wird. Vorbildlich eingerichtete Werksküchen, die einen enormen Umsatz an Essensportionen täglich aufweisen, werden durch Gärtnereien und Güter beliefert. Die Verpflegung ist in allen Fällen gut und durch eigene Teeküchen und Kaffeeversorgungsstellen wird der Typhusgefahr vorgebeugt. Kantinen innerhalb eines Betriebes bieten der fremdvölkischen Belegschaft die Möglichkeit, zusätzlich zu billigen Preisen, die meistens unter dem Selbstkostenpreis der Betriebe liegen, Lebensmittel zu erstehen. Ein ausgebautes System von Werkskonsumverpflegung auch der Angehörigen der fremdvölkischen Belegschaft bietet die Möglichkeit, unnütze Zeitvergeudung auf Einkaufswegen zu verhüten und ausserdem die Gewähr, die fremdvölkischen Arbeitskräfte durch Fernbleiben von der Arbeitsstelle nicht im Leistungseinsatz zu verlieren. Vorbildliche Kantinen, Speiseräume, Kameradschaftsräume und Gefolgschaftsheime bieten Anlass und Gewähr, dass die innerbetriebliche Kameradschaft gefördert und das betriebliche Zusammengehörigkeitsgefühl noch mehr gestärkt und

./.

gepflegt wird. Ein grosser Teil der Betriebe hat in Gemeinschaftsarbeit und in Form der Freizeitgestaltung mit betrieblichen Mitteln und in betrieblicher Regie hervorragende Gemeinschaftsräume erstellt.

Im Rahmen der Freizeitgestaltung wurden eigene Sportplätze, Schwimmbäder, teilweise Tennisplätze, ja Bäder und in einem Falle sogar ein Hallenbad erstellt. Dann wieder gepflegte Parkanlagen und Kinderspielplätze sind diesen Menschen zum Bedürfnis geworden und werden in Gemeinschaftsarbeit gepflegt, wobei der Betrieb in allen Fällen eine finanzielle Hilfe und Unterstützung gewährt. Auf Sportplätzen erfolgt die sportliche Ertüchtigung,die gemeinsame Erwerbung des SA-Wehrabzeichens wird in vielen Fällen gemeinsam durchgeführt. Erholungsheime, wo Gefolgschaftsmitglieder Entspannung und Ruhe finden,ja in einigen Fällen sogar nach Belieben schalten und walten können, kennzeichnen das Bestreben der Betriebe, die Schaffenskraft so weit nur irgend denkbar zu erhalten und für harte anstrengende Arbeit der Gefolgschaft Entspannung zu bieten. Sportgruppen unter Anleitung von Fachkräften, die sämtliche Arten von Sport betreiben, Meisterschaftsspiele bis zum Aufrücken in die Meisterschaftsrunde der Generalgouvernementsmeisterschaften, Siege von Betriebsgemeinschaften innerhalb von Sportveranstaltungen, lassen auch das Bestreben der Gefolgschaft erkennen, durch Ausgleichsport, teilweise auch reinem Leistungssport, die Erhaltung der Arbeitskraft zu erwirken. Die Abend- und Freizeitgestaltung wird auch durch Schachgemeinschaften, Tischtennisgemeinschaften und die zur Verfügung stehenden Werksbüchereien gepflegt.

./.

Eigene Werksorchester, Gesangvereine, Sammlergemeinschaften, bieten allen Interessenrichtungen in Bezug auf die Weiterentwicklung der einzelnen Gefolgschaftsmitglieder die Möglichkeit, eine individuelle Einstellung an den Tag zu legen. Vorträge ernster und heiterer Natur bieten Entspannung und auch Förderung des Wissens, wobei in vielen Fällen Betriebsführung und Gefolgschaft aktiv dazu beitragen. Theatervorstellungen, als Darsteller Gefolgschaftsmitglieder, Kabarettvorführungen, lassen richtiges Gemeinschaftsdenken und Fröhlichkeit erkennen. Neben diesen der Gesamtheit der Betriebsgemeinschaft zugute kommenden Veranstaltungen wird auch dem leistungsmässigen Sektor der Berufserziehung, Begabtenförderung, von allen Betrieben das nötige Augenmerk geschenkt. Lehrwerkstätten in den Betrieben der Eisen- und Metall-, der Textil- und Glasindustrie, kurzum auf sämtlichen Sektoren, lassen das Verständnis der Betriebsführungen erkennen, durch eigene Heranbildung von Arbeitskräften Zukunftssorgen auf dem Gebiet des Facharbeiternachwuchses zu lösen. Grosse Betriebe haben teilweise Werksschulen eingerichtet, in welchen unter Leitung von geschulten Kräften die fachliche Ausrichtung von volksdeutschen Jungens durchgeführt wird. Auch polnische Jugendliche werden unter deutscher Leitung zu tüchtigen Fachkräften herangebildet. Neben dem rein fachlichen beruflichen Können ist in einigen Fällen durch die Unterbringung volksdeutscher Jugendlicher in Internaten, die zu den Werkschulen gehören, auch die Möglichkeit der politischen Einwirkung und Erziehung gegeben. Auch bei fraulichen Berufen, z.B. der Ausbildung zu Laborantinnen, hat man bereits Erfolge erzielt, die für die künftige Ausbildung der Jugend richtunggebend sein werden.

Neben den bisher dargelegten Sozialleistungsmassnahmen haben viele Betriebe werkseigene Kindergärten eingerichtet. Die Betreuung der im Felde stehenden Soldaten, sowie Arbeiten der Frauengruppen innerhalb der Betriebe, welche Flick- und Ausbesserungsarbeiten an Soldatenwäsche in ihrer Freizeit vornehmen, ist das Verständnis und der Wille zur Zusammengehörigkeit auch bei Einberufung eines Gefolgschaftsmitgliedes zu erkennen.

Abgabe von Deputaten in Form von Kohlen, Holz oder anderen betrieblichen Veredlungsprodukten erleichtert der fremdvölkischen Belegschaft die Lebensführung.

Ehrung von Arbeitskameraden und Arbeitsjubilaren, Auszeichnungen mit Kriegsverdienstkreuzen und anderen Ehrenzeichen sind bereits bisher erfolgte Anerkennungen von Leistungen der Gefolgschaftsmitglieder und damit verbunden der Betriebsgemeinschaft. Kinderbeihilfen bei Geburt, Heiratsbeihilfen bei Heirat und Sozialleistungen im Alter - in grossen Betrieben eine eigene Sozialkasse - sind Zeugnis wirklich gemeinsamen Denkens und Empfindens. Neben diesen Sozialleistungen des Betriebes ist die Form der sogenannten Prämien-Entlohnung oder Zuteilung in den meisten Betrieben als positives und erzieherisches Mittel gegenüber der fremdvölkischen Belegschaft angewandt worden.

Der Grundsatz, dass die beste Sozialpolitik auch die beste Wirtschaftspolitik ist, und umgekehrt, hat sich auch in dem Leistungskampfjahr 1942/43 als richtig erwiesen. Durch die politische Aktivierung des Kriegsleistungskampfes sind bei den einzelnen Wirtschaftsgruppem Leistungssteigerungen eingetreten,

./.

die man vorher nie geahnt hat. Ein Textilbetrieb hat eine 110%ige Leistungssteigerung von 1941 auf 1942 erzielt. Betriebe der Generaldirektion der Monopole erzielten Leistungssteigerungen um 30% von 1940 auf 1941, sowie Förderungssteigerungen von ca. 15%. Kriegswichtige Betriebe haben in einer Form die Leistungen steigern können und stehen in keiner Weise den Betrieben des Reiches nach.

Darüber hinaus ist durch den Leistungskampf im Generalgouvernement ein Vertrauensverhältnis zwischen Betriebsgemeinschaft und Partei herausgebildet worden, welches für die weiteren Kriegsanstrengungen von ganz besonderer Bedeutung sein dürfte. Allein schon die Tatsache, dass sich hier unter den schwierigsten Bedingungen in diesem Raum 700 Betriebe zum Leistungskampf angemeldet haben und damit den Wettkampfgedanken grundsätzlich bejahen, ist ersichtlich, dass längst noch nicht die Leistungen erschöpft sind, sondern durch ein ständiges Erziehen, Ausrichten und vernünftiges Planen noch weitere Leistungen vollbracht werden können.

Die von mir durchgeführten Überprüfungen im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen, sind nach strengem Masstab vorgenommen worden und wenn von 700 Betrieben 5 zur Auszeichnung kommen, sieht man wiederum, dass diese Betriebe auch als wirklich vorbildliche Betriebe im Generalgouvernement anzusprechen sind.

Auf meinen Vorschlag hat der Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP., Generalgouverneur Dr. Frank folgende Betriebe mit dem

Diplom des Generalgouvernements für hervorragende Leistungen

ausgezeichnet und zwar :

1. Stahlwerke Braunschweig GmbH
   Werk Stalowa Wola
2. Flugmotorenwerke Reichshof GmbH.,
3. Flugzeugwerke Mielec
4. Stahlwerke Braunschweig GmbH., Berg- u. Hüttenwerke Starachowice im Montanblock der Hermann Göring-Werke
5. Steyr, Daimler, Puch AG. Werk Radom
6. Steyr, Daimler, Puch AG. Werk Warschau
7. Hugo Schneider AG. Werk Granat, Kielce
8. Bruhnwerke Warschau GmbH.
9. Frontreparaturbetrieb Helmut Nestler, Warschau-Okecie
10. Frontreparaturbetrieb G.L. Junkers Warschau-Okecie
11. Neue Kühler- und Flugzeugteilefabrik Kurt Hodermann, Werk Krakau
12. Pulver- und Sprengstoffabrik Pionki
13. Karpathen-Öl AG., Lemberg
14. Werke des Generalgouvernements AG. Stickstoffwerk Moscice
15. Heinrich Köhler, Strassen- u. Tiefbauunternehmung, KG. Hauptbüro Osten, Lemberg
16. Heinrich Köhler, Strassen- u. Tiefbauunternehmung, Niederlassung Radom
17. Salzwerk Wieliczka der Generaldirektion der Monopole
18. Salzwerk Bochnia der Generaldirektion der Monopole
19. Industrie- u. Handelsgesellschaft Emil Haebler, Glashütten "Kara" und "Hortensia" Petrikau
20. Trinkbranntwein- und Branntweinreinigungswerk Warschau d. Generaldirektion der Monopole
21. Tabakwerk Radom der Generaldirektion der Monopole

22. Staatliche Getreide- und Industriewerke Krakau-Lemberg

23. Brauerei Okocim und Industriewerke GmbH. Krakau

24. Tuchfabrik Hugo Mathis & Co., Tomaschow-Maz

25. "Warta", Jute- und Leinenspinnerei, Tschenstochau

26. Tschenstochauer Textilwerke "Stradom", Tschenstochau

27. Zyrardower Manufakturwaren AG. Zyrardow

28. Behring - Institut Lemberg

29. F. Unduetsch & Co., Niederlassung Brzezany

30. Papierwarenhandlung Alexandrowitsch, Krakau

31. Reichsdeutsche Fleischerei Zakopane

32. Deutsche Uniformierungsstätte Krakau

33. Stadthauptmannschaft Tschenstochau

34. Ostbahnausbesserungswerk Stanislau

35. Ostbahnausbesserungswerk Stryj

36. Ostbahnausbesseruggswerk Neu-Sandez

37. Ostbahnausbesserungswerk Tarnow

38. Ostbahnausbesserungswerk Warschau-Praga

39. Ostbahnausbesserungswerk Pruszkow b. Warschau

40. Ostbahn Bahnbetriebswerk Krakau-Hauptbahnhof

41. Ostbahn Bahnbetriebswerk Krakau-Plaschow

42. Schmalspurbahnamt Jedrzejow

43. Bahnhof Skarzysko Kamienna

44. Eisenbahnerheim Radom des Kameradschaftswerks der deutschen Eisenbahner der Ostbahn

45. Der Gouverneur des Distrikts Radom Abtlg. Ernährung und Landwirtschaft

./.

46. Deutsche Post Osten, Rundfunksender Krakau
47. Deutsche Post Osten, Telegraphenbauamt Krakau
48. Deutsche Post Osten, Zweigpostamt Krakau 2o
49. Deutsche Post Osten, Telegraphenbauabtlg. Tarnow
5o. Deutsche Post Osten, Postamt Limanowa
51. Deutsche Post Osten, Postamt Zamosc
52. Deutsche Post Osten, Postamt Tschenstochau
53. Deutsche Post Osten, Postamt C 2 Warschau
54. Deutsche Post Osten, Telegraphenbauamt Lublin
55. Deutsche Post Osten, Fernsprechamt Lublin
56. A. Müller, Tomaschower Teppich-, Läufer- und Kokoswarenfabrik AG. Tomaschow-Maz
57. Allart Rousseau AG., vorm. Piesch, Tomaschow-Maz
58. Deutsche Post Osten, Postamt Drohrbycz

Ich bitte Sie, Herr Generalgouverneur, die Verleihung der Diplome vornehmen zu wollen, das neue Leistungskampfjahr 1943/44 zu eröffnen und anschliessend zu uns zu sprechen.

-.-.-.-

449

1.6.1943

14⁵⁵ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Regierungsgebäude.

15⁰⁰ Wirtschaftstagung im Großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes.

Schlußworte des Herrn Generalgouverneurs:

Ich wollte heute vor Ihnen eigentlich Grundsätzliches der wirtschaftlichen Arbeit des Generalgouvernements darlegen. Das kann man aber nur, wenn in einem Gremium Probleme grundsätzlichster Bedeutung als restlos gelöst oder lösbar bezeichnet werden. Ich habe mich mit Absicht nicht auf die Referate, die im Programm vorgesehen waren, beschränkt, sondern habe mir aus Ihrem Kreis die Wortführer der Wirklichkeit geholt. Ich gestehe, daß ich mich auf Grund des Ergebnisses der heutigen Sitzung in diesem Augenblick ausserstande sehe, Ihnen irgendwie Abschliessendes zu sagen; denn ich bin nicht gewohnt, über Regierungsvorgänge oder Regierungsplanungen zu sprechen, wenn mir diese Planungen nicht restlos klar vor Augen liegen. Ich ende daher die heutige Sitzung nicht - wie zu erwarten war - sondern ich vertage sie. Ich werde Sie voraussichtlich in etwa 4 bis 6 Wochen wieder zusammenberufen und werde dann sprechen. Bis dahin wird folgender Auftrag erfüllt sein, den ich Ihnen, Herr Staatssekretär, hiermit bekanntgebe:

> Ich bilde hiermit einen unter meinem Vorsitz stehenden Ausschuß für die Versorgung der nichtdeutschen arbeitenden Bevölkerung des Generalgouvernements. Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, mir von heute an gerechnet in fünf Wochen einen völlig ausgearbeiteten und absolut der Verwirklichung zuzuführenden Plan vorzulegen, auf Grund dessen die Versorgung der fremdvölkischen arbeitenden

1.6.1943

Bevölkerung in allen Lebensbereichen regierungsamtlich sichergestellt ist. Ich übernehme den Vorsitz in diesem Ausschuß selbst und berufe Sie, Herr Staatssekretär, den Herren Präsidenten Dr. Emmerich, den Herrn General Schindler, Generaldirektor Hoffmann, Dr. Weber, Dr. Burghardt, Dr. Hartung, Dr. Föhl und Pg. Bodo Stahr hinein.

Ich werde an den Beratungen dieses Ausschusses persönlich teilnehmen und die maßgeblichen Präsidenten der Regierung jeweils zu den einzelnen Faktoren hören.

Meine Herren! Sie wollen daraus erkennen, daß sich zu dieser heutigen Sitzung aller Anlaß aufgestapelt hatte. Ich bin Ihnen für den offenen Einblick in die gegenwärtige Lage dankbar, den Sie mir gegeben haben. Mögen Sie die Bedeutung meiner jetzigen Ausführungen dahingehend aufnehmen, daß es in der Geschichte des Generalgouvernements das erste Mal ist, daß ich zu einer solchen Maßnahme greife. Wir werden uns von der Wirklichkeit in diesem Raum nicht unterkriegen lassen.

17^{45} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

18^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{26} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Mittwoch, den 2.Juni 1943

bis

Mittwoch, den 9.Juni 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Krakau

Donnerstag, den lo.Juni 1943

7^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

Anschließend Fahrt nach Kressendorf.

8^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Kressendorf nach Krakau.

8^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{30} Frühstück mit dem Bevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Gauleiter Sauckel.

9^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Kino Skala.

10^{00} Veranstaltung der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements in der Skala mit einer Rede des Gauleiters Sauckel.

12^{00} Besprechung mit Gauleiter Sauckel.

13^{00} Mittagessen.

14^{45} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

15^{00} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an einer Arbeitssitzung des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP. im Hause der Partei.

Nach Referaten der Leiter der einzelnen Sachgebiete und der Distriktsstandortführer hält der Herr Generalgouverneur zum Schluß folgende Rede:

10.6.1943

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Ich glaube, daß uns die heutige Arbeitssitzung vor allem den Eindruck vermittelt hat, daß in allen Sektoren der Leitung des Arbeitsbereiches sowie in allen Distriktsstandortführungen aufs regste und trotz aller Schwierigkeiten der Zeit vorwärts-schreitend gearbeitet wird. Ich möchte mich heute kurz fassen.

Wir stehen vor allem vor der großen Frage, die ich mit ja beantwortet wissen möchte, ob wir heuer wieder einen "Tag der NSDAP" veranstalten wollen. Ich bin entschlossen, diesen Tag möglichst eindrucksvoll aufzuziehen, weil die Erfahrung zeigt, daß ein solcher dokumentarischer Lebensbeweis für das Deutschtum des Generalgouvernements und auch rückstrahlend für die Gesamtbewegung notwendig ist.

Daß die Bewegung hier in den unsagbaren Schwierigkeiten dieser Zeit menschlicher, sozialer, stimmungsmäßiger, allgemein politischer und sonstiger Art den Mut behalten hat und die Kraft in sich trägt, vorwärtsstürmend zu arbeiten, ist ein Ausdruck dafür, welchen Segen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im Rahmen der weltgeschichtlichen Vorgänge von so einzigartigem Ausmaß in sich trägt. Es gab und gibt im Deutschen Reich heute ganz zweifellos Schwierigkeiten über Schwierigkeiten, die stimmungsmäßig bedingt sind; und die Ereignisse der reinen Kriegsgeschichte des letzten Jahres bergen leider eine Fülle von Tatsachen in sich, die uns stimmungsmäßig auf das Schwerste bedrücken. Der Führer sowohl als auch die maßgeblichen Männer der Reichsführung haben aber diesen Umstand dem deutschen Volk unumwunden vorgetragen. Es ist noch gar nicht lange her, daß wir den furchtbaren Schlag in Stalingrad erlitten, und es ist noch weniger Zeit verstrichen, seit wir Tunis räumen mußten. Ich

1o.6.1943

frage Sie: ist es nicht im Zusammenhang mit den täglichen Bombardierungen im Westen, bei denen ganze Städte auf das Furchtbarste gequält und zerstört werden, eines der grandiosesten und weltgeschichtlich einmaligsten Ereignisse, daß ein Volk so etwas ohne jeden Ansatz eines machtvoll sich erhebenden, erkennenden Zweifels am Siege erträgt? Das hat es in der Geschichte noch nicht gegeben. Nicht aus den Siegen erwächst die wirkliche Kraft, sondern aus dem Stehen bei Rückschlägen. Das haben wir so und so oft in der Kampfzeit der Bewegung erlebt und das erlebt nun das ganze deutsche Volk.

Es ist alles Quatsch, wenn man sagt, daß unsere Revolution der Ausgangspunkt des Krieges gewesen ist. Nein, - es war der Jude. Wenn Sie mich heute fragen, welche Parole ich Ihnen mitgeben soll, dann antworte ich, den Juden. Es ist kein Zweifel, daß unsere Bewegung das deutsche Volk gerettet hat. Nicht so ist das Problem, daß, weil der Nationalsozialismus kam, wir den Krieg haben, sondern weil wir den Nationalsozialismus haben, werden wir den Krieg, der unbedingt gekommen wäre, siegreich bestehen. Es ist nicht ein leeres Propagandawort, wenn ich Ihnen heute wieder den Juden nahe-bringe und die Gefahren, die mit ihm verbunden sind. Ich muß hier nicht rein mechanisch eines unserer alten Propagandarequisiten aus dem Kasten holen; Tatsache ist, daß der Jude die größte Gefahr darstellt.

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Heute ist eine geistige Weltfront im vollen Vorwärtsstürmen, die unter der eindeutigen Führung Adolf Hitlers steht. Der Antisemitismus in England und in Amerika ist heute schon eine sehr beachtliche Tatsache. Ich bin weit frage Sie: ist es nicht im Zusammenhang mit dem täglichen Bombardierungen im Westen, bei denen ganze Städte auf das Furchtbarste gequält und zerstört werden, eines der grandiosesten und weltgeschichtlich einmaligsten Ereignisse, daß ein Volk so etwas ohne jeden Ansatz eines machtvoll sich erhebenden, erkennenden Zweifels am Siege erträgt? Das hat es in der Geschichte noch nicht gegeben. Nicht aus den Siegen erwächst die wirkliche Kraft, sondern aus dem Stehen bei Rückschlägen. Das haben wir so und so oft in der Kampfzeit der Bewegung erlebt und das erlebt nun das ganze deutsche Volk.

Es ist alles Quatsch, wenn man sagt, daß unsere Revolution der Ausgangspunkt des Krieges gewesen ist. Nein, - es war der Jude. Wenn Sie mich heute fragen, welche Parole ich Ihnen mitgeben soll, dann antworte ich, den Juden. Es ist kein Zweifel, daß unsere Bewegung das deutsche Volk gerettet hat. Nicht so ist das Problem, daß, weil der Nationalsozialismus kam, wir den Krieg haben, sondern weil wir den Nationalsozialismus haben, werden wir den Krieg, der unbedingt gekommen wäre, siegreich bestehen. Es ist nicht ein leeres Propagandawort, wenn ich Ihnen heute wieder den Juden nahe-bringe und die Gefahren, die mit ihm verbunden sind. Ich muß hier nicht rein mechanisch eines unserer alten Propagandarequisiten aus dem Kasten holen; Tatsache ist, daß der Jude die größte Gefahr darstellt.

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Heute ist eine geistige Weltfront im vollen Vorwärtsstürmen, die unter der eindeutigen Führung Adolf Hitlers steht. Der Antisemitismus in England und in Amerika ist heute schon eine sehr beachtliche Tatsache. Ich bin weit davon entfernt, bei den Bewegungen in diesen Ländern heute schon irgendwelche politischen oder gar kriegstechnischen Auswirkungen vorauszusehen. Entscheidend aber ist, daß wir am Wendpunkt der geistesgeschichtlichen Einstellung zum Rasseproblem stehen. Einmal hatten wir die Formulierung gewählt, daß dieser Kampf gegen den Juden kein innerer Reichskampf ist, sondern der Kampf gegen den Juden ist eine naturgesetzliche, übernationale Angelegenheit. Wenn es heute so weit kommt, daß in Fabriken Großbritaniens schon Aufschriften amtlich beseitigt werden müssen, die die Frage an den Arbeiter richten, "Weist Du, warum Du im Kriege bist" - wegen der Juden. Wenn in Nordamerika Zeitungen verboten werden, wie etwa die "Times Angeles", weil sie Sondernummern herausbringen und darin beweisen, daß 80 % des Vermögens der Vereinigten Staaten in den Händen der Juden sind, so sind das klare Vorzeichen.

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Überall, auch in den kleinsten Kreisen draußen, kann man jetzt so eine Art witziger oder kritisch skeptischer Bemerkungen hören, die starke Zweifel am deutschen Sieg erkennen lassen. In Anbetracht der Gesamthaltung unseres großen deutschen Volkes muß die Partei die Führung dieser Entwicklung im Sinne einer Klarlegung der Voraussetzungen des Krieges und des Endsieges in absolut populärer Weise übernehmen. Das gilt gerade bei uns im Generalgouvernement. Es wurde heute viel von der Haltung der Deutschen im Generalgouvernement, von der Haltung der führenden Männer und ihrem Vorbild gesprochen. Das ist eine der wichtigsten Fragen. Ich möchte Sie, Pg. Stahl, bitten, in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretär der Regierung, dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen und anderen führenden Persönlichkeiten dafür zu sorgen, daß ein Sonderkomitee

10.6.1943

zusammengestellt wird, das die Aufgabe hat, alle die Fragen, wie Haltung und Lebensführung der führenden Persönlichkeiten des Generalgouvernements, grundsätzlich ins Reine zu bringen. Weiter ist mir aus den verschiedenen Referaten die Hervorhebung der Tatsache wichtig gewesen, daß wir, wollen wir diesen Kampf bestehen, den Deutschen hier im Lande den Mut und die Erkenntnis eintrichtern müssen, daß sie Vorboten des kommenden großen Deutschen Reiches sind. Ich muß oft voll Schmerz die Feststellung machen, daß im Generalgouvernement Massenverdiener leben, die ihr Geld nicht im Generalgouvernement lassen, sondern in die Heimat transportieren. Wenn auch das die kleinen Leute im Lande täten, würden wir bald am Ende sein. Die Partei hat daher allen Anlaß - und das ist die zweite Parole - neben diesem Kampf um den Siegglauben des deutschen Volkes und der Erreichung einer harten Entschlossenheit und einheitlichen Führung, neben dem Kampf gegen den Juden, für die Reinhaltung des deutschen Lebens in diesem Lande zu sorgen. Hier muß ich alle Kritik zurückweisen, die dahin lautet, daß unsere Parteigerichtsbarkeit kleinlich vorgehen würde. Es wird auf alle Schwierigkeiten Rücksicht genommen, aber die Grundlage muß sein, daß von hier nicht die Meinung ins Reich hineinstrahlt, ~~jeder~~ daß das Generalgouvernement ein korruptesten Vorgängen sich jeder Zeit öffnendes Gebilde ist, sondern daß sich das Generalgouvernement in schärfster Weise derartigen Regungen entgegenstellt. Der Schwarzhandel blüht überall. Im Reich nicht weniger als in Holland, Belgien oder in Norwegen. Es blüht überall das vierte Kriegsjahr mit seinen Nerven und Charakter lähmenden Auswirkungen. Um so wichtiger ist es, daß die Partei das gesündeste bleibt, was das deutsche Volk hat.

1o.6.1943

Vergessen wir dabei eines nicht: wir sprechen immer vom Soldaten und von der Wehrmacht und weiß Gott von welchen bewaffneten Organen; dabei übersehen wir aber, daß heute einer in Soldatenuniform herumlaufen kann, der in seiner inneren Grundhaltung alles andere ist, als einSoldat, wie wir ihn uns vorstellen. Das hängt von der Massierung von Millionen von Menschen zusammen, die man in ihrer Grundhaltung gar nicht mehr ausrichten kann. Sie werden einfach eingezogen, weil man eine Lücke im soldatischen Bereich schließen muß. Die Folge davon ist, daß durch das Hineinfluten von Millionen von unkontrollierbaren Einzelwesen in die Wehrmacht eine spürbare Verschlechterung des Ansehens des Soldatentums eintreten muß. Sie wissen, daß gerade wir im Generalgouvernement unter diesen Erscheinungen sicherheitsmäßig zu leiden haben, wenn es immer und immer wieder vorkommt, daß Urlauber Hauptmitträger des Schleichhandels sind, als Hauptverkäufer der Waffen auftreten usw. Alle diese Erscheinungen hängen mit der Tatsache zusammen, daß da und dort das Soldatische nicht mehr qualifizierbar ist. Das muß bei der Partei völlig anders sein. Wir müssen als Parteimänner die Elite des Führertums bilden und wir müssen dafür sorgen, daß die Partei die Aktivität der besten Grundhaltung des deutschen Wesens darstellt. Hier kommt es nicht auf die Zahl an und nicht auf die Massierung von Massen, die wir bekennen lassen; hier kommt es nur darauf an, daß da, wo die Partei in persona oder Sache erscheint, immer noch der größte Maßstab angelegt werden kann im Vergleich zu den notwendigerweise sich schwächenden Maßstäben, die man auf andere Erscheinungen anlegen muß. Wenn wir trotz aller Schwierigkeiten diesen Gesichtspunkt allmählich in Anwendung bringen könnten, dann wäre ich stolz und glücklich.

10.6.1943

Ich möchte dabei immer wieder zu bedenken geben, daß selbstverständlich, so unendlich wichtig auch die Parteiarbeit hier im Raume ist, das Generalgouvernement als Staat vor noch ganz anderen Aufgaben steht. Bei aller hervorragenden Bedeutung der Partei für die Deutschen im Raume darf nie vergessen werden, daß der Urteilsmaßstab, der dem Generalgouvernement gegenüber angelegt werden muß, nicht aus einer Parallele des Reiches genommen werden kann. Wir sind kein Reichsgau oder irgendeien Reichsprovinz, sondern wir sind ein absolut fremdvölkisches Gebiet, geführt von einer Nußschale von Deutschen. Ich muß mich immer wieder wundern, daß von den Reichszentralen gerade dieser Gesichtspunkt, der der wichtigste ist, am wenigsten berücksichtigt wird, daß es geradezu einer Belehrung bedarf, um dieses Bild täglich in Erscheinung zu bringen. Ich möchte an Hand der letzten Volkszählung mitteilen, daß das Generalgouvernement insgesamt eine Einwohnerzahl von 14,9 Millionen hat und daß sich davon für die Volks- und Reichsdeutschen, Polizei- und SS-Angehörigen die Zahl von annähernd 180 000 ergibt. Es sind also 1,4 % der Gesamtbevölkerung dieses Raumes Deutsche. Wenn Sie demnach die Arbeit der Bewegung hier im Lande nur nach der Zahl der Bevölkerung einschätzen, so beschränkt sie sich praktisch auf 1,4 % der Bevölkerung, und 98,6 % würden vom Staat Generalgouvernement zu betreuen sein.

Vergessen Sie nie, daß die Unruh-Kommission in den letzten Monaten uns viele Tausende gerade der aktivsten Männer zum Wehrdienst weggeholt hat. Ich werte diese Vorgänge nicht, ich möchte nur von meinem Standpunkt aus sagen, daß der Weggang dieser Tausende der letzten Monate eine derartige Verschlechterung der Führungssituation hier im Lande bedeutet, daß sich die Auswirkungen noch gar nicht über-sehen lassen.

10.6.1943

Daß das Generalgouvernement das erste neuartige Gebilde dieser Art im Machtgefüge des Deutschen Reiches ist, hat sich nun wenigstens in unseren Kreisen als eine feststehende Tatsache herausgebildet. Wir haben im letzten Jahr eine der schwersten Krisen unserer Struktur erlebt; das war auch meine eigene persönliche Krise. Sie wissen, daß e ich eine ganz bestimmte Anschauung von der Verwirklichung des Parteiprogramms vertrete; ich stütze mich vor allem auf Punkt 19 des Parteiprogramms. Sie wissen, daß ich in vier großen Reden im vorigen Jahr meine scharfen Bedenken - offen wie es meine Art ist - zum Ausdruck brachte, daß ich erklärte, daß mich in der Entwicklung der inneren Ordnung unseres Reiches gewisse Erscheinungen befremden, die ich als Nationalsozialist nicht akzeptiere. Es ist meine Meinung, daß niemand verhaftet werden soll oder in Haft gehalten werden darf, es sei denn mit richterlicher Bestätigung. Meiner Meinung und meiner ganzen Vorstellung nach ist eben ein Staat ohne die höchste Gerichtsbarkeitsübung nicht denkbar. Sie wissen, daß ich im Einsatz dieses Kampfes sehr viel Auseinandersetzungen hatte; Sie wissen auch, daß ich damals offen davon gesprochen habe, daß ich mir das Deutsche Reich in jeder Form denken kann, nur nicht in der Form des Polizeistaates. Der Kampf hat lange gedauert und ich wußte das; die Verfolgungen persönlicher und sonstiger Art nahmen ein Ausmaß an, die den stärksten Mann umwerfen konnten, mich aber nicht, da ich wußte, daß ich alles im Dienste des Führers tat. Die Entwicklung hat nun dazu geführt, daß im Laufe der letzten Monate eine eingehende Aussprache zwischem dem Führer und mir stattfand, in der diese Fragen restlos bereinigt wurden. Ich darf Ihnen mitteilen, daß mir der Führer in vollem Umfange sein Vertrauen bestätigt hat und zum äußeren Ausdruck wurde ich vom Führer als Präsident der Internationalen Rechtskammer bestätigt und ich habe damit die oberste Führung des europäischen Rechtslebens in Händen. Das bedeutet für uns den Abschluß dieser Entwicklung.

Wir haben aber auch über das Persönliche hinaus eine Krisis unserer staatlichen Struktur durchzumachen gehabt. Wenn Sie sich daran erinnern, daß man uns hier - und wir waren immer dieselbe Handvoll Männer - auferlegt hat, ohne jede Vorprüfung allein 72o ooo to Getreide für das Reich herauszuwirtschaften, wird Ihnen das klar sein. Es hat kein Widerspruch geholfen und ich habe ihn zurückgezogen, weil ich mir sagte, die beste Widerlegung ist der Erfüllungsversuch. Wir haben es versucht und die Folgen sehen Sie heute; die Situation ist folgende: wenn wir nicht in ganz kurzer Zeit die Ernährungssituation der polnischen Bevölkerung in Ordnung bringen, wird die Aufrechterhaltung der Sicherheit in diesem Lande genau so unmöglich sein, wie man von einem Pferd eine Leistung verlangen kann, das nicht gefüttert wird. Vom ersten September ab werde ich die Ernährung der Fremdvölkischen so durchführen, wie ich sie in diesem Raum für notwendig halte. Ich habe dazu die Anweisungen bereits gegeben. Da kann man dann schreiben und schreien, wir sind polenfreundlich. Das ist mir gleichgültig, denn wir tragen die Verantwortung im Lande. Diese absolute Einbeziehung des Generalgouvernements in diese Leistung hat natürlich ungeheure Anforderungen an uns gestellt; wir haben aber das Wunder vollführt und ich will Ihnen darüber eine stolze Zahl nennen: Die Leistung des Generalgouvernements beträgt 68 % der Gesamtleistung dessen, was im gesamten übrigen Osten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer aufgebracht wurde. Dabei ist unser

Gebiet nur ein Zwanzigstel des Gebietes des Ostens. Ich will noch eine weitere Zahl nennen: dem Generalgouvernement wurde die Gestellung einer ungeheuren Zahl von Arbeitskräften aufgebürdet. Wir haben auch hier das äußerste getan und Sie wissen, wieviel deutsche Männer gefallen sind, weil wir diesen gewaltigen Arbeitseinsatz herbeiführen mußten. Wir haben bis jetz 1 042 000 Arbeitskräfte ins Reich abgestellt. Wir werden in diesem Jahre gerade noch 50 000 für den Bergbau einsatzfähige Fremdvölkische erfassen können und werden dann vielleicht noch 100 000 Kräfte haben, von denen man sagen kann, sie bilden eine Art Arbeiterreserve. Dann ist aber Schluß! Diese Zahl beträgt fast 70 % dessen, was alle anderen Bereiche gestellt haben, wenn Sie bedenken, daß aus dem gesamten übrigen Osten 1 700 000 gefordert wurden. Ich nenne diese Zahlen, Parteigenossinnen und Parteigenossen, denn Sie sind daran alle beteiligt. Ich erwähne diese Zahlen zum Beweis dafür, daß die schamlose Verleumdungskampagne gegen uns Deutsche in diesem Raum auf Grund unserer Erfolge zerschlagen wird. Ich hebe den Schild hoch über diese Handvoll deutscher Menschen in diesem Raum, die das Unermeßlichste geleistet haben. Wir wollen uns daher stark zeigen.

Ich entnahm aus den verschiedenen Referaten mit Freude, daß gerade die Bewegung hier in voller Fahrt ist; sie ist auf dem richtigen Weg. Ich begrüße ganz besonders die kleinen Versammlungen, die sie jetzt halten wollen und ich würde bitten, daß sich jeder von Ihnen als Redner betätigt. Man soll nicht warten, bei ein Reichsredner kommt; es genügt wirklich eine Versammlung von 20 Menschen und sie kann wirkungsvoller sein, als eine andere, an der 100 und mehr Besucher teilnehmen. Ich muß immer wieder sagen, auch die Partei hat gerade hier den deutschen Mut aufgerichtet. Es ist mir eine erschütternde Erinnerung, wen ich daran denke, wie ich vor wenigen Tagen in Konskie war und wie dort in einem von Banditen verseuchten Gebiet, abseits vom Orte und schon fast im Walde, mich die 6o Kinder einer deutschen Heimschule begrüßten Es wirken dort ein paar Lehrkräfte und keine Wache, kein Schutzmann ist in der Nähe. Ich habe mich vor diesen Kindern fast geschämt, wenn ich auf die mit Waffen und Pistolen aller Art ausgerüsteten Leute sah, die sich um meinen persönlichen Schutz bemühten, und wenn ich an diese Kinder dachte, die einfach auf ihr deutsches Schicksal vertrauen. Auf meine Frage nach der Sicherheit sagte mir der Leiter: wir haben schon oft Waffen angefordert, aber es ist niemand da, der sich darum kümmert; Gott wird uns schon helfen. Keine Rede davon, daß man diese Schule aufgibt; diese Schule verursachte eine große Aufregung unter der SS und Polizei; man müßte den ganzen Ort räumen lassen - . Ist dieser Geist nicht herrlich? Und solche Beispiele könnte man verhundertfachen.

Es ist Tatsache, daß die Sicherheit im Lande bedroht ist, daß die Mühlen und Molkereien brennen, daß Gehöfte überfallen und Deutsche getötet werden. Aber wie steht es um die Sicherheit der Einwohner von Dortmund oder Essen, wo ist heute ein deutscher Mensch überhaupt in Sicherheit? Sollen die Deutschen im Generalgouvernement eine andere Regelung beanspruchen können? Dafür haben wir hier weniger Bomben, die vom Himmel herab auf uns niederprasseln. Vorläufig noch! Denkt doch einmal an die Unsicherheit im Rheinland! Ist sie nicht noch größer. Also damit soll man uns jetzt nicht kommen. Im übrigen möchte ich sagen, daß von staatlicher und von Reichsseite alles geschehen ist, um die Sicherheit wieder in Gang zu setzen; auch die Wehrmacht wird sich einschalten. Wir müssen und werden ich daran denke, wie ich vor wenigen Tagen in Konskie war und wie dort in einem von Banditen verseuchten Gebiet, abseits vom Orte und schon fast im Walde, mich die 6o Kinder einer deutschen Heimschule begrüßten Es wirken dort ein paar Lehrkräfte und keine Wache, kein Schutzmann ist in der Nähe. Ich habe mich vor diesen Kindern fast geschämt, wenn ich auf die mit Waffen und Pistolen aller Art ausgerüsteten Leute sah, die sich um meinen persönlichen Schutz bemühten, und wenn ich an diese Kinder dachte, die einfach auf ihr deutsches Schicksal vertrauen. Auf meine Frage nach der Sicherheit sagte mir der Leiter: wir haben schon oft Waffen angefordert, aber es ist niemand da, der sich darum kümmert; Gott wird uns schon helfen. Keine Rede davon, daß man diese Schule aufgibt; diese Schule verursachte eine große Aufregung unter der SS und Polizei; man müßte den ganzen Ort räumen lassen - . Ist dieser Geist nicht herrlich? Und solche Beispiele könnte man verhundertfachen.

Es ist Tatsache, daß die Sicherheit im Lande bedroht ist, daß die Mühlen und Molkereien brennen, daß Gehöfte überfallen und Deutsche getötet werden. Aber wie steht es um die Sicherheit der Einwohner von Dortmund oder Essen, wo ist heute ein deutscher Mensch überhaupt in Sicherheit? Sollen die Deutschen im Generalgouvernement eine andere Regelung beanspruchen können? Dafür haben wir hier weniger Bomben, die vom Himmel herab auf uns niederprasseln. Vorläufig noch! Denkt doch einmal an die Unsicherheit im Rheinland! Ist sie nicht noch größer. Also damit soll man uns jetzt nicht kommen. Im übrigen möchte ich sagen, daß von staatlicher und von Reichsseite alles geschehen ist, um die Sicherheit wieder in Gang zu setzen; auch die Wehrmacht wird sich einschalten. Wir müssen und werden die Autorität des Reiches in diesem Raume herstellen; aber kein Wort von Räumung oder Zurückziehen. Freilich, Parteigenossen von Warschau, weint so ein Bürgermeister und ist schwer zu beruhigen; aber die Szenen, die sich in Essen oder anderswo im Rheinland abgespielt haben oder abspielen, sind auch nicht anders. Hier muß die Partei laut ins Land rufen: die Sicherheit des deutschen Menschen wird nicht gewährleistet durch die Polizei, sondern durch den Endsieg in diesem Krieg allein. Und bis dahin sind wir alle des Todes und in Todesgefahr. Diese Tatsache muß die Partei immer wieder klar herausstellen. Und es gibt, ich muß das schon sagen, in diesem Lande genug Beispiele hervorragender Tapferkeit, große deutsche Menschen, die ohne zu mucken bei Überfällen polnischer oder jüdischer Terroristen nach der letzten Patrone den Tod für Deutschland erleiden. Frauen und Kinder sind darunter, denn alles, was diese Verbrecher erwischen, töten sie. Auf keinen Fall aber sind die Todesopfer der Deutschen des Generalgouvernements auch nur annähernd vergleichbar mit der Zahl, die eine Stadt im Rheinland mit etwa 180 000 Menschen unter dem Bombenterror zu bringen hat. Vergessen Sie das nicht und heben Sie diese Tatsache immer wieder hervor.

Als letzten Punkt, den ich heute herausgreifen möchte - meine grundsätzlichen Ausführungen möchte ich mir für die Parteiführertagung im August vorbehalten - , möchte ich über Ihre Ausführungen von einem Mangel an Kameradschaft sprechen. Das ist mir der wundeste Punkt. Wenn das der Fall ist, daß draußen von einem gegen den anderen geschossen wird, dann ist es für mich eine der ernstesten Angelegenheiten. Es muß immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es das unverzeihlichste ist, wenn dieser Zeitpunkt dazu benutzt wird, daß einer gegen den anderen schießt.

10.6.1943

Es ist klar, daß es viel bequemer ist, statt sachlich zu kämpfen, persönlich zu werden, und daß es leichter ist, jemand zu verleumden, statt sachlich zu widerlegen. Ich glaube, daß es selbstverständlich ist, daß gerade hier die Partei eigentlich ein Vorbild sein müßte. Wenn wir schon den Führungsanspruch auf menschliche Zonen erheben, dann muß er durch die Tatsache einer absolut echten Kameradschaft begründet sein. Es ist mir furchtbar gewesen, daß mir Parteigenosse Mehling das heute gesagt hat. Ich werde seine Worte zum Anlaß nehmen, um im Zusammenhang mit der Besprechung über Lebensführung und Lebenshaltung der führenden Persönlichkeiten und der Deutschen im allgemeinen auch gründsätzlich die Kameradschaft zu überprüfen. Ich werde Pg. Brodmann beauftragen, daß er die Verletzung von Kameradschaftspflichten der Parteigerichtsbarkeit unterstellt. Wir müssen hier einmal durchgreifen, denn wir sind hier einer auf den anderen angewiesen. Es genügt gerade der persönliche Kampf, der da und dort oben spürbar ist, und man braucht ihn nicht in die einfacheren Zonen der Partei verlagern.

Die Bewaffnung der Deutschen wird in großem Umfange durchgeführt. Ich habe eben die Meldung bekommen, daß wir im nächsten Monat für die Bewaffnung der Parteiführer 500 Karabiner zur Verfügung gestellt erhalten. Für die Bewaffnung der Deutschen im Lande wird im Zusammenwirken mit der Wehrmacht zu sorgen sein.

Die anderen Fragen, die angeschnitten wurden, werden mir Anlaß sein, mit den zuständigen Leitern der dienstlichen Bereiche des Arbeitsbereiches zu sprechen. Mich interessiert vor allem die Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, mich interessiert auch die Frage der Jugenddienstpflicht und der Polizeidienstpflicht, die Frage des

Kriegseinsatzes der Jugend. Sehr wichtig ist für mich auch, daß der Fraueneinsatz im Generalgouvernement so segensreich fortschreitet. Ich hoffe, daß wir aus dieser fraulichen Aktivität einen starken Ersatz bekommen für die in den letzten Monaten zur Wehrmacht eingezogenen männlichen Kräfte. Es besteht kein Zweifel, daß die Frauen eine steigende Bedeutung einnehmen. Wir müssen alles tun, um diese Entwicklung zu fördern.

Ich habe folgenden Grundsatz aufgestellt: man soll in allen Vorbereitungen Pessimist sein, in allen Durchführungen aber Optimist. Das wollen wir uns merken. Wir wollen in den Dingen, die wir vorbereiten, technisch und methodisch ängstlich sein. Wenn aber ein Entschluß gefaßt ist, dann wollen wir nur Optimisten sein.

Ich wünsche, daß die Zusammenarbeit in den Reihen der Partei von dem ernstesten Verantwortungsbewußtsein getragen wird. Aus den einzelnen Referaten habe ich entnommen, daß dieses Verantwortungsbewußtsein vorhanden ist. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß wir in dieser ernsten Zeit zusammenrücken müssen. Es ist keiner ein Pessimist, wenn er sachlich das eine oder andere Bedenken äußert. Wir müssen Widerspruch vertragen können und das Führerprinzip darf nicht verwechselt werden mit einer totalen Rechthaberei, mit ausschließlicher Gewaltanwendung. Es ist duldbar und absolut vereinbar, wenn einmal ein dienstlich Unterstellter Kritik erhebt an einem Plan oder einem Vorhaben. Es geht darum, daß ebenso wie im staatlichen Sektor auch in der Partei in totaler Einheit die Weltanschauung und die rücksichtslose Durchsetzung unserer Ziele mit einer Elastizität gegenüber der Zeit verbunden werden.

10.6.1943

Die Weltanschauung des Nationalsozialismus ist unverändert; sie ist der Durchbruch des kommenden Jahrtausends. Adolf Hitler ist das größte staatsschöpferische Genie der Welt. Und alles, was jetzt an Kritik da und dort geäußert wird, ist eine Verblendung; denn heller wie alle anderen strahlt dieser Genius. Die Unsicherheit beim Gegner liegt daran, daß man dort unter dem Druck dieser Persönlichkeit stehend weiß, daß man nicht gewinnen wird. Dieses Jahr wird für uns die Fortsetzung einer absolt klaren Aufbaufront sein. Die Waffen, die in den letzten Tagen vom Ministerium Speer in Berlin gezeigt wurden, ihre gigantischen Ausmasse in der Wirkung haben eine Richtung waffentechnischer Entwicklung eröffnet, deren Endpunkt gar nicht abzusehen ist. Ihre Herstellung läuft serienweise an. Besonders umwälzend ist die Entwicklung der neuen Rakete.

Alle diese Tatsachen müssen Sie sich vor Augen halten und sie werden Sie mit ungeheurem Siegesbewußtsein erfüllen. Es darf für uns gerade im Generalgouvernement kein Schwanken in dieser Richtung geben, denn wir hängen ja auf Gedeih und Verderb mit dem Ausgang des Krieges zusammen. Ich glaube, wenn Deutschland besiegt wird, würde meine Heimat Bayern eher rettbar sein als das Generalgouvernement. Darum haben die Deutschen hier im Raume die ungeheure Aufgabe, der Vortrupp des fanatischen Siegeswillens zu sein. Ich muß sagen, ich habe nicht den Eindruck, daß die Parteiarbeit des Generalgouvernements allüberall restlos von dieser Forderung erfüllt ist. Es wird viel zu viel herumgestänkert, anstatt daß ununterbrochen in dieser Richtung gearbeitet wird. Da muß ich auch sagen, Parteigenosse Mehling, daß es einen wirklich mit Entsetzen erfüllen kann, wenn in diewer Zeit solche Akten über Stänkereien anlaufen.

1o.6.1943

Wir als Partei haben in zunehmendem Maße die Aufgabe, das gesamte Leben der Wehrmacht und der unteren Instanzen zu durchdringen. Wir haben nicht allein die Aufgabe gehabt, das Deutsche Reich für diesen Krieg stark zu machen. Ich habe oft gemerkt, daß bei dem Verwundeten und bei unseren Soldaten ein viel fanatischerer und frischerer Sieggeist vorhanden ist als bei denen, die bequem zu Hause herumsitzen. Die Front ist absolut in Ordnung und die Heimat muß von der Partei gehalten werden.

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich danke Ihnen, daß wir uns in dieser ernsten Zeit zu einer Aussprache zusammengefunden haben. Es ist eine Neuentwicklung im Gange. Das Einvernehmen zwischen mir und dem Reichsführer SS ist das denkbar beste, und das Einvernehmen mit allen anderen maßgeblichen Männern wird sich allmählich wieder herstellen. Alles, was mit aller Kraft entfacht wurde, war zum größten Teil ein auf verleumderischer Grundlage stehendes Mißverständnis. Ich bin offen genug, Ihnen zu sagen, daß ich mich mit der eiskalten Ruhe des Wissenden stark genug gefühlt habe. Ich stehe vor Ihnen als ein Mann, der im Jahre 1939 eine der schwersten Aufgaben des Krieges übernommen hat und ich scheue mich nicht, zu bekennen, daß ich niemand weiß, der mir bis heute meine Leistung nachgemacht hat.

-

Während einer Pause in der Arbeitstagung empfängt der Herr Generalgouverneur den Brigadeführer Generalmajor der Polizei Dr. Schöngarth, SS-Oberführer Bierkamp und SS-Gruppenführer Müller.

Nach Beendigung der Arbeitstagung nimmt der Herr Generalgouverneur an einem gemeinsamen Abendessen in

16.6.1943

den Kasino-Räumen des Hauses der NSDAP teil.

21^20 Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Krakau

Freitag, den 11.Juni 1943

1o^{5o} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Abteilungsleiter Jaenecke.

Gegenstand der Besprechung sind die Vorbereitungen zum Parteitag des Generalgouvernements vom 13. bis 15.August.

Der Herr Generalgouverneur wünscht die Aufführung eines repräsentativen Schauspiels, zu dem aus dem Reich ein gutes Ensemble verpflichtet werden soll. Weiter sind für den 15. August eine große Varietee-Veranstaltung für Soldaten und als Höhepunkt eine große Partei-Kundgebung im Freien geplant.

Der Herr Generalgouverneur wünscht, daß die Kunstausstellung "Westmärkische Künstler im Generalgouvernement" in Krakau anläßlich der Anwesenheit des Gauleiters Forster am 5. oder 6. Juli eröffnet werden soll. - Der Belvedere-Park soll anläßlich des kommenden Besuches des Herrn Generalgouverneurs in Warschau für Zwecke der Truppenbetreuung geöffnet werden.

Dann wird das Arbeitsabkommen mit KdF. besprochen. Der Herr Generalgouverneur stimmt den Abmachungen zu mit der Maßgabe, daß KdF im Staatstheater und im Gotischen Hof des Ostinstituts nicht in Erscheinung treten solle.

11^{25} Besprechung mit Präsident Senkowsky.

12^{oo} Der Herr Generalgouverneur übergibt Oberst Fischer einen Brief an den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Generalfeldmarschall Keitel, in dem er um die Freistellung seines in der Wehrmacht stehenden früheren Adjutanten Pfaffenroth und seines früheren Fahrers Bonitz ersucht.

11.6.1943

12^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Oberarzt Moser.

12^{20} Besprechung mit Präsident Naumann über verschiedene Fragen aus seinem Arbeitsgebiet wie die Abfassung von Briefen an Reichsmarschall Göring und an den Wehrkreisbefehlshaber, Ernteausnahmezustand 1943/44, Besuch des Reichskommissars Koch u.a..

12^{45} Besprechung mit dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger und den Architekten von Palézieux und Korinthenberg über den Kanzleineubau auf der Burg.

12^{55} Der Herr Generalgouverneur empfängt Professor Bader und Direktor Dr. Fiedler von der Oberschule Krakau.

13^{00} Frühstück.

16^{00} Besprechung mit Pressechef Gassner.

16^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Leutnant Heimberg in Anwesenheit von Prof. Bader.

17^{30} Tee.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
auf der Burg.)

Krakau

Sonnabend, den 12.Juni 1943

10^{30} Oberpostinspektor Krauß überbringt dem Herrn Generalgouverneur einen Brief, der mit 2 Führermarken zu je 2 Groschen und einer Marke mit dem Kopf des Generalgouverneurs zu 2o Groschen frankiert ist und an eine führende Persönlichkeit im Reich gerichtet ist. Den Inhalt des Briefes bildet ein gedrucktes Schreiben, daß die Unterschrift von Volksdeutschen mit genauer Wohnangabe trägt. Im Schreiben selbst wird dargelegt, daß die Behandlung der Polen durch die Polizeiorgane falsch sei und daß bei einer vernünftigen Behandlung die Polen bereit seien, gegen den Bolschewismus ins Feld zu ziehen.

11^{30} Besprechung mit Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple.

12^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Dr. Boepple und Landgerichtsdirektor Wilden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er eine Eingabe der polnischen Bischöfe des Generalgouvernements erhalten habe, in der auf die ernsten Gefahren hingewiesen werde, die aus der gegenwärtigen Situation im Generalgouvernement erwachsen könnten. Er beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, die Eingabe in Zusammenarbeit mit Landgerichtsdirektor Wilden eingehend durchzusprechen und in seinem Auftrag den Fürsterzbischof Sapieha als den Sprecher der polnischen Bischöfe zu empfangen.

Er diktiert in diesem Zusammenhang folgenden Brief:

Sehr geehrter Herr Fürsterzbischof!

Ich bestätige den Eingang der Eingabe der Bischöfe des Generalgouvernements vom 8.Juni ds.Jrs. und habe von dem Inhalt interessiertest Kenntnis genommen. Ich habe den Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements beauftragt, Sie zu empfangen, um mit Ihnen die Möglichkeit der Erfüllung Ihrer Wünsche zu erörtern.

12.6.1943

12^{35} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und Parteirichter Brodmann.

12^{45} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

13^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt die Reichsreferentin des BDM Dr. Jutta Rüdiger, die in Begleitung der Hauptmädelfüherin Fischer und des Hauptbannführers Förschle erschienen ist.

13^{15} Frühstück.

15^{00} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Wimpel-Weihe des BDM im Brunnenhof des Ostinstituts mit einer Ansprache der Reichsreferentin des BDM Dr. Jutta Rüdiger.

Anschließend Fahrt nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.)

Kressendorf

Sonntag, den 13.Juni 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Montag, den 14.Juni 1943

16^{00} Der Herr Generalgouverneur nimmt an der Abschlußveranstaltung der Führerinnen-Tagung des Bundes Deutscher Mädel im Generalgouvernement im Festsaal des Rathauses teil und hält nach Begrüßungsworten der Hauptmädelführerin Fischer folgende Ansprache:

Ich bin, Parteigenossin Fischer, Ihrer Einladung gern gefolgt, um hier vor den Führerinnen und Mädchen des BDM einige Ausführungen zu machen. Zunächst danke ich Euch dafür, daß Ihr in dieser außerordentlich schweren Zeit das Bedürfnis in Euch gespürt habt, Euch hier zu treffen, Eure Führungsgrundsätze zu überprüfen und über Planungen der nächsten Zeit klar zu werden. Ich brauche daher im Rahmen dieser Veranstaltung nicht von den schweren Sorgen und Nöten zu erzählen, die uns bewegen.

Es ist für uns alle klar, daß dieser ungeheuer sich auswirkende Krieg nunmehr seiner großen Schlußentscheidung entgegenschreitet. Wir sind eine vom Schicksal zum Ertragen und zum Durchführen dieser letzten Möglichkeiten des Volkes ausgesuchte Generation. Wer nun glaubt, daß die Betrachtung der Dinge, wie wir Nationalsozialisten sie unentwegt unserem Volke immer wieder vortragen, nur eine Art Propagandamethode wäre, um aufgeregte Gemüter zu beruhigen, dem können wir eiskalt sagen, schauen sie auf den Osten des Deutschen Reiches! Ich bin stolz, die Feststellung treffen zu dürfen, daß alle deutschen Menschen im Generalgouvernement ohne nennenswerte Ausnahme sich der großen Sendung unserer Zeit bewußt sind. Mit Freude kann ich auf die ungeheuren Energien verweisen, die hier angewendet wurden, um aus Dreck, Schmutz, Verfall, Zerstörung und Chaos wieder Leben erstehen zu lassen, und nicht nur ein Leben im Sinne einer Wiederingangsetzung mechanischer oder verwaltungsmäßiger Prinzipien oder Einrichtungen, sondern ein

14.6.1943

Leben im ewigsten Schöpfungssinne, menschliches Dasein für Deutsche in einem völlig neuen und gewaltigen Raum, der noch dazu getragen ist von der geradezu poetischen Sendung, von der Sonne zuerst begrüßt zu werden, wenn sie über deutschen Landen aufgeht.

In diesem großen Lande, diesem Zwischenraum zwischen Asien und Europa, habt Ihr, Führerinnen des BDM, eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Ihr seid die Vertreter der deutschen Seele in diesem Raum, des deutschen Herzens und des deutschen Gemütes, Ihr seid die wackeren Sendbotinnen, die tapfer aller Waffengewalt der Welt und allen noch so entsetzlichen Drohungen aus Zeit, Krieg und Not mit dem sieghaften Lächeln deutschen Frauen- und Mädchentums gegenübertreten. Ich, der ich gewohnt bin, die Dinge hart und rauh zu sehen, der mich das Schicksal auf einen Platz gestellt hat, der mich zu unsagbarer Klarheit zwingt, fühle mich selten bewegt in Eurer Mitte. Ich danke Euch für Eure mutvolle Tapferkeit, mit der Ihr die Aufgaben meistert.

Ich sehe drei große Aufgabenkreise, die heute der deutschen Frau gestellt sind: das ureigenste Gebiet der Frau, eine Reihe von übertragenen Aufgaben, die im Laufe der Jahre ausgeprägte Frauenarbeit geworden sind und kriegsbedingte Sonderaufgaben. Auf dem ureigensten Gebiet des Fraulichen werdet Ihr erzogen zu dem, was der deutschen Frau als Trägerin unserer Rasse, als Gestalterin unserer Familien und der Repräsentantin deutschen Blutes, deutscher Größe und deutschen Blutschicksals anvertraut ist. In Euch wogt dieser Blutstrom der Jahrtausende weiter und es wird von Euch einmal heißen, daß Ihr die Kinder der Wiedererweckung deutschen Lebens im Osten wart. Für mich ist es klar, daß die Fülle derjenigen Aufgaben, die ich als übertragene Aufgaben der Frau ansehe, von Anfang an ebenso gemeistert worden sind. Tausende und Abertausende von Frauen haben sich in der Verwaltung, der Wirtschaft und der Industrie dieses Raumes vom ersten Tage an heroisch bewährt; und sie haben auch in ihrer tapferen und schlichten Art das deutsche Mädchenwerk begonnen.

Es ist heute, da mir alle wehrfähigen Männer genommen werden, gerade diese unersetzliche Arbeitskraft der Frauen, die mir die Arbeit ermöglicht. Wenn nun der Krieg durch die letzten Maßnahmen des Reiches, durch die Dienstpflicht der Frau eine ganze Reihe von speziell kriegsbedingten Sonderaufgaben noch hinzugereiht hat, so kann man nicht mehr von einer Ersatzarbeit der Frauen für die Männer sprechen. Wir müssen daher Euch, meine Führerinnen, in unserem Generalgouvernement auch von staats- und parteiwegen dafür danken, daß Ihr in diesem Sinne klar und sachlich die grossen gestellten Aufgaben meistert.

Eure Tagung hat Euch sachlich die Probleme aufrollen lassen, die speziell dieser Raum in sich birgt. Wir sind zu einem merkwürdigen Zwischenzustand gekommen. Als wir im Jahre 1939 das Generalgouvernement aufbauten, glaubten wir, daß dieses Generalgouvernement allenfalls 3 Jahre als Übergangsgebilde bestehen würde, um dann nach dem 3 Jahre nach Kriegsbeginn erwarteten Kriegsende in Reichsgaue überführt zu werden. So kam es aber nicht, sondern im Gegenteil, mit der Verschärfung der Kriegsnotwendigkeiten in diesem Raume ergab sich die Tatsache, daß das Generalgouvernement als ~~eta~~ staatsgleiche Einrichtung des Großdeutschen Reiches eine große Sonderaufgabe zu erfüllen hat. Wenn in den Jahren 1939, 4o und 41 bis zum Beginn des Krieges mit der Sowjetunion hier im Raum noch eine Art Aufbau aus Eigenem für das Generalgouvernement die Parole war, so mußte vom 21.Juni 1941 dieses eigene Interesse des Aufbaues des Generalgouvernements völlig zurücktreten hinter die Interessen, die sich aus der immer dringender werdenden Notsituation unserer Heimat und unseres Reiches ergaben. Das Reich war gezwungen, die letzten Reserven dieses Raumes für sich selbst in Anspruch zu nehmen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß das Generalgouvernement beim Reich eine außerordentliche Leistungsposition einnimmt und möchte Euch nur zwei Zahlen nennen: das Generalgouvernement hat im vorigen Jahr allein an Brotgetreide 76o ooo to an das Reich abgeliefert, das sind 8o % der Brotrationserhöhung in der Menge, wie sie voriges Jahr im Reich durchgeführt wurde für die Dauer eines ganzen Jahres und für das gesamte Großdeutsche Reich. Wenn Ihr bedenkt, daß diese Ablieferung des Generalgouvernements 68 % dessen beträgt, was das gesamte übrige ostbesetzte Gebiet abgeliefert hat, so wird Euch die ungeheure Bedeutung dieses Raumes für den großdeutschen Lebensbereich klar. Weiter hat das Generalgouvernement 1 28o ooo Arbeiter in das Reich geschickt; dazu kommen ungefähr 6- bis 7oo ooo Kriegsgefangene, insgesamt also ungefähr 2 Millionen Arbeiter, die aus dem Generalgouvernement zu dringendsten Industrie- und Landwirtschaftszwecken ins Reich abgeführt würden. Dies sind 76 % der 1 8oo ooo Arbeiter, die von den übrigen besetzten Gebieten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer dem Reich abgestellt wurden. Daraus könnt Ihr entnehmen, was das Generalgouvernement für das Reich geleistet hat. Diese Zahlen ließen sich aber nach Belieben auf Lieferungen auf vielen anderen Gebieten erweitern. Sie zeigen uns auch aber, daß die Handvoll deutscher Menschen in diesem Raum, die kaum 1 1/2 % der Gesamtbevölkerung des Generalgouvernements ausmachen, stolz sein können auf das, was sie unter den ungewöhnlichsten Bedingungen in diesem Raum für das Reich geleistet haben.

Und glaubt mir, daß es nicht nur reine Höflichkeit ist, die mich als Euer Gast heute dazu veranlaßt, sondern ein herzliches Bedürfnis, wenn ich dabei bekenne, daß alle diese Leistungen vor allem mitbedingt sind~~,~~ durch den leuchtenden Geist der deutschen Jugend, und daß es für die deutsche Arbeit in diesem Lande ein glückhaftes Zeichen von Optimismus, Lebensicherheit, Zukunftsklarheit bedeutet, daß gerade Ihr, meine jungen Führerinnen des BDM, hier im Generalgouvernement willig und still und mit einem Gotteswunsch im Herzen Eure Pflicht erfüllt. Das ist mitten in diesem Kriegsgeschehen ein leuchtender Vorgang.

Ich kann ruhig sagen, wenn sich die NSDAP als Bewegung, als weltanschauliche Einigungstendenz unseres Volkes, als machtvoller Organismus bewährt hat, dann geschah dies in diesem Lande; und innerhalb der NSDAP habt Ihr, meine Mädchen, Euch bewährt. Ich kann dies vor allem deshalb aussprechen, weil ich bei meinen Reisen durch das Generalgouvernement immer wieder Zeichen dieser Arbeit erkenne. Seid überzeugt, daß ich Eure Schwierigkeiten kenne, daß ich weiß, welche Mühen Ihr habt, hier das deutsche Blut wieder in Gang zu bringen und hier dem deutschen Gemüt eine Heimstätte zu bereiten.

Das Generalgouvernement und das Reich hängen eng zusammen; wir sind ein Gebilde des Deutschen Reiches. Und wir sind des Führers ureigenstes Land, von ihm geschaffen, von ihm mit großen Aufgaben und großen Hoffnungen auf den Weg geschickt in das deutsche Schicksal hinein. Dieses Generalgouvernement, umzuckt von den Blitzen einer geradezu ungeheuren Erstmaligkeit der deutschen Geschichte, ist in der deutschen Arbeit bereits ein Begriff geworden. Wir - des Führers ureigenes Land! Kein Land des großdeutschen

14.6.1943

Machtbereiches kann von sich sagen, daß seine Tradition ausschließlich bedingt ist durch einen Willensakt Adolf Hitlers. Alle anderen heute inden großdeutschen Machtbereich einbezogenen Länder bestanden irgendwie, bevor Adolf Hitler kam. Wir sind von Adolf Hitler geschaffen. Keine Sondertradition erfüllt diesen Raum und unsere Arbeit außer die des Führers, seines Reiches und seiner Wehrmacht. Wir sind daher auf Gedeih und Verderb mit dem Schicksal Adolf Hitlers verbunden.

Für mich ist es wichtig, auch den Osten zu sehen, nicht nur die Heimat. Wir haben, so sehr wir mit dem Reich verbunden sind, doch unsere Sonderstellung. Allen Schwätzereien entgegentretend möchte ich hier mit vollem amtlichen Nachdruck feststellen, daß weder an der Struktur noch an der Verfassung noch an der Stellung dieses Nebenlandes Generalgouvernement zum Reich sich etwas ändern wird. Wir bleiben dieses Nebenland mit seiner eigenen Führung und wir bleiben dieses Nebenland mit seinen sich steigernden Aufgaben. Von uns wächst daher in den Osten hinein eine stets sich vergrößernde Welle der Stabilität. Das Generalgouvernement ist in diesem Ostraum ein Ordnungsblock und damit eine der sichersten Brücken, die vom Reich nach dem Osten führen.

Ein großer Teil von Euch ist hier in diesem Raum zu Hause und bewegt sich hier in der Heimat. Andere werden folgen. Diese Heimatwerdung ist mit eine Voraussetzung für die dauernde Herrschaft der Deutschen in diesem Raum. Wir werden dieses lachende Land des Weichselraumes fest in unseren Händen halten und wir werden glühend unsere Herzen Wurzeln schlagen lassen. Wir werden uns hier heimisch machen und werden hier die Leider des neuen Ostens erstehen lassen, und es wird das Singen anheben über die Fluren dieses Raumes. Ich weiß, daß Ihr mir dabei helfen werdet.

14.6.1943

Freilich, im einzelnen ist Eure Arbeit schwer; was Ihr draußen an Sorgen und Nöten habt, wird Euch wie ein kaum übersteigbares Hindernis vorkommen. Glaubt aber ja nicht, daß es in der Geschichte des Nationalsozialismus jemals einfach war. Denkt einmal daran, wie wir beginnen mußten. Auch wir mußten unsere Bude erst ausräuchern, als wir im Sternecker-Bräu die erste Geschäftsstelle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei einrichteten. Wie oft denke ich an diese erste, schönste Zeit, wenn ich hier die Parteiräume durchschreite.

Alles Große in der Welt wird durch Kraft und nicht durch Gebet; alles Große wird durch eingehämmerten Glauben und nicht durch eine demütige Sehnsucht; denn der Herrgott liebt die Starken auf der Welt.

Die deutschen Frauen und Mädchen haben auf Grund ihrer Leistung und Tapferkeit das Recht erlangt, sich vollwertig neben die deutschen Männer zu stellen. Ich war erschüttert, als ich unlängst in einem der unruhebedrohten Gebiete des Generalgouvernements eine kleine Heimschule besuchte, in der 6o deutsche Jungen und Mädel leben und arbeiten; sie liegt in stiller Einsamkeit nahe am Walde im Distrikt Radom im Kreise Konskie. Auf meine Frage, wie sie sich dort fühlten, wie es mit der Sicherheit stehe, sagte mir die tapfere Führerin: "Herr Generalgouverneur, es ist halb so schlimm, der Herrgott steht uns schon bei." An diesem Geist und an einer solchen herrlichen Haltung können sich auch Männer aufrichten.

Der Besuch Eurer Tagung war für mich eine große Freude. Ich wünsche Euch für die Fortsetzung Eurer Arbeit das Beste. Ihnen, Parteigenossin Fischer, gilt mein ganz besonderer Dank. Sie haben hier genau so

14.6.1943

wie wir vor einigen Jahren unter den schwierigsten Bedingungen diese Organisation aufgerichtet und Sie haben damit wirklich Hervorragendes geleistet. Euch, Ihr Führerinnen und Mädels des BDM des Generalgouvernements, gebe ich meine besten Wünsche mit auf den Weg. Bleibt die, die Ihr wart, werdet die, denen Ihr nacheifert!

-

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung auf der Burg)

Krakau

Dienstag, den 15.Juni 1943

8^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Krakau zur Begrüßung von 500 volksdeutschen Jungen und Mädel, die nach einjährigem Aufenthalt in den Gauen Sachsen und Bayreuth in ihre Heimat zurückkehren.

Der Herr Generalgouverneur widmet den Jungen und Mädel folgende Begrüßungsworte:

Jungen und Mädel, Ihr habt nun das Großdeutsche Reich kennengelernt und wißt, daß Ihr dem größten Volk der Weltgeschichte angehört. Seid voll Stolz bereit, Eure Arbeit in diesem Ostland des Reiches, im Generalgouvernement, wieder aufzunehmen. Ich erwarte dies von Euch und appelliere an Euch, Ihr Jungen und Mädel, daß Ihr Euch Eurer Aufgabe im deutschen Freiheitskampf immer bewußt bleibt.

Ich danke Ihnen, Parteigenosse Förschle, für die Vorbereitung und Durchführung dieser ersten großen Reise der volksdeutschen Jugend in das Deutsche Reich und ich danke den Parteigenossen Mutschmann und Wächtler, den Gauleitern der Gaue Sachsen und Bayreuth dafür, daß sie unsere Jugend aufgenommen haben.

Euch, die blühende Jugend dieses Raumes, gebe ich hiermit den Deutschen des Generalgouvernements wieder zurück. Eure Eltern werden Euch mit großer Freude begrüßen und aus Eurer Frische erkennen, daß Euch die großdeutsche Jugend, unser großes deutsches Vaterland mit besonderer Liebe umfaßt hält.

11^{30} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

12^{00} Besprechung mit Staatssek~~t~~retär Dr. Boepple und Intendanten Stampe.

15.6.1943

Intendant Stampe berichtet, daß sich in seiner Arbeit die Tatsache äußerst hemmend auswirke, daß er als Intendant Vertragsabschlüsse mit Künstlern immer nur vorbehaltlich der Genehmigung der Regierung des Generalgouvernements tätigen könne; Künstler und Agenten weigerten sich, auf einer solchen Basis abzuschliessen. Auch bei Höherstufungen bereits engagierter Künstler des Staatstheaters, die er auf Grund ihrer Bewährung mit höheren Gagen wieder verpflichten wolle, ergäben sich die gleichen Schwierigkeiten. Der bisherige Weg - er müsse diese Fälle erst der Hauptabteilung Propaganda, die dann bei den Hauptabteilungen Finanzen und Arbeit die Zustimmung einhole, anmelden - sei deshalb ungangbar.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß das Staatstheater des Generalgouvernements direkt und ausschließlich dem Generalgouverneur unterstehe. Er verfüge daher, daß Intendant Stampe das Recht habe, Vertragsabschlüsse mit Künstlern bis zu einer Höhe von 30 000,-- Zloty Jahresgage im Rahmen der ihm übertragenen Verantwortlichkeit zu tätigen. Das Gleiche gelte für die Verlängerung von Verträgen bereits engagierter Künstler, die auf Grund ihrer Leistungen höhergestuft werden sollen.

Zu seinem Vertreter in den Angelegenheiten des Staatstheaters ernenne er Staatssekretär Dr. Boepple. Intendant Stampe habe ihm solche Vertragsabschlüsse vor oder gleich nach dem Abschluß mitzuteilen. Staatssekretär Dr. Boepple solle dann darüber die zuständigen Hauptabteilungen Propaganda, Finanzen und Arbeit verständigen.

15.6.1943

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, diese Neuregelung den zuständigen Hauptabteilungen bekannt zu geben.

Intendant Stampe weist sodann darauf hin, daß das Staatstheater und seine Künstler die Lazarettbetreuung bisher ehrenamtlich durchgeführt hätten. Seit Übernahme der Lazarettbetreuung durch KdF. würden von dieser Seite in zunehmendem Maße bei solchen Veranstaltungen mitwirkende Künstler des Staatstheaters durch Gewährung einer kleinen Gage der Zuständigkeit des Intendanten entzogen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt dazu, daß bei der Übernahme der Lazarettbetreuung im Generalgouvernement durch KdF. ausdrücklich vereinbart worden sei, daß beim Staatstheater, den Städtischen Theatern, der Philharmonie und allen hochwertigen künstlerischen Veranstaltungen im Institut für Deutsche Ostarbeit die bisherige Regelung beibehalten werden müsse. Das Staatstheater könne also weiterhin eigene Lazarettbetreuung durchführen; er verfüge dies in seiner Eigenschaft sowohl als Generalgouverneur als auch als Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP..

Staatssekretär Dr. Boepple solle dieses Hauptabschnittsleiter Stahl mitteilen.

Intendant Stampe erklärt dann, daß ihm als Intendanten des Staatstheaters der Abschluß von Einzel- oder Ensemblegastspielen im Staatstheater überlassen bleiben müsse; auf diesem Gebiet ergäben sich Schwierigkeiten mit der Hauptabteilung Propaganda.

15.6.1943

Der Herr Generalgouverneur weist energisch darauf hin, daß der Intendant des Staatstheaters als Sonderbevollmächtigter des Generalgouverneurs fungiere und nicht der Hauptabteilung Propaganda unterstehe. Staatssekretär Dr. Boepple solle das dem Theaterreferenten in der Hauptabteilung Propaganda mitteilen und ihn darauf hinweisen, daß Intendant Stampe das Staatstheater des Generalgouvernements im Auftrage des Generalgouverneurs verantwortlich leite. Staatssekretär Dr. Boepple solle dem Intendanten Stampe in allen Fragen des Staatstheaters fördernd und helfend zur Seite stehen.

Für den 13. August, dem Vorabend des Parteitages des Generalgouvernements 1943, wünsche er eine kulturelle Weihestunde, für die ein Gastspielensenble aus dem Reich verpflichtet werden solle.

In diesem Zusammenhang verbietet der Herr Generalgouverneur, daß Werke von Referenten oder Angestellten der Regierung des Generalgouvernements, sei es musikalischer oder literarischer Art, im Staatstheater oder in der Philharmonie vorbereitet oder aufgeführt werden, es sei denn mit seiner ausdrücklichen schriftlichen Genehmigung.

Der Bitte des Intendanten Stampe, ihm nach Erschöpfung der bisherigen Zuwendungen für besondere Zwecke wieder finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, entspricht der Herr Generalgouverneur. Der Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs solle dafür lo ooo,-- Zloty bereitstellen.

15.6.1943

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann Staatssekretär Dr. Boepple, in Verbindung mit Präsident Ohlenbusch die Frage der Einberufungen von Mitgliedern des Staatstheaterorchesters in die Hand zu nehmen. Hauptmann Weiß solle mitgeteilt werden, daß er, der Generalgouverneur, sich beim Führer beschweren werde, wenn nochmals Einberufungen unter den Mitgliedern dieses Orchesters vorgenommen würden.

Auf Fragen des Herrn Generalgouverneurs berichtet Intendant Stampe zum Schluß, daß in diesem Sommer wieder Freilichtaufführungen im Brunnenhof des Ostinstituts geplant seien. - Das Material für eine Pfitzner-Aufführung sei angefordert.

13^{00} Frühstück

14^{35} Besprechung mit dem Intendanten der Philharmonie Haslinde und Fräulein Mikorey.

17^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

487

Kressendorf

Mittwoch, den 16.Juni 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Donnerstag, 17.6.1943

12^{15} Besprechung mit NSKK-Obersturmbannführer Diederich.

Der Herr Generalgouverneur dankt Obersturmbannführer Diederich für die langjährigen treuen Dienste der NSKK-Kurierkompanie und erklärt, dass er dem auch sichtbaren Ausdruck verleihen wolle. Zu diesem Zwecke werde er ein Abschiedsessen geben, zu dem ungefähr 20 Vertreter der NSKK-Kurierkompanie hinzugezogen werden sollen; für die Gesamtheit solle in seinem Auftrage ein Kameradschaftsabend veranstaltet werden.

Obersturmbannführer Diederich dankt dem Herrn Generalgouverneur und erklärt, dass er sich mit dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs deswegen nach beendigtem Einsatz der Kompanie zur Bandenbekämpfung in etwa 6 Wochen in Verbindung setzen werde.

12^{30} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger und Architekten von Palezieux.

12^{35} Besprechung mit Assessor Schulz in Anwesenheit des Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs.

12^{40} Besprechung mit Präsident Lauxmann und Präsident Ohlenbusch.

Präsident Lauxmann berichtet, dass von den gefälschten und von der Widerstandsbewegung in Umlauf gesetzten Briefmarken mit dem Kopf des Generalgouverneurs bisher ungefähr 1100 erfasst worden seien. Man habe alle Massnahmen getroffen, um die Marken nicht ins Reich gelangen zu lassen; bis jetzt sei auch noch kein Fall des Auftauchens solcher Marken im Reich bekannt geworden. Die Versendung der Briefe mit derartigen Marken werde von der Widerstandsbewegung nach einem bestimmten Plan durchgeführt. Der Wert von 20 Groschen sei gewählt worden in der berechtigten Annahme, dass die Postangestellten die Marke für ein Stück der neuen Serie hielten, da dieser Wert bis jetzt wenig bekannt sei.

Demnächst werde nach Krakau ein Fachmann kommen, um den Ursprung der Marken, der bei der Londoner Druckerei Morrison zu liegen scheine, genau festzustellen. Das Papier sei sehr gut und zur Aufnahme von Geheimschriften geeignet.

Auf Ersuchen des Herrn Generalgouverneurs sagt Präsident Lauxmann die baldige Abgabe eines amtlichen Gutachtens zu.

Präsident Ohlenbusch erklärt, dass der Text dieser Briefe sehr raffiniert gemacht sei und teilweise Formulierungen aufweise, wie sie der Herr Generalgouverneur gebrauche.

Präsident Lauxmann will die Abgabe derartiger Marken zu Informations- oder sonstigen Zwecken genau registrieren lassen, damit sie nicht auf diese Weise in die Öffentlichkeit kämen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, dass er je eine Marke Reichsminister Lammers und Reichsleiter Bormann habe zugehen lassen.

17.6.1943

Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Nach einem Bericht des Präsidenten [illegible]nbusch über die Vorbereitungen zum dies[illegible]rigen Parteitag des Generalgouvernements [illegible]rt der Herr Generalgouverneur diesen [illegible], seinem Theaterreferenten die Anweisung [illegible] geben, sich mehr um die Theater in War[illegible]chau und Lublin zu kümmern, statt sich allzusehr in die Belange des Staatstheaters in Krakau einzumischen.. In Warschau und in Lublin gingen Klassikeraufführungen in Scene, die infolge unzureichender Kräfte unbefriedigend ausfallen müssten.

Es gehe auch nicht an, dass KdF sich zu sehr in die Angelegenheiten des Staatstheaters einmische. Gerade in diesem Punkt seien bei Aufnahme der Lazarettbetreuung durch KdF besondere Vereinbarungen getroffen worden.

Im Verlaufe der Besprechung wendet sich der Herr Generalgouverneur nach der Erklärung des Präsidenten Ohlenbusch, dass er an der Inspektionsreise der Regierung nach Lemberg nicht teilnehmen könne, weil er zu einer Tagung nach Berlin reisen müsse, gegen diese "Berlinhörigkeit". Eine Inspektionsreise der Regierung des Generalgouvernements müsse für ein Regierungsmitglied Grund genug sein, zu einer Tagung nach Berlin einen Vertreter zu schicken, um selbst an der Regierungsreise teilnehmen zu können.

Präsident Ohlenbusch sagt seine Teilnahme an der Reise zu.

17.6.1943

15^{45} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple und Präsident Dr. Losacker.

16^{00} Kinovorführung im Türkenzelt: "Altes Herz wird wieder jung" und neueste Wochenschau.

22^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Sonderzug auf dem Krakauer Hauptbahnhof.

Warschau

Freitag, den 18.Juni 1943

9^{11} Ankunft des Sonderzuges auf dem Westbahnhof in Warschau

Begrüßung des Herrn Generalgouverneurs durch Gouverneur Dr.Fischer.

9^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Schloß Belvedere

9^{45} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger, Architekt von Palézieux, Schloßhauptmann Liebetrau und Haushofmeister Trabold.

10^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Palais Brühl.

10^{40} Arbeitstagung der Distriktsverwaltung im Großen Sitzungssaal des Palais Brühl.

Nach Eröffnung der Sitzung entbietet Gouverneur Dr. Fischer im Namen der Distriktsverwaltung Warschau dem Herrn Generalgouverneur und den Mitgliedern der Regierung anläßlich des diesjährigen Regierungsbesuches den Willkommensgruß des Distrikts Warschau. Er gibt dann seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Regierung auch in diesem Jahre wie seit dem Polenfeldzug alljährlich dem Distrikt Warschau einen Besuch abstatte. Die bisherigen Regierungsbesuche hätten durchweg in Zeiten stattgefunden, in denen das Generalgouvernement vollkommen befriedet gewesen sei und bereits mit einem Heimatgebiet habe gleichgestellt werden können. Inzwischen hätten sich die Verhältnisse wesentlich geändert: das Generalgouvernement sei jetzt kein befriedetes Heimatgebiet mehr, sondern befinde sich in einer gewissen Krise, die noch nicht überwunden sei, wenn auch in den letzten Tagen eine Besserung festgestellt werden könne.

18.6.1943

Man könne keine großen Rechenschaftsberichte über frühere Aufbauerfolge geben, weil damit die Aufmerksamkeit von dem eigentlichen Thema abgelenkt würde. Aufgabe der Distriktsverwaltung sei es vielmehr, mit aller Deutlichkeit der Regierung einen Einblick in den augenblicklichen Stand der Dinge zu gewähren.

Die Ernsthaftigkeit der Sicherheitslage sei der Regierung durch den Besuch in Radom und Lublin bekannt geworden. Warschau mache keine Ausnahme. Er habe seit langem von allen Ereignissen, die auf eine Verschlechterung der Sicherheitslage hindeuten, Kenntnis gegeben und sich dabei gegen Versuche gewendet, die Dinge zu verkleinern. In einem Bericht vom 24. Mai sei der Regierung auseinandergesetzt worden, worauf die Verhältnisse zurückzuführen seien, wie sich die Lage zur Zeit darstelle und welche Maßnahmen unbedingt getroffen werden müßten, damit Sicherheit und Ordnung wiederhergestellt werden könnten.

In der Zeit vom 1.Januar bis 31.Mai hätten sich im Gebiet des Distrikts Warschau 1 885 Überfälle ereignet. Das sei nur die Zahl der gemeldeten Überfälle, während die wirkliche Zahl vermutlich erheblich höher liege. Bei den Sabotageakten seien im Distrikt Warschau 178 Personen getötet worden, darunter 86 Deutsche; 247 Personen, darunter 8o Deutsche, seien zumeist schwer verletzt worden. Die Unterstützungsansprüche der Hinterbliebenen seien in befriedigender Weise geregelt worden.

Das Ziel der Banditen gehe offenbar dahin, die deutsche Verwaltungsarbeit lahm zu legen. Aus diesem Grunde würden ständig führende Personen der deutschen Verwaltung ermordet. Die Männer der deutschen Arbeitseinsatzverwaltung und der Kreishauptmannschaften ständen auf besonders gefährdetem Posten. Weiter richteten

18.6.1943

sich die Angriffe auch gegen die polnischen Dienststellen der unteren Instanz besonders in der Gemeindeverwaltung. So seien z.B. die im Gebäude der Kreishauptmannschaft Minsk untergebrachten wichtigsten Unterlagen sämtlicher Gemeinden durch Brandstiftung vernichtet worden. In diesen Kreisen seien von 16 Gemeindeverwaltungen nicht weniger als 15 völlig zerstört.

Die Angriffe richteten sich auch gegen den Betrieb der Ernährungswirtschaft, vor allem gegen Molkereien. Nach einem offenbar einheitlichen Sabotageplan seien in einer einzigen Nacht 22 Molkereien in den verschiedenen Kreishauptmannschaften angegriffen worden.

Die deutsche Verwlätung sei zur Zeit nicht mehr völlig Herr der Lage. Es sei ausgeschlossen, den Außendienst der Kreishauptmannschaften in der früheren Form durchzuführen. Das müsse sich naturgemäß im Laufe der Zeit insbesondere im Hinblick auf die Kontingentserfassung verheerend auswirken. Die Erzeugungsschlacht des Jahres 1943 sei aufs äußerste gefährdet, wenn es nicht gelinge, innerhalb der nächsten Wochen dieser Situation Herr zu werden.

Von seiten des Distrikts sei alles nur Mögliche getan worden: deutsche Polizei und Gendarmerie einschließlich des SD hätten in den letzten Monaten höchste Einsatzbereitschaft gezeigt. Die Exekutive sei aber so gering, daß es völlig unmöglich gewesen sei, mit den zur Verfügung stehenden Polizeiorganen eine grundlegende Befriedigung zu erreichen. Die Wehrmacht habe dankenswerter Weise die Maßnahmen der Polizei weitgehend unterstützt. Auch sei die S.A. als Objektschutz eingesetzt worden, so daß wenigstens ein Teil der lebenswichtigsten Betriebe den erforderlichen Schutz genieße.

18.6.1943

Ein Großeinsatz in einzelnen Kreisen habe keinen Erfolg, da sich die Banditen sofort in die Nachbarkreise zurückzögen. Ein wirkungsvoller Schutz könne nur gewährt werden, wenn in jeder Kreishauptmannschaft eine Polizeiformation vorhanden sei, die ständig für die systematische Bekämpfung der Banden zur Verfügung stehe. Von einem motorisierten Polizeiregiment seien bis jetzt 2 Bataillone eingetroffen, und man dürfe hoffen, daß in den nächsten Wochen mit diesen neuen Kräften sich eine positive Entwicklung anbahne.

Er sei allen denen, die eine Katastrophenstimmung aufkommen lassen wollten, bisher immer aufs schärfste entgegengetreten. Er sehe der Entwicklung nach wie vor in völliger Ruhe entgegen und habe das Vertrauen, daß das von der deutschen Polizei gegebene Versprechen, in den nächsten Wochen die Lage restlos umzuwandeln, beim Einsatz aller Kräfte in Erfüllung gehen werde.

Es müsse nun alles geschehen, damit die Verwaltung einheitlich ausgerichtet werde. Dazu bedürfe es der Herstellung einer einheitlichen Befehlsgewalt, und weiter sei es dringend erforderlich, daß der Grundsatz der Einheit der Verwaltung nicht noch weiter eingeschränkt werde, was leider auf manchen Gebieten zu beobachten gewesen sei. Er erwähne in diesem Zusammenhang nur den Versuch des Rüstungsinspekteurs, durch Anweisungen an die Rüstungskommandos bestehende staatliche Anordnungen zu umgehen, - weiter die Kompetenzkonflikte auf dem Gebiete der Verwaltung und Polizei, die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und der Distriktsverwaltung über die Verwertung des jüdischen ~~üblichen~~ Vermögens und endlich die völlige Herauslösung der technischen Verwaltung aus der Distriktsverwaltung. Er bitte die Regierung, diesen Dingen ihre erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Herstellung einer einheitlichen Befehlsgewalt, die sich früher ausgezeichnet bewährt habe, sei ein dringendes Erfordernis auf dem Gebiete der Verwaltung.

Die Mittelinstanz habe sich bemüht, trotz allem den Grundsatz der Einheit der Verwaltung aufrecht zu erhalten. Wenn zuweilen Anweisungen der Regierung oder anderer Stellen wie des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen nicht oder nur zum Teil durchgeführt worden seien, so habe das einfach an der Unmöglichkeit gelegen, diese Anordnungen durchzuführen, oder es sei aus dem Gesichtspunkt der Wahrung der deutschen Autorität gegenüber der polnischen Bevölkerung geschehen. Die Mittelinstanz habe eben immer das Bestreben gehabt, die kriegswichtigen Aufgaben zu erfüllen.

Warschau habe außerordentliche Rückschläge erlitten, die Stadt sei schwer beschädigt worden und habe vor allem ihren Charakter als Hauptstadt des ehemaligen polnischen Raumes verloren. Der Nimbus, der früher Warschau als Metropole der polnischen Republik umgab, habe dieser Stadt genommen werden müssen, und von der Distriktsverwaltung sei auch diese politische Weisung stets befolgt worden. Es gehe aber nicht an, diese Stellung gegenüber Warschau auch jetzt noch während des Krieges so genau durchzuführen, daß die Interessen des Reiches darunter litten. Heute müsse alles unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, wie alle Möglichkeiten dieses Raumes den Kriegsnotwendigkeiten des Reiches dienstbar gemacht werden könnten. Der Warschauer Raum biete soviele Möglichkeiten, daß es falsch wäre, sie nicht voll auszunützen. Warschau habe über 50 % der Steuern aufgebracht, es habe ein Steueraufkommen von 469 Millionen Zloty. Eine große Bedeutung komme der Stadt Warschau als Sitz einer umfangreichen Rüstungsindustrie zu, so hinsichtlich der Fertigung von Panzern in den Ursus-Werken, von Waffenteilen, optischen Geräten, Werkzeugmaschinen usw.. Auch viele polnische Firmen

18.6.1943

seien als Unterlieferanten in den Produktionsgang eingeschaltet. In den Rüstungswerken seien 65 ooo Arbeiter beschäftigt. Der Auftragsbestand sei vom Oktober 1939 mit 9,9 Millionen Reichsmark auf 2o5 Mill.Reichsm. im Jahre 1942 gestiegen und belaufe sich zur Zeit auf 24o Mill.Reichsm.. Die Möglichkeiten einer weiteren Verlagerung von Industriebetrieben in die Stadt Warschau sei zu bejahen.

Der Bevölkerungsverlust in der Stadt Warschau sei auf etwa 1 Million zu berechnen. Die Bevölkerungszahl könne noch weiter verringert werden, vor allem auch im Hinblick auf den völligen Abbau des Ghettos. Ein Bauverbot wäre verfehlt, da es sich um Rüstungsaufgaben des Reiches handle. Zudem würden beim Abbruch des Ghettos gewaltige Mengen von Steinen und Eisen gewonnen werden. Beachtet werden müßten auch die Verkehrsmöglichkeiten im Distrikt Warschau im Hinblick auf die Rüstungsindustrie. Mit einer Industrieverlagerung nach der Stadt Warschau greife man der Entscheidung des Führers über die Stadt nicht vor.

Warschau habe auch auf dem Gebiete der Arbeitervermittlung und Arbeitererfassung für das Reich wesentliches geleistet. Bis 31.Mai 1943 seien im Distrikt Warschau 166 655 Arbeiter ins Reich vermittelt worden. Dazu kämen noch 46 394 Arbeiter, die für das Generalgouvernement von Warschau aus vermittelt worden seien. In Warschau gebe es 3oo ooo Sozialversicherte. Die Arbeitseinsatzverwaltung verdiene für ihre hervorragende Arbeit alle Anerkennung, umso mehr, da sie auf einem der schwierigsten Posten stehe. Acht führende Männer dieser Verwaltung hätten ihr Leben hingeben müssen. Nachdem noch in den ersten Monaten ds.Jrs. über 27 ooo Arbeiter ins Reich hätten vermittelt werden können, sei nunmehr ein weiterer Abzug vor allem im Hinblick auf die Bestellung und Ablieferung der Ernte nicht mehr möglich.

Was die Ernährungswirtschaft angehe, so müsse berücksichtigt werden, daß der Distrikt Warschau die schlechtesten Böden des gesamten Generalgouvernements habe. Auch sei die landwirtschaftliche Nutzfläche des Distrikts sehr gering. 46,1 % aller Betriebe seien Zwergbetriebe, nur o,8 % hätten eine Größe von über 5o Hektar. Der polnische Bauer habe die ihm auferlegten Pflichten loyal erfüllt, wie die großen Leistungen auf dem Ernährungssektor zeigten. Im Distrikt Warschau seien erfaßt worden an

Kartoffeln		
194o/41	88 543	to
1941/42	2oo 538	"
1942/43	383 519	"
Brotgetreide		
194o/41	55 ooo	"
1941/42	85 ooo	"
1942/43	115 876	"
Futtergetreide		
194o/41	16 o78	"
1941/42	23 777	"
1942/43	41 623	"
Milch		
194o/41	16,3	Mill. Liter
1941/42	47,8	" "
1942/43	62,8	" "

18.6.1943

Eiern

1940/41	12,5 Mill.
1941/42	27,2 "
1942/43	29,1 "

Auf allen Gebieten zeige sich also ein systematisches Ansteigen, das auch noch im Jahre 1942 angehalten habe, trotzdem sich in diesem Jahr bereits die Verhältnisse außerordentlich verschlechtert hätten.

In den vergangenen Jahren sei alles getan worden, damit den Forderungen der Regierung im Hinblick auf die Kontingenterfassung entsprochen werde, obwohl das Kontingent als ungerechtfertigt ~~w~~ habe angesehen werden müssen. Hier handle es sich um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung. Anläßlich einer Rundreise durch den Distrikt Warschau habe er in den Kreishauptmannschaften mit Vertretern der polnischen Bevölkerung über die Kontingentsaufbringung gesprochen. Überall habe er erklärt, daß bei völliger Erfüllung der Kontingente weitere Forderungen an die Landbevölkerung nicht gestellt würden, und gerade diese bindende Zusage habe sehr dazu beigetragen, daß der polnische Bauer seine Pflicht erfülle. Trotzdem sei nun das Kontingent nochmals erhöht worden. Für das Ansehen der deutschen Verwaltung sei es abträglich, wenn feierliche Erklärungen nicht eingehalten würden. Er bitte deshalb dringend, nicht wieder erneute Forderungen zu stellen. Das für 1943/44 geforderte Kontingent könne unmöglich eingehalten werden, umso weniger, da es kaum möglich gewesen sei, das vorjährige Kontingent überhaupt zu erfüllen. Es sei zu bedauern, daß die Abteilungen Ernährung und Landwirtschaft wohl aus einer gewissen Prestigepolitik heraus Zahlen festsetzten, deren Erfüllung jeder Fachmann für unmöglich halte. Gleichwohl werde der Distrikt Warschau versuchen, aus dem Lande möglichst große Mengen herauszuholen.

18.6.1943

Auch auf allen übrigen Gebieten der Verwaltung seien vorbildliche Leistungen zu verzeichnen, so bei den Abteilungen Gesundheitswesen, Forsten, Schulwesen. In den nachfolgenden Referaten werde ein Überblick über ihre Arbeit gegeben werden.

Auf dem Gebiete der kulturellen Betreuung der Deutschen in Warschau spiele vor allem das Theater der Stadt Warschau eine besondere Rolle. Die Stadt Warschau habe trotz gegebener Versprechungen nie einen Zuschuß erhalten. Für das vorige Jahr habe zwar die Abteilung Propaganda einen Zuschuß von 500 000 Zl. bewilligt, aber unter völlig untragbaren Bedingungen. Es gehe nicht an, daß sich die Hauptabteilung Propaganda in die inneren Angelegenheiten eines Theaters einmische. Selbstverständlich müsse sich das Theater nach den finanziellen Möglichkeiten der Stadt richten und eine sparsame Wirtschaft treiben, aber im Vordergrund müsse immer die Kulturarbeit stehen.

Der Kulturring der Deutschen habe sich die Aufgabe gestellt, Soldaten und Verwundete, daneben auch Volksdeutsche kulturell zu betreuen. Dieses Bestreben, das vom höchsten Opfersinn getragen sei, dürfe nicht durch bürokratische Zuständigkeitsneigungen eingeschränk werden.

Abschließend könne er versichern, daß alle Deutschen des Distrikts Warschau, insbesondere aber die in der Verwaltung tätigen Männer und Frauen treu hinter dem Generalgouverneur und der Regierung ständen und ihr Bestes hergäben, um die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen. Das Reich habe erkannt, daß die bisherige Polenpolitik ein Ende haben müsse. Für alle, die im Distrikt Warschau tätig seien, sei es eine grosse Genugtuung, daß die hierüber gegebenen Richtlinien sich als richtig herausgestellt hätten. Die deutsche

18.6.1943

Zivilverwaltung habe es deshalb nicht notwendig, ihre Politik gegenüber den Polen auch nur im geringsten zu ändern. Diese Feststellung sei umso wichtiger, als einige Beobachtungen gezeigt hätten, daß man teilweise zu sehr geneigt sei, das Pendel nach der anderen Seite ausschlagen zu lassen: manche Deutsche versuchten, sich bei den Polen anzubiedern, auch zeigten deutsche Behörden manchmal eine zu große Nachgiebigkeit gegenüber den Polen. Diese Nachgiebigkeit würde von den Polen nur als Schwäche ausgelegt. Der katastrophale Rückgang der Ablieferung von Milch und Eiern in der letzten Zeit zeige auch schon, wie die Polen darauf reagierten. Was der Pole brauche, sei vor allem eine bessere Ernährung und das Gefühl einer gewissen Rechtssicherheit.

Es folgen nunmehr die
Referate.+)

Es referieren:

SS- und Polizeiführer SS-Brigadeführer Stroop über die
Sicherheitslage im Distrikt Warschau

Vizegouverneur Dr. Hummel über die
Verwaltungsarbeit im Distrikt Warschau

Kreishauptmann Gramß-Sokolow über die
Verhältnisse in den Kreisen östlich der Weichsel und im Kreise Sokolow

+) Die Referate liegen im Manuskript vor.

18.6.1943

Kreishauptmann Dr. Scheu-Sochaczew über die Verhältnisse in den Westkreisen, besonders im Kreise Sochaczew.

13^{20} Die Beratungen werden abgebrochen.

13^{30} Mittagessen im Bankettsaal des Deutschen Hauses auf Einladung des Gouverneurs Dr. Fischer.

14^{50} Fortsetzung der Arbeitstagung.

Es referieren:

Stadthauptmann von Warschau S.A-Brigadeführer Leist über die Wirtschaftliche, soziale und finanzielle Lage der Stadt Warschau

Abteilungsleiter Dr. Kreker über die Lage auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft

Regierungsdirektor Mannherz über die Arbeitseinsatzlage

Landforstmeister Küchler über die Forst- und Holzwirtschaft im Distrikt Warschau

Medizinalrat Dr. Jüngst über das Gesundheitswesen

Oberregierungsrat Dr. Gruschinske über Aufbau und Entwicklung der Schulen

Oberlandesgerichtsrat Dr. von Hinüber über Deutsche und polnische Gerichtsbarkeit

18.6.1943

Oberbereichsleiter Monses über die Arbeit der Abteilung Propaganda

Im Anschluß an die Referate ergreift zunächst der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung Gouverneur Dr. Losacker das Wort. Er führt aus: Heute sei die Frage aufgeworfen worden, ob es überhaupt zweckmäßig gewesen sei, eine Verwaltungsvereinfachung in diesem Zeitpunkt vorzunehmen. Hätte der Herr Generalgouverneur den Auftrag zur Durchführung der Verwaltungsvereinfachung im Februar nicht erteilt, dann wäre es wahrscheinlich nicht möglich gewesen, die außergewöhnlichen Abzüge von Personal aufzufangen und den Betrieb der Verwaltung reibungslos weiterzuführen. Im Februar 1943 seien allein 1 243 Beamte und Angestellte aus der Verwaltung des Generalgouvernements zur Wehrmacht einberufen worden. Die dadurch eintretenden Lücken hätten unbedingt durch entsprechende organisatorische Maßnahmen geschlossen werden müssen. So habe man in Verfolg der starken Einziehungen zur Wehrmacht daran gedacht, eine Neueinteilung der Distrikte vorzunehmen. Diese Neueinteilung hätte zweifellos zunächst einmal eine große Beunruhigung hervorgerufen. Mit dem Anwachsen der Unsicherheit im Generalgouvernement und andererseits mit der Aussicht, bei dem Sonderbeauftragten des Führers General von Unruh eine in der Zwischenzeit aufgestellte u.k.-Schutzliste durchzusetzen, sei die Neueinteilung der Distrikte aber heute nicht mehr so akut wie damals. Angesichts der heutigen politischen Situation könne auch die Räumung einer Außenposition nicht verantwortet werden. Deshalb müßten auch unter den gleichen Gesichtspunkten z.B. die Maßnahmen der Zusammenlegung von Landgemeinden betrachtet werden. Dort, wo das ohne jede Schwierigkeit durchzuführen sei, könne es der Kreishauptmann verantworten. Als Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung könne er es aber z.Zt. nicht auf sich nehmen, ein bindendes Gebot aufzustellen. Denn hier müßten psychologische und praktische Schwierigkeiten, die der Durchführung solcher doch recht tiefgehenden Maßnahmen im Wege ständen, beachtet werden.

Bei der einheimischen Bevölkerung dürfe unter keinen Umständen der Eindruck entstehen, als wolle sich die deutsche Verwaltung von der Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung zurückziehen. Hier könne er nur das unterstreichen, was Kreishauptmann Gramss gesagt habe: eine volksnahe Verwaltung, also eine Verwaltung, die auch sehr stark Außenpositionen wie insbesondere Landkommissariate habe, müsse weiter bestehen bleiben; denn eine andere Haltung könnte nur als ein Zurückweichen der deutschen Autorität vor der polnischen Bevölkerung verstanden werden. Gerade unter dem Eindruck der heutigen Sitzung könne es wohl verantwortet werden, daß nochmals an General von Unruh mit dem Ersuchen herangetreten werde, die Kontinuität der Verwaltung des Generalgouvernements nicht dadurch zu stören, daß immer wieder weitere Kräfte abgezogen würden. Angesichts der Schwierigkeit der Verhältnisse insbesondere bei der Außenfront könne es nicht verantwortet werden, weitere, wenn auch sehr spannkräftige und k.v.-mäßige Männer der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen. Bei der heutigen Sicherheitslage, bei der auch die Verwaltungsfront eine wirkliche Kriegsfront darstelle, würde das einen Rückschlag bedeuten, der vom Standpunkt der Regierung aus kaum verantwortet werden könne.

Die heutige Beratung habe ein Bild vermittelt, aus dem sich ergebe, daß man sich tatsächlich in einem Ausnahmezustand der Verwaltung befinde. Der Herr

18.6.1943

Generalgouverneur habe in der Sitzung vom 31.Mai ds. Jrs. in Anwesenheit hoher Vertreter des Reiches gerade auf diesen Ausnahmezustand hingewiesen. Es gälte nun, dafür zu sorgen, daß dieser Ausnahmezustand durch elastische Methoden und durch Erteilung von Großvollmachten an die Kreishauptmänner in der Verwaltungsfront gemeistert werde. ╳ Man könne wohl den Kreishauptmännern das Vertrauen entgegenbringen, daß sie, wenn ihnen nur das Ziel genannt werde, den richtigen Weg für die Durchführung der notwendigen Aufträge finden würden. Ohne ein gewisses Improvisieren, ohne eine stärkere Dezentralisation und ohne Befreiung von bürokratischen Hemmnissen sei eine Situation wie die gegenwärtige nicht mehr zu bewältigen.

Was die ihn als Beauftragten für den kriegsmäßigen Verwaltungsausbau besonders interessierende Frage der Eingliederung von Arbeits- und Sonderverwaltungen angehe, so sei es vom Standpunkte der Kreishauptmänner zu verstehen, daß ein verstärkerter Einfluß des Kreishauptmannes auf diese Verwaltungen, insbesondere auf die Arbeitsverwaltung Platz greife. Wieweit sich dieses bereits in Angriff genommene Projekt durchführen lasse, werde sich im Laufe der Verhandlungen herausstellen. Ein gemeinschaftlicher Vorschlag werde dann dem Herrn Generalgouverneur unterbreitet werden.

Dauernde Sorge mache der Hauptabteilung Innere Verwaltung die Frage der Verzögerten Beförderung von durch die Verwaltung vorgeschlagenen Beamten seitens der Berliner Zentralstellen. Man habe,trotzdem die Beförderungsangelegenheiten auch durch das Personalamt der Regierung sehr rasch behandelt würden, immer wieder feststellen müssen, daß die Fachministerien weit schneller arbeiteten als die Personalabteilung im Reichsinnenministerium. Er werde demnächst eine

18.6.1943

Besprechung mit Ministerialdirektor von Wilms haben und hoffe, daß dann ein beschleunigteres Verfahren Platz greifen werde.

Schwierigkeiten ergäben sich auch bei der Einbürgerung von Volksdeutschen, für die ein Büro in der Hauptabteilung eingerichtet sei. Die Schwierigkeit bestehe darin, daß sich durch Einschaltung der volksdeutschen Mittelstelle, die stark unter Personalabzug zu leiden habe und in jedem Fall gehört werden müsse, die Stellungnahme verzögere und die sofortige Behandlung der Angelegenheit Schaden leide. Nach der Stellungnahme der volksdeutschen Mittelstelle müßten erst noch polizeiliche Ermittlungen darüber gepflogen werden, ob der Personalstand des Einzubürgernden noch richtig sei, ob er sich in der Zwischenzeit verheiratet habe usw.. Das mit der volksdeutschen Mittelstelle vereinbarte Verfahren verspreche eine Beschleunigung.

Was die Frage der Polizeidirektionen angehe, so habe es unter keinen Umständen den Distrikten erspart bleiben können, die Schwierigkeiten zu ermessen und selbst festzustellen, die manchmal auch auf die Regierung hereinbrächen. Die Frage des Weiterbestehens der Polizeidirektionen, die Frage, ob eine staatliche Polizeiverwaltung bei einigen Polizeidirektionen Platz greifen oder ob die Polizeidirektionen im Rahmen der Stadthauptmannschaften organisiert werden sollten, sei z.Zt. Gegenstand von Erörterungen, die auch mit dem Reichsinnenministerium gepflogen würden. Die Frage dürfte in wenigen Wochen nach abschließenden Besprechungen mit Staatssekretär Stuckardt, wahrscheinlich auch mit dem Reichsführer SS und nach Vortrag beim Herrn Generalgouverneur ihre Erledigung finden.

18.6.1943

Der Grundsatz der Einheit der Verwaltung könne in Zeiten wie den gegenwärtigen, da der Bolschewismus sein Banditengesicht vor allem auch im Distrikt Warschau zeige, gar nicht stark genug betont werden. Wenn eine einheitliche Führung in der Kreisebene nicht vorhanden sei, bestehe sonst die Gefahr, daß der indifferente Teil des polnischen Volkes, der bisher die weit überwiegende Mehrheit gewesen sei, angesichts der Aktivität der Banditen in das gegnerische Lager überzugehen beginne, einzig und allein aus der Erwägung heraus, daß die ihm durch die Banditen entstehenden Nachteile höher zu veranschlagen seien als die Nachteile, die sie hätten, wenn sie sich um die politischen Angelegenheiten nicht kümmerten. Die Notwendigkeit, daß ein engmaschiges Netz der Sicherheit über das gesamte Generalgouvernement gespannt werde, sei auch bei der Sicherheitsbesprechung anerkannt worden. Im Einzelfalle sei es auch zu verantworten, wenn dieses Sicherheitsnetz gespannt sei, Landwachten aus besonders zuverlässigen Leuten, die ihr Kontingent ordentlich abgeliefert hätten, zu bilden, sie zu bewaffnen und unter den Schutz einiger deutscher Polizeibeamter zu stellen.

Nach einer ihm gewordenen Meldung aus dem Distrikt Warschau sei in einigen, insbesondere westlichen Kreishauptmannschaften vom Kreishauptmann der Befehl herausgegeben und veröffentlicht worden, daß von einer bestimmten Stunde der Nacht an auf jeden, der sich auf der Straße befinde, das Feuer eröffnet werde. Diese Bekanntmachung habe zunächst in Krakau beim Höheren SS- und Polizeiführer keinen Anklang gefunden, habe sich aber in der Tat als ganz besonders dringlich herausgestellt. Der Eindruck bei der Bevölkerung, daß am Tage die deutsche Polizei und in der Nacht die Banditen die Exekutive ausübten, werde damit beseitigt, und es habe schon festgestellt werden können, daß diese Anordnung als richtig anzuerkennen sei.

Als ehemaliger Kreishauptmann müsse er sich zu der Auffassung bekennen, daß man den Kreishauptmännern lediglich das Ziel zu nehnen habe und es ihnen angesichts der heutigen Verhältnisse überlassen müsse, den Weg, der zu diesem Ziele führe, selber ausfindig zu machen.

Präsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß die Abstriche, die bei einzelnen Ansätzen im Haushalt vorgenommen worden seien, soweit sie die Kreishauptmannschaften beträfen, im Einvernehmen mit der Hauptabteilung Innere Verwaltung gemacht worden seien. Bei der großen Anzahl von Kreishauptmannschaften wisse er selber nicht darüber Bescheid, was im einen oder anderen Falle geschehen sei. Es habe sich aber herausgestellt, daß vielfach Beschaffungstitel und Kapitel, die einmalige Beschaffungen zum Inhalt hatten, auch dann, wenn sie schon längst hätten erledigt sein müssen, immer noch in derselben oder einer noch größeren Höhe aufrecht erhalten worden seien. Das beziehe sich im besonderen, ohne daß ein bestimmter Kreishauptmann genannt werden solle, auf die Mittel, die für die Anschaffung von Einrichtungen für Beamte angefordert würden. An den Ergebnissen der bisher abgelaufenen Jahre habe man bei einzelnen Distrikten festgestellt, daß die Zahl der Wohnungseinrichtungen, die beschafft worden seien, bereits größer sei als die Zahl sämtlicher Beamten und Angestellten männlichen und weiblichen Geschlechts, die bei den Distriktsbehörden gemeldet seien. Er habe demgegenüber Anforderungen von einer oder einer halben Million Zloty für die Beschaffung weiterer Ausstattungseinrichtungen bis zu dem Nachweis zurückstellen müssen, was bisher mit dem Gelde gemacht worden sei. Ähnlich

18.6.1943

sei es auch in verschiedenen anderen Fällen gewesen.

Man habe jetzt einen Überblick über den Haushalt 1943 gewonnen, der zwar vom Herrn Generalgouverneur noch nicht genehmigt sei. Er könne aber sagen, daß die Hauptabteilung Finanzen nicht nur nichts abstrichen habe, sondern daß die Mehrausgaben des Zivilsektors, abgerechnet Wehrbeitrag und Polizeibeitrag, um 40 % gegenüber dem Vorjahr, höher angesetzt seien, darunter die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft allein mit 162 Millionen Zloty Plus. Da die Einnahmen sich nach wie vor günstig gestalteten, sei es ohne weiteres möglich, berechtigte Anforderungen zu befriedigen. Die für die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft angeführte Ziffer und die Gesamtsteigerung um 40 % bewiesen, daß die Finanzverwaltung tatsächlich berechtigten Forderungen zu genügen bemüht sei.

Präsident Wille führt aus, daß sich der Justizabteilungsleiter des Distrikts Warschau vor kurzem wegen einer Forderung an ihn gewendet habe, die auch von Kreishauptmann Gramß-Sokolow ganz allgemein für die Deutschen erhoben worden sei, nämlich dafür zu sorgen, daß die im Distrikt tätigen Deutschen bewaffnet werden könnten. Besonders geltend gemacht worden sei diese Forderung für die bei Strafsachen beschäftigten Richter und Staatsanwälte des Sondergerichts.

Im Zusammenhang damit stehe die Frage der Sicherung der Strafanstalten im Generalgouvernement. Er habe über diese Frage mit dem Höheren SS- und Polizeiführer gesprochen, und dieser habe auch an die SS- und Polizeiführer eine Verfügung gerichtet, in der er sie auffordere, soweit möglich, den Anforderungen der Justizabteilungsleiter bei den Distrikten Rechnung zu tragen, daß diese isolierten Anstalten mit schweren Waffen versehen werden möchten. Die Anstaltsleiter hätten ihm gesagt, sie könnten die Sicherheit der Anstalten gegen Angriffe von innen garantieren. Nach allem, was man heute gehört habe, sei klar, daß andererseits die Sicherheit der Anstalten gegen Angriffe von außen, die von größeren Banden geführt würden, nicht gewährleistet sei. Denn die wenigen deutschen Aufsichtsbeamten, seien nicht in der Lage, mit ihren Handfeuerwaffen entsprechenden Widerstand zu leisten. Nach den Berichten, die er erhalten habe, hätten sich im allgemeinen die SS- und Polizeiführer außerstande erklärt, schwere Waffen zur Verfügung zu stellen. Der Befehlshaber der Ordnungspolizei habe ihm ebenfalls mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sei, Waffen abzugeben, und habe ihm empfohlen, sich dieserhalb mit der Wehrmacht in Verbindung zu setzen.

Präsident Naumann nimmt zunächst zu der Frage einer Erhöhung der Rationssätze der nichtdeutschen Verbraucherschaft Stellung. Diese Tatsache sei der Hauptabteilung E.u.L. schon vom ersten Tage der Aufnahme ihrer Arbeit bekannt, und das Ziel habe auch schon vom ersten Tage bestanden: bereits im Jahre 1941 sollten die Rationssätze für die nichtdeutsche Verbraucherschaft erhöht werden. Man habe auch damals versucht, die Brotrationen von 1 o5o gr auf 1 4oo gr zu erhöhen. Leider sei dieser Versuch wegen der großen Schäden, die die damalige Aufmarschzeit für die Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft des Generalgouvernements mit sich gebracht habe, mißglückt: die Erhöhung habe nur wenige Monate durchgehalten werden können. Das gleiche gelte für das 4-te Kriegswirtschaftsjahr: auch hier habe infolge der bekannten Reichsleistungen, die bei Getriede das 18-fache der Lieferungen des Jahres 1941 ausmachten, das Ziel nicht erreicht werden können.

18.6.1943

Für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr 1943/44 werde nunmehr diese Erhöhung bei Brot, Kartoffeln, etwas geringer bei Fleisch, Zucker und Fett durchgeführt. Das bedeute, daß allein auf dem Sektor Brotgetreide insgesamt 550 000 to mehr in die Hand der Regierung gebracht werden müßten. Das Reich habe nach langen Verhandlungen auf einen Teil der Forderungen des Jahres 1942 verzichtet. 400 000 to aber müßten mehr aus der Ernte 1943 erfaßt werden als aus der Ernte 1942. Diese 400 000 to müßten dann auf die 5 Distrikte unterverteilt werden.

Anhand des Beispiels Warschau könne er zeigen, wie besonders günstig dieser Distrikt hierbei bedacht worden sei. Im vorigen Jahre habe der Distrikt Warschau das Kontingent auferlegt erhalten, aus der Ernte 1942 aufzubringen: 137 000 to Brotgetreide, 37 500 to Futtergetreide und 18 000 to Metze, zusammen 193 000 to. In diesem Jahre werde dem Distrikt Warschau ein Kontingent von 190 000 to, also 3 000 to weniger auferlegt. Wenn man berücksichtige, daß das gesamte Generalgouvernement 400 000 to mehr aufbringen müsse, der Distrikt Warschau aber 3 000 to weniger, dann sei daraus zu erkennen, wie günstig der Distrikt Warschau bei der Kontingentsverteilung davon gekommen sei. Die Metze sei in diesem Jahre aus Gründen der Arbeitserleichterung nicht erhoben, sondern in das Gesamtkontingent hineingebaut worden. Im übrigen habe der Distrikt Warschau im vorigen Jahre von den 193 000 to auch nur 175 000 to aufgebracht. Der Distrikt Warschau argumentiere nun so, daß demgegenüber das Kontingent um 15 000 to erhöht wäre.

18.6.1943

Die Unterverteilung werde nicht willkürlich durchgeführt, sondern ihr gingen Berechnungen aller Art z.B. über die Flächen und die Zahl der Selbstversorger voraus. Selbstverständlich lägen diese Kontingentzahlen und die Ziele, die man sich auch auf anderen Gebieten gesteckt habe, sehr hoch. Wenn aber die Neuregelung der Ernährung ab September 1943 durchgeführt werden solle, müßten auch die entsprechenden Mehrmengen aufgebracht werden und in die Hand der Regierung kommen, da sie sonst nicht verteilt werden könnten.

Von entscheidender Bedeutung sei die völlige Wiederherstellung der Sicherheit. Daß die jetzige Lage nicht allein der Ausfluß einer zu schlechten Ernährung für die Stadtbevölkerung sei, sondern auch andere Maßnahmen einen entscheidenden Anteil an dieser Unsicherheitslage hätten, sei selbstverständlich. So habe die Umsiedlung im Kreise Zamosc große Unruhe in die Landbevölkerung gebracht. In den letzten Tagen seien ihm wieder Flugzettel in die Hand gekommen, mit denen sich die polnische Widerstandsbewegung in geschickter Weise an die polnische Landbevölkerung wende und auf die Ereignisse in Zamosc Bezug genommen werde.

Er richte die dringende Bitte an Kreishauptmann Gramß, in der Nennung von Zahlen wie z.B. der 8 000 Schweineschwarzschlachtungen sehr vorsichtig zu sein. Man könne nicht einerseits sagen, daß ein Kreis unter keinen Umständen das Kontingent erfüllen könne, und andererseits davon sprechen, daß 8 000 Schweine schwarzgeschlachtet würden. Solche Behauptungen lösten auch bei Verhandlungen mit Berliner Reichsstellen eine sehr schlechte Wirkung aus. Nach langen Verhandlungen sei es der Hauptabteilung gelungen, das Märchen von der Beiluft im Generalgouvernement zu zerschlagen. Wenn jetzt aber wieder behauptet werde, daß in einem Kreise 8 ooo Schweine schwarzgeschlachtet würden, dann werde das Märchen von der Beiluft im Generalgouvernement sofort wieder auftauchen, und man werde wieder mühevolle Verhandlungen haben, um dieses Märchen bei den Berliner Reichsstellen zu zerstören.

Sehr interessant sei die Feststellung des Medizinalrats Dr. Jüngst, daß der Gesundheitszustand der polnischen Landbevölkerung doch immerhin als einigermaßen normal anzusprechen sei. Das bedeute, daß die Kontingente noch kein überdurchschnittliches Maß erreicht hätten. Er könne die Belange der polnischen Bevölkerung nicht in soweit vertreten, daß sie sich auch noch im vierten oder fünften Kriegsjahre vollkommen satt essen dürfte, während die deutsche Bevölkerung nicht genug zu essen habe. Solange der gegenwärtige Gesundheitszustand vorhanden sei, müsse man auch mit der Erfassungsschraube weitergehen.

Präsident Eichholz nimmt zu einigen Ausführungen des Abteilungsleiters Dr.Gruschinske Stellung. Die Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht denke nicht an einen Abbau des polnischen Schulwesens überhaupt, sondern lediglich an einen Abbau des etwas überdimensionierten polnischen Berufsschulwesens, vor allem der polnischen Handelsschulen. Im Zusammenhang mit der Auflösung der polnischen höheren Schulen sei ein großer Zuzug zu den polnischen Handelsschulen festzustellen, der wesentlich größer sei als der tatsächliche Bedarf an solchen Kräften. Daher habe man mit der Hauptabteilung Arbeit in Verhandlungen ein genaues Kontingent der zu erfassenden Schulen festgesetzt und sei nun im Begriff, die Zahl dieser Handelsschulen auf den tatsächlichen Bedarf herunterzudrücken. Bisher habe die Schülerzahl der polnischen Handelsschulen des Generalgouvernements ungefähr 2o ooo betragen, während der tatsächliche Bedarf sich auf etwa 8 000 belaufe.

Durch die Einführung der Lernmittelfreiheit sei nun auch Sorge getragen, daß die Lehrbücher, über deren Mangel Dr.Gruschinske geklagt habe, im nächsten Schuljahr allen Distrikten gleichmäßig zur Verfügung gestellt würden, und zwar in dem Maße, wie sie hergestellt werden könnten, wobei allerdings berücksichtigt werden müsse, daß heute auch das ganze Reich unter dem Lehrbuchmittel-Mangel leide.

Was die Werkzeugmaschinen für Handwerkerschulen betreffe, so stehe man mit der Hauptabteilung Wirtschaft in Verhandlung darüber, ob gegebenenfalls aus stillgelegten Betrieben solche Maschinen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Präsident Ohlenbusch nimmt zunächst zu den Ausführungen des Gouverneurs Dr.Fischer über die Frage des Theaters der Stadt Warschau Stellung. Er sei bei den Verhandlungen mit Stadthauptmann Leist persönlich zugegen gewesen. Es habe sich um einen Zuschuß von 500 000 Zloty für das Warschauer gehandelt. Entgegen der schematischen Handhabung dieser Angelegenheit durch die Abteilung "Verwaltung" habe er der Stadt Warschau diese 500 000 Zloty nicht nur zugesprochen, sondern auch übergeben. Er müsse es geradezu als ein Unikum ansehen, wenn er kurz darauf von seiner Abteilung "Verwaltung" ein Schriftstück der Stadtverwaltung Warschau vorgelegt erhalte, in welchem ihm mitgeteilt werde, daß diese von der Hauptabteilung Propaganda zur Verfügung gestellten 500 000 Zloty für das Warschauer Theater nicht benötigt würden; denn es habe sich herausgestellt, daß der Etat des Theaters auch ohne diesen Zuschuß von 500 000 Zl. balanciere. Die Bestrebung,

18.6.1943

das polnische Theater aus dem deutschen Theaterwesen herauszulösen, sei insofern zutreffend, als er es kulturpolitisch nicht für wünschenswert halte, daß ein deutsches Theater in Warschau auf Kosten des polnischen Theaters kulturell tätig sei; er stehe auf dem Standpunkt, daß die Regierung des Generalgouvernements Mittel genug besitze, um aus eigener Kraft ein solches Theater unterhalten zu können. Weiter sei über diese Dinge nicht gesprochen worden. Die Verhältnisse in Warschau müßten es einfach beim alten bewenden lassen, weil geeignete Räume für ein polnisches Theater nicht vorhanden seien.

Die Äußerung des Kreishauptmanns Gramß, daß die illegale Propaganda besser sei als die deutsche, wolle er nur als Schlagwort werten und ihr auch insofern eine Bedeutung beimessen, als ja Schlagwörter ihre propagandistische Auswirkung meistens nicht verfehlten. Aber was wirklich an dieser Äußerung richtig oder nicht richtig sei, dürfte wohl nur von ihm, Präsident Ohlenbusch, beurteilt werden können. Er glaube nicht, daß Kreishauptmann Gramß das gesamte illegale polnische Propagandamaterial und außerdem auch das gesamte deutsche Propagandamaterial im Besitz habe. Für diese Behauptung fehlten somit dem Kreishauptmann Gramß die Grundlagen. Daß die illegale polnische Propaganda nach außen hin den Anschein erwecke, daß sie be~~ss~~ser sei als die deutsche, sei darauf zurückzuführen, daß teilweise diese Propaganda in deutscher Sprache erscheine und auf Dinge hinweise, die, allerdings in außerordentlich raffinierter Form, den Deutschen nahegebracht werden, die an sich verboten seien, aber gerade deshalb, weil sie verboten seien und auf Dinge hinwiesen, die nicht jedem bekannt würden, leider umso mehr von den Deutschen gelesen und auch kolportiert würden.

18.6.1943

Daß die illegale Propaganda eine viel leichtere Arbeit habe als die deutsche, sei am besten durch die Argumente beweisen, die die Vorredner in den verschiedenen Referaten gebracht hätten. Das gelte zunächst von der Arbeitererfassung. Hier bestehe der Mißstand, daß die Angehörigen der ins Reich vermittelten Arbeiter insofern in schwierigen Verhältnissen zurückgelassen würden, als sie nicht die nötige Verbindung mit den Arbeitern im Reich hätten, keine ausreichenden Geldzuweisungen erhielten usw.. Dazu kämen die Maßnahmen, die im Rahmen der Arbeitererfassung durchgeführt worden seien, daß man Kinos umstellt und Leute aus ihnen zum Arbeitseinsatz herausgeholt habe, daß teilweise sogar Kirchen umstellt worden seien. Daß alle solche Dinge der deutschen Propaganda den Boden entzögen, liege auf der Hand. Es sei eben unmöglich, mit einer rein geistigen Propaganda diese praktischen Begebenheiten aus der Welt zu schaffen. Genau so sei es mit der Erzeugungsschlacht, die ja nicht im polnischen, sondern im deutschen Interesse durchgeführt werde. Das gleiche gelte von der Umsiedlung, die ausgerechnet durchgeführt worden sei, nachdem man die Juden liquidiert hatte, teilweise so, daß die Polen angefangen beim Kind bis zur ältesten Greisin Augenzeugen dieser Judenevakuation waren.

Erschwerend komme hinzu der Bandenterror, die Tatsache, daß die Banditen bzw. die Partisanen requirierte Lebensmittel an die polnische Bevölkerung verteilen und dann darauf hinwiesen, daß die polnischen Offiziere, deren Leichen bei Katyn gefunden worden seien, ermordet worden seien, weil diese Offiziere ja auch nur die Blutsauger des polnischen Volkes gewesen seien, und ferner, daß die Deutschen heute in diesem Raum genau so tätig seien, so seien das alles Dinge, die man nicht propagandistisch aus der Welt schaffen könne. Wieweit die Banditen mit ihren Methoden gingen, zeige der Fall, daß es ihnen sogar gelungen sei, eine Maienandacht durchzuführen. Tatsächlich seien Banditen in ein Dorf gedrungen, hätten das Dorf und die Kirche umstellt und dann mit der Bevölkerung in dieser Kirche eine Maienandacht gehalten, - 6o Banditen, teilweise in deutschen und teilweise in polnischen Uniformen. 4 Banditen hätten den Baldachin getragen, sie hätten auch einen Pfaffen aus Rußland mitgebracht, der diese Maienandacht durchgeführt habe.

Daß die Hauptabteilung Propaganda auf dem Sektor der fremdvölkischen Propaganda im Augenblick auf vollen Touren arbeite, davon könnte man sich sehr schnell überzeugen, wenn man in den Distriktabteilungen sehe, was alles an Propagandamaterial im letzten Vierteljahr herausgegeben worden sei. Für die Propaganda zur Erzeugungsschlacht, zur Arbeitererfassung und zur Seuchenbekämpfung seien allein über 5o Plakate und 11 Broschüren herausgekommen. Im übrigen habe er festgestellt, daß das in mühsamer Arbeit hergestellte Propagandamaterial leider in den Dörfern und abgelegenen Flecken überhaupt nicht zu sehen sei. Es stehe aber fest, daß das Material in ausreichenden Mengen hinausgegangen sei. Wenn das Material bei den Kreishauptmannschaften liegenbleibe und die Kreishauptmänner der Propaganda nicht das genügende Verständnis entgegenbrächten, dann sei das allerdings ein Mangel, der künftig abgestellt werden müsse.

18.6.1943

Präsident Bauder teilt mit, daß von seiten des Reichsministeriums Speer weitgehende Vorbereitungen zur Verlagerung von Industriebetrieben ins Generalgouvernement getroffen worden seien. Auch seien schon Vertreter der Industrie im Generalgouvernement gewesen, um die vorhandenen Möglichkeiten zu prüfen. Wenn Gouverneur Dr. Fischer der Meinung Ausdruck gegeben habe, daß sich die Industrieverlagerung entgegen manchen Meinungen in erster Linie auf Neubauten stützen müsse, weil gebrauchsfähige Räume verhältnismäßig wenige vorhanden seien, so müsse zugegeben werden, daß die erforderliche Kapazität für diese Zwecke nicht überall bestehe. Auch die Frage der Wasserversorgung spiele hier eine große Rolle. Über alle diese Fragen müßten noch Besprechungen stattfinden. - Was die Frage der Lagerhallen angehe, die in absehbarer Zeit frei würden, so sei auch hier eine Möglichkeit gegeben, die Industrie einzusetzen. - Was das Distriktskrankenhaus angehe, so habe er die Hauptabteilung Gesundheitswesen wie alle anderen Hauptabteilungen gebeten, ihm eine Dringlichkeitsliste einzureichen. Selbstverständlich sei es heute noch nicht möglich, manche Wünsche restlos zu erfüllen. Er müsse aber, um nicht immer das Objekt von Angriffen zu sein, wissen, welche Leistungen wirklich für die einzelnen Abteilungen am dringendsten seien. Leider müsse festgestellt werden, daß die Abteilungen vielfach sich selber noch nicht einig geworden seien. Es müsse also eine große Gesamtliste festgelegt werden, nach welcher die Abwicklung der Bauten zu geschehen habe. Das gelte z.B. auch für die Errichtung von Schülerheimen und Wohnheimen der Partei.

18.6.1943

Hauptabschnittsleiter Stahl gibt der Auffassung Ausdruck, daß die Arbeit der Parteiführung durch die Ausführungen des Krieshauptmanns Gramß in ein falsches Licht gekommen sei. Er müsse feststellen, daß man die Partei im Generalgouvernement nach anderen Gesichtspunkten als im Reich aufgebaut habe. Im Generalgouvernement habe es keine Hoheitsträger wie etwa die Ortsgruppenleiter gegeben, sondern Standortführer als die Vertreter des Führers in ihrem Raum. Von seiten der Parteiführung seien nie Befehle, sondern immer nur Richtlinien herausgegeben worden. Er habe wenigstens seit Bestehen des Arbeitsbereiches noch keinen Befehl mit Vollzugsmeldung hinausgehen lassen, sondern nur Richtlinien aufgestellt, mit denen den Standortführern Anregungen für ihre Arbeit gegeben werden sollten. Selbstverständlich könnten sie nicht restlos durchgeführt werden. Aber diese Richtlinien müßten hinausgehen, weil viele Standortführer, die in Personalunion gleichzeitig Kreishauptmänner seien, bisher noch keine politische Führung inne gehabt hätten und infolgedessen leicht in Schwierigkeiten kommen könnten. Wenn Kreishauptmann Gramß sich über Schwierigkeiten hinsichtlich der Vorlegung des Ariernachweises beklage, so habe man selbstverständlich bei der Parteiführung nicht wissen können, daß er SS-Führer sei und als alter Parteigenosse schon mehrere Male diesen Ariernachweis bei den zuständigen Dienststellen im Reiche erbracht habe. Er hätte nur darauf hinzuweisen brauchen, daß dieser Ariernachweis bereits erbracht und die Urkunden bei irgendeiner Stelle im Reiche lägen.

18.6.1943

Am Schlusse der Tagung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort. Er führt aus:

Die Tagung, an der wir heute teilgenommen haben, ist einzigartig. Sie ist methodisch insofern einzigartig, als es dem Eigenwesen des Generalgouvernements entspricht, daß die Regierung und an ihrer Spitze der Generalgouverneur ins Land hinausfährt. Sie müssen sich einmal den Vorgang vorstellen, daß die Reichsregierung ins Land hinausführe und dann draußen Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister in so offener Form ihre Sorgen darzulegen vermöchten, wie das heute hier der Fall war. Daraus können wir aber auch erkennen, wie stark das Gefüge des Generalgouvernements ist. Es ist die einzige wirkliche Verwaltungsgründung des Krieges im fremden Raum, die sich nach dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung und der Totalität der Führung aufgebaut hat und die - dessen können wir sicher sein - auch die heute aufgezeigten Schwierigkeiten absolut überstehen wird.

Ich bin sehr dankbar, daß heute so offen gesprochen wurde. Ich danke Ihnen, Herr Gouverneur Dr.Fischer Ihnen, Herr Vizegouverneur, ich danke den Herren Kreishauptmännern, dem Stadthauptmann von Warschau wie den Abteilungsleitern für diese offenen Worte und für die Darlegung ihrer Nöte und Sorgen. Ich will nicht auf die Einzelheiten eingehen. Es ist meine Aufgabe, aus dem, was heute gesagt worden ist, die wichtigsten Dinge zu extrahieren. Ich möchte aber betonen, daß die Referate, die heute gehalten worden sind, nach Form wie Inhalt mir besonders gut erschienen sind und daß ich somit die heutige Sitzung in ihrem Endteil als vorbildlich bezeichnen darf. Ich wünsche, daß das Generalgouvernement ein Platz ist, an dem noch offen geredet wird, an dem Schwierigkeiten nicht vertuscht werden und man nicht davor zurückschreckt, andere Meinungen als die der hohen Obrigkeit einmal verlauten zu lassen.

18.6.1943

Nur so ist es möglich, die Gemeinschaft zu wahren, die wir brauchen, um mit den tausend Schwierigkeiten fertig zu werden.

Ein Wort des Kreishauptmanns Gramß hat mir sehr gefallen, wo er sagte: wenn die Bestimmungen über die Verfeinerung der Verwaltung, die wir jetzt eingeführt haben, schon 1939 oder 1940 in Kraft gewesen wären, dann hätten wir von allem, was wir damals in stürmischer Aufbauarbeit geleistet haben, kaum etwas durchgesetzt. Wenn dieses Wort selbstverständlich auch zunächst aus dem Temperament des Frontsoldaten der Verwaltung zu beurteilen ist, so ist es in dem einen bestimmt richtig, daß die Wucht der Not des Reiches allerdings und nicht der formalen Verstrickung es ist, die uns die Aktivität in diesem Raum lähmt. Denn das, was Sie, meine Herren Kreishauptmänner und meine Herren von der Distriktsverwaltung, an Schwierigkeiten erleben, das erleben die Herren der Regierung unausgesetzt auch, und meine Aufgabe ist es, Ihnen zu sagen, daß es auch in Krakau eine Front der Verwaltung gibt, die mit den völlig konträren und in sich völlig unausgeglichenen dauernden Anforderungen und Fehlanschauungen, die von den Reichszentralen auf uns herabbranden, fertig werden muß.

Von dem, was sich auf meinem Schreibtisch und auf dem Tisch der Herren der Regierung Tag um Tag sammelt, davon sind Sie, meine Herren vom Distrikt, verschont. Aber wenn Sie sich vorstellen, wie sich angesichts der Entwicklung des Krieges und der Notlage des Reiches nun jeder im Reich berechtigt fühlt, auf das Generalgouvernement als eine totsichere Notreserve jeden Augenblick zurückzugreifen, dann können Sie ermessen, welche Mühe es macht, überhaupt dieses Gebilde als eigenen Energieträger durchzuhalten. Ich kann Ihnen sagen: der Unverstand oder auch der schlechte Wille uns gegenüber, der Mangel an Anerkennung der wirklichen

Leistung des Generalgouvernements kann oft gar nicht überboten werden. Aber seien Sie beruhigt und überzeugt, daß sich das durchsetzen wird, was diese Gemeinschaftsarbeit trotzdem geleistet hat. Wir sind sehr großzügig und sprechen offen über unsere Schwierigkeiten. Wir bekennen, daß da und dort - das haben wir heute gesehen, - Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Aber wir bekenn-en auch, daß darin nicht ein Zeichen der Schwäche, sondern ein Zeichen der Stärke zu sehen ist. Wir sind noch einer der wenigen Bereiche des Großdeutschen Reiches, in welchem ein klarer Staatsorganismus im Vordergrund der totalen Zusammenfassung steht. Darauf können Sie stolz sein, meine Herren. Sie kennen diese besonderen Nöte und Sorgen, die wir beim Aufbau gehabt haben. Das merkwürdige Gebilde "Generalgouvernement", als Nebenland konstruiert, mit eigenen Vollmachten begeben, mit einer eigenen Regierung versehen, bedeutet ja nicht einen Vorzug, den wir mit der Selbständigkeit haben, sondern nur die sehr bequeme Belastung - bequem für diejenigen, die diese Belastung auf uns gelegt haben, - mit Schwierigkeiten fertig zu werden, die mit direkten Vollmachten von Berlin aus nicht gemeistert werden können.
Es muß klar gelegt werden, wohin der Kurs letzten Endes geht. Wir sind kein Misthaufen, wir sind kein Abstellbahnhof, wir sind eine echte Machtposition des Großdeutschen Reiches, und es ist nicht so, daß das Generalgouvernement nur ein Gebiet für irgendwelche Machtgierlinge wäre. Dieses Gebilde Generalgouvernement hat einen Todeskampf auszufechten. Das kann nicht eindrucksvoller dargelegt werden als durch das, was die Kreishauptmänner über die Sicherheitslage in diesem Raum und über den bereits vorhandenen Kreis von

verwaltungsleeren Räumen gesagt haben.

Darum ist es höchste Zeit, daß sich die maßgebenden Sicherheitsorgane des Reiches auch diesem Raum gegenüber endlich mit gerechter Erfüllung ihrer Pflichten bemerkbar machen. Ich habe das Vertrauen, daß auf Grund meiner Aussprache mit dem Führer nunmehr Sicherheitsorgane im notwendigen Umfange ins Generalgouvernement kommen. Das muß geschehen. Sollte es wirklich nicht in absehbarer Zeit wieder durchgesetzt sein, daß die Verwaltung hier ruhig arbeiten kann, dann würde ich erneut zum Führer gehen und so lange bohren und weiter arbeiten, bis es gelungen sein wird, die Autorität hier wieder herzustellen. So geht es nicht weiter. Seien Sie auch überzeugt, meine Herren, daß ich in diesem Sinne alles das, was ich heute gehört habe, weiter vortragen werde.

Ich habe für den 1.September 1943 jene endgültige Anordnung getroffen: zu diesem Termin tritt ein Versorgungsplan für die polnische Bevölkerung in Kraft, der dem entspricht, was wir selber für notwendig halten.

Auf dem ganzen Gebiet der Polenpolitik wird jetzt endlich Vernunft eintreten. Wir werden allerdings um deswillen dauernd von gewissen Stellen als Polenfreunde verdammt und verachtet. Es geht nicht an, daß man hier eine Handvoll Männer hereinschickt, ihnen aufgibt, 15 Millionen Fremdvölkische auszurotten, und sie dann ohne Schutz in diesem Raum läßt. Wenn die Bolschewisten daran gehen, ein Volk auszurotten, dann schicken sie in jedes Dorf des auszurottenden Volkes 2 ooo Rotarmisten. So, aber, daß man uns lo ooo Mann Polizei ins Land schickt und uns aufgibt, mit 15 ~~ooo~~ Millionen fremdvölkischen Menschen fertig zu werden, ist das nicht zu machen. Hier liegt der Kampf, den wir als Fachleute

18.6.1943

in der Behandlung dieses Raumes gegen Dilettanten zu führen haben, die sich in diesen Dingen nur macht- oder weltpolitisch betätigen.

Was über diesen Raum hinaus die ganze europäische Ordnung angeht, so hat mir der Führer in grundsätzlichen Fragen im wesentlichen völlig Recht gegeben. Er hat mich zur Durchsetzung dieser neuen europäischen Ordnung erst vor wenigen Tagen als Präsidenten der Internationalen Rechtskammer eingesetzt, er hat mir dadurch erneut auf dem Gebiet des Rechtslebens eine Totalvollmacht über Deutschland hinaus gegeben. Daraus können Sie ermessen, wie sehr dieser von uns eingeschlagene Weg von dem obersten Chef, in dessen Diensten wir stehen, verstanden wird.

Seien Sie überzeugt, meine Herren des Distrikts Warschau, daß die Regierung in Krakau Ihnen in Kameradschaft genau so verbunden ist wie Sie ihr. Ich persönlich fühle mich vor allem mit jedem dieser Männer, die im Generalgouvernement teilweise seit beinahe 4 Jahren auf schwerstem Posten stehen, verbunden. Ich weiß, daß ich nur einige Zahlen zu nennen brauche, um zu zeigen, was Ihre Gemeinschaftsarbeit im Generalgouvernement bedeutet.

Wenn Sie daran denken, daß im vorigen Jahr die Ernteablieferung des Generalgouvernements 62 % dessen ausmacht, was das gesamte übrige im Osten besetzte Gebiet von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer nach den amtlichen Ziffern geliefert hat, wenn Sie bedenken, daß wir 1 28o ooo Arbeiter ins Reich geliefert haben - das sind 7o % dessen, was das gesamte übrige Ostgebiet an das Reich geliefert hat, - wenn Sie bedenken, daß unser Gebiet kaum ein Zehntel jenes Raumes umfaßt, dann können Sie ermessen, daß wir schon Recht haben, wenn wir auf den Tisch klopfen und sagen: wir können mit diesem Raum fertig werden, sobald man uns nicht dauernd in die Quere kommt; allerdings sind wir willens, uns vor niemanden hineinreden zu lassen.

Ich erkenne in diesem Raum nur einen Repräsentanten an, nur einen, der hier befiehlt, und das ist der, der im Namen des Führers hier im Generalgouvernement eingesetzt ist. Im Sinne der Einheit der Führung dieses Raumes wird da, wo man sich aus Mißgunst oder sonstigen Gründen an diese Regelung nicht hält, die Klärung stärker denn je eintreten. Das gebietet die Not dieser Zeit und des Reiches. Wenn ich diesen Kampf für die Autorität der Zentrale führe, dann wird er mitgetragen im Rahmen der Einheit der Verwaltung vom Gouverneur und von jedem Kreishauptmann aus vollster Herzensergriffenheit heraus. Kreishauptmänner, Gouverneur und Generalgouverneur wissen, daß mit der Einheit der Verwaltung dieses Raumes das Schicksal der deutschen Führung steht und fällt. Das ist auch der Sinn, der Reise, die mich heute nach Warschau geführt hat. Ich habe den Eindruck, meine Herren des Distrikts Warschau, daß Ihr Gouverneur mein Totalvertreter ist, daß ich in ihm den einzigen Repräsentanten in der Instanz des Distrikts habe, der im Namen des Generalgouverneurs und damit im Namen des Führers und Reiches handelt. Wo Sonderbefehle irgendwelcher Art erteilt werden, die sich mit dieser Linie nicht decken, sind sie nicht mit den Bestimmungen des Führers vereinbar.

Meine Herren, was Sie an Wünschen, an Anregungen für Beamtenlaufbahnen in diesem Raum vorgebracht, was Sie über die Verluste an Deutschen gesagt haben, gibt mir Anlaß, einem Gedanken Ausdruck zu verleihen: vergessen Sie nie, daß man, wennman etwa heute eine Sitzung in Essen oder Dortmund oder Bochum oder Oberhausen abhalten würde, von vielmehr Todesopfern und vielmehr Zerstörungen vernehmen würde, als es im ganzen Generalgouvernement der Fall ist. Der Deutsche kann heute nirgendwo absolut gesichert werden. Wir sind heute, ganz gleich, wo wir uns befinden, überall in Gefahr. Und daher darf man die Dinge der Unsicherheit dieses Raumes nicht übertreiben, sie dürfen nicht zu einem Schreckgespenst werden. Bei allen den tiefen Eindrücken, die ich auch hier wieder von den Ereignissen im Lande erhalten habe, war mir doch tröstend und beglückend das Wort, daß trotz alledem die Deutschen auf ihrem Posten geblieben sind. Das ist schön. Mit solchen Männern und Frauen kann man die große, fast unlösbar erscheinende Aufgabe, die dem Generalgouvernement gestellt ist, erfüllen.

So beglückt mich denn die Reise hierher ganz außerordentlich. Herr Gouverneur Dr.Fischer, Sie wissen, daß ich mein volles Vertrauen in Sie setze. Ich danke Ihnen und Ihren Mitarbeitern. Ich rufe Sie auf, weiter so treu und hingebungsvoll Ihre Pflicht zu tun. Der Distrikt Warschau kann sich auf mich verlassen.

Gouverneur Dr.Fischer schließt die Tagung mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Im Namen aller deutschen Männer und Frauen des Distrikts Warschau danke ich Ihnen für die Anerkennung, die Sie uns ausgesprochen haben und in der wir einen erneuten Beweis Ihres Vertrauens erblicken dürfen. Glauben Sie mir: wir alle stehen geschlossen hinter Ihnen und Ihrer Regierung und wissen, welche Aufgaben wir hier zum Wohle unseres Reiches zu erfüllen haben. - Wir grüßen den Führer.

18^{30} Schluß der Arbeitstagung.

18.6.1943

18^{35} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Schloß Belvedere

18^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Theater der Stadt Warschau.

19^{10} Vorführung im Theater der Stadt Warschau

"Susannes Geheimnis"

Oper in einem Akt von Ermano Wolf-Ferrari

"Coppelia"

3 Tanzbilder mit dem gesamten Ballet. Musik von L. Deliebes.

Anschließend Abendessen im Palais Blank auf Einladung des Stadthauptmanns in Warschau SA-Brigadeführers Leist.

23^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Schloß Belvedere.

Warschau

Sonnabend, den 19.Juni 1943

8³⁰ Der Herr Generalgouverneur begibt sich zur Besichtigung verschiedener Institute in die Stadt Warschau.

Besichtigt wird zunächst das HJ.-Jugendheim. Das schön gelegene Gebäude, das in polnischer Zeit ausschließlich Unterrichtszwecken gedient hat, bietet vorläufig 86 Hitlerjungen Platz und wird nach weiteren baulichen Veränderungen künftig 15o Jungen aufnehmen können. Helle, freundliche Schlaf-,Aufenthalts- und Waschräume vermitteln den dort untergebrachten Jungen die Grundbegriffe deutscher Wohnkultur, Ordnung und Sauberkeit.

Der Herr Generalgouverneur besichtigt darauf die Deutsche Oberschule, die Handwerker- und Handelsschule, die Haushaltungsschule und die Erste Volksschule.

11²⁵ Wirtschaftstagung im Schloß Belvedere.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Generalgouverneur erstattet zunächst der Leiter der Abtl. Wirtschaft des Distrikts Warschau Generaldirektor Schlosser einen Bericht über die wirtschaftliche Lage des Distrikts. Nach der Besetzung und der Aufnahme der Tätigkeit der Verwaltung, so führt er aus, habe eine erfreuliche Vitalität der gewerblichen Wirtschaft der Stadt und des Distrikts Warschau festgestellt werden können. Das gewerbliche Leben habe sich ohne Einschränkungen vollzogen, wenn auch bei einigen Gewerbebetrieben zunächst Störungen eingetreten seien, die aber hätten beseitigt werden können. Er habe bisher immer mit dem Leiter des Rüstungskommandos Warschau

19.6.1943

aufs beste zusammengearbeitet. Die Arbeiterschaft sei von wenigen Ausnahmen abgesehen nicht nur in den Fabriken geblieben, sondern habe auch einen großen Anteil an der Leistungssteigerung.

Generaldirektor Schlosser gibt dann ein Bild von der Bedeutung Warschaus als Industriestadt. An der Spitze der Industrie stehe die Metall, Eisen und Stahl verarbeitende Branche mit fast 5o ooo Arbeitskräften, daneben die Textilindustrie mit 12 ooo Arbeitskräften. In Betracht kämen weiter das Zellstoffwerk in Kotalow und die Manufakturwarenfabrik in Zyrardow. Warschau verfüge außerdem über eine ganze Reihe großer Fabriken, die in erstaunlich kurzer Zeit wieder aufgebaut worden seien und sich in fortgesetzter Erweiterung befänden. Warschau habe als die "größte Etappenstadt aller Zeiten", als Front-Reparatur- und Nachschubstadt für die Unterstützung der kämpfenden Truppe ebenfalls eine große Bedeutung. Diese Bedeutung werde auch durch die Lage der Stadt als Ausstrahlungs- und Auffangpunkt für den ganzen mittleren Osten gekennzeichnet, weiter dadurch, daß das Eisenbahnnetz in größter Dichte gerade in Warschau konzentriert sei.

In einem Zeitpunkt, in welchem zahlreiche deutsche Städte dem Bombenterror zum Opfer fielen, sei es eigentlich nicht zu verstehen, daß noch irgendwelche destruktiven Ideen bezüglich der Stadt Warschau vertreten werden können. Demgegenüber habe die Abteilung Wirtschaft stets den Standpunkt vertreten, daß die loyale mitarbeitenden Polen auch eine loyale Behandlung verdienten.

19.6.1943

Die Industrie des Distrikts Warschau befinde sich zur Zeit noch im Aufbau. Erfreulicherweise sei eine Reihe von Industrieverlagerungen nach Warschau im Gange. Von Interesse sei die Tatsache, daß die Lokomotivfabrik Warschau den Auftrag erhalten habe, allmonatlich 5o Lokomotiven der Einheitsbauart herzustellen. Leider biete es einige Schwierigkeiten, eine Einigung über die Grundsätze zu erreichen, nach denen diese großen Betriebe verwertet werden sollten. Selbstverständlich müsse dem Grundsatz, daß in erster Linie Kriegsversehrten die Möglichkeit gegeben werde, in solchen Betrieben unterzukommen, Folge gegeben werden. Aber große Betriebe eigneten sich angesichts des Umstandes, daß ihre Leitung Erfahrung und Kapital voraussetze, nicht für Einzelpersonen und auch nicht für Gruppen. Die Hauptabteilung Wirtschaft sei allerdings bei ihren Maßnahmen an die Zustimmung des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums und des Siedlungsreferenten beim OKW gebunden. Genehmigungen würden nur unter dem Vorbehalt erteilt, daß Betriebe spätestens bei Kriegsende Kriegsversehrten übergeben würden, oder die Genehmigung werde nur für 5 oder 3 Jahre nach Kriegsschluß erteilt. Angesichts des Risikos, das unter diesen Umständen mit der Übernahme eines solchen Betriebes verbunden sei, angesichts der Tatsache, daß Investitionen in einer angemessenen Frist abgeschrieben werden müßten, weiter im Hinblick darauf, daß die Zölle aufgehoben seien, werde sich schwerlich jemand zur Übernahme eines Betriebes bereit finden. Und wenn diese Industrie später einmal der europäischen Konkurrenz ausgesetzt sein werde, müßte sie unter schwachen Händen zum Erliegen kommen.

19.6.1943

Gleichwohl sei überall ein starker Aufbauwille und eine Aufbaumöglichkeit vorhanden. Allerdings müsse bei der starken Zerstörung Warschaus die Möglichkeit geschaffen werden, in einigen halb zerstörten Fabriken Betriebsräumlichkeiten wieder herzustellen. Vielleicht könnte man auf privatem Wege die Zurverfügungstellung solcher Räumlichkeiten organisieren.

Das Handwerk sei in Warschau besonders hochentwickelt gewesen und habe jetzt eine starke Entlastung infolge der Beseitigung der Juden gefunden. Über die Stillegung von Handwerksbetrieben seien zahlreiche Erlasse ergangen, beeinflußt durch das dringende Verlangen des Reiches nach Erfassung von Arbeitskräften und durch das Verbot der Fabrikation von Gegenständen, deren Herstellung auch im Reiche verboten sei. Selbstverständlich würden diese Grundsätze auch im Distrikt Warschau durchgeführt, aber eine Stillegung von fast 3o ooo Handwerksbetrieben und Kleinhandelsgeschäften sei nicht ohne weiteres durchführbar.

In Warschau bzw. im Distrikt gebe es z.Zt. noch über 3 ooo Industriebetriebe, was eine außerordentliche Verzettelung darstelle, die sich allerdings aus dem jüdischen Charakter vieler dieser Betriebe ergebe. Eine Bereinigung müsse hier schon im Interesse der künftigen Konkurrenzfähigkeit des Raumes stattfinden, und man sei auch bereits im Begriff, Zusammenlegungen und Vereinheitlichungen vorzunehmen. Allerdings müsse man auch hier Vorsicht walten lassen, da 8o % dieser Betriebe in irgendeiner Form für das Reich arbeiteten.

Trotz der größten Anstrengung der Arbeitseinsatzverwaltung sei die Erfassung der Arbeitskräfte nicht befriedigend, da Tausende sich der Kontrolle entzögen.

19.6.1943

Das hänge wohl vor allem mit den Ernährungsschwierigkeiten zusammen, und es sei daher nur zu begrüßen, daß ab 1.Sept. ds.Jrs. eine grundlegende Änderung in der Ernährung der Arbeiterbevölkerung eintrete.

Die Wirtschaft des Distrikts Warschau vollziehe sich in zwei Kreisen, einmal im Kreise der gesteuerten zum anderen in demjenigen der freien Wirtschaft. Vermutlich sei der Kreis der freien Wirtschaft größer. Ohne die freie Wirtschaft wäre die gesteuerte Wirtschaft längst zum Erliegen gekommen. Trotz aller Anstrengungen der Preisbehörden und der Bewirtschaftungstellen sei es aber nicht möglich die Schwierigkeiten restlos zu beseitigen, und eine Gesundung könne erst mit der Besserung der Ernährung und der Warenseite kommen.

Neben der Tätigkeit der gewerblichen Wirtschaft bestehe die Treuhandverwaltung. Ihr unterlägen rd. 900 Betriebe, von denen 433 Druckereien seien. Auch hier verfolge man die Politik, den loyalen Polen möglichste Freiheit in der Betätigung zu lassen.

Von besonderer Bedeutung sei die Grundstücksverwaltung. Verwaltet würden von ihr 14 000 Grundstücke und jüdische Häuser, davon rd. 4 000 in Warschau. Der Wert dieses Besitzes sei vor der Zerstörung des Ghettos auf etwa 1,2 Milliarde geschätzt worden. Es sei sehr schwierig, die Mittel für den Aufbau von Häusern zur Verfügung zu stellen. Infolge zahlreicher Raubüberfälle und Diebstähle seien die Häuser vielfach unbewohnbar geworden. Die Leute, die in diese Häuser ziehen wollten, dürften sich diese Häuser selber ausbauen. Leider stehe einer vernüftigen Regelung dieser Frage die Verkaufssperre im Wege.

19.6.1943

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß irgendwelches Gerede über das Schicksal der Stadt Warschau nicht interessiere. Entscheidend sei immer, daß Warschau keine politische Hauptstadt sei oder keine führende Rolle gegen Deutschland spiele. Es bestehe immer die große Gefahr, daß Warschau ein irgendwie geartetes Zentrum politischen Großmachtraumes werde. Das seien auch immer die Worte des Führers gewesen. Das Idealbild der Stadt Warschau müßte nach seinen Erfahrungen das einer einzigen großen Fabrik sein, das eines großen einzigen Bahnhofs und Hafens. Wenn nun Hunderttausende von Polen wieder Arbeit und Brot fänden und man ernährungsmäßig in ihrem Interesse zu einer gewissen Stabilisierung komme, dann werde man das andererseits mit einer politischen Unfuhe bezahlen müssen. Hungernde Menschen müßten einen großen Teil der Energie aufwenden, um ihren Hunger zu steillen, wenn aber der Hunger gestillt sei, würden wieder Energien für andere Dinge frei. Klarheit müsse jedenfalls darüber bestehen, daß die sogenannte polnische Führung auf keinen Fall in der Lage sein dürfe, etwa Warschau als Hauptstadt zu deklarieren. Wenn man nun von Warschau als der Hauptstadt des wirtschaftlichen Geschehens im Generalgouvernement spreche und auf ihre ungeheure Bedeutung hinweise, so sei das in allen polnischen Ohren Musik, für alle deutschen Ohren aber, die diese polnischen politischen Aspirationen kennten, sei es ein grimmiger Ton. Nichts sei leichter, als auf einer Wirtschaftsunterlage eine zentrale Bewegung aufzubauen. Eine Stadt wie Warschau mit ihren großen Arbeitermassen biete dem Kommunismus ein günstiges Feld für seine Propaganda. Nach alledem dürfe also nicht der einseitige Eindruck entstehen, daß die Argumente so völlig abwegig wären, mit denen Bedenken gegenüber einer Aufrechterhaltung politischer Aspirationen und der politischen Stellung der Stadt Warschau geäußert würden.

Oberst Freter vom Rüstungskommando gibt einen Überblick über Größe und Wichtigkeit der Rüstungsindustrie im Distrikt Warschau. Eine der wichtigsten Aufgaben sei es zunächst gewesen, die in diesem Raume zusammengedrängten Menschenmengen wieder in Arbeit und Lohn zu bringen. Das sei vor allem dadurch möglich geworden, daß die Wehrmacht Rüstungsaufträge in dieses Gebiet verlagert habe. Schon im Oktober 1939 seien 11 Betriebe als Rüstungswerke unter deutsche Führung gestellt. Im Juni 194o hätten bereits in 23 B-Betrieben 16 26o Menschen gearbeitet. Heute betreue das Rüstungskommando 31 Betriebe mit etwa 3o ooo Arbeitern und beaufsichtige die Fertigung in 33 A-Betrieben mit 35 ooo Arbeitern. Der Auftragsbestand belaufe sich auf über 24o Mill. Reichsmark, die monatliche Auslieferung an Neuaufträgen auf rd. 15 Mill. Reichsm.. Aus alledem ergebe sich, daß die Wehrmacht unter keinen Umständen auf dieses Rüstungsgebiet verzichten könne. Der weitaus größte Teil der Warschauer Betriebe sei in das Rüstungspotentials des Reiches eingegliedert. Dazu komme eine noch nicht zu übersehende Verlagerung von Industrien aus dem Westen.

Der Herr Generalgouverneur hält es für unbedingt geboten, daß für die Verlagerung deutscher Betriebe ins Generalgouvernement eine gewisse Formalie geschaffen werde. Es dürfe nicht von heute auf morgen die Mitteilung kommen, daß ein Werk aus dem Westen ins Generalgouvernement verlegt werden solle.

Oberst Freter bemerkt dazu, daß in dieser Beziehung die Luftwaffe wegweisend vorgegangen sei und von ihr mobmäßig die Verlagerung vorbereitet werde.

19.6.1943

Ministerialdirigent Dr. Emmerich teilt mit, daß Verhandlungen zwischen dem Ministerium Speer und den maßgebenden Stellen des Generalgouvernements eingeleitet würden, in die auch die Hauptabteilung Wirtschaft eingeschaltet werde, sobald sich die Dinge der Verwirklichung näherten.

Oberst Freter schildert dann, in welcher Weise die Verlagerung vor sich gehen werde. - Was die Fertigung selbst angehe, so werde in Warschau vom Panzer des Heeres über Bewaffnung,Munition, optische Ferngeräte bis zur Mine und U-Boot-Teile alles als Halb- oder Fertigfabrikat hergestellt. Bei der laufenden Fertigung würden die Soll-Zahlen nicht immer erreicht. Der polnische Arbeiter sei aber sehr geschickt und könne auch mit schlechten Werkzeugen und Maschinen die geforderte Genauigkeit erzielen. Seine Gesamtleistung sei allerdings geringer als im Reich. Die Fertigungspreise lägen über den reichsdeutschen Preisen, da viele Bedarfsartikel nur im Schleichhandel geschafft werden könnten. Die Bereitstellung von Facharbeitern stoße auf Schwierigkeiten; von den dringendst monatlich benötigten 1 500 Arbeitern könne nur ein Drittel gestellt werden. Die Anlernmaßnahmen genügten nicht. Auch die Stillegungsaktion habe nicht die notwendige Zahl von Arbeitern erbracht. So sei die Zahl der von den Arbeitsämtern gesuchten Arbeitern auf 12 000 gestiegen. Für Arbeiter, die unentschuldigt der Arbeit fernblieben, seien Erziehungslager eingerichtet worden. Diese Arbeiter dürften das Werk nicht verlassen und würden zu besonderen Arbeiten unter besonderer Aufsicht herangezogen. Mit dieser Maßnahme habe man teilweise gute Erfolge erreicht, teilweise hätten die Leute aber auch die Flucht ergriffen. Die Neuregelung

19.6.1943

Direktor Köhnke, Betriebsführer der Steyr-Daimler A.G., gibt einen Einblick in den Aufbau und das Wirken der früheren staatlichen Gewehrfabrik in Warschau. Dieser Betrieb sei 4 Monate nach Schluß der Kampfhandlungen wieder aufgenommen worden, und man habe sofort mit der Schaffung sozialer Einrichtungen wie einer Werkküche und eines Unterstützungsfonds begonnen. In dem Werk seien im Juli 194o 1 65o, im Juli 1942 2 6oo Arbeiter beschäftigt worden. Der Facharbeiteranteil habe im Jahre 194o rd. 12 %, im Jahre 1943 nur noch rd. 8 % betragen. Der Einsatz von Frauen sei auf rd. 32 % gestiegen. Die Einführung der Lohnordnung habe zwangsläufig einen gewissen Abbau der Löhne im Gefolge gehabt. Diese rückläufige Lohnentwicklung wirke sich nachteilig auf die Arbeitseinsatzlage aus. Das unentschuldigte Fernbleiben von der Arbeit habe schon zu schweren Störungen im Produktionsgefälle geführt. Allgemein bekannt sei, daß besonders die Facharbeiter mit Schwarzarbeit sich einen Nebenverdienst zu einem Stundenlohn bis zu 15 Zl. verschafften. Dagegen ergriffene drakonische Maßnahmen hätten keinen Erfolg gehabt. Leider sei ja der polnische Arbeiter, der für die deutsche Rüstung tätig sei, schlechter gestellt als seine anderen Volksgenossen, die mit Schwarzarbeit ein erträgliches Leben führten. Wenn es trotzdem gelungen sei, die Ausbringung zu erhalten und teilweise noch zu steigern, so sei das auf die laufenden Neueinstellungen von Arbeitern zurückzuführen, die natürlich das Arbeitsamt außerordentlich belasteten. Daher könne das gesteckte Ziel nur durch rigorose Sparmaßnahmen erreicht werden. Von Wichtigkeit sei auch, daß für Rohstoffe und Betriebsstoffe Preise bezahlt werden müßten, die weit über denen des Reiches lägen. Für die Werkküchen müßten Zuschüsse geleistet werden, die die finanzielle Kraft der Werke beeinträchtigten. Die unzureichende Ernährung habe dazu geführt,

19.6.1943

daß der Prozentsatz der Kranken von 3 auf 9,1 gestiegen sei. Die Tuberkulose habe um 5o %, Magenerkrankungen um 225 %, Hauterkrankungen um 45o %, allgemeine Schwächezustände um 5oo % zugenommen, und in letzter Zeit seien sogar einige Fälle von Skorbut vorgekommen. Ein großer Teil der loyal mitarbeitenden Belegschaftsmitglieder veräußere schon fast das letzte Stück seines Haushalts, um sich Lebensmittel zu verschaffen. Eine Besserung sei von der Neuregelung der Ernährung zu erwarten. Notwendig sei aber, daß in Werkküchen erhöhte Zuteilungen besonders auch an Nährmitteln gegeben würden und ferner die Schwer- und Schwerstarbeiter besondere Zuschüsse erhielten. Wünschenswert sei es auch, daß die Deputatzuteilung möglichst gleichmäßig auf die einzelnen Betriebe erfolge. Auch müsse für Bekleidung und Artikel des täglichen Bedarfs wie Brennmaterial usw. gesorgt werden. Diese Maßnahmen müßten in enger Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den Rüstungsdienststellen durchgeführt. werden.

Der Leiter der Wirtschaftskammer Dr. Krug schildert die schwierige Lage der Betriebe, die als Privatbetriebe von Deutschen oder Polen geführt werden. Auf diesen Betrieben ruhe die harte Last der Versorgungsschwierigkeiten, der Rohstoff- und Werkstoffbeschaffung, der Energieversorgung, der fast unüberbrückbaren Schwierigkeit einer nur einigermaßen befriedigenden Lösung des Lohn- und Gehaltsproblems. Dazu kämen soziale Betreuungsmaßnahmen für die Gefolgschaft in Form von Werkküchen oder Verpflegungseinrichtungen. Auch müsse die Gefolgschaft an ihren Arbeitsplätzen gehalten werden; die Betriebe müßten gegen Unterschlagungen und Veruntreuungen geschützt werden. Betriebe

19.6.1943

die in dieser Weise auf sich selbst gestellt seien, könnten den wirtschaftlichen Kampf nur schlecht bestehen. Ein Wirtschaftsführer habe in seinem Gutachten über die Rationalisierung bestimmter Betriebe der Eisen- und Metall verarbeitenden Industrie den Vorschlag gemacht, den in einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzufassenden und für Rüstungsaufträge einzusetzenden Betrieben eine Schwarzarbeit in gewissem Umfange zu gestatten. Ein solcher Vorschlag zeige den tiefen Ernst der Lage, in welcher sich die außerhalb des Betreuungsbereiches des Rüstungskommandos arbeitenden Betriebe befänden. Er sei gleichwohl für das Festhalten an dem bestehenden Lohn- und Gehaltsgefüge.

Weit verbreitet sei die Gewährung von Deputaten an Betriebsangehörige, die zumeist in den Schleichhandel wanderten oder an Private abgegeben würden. Die daraus gewonnene zusätzliche Kaufkraft übersteige den Lohn- und Gehaltsbezug um ein Mehrfaches. Weiterhin sei die Gewährung zinsloser Darlehn an Arbeiter und Angestellte ebenso häufig wie die doppelte Lohnliste, Erscheinungen, die einer Ordnung der Verhältnisse im Wirtschaftssektor sehr im Wege ständen. Mit der am 1.September eintretenden Neuregelung der Rationssätze werde hoffentlich die Grundlage für eine Ausmerzung der für weite Kreise der polnischen Arbeiterschaft bestehenden ernsten Notlage geschaffen werden.

In weiten Kreisen der polnischen Unternehmerschaft bestehe die große Ungewißheit, welches Schicksal ihre Betriebe wohl finden würden und ob nicht schon über kurz oder lang ein deutscher Unternehmer ihren Betrieb übernehmen werde. Der polnische Unternehmer müsse irgendwie gegen die Enteignung seines Betriebes oder gegen den Zwang, seinen Betrieb veräußern zu müssen, geschützt werden.

19.6.1943

Was die Durchführung der Stillegung und die Bereinigung der gewerblichen Betriebe angehe, so werde es sich empfehlen, diese Maßnahmen vorübergehend im Distrikt Warschau ruhen zu lassen, da sich die einsichtigen polnischen Kreise in der gewerblichen Wirtschaft selber gegebenenfalls zur Stillegung und Rationalisierung der Betriebe bereit finden würden.

Distriktswirtschaftsberater Dürhof macht Ausführungen über die Industrieverlagerung nach dem Osten aus den luftgefährdeten Gebieten. Und weist darauf hin, daß für diese Frage gerade die Energieversorgung von großer Wichtigkeit sei. Das Elektrizitätswerk der Stadt Warschau sei heute noch imstande, die Industrie einigermaßen zureichend mit Strom zu versorgen. Ob aber diese Versorgung aufrecht erhalten werden könne, wenn weitere Industrien nach Warschau verlagert würden, sei sehr fraglich. Für den Ausbau des Elektrizitätswerkes sowohl wie des Gaswerkes müßten so schnell wie möglich Rohmaterialien zugeteilt werden, während das Wasserwerk imstande sein würde, noch weitere Industrien zu versorgen.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich betont, daß die Wirtschaftsverwaltung das größte Verständnis für die große wirtschaftliche Realität Warschaus habe, über die gar nicht hinweggegangen werden könne. Von Abbau könne nicht die Rede sein, sondern es würden zwangsläufig noch Erweiterungen eintreten.

Die Verlagerung von Industrien ins Generalgouvernement sollte zweifellos, vom Standpunkt der Wirtschaftsverwaltung aus gesehen, nach einem gewissen Plan vor sich gehen. Leider sei dem aber nicht so: es träten plötzlich neue Situationen ein, neue Rüstungsprogramme müßten aufgestellt werden, es fehle z.B. an

19.6.1943

Kapazität für die Herstellung einer bestimmten Munition, man verfalle aus Gründen der Luftsicherheit auf das Generalgouvernement und verlange von einem Tag zum anderen die Räumung einer Textilfabrik, in der Munition hergestellt werden solle. Bei diesen Verlagerungen werde zunächst nach Gebäuden, nach Maschinen nach Menschen, Kohle und Energie und erst zuletzt nach der Verkehrslage gefragt. Hinsichtlich der Gebäude sei man schon so in Schwierigkeiten gekommen, daß man tatsächlich Betrieben keine freie Kapazität mehr bieten könne. Die Verlagerungen seien in zahlreichen Fällen damit verknüpft, daß man an-dere gutgehende Fertigungen von geringerer Kriegswichtigkeit hinauswerfe oder zusammenschließe, indem man in 3 Schichten arbeiten lasse oder einen Gebäudekomplex mit Gleisanschluß für die neuen Zwecke beschlagnahme. Die Verlagerung bedeute für die Wirtschaftsverwaltung zunächst eine Belastung vor allem im Hinblick auf die Versorgung mit Kohle und Energie, auf der anderen Seite aber auch einen Gewinn. Die Industrie des Raumes, die man 1939 übernommen habe, sei in ~~jeder~~ keiner Weise in der Lage, mit der Industrie des Reiches zu konkurrieren. Mit einer Wiederaufrichtung des Zollschutzes sei nicht zu rechnen. Die gesamte Wirtschaftspolitik sei darauf abgestellt, daß hier billige Löhne herrschten, die wieder billige Lebenshaltungskosten voraussetzten. Sie könnten nur erzielt werden, wenn man z.B. landwirtschaftliche Maschinen möglichst billig hereinlasse. Aber trotz aller negativen Umstände habe sich die Wirtschaftsverwaltung zur Verlagerung durchaus positiv eingestellt. Man versuche nur, die Dinge so zu regeln, daß gröblichste Störungen des gesamten Wirtschaftsbetriebes vermieden würden.

19.6.1943

Selbstverständlich würden die Möglichkeiten der Industrieverlagerung auch energiemäßig geprüft. Kein Betrieb mit großem Kohlenbedarf dürfe ins Generalgouvernement kommen, ohne daß die Kohlenversorgung sichergestellt sei. Und was die Energiefrage angehe, so sei durch die Bauten der Ostenergie ein Verbundsystem hergestellt, welches diesen Industrien eine gewisse Sicherheit gewährleiste, sobald das Programm in diesem Jahre abgeschlossen sein werde. Man sei dann nicht mehr auf das einzelne Elektrizitätswerk angewiesen, sondern könne über den Verbund bei Auftreten eines ~~Loh~~ Notstandes Energie von außen zuführen. In diesem Sinne sei die Fertigstellung der Südleitung der Ostenergie für Warschau von größtem Interesse.

Die Frage der Betriebsbereinigung habe im Sinne einer kriegwirtschaftlichen Angleichung an das Reich zu zahlreichen Erlassen geführt. Dieses Problem der kriegswirtschaftlichen Angleichung hänge mit dem Problem der Verlagerung eng zusammen. Es handele sich nicht nur um eine Angleichung an bestimmte Vorschriften, sondern auch ~~an~~ um eine Angleichung an die wirtschaftlichsten Arbeitsmethoden des Reiches. Man müsse unter allen Umständen versuchen, aus dem bestehenden Industriekörper die größten und besten Leistungen herauszuholen. Das sei vielfach nur dadurch möglich, daß starke Eingriffe in die Industrien vorgenommen würden, daß man zunächst einmal unwirtschaftliche Fertigungsprogramme beseitige und daß der Warenhauscharakter, den einzelne Industrien mit allen möglichen Fabrikationen gehabt hätten, vermieden werde. Man werde versuchen, durch eine intensive Kleinarbeit eine Angleichung an die deutschen Arbeitsmethoden zu erreichen. Die Konkurrenzwirtschaft habe im Reich eine ganz andere Auslese in der Vergangenheit herbeigeführt als in dem kleinen Wirtschaftsraum des Generalgouvernements.

19.6.1943

Die Industrie des Generalgouvernements sei wie diejenige anderer kleiner Länder dadurch charakterisiert, daß hier unter allen Umständen eine nationale Produktion entstehen solle. Alles das seien Dinge, die man unter den neuen Aspekten nicht mehr als wirtschaftlich ansehen könne. Jetzt müsse eben etwas Neues und Stabiles an die Stelle treten.

Die Betriebsbereinigung umfasse sämtliche Zweige der gewerblichen Wirtschaft. Die Bereinigung im Handel sei im Wege der Rationalisierung schon weitgehend durchgeführt worden, vor allem im Hinblick auf eine Beseitigung der Übersetzung durch die Ausscheidung der Juden. Ein großer Prozentsatz der jüdischen Handels- und Handwerksbetriebe sei nicht wieder aufgemacht worden. Hier sei die Bereinigung schon im Laufe der ersten zwei Jahre sehr weit vorgeschritten. Darüber hinaus habe ein gewisser Anstoß für die hier durchgeführten Aktionen in Gestalt des Erlasses des Führers vom Januar vorgelegen, der für das Reichsgebiet gegolten und im Reich zunächst die Befürchtung ausgelöst habe, es würde nur im Reich mit strengen Maßnahmen durchgegriffen, während in den Randgebieten alles beim alten bleiben würde. In der Sitzung in der Reichskanzlei habe man aber darauf hinweisen können, daß im Generalgouvernement praktisch soviel vorgeleistet worden sei, daß nur die laufenden Aktionen in Angleichung an das Verfahren des Reiches zu einem Abschluß gebracht werden müßten. Man habe es so geregelt, daß auf dem flachen Lande kaum noch etwas zu tun sei, während in Warschau im Sinne der Herbeiführung eines vernünftigen Gleichgewichts auf dem Sektor Handel und Handwerk noch viel zu leisten sei. Gewisse Schwierigkeiten, auf die Gouverneur Dr. Fischer hingewiesen habe, habe man beseitigt, man habe auch darauf hingewiesen, daß der Fall Warschau ein Sonderfall sei und die Zusammenhänge mit der Sicherheitsfrage nicht geleugnet werden könnten. Diese Bereinigung sei mehr unter dem Gesichtspunkt der Gewinnung freier Arbeitskräfte zu sehen als darunter, daß die wirtschaftliche Leistung in kurzer Frist noch zu steigern wäre.

Die starke Störung der Betriebsdisziplin sei der Wirtschaftsführung nicht verborgen geblieben. Jeder Bericht aus dem Lande, aus den Distrikten und von Wirtschaftsführern beschäftige sich mit diesen Dingen in einer Form, die doch immer gewisse Vorwürfe gegen die Wirtschaftsführung durchklingen lasse. Die Wirtschaft lebe heute vielfach von illegalen Improvisationen, eine Sanierung im gewerblichen Sektor sei nur von der Ernährungsseite möglich. Wenn man glaube, durch Maßnahmen von der gewerblichen Seite diese Dinge irgendwie improvisieren zu können, so sei das ausgeschlossen, wenn nicht mit der Herstellung der Ernährungsgrundlage der Nominallohn auch zum Reallohn würde. Die Regierung habe nun infolge bestimmter Auflagen, die ihr gemacht worden seien, nach welchen beispielsweise das Tarifniveau unbedingt zu halten sei, zweifellos eine widerspruchsvolle Politik befolgt. Wenn man dem Arbeiter nicht das Existenzminimum gebe, werde es unlogisch, den Schleichhandel zu bekämpfen, soweit er notwendig sei, um den Arbeiter vor dem Verhungern zu schützen. Trotzdem habe man den Schleichhandel bekämpfen müssen, weil er sonst ins Ungemessene gewachsen wäre.

Von den Betrieben seien, auch illegal, Deputate gegeben worden. Angesichts der angespannten Kohlensituation habe man gerade unter Berücksichtigung des Rüstungsinteresses weder den landwirtschaftlichen noch den gewerblichen Betrieben gestatten können, aus den Kohlenlieferungen Deputate zu geben. Man könne nur darauf hoffen, daß die Flüssigkeit der Verkehrslage und eine gewisse Steigerung des Kohlenkontingents dazu führen würde, daß man etwas mehr bewilligt erhalte als bisher. Aber dieses Plus werde durch die zusätzlichen

19.6.1943

Produktionsauflagen, die dem Generalgouvernement gemacht werden, weitgehend konsumiert.

Die Unternehmer hätten sich vielfach auf den Weg der Selbsthilfe begeben. So sei es z.B. den Arbeitern einer Glasfabrik gestattet worden, außerhalb ihrer eigentlichen Arbeitsstunden noch Überstunden zu machen und in dieser Zeit Bedarfsartikel für den eigenen Verbrauch oder für den Weiterverkauf herzustellen. Dieses Verfahren sei volkswirtschaftlich noch einigermaßen unbedenklich, da ja der Glasofen ohnehin unter Hitze gehalten werde und und der Rohstoff keinen großen Eigenwert habe. Dieses Beispiel finde seine Fortsetzung in den verschiedensten Formen, z.B. in der Gewährung von Deputaten an Branntwein und Zigaretten usw.. Wäre man von seiten der Regierung dagegen eingeschritten, so hätte das ein gewaltiges Absinken der Gesamtproduktion des Generalgouvernements zur Folge gehabt: vieles, was zum mindesten mittelbar kriegswichtig sei, wäre nicht erzeugt worden.

Die Wirtschaftsverwaltung stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß für den Wirtschaftsverkehr die Rechtssicherheit des Eigentums unerläßlich sei; denn sie sei das tragende Moment einer auf Privateigentum begründeten Wirtschaftsordnung. Diese Auffassung jetzt aber publizistisch besonders herauszustellen, halte er für schwierig. Wenn jetzt eine Verlagerung vom Reich vorgenommen werden solle und ein großer Konzern nur in einem Betrieb Unterschlupf finden könne, der heute noch als selbständiger Betrieb von einem Polen geleitet werde, bezw. im Eigentum eines Polen stehe, dann sehe er keine Möglichkeit, das Eigentum des Betreffenden zu schützen. Man müßte dann schon eine Enteignungsgrundlage haben und so vorgehen können, wie das nach dem Enteignungsgesetz des Reiches möglich sei.

19.6.1943

Produktionsauflagen, die dem Generalgouvernement gemacht werden, weitgehend konsumiert.

Die Unternehmer hätten sich vielfach auf den Weg der Selbsthilfe begeben. So sei es z.B. den Arbeitern einer Glasfabrik gestattet worden, außerhalb ihrer eigentlichen Arbeitsstunden noch Überstunden zu machen und in dieser Zeit Bedarfsartikel für den eigenen Verbrauch oder für den Weiterverkauf herzustellen. Dieses Verfahren sei volkswirtschaftlich noch einigermaßen unbedenklich, da ja der Glasofen ohnehin unter Hitze gehalten werde und und der Rohstoff keinen großen Eigenwert habe. Dieses Beispiel finde seine Fortsetzung in den verschiedensten Formen, z.B. in der Gewährung von Deputaten an Branntwein und Zigaretten usw.. Wäre man von seiten der Regierung dagegen eingeschritten, so hätte das ein gewaltiges Absinken der Gesamtproduktion des Generalgouvernements zur Folge gehabt: vieles, was zum mindesten mittelbar kriegswichtig sei, wäre nicht erzeugt worden.

Die Wirtschaftsverwaltung stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß für den Wirtschaftsverkehr die Rechtssicherheit des Eigentums unerläßlich sei; denn sie sei das tragende Moment einer auf Privateigentum begründeten Wirtschaftsordnung. Diese Auffassung jetzt aber publizistisch besonders herauszustellen, halte er für schwierig. Wenn jetzt eine Verlagerung vom Reich vorgenommen werden solle und ein großer Konzern nur in einem Betrieb Unterschlupf finden könne, der heute noch als selbständiger Betrieb von einem Polen geleitet werde, bezw. im Eigentum eines Polen stehe, dann sehe er keine Möglichkeit, das Eigentum des Betreffenden zu schützen. Man müßte dann schon eine Enteignungsgrundlage haben und so vorgehen können, wie das nach dem Enteignungsgesetz des Reiches möglich sei.

19.6.1943

Finanzpräsident Dr. Senkowsky geht auf die von verschiedenen Rednern berührte Frage der Deputate ein. Beim polnischen Tabakmonopol habe es schon im Frieden dieses Deputatsystem gegeben, wie es in der gesamten deutschen Tabakindustrie auch üblich sei. Dieses Deputat sei auch neben der Raucherkarte gegeben worden, aber seit einiger Zeit werde die Karte einbehalten. Die Verteilung des Deputats sei in der polnischen Tabakindustrie sehr unsozial gewesen, weil die Angestellten mehr erhielten als die Arbeiter und die Frauen überhaupt keine Raucherwaren bekamen. Er habe deshalb schon im Jahre 1939 ein einheitliches Deputat für sämtliche Arbeiter und Angestellten geschaffen. Dieses Deputat sei auch für die Frauen eingeführt worden. Anfangs hätten dann die polnischen Monopolbeamten auf das Deputat verzichten wollen, weil sie sich deputatmäßig mit den Arbeitern nicht gleichstellten, sie hätten dann aber doch später das Deputat wieder genommen. Durch die Zusammenfassung der Monopolverwaltung unter einheitlicher Leitung und weil es in polnischer Zeit verschiedene Monopole gegeben habe, seien die Monopolbetriebe etwas enger aneinandergerückt. Das Deputat in der Tabakindustrie habe seinen Ursprung in der Verhinderung von Diebstählen. Dieses Deputat sei in den Lohn einkalkuliert worden. In der Monopolverwaltung habe ein sogenanntes Kaufdeputat erst nach Beginn des russischen Feldzuges eingeführt werden müssen, weil sich damals ein sprunghaftes Ansteigen der Diebstähle gezeigt habe. Damals habe er erkannt, daß es nicht möglich sei, den Betrieb einer Monopolverwaltung, in welchem diese Waren selbst erzeugt würden, aufrecht zu erhalten, wenn man nicht den Arbeitern und Angestellten eine ausreichende Kaufmöglichkeit gebe. Da sämtliche Monopolbetriebe unter einheitliche Leitung gestellt worden seien, habe sich die Notwendigkeit einer einheitlichen Verteilung dieser Deputate ergeben. Aufrecht erhalten geblieben sei das unentgeltliche Deputat im Tabakmonopol mit einem Verkaufswert von 15 Zloty. Das erhielten die Angehörigen der anderen Monopolverwaltungen nicht. Dann gebe es ein Kaufdeputat im Werte von 5o Zloty für sämtliche Monopolangestellten, und ferner seien sie berechtigt, 1,5 l Wodka zum amtlichen Preise zu kaufen. Ohne die Hergabe dieses 1,5 Liters Wodka könne er den Erfolg der Arbeit der Monopolverwaltung nicht garantieren.

Präsident Naumann stellt fest, daß von seiten der Hauptabteilung E. u.L. für polnische Angestellte keine Deputate gegeben würden. Die Deutschen erhielten ja bei der Lebensmittelzuteilung ausreichende Rationssätze. Er habe mit großem Interesse vernommen, welchen Umfang die Deputatgewährung in den anderen Sektoren schon angenommen habe.

Er bitte, daß ihm in der Frage der Industrieverlagerung unter allen Umständen rechtzeitig zur Kenntnis gebracht werde, welche Mengen von Nahrungsmitteln zur Verfügung gestellt werden müßten. Man müsse einen genauen Überblick haben, um den ernährungswirtschaftlichen Betrieb darauf auszurichten. Bisher sei man leider immer von diesen Dingen überrascht worden.

Wenn ab 1.September die Erhöhung der Rationssätze durchgeführt werde, dann bedeute das, daß z.B. bei Brot die hiesige Bevölkerung die Reichssätze erhalte, nicht bei Fleisch, Zucker und Fett. Das setze nun voraus, daß mit irgendwelchen Schwarzkäufen radikal Schluß gemacht werde, weil dadurch der Erfassungsapparat außerordentlich geschädigt werde.

19.6.1943

Der Herr Generalgouverneur betont, daß, wenn die Neuregelung am 1.September durchgeführt werde, der Schleichhandel mit allem Nachdruck bekämpft werde. Nur darin könne der Ausgleich liegen.

Präsident Naumann bemerkt, er habe von Generalleutnant Schindler die Zusage erhalten, daß die Rüstungsbetriebe vom 15.Mai ds.Jrs. mit dem Einkauf von Waren auf dem Schwarzmarkt unbedingt Schluß machen würden! Leider habe er aber vor einigen Tagen wieder feststellen können, daß ein namhaftes Rüstungswerk in Warschau Käufe in Erbsen und anderen Dingen getätigt habe.

Wenn die Ernährung weiter durchgeführt werden solle, dann müßten ihm auch die Produktionsmittel für die Landwirtschaft gegeben werden. Leider sei auch die Landwirtschaft gezwungen, sich in den Schleichhandel zu begeben, um z.B. Hufeisen einzukaufen. Deshalb müsse ihm die gewerbliche Wirtschaft diejenigen Produktionsmittel, die er zur Erstellung der Ernte brauche, liefern.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Verhandlungen zusammen und stellt fest:

1. alle Teilnehmer der Sitzung sind der Auffassung, daß die Durchführung einer möglichst umfangreichen Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln die erste Voraussetzung eines gedeihlichen Arbeitens der Wirtschaft ist.

2. Wegen der Besonderheiten, die in dieser Beziehung auch hinsichtlich der Ernährungsgrundlagen zu betrachten sind, müssen gemeinsame Abmachungen getroffen werden.

19.6.1943

3. Anzustreben ist eine programmatische Gesamtregelung aller Maßnahmen, die mit der 1.Sept. 1943 eintretenden Änderung in der Ernährung der polnischen Bevölkerung zusammenhängen. Für die Frage der Behandlung des Grundstückeigentums soll eine besondere Sitzung mit den Vertretern des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums anberaumt werden.

4. In die Frage der Verlagerung von Industriebetrieben aus dem Reich ins Generalgouvernement muß eine gewisse Klarheit gebracht werden.

13^{45} Schluß der Wirtschaftstagung.

13^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hotel Europa.

13^{55} Mittagessen im Kasino der Oberfeldkommandantur (Hotel Europa) auf Einladung des Oberfeldkommandanten und Kommandanten von Warschau Generalleutnant Rossum.

15^{00} Fahrt nach Piaseczno.

15^{50} Besichtigung der NSV-Heime in Piaseczno.

Anschließend Fahrt nach Konstancin.

Tee im Hause des Gouverneurs Dr. Fischer.

18^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Warschau zum Hause Roma.

Anwesenheitsliste

für die Wirtschaftstagung (Distrikt Warschau)
am Sonnabend, dem 19.Juni 1943 12 Uhr
im Palais Brühl

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Boepple		
vetor	Oberst	Rüstungskommando
ürscher	Distrikts-Wirtschaftsführer	Warschau
	SS Brigadeführer	
Stahl	Majoramt	Warschau
[illegible]	[illegible]	Amtschef beim [illegible]
llinger	Stabsamtsleiter	Warschau
Stahl	Referent u. Syndikus	Krakau NSDB
Stahl	Stellv. Leiter V.A.	NSDAP
Krug	Leiter	H.G.W. u. V.
Schenke	Betriebsf. Hyp. Bank Brühl A.G.	Warschau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Schwarz	Abteilungsleiter	Abtlg. Wirtschaft
Emmerich	Präsident	HA Wirtsch., Re
Dr. Senkowsky	Präsident	HA Finanzen Wirtschaftsberater
Eissfeldt	Präsident	HA Forsten
Bauder	"	Hptabt. Bauwesen
Naumann	"	Hauptabt. E. u. L.
Dr. Kraker	Abteilungsleiter	Abt. E. u. L., Wa
Gerteis	Präsident	H.A. Eisenbahnen
Dr. Wiens	"	Ostbahndirektion
Dr. Hammerlertz	Reg. Dir.	Abt. Arbeit
Schulz	~~Ministerialrat~~	~~Hauptabteilung~~
Losacker	[illegible]	Abtlg. [illegible]
Leist	Stadthptm.	Warschau
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Hahn	SS-Stubaf.	Stellv. Kdr. d.

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
…ncll	Persönliche Referent des	Gouverneurs Warschau
… Fridolin	Stellv. Kreishauptmann	Warschau
…rafft	Schriftleiter	Krakauer Zeitung
…arike	Geschäftsführer des	Wirtschaftsverwaltung im Arbeitsbereich der NSDAP
Gorbel	Stellvertr. Leiter d.	Abteilung Finanzen
… Bischof	Beauftragter der Bankaufsichtsstelle	Bankaufsichtsstelle f. d. Gen. Gouv.
…uchler	Landforstmeister	Abt. Forsten Warschau
H. Rotig	Amtsleiter	Abt. f. Preisüberwachung, W.
Marx	Direktor	Waverma, Krakau
…offmann	Direktor b. d. Reichsbank	Emissionsbank
…sacker.	b. Gouverneur Krakau zu Lt.	d. Hptabt. Innere Verw. Reg. d. GG.

19.6.1943 Warschau

18 30 Der Herr Generalgouverneur trifft mit seiner Begleitung vor dem Hause " Roma " ein. Er schreitet die Front der dort aufgestellten Ehrenformationen eines S.A.-Sturmes und einer Abordnung der Hitler-Jugend ab.

18 35 Großkundgebung der NSDAP im Hause "Roma".

Nach dem Fahneneinmarsch wird die Kundgebung durch Distriktstandortführer Gouverneur Dr. Fischer mit folgenden Worten eröffnet:

Deutsche Frauen und Männer! Wir gedenken der gefallenen Kameraden.

(Die Versammlungsteilnehmer erheben sich von ihren Plätzen). Die Musik spielt das Lied vom guten Kameraden.

Ich eröffne die heutige Tagung der NSDAP und heiße Sie alle herzlich willkommen. Mein besonderer Gruß gilt den Kameraden des Heeres, der Luftwaffe, der Waffen-SS und der Polizei, die auch heute wieder zu dieser Kundgebung in so grosser Zahl erschienen sind, um damit ihrer Verbundenheit mit der Partei Ausdruck zu verleihen. Mein Gruss gilt weiter den Mitgliedern der Regierung des Generalgouvernements, die heute in Warschau anwesend sind, vor allem aber dem Redner des heutigen Abends, dem Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement Generalgouverneur Dr. Frank.

Von lebhaftem Beifall begrüsst ergreift hierauf der Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouverneur Dr. Frank das Wort zu folgender Rede:

19.6.1943

Deutsche Männer und Frauen der Stadt Warschau! Kameraden! Parteigenossen und Parteigenossinnen! Für die Deutschen allüberall in der Welt ist jetzt eine schwere grosse Zeit. Wir können uns heute in das deutsche Schicksal hineinstellen, wo auf der Welt wir wollen, es ist ein hartes, ein absolut kampfdurchtobtes schweres Schicksal. In einem Völkerleben gehen eben nach geheimnisvollen Gesetzen die Entwicklungen und Schicksalsstunden in einem fortgesetzten Ausgleich des Schönen, des Friedlichen, des Gemässigten mit dem Stürmischen, ungeheuer opferreich Brandenden einher. Kein grosses Volk kann ewig beharren im friedlichen Gleichmass, im Wohlleben oder gar Dünkel. Wir sehen es ja an den sogenannten Neutralen, die sich in diesem Weltringen um Europas Kultur und letzte Freiheit abseits stellen, wohin diese Art sogenannter neutraler bequemer Gemächlichkeit führt.

Wir stehen wieder einmal vor einer grossen Auseinandersetzung, vor der Frage: soll das deutsche Volk, wie ich behaupte, das grösste Kulturvolk der Welt, von dem Bolschewismus Asiens überwunden werden, oder sollen wir nicht doch mit Gottes Hilfe den Sieg über das Weltjudentum davontragen? Ich weiss es, und wir alle in diesem Saale wissen es, dass der Kampf, der uns heute aufgezwungen ist, der jetzt sein ernstestes Gesicht zeigt, der jeden Einzelnen in seinem Leben hin-und herschüttelt, der Millionen unserer Männer heute aus Beruf, Familie, privater Stellung herausreisst und sie in eine Waffengemeinschaft des Opferns, des Duldens und des harten Beharrens hineinfügt,-dass dieser Kampf von uns ausgestanden werden wird. Und wie wir alle, so wisst gerade Ihr hier in Warschau, dass wir, von Gott mit diesem Siegeszeichen versehen, diesen Kampf bestehen werden.

Warschau hat in den letzten Monaten eine schwere Stunde nach der anderen erlebt. Es ist mir eine Freude und Genugtuung, aus diesem Vollgefühl des Sieges unseres Volkes heraus Euch tapferen deutschen Männern und Frauen dieses Distrikts Warschau die Grüsse des Führers und der Heimat überbringen zu können.

(Lebhafter Beifall)

Wir stehen hier auf einem vorgeschobenen Posten. Ihr habt unter den schwierigsten Voraussetzungen das deutsche Leben aufgebaut, habt in diesen vom Kriege völlig zerstörten Raum Ordnung, Klarheit und Sauberkeit wieder hineingebracht. Ihr habt durch die vergangenen Jahre die Städte aufgebaut, die Strassen instandgesetzt, die Bahnen eingerichtet, das Leben gesichert, die Elektrizitätswerke, die Wasserwerke, die Gaswerke wieder in Gang gebracht. Und nun stehen wir im vierten Jahre auf diesem Platz. Heute ist manchmal der Distrikt Warschau eines der wichtigsten und aktivsten Glieder in der Verbindung mit der kämpfenden Ostfront und der deutschen Heimat geworden. Wenn man diese Euren Leistungen, die Ihr deutschen Männer und Frauen dieses Distrikts vollführt habt, einmal in die Kriegsgeschichte einreihen wird, dann werden sie gewiss nicht ganz vergessen werden hinter den freilich alles überstrahlenden grandiosen Opfertaten unserer Soldaten der Wehrmacht. Aber Ihr könnt auch von Euch sagen: wir haben es hier auf unserem Posten unter vielen Schwierigkeiten geschafft. Heute beginnt

Warschau schon mehr und mehr eine deutsch geführte, deutsch charakterlich durchzogene Stadt zu werden.

Wir wissen es alle, dass der Gegner nicht nur an der Front gegen uns kämpft. An der Front steht unsere unbesiegbare Wehrmacht; sie ist entschlossen, jeden Schlag der Gegner, gleich, wo er erfolgt, zurückzuschlagen. Sie wird da, wo es notwendig ist und der Führer es befiehlt, auch wieder aktiv zur Offensive übergehen. Hier gibt es kein Problem. Es gibt weder den Kritiker noch den Miesmacher, es gibt weder einen Zweifel noch irgend etwas anderes. Es ist ganz gleichgültig, ob wir Optimisten oder Pessimisten sind. Entscheidend ist nur, dass wir getreue, bedingungslos gehorsame Soldaten unseres Führers Adolf Hitler sind.

(Lebhafter Beifall)

Es ist auch völlig gleichgültig, welche Meinung der eine oder andere von uns über dieses oder jenes hier im Distrikt hat. Entscheidend ist, dass dieser Krieg, der so oder so über unser Volk gekommen wäre, nur gewonnen werden kann, weil es Adolf Hitler und seine Bewegung in Deutschland gibt.

(Lebhafter Beifall)

Wir wissen daher, dass diese Front steht. Wir wissen auch, dass Rückschläge da oder dort, wo sie eingetreten sind, so schwer und so schmerzlich sie auch waren, von der Kraft unseres soldatischen Volkes überwunden worden sind. Die Krisis ist allüberall überstanden, und neu steigt die Hoffnung auf. Diejenigen, die das nicht wahrhaben wollen, scheiden sich selber mehr und mehr aus der völkischen Gemeinschaft aus.

Aber der Gegner führt den Krieg auch noch auf andere Weise. Nicht nur mit den immerhin ehrlichen Waffen der Front, mit den Waffen des Grenadiers, mit den Waffen, mit denen er auf den Meeren oder in der Luft kämpft, sondern auch mit jener heimtückischen Waffe, die er immer angewendet hat, führt er den Krieg gegen Deutschland. Das erste ist wieder die heimtückische Waffe der Blokade. England, Russland und Amerika, diese drei Mächte, die mit ihren Reichtümern an Rohstoffen prunken, wollen uns in unsere Lebensmittel nehmen, um dadurch unsere Front, unsere Wehrwirtschaft, unsere völkische Energie zu schwächen. Heute aber sei gesagt: Bevor das deutsche Volk und die mit ihm verbündeten Völker Europas hungern, werden die von uns besetzten Gebiete verhungern. Das sage ich eiskalt in dem Bewusstsein, dass die Rücksichtnahme auf diese Gebiete uns nicht in höherem Grade auferlegt ist als die Rücksichtnahme auf die allgemeinen menschlichen Gesetze England und Amerika auferlegt ist. Wenn sie uns aushungern wollen, dann werden wir den europäischen Völkern, denen sie angeblich Hilfe bringen, die gleichen Opfer auferlegen.

Aber abgesehen von der Blokade ist der gemeinste Krieg, den sie führen, der, dass sie mit ihrer Hetze nun den Mord und den Terror in die besetzten Gebiete bringen wollen. Was sie hier in diesem Lande in dieser Beziehung tun, zeigen die Ereignisse der letzten Monate und Wochen. In zunehmendem Masse werden unsere deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen in Gefahr gebracht. Schon eine grosse Zahl dieser Männer und Frauen ist das Opfer von gemeinen heimtückischen Mordanschlägen geworden.

19.6.1943

Aber ich erkläre hier im Namen des Reiches, dass die Autorität in diesem Gebiet beim Führer und beim Reiche liegt. Niemand, vor allem kein Meuchelmörder wird es jemals erreichen, dass die Autorität des Reiches sich aus diesem Raum zurückzieht.

(Lebhafter Beifall)

Wir weichen niemandem. Mögen sie sich in Acht nehmen, diese anonymen Hetzer, diese Meuchelmörder, diese Banditenorganisationen, die sie uns schicken! Nicht das Deutschtum kommt dadurch in Gefahr, sondern das Polentum.

(Lebhafter Beifall)

Denn nichts wird uns hindern, für jeden ermordeten Deutschen Sühne zu fordern, die angesichts der Gemeinheit einer solchen Tat am Platze ist. Ich habe vom Führer die generelle Ermächtigung erhalten, in diesem Lande alles zu tun, was notwendig ist, um die Sicherheit bis ins Letzte herzustellen und durchzuhalten. Polizeitruppen rücken ein, Verstärkungen auf allen Gebieten rücken an. Und so wird in ganz kurzer Zeit die Autorität in diesem Raum restlos wieder hergestellt werden, die ohnedies im Ernst niemals bedroht war.

Aber Ihr deutschen Männer und Frauen sollt auch wissen, dass der Kampf, den Ihr hier mit Einsatz Eures Lebens führt, vom ganzen deutschen Volk verstanden wird. Der ganze Apparat der bewaffneten Macht Deutschlands steht hinter Euch. Heute ist dieses deutsche Reich nicht mehr jenes, auf das immer wieder unsere Gegner hoffen, die da annehmen, es würde doch irgendwo wieder einmal ein Schwächepunkt entstehen, eine

19.6.1943

Spaltung kommen, oder gerade hier in unserem Raum würden etwa deutsche Männer und Frauen, von Angst erfüllt, das Land verlassen. Niemals! Gefährdet ist ja der Deutsche heute allüberall. Wenn er in einer Stadt des Rheinlandes wohnt, muss er sein Leben genau so riskieren; denn die englischen Bomben metzeln ja dort auch die friedlichen Einwohner nieder. Und der Deutsche hier weiss, dass das Opfer, das er bringt, genau so für das Vaterland gebracht ist wie in irgend einer bombengefährdeten Stadt. Gleichwohl muss ich Euch allen, den Männern und Frauen in diesem Raume, meinen Dank aussprechen, vor allem denen, die in den abgelegenen Teilen dieses Distrikts, in den Wäldern, auf den einsamen Stationen, an den einsamen Strassen in den Kreishauptmannschaften draussen ihre Pflicht tun, dort draussen oder hier in der Stadt Warschau mit unendlich grossen auseinandergezogenen Räumen der Behörden und Dienststellen. Ich erkenne an, dass Ihr tapfer diese Stellung gehalten habt, und weiss, dass Ihr sie auch weiter halten werdet.

Im übrigen ändert sich an den Grundsätzen und der Führung und Verwaltung dieses Raumes nichts. So sehr auch die Banditen und die internationalen rein jüdischen Hetzer versuchen, im letzten Augenblick noch in den besetzten Gebieten das Kriegsziel mit solchen Mitteln für sich zu sichern, so sehr sei ihnen gesagt, dass wir Deutschen jetzt gewappnet sind.

Ich weiss auch, dass das Gros der polnischen Bevölkerung diesem Treiben fernsteht. Ich habe mich aus dem Berichten der Sicherheitsorgane auch dieses Distrikts überzeugt, dass das Gros der Bevölkerung diesem Treiben tatsächlich völlig fernsteht. Ich weiss, dass Tausende und Abertausende polnische Männer und Frauen in deutschen wehrwichtigen Industrien unter schwersten Lebensbedingungen arbeiten. Loyal, wie das deutsche Reich Adolf Hitlers immer ist, wird es auch die Loyalität dieser Arbeit mit Loyalität belohnen. Die Lebensbedingungen der fremdvölkischen Bevölkerung werden ab 1.September eine grundlegende Verbesserung erfahren, wie sie auch notwendig ist. Wir werden hier die Sätze einführen, die für die Fremdvölkischen in anderen Teilen des Reiches schon eingeführt sind und die etwa 80% der für die Deutschen in Deutschland gewährten Sätze ausmachen.

(Lebhafter Beifall)

Damit wird in einam der grossen Punkte wiederum gezeigt, dass die europäische Neuordnung, die Adolf Hitler plant, auch in diesem Raume Anwendung finden wird.

(Lebhafter Beifall)

An die fremdvölkische Bevölkerung dieses Raumes, an Polen und Polinnen, richte ich aber eine letzte entscheidende Warnung, sich unter allen Umständen von jenem Treiben fernzuhalten, und fordere sie auf, jedem Versuch einer Organisation, die deutsche Ordnung und das deutsche Leben in diesem Raume zu gefährden, abzuwehren. Es gibt keinerlei Entschuldigungen dafür. Der Hinweis darauf, dass etwa da und dort in der Welt Grüppchen von Emigranten versuchen, nochmals die alte Ordnung herbeizuführen, ist geradezu albern. Die polnische Republik oder ein irgendwie gearteter eigener polnischer Staat wird niemals wieder erstehen.

(Stürmischer Beifall)

Dieser Staat war ohnedies, wie die Geschichte zeigt, ein schweres Unglück für das polnische Volk. Das polnische Volk hätte längst friedlich sein Leben führen können, wenn es nicht immer wieder durch blinde und habgierige Abenteurer in eine sogenannte Staatsgründung hineinverleitet worden wäre. Es geht nicht an, dass das wachsende grossdeutsche Volk des nationalsozialistischen Reiches die Weichsel jemals freigeben könnte. Da nun einmal dieses Gebiet zum Lebensraum unseres grossdeutschen Volkes gehört, kann nur die eine Schlussfolgerung gezogen werden, dass nur unter gegenseitigem Ausgleich der völkischen Interessen dieses Raumes eine vernünftige dauernde Regelung des Gemeinschaftsdaseins erreichbar ist. Dazu sind wir in diesem Raum; das ist die erste Aufgabe des Deutschtums in diesem Lande. Denn wenn der Krieg einmal beendet ist, dann werden Tausende und Abertausende von Deutschen in diesen Raum kommen. Trotzdem werden wir Platz finden für das Leben und das wohlgefügte, auch eigengesetzliche Dasein des polnischen Volkstums in diesem Raum. Wir wollen den Polen weder ihre Sprache noch ihre Kultur noch ihre Kirche noch sonst etwas nehmen; wir wollen sie nur davor bewahren, dass sie durch eigene Staatsgründung immer wieder ins Unglück gestürzt werden. Unter dem Schutz des grossdeutschen Reiches kann das polnische Volk friedlich den Acker bestellen und seiner Arbeit nachgehen. Wir wollen nicht germanisieren; solche lächerlichen Pläne haben wir nicht. Wir wollen nur den freien Entwicklungsgang für das deutsche Volk in diesem Raum; alles andere wäre eitel Mühe.

19.6.1943

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen, in diesem ernsten Augenblick möchte ich Ihnen das eine sagen: es ist eine Stunde des starken Erkennens, der Rückschau auf vier Jahre unserer Arbeit. Als wir in dieses Land gekommen sind, war unser Programm sehr einfach. Unter allen Umständen mussten wir zunächst einmal versuchen, das zerstörte Gebiet der deutschen Kriegführung irgendwie nutzbar zu machen. Das ist geglückt: der Anteil des Generalgouvernements an der deutschen Kriegswirtschaft ist ausserordentlich gross. Die Bedeutung dieses Gebietes für den grossdeutschen Machtbereich ist viel grösser, als wir es jemals erwartet hatten. Daraus geht hervor, dass auch die Führungsaufgabe, die uns alle gemeinsam in diesem Raume auferlegt ist, eine unendliche Bedeutung für die Heimat hat. Und wieder daraus geht hervor, dass die absolut klare, trutzige und mit den Boden verbundene Haltung des Deutschen dieses Raumes als eines fanatischen Pioniers des deutschen Freiheitskampfes in diesem Lande die erste Voraussetzung sein muss. Wir können hier keine Duckmäuser, keine Feiglinge, keine plutokratischen Geschäftemacher, keine Neidhammel und keine kleinlichen Seelen brauchen. Dieser Raum hat nur Platz für Menschen, die als Träger von Pflichten auch tapfere Soldaten sind. Nicht dafür ist dieser Raum erkämpft worden, damit einzelne Personen oder Konzerne oder Inhaber von Fabriken hier grosse Gewinne einstreichen. Wir sind in dieses Land nicht gekommen, um uns zu bereichern, sondern um mit ihm und seiner Arbeit den ganz harten Kampf unseres Volkes möglichst sichern zu helfen. Und Ihr seid dazu aufgerufen, diese Pflicht zu erfüllen. Sie müssen sich dessen bewußt sein, daß es schon etwas bedeutet, daß wir von Warschau als einer deutschen Distrikt-Hauptstadt sprechen, daß das schon etwas bedeutet, wenn man bedenkt, daß hier einmal die Hauptstadt der polnischen Republik war, in der alle jene Feinde Deutschlands aus und ein gingen, in der die geheimen Bündnisse gesponnen worden sind, von der aus das internationale Treiben im Kampf gegen Adolf Hitler und sein deutsches Volk kam.

Es ist allerdings ein Trugschluß, es mit jenem deutschen Volk von 1918 vergleichen zu wollen. Daher, meine Volksgenossen und Volksgenossinnen, bleiben Sie der Bewegung verschworen wie je! Schließen Sie sich nicht an eine irgendwie abgewandelte Richtung an, kritisieren Sie nicht, werden Sie nicht müde, matte Zweifler. Lassen Sie sich durch nichts aus dieser klaren Linie der Treue, des Gehorsams gegenüber dem Führer und seiner Wehrmacht herausbringen. Es gibt nichts im Hinterland oder hier in diesem Raum, was nicht ebenso schwer wäre, wie das, was irgendein Frontsoldat oder eine unter der Bombengefahr stehende Stadt zu dulden hätte. Und Warschau gehört ja vor allem zu den Städten, die unter Bombenhagel gelitten haben.

So glaube ich denn, daß die Deutschen des Distrikts Warschau wie bisher treu in die Zukunft marschieren werden und daß nichts diesen Marsch aufhalten wird. Der Herrgott hat uns Adolf Hitler geschickt, der Herrgott weiß, warum er es tat. Die Probe werden wir bestehen. Seid also dazu aufgerufen, bleibt wach, stark und treu!

19.6.43

Mit dem von Bereichsleiter Pfliegner ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluß.

19 15 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Schloß Belvedere.

20 15 Abendessen im Schloß Belvedere auf Einladung des Herrn Generalgouverneurs.

23 50 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Warschau.

Lemberg-Stryj

Sonntag, den 2o.Juni 1943

0^{40} Abfahrt des Sonderzuges von Warschau.

9^{00} Frühstück im Speisewagen des Sonderzuges.

13^{20} Eintreffen des Sonderzuges im Hauptbahnhof Lemberg.

Begrüßung durch Gouverneur Dr. Wächter, der an der Weiterfahrt teilnimmt.

13^{30} Mittagessen im Speisewagen des Sonderzuges.

15^{10} Ankunft in Stryj.

Kreishauptmann Dr. von Dewitz empfängt den Herrn Generalgouverneur und seine Begleitung auf dem Bahnsteig.

15^{15} Der Herr Generalgouverneur begibt sich auf den Bahnhofsvorplatz. Hier haben Abordnungen der S.A., der Hitlerjugend, zahlreiche Trachtengruppen und die Freiwilligen der SS-Schützen-Division Galizien Aufstellung genommen. Der Herr Generalgouverneur schreitet die Front dieser Formationen ab. Er nimmt dann die Meldung des Obersten Bisanz, des Leiters des Wehrausschusses, entgegen; dann werden ihm die Freiwilligen der SS-Schützen-Division von einem Kombattanten gemeldet.

Nach einem von einem ukrainischen Chor vorgetragenen Volksliede ergreift Kreishauptmann von Dewitz das Wort zu folgender Begrüßungsansprache:

Herr Generalgouverneur! Sonnenglanz liegt heute über diesem schönen Lande, Freude strahlt aus den Augen dieser Menschen, die, zum Teil von weither, hier zusammengekommen sind, um Sie zu begrüßen. Dankbarkeit bewegt in dieser Stunde unsere Herzen, da Sie unter uns weilen, und da die Bevölkerung, insbesondere die ukrainische Jugend, ihrem Generalgouverneur ins Auge sehen darf.

Im Namen der hier eingesetzten Deutschen und im Namen der Bevölkerung darf ich Sie, Herr Generalgouverneur, und die hohen Gäste auf das herzlichste willkommen heißen. Ihr Besuch ist für uns alle eine hohe Ehre und eine stolze Auszeichnung.

Darüber hinaus erfüllt uns aber die einmalige Tatsache, daß Sie mit den Herren Ihrer Regierung zu uns hinausgekommen sind, mit tiefster Genugtuung und ist für uns eine dankbar empfundene Bestätigung des lebendigen Interesses und der engen Verbundenheit zwischen oberster Verwaltungsführung und unterster Verwaltungsfront.

Herr Generalgouverneur! Über dieses Land, über diese Bevölkerung ist etwas Schlimmeres hinweggegangen, als es selbst ein Krieg bedeuten kann. Zwei Jahre hat hier der Bolschewismus gehaust, hat diese Inkarnation der Unmenschlichkeit Orgien gefeiert und systematisch begonnen, die Seelen dieser Menschen zu zerstören und ihnen jede Hoffnung und jeden Glauben an das Schöne und Edle im Menschen,zu nehmen. Kaum einer von den Männern und Frauen, die heute hier auf diesem Platz stehen, ist vom Bolschewismus verschont geblieben. Überall hat er schwerste Wunden geschlagen und hat mit Mord und Verschleppung in fast jede Familie gegriffen.

Die ukrainische Bevölkerung hat daraus ihre Konsequenz gezogen! Sie hat die deutschen Soldaten mit Jubel empfangen und hat sich der nachfolgenden deutschen Verwaltung in loyaler Haltung zur Verfügung gestellt. Bauern, Arbeiter und ukrainische Intelligenz haben gemeinsam zugegriffen und haben durch ihre Arbeit mitgeholfen, die sowjetische Zerstörung und Zersetzung zu beseitigen und eine neue Ordnung aufzurichten.

Fast zwei Jahre deutscher Verwaltung liegen nun hinter uns. Die Maßnahmen, die wir in dieser Zeit treffen mußten, waren oft, durch die Kriegsnotwendigkeiten, hart. Trotzdem hat die Bevölkerung, im Vertrauen auf unsere gerechte und verständnisvolle Führung, alles getan, um den auferlegten Verpflichtungen nachzukommen, und so konnten auf manchen kriegsentscheidenden Gebieten, so z.B. bei der Ernteablieferung, bei der Arbeitergestellung ins Reich und bei dem Holzbeschaffungsplan beste Leistungen in der Kreishauptmannschaft Stryj erbracht werden. Die Aufstellung einer ukrainischen SS-Schützen-Division hat die Bevölkerung dankbar begrüßt und durch ihre Meldungszahl bewiesen, daß sie von der Erkenntnis durchdrungen ist, daß die Ukrainer dieses Gebietes nur leben werden, wenn Deutschland lebt.

So glaube ich, daß ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, namens der ukrainischen Bevölkerung, die Versicherung abgeben kann, daß dieselbe auch weiterhin in Dankbarkeit gegenüber ihren deutschen Befreiern und in klarer Erkenntnis der Notwendigkeiten des Krieges mitarbeiten wird, um das ihre beizutragen zur Neugestaltung Europas.

Für die hier eingesetzten Deutschen gebe ich Ihnen aber das feierliche Gelöbnis, daß wir in harter Entschlossenheit und unerschütterlicher Treue unsere ganze Kraft und Energie daran setzen wollen, die uns hier auf vorgeschobenem Posten von Ihnen gesteckten Ziele zu erreichen, und daß wir nichts anderes sein wollen, als das, was wir bisher schon gewesen sind, nämlich fanatische Pioniere des Ostens.

.

20.6.1943

In diesem Sinne heiße ich Sie, Herr Generalgouverneur, und die hohen Gäste nochmals auf das herzlichste willkommen.

Bürgermeister Josef Bandera begrüßt den Herrn Generalgouverneur im Namen der Bevölkerung der Stadt Stryj und überreicht Salz und Brot.

Im Namen des Ukrainischen Hilfskomitees in Stryj heißt der Leiter des Komitees Dr. Iwan Maksymtschuk den Herrn Generalgouverneur herzlich willkommen. Er führt in seiner Ansprache aus:

Am 22.Juni 1943 wird sich der zweite Jahrestag des gigantischen Ringens der deutschen Wehrmacht mit dem größten Feind der Menschheit, dem Bolschewismus, erfüllen. Die allerbeste Armee der Welt, die fast alle Völker Europas vereinigte, um diesen hartnäckigen Feind zu vernichten, hat auch den galizischen Ukrainern die langersehnte Freiheit gebracht. Endlich wurde unser Traum Wirklichkeit: fast das ganze Gebiet der Ukraine wurde vom sowjetrussischen Joch erlöst. Die ukrainische Nation hat lange Jahre mit ihrem größten Feinde, dem Bolschewismus, gekämpft, sie war sich aber gleichzeitig dessen bewußt, daß es ihr allein aus eigenen Kräften nicht gelingen wird, den bolschewistischen Koloß zu besiegen. Lange Jahre hindurch hat sie auf den günstigen Augenblick gewartet. Als dann von außen her der gewaltige militärische Schlag gegen die kommunistische Bastille gefallen war, stellte sich das ukrainische Volk einmütig und einheitlich an die Seite der deutschen Armee, der deutschen Nation und ihres Führers, um mit allen Kräften zu helfen, jenen Feind zu zerbrechen, der uns alle zu vernichten drohte.

2o.6.1943

Die einen von uns stellten sich unmittelbar in die Reihen der deutschen Truppen, um aktiv auf dem Schlachtfelde zu kämpfen; die anderen haben sich in den aktiven Wiederaufbau der Verwaltung und des wirtschaftlichen Lebens des durch die lange Sowjetherrschaft zum Ruin gebrachten Landes eingeschaltet. Wir alle strengen unsere Kräfte an, durch gewissenhafte und loyale Arbeit der deutschen Armee und der deutschen Verwaltung die Erreichung des einzigen Endziels zu ermöglichen, den endgültigen Sieg über den Feind. Um diesen Sieg schneller zu erreichen, werden wir niemals Opfer sparen.

Durch die Proklamation des Herrn Gouverneurs Dr. Wächter vom 28.April 1943 wurde die Aufstellung der SS-Schützen-Division Galizien kund gemacht. Dadurch wurde den galizischen Ukrainern die Möglichkeit geboten, sich aktiv in den Kampf gegen den Bolschewismus an der Seite der deutschen Armee einzuschalten. Die alte Waffenbrüderschaft zwischen den deutschen und ukrainischen Soldaten ist damit wiederum zur Tatsache geworden. Jeder, der die Geschichte der ukrainischen Freiheitskämpfe gegen die Bolschewiken kennt, wird sich des Jahres 1918 erinnern. Damals hat der Ukrainische Zentralrat in Kiew den damaligen Kaiser Wilhelm II. gebeten, die deutsche Armee unter dem Kommando des Feldmarschalls von Eichhorn in die Ukraine zu beordern, um die gegen Westen vordringende Rote Armee zurückzuschlagen. Diesem Gesuche wurde stattgegeben, und die vereinigten deutsch-ukrainischen Militärkräfte haben den roten Feind weit nach Osten zurückgeworfen. Ganz Ukraine wurde damals zum erstenmal von der bolschewistischen Übermacht befreit. Einige Monate später wurde auch der jungen Finnenstaat mit ausgezeichneter Hilfe der deutschen Armeen, die unter dem Kommando des Feldmarschalls von der Goltz standen, von der roten Pest befreit.

Deutsche und Ukrainer waren die ersten Völker in der neuzeitlichen Weltgeschichte, die die dem Westland drohende rote Gefahr erkannt haben. Auf diese Traditionen greifen wir Ukrainer zurück, indem wir in der Proklamation nur positive Elemente sehen und sie mit allen unseren Kräften unterstützen werden. Uns wurde jetzt die Möglichkeit gegeben, über den Kampf gegen den Bolschewismus nicht mehr zu deklamieren, sondern wir werden den Kampf an der Seite Großdeutschlands aufnehmen, ihn verwirklichen und bis zum siegreichen Schluß führen.

Herr Generalgouverneur, ich versichere Sie im Namen der gesamten ukrainischen Bevölkerung, daß wir die uns gestellten Aufträge mit Freude erfüllen werden. Wir werden alle unsere Kräfte anstrengen, das angefangene Werk zu vollenden, wir werden mit eifrigster Opferwilligkeit dem an uns gerichteten Befehl rückhaltlos Folge leisten. Wir alle sind der festen Überzeugung, daß sich unsere bisherige Zusammenarbeit mit der deutschen Verwaltung noch verstärken und vertiefen wird.

Wir danken Ihnen, Herr Generalgouverneur, für Ihren heutigen hohen Besuch. Wir danken Ihnen herzlichst für alle die Begünstigungen, die wir Ukrainer unter dem Schutze des großen deutschen Reiches, dessen höchster Träger im Generalgouvernement Sie sind, erreicht haben. Ich bitte Sie, dem Führer des deutschen Volkes Adolf Hitler unseren innigsten Dank für den bisherigen Schutz, für die freie Entwicklung des ukrainischen Volkes im Distrikt Galizien und für die allerhöchste Genehmigung zur Aufstellung der SS-Schützen-Division Galizien gefälligst übermitteln zu wollen.

Heil Hitler!

20.6.1943

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Kreishauptmann! Herr Bürgermeister!

Meine Herren vom Ukrainischen Hilfskomitee!

Ich bin außerordentlich dankbar füe die liebenswürdigen Worte des Empfanges, die ich soeben für mich und die Herren der Regierung des Generalgouvernements entgegennehmen durfte. Die leuchtende Sonne dieses Tages strahlt auf ein zukunftsfrohes Volk herab. Wenn ich Eure schmucken Kinder und die Männer der Freiwilligen SS-Division Galizien vor mir sehe, dann kann ich mich nur über diesen schönen Tag freuen.

Auf Befehl des Führers Adolf Hitler sind wir in dieses Land vor zwei Jahren als Repräsentanten des Großdeutschen Reiches eingezogen, um Euch von dem bolschewistischen Terror zu befreien. Ich habe damals in der Proklamation, mit der ich den Distrikt Galizien aufnahm, an Eure Loyalität appelliert. Ich habe Euch gebeten, mitzuhelfen am Aufbau eines neuen glücklichen Lebens im neugeordneten Europa. Ich möchte heute mit ergriffener Dankbarkeit feststellen, daß die ukrainische Bevölkerung des Distrikts Galizien diesem Aufrufe in vollem Umfange gefolgt ist. Ich bitte Euch, auch weiter tapfer auszuharren und dafür zu sorgen, daß wir mit den unvermeidlichen Schwierigkeiten dieses großen Freiheitskrieges endgültig fertig werden. Ihr Bauern, bestellt die Felder, Ihr Arbeiter, arbeitet in den Werken! Und nun ein neuer Ruf: Ihr Freiwilligen der ukrainischen Bevölkerung des Distrikts Galizien, kämpft mit der Waffe gegen den Bolschewismus! Bauern, Arbeiter und Freiwillige dieses Distrikts, Ihr seid damit eingereiht in die große Gemeinschaft der europäischen Kulturvölker.

20.6.1943

Das ganze deutsche Volk blickt mit Stolz und Bewunderung auf seine Helden. Was der deutsche Soldat im Kampf gegen den Bolschewismus geleistet hat, ist weltgeschichtlich größte Tapferkeit. Und die altbewährte Freundschaft zwischen dem deutschen und ~~ku~~ ukrainischen Volke wird erneut befestigt, wenn die ukrainischen Männer dieses Distriktes mit der Waffe in der Hand als Kameraden neben dem deutschen Soldaten gegen den Todfeind aller Kultur, allen Christentums und jeglichen Fortschritts antreten.

Herr Kreishauptmann, ich habe aus Ihrem Munde das Gelöbnis der Deutschen dieses Kreises entgegengenommen, dass sie so wie bisher ihre Pflicht tun wollen. Ich danke Ihnen dafür. Ich weiß, welch' unsagbar~~e~~ schwierige Aufgabe es für Sie ist und die Männer der Verwaltung dieses Kreises, hier unter den schwersten Kriegsbedingungen Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Dieser Krieg fordert von uns allen Opfer. Aber sein Lohn wird der ewige Frieden in Europa und das ewige Glück der befreiten europäischen Völker sein. Ich weiß, daß die deutschen Männer der Verwaltung dieses Kreises, von Ihnen geführt, Herr Kreishauptmann, ein Vorbild dieser klaren Einstellung zur Gegenwart und Zukunft sind.

Herr Bürgermeister, ich danke Ihnen dafür, daß die ukrainische wie auch die übrige Bevölkerung hier treu mit den deutschen Behörden zusammenarbeitet. Ich gebe wiederholt die Erklärung ab, daß das loyale Verhalten der Bevölkerung gegenüber der deutschen Führung durch das loyale Verhalten der deutschen Führung gegenüber der Bevölkerung belohnt wird. Ich freue mich, daß ich angesichts der ewigen Sonne die Hoffnung haben darf, daß auch der Kreis Stryj des Generalgouvernements mit seiner Bevölkerung einer glücklichen Zukunft entgegengehen wird. Der Sieg wird auf seiten derer sein, die den Bolschewismus im Namen Gottes bekämpfen.

15^{50} Weiterfahrt des Herrn Generalgouverneurs und seiner engsten Begleitung in die volksdeutsche Siedlung Neudorf im Kreise Drohobycz.

16^{12} Der Kreishauptmann von Drohobycz Rechtsanwalt Görgens erwartet den Herrn Generalgouverneur vor der Straßenabzweigung nach Neudorf und geleitet ihn und die anderen Gäste ins Dorf.

Vor dem Deutschen Haus von Neudorf werden der Herr Generalgouverneur und seine Begleitung von einem Vertreter der volksdeutschen Mittelstelle, dem Leiter der Unterabteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge Oberst Bisanz und dem Schulzen erwartet. Dort haben auch bereits die neuen deutschen Siedler Aufstellung genommen.

Vor den deutschen Siedlern hält dann der Herr Generalgouverneur eine kurze Ansprache, in der er auf die Bedeutung der Siedlung Neudorf hinweist und den Siedlern alles Gute für ihre weitere Arbeit wünscht.

16^{45} Ankunft der Wagenkolonne in Drohobycz.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich in den Großen Rathaussaal, wo er durch den Kreishauptmann Rechtsanwalt Görgens begrüßt wird, der in seiner Ansprache auf die Bedeutung des Kreises als Zentrum der Erdölförderung hinweist.

Im Anschluß daran bittet der Bürgermeister der Stadt Drohobycz den Herrn Generalgouverneur, seinen Namen in das Goldene Buch der Stadt einzutragen.

20.6.1943

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten: Herr Kreishauptmann, Herr Bürgermeister! Ich danke Ihnen sehr für die Grüße des Kreises und der Bevölkerung dieser Stadt. Seien Sie überzeugt, daß die Regierung des Generalgouvernements wie ich alles tun werden, um die loyale Arbeit der ukrainischen wie polnischen Bevölkerung dieses Raumes loyal zu lohnen. Vor allem die Deutschen des Kreises dürfen überzeugt sein, daß wir sehr wohl wissen, welche Schwierigkeiten sie zu überwinden haben und wie außerordentlich verantwortungsvoll die Aufgaben in diesem Kreise sind. Seien sie überzeugt, daß wir alle davon Kenntnis haben und auch in Zukunft diesem Kreise unser ganzes Interesse gelten wird.

Der Herr Generalgouverneur trägt sich dann in das Goldene Buch der Stadt Drohobycz ein und begibt sich darauf mit seiner Begleitung vor das Rathaus.

Eine Trachtengruppe überreicht dem Herrn Generalgouverneur Mineralien, wie sie im Kreise Drohobycz gefunden werden.

Danach erstattet der Kreisbeauftragte des Wehrausschusses Meldung über die angetretenen Kombattanten und Freiwilligen der SS-Schützen-Division.

17^{10} Weiterfahrt zur Raffinerie Drohobycz-Ost (Polim) der Karpaten Öl-AG..

17^{20} Vortrag des Generaldirektors Große über das Erdölgebiet Galiziens und die Verarbeitungsstätten.

17^{30} Rundgang durch die Anlagen der Raffinerie Drohobycz-Ost.

2o.6.1943

18^{3o} Weiterfahrt nach Boryslaw.

18^{5o} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Boryslaw auf dem Aussichtspunkt, woselbst Erläuterungen des Bohrfeldes gegeben werden.

19^{o5} Weiterfahrt durch das Bohrfeld über Tustanowice nach Truskawiec. - Unterwegs findet die Besichtigung einer Rotary-Bohranlage statt.

19^{45} Ankunft in Truskawiec. - Gemeinsames Abendessen.

Montag, den 21. Juni 1943

0^{00} Abfahrt des Sonderzuges von Truskawiec.

3^{30} Ankunft in Lemberg.

8^{00} Frühstück im Speisewagen des Sonderzuges.

9^{00} Ankunft des Sonderzuges auf dem Hauptbahnhof in Lemberg. - Begrüßung durch Amtschef Rechtsanwalt Bauer.

9^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Gebäude der Statthalterei.

9^{20} In den Empfangsräumen des Statthaltereigebäudes werden dem Herrn Generalgouverneur die Mitglieder des Ukrainischen Hauptausschusses durch Oberst Bisanz, Leiter der Unterabteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, vorgestellt.

Der Leiter des Hauptausschusses Professor Kubijowitsch richtet folgende Ansprache an den Herrn Generalgouverneur:

Eure Exzellenz! Wir sind vor Ihnen erschienen, um Sie im Namen des Ukrainischen Hauptausschusses als Vertreter der ukrainischen Volksgemeinschaft Galiziens anläßlich Ihres Besuches in Lemberg aufs herzlichste zu begrüßen.

Seit Ihrem letzten Besuch in Lemberg im vorigen Jahr, wo Sie feierlich die Grundsätze des Privateigentums wiederhergestellt und dadurch den grundlegenden Stein zu der neuen Ordnung gelegt haben, wurde hier mit Eifer gearbeitet und auf allen Gebieten viel geschaffen.

Vor allem hat sich unsere Zusammenarbeit mit allen deutschen Behörden des Distrikts vertieft und ausgebaut.

21.6.1943

Unsere Beziehungen zu den höchsten und maßgebendsten Stellen im Distrikt sind sogar herzlich geworden. Ihnen haben wir die Bedingungen zu verdanken, welche hier uns allen die Arbeit in normalen geregelten Verhältnissen ermöglichen. Dieses wohlwollende und verständnisvolle Entgegenkommen von beiden Seiten hat günstige Voraussetzungen für die Aufbauarbeit in Galizien geschaffen.

Auch im vergangenen Jahre waren alle Schichten unseres Volkes tüchtig am Werke, um nach ihrem besten Wissen und Gewissen ihren Beitrag zum Gelingen des gewaltigen Ringens von ganz Europa gegen den Bolschewismus beizusteuern.

Vor kurzem hat der Herr Gouverneur den 3oo ooosten Arbeiter aus Galizien verabschiedet ins Reich. Die Bauernbevölkerung Galiziens hat ihre Kontingente in befriedigendem Maße geliefert. Die Intelligenzkreise haben sich restlos dem Ukrainischen Hauptausschuß zu seiner aufklärerischen Arbeit zur Verfügung gestellt, was zur Aufrechterhaltung des lebendigen Verständnisses der breitesten Massen des ukrainischen Volkes für die Kriegsnotwendigkeiten und zur Bewahrung der Ruhe und Ordnung in unserem Lande verholfen hat. Die schaffende Intelligenz arbeitet mit vollem Eifer und mit Hingabe, wenn auch unter schweren Entbehrungen der Kriegszeit, in allen Behörden und Kontoren.

Und dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo der Führer Adolf Hitler durch seine und des Reichsführers Entschluß über die SS-Schützen-Division Galizien unseren Kriegseinsatz anerkannt hat. Darin sehen wir den Beweis, daß Sie, Exzellenz, unsere Wünsche, die wir vor Ihnen zum Ausdruck brachten, nach oben weitergeleitet haben, und wir danken Ihnen dafür von Herzen. Dieser

Beschluß war für uns ein Wendepunkt. Der Ukrainische Hauptausschuß hat sich mit seinem ganzen Apparat der Sache der Division voll zur Verfügung gestellt und den Wehrausschuß, welcher mit dem Hauptausschuß auf das engste zusammenarbeitet, mit allen Kräften unterstützt. An dem Zustandekommen dieser Division hat der Herr Gouverneur von Galizien außerordentliche Verdienste. Ihm gilt gleichfalls unser herzlichster Dank. Dadurch ist der ukrainischen wehrfähigen Jugend die Möglichkeit gewährt und zugleich die Ehre zuteil geworden, mit dem besten Soldaten der Welt mitkämpfen zu können. Wir hoffen, daß sie bald unter die Fahnen einberufen wird.

Allmählich beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß unserem Distrikt eine besondere Bedeutung zukommt. Galizien ist durch seine geographische Lage wie auch infolge seiner historischen Vergangenheit eine natürliche Brücke zwischen West und Ost; es ist am meisten berufen, die Mittlerrolle zwischen Westeuropa und den östlichen Gebieten zu spielen. Es ist das Bindeglied, welches am besten helfen kann, den östlichen Raum organisch in die europäische Lebensordnung einzubeziehen. Dadurch rechtfertigt sich die Sonderstellung Galiziens im Rahmen des Generalgouvernements.

Auf der Grundlage der Prinzipien des Privateigentums wollen wir unser völkisches Leben weiter entfalten. Besonders sind wir bestrebt, es auf die Erfordernisse der Kriegszeit und der Kriegführung auszurichten. Außerdem möchten wir es so gestalten, daß die historische Rolle Galiziens, Mittler zwischen West und Ost zu sein, auf das beste gelingt. Die wichtigste

577

Tagesaufgabe ist auch weiterhin die Aufrechterhaltung des Verständnisses der breiten Schichten für die bestehenden Kriegsnotwendigkeiten.

Wir gedenken immer Ihrer Worte von der Schicksalsverbundenheit beider Völker, von der Sie uns als erster gesprochen haben. Im Bewußtsein dessen ist das ukrainische Volk im Generalgouvernement fest entschlossen, auf seinen bisherigen Positionen des Einsatzes bis zum endgültigen Sieg des neuen Europas auszuharren.

Geruhen Sie, Exzellenz, zum Schluß die Ausdrücke unserer aufrichtigen Ergebenheit entgegenzunehmen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Herr Professor Kubijowitsch, ich danke Ihnen für diese schönen Worte der Begrüßung und für die erneute Bekundung der Loyalität und des festen Willens der ukrainischen Bevölkerung des Distrikts Galizien und des Generalgouvernements, an der Erfüllung der großen Aufgaben dieser Zeit tatkräftig und opferbereit mitzuarbeiten. Ihnen, Herr Professor Kubijowitsch, ist ein großes Verdienst an der Entwicklung der Form zuzusprechen, wie sie sich heute herausgebildet hat. Ich möchte Ihnen und den Herren des Ukrainischen Hauptausschußes auch besonders von ganzem Herzen für die Einsatzbereitschaft danken, die Sie ununterbrochen und unermüdlich im Aufbau einer loyalen,echten weltschicksalhaften Kameradschaft zwischen Deutschtum und Ukrainertum bewiesen haben.

Sie wissen, daß die Einstellung, die ich in diesem Raum als des Führers Vertreter im Generalgouvernement einnehme, unbeirrbar von Anfang an die gleiche war. Ich habe damals in meiner Proklamation, als ich den Distrikt Galizien dem Generalgouvernement einfügte, davon gesprochen, daß ich mich bemühen wolle, die durch die Bolschewiken und vorher schon durch die Polen der ukrainischen Bevölkerung zugefügten Ungerechtigkeiten soweit wie irgend möglich wieder gutzumachen. Ich habe damals an die Loyalität gerade auch der ukrainischen Bevölkerung appelliert. Ich kann heute feststellen, daß die ukrainische Bevölkerung des Distrikts Galizien wie des ganzen Generalgouvernements diesem meinen Aufruf in wirklich echter Herzlichkeit nachgekommen ist.

Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich die Entwicklung, die sich hier als durchaus erfolgversprechend angebahnt hat, bedingungslos weiterführen werde. Ich werde mich durch nichts von diesem Kurs abbringen lassen. Zeugen dessen sind Sie, meine Herren; denn Sie wissen, wie die Verwaltung bemüht ist, mit den vielfachen Nöten und Sorgen der Bevölkerung fertig zu werden. Wir können aber auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß das deutsche Volk große Nöte und Sorgen zu tragen hat. Wir müßen auf die Blutopfer hinweisen, die das deutsche Volk bisher schon in diesem schrecklichen Kampf gegen Bolschewismus, Weltplutokratie und Weltjudentum zu bringen hatte, Blutopfer, die aber von dem deutschen Volk gern getragen werden, in dem stolzen Bewußtsein, daß sie der Größe des eigenen Volkes gelten. Deshalb sind wir nun aber auch legitimiert, von allen Völkern, die an dem endgültigen Sieg über den Bolschewismus Anteil haben wollen, auch Opfer zu verlangen. Zu dieser Opferbereitwilligkeit haben sich die Ukrainer wirklich in bester Art zusammengeschloßen. Damit, daß der Führer die Aufstellung einer Freiwilligen-SS-Division Galizien genehmigt hat, will er der ukrainischen Bevölkerung für ihre Loyalität danken. Mögen die Fahnen dieser Division einst strahlend aus dem Kampfe mit dem Bolschewismus zurückkehren, möge ein neues Heldentum der Ukraine entstehen! Das sei eine Voraussetzung für jene Freiheit, die die Ukrainer im Generalgouvernement und im Distrikt Galizien in voller Befriedigung ihrer kulturellen, religiösen und sonstigen Bedürfnisse finden. Ich selber bin ein treuer Anhänger der Verbundenheit unserer beiden Völker, und Gouverneur Dr. Wächter als mein Vertreter hat diese Linie übernommen und aus Eigenem unterstützt. Alle Dienststellen sind angewiesen, sich dieser Richtung voll und ganz verschrieben zu halten.

Ich habe gestern in Stryj und Drohobycz die Zeugen für diese Zusammenarbeit gesehen. Es war bei leuchtender Sonne wirklich eine großartige Volkskundgebung. Ich kann nur mit größter Freude feststellen, daß sich hier nun innerhalb der vergangenen zwei Jahre eine echte herzliche Völkergemeinschaft herausgebildet hat. Ich muß freilich ununterbrochen an den Ernst der Zeit mahnen, an ihre Härte und die Notwendigkeit des Opfers, muss auch sagen, wie schwierig es ist, allen Wünschen zu entsprechen. Aber das ukrainische Volk weiss ja aus seiner eigenen Geschichte, dass die Nöte und Sorgen einer Nation nie niederdrücken werden. Was dieser Krieg an schweren Opfern verlangt, demgegenüber sind die Opfer, die wir von der ukrainischen Bevölkerung verlangen, gering zu nennen, vor allem gemessen an den Opfern, die das deutsche Volk zu bringen hat.

21.Juni 1943.

Die Fluren lachen, die Felder stehen vor einer gesegneten Ernte. Und das Trachtenbild Ihrer Bevölkerung zeigt, dass in diesem Distrikt Galizien eine frische, wohlgemessene Atmosphäre herrscht. Und so wünsche ich denn, dass dieses Land weiter blühen und es vom ukrainischen Volke eines Tages als grosser Segen empfunden werden möge, dass sich der Führer Adolf Hitler mit seinem grossen Herzen der ukrainischen Sache angenommen hat.

9^35 Die Mitglieder des Wehrausschusses werden dem Herrn Generalgouverneur durch Oberst a.D. Bisanz vorgestellt.

Oberst Bisanz richtet folgenden Worte an den Herrn Generalgouverneur.

Herr Generalgouverneur! Ich habe Ihnen den Wehrausschuss vorgestellt, welcher sich aus zwei Deutschen und 12 Ukrainern, darunter 10 Truppenoffizieren einem Feldsuperior, einem Regimentsarzt zusammensetzt.

Der Wehrausschuss, der sich in die Wehrkanzlei, das Werbe-und Ergänzungsreferat, Propagandareferat, Verbindungsreferat zur Wehrmacht, Betreuungsreferat, Gesundheitsreferat, Seelsorgereferat und Wehrhistorisches Referat gliedert, hat in allen Kreisen und Bezirken seine Werbeoffiziere. Schon aus der Einteilung selbst sind die Aufgaben des Wehrausschusses zu ersehen; es sind Vorbereitung der Werbung und Assentierung in weiterer Folge die Verbindung zu der neu aufzustellenden Truppe, die Propaganda und vor allem die Gegenpropaganda, die anfangs verstummt war, weil sie von der Aufstellung der Division überrascht wurde,- schliesslich die Fürsorge für die Familie und die enge Verbindung mit der Division an der Front.

Bei dieser Gelegenheit darf ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, für die uns durch unseren verehrten früheren Amtschef, jetzigen Präsidenten und Gouverneur Dr. Losacker überbrachte Botschaft aufrichtigst danken. Ich bitte Sie, dem durch den Herrn Gouverneur und den Herren Amtschef ~~u~~ in vollster Verantwortung für die politische Lage begonnenen Werk helfend und fördernd zur Seite zu stehen.

Im Namen des Wehrausschusses, seiner Gliederungen und seiner Freiwilligen, deren einigen Tausend Sie gestern ins Auge schauen konnten, verspreche ich Ihnen, daß wir durch unsere Arbeit zum Segen dieses schönen Landes, zur Ehre des Generalgouvernements einen zwar kleinen, aber desto bestimmteren Beitrag für Führer und Reich und damit wiederum für das neue Europa leisten werden. So wahr uns Gott helfe!

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten: Meine Herren des Ukrainischen Wehrausschusses!

Ich danke Ihnen, daß Sie sich einer so großen Aufgabe mit solchem Eifer und solcher soldatischen Präzision unterzogen haben. Ich brauche Ihnen in diesem Rahmen nicht zu sagen, daß die Errichtung Ihres Ausschusses auch für die Geschichte des ukrainischen Volkes eine große Bedeutung hat. Sie ist der sinnvolle Ausdruck dafür, daß sich das Verhältnis zwischen dem deutschen und dem ukrainischen Volke im Distrikt und im Generalgouvernement überhaupt in einer Form stärkster Schicksalsidentität entwickelt hat, die nicht übertroffen werden kann. Die rein wehrmäßigen Auswirkungen sind zunächst noch nicht abzusehen. Aber es wird eine Fülle von Auswirkungen geben. Sie sind dem deutschen Volke gegenüber nicht gewaltunterworfen, sondern mit dem Waffendienst werden Sie in die europäische Gemeinschaft eingereiht. Seit fast vier Jahren

21.6.1943

haben wir Deutschen ein Ordnungsprinzip hier durchzusetzen begonnen, das die deutsche Führung mit den Lebensnotwendigkeiten der Eigenbevölkerung dieses Raumes vereint. Für mich persönlich ist es eine Freude, heute vor Ihnen zu stehen.

Es geht mit Völkern nicht anders als mit Individuen. Heute schließen sich die Völker so zusammen wie die Individuen. Wir befinden uns heute in einem Entwicklungsstadium Europas. Die einzelnen Völker wie auch die Individuen wären verloren, wenn sie sich nicht zusammenschlössen und gegen so gewaltige übermächtige Gebilde wie etwa die Sowjetunion gemeinsam den Kampf zu führen versuchten. Auch die Ukrainer wären restlos verloren, wenn nicht als Volk, so doch als Kultureinheit, wenn sie, auf sich allein angewiesen, einem solchen Gegner gegenüber ständen. Es ist daher klar, daß diese Volksindividualismen sich auch zusammenfügen müßten, um einen so übermächtigen Gegner entgegentreten zu können. Aus der mit der Zeitenwende aufsteigenden Notwendigkeit ist auch Ihr Ausschuß und diese Organisation geboren, aus einer großen Zeit, der eine noch größere Zukunft folgen wird.

Ich habe mich über den soldatisch aufgeschlossenen, frischen Eindruck der Freiwilligen der SS-Schützen-Division aufrichtig gefreut. Sie haben vollkommen Recht Herr Oberst Bisanz, dem ich mit Ihren Mitarbeitern meinen aufrichtigen Dank für die treue Hingabe an dieses Werk ausspreche, wenn Sie sagen, daß diese jungen ukrainischen Soldaten dem Deutschen Reiche und Volke Ehre machen werden. So etwas ist ja auch unter Soldaten nur selbstverständlich. Wenn man sich die Hand gibt, dann zieht man die Hand nicht mehr zurück. Ich habe Ihnen im Namen des Führers die Hand gereicht, Sie haben in diese Hand eingeschlagen und damit einen Schicksalsbund auf Tod oder Leben geschlossen. Der Tod liegt hinter uns, das Leben vor uns, auch für das ukrainische Volk.

21.6.1943

Mein Wunsch für Sie, Herr Oberst Bisanz, für die Männer des Wehrausschusses und die Freiwilligen lautet: möge der Sieg mit Ihren Fahnen sein!

9^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt eine Abordnung des Polnischen Hilfskomitees im Distrikt Galizien.

Der Sprecher der Delegation Dr. Tesznar richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:

Seit dem 1. August vorigen Jahres, als uns die Ehre zuteil geworden war, den Tätigkeitsbereich der Polnischen Hilfskomitees im Distrikt Galizien Euer Exzellenz darzustellen, vergrößerte sich unser Wirkungskreis und änderten sich die Lebensbedingungen der polnischen Bevölkerung, welche wir betreuten, nachdem wir vom November vorigen Jahres an unsere Tätigkeit auf die große Menge der polnischen Arbeiter, die nach Deutschland gehen, ausgedehnt haben. Die Lebensbedingungen der polnischen Bevölkerung änderten sich, da das Elend mancher Kreise der Stadtbewohner ständig zunimmt.

Die bolschewistische Okkupation richtete die Schärfe ihrer Anordnungen besonders gegen die polnische Bevölkerung. Als Folge dieses Vorgehens wurde den Polen jede materielle Existenzmöglichkeit entzogen, die sich während der Kriegszeit sobald nicht wiederherstellen läßt. Die unüberwindliche Notwendigkeit für die Stadtbewohner, die nötigen Lebensmittel bei unzulänglichem Arbeitslohn im freien Handel zu gewinnen, schafft ein Problem, welches von Tag zu Tag immer schlimmer wird.

Sämtliche polnischen Hilfskomitees erhielten zwar vom Generalgouvernement für das laufende Jahr Nahrungsmittel zugewiesen, für welche wir Seiner Exzellenz unseren innigsten Dank aussprechen. Jedoch ermöglicht uns diese Zuweisung nur eine teilweise Lösung der großen Approvisationsfrage der polnischen Stadteinwohner. Wir erachten es als unsere Pflicht, die ernste Lage der Versorgung der Städte Eurer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen.

In der Organisation der polnischen Hilfskomitees ist in letzter Zeit eine gewisse Schwierigkeit bei der Aufrechterhaltung der Zusammensetzung der Mitarbeiter bemerkbar, und zwar als Folge einer gewissen Ängstlichkeit der polnischen Bevölkerung, sich an irgendwelcher Tätigkeit zu beteiligen. Die polnische Bevölkerung hat sich im ganzen Gebiete dieses Distrikts in allen ihren Schichten für die bolschewistische Propaganda als vollkommen unzugänglich erwiesen.

Sachliche und objektive Behandlung der polnischen Bevölkerung durch die Verwaltungsbehörden hat den Erfolg gezeitigt,daß diese Bevölkerung das Element der Ruhe, Ordnung und Arbeit geworden ist. Auf dieser Grundlage wollen wir weiter bestehen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Ich verstehe Ihre Klagen voll und ganzund habe ein absolut offenes Auge für die Dinge. Es ist klar, daß im Verlauf dieses Krieges auch die polnische Bevölkerung in der Betrachtung durch die deutsche Verwaltung und Führung dieses Raumes eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Ich habe damals am 1.August 1941, als ich den Distrikt Galizien übernahm, auch mit den Vertretern des polnischen Volktums die Verbindung aufgenommen. Ich habe schon damals erklärt, daß ich, was in meiner Macht liegt, tun will, um diesem Lande Sicherheit, Kultur, Religion und eine gesunde arbeitsmäßige Weiterentwicklung zu gewähren.

21.6.1943

Die Zeiten sind außerordentlich schwierig und ernst. Wie Sie wissen, steht das deutsche Volk in einem Kriege auf Leben und Tod, in einem Kampf um seine Existenz, um die Existenz Europas. Ich möchte aber diesen Anlaß benutzen, um auch der polnischen Bevölkerung für die wirklich unter den unsagbar schweren Bedingungen hoch anzuerkennende loyale Arbeitserfüllung zu danken. Nach Überprüfung aller Möglichkeiten habe ich nunmehr angeordnet, daß zum 1.September ds.Jrs. grundsätzlich die Ernährungssituation auch der polnischen Bevölkerung dieses Raumes in großzügiger Weise ihre Regelung erfahren wird. Wir wollen zum 1.Sept. ds.Jrs. für die Bevölkerung dieses Raumes die Sätze einführen, die man die Warthegausätze nennt. Das wird eine großzügige, allerdings auch die absolute Ordnung der Bevölkerung voraussetzende Maßnahme der deutschen Führung in diesem Raume sein und wird das brennendste Problem, das Ernährungsproblem,in weitesten Umfange einer Lösung entgegenführen. Ich möchte Ihnen diese Erklärung hier abgeben. Sie erkennen schon aus dem Ernst dieser Worte, welche Gedanken ich damit verbinde: ich persönlich und die Männer meiner Regierung sind den Bedürfnissen auch der polnischen Bevölkerung dieses Raumes gegenüber absolut aufgeschlossen. Wir sind nicht hier, um sie auszurotten oder auszutilgen oder sie über das Maß des dieser Bevölkerung vom Schicksal Auferlegten hinaus zu quälen. Ich hoffe, daß wir zu einer wirklichen Befriedung in allen Dingen kommen, die uns manchmal trennen. Ich persönlich habe gar nichts gegen die Polen. Wir wollen durchaus versuchen, ihrem Volkstum auch noch eine Entwicklung zu gewähren.

21.6.1943

10^{00} Regierungssitzung im Großen Sitzungssaal des Statthaltereigebäudes. (Lemberg)

Nach Eröffnung der Sitzung und Begrüßung des Herrn Generalgouverneurs wie der Mitglieder der Regierung durch Gouverneur Dr. Wächter referiert zunächst der Chef des Amtes, Rechtsanwalt Bauer, über die Arbeit der Verwaltung in den vergangenen Monaten.

Weiter referieren:

Kommandeur der Ordnungspolizei Oberstleutnant von Sosten über die

Sicherheitslage im Distrikt Galizien

Leiter der Abteilung Ernährung u.Landwirtschaft Landwirtschaftsdirektor Dr. Gareis über die

Erzeugungsschlacht 1943 in Galizien und ihre voraussichtlichen Ergebnisse

Der Leiter der Abteilung Wissenschaft und Unterricht Dr. Gasselich über die

Entwicklung des Schulwesens im Distrikt Galizien

Der Leiter der Abteilung Wirtschaft O.R.R. Dr. Brandl über die

Leistung Galiziens für die Kriegswirtschaft des Reiches auf dem Sektor der Gewerblichen Wirtschaft

Kreishauptmann Rechtsanwalt Kujath-Ckortkow über die Arbeitererfassung

21.6.1943

Kreishauptmann Dr. Gorgon-Kolomea über die Werbung zur SS-Schützen-Division Galizien.

Im Anschluß an die Referate ergreift zunächst der Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung Gouverneur Dr. Losacker das Wort. Er führt aus:

Die Mitglieder der Regierung ständen wohl unter dem starken Eindruck der zahlreichen Probleme, die ihnen die Regierungsreise vermittle. In Warschau habe sich ein ganz anderes Bild und hätten sich ganz andere Probleme gezeigt als im Distrikt Galizien. Gerade die Verschiedenartigkeit der an den Herrn Generalgouverneur und die Regierung herangetragenen Fragenkomplexe lasse die Berechtigung solcher Regierungsreisen erkennen.

Er komme aus der Verwaltung Galiziens und habe sich mit dem Problemkreis ziemlich vertraut machen können. Er habe bei seiner Tätigkeit in Krakau immer wieder feststellen müssen, daß das, was für Galizien gelte, nicht ohne weiteres für Radom, Warschau oder Lublin Geltung habe. Für den Distrikt Krakau bestehe eine verhältnismäßig einheitliche Struktur, auch eine historische Entwicklung einheitlicher Art, und so könne eine schöpferische Zusammenarbeit der Distrikte Krakau und Lemberg gewährleistet werden.

Der Distrikt Galizien habe von Anfang an unter dem besonderen Problem der Personalversorgung gestanden. Die Konzentration der Verwaltung, die sich im Distrikt Galizien ganz besonders zeige, sei doch wohl von Anfang an darauf zurückzuführen gewesen, daß dieser Distrikt mit verhältnismäßig wenig Kräften und auch nicht mit den besten Kräften bedacht worden sei. Es sei in der Zwischenzeit gelungen, eine starke Auslese herauszubilden, nachdem Kräfte wieder abgegeben worden seien. Das Experiment der Groß-Kreishauptmannschaft sei nach der jetzt überschaubaren Entwicklung als durchaus gelungen anzusehen. Man könne aber dieses Experiment nicht ohne weiteres auf die anderen Distrikte übertragen. Der Distrikt Galizien stehe unter dem Zeichen von Sicherheit, Ruhe und Ordnung. Man könne den Versuch, in den Distrikten Lublin, Warschau und Radom Groß-Kreishauptmannschaften unter dem Gesichtspunkt der Menschenersparung ins Leben zu rufen, zur Zeit nicht ins Auge fassen, da das als eine Räumung von Außenpositionen der deutschen Verwaltung angesehen und sich nur nachteilig für die Verwaltung auswirken würde.

Der Landkommissar, der mit zwei oder drei deutschen Kräften draußen arbeite, sei in Galizien bereits zu einer sehr beachtlichen Verwaltungsgröße geworden. Er habe sowohl bei der Arbeiterwerbung wie bei der Getreideerfassung zusammen mit dem Bezirkslandwirt große Erfolge erzielt. Die Anweisung für die Landkommissare sei den Verhältnissen gerecht geworden; doch werde die Übertragung dieser Dienstanweisung auf das gesamte Generalgouvernement noch von ihm einer Prüfung unterworfen, weil gewisse Grundsätze nicht ohne weiteres für andere Distrikte zur Anwendung gebracht werden könnten.

Wenn in Galizien bereits von Anfang an die Vereinfachung oder Konzentration der Verwaltung ganz besonders im Vordergrund gestanden habe, dann müsse er auf einige Erfahrungen hinweisen, die die Verwaltungsvereinfachung im Generalgouvernement überhaupt gebracht habe. Am 2.Februar sei ihm der Auftrag erteilt worden, den kriegsmäßig knappsten Zuschnitt der Verwaltung des Generalgouvernements durchzuführen. Das sei notwendig gewesen, weil man einer Welle unausgesetzter Einberufungen zur Wehrmacht ausgesetzt gewesen sei. Von Januar bis April seien aus der Verwaltung des Generalgouvernements 1 243 beste Kräfte der Wehrmacht

21.6.1943

zur Verfügung gestellt worden, deren Fehlen sich jetzt stark bemerkbar mache. Deshalb habe mit ganz besonderer Schnelligkeit der Apparat der Verwaltung des Generalgouvernements diesen erhöhten Einberufungen zur Wehrmacht angepaßt werden müssen. Das bedeute zum Teil einen Eingriff in einen lebendigen Organismus. Diese Eingriffe seien recht fühlbar gewesen; denn es hätten einige Sachgebiete, die unter dem Gesichtspunkt der deutschen Aufbauarbeit und Kulturleistung im Generalgouvernement als besonders wichtig angesehen werden müßten, eingeschränkt werden müssen. Einige Sachgebiete seien stillgelegt worden.

Er habe sich damals auch entschließen müssen, aus Gründen der Gerechtigkeit eine Überprüfungsaktion für alle Reichsdeutschen auch des Zivilsektors vorzuschlagen. Aus dieser Aktion seien 2 000 Kräfte der Wehrmacht freigegeben worden, zum Teil Kräfte, die sich völlig zu unrecht im Generalgouvernement aufgehalten und nicht zuletzt dazu beigetragen hätten, das Ansehen des Generalgouvernements bei manchen Stellen zu schädigen.

Weiter sei eine starke Dezentralisation auf die Distrikte und Kreishauptmannschaften und eine Abgabe ihrer Zuständigkeiten an die mittlere und untere Instanz im Zuge dieser Verwaltungsvereinfachung erfolgt. Seine Arbeit auf diesem Gebiete sei von allen Hauptabteilungen und Ämtern stets gewürdigt worden und habe überall größtes Verständnis gefunden.

Es sei aber eigenartig, daß zum ersten Mal bei einer Regierungsreise die Verwaltungsvereinfachung im Distrikt Galizien so weit vorangetrieben werde, daß man glaube, Außenverwaltungen in Zukunft noch etwas verringern zu können, und zwar um fast 3o %, d.h. die Kreishauptmannschaft auf einen reichsdeutschen Personenstand von 12 bis 16 zurückzuführen. Solange keine außergewöhnlichen Zustände herrschten und die Sicherheit nicht beeinträchtigt werde, werde sich dagegen nichts sagen lassen; das Beispiel werde sich vorteilhaft auf die anderen Distrikte auswirken. Der Amtschef habe in seinen Ausführungen die Dienstpostenbewertung und die Einweisung in die Kreishauptmännerstellen zur Sprache gebracht. In den anderen Distrikten sei die Einweisung der Kreishauptmänner bereits sehr stark vorangeschritten; die meisten seien endgültig ernannt. In Galizien habe man erst eine gewisse Zeit der Prüfung und Würdigung der Diensttätigkeit verstreichen lassen müssen. Er wäre dankbar, wenn seitens des Distrikts die Vorschläge der Einweisung der Kreishauptmänner gemacht würden. Was die Dienstpostenbewertung, d.h. die Beförderung der Kreishauptmänner selbst angehe, so seien insbesondere durch Erlaß vom 17.April, den der Chef der Reichskanzlei im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister herausgegeben habe, sehr starke Grenzen gesetzt, die unter keinen Umständen überschritten werden dürften. Aber erfolgreiche Verhandlungen, die Gouverneur Kundt damals mit dem Reich geführt habe, hätten dazu geführt, daß die Dienstpostenbewertung bei den Kreishauptmännern im großen und ganzen befriedigend sei und zumindest als günstiger Ansatzpunkt für die weitere Entwicklung angesprochen werden könne.

Das Problem des ehemaligen jüdischen Eigentums sei in Warschau aufgegriffen worden. Der Herr Generalgouverneur habe bestimmt, daß am 26.Juni auf der Burg zu Krakau eine Besprechung darüber stattfinde. Dann werde diese Frage unter allen möglichen rechtlichen Gesichtspunkten gewürdigt werden.

21.6.1943

Vom Standpunkte der Hauptabteilung Innere Verwaltung sei es nur zu begrüßen, wenn die Kreishauptmannschaften Kalucz und Zambor aufgelöst würden, ein Bezirk von Kalucz zur Kreishauptmannschaft Stryj geschlagen werde und der Rest der Kreishauptmannschaft Kalucz zur Kreishauptmannschaft Stanislau komme, wenn weiter die jetzige Kreishauptmannschaft Zambor, die industriell nicht von besonderer Wichtigkeit sei, mit der außerordentlich wichtigen, aber kleinen Kreishauptmannschaft Drohobycz zu einem einheitlichen Gebilde verschmolzen werde.

Die Frage der Eingliederung der Arbeitsverwaltung sei bereits in Warschau behandelt worden. Sie werde geprüft und sei bereits auch Gegenstand von Besprechungen zwischen der Hauptabteilung Innere Verwaltung und der Hauptabteilung Arbeit gewesen. Die Gouverneure und auch wohl die Kreishauptmänner würden zu dem Problem Stellung nehmen können, ein Entwurf werde ausgearbeitet und zur Stellungnahme übermittelt werden. Das wesentliche sei, daß eine Trennung der Verantwortlichkeit nicht Platz greifen könne. Aus dem Bericht des Kreishauptmanns Kujath gehe hervor, daß, wenn die Erfassung an Ort und Stelle durch persönliches Eingreifen des Kreishauptmanns geschehe bzw. durch Gliederungen minderer Verantwortlichkeit, der Erfolg der Erfassung dadurch zunichte gemacht werde, daß der größte Teil der Arbeiter wieder ausreißen könne. Auch auf diesem Gebiete seien nur die totale Verantwortlichkeit möglich, wie sie im Grundsatz der Einheit der Verwaltung bereits statuiert sei. Seit Mitte Oktober des vergangenen Jahres, wo in Galizien die Kreishauptmänner als die verantwortlichen Männer für die Arbeitererfassung und Werbung eingesetzt worden seien, habe wie in anderen Distrikten ein Aufschwung eingesetzt. Man werd auch hier im Distrikt Galizien sagen können, daß man mit der Arbeitererfassung am Ende sei. Die jeden Zweifel ausschließenden Ausführungen des Herrn Generalgouverneurs, die er in Anwesenheit des Gauleiters Sauckel gemacht habe, hätten bestimmt das richtige getroffen: das Generalgouvernement müsse davor beschützt werden, daß noch weitere Kräfte über das Maß dessen, was notwendig sei, bis zum Ende des Jahres herausgenommen würden. Man sei aber auch auf dem Gebiet der zur Verfügung Stellung von Deutschen für Zwecke der Wehrmacht eigentlich am Endpunkt angelangt. Die Verwaltung des Generalgouvernements werde, wenn noch weitere Kräfte, insbesondere die spannkräftigen Jahrgänge abgezogen würden, die schwersten Einbussen erleiden, und die für das Reich wichtigsten Belange könnten nicht mehr so wahr genommen werden, wie es erforderlich sei.

Präsident Naumann weist darauf hin, daß die beabsichtigte Brotrationserhöhung im gesamten Generalgouvernement einen Mehrbedarf von 55o ooo to mit sich bringe. Das Reich erlasse nur einen Teil der Reichsleistungen, die im vierten Kriegswirtschaftsjahr zu erfüllen gewesen seien. 416 ooo to müßten im Generalgouvernement mehr aufgebracht werden. Der Distrikt Galizien umfasse ein Drittel der Gesamtfläche des Generalgouvernements und müsse in diesem Jahre 2oo ooo Tonnen Brotgetreide aufbringen, er habe ein um 2 ooo to höheres Getreidekontingent auferlegt bekommen. Für die Aufbringung im vierten Kriegswirtschaftsjahr sei der Distrikt Galizien gegenüber den anderen vier Distrikten noch etwas geschont worden, weil ja die deutsche Verwaltung erst 1941 mit der Aufbauarbeit habe beginnen können. Ferner sei angesichts der hervorragenden Aufbauarbeit und mit dem Einsatz der breiten Landbevölkerung in diesem Jahre in Galizien eine Ernte herangewachsen, die eine Fahrt durch dieses Gebiet praktisch zu einer Feiertagsfahrt werden lasse.

Bei gerechter Abwägung der Verhältnisse in den 5 Distrikten seien nach langen Berechnungen die Kontingente so verteilt worden, wie sie vom menschlichen Standpunkt aus gesehen verteilt werden müßten. Man müsse wie im vorigen Jahre wieder mit sehr starkem Optimismus an die Erfassung herangehen; am Ende werde bestimmt wie im vergangenen Jahre der Erfolg der Lohn des Gesamteinsatzes sein.

Was von den Ferkelpreisen gesagt worden sei, veranlasse ihn zu einem kurzen Eingehen auf die Fleischsituation im gesamten Generalgouvernement. Man habe die Leistung auf dem Viehsektor im vierten Kriegswirtschaftsjahr zu Lasten eines starken Eingriffes in die Rinderbestände erstellen können, und man werde sie in 5-ten Kriegswirtschaftsjahr nochmals durch einen starken Eingriff in die Rinderbestände erstellen können. Dann aber könne man in die Rinderbestände, wenn man nicht entscheidend die Gesamtproduktion gefährden wolle, nicht weiter eingreifen. Infolgedessen müsse es im Jahre 1943/44 gelingen, die Schweinebestände wieder auf jene Höhe zu bringen, die es ermögliche, den Löwenanteil des Fleischkontingents selbst aus dem Schweinesektor ~~e~~herauszuholen. Er habe sich entschlossen, unter keinen Umständen die Ferkelpreise jetzt festzulegen. Man brauche insgesamt noch mindestens 80 000 bis 100 000 Zuchtsauen mehr, um für 1944/45 genügend Material zur Aufmast zu haben.

21.6.1943

Die Hauptabteilung E.u.L. habe mit der Hauptabteilung Arbeit eine Vereinbarung getroffen, nach welcher das Landarbeiter-Stammpersonal in den Liegenschaftsbetrieben unter allen Umständen ihnen zu belassen sei. Da und dort scheine diese Vereinbarung nicht eingehalten worden zu sein. Er bitte, dafür zu sorgen, daß diese Vereinbarung unter allen Umständen durchgeführt und den Liegenschaftsbetrieben unter keinen Umständen Arbeitskräfte mehr entzogen würden.

Dem Herrn Generalgouverneur werde in den nächsten Tagen ein Entwurf über die Eingliederung der Landinspektionen vorgelegt werden, nach welchem das Hauptlandamt in die Hauptabteilung E.u.L., das Landamt in die Abteilung E.u.L. beim Distrikt und die Landinspektionen in die Kreise eingegliedert werden sollten.

Wenn der Agrarsektor am 1.September mit großen Vorleistungen aufwarte und die Versorgung der arbeitenden und verbrauchenden Bevölkerung durchsetze, dann stehe dem sofort die Gegenforderung gegenüber, daß die Landwirtschaft mit mehr Produktionsmitteln versorgt werde. Jede Tonne Stickstoff, jede Tonne Dünger oder Eisen bedeute eine Mehrproduktion von Nahrungsmitteln aller Art. Gerade in dem zukunftsreichsten Distrikt Galizien, agrarpolitisch gesehen, müßten möglichst viele Produktionsmittel zur Verfügung stehen, damit der Aufbau in dem bisherigen Tempo weitergeführt werden könne. Die Hauptabteilung E.u.L. werde immer einen größtmöglichen Teil von Produktionsmitteln für den weiteren Ausbau der Landwirtschaft diesem Distrikt zur Verfügung stellen, bitte aber, daß auch die anderen Sektoren ebenfalls diese Produktionsmittel für die Landwirtschaft hergäben.

21.6.1943

Präsident Eichholz wendet sich zunächst dagegen, daß der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht Engherzigkeit, Kurzsichtigkeit und Ängstlichkeit zum Vorwurf gemacht werden. Die Schulpolitik sei nur ein Teil der Gesamtpolitik. Wenn in der Schulpolitik nicht immer die wünschenswerte einheitliche und feste Linie festzustellen gewesen sei, dann hänge das auch damit zusammen, daß in diesem Raum das Schicksal und die Behandlung der Völker, der Polen und Ukrainer, nicht immer gleich gewesen sei. Es sei daher ausgeschlossen, unabhängig von den großen politischen Richtlinien eine Schulpolitik für sich zu treiben. Man sei aber in der letzten Zeit dazu gekommen, sich immer mehr den Notwendigkeiten dieses Raumes und des Krieges anzupassen.

Zahlreiche Besprechungen gerade mit der Hauptabteilung Arbeit hätten Klarheit in die Frage der Berufsbildungsschulen gebracht. Auch sei einegewisse Elastizität innerhalb der Schulpolitik insofern festzustellen, als die Polen und Ukrainer verschieden behandelt würden. Daß die Hauptabteilung Verständnis für die politischen Gegebenheiten hinsichtlich der Ukrainer habe, gehe daraus hervor, daß man aus der durch die Schaffung der ukrainischen Schützendivision neu eingetretenen politischen Lage Konsequenzen gezogen und in der letzten Zeit zwei neue ukrainische Lehrerbildungsanstalten errichtet habe. Weiter habe man einen großen Fortbildungslehrgang für ukrainische Lehrer eingerichtet und eine ukrainische Handelsschule in Lemberg in eine Wirtschaftsoberschule umgewandelt. ~~habe~~.

Im Zusammenhang mit dem ukrainischen Schulwesen sei die Kompetenzfrage hinsichtlich der Forstschulen geklärt worden. In einem klaren Abkommen zwischen den Hauptabteilungen Forsten und Wissenshhaft und Unterricht sei festgestellt, daß entgegen der Regelung im

Reich die Federführung in den Fragen der Forstschule bei der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht liege.

Was die Kompetenz hinsichtlich der Oberschule angehe, so stelle er fest, daß er ein Freund der Delegierung von Zuständigkeiten auf die mittleren Instanzen sei. Wenn die Regelung von Fragen der Zuständigkeit hinsichtlich der Oberschule angegriffen worden sei, so entbehre ~~d~~es nicht einer gewissen Ironie, daß diese Regelung mit dem derzeitigen Abteilungsleiter des Diestrikts Lemberg zu einer Zeit getroffen worden sei, als er noch Referent für das höhere Schulwesen in der Hauptabteilung gewesen sei. Er habe an dieser Regelung nicht einen Buchstaben geändert, nur das er vielleicht die Durchführung dieser Regelung etwas stärker in Angriff genommen habe,. Diese grundsätzliche Regelung müsse auch unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben, da es nicht angehe, daß für diese einzige deutsche Oberschule eines Distrikts ein eigener Referent eingestellt werde.

Wenn Dr. Gass~~d~~lich einen Referenten für das ukrainische höhere Schulwesen besitze und glaube, diese Kompetenz automatisch auch auf das deutsche höhere Schulwesen übertragen zu können, so müsse er ihn auf den grundsätzlichen Unterschied aufmerksam machen, ob man ukrainische Gymnasien oder deutsche höhere Schulen beaufsichtige. Dasselbe Recht könnten dann auch die anderen Distrikte für sich in Anspruch nehmen. Es würde bedeuten, daß jeder einzelne Distrikt einen Referenten für höhere Schulen einsetzen müßte, und bei dem Mangel an geeigneten Kräften sei das nicht zu verantworten, abgesehen davon, daß es auch sachlich nicht gut vertretbar wäre, weil jede Vergleichsmöglichkeit für einen solchen Referenten fehlte. Man würde zu einer Sonderegelung in den fünf Distrikten kommen, und der

Schulaufsichtsbeamte bei der Hauptabteilung wäre überflüssig. Aus der Kompetenz des Gouverneurs sei die höhere Schule nicht herausgenommen worden: der gesamte Schriftverkehr gehe durch die Abteilung Wissenschaft und Unterricht.

Als er im Oktober 1942 die Leitung der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht übernommen habe, habe er weder Lehrpläne, weder Gesamtlehrpläne für das Generalgouvernement noch für das deutsche, polnische oder ukrainische Schulwesen angetroffen. Er sei sofort daran gegangen, Weisungen für die Ausarbeitung von Lehrplänen für deutsche, polnische und ukrainische Schulen zu geben. Mit Beginn des nächsten Schuljahres werde voraussichtlich nach einheitlichen Lehrplänen für das ukrainische und polnische Schulwesen gearbeitet werden können, selbstverständlich auch für das deutsche Schulwesen. Die von der Abteilung des Distrikts Galizien vorgelegten Pläne seien nicht verwendbar gewesen, weil sie sich stark an die Lehrpläne der polnischen Zeit angelehnt hätten.

Die Frage der Besoldung der ukrainischen und polnischen Lehrerschaft sei von ihm bereits im Herbst 1942 angeschnitten worden. Damals habe er Verhandlungen mit der Hauptabteilung E.u.L. geführt. Die Verhandlungen hätten sich in der Richtung der Gewährung von Naturalien und auch in der letzten Zeit besonders der Landzuweisung bewegt. Versprechungen hätten von der Hauptabteilung E.u.L. nicht gemacht werden können. Deshalb habe man vor kurzem mit der Hauptabteilung Finanzen über eine materielle Besserstellung der ukrainischen Lehrerschaft verhandelt, die am meisten betroffen sei, da die Leiterstellen in der polnischen Zeit meistens von Polen besetzt gewesen seien. Man hoffe, demnächst zu einer befriedigenden Lösung zu kommen.

21.5.1943

Ministerialrat Rhetz bemerkt, daß die Frage des Schutzes der Landarbeiter in den Liegenschaftsverwaltungen vor der Erfassung durch ein Übereinkommen mit der Hauptabteilung E.u.L. geklärt worden sei. Arbeiter, die zum Stammpersonal gehörten, dürften der Liegenschaftsverwaltung nicht genommen werden.

Was die Frage der Angliederung der Arbeitsämter an die Kreisverwaltung angehe, so sei dafür eine Kriegsnotwendigkeit oder Dringlichkeit vorerst nicht zu erkennen, nachdem eben ein Kreishauptmann ausgeführt habe, in welcher freien Entschlußfähigkeit er in der Lage sei, die Arbeitseinsatzfragen in seinem Kreise zu gestalten. Die Übertragung der Initiative auf die Kreishauptmänner habe im allgemeinen sehr befriedigt; aber es würde ein schlechtes Licht auf die Arbeitsämter werfen, wenn er die Behauptung unwidersprochen ließe, daß seitdem ein wesentlicher Aufstieg festzustellen sei. Bis zum Zeitpunkt der Übertragung der Initiative auf die Kreishauptmänner seien im Distrikt Galizien in 12 Monaten 25o ooo Mann erfaßt worden. In den folgenden 9 Monaten seien es leider nur noch 5o ooo gewesen. Man könnte sagen, die Arbeitsämter hätten so tatkräftig gewirkt, daß keine Kräfte mehr vorhanden seien. Dazu stehe aber in einem gewissen Widerspruch die Ausführung des Kreishauptmanns Dr.Gorgon, nach welcher sich bis zum 15.Juni 11 ooo Freiwillige zur SS-Schützen-Division gemeldet hätten.

Bei seinem neulichen Aufenthalt im Generalgouvernement habe sich Gauleiter Sauckel besonders mit der für den Distrikt Galizien wichtigen Frage der Gestellung von 5o ooo Bergarbeitern befaßt und dem Generalgouvernement eine entsprechende Auflage gemacht.

21.6.1943

Da gerade der Distrikt Galizien in der Vermittlung von Arbeitskräften für das Reich in letzter Zeit sehr zurückhaltend gewesen sei, habe die Arbeitsverwaltung geglaubt, diese 5o ooo Bergarbeiter vielleicht aus diesem Distrikt herausholen zu können. Weder Gauleiter Sauckel noch die Hauptabteilung Arbeit hätten zu diesem Zweck irgendwelche besonders harten Maßnahmen angeordnet; man habe vielmehr immer wieder darauf hingewiesen, daß jede Härte zu vermeiden sei und man bestrebt sein müsse, möglichst freiwillige Meldungen zu erhalten. Andererseits sei aber auch gesagt worden, daß es mit der Freiwilligkeit allein selbst bei der Erfassung für die SS-Schützendivision nicht zu schaffen wäre. Man könne nicht einfach sagen: die Arbeitsämter hätten Arbeitskräfte zugewiesen, diese seien aber nicht gekommen. Dann habe eben kein Druck dahinter gestanden. Wenn wie im Kreise Czortkow Tausende von geworbenen Arbeitskräften auf dem Transport verloren gegangen seien, so sei das eben auf eine gewisse Fahrlässigkeit bei der Erfassung zurückzuführen. Es beständen keine Bedenken dagegen, daß die Kreishauptmänner die von ihnen erfaßten Kräfte vollzählig in einem Lager halten würden. Wenn gesagt werde, daß keine Polizeikräfte zur Verfügung ständen, so verfüge ja auch die Arbeitsverwaltung nicht darüber. Wenn man gewisse unpopuläre Maßnahmen etwa in Gestalt der Zwangsrekrutierung ergreife, dann entsprächen solche Musterungen nicht nur dem von Kreishauptmann Kujath gegebenen Beispiel, sondern insbesondere den Vorschlägen, die der ukrainische und die polnischen Hauptausschüsse der Arbeitsverwaltung gemacht hätten, und zwar mit dem Hinweis, man möge nach diesen Grundsätzen der Einheitlichkeit und Gerechtigkeit verfahren. Man habe daher für die Aufgabe der Erfassung dieses Jahrganges eine Musterung als Beispiel genommen und in Übereinkunft mit der SS-Werbung die Jahrgänge 1914 bis 1919 gemustert, die von der SS-Werbung zunächst freigestellt werden sollten. Bei dieser Gelegenheit habe sich nach Durchmusterung von rd. 62 ooo Mann ergeben, daß für den Arbeitseinsatz im Reich lediglich 2o ooo in Frage kämen; 27 ooo seien auf ihren bisherigen Arbeitsplätzen im Distrikt Galizien geblieben, und 8 ooo hätten eine anderweitige Verwendung gefunden. Der Distrikt Galizien solle auch schon im Hinblick auf die Abgabe von Männern an die Waffen-SS weitgehend von weiteren Belastungen verschont bleiben; aber gewisse kleine Kontingente würden wohl auch nach übereinstimmender Meinung der Kreishauptmänner stellbar sein.

Präsident Dr. Emmerich nimmt zu der Frage der Übertragung von Industrien aus dem Reich in den Distrikt Stellung und weist darauf hin, daß die Voraussetzungen für eine stärkere Industrialisierung Galiziens an sich nicht besonders günstig seien. Die Stadt Lemberg sei aus verschiedenen Gründen nicht besonders geeignet, Industrien aufzunehmen. Vor allem fehle es an Wasser. Chemische und Textilindustrie seien in Lemberg nicht anzusetzen, und Industrien in Gegenden zu bringen, in denen es überhaupt noch keine Voraussetzungen für industrielle Anlagen gebe, sei unter den gegenwärtigen Kriegsverhältnissen besonders schwierig. So sei denn kaum anzunehmen, daß sich die Industrialisierung in besonderem Maße gerade auf den Distrikt Galizien erstrecken werde.

Präsident Gerteis teilt mit, daß seitens der Ostbahn eine Anordnung des Inhalts ergangen sei, daß zwar die Werbung von Freiwilligen für die SS-Schützendivision im Bereiche der Ostbahn nicht hintangehalten werden solle, daß die Verwaltung sich aber die Entscheidung darüber vorbehalten müsse, ob sie Leute abgeben könne. Die Ostbahn verfüge zur Zeit nicht über zuviel Personal, wenn man berücksichtige, daß in den nächsten Monaten Bahnhofsteile und Ausbesserungswerke in Betrieb genommen werden müßten und das Personal rechtzeitig angelernt werden müsse. Der ukrainische Personlabestand sei auch besonders gering, weil in der russischen Zeit hochwertige Arbeitskräfte abgezogen worden seien und man nur wenige Arbeitskräfte aus dem Altgeneralgouvernement habe erlangen können. Ebenso wie im Reich müsse es in Zukunft Sache der Ostbahn sein, zu bestimmen, welche Kräfte abgegeben werden könnten. Völlig unmöglich sei es, Kräfte abzugeben, die als gelernte Eisenbahner anzusprechen seien, Betriebspersonal und vor allem Handwerker. Weiter müsse darauf Rücksicht genommen werden, daß in der nächsten Zeit eine größere Zahl von Juden, die als Handwerker bei der Ostbahn arbeiteten, aus ihr entfernt würden und nur schwer ersetzt werden könnten.

Oberst a.D. Bisanz bemerkt als Leiter des Wehrausschusses, er habe dem Personalreferenten der Direktion Lemberg zugesagt, daß alle Freiwilligen, die sich aus dem Bereich der Ostbahn meldeten, auf 6 Monate bzw. solange u.k. gestellt würden, bis Ersatz geschaffen sei.

Gouverneur Dr. Wächter kann dem Herrn Generalgouverneur melden, daß die Verwaltung des Distrikts Galizien sich in den letzten lo Monaten intensiv bemüht habe, in engster Zusammenarbeit aller Beamten und Angestellten voranzukommen. Sowohl die eigentliche Hoheitsverwaltung wie die SS und Polizei und wie die einzelnen Fachabteilungen wie auch die Gliederungen, die außerhalb der Verwaltung ständen, hätten sich immer wieder unter dem einheitlichen Gesichtspunkt zusammengefunden, daß nur bei enger Zusammenarbeit aller Deutschen in diesem Raum ersprießliche Arbeit geleistet werden könne. Man habe gerade unter den Schwierigkeiten der politischen und militärischen Verhältnisse der vergangenen Winterzeit mehr und mehr erkannt, wie sehr es bei jeder deutschen Arbeit um politische Arbeit gehe. Man habe daher auch den Kontakt zwischen der Verwaltung und der Partei in jeder dieser Phasen inniger gestaltet. Jede Maßnahme, von wem immer sie zu treffen sei, sei eine politische Maßnahme. Man müsse sich immer dessen bewußt sein, daß dem Generalgouvernement und dem Reich nicht mit Stoßerfolgen gedient werden könne, sondern mit ruhiger Vorwärtsentwicklung. Die Distriktsverwaltung habe sich insbesondere auf dem Sektor der Arbeitererfassung bemüht, das Möglichste an Erfolgen zu erreichen und gleichwohl die politische Situation zu schonen. Die Behauptung, daß der Distrikt Galizien mit der Arbeitererfassung noch etwas im Rückstande sei, müsse er mit der gleichen Entschiedenheit zurückweisen, mit der er es dem Gauleiter Sauckel gegenüber getan habe. Galizien marschiere mit über 310 000 Arbeitskräften, die in anderthalb Jahren zur Verfügung gestellt worden seien, an der Spitze aller Distrikte. Das sei ein stolzer Erfolg, in den sich die allgemeine Verwaltung mit den Männern der Arbeitsverwaltung und sämtlichen beteiligten deutschen Dienststellen teilnehmen. Man werde auch in Zukunft bemüht sein, weitere Erfolge zu erzielen. Immer aber müsse vor dieser Spezialaufgabe die Gesamtaufgabe stehen, die Ruhe, Ordnung und Sicherheit in diesem Raum aufrecht zu erhalten. Man sei gut damit gefahren, daß man den Verhältnissen des Raumes Rechnung getragen und sich gegen jedes pauschale Sühneverfahren gewehrt habe. Man habe vor allem die ältere

Generation im Alter von über 40 Jahren geschützt, die noch den Weltkrieg im Verbande der deutschen Armee mitgemacht habe. Hier habe die politische Führung öfter ein Veto einlegen und danach trachten müssen, draußen mit den politisch maßgeblichen Repräsentanten eine Linie durchzuhalten. Auf Grund der von der Regierung des Generalgouvernements herausgegebenen Richtlinien habe man sich bemüht, die Bevölkerung dazu zu bringen, daß sie eine gewisse Existenzsicherung für sich im Generalgouvernement und eine entsprechende menschliche Behandlung gegeben sehe.

Was die Sicherheitslage angehe, so lägen hier die Gefahren weniger im Inneren als in Einflüssen, die von außen kämen. Es werde immer leichter sein, brachiale Einbrüche abzuwehren als seelische Einbrüche, die durch eine völlig anders geartete politische Verwaltungspraxis erwüchsen. Im Sinne einer seelischen Aktivität sei daher auch die Aufstellung der SS-Schützen-Division zu werten. Es gehe weniger darum, dem Reiche eine Division zur Verfügung zu stellen, als darum, vom Distrikt Galizien aus einen aktiven Schlag gegen die lähmende Fremdpropaganda, die sich auch in diesem Raume von Tag zu Tag in steigendem Maße bemerkbar mache, zu führen. Daß es gelungen sei, davon habe man sich bei der Besichtigungsreise überzeugen können. Die Gefahren seien damit noch nicht beseitigt; aber man könne auf diesem Wege unter Erfassung der seelischen Werte des Volkstums der Propaganda aktiv entgegentreten. Er sei dankbar für das große Verständnis, das die einzelnen Verwaltungen gerade dieser entscheidenden Maßnahme entgegenbrächten, was wesentlich zu dem Erfolge beigetragen habe. Naturgemäß werde jede einzelne Fachabteilung von dieser Freiwilligenmeldung betroffen. Es gebe auch im Distrikt Galizien keine freien Arbeitskräfte mehr, die man in die Division hineingeben könne. Alle diese Kräfte seien entweder in der Landwirtschaft unentbehrlich, oder sie kämen für die Arbeitererfassung in Frage oder seien bei der Ostbahn oder für andere wichtigen Aufgaben eingesetzt. Die Leiter der einzelnen Ressorts müßten Verständnis dafür haben, daß es um den großen und sicherlich richtigen Gedanken gehe, die Bevölkerung dieses Gebietes aktiv in die geschlossene Gemeinsamkeit des europäischen Bewußtseins gegen den Bolschewismus einzuschalten. Das gelinge zum mindesten auf diesem Boden, wo sich die Bevölkerung als Freund zur deutschen Verwaltung und Führung gestellt habe. Wenn die Bevölkerung noch gewillt sei, mit der Waffe in der Hand für die deutsche Führung einzutreten, so sei das ein Zeichen der außerordentlich aktiven Bereitschaft, für die großen Ziele Deutschlands sich einzusetzen.

Am Schluss der Sitzung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort. Er führt aus:

Eine Reise der Regierung in die Distrikte ist etwas verwaltungsgeschichtlich völlig Neuartiges. Ich halte sie nun doch für eine Einrichtung, die für das Generalgouvernement typisch ist und hoffentlich einmal, wenn auch nicht für das Reich, so doch wenigstens für gewisse Bereiche des Reiches typisch werden wird, die noch einigermassen überschaubar organisiert sind.

Nach Ablauf von fast vier Jahren hat das Generalgouvernement nun schon eine Geschichte. Aus Dreck, Chaos, Not und Sorgen ist es zu einem immerhin stabilen Faktor der Sicherheit geworden. Ich kann ruhig sagen, dass wir so, wie wir heute ein Nebenland des Deutschen Reiches darstellen, ein Experiment vollführt haben, das uns bis jetzt noch niemand nachgemacht hat.

Dass gerade der Distrikt Galizien im Bereiche des Generalgouvernements diese Bedeutung hat, liegt an den natürlichen, politischen, sozialen und allgemeinen Bedingungen dieses Raumes. Immerhin ist uns im Distrikt Galizien ein solches Wertstück zur Betreuung gegeben worden, daß mit ihm das Generalgouvernement erst ein Gebilde wurde, dessen Zukunft, dessen Eigenkraft, dessen Eigenleben auch für die Geschichte des Reiches von großer Wichtigkeit sein wird. Der Distrikt Galizien hat daneben angesichts der hervorragende Führung, die Sie, Herr Gouverneur Dr. Wächter, den Dienstgeschäften vom ersten Augenblick an gegeben haben, auch verwaltungsmäßig eine ungewöhnliche Bedeutung erlangt. Ich bin froh und stolz und dankbar für die Arbeit, die hier geleistet worden ist und weiter geleistet wird.

Herr Gouverneur Dr. Wächter, Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß die Erschwernisse des Distrikts Galizien immer wieder beim Vergleic von Leistungen dieses Distrikts mit denen des Altgeneralgouvernements in Ansatz gebracht werden müssen. Vielleicht haben die Herren Mitglieder der Regierung diesen Vergleich nicht immer gebührend in den Vordergrund gesetzt. Ich möchte doch bitten, daß es in Zukunft geschieht. Man muß dem Distrikt Galizien immer wieder einräumen, daß er nicht etwa nur einen Krieg, sondern zwei oder drei Kriege hat überstehen müssen. Daß nun allerdings die Interessenzone des Reiches sich in einer so ungeheuren sich geradezu turbulent überschlagenden Weise vom Erdöl über das Getreide bis zur Arbeitererfassung gerade auf diesen Distrikt erstreckt, ja, daß in Berlin die Meinung entstand, mit dem Distrikt Galizien allein könne schon der Krieg wirtschaftspolitisch gewonnen werden, das ist eine geradezu anmaßende Irrlichterei, die allmählich in den Gehirnen Berliner zentraler Systeme abzubauen wir unentwegt beschäftigt sind.

Andererseits hat der Distrikt Galizien ein Kontingent auferlegt erhalten, das, wenn es nur annähernd erfüllt wird, für die Ernährungssituation des Reiches von allergrößter Bedeutung ist. Ich freue mich eigentlich, aus Ihrem etwas kargen Widerspruch gegen diese Kontingentsauferlegung die Hoffnung in mir erstehen zu sehen, daß Sie mit Ihren Leistungen zu der geforderten Zahl kommen können. Es ist klar, daß, wenn es gelänge, diese Zahl auch nur annähernd zu erfüllen, wir dann das durchsetzen können, was in den nächsten Monaten eines der größten politischen Ereignisse im Generalgouvernement sein wird: die Sicherstellung einer möglichst ausreichenden Ernährung für einen möglichst großen Teil der Gesamtbevölkerung dieses Raumes. Die Ernährungssituation der Gesamtbevölkerung dieses Raumes ist sozusagen das Geheimnis, das über allen Dingen hier liegt. Damit hängt alles zusammen, in großem Umfange auch die Sicherheitslage, ganz entscheidend auch die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft und Arbeitswilligkeit der Bevölkerung, nicht zuletzt die politische Frage der allfalsigen Einreihbarkeit dieser Fremdbevölkerung in das europäische System Adolf Hitlers. Ich glaube, daß der Appell an den Distrikt Galizien, mir bei dieser meiner Aufgabe zu helfen, den günstigsten Widerhall finden wird.

Auch bei der Aufstellung der ukrainischen Division bin ich vor allem mit von dem Gedanken ausgegangen, eine möglichste Intensivierung der Aufgeschlossenheit der uns Deutschen am nächsten stehenden ukrainischen Bevölkerung für unsere Belange herbeizuführen, sie als Energiequell bis zum äußersten in das Gemeinschaftssicksal einzuschalten und in dieses Programm einzureihen.

Die allgemeinen Gesichtspunkte, nach denen das Generalgouvernement regiert wird, sind uns allen bekannt. Immer wieder wird das Beispiel der Kolonialverwaltung auf das Generalgouvernement angewendet. Wir sind keine Kolonie; wir sind ein Nebenland des Großdeutschen Reiches und bleiben es. Gegenüber all'dem Gerede davon, was sich an der Struktur des Generalgouvernements im Verhältnis zum Reich ändern werde, kann ich Ihnen nur authentisch die beruhigende Erklärung abgeben, daß die Struktur des Generalgouvernements völlig unverändert aufrechterhalten wird. Wir sind keine extensive Verwaltung, die nur so von unten über die Dinge hinhuscht und sich bemüht, eine Verwaltung unter einer Art von Protektoratsregime aufrechtzuerhalten, - nein, wir sind eine völlig intensive Staatsverwaltung, allerdings mit völlig eigenen Formen.

Deshalt ist es auch lächerlich, wenn da und dort von jenen Kritikastern dieses Raumes der Begriff des Herrenvolkes in den Vordergrund gerückt wird. Dieser Ausdruck ist eigentlich töricht und müßte verboten werden. Wir sind kein Herrenvolk, sondern das führende Volk Europas. Herrenvolk sind wir vielleicht kraft der rassischen Situation, in der wir uns naturgesetzlich bewegen. Herr ist ein Einzelner, und der Begriff des Herrenmäßigen ist etwas völlig Individuelles. Es ist ganz klar, daß wir mit Menschen, die sich unter Berufung auf ihr Herrentum hier einschleichen und ihre Faulheit dahinter-stecken, daß sie auf Kosten der Arbeit anständiger deutscher Menschen leben wollen und durch Versklavung der einheimischen Bewölkerung ihren Beitrag liefern zu können glauben, nichts anfangen können. Das Generalgouvernement ist kein Platz für Vertreter des Herrentums. Aber wir werden dieses törichte

Geschwätz vom Herrenvolk usw. in nüchterner sachlicher Führungsmission trotzdem überwinden.

Zu dieser Führungsaufgabe gehört eben die vorbildliche Arbeit, wie sie der Distrikt Galizien auch in volkstümlicher Beziehung geleistet hat. Ihnen, Herr Gouverneur Dr. Wächter, gebührt meine ganz besondere Anerkennung. Was ich gestern an Volksverbundenheit mit der Führung dieses Raumes erlebt habe, ist der großartigste, schlagendste Gegenbeweis, gegen eine ganze Welt von Lügen in der Propaganda gegen die deutsche Berufung in diesem Raum. Wenn es möglich wäre, die Woge der Verfemung des Generalgouvernements einmal zu überwinden, dann müßte man eigentlich einen Tonfilm etwa von der gestrigen Kundgebung in Stryj oder Drohobycz bringen. Man könnte ja sagen: irgendwo im Osten - vielleicht geht's dann.

Ich sage also nochmals, daß wir mit diesen großen Sprüchen vom Herrenvolk gar nichts anfangen können. Die positive Arbeit, wie sie hier geleistet worden ist und wie sie - das will ich aus Gerechtigkeitserwägungen absolut zugeben - auch in den anderen Distrikten geleistet wird, ist das Charakteristische, das Neuartige, das Neugeformte, was das Generalgouvernement darstellt. Dieses Generalgouvernement ist ein echtes Gebilde. Da und Dort wird die Meinung vertreten, daß die Regierung des Generalgouvernemenets nur so eine Art Pseudekonstruktion mit Übergangscharakter wäre, in die jeder nach Belieben hinein schalten und walten, von der man nach Belieben Stücke herausreißen kann und über deren Zuständigkeiten man sich nicht zu ergehen braucht wenn man sich nur mit der nötigen Brachialgewalt irgendwelche Zuständigkeitsgebiete aneignet. Dem-gegenüber sage ich: der totale Führungsanspruch des Generalgouvernements in diesem Raum ist unbestreitbar. Wer sich dagegen vergeht, wird in zunehmendem Maße in die Zone der Illegalen versetzt. Die Regierung des Generalgouvernements ist keine Scheinregierung; wir machen vor niemandem Kotau, und wir kennen nur einen Mann, der für uns maßgebend ist, das ist der Führer, der uns als ureigenste Verwaltung hier aufgebaut hat. Daher kann auch der totale Führungsanspruch nur vom Führer über den Generalgouverneur, den Gouverneur, den Kreishauptmann und die ihnen beigegebenen Organe gehen.

Diese Einheit der Führung hat es uns ermöglicht, diesen Raum mit seinen kaum glaubhaften und heute kaum mehr vorstellbaren Schwierigkeiten zu meistern. Wie sehr sich dieser Anspruch bewährt, den wir immer erheben und in die Tat umsetzen werden, zeigt ein Vergleich des Generalgouvernements mit anderen Bezirken des Reiches. Wir scheuen ja vor keinem Vergleich zurück. Aber wenn nach den amtlichen Zahlen das Generalgouvernement allein 63 Prozent der Gesamtlieferungen von Nahrungsmitteln, die aus dem Osten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer kamen, an das Reich geleistet hat, wenn Sie bedenken, daß das Generalgouvernement mit einer Fläche von 150 000 qkm nur ein Zehntel des Territoriums der übrigen Ostgebiete umfasst, dann ergibt sich daraus, daß wir weit über die Hälfte dessen geliefert haben, was von drüben geliefert worden ist. Das Gleiche gilt von der Arbeitererfassung und anderen Dingen. In diesem Zusammenhang danke ich Ihnen, Gouverneur Dr. Wächter, für die Klarlegung, die Sie uns vorhin gebracht haben. Ich wünsche nicht, daß der Eindruck mitgenommen werden kann, als ob der Distrikt Galizien in der Arbeitererfassung rückständig gewesen wäre. Diese Frage ist also geklärt.

Die Einheit der Verwaltung und Führung wird immer wieder von dem Begriff der Autorität getragen, auch einem der Begriffe, die eigentlich von niemandem mehr so richtig verstanden werden. Autorität bedeutet nämlich nicht, daß ich, gestützt auf Sie, jede Zusammenarbeit ablehne. Heute ist leider einm merkwürdiger Zug in der Führung auch allgemeiner Dinge im Deutschen Reich spürbar: man hat an die Stelle der früher angeblich das Reich so sehr zersetzt habenden Territorien heute eine noch viel schlimmere Zersetzungsquelle gesetzt, nämlich die der Institutionen. Diese Entwicklung darf unter keinen Umständen weitergehen. Daher bin ich froh, daß wir im Generalgouvernement wenigstens die Hoffnung haben können, mit diesem Problem auf die Dauer fertig zu werden. Der Mangel an Zusammenarbeit ist es: jeder will bloß kommandieren, befehlen, sich mit den Ellbogen vorwärtsarbeiten und sich den Teufel darum schweren, was links oder rechts von ihm geschieht, ist aber jederzeit bereit, wenn es nicht weitergeht, jammernd und klagend und beschwerdeführend dann doch an den andern heranzutreten. Dazu sind wir uns zu gut, daß nun, nachdem wir nach schwerer Mühsal in vier Jahren alles aufgebaut haben, die Nutzniesser unserer Arbeit kämen, Stück um Stück den Verwaltungskuchen aufteilen und uns sozusagen nur den Rest dieser Torte lassen würden. Sie kennen mich, - es ist ein schwerer Kampf, den ich zu führen habe: es ist der Kampf um die Aufrechterhaltung dessen, was man früher die Staatsautorität nannte. Die Staatsautorität ist etwas, was über jedem Teil steht. Wir sind nicht in Argentinien, wo einer nur deshalb, weil er Waffen hat, über den, den keine Waffen hat, zu herrschen vermag, sondern wir sind hier ein Gemeinschaftsgefüge vernünftiger deutscher Männer der Führung und Verwaltung, die auf einer klaren Zuständigkeitsebene zusammenarbeiten. Welchen Gewinn trägt schon einer hier davon, wenn er einem andern eine Zuständigkeit wegschnappt oder sich selber feingeistig herausscheidet und sagt: jetzt bin ich fein heraus, jetzt bleibe ich zwar im Lande fett und dick, aber ich kann machen, was ich will. Ein solcher Mensch zersetzt und zerstört doch nur, er hat aber auch zu erst den Schaden zu tragen; denn die Volksgemeinschaft vergißt das nicht.

Der Staat und die Autorität, die wir hier aufgerichtet haben, ist die Heimat aller Deutschen, die hier im Namen des Führers und des Reiches arbeiten wollen. Und wir sind für das Reich, wir sind nicht etwa deshalb gegen das Reich, weil wir Vollmachten haben, die außerhalb des Reiches sind. Ich habe schon gesagt: die Sonderstellung, die wir innehaben, belastet uns außerordentlich. Man würde sich in manchen Zentralen des Reiches umsehen, wenn man plötzlich die bequeme Methode, alle Schwierigkeiten auf die Regierung des Generalgouvernements abzuwälzen, nicht hätte, wo alles Positive dieses Raumes auf die Rechnung von Außenreichsfaktoren, alles Negative auf die Rechnung von Binnenfaktoren gesetzt wird. Diese heimtücktische Schwarzweißtechnik ist allerdings publik genug geworden, als daß sie noch lange fortgesetzt werden könnte. Das Kesseltreiben von Neidinstinkten und Minderwertigkeitsempfindungen wird bald überwunden sein. Im übrigen gehört es ja zur Verwaltungsgeschichte aller großen Reiche, daß das erste imperiale Hinaustreten über das eigentliche Reich immer mit großen Erschwerungen der Arbeit in den neuen Gebieten durch die Heimat verbunden war.

So glaube ich denn, daß Sie sich hier im Distrikt Galizien mit Stolz auf Ihre Arbeit berufen können. Und ich bin dessen gewiß, daß sich diese Ihre Arbeit weiter bewähren wird. Sie können überzeugt sein, daß ich Ihr Inter-

612

esse an Ihrer Arbeit mit dem Einsatz meiner ganzen Kraft vertreten werde. Wenn ich Sie daher auffordere, in den kommenden Monaten, die zweifellos ernsteste Schwierigkeiten mit sich bringen werden, nunmehr gerade den kollegialen Ausgleich aller Interessen ohne Rücksicht auf Zuständigkeitsfragen, sondern nur im Hinblick auf das große Gemeinschaftsziel in den Vordergrund zu rücken und in allem Ihrem Gouverneur Dr. Wächter als einem der größten Männer des Generalgouvernements und der verdientesten Vorkämpfer der deutschen Führung im Osten überhaupt zu folgen, so tue ich das in dem vollen Bewusstsein, daß Sie dieser Aufforderung nachkommen werden. Ich danke Ihnen allen für das, was Sie hier Vorbildliches geschaffen haben.

Mit einem von Gouverneur Dr. Wächter ausgebrachten Siegheil auf den Führer wird die Regierungssitzung geschloßen.

14⁰⁰ Schluß der Regierungssitzung

14¹⁰ Mittagessen im Kasino Lemberg.

15³⁰ Der Herr Generalgouverneur begibt sich in die Wohnung des Gouverneurs Dr. Wächter.

17⁰⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Führerschule des Ukrainischen Heimatdienstes.

17⁰⁵ Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs vor der Führerschule des Ukrainischen Heimatdienstes.

Oberstarbeitsführer Hinkel meldet dem Herrn Generalgouverneur die angetretene Mannschaft der Führerschule.

Baudienststabsleiter Topp berichtet dem Herrn Generalgouverneur über Aufbau und Zweck der Führerschule und gibt dann einen Überblick über den Einsatz des Ukrainischen Heimatdienstes im Distrikt Galizien.

Der Herr Generalgouverneur besichtigt sodann die Unterkunfts-, Aufenthalts- und Unterrichtsräume der Schule.

17^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Statthaltereigebäude.

17^{35} Beginn der Dienstbesprechung im Sitzungssaal des Statthaltereigebäudes mit den Politischen Leitern und Standortführern des Distrikts Galizien.

Die Dienstbesprechung wird durch Distriktstandortführer Gouverneur Dr. Wächter eröffnet. Er begrüßt den Herrn Generalgouverneur in seiner Eigenschaft als Leiter des Arbeitsbereichs der NSDAP namens der zu der Tagung versammelten Standortführer und Leiter der einzelnen Abteilungen und Referate. Zweck der Tagung sei, so führt Distriktstandortführer Dr. Wächter aus, dem Herrn Generalgouverneur einen Einblick in die Arbeit der Distriktstandortführung zu geben.

Es referieren dann:

Stabsamtsleiter Lemmer über
Hauptarbeitsgebiete und Organisationsfragen

Oberbannführer Otten über die
Arbeit der Hitlerjugend

Frau Weichselbaum über die
Arbeit der Frauenschaft

Standortführer Kreishauptmann Nehring-Kamionka über
Führungsaufgaben der Partei.

Am Schluß der Tagung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Parteigenossinnen und Parteigenossen!

Ich kann Ihnen nur mit wenigen Worten für die Arbeit danken, die Sie, Distriktstandortführer Dr. Wächter, Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hier leisten.

Die Partei hat es in unserem Gebiet einerseits sehr schwer, andererseits ist aber auch ihre Aufgabe wieder sehr schön. Ihre Aufgabe scheint deshalb schwierig, weil die Zahl der Deutschen in diesem Lande unverhältnismäßig gering ist; nach der Volkszählung machen die Deutschen knapp 1,5 Prozent der Bevölkerung aus. Da wir uns aber nicht zahlenmäßig werten, sondern mit Recht einen anderen Wertmaßstab anlegen, müssen wir sagen, daß diese 1,5 Prozent umso wichtiger sind, weil sie eine so gigantische Millionenmaße von Fremdvölkischen zu beherrschen haben. Und die Aufgabe der Partei ist deshalb so schwierig, weil die wenigen, die sich hier im Lande imSinne des Urprogramms des Führers betätigen sollen, nun doch irgendwie absolut eine positive Auslese sein müssen. Ich glaube auch, in den vergangenen vier Jahren, seitdem wir im Lande sind, hat sich fortgesetzt dieser Ausleseprozess vollzogen. Alles, was feige, müde, käuflich, verderblich war, hat sich restlos ausgeschaltet und wird sich weiter ausschalten. Übrigbleiben wird eine Elite von harten, erprobten, klaren, zielsicheren, politisch erfahrenen Nationalsozialisten, die diesen Raum für alle Zukunft der deutschen Führung erhalten werden.

Schwierig ist diese Aufgabe, weil sie auch ohne jede Voraussetzung angepackt werden muß. Wie für den Staat Generalgouvernement, so gibt es auch für den Arbeitsbereich Generalgouvernement kein Vorbild. Als ich mir seinerzeit den Gedanken nahebrachte: wie organisiere ich in diesem Lande die Partei? - kam mir der Einfall, den Arbeitsbereich zu gründen. Damals wurde dieser Plan aufgenommen, und ich muß sagen, er hat sich bewährt. Wir können uns nicht als Gau gerieren; dazu sind wir zu wenige Deutsche im Raum. Wir können aber - das muß sein - den totalen weltanschaulichen Führungsanspruch über die Deutschen im Raum mit desto größerem Nachdruck durchführen.

Wenn so die Aufgaben der Partei über zahlreiche örtliche, zeitliche und menschliche Bedingungen hinaus schwierig sind, dann sind sie andererseits aber auch herrlich und unvergleichlich strahlend. Wenn irgendwo, dann wird in diesem Raum des Ostens gewiß auch keine Form von Parteimüdigkeit entstehen. Denn wir sind die lebendigen Zeugen dafür, daß dieses Aufbauwerk überhaupt nur auf der Grundlage der nationalsozialistischen Bewegung möglich ist. Wir können jedem Deutschen, vor allem auch jedem Soldaten sagen, daß er sich nur vorzustellen brauche, was aus diesem Gebiet geworden wäre, wenn statt der einen großartig geführten und klar ausgerichteten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei der alte Schlendrian von 47 Parteien, von Weltanschauungen, Konfessionen und derartigen Dingen im Reich maßgebend gewesen wären. Wir können sogar rückschauend verstehen, warum alle deutschen Führungsaufgaben in diesem Raum schließlich durch die Jahrhunderte hindurch immer wieder zerstört werden konnten, nur weil eine einheitliche Führung in der Heimat nicht vorhanden war. Und Sie, Parteigenossen, die Sie hier im Distrikt am Werke sind, können von sich sagen, daß Sie mit zu den Pionieren der Weltreichsarbeit der NSDAP berufen sind.

Gerade im Distrikt Galizien ist die Arbeit unter besonders schwierigen Umständen begonnen worden. Ich freue mich, aus den Referaten entnommen zu haben, daß Sie auf allen Gebieten einheitlich ausgerichtet, frisch, treu und kameradschaftlich zusammenarbeiten. Wir wollen nicht debattieren, nicht kritisieren und über Möglichkeiten der oder jener Art uns den Kopf zerbrechen, sondern wollen schlicht, treu, tapfer und sachlich wie bisher allen Verleumdungen und allen Gegnerschaften zum Trotz unseren Weg fortsetzen. Die Wahrheit siegt, und sie wird eines Tages zeigen, daß eine kleine Schar von absolut bewährten deutschen Männern und Frauen hier etwas Unmögliches möglich gemacht hat.

Daß die Partei vom ersten Augenblick von mir eingeschaltet wurde, war für mich als Nationalsozialisten selbstverständlich. Auch das hat sich bewährt. Ich könnte mir heute die Partei aus dem Leben des Generalgouvernements nicht mehr hinwegdenken, sondern muß sie vom staatlichen Sektor aus gerade immer wieder rufen und bin glücklich, daß sie da ist.

Eine Gefahr besteht, daß nämlich die Einheit der totalen Bewegung vielleicht durch ein Überwiegen der Gliederungsarbeit zerrissen werden kann. Das darf nicht sein. So, wie ich im Staat darauf sehe, daß die Einheit der Verwaltung und Führung gewährleistet ist, weil ich ein Mann des Reiches bin und nicht einer Gliederung oder eines Staatsteiles, genau so sehe ich in der Partei darauf, daß die Partei als solche in Erscheinung tritt und daß erst dann die Gliederungen und angeschlossenen Verbände kommen. In erster Linie sind wir Parteigenossen, dann erst sind wir etwas anderes, Angehörige von Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden. Das entspricht auch dem Ziel, das ich mir gestellt habe und dessen Richtigkeit der Führer wiederholt bestätigt hat, zuletzt in der Unterredung, die ich mit dem Führer am 9. Mai dieses Jahres gehabt habe. An diesem Programm wird nicht gerüttelt und gedeutelt.

Aber auch hinsichtlich der Führung in Staat und Partei können wir hier keine Zweigleisigkeit vertragen. Wir sind viel zu wenige Deutsche im Raum, als daß wir uns in Interessencliquen aufteilen dürften oder die Gefahr für solche Aufspaltungen oder Bildung übersteigerter Sondergrüppchen entstehen könnte, durch die das einheitliche Bild verwischt würde. Wenn heute der Krieg gewonnen ist, dann wird die endgültige Form des Aufbaues des Ostens irgendwie vom Führer geschaffen werden. Aber bis dahin bleibt es bei der bisherigen Ordnung. Bisher hat sie sich so bewährt, daß ich niemanden wüßte, der sie uns nachgemacht hätte.

Das Generalgouvernement, so beschimpft und verleumdet es manchmal wurde, steht heute da als einer der großen unvergleichlichen Leistungsträger im Kriegsgeschehen. Das sage ich nicht aus Stolz oder Einbildung, sondern weil es wahr ist. Das muß auch Euch, Parteigenossen im Distrikt Galizien, mit besonderem Ehrgeiz erfüllen. Ich wünsche, daß von diesem Land auch in das Reich und die Heimat hinaus ein Fanatismus strahlt, der jeder Form von Pessimismus und Miesmacherei und Schwarzseherei sich entgegenstellt. Wir wollen diesen Leuten sagen: wenn ihr nichts anderes zu tun habt, als Euch in den Haaren zu liegen, so kommt zu uns, wir haben für jeden von euch überreiche Beschäftigung, und dann wird euch schon die hämische Lust des gegenseitigen Kampfes ~~schon~~ vergehen. Hier steht einer allein mit wenigen deutschen Männern auf einer Fläche, die die Grösse eines Reichsgaues hat, wie wir das aus dem Referat des Pg. Nehring gehört haben. Unter Hunderttausenden Fremdvölkischer hat sich eine Handvoll Deutscher hier bewährt. Da kann man nicht in bürokratische Schwäche verfallen oder in Dünkelsucht oder Kadavergehorsam, sondern da muß man hart auf hart mit den Dingen fertig werden. Die Führung muß sich durchsetzen, vor allem im Kampf mit den Dingen und nicht nur mit ihren Erscheinungen. Die Meinung über die Dinge ist ganz gleichgültig. Hier kommt es nur auf den Erfolg an.

Die Partei im Generalgouvernement ist ein echtes Kriegskind. Bei meiner Fahrt durch Lemberg und durch Galizien habe ich gesehen, wie Ihr überall am Werke seid, wie die Jugendorganisationen erstehen. Ich müßte kein Nationalsozialist vom Jahre 1919 sein, wenn mich nicht eine Ergriffenheit packen würde darüber, wie ähnlich dieses Leben unserer Bewegung dem ist, das wir damals in München aufgebaut haben. So haben wir damals im Reich begonnen, so beginnen wir hier. Ich danke Ihnen, Gouverneur Dr. Wächter, und allen Ihren Mitarbeitern, daß Sie in diesem klaren Sinne eindeutig, hart und sachlich den beschrittenen Weg weitergehen. Meine besten Wünsche begleiten Sie.

Distriktstandortführer Dr. Wächter gelobt namens der Politischen Leiter der Distriktstandortführung weitere ernste Arbeit und weiteren freudigen Einsatz für Bewegung, Führer und Reich entsprechend der Parole des Herrn Generalgouverneurs.

Mit dem von Distriktstandortführer Dr. Wächter ausgebrachten Siegheil auf den Führer findet die Dienstbesprechung ihren Abschluß.

18^{45} Schluß der Dienstbesprechung.

21.6.1943

19⁰⁵ Parteikundgebung im Schauspielhause zu Lemberg.

Nach Begrüssungsworten des Distriktsstandortführers Gouverneurs Dr.Wächter ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Deutsche Männer und Frauen! Parteigenossen und Parteigenossinnen! Liebe Kameraden! Als wir vor nunmehr zwei Jahren den Distrikt Galizien in den Bereich des Generalgouvernements aufgenommen haben, da war die uns gestellte Aufgabe sehr schwer, es war vielleicht die schwerste Aufgabe, die auch mir damals gestellt werden konnte, sollte doch dem Alt-Generalgouvernement ein neuer Distrikt angefügt werden, ein Distrikt, der zwar von der Natur reich gesegnet, aber doch durch eine jahrzentelange Misswirtschaft der sogenannten polnischen Republick und dann durch die fast 2jährige Schreckensherrschaft gegangen war. In diesem Lande waren als Folge des Kriegsgeschehens fast alle Brücken zerstört, die Städte brannten, die Felder waren nicht bestellt, die Bevölkerung befand sich in voller Flucht und Auflösung, jede Ordnung war dahin, Verzweiflung, Hunger, Chaos, Elend, Mord und Brand waren in diesem Lande. Unter der Schreckensherrschaft des Bolschewismus waren Hunderte, ja Tausende unschuldiger Menschen hingemetzelt worden.

21.6.1943

Es war nun gewiss nicht einfach, nur mit dem Auftrag, hier Ordnung, Ruhe und Sicherheit im Lande aufzurichten, allein geleitet von nationalsozilastischem Pflichtbewusstsein und von dem Empfinden als deutsche Menschen, diesen Raum für Grossdeutschland zu gewinnen. Unsere unvergleichliche Wehrmacht hatte das ihre getan, um mit herrlichen Heldentaten dieses Land für Deutschland zu erobern. Nun war es Ihre Aufgabe, Männer der Partei und der Verwaltung, für Ordnung und für den Wiederaufbau zu sorgen. Heute muss ich feststellen, dass Ihr diese Aufgabe erfüllt habt. Im Namen des Führers und des Reiches danke ich Euch dafür. Unsagbare Schwierigkeiten waren hier zu bewältigen. Dazu stellte der Krieg auf allen Gebieten ungeheuer sich steigernden Anforderungen. Die Möglichkeiten zum Wiederaufbau waren allüberall beschränkt: man konnte nicht bauen, wie man wollte und wie es notwendig war, man hatte nicht die Arbeitskräfte, die man brauchte, man konnte nicht jedes Haus, jede Wohnung wieder so herstellen, wie es deutschen Bedürfnissen entsprochen hätte. Darüber hinaus musste die Ernte hereingebracht, mussten die Felder wieder bestellt werden. Es galt auch, das Vertrauen in die Währung, in die Gesetzlichkeit der Dinge, den Glauben an das deutsche Siegesschicksal wieder zu erwecken. Alle diese Schwierigkeiten waren von Euch zu überwinden.

Aber Ihr habt es geschafft. Ich sehe nunmehr - das ist mein Eindruck -, dass sich dieser Distrikt in zunehmendem Masse in die Gesamtaufgabe des Ostens eingefügt hat. Die Felder blühen, die Ernte steht vor der Tür, und ein Blick über die segensreichen Fluren dieser Gefilde kann uns beglücken.

21.6.1943

Welch ein herrliches Land ist mit Galizien unserem deutschen Vaterland zurückgegeben worden! Zurückgegeben - jawohl; denn es ist seit 1774 im Reichsgefüge der damaligen österreichisch-ungarischen Monarchie doch mit deutscher Führungskunst österreichischer Prägung aufgebaut und durchsetzt worden. Hier entstanden deutsche Siedlungen von deutschen Beamten, von deutschen Männern und Frauen; hier haben deutsche Bauern schon im Jahre 1780 gesiedelt und damit den alten Blutsstrom der Deutschen nach dem Osten fortgesetzt. Erst gestern hatte ich Gelegenheit, eines dieser Dörfer zu besichtigen, in denen nunmehr wieder deutsche Bauern friedlich in diesem Raume leben. Die deutsche Führung hat somit sich durchgesetzt. Was ich billigerweise fordern konnte und musste, ist auch eingehalten worden. Ich erwarte, dass Sie, Parteigenosse Dr. Wächter, und alle Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nicht müde werden, dieser segensreichen Arbeit zu obliegen. Dass diese Arbeit von Erfolg gekrönt sein wird, weiss ich.

Die Ernte steht vor der Tür. Das deutsche Volk, der deutsche Soldat und auch die deutschen Menschen des Generalgouvernements schauen auf Galizien als einen unserer wertvollsten, fruchtbarsten Gebietsteile. Ich erwarte mir unzählige Waggons von Getreide, die Galizien uns zur Verfügung stellen wird. Um nichts wird dadurch dieses Land geschmälert werden. Ich wünsche, dass sich die Arbeiter und Bauern von Galizien in ihrer Lebenshaltung immer mehr dem Lebensstatus derer nähern, die für Deutschland arbeiten und die unseren ganzen Schutz und unsere Fürsorge verdienen.

Herr Gouverneur Dr. Wächter, Sie haben hier den Geist in die Verwaltung hineingebracht und gleichzeitig mit den Nationalsozialismus die Disziplin, die Kameradschaft, die Führungstreue und die Autorität hergestellt. Wenn man~~n~~ heute die Jungen und Mädchen sieht, wie sie durch die Stadt ziehen, dann kann man beglückten Herzens sagen: alle die Arbeit schlägt auch bereits deutlich lebendige Wurzel. Wir werden dieses Land ebenso wenig wie irgend ein anderes Gebiet im Osten jemals wieder räumen.

(Lebhafter Beifall)

Und der Bolschewismus wird hier nie mehr sein Schreckensregiment ausüben. Lemberg, die alte deutsche Reichsstadt, wird als eine der wichtigsten Städte des grossdeutschen Machtbereiches blühen und gedeihen und ein Wahrzeichen deutscher Pionier- und Aufbauarbeit sein.

(Lebhafter Beifall)

Ihr, meine Parteigenossen und Volksgenossen, habt zu bewähren, dass der deutsche Mensch, der in diesem Raume steht, sich schon durch seine Haltung, seine Lebensführung, durch sein vorbildliches Wirken überall so zeigt, dass der Führer mit Recht auf uns stolz sein kann. Wir wollen es unseren Soldaten gleichtun. Wie sie das Letzte für unser Leben opfern, so soll auch der zum Aufbau der eroberten Gebiete berufene deutsche Mensch sich dessen bewusst sein, dass auf ihn nicht nur die Heimat, sondern auch die Millionenmasse der von uns geführten Völkerschaften schaut; denn in diesem Lande wird auch der Fremde weilen.

Freilich muss ich immer mahnen und fordern, ich bin ein unentwegter Mahner und Forderer. Ich muss immer wieder Leistungen fordern, muss immer wieder zur letzten Anstrengung, zum Einsatz der äussersten Energie aufrütteln. Ich würde es auch besser und bequemer finden, könnte ich mit einem Füllhorn von Gaben vor Ihnen erscheinen. Aber ich muß Sie im Namen des kämpfenden Reiches bitten, immer daran zu denken, daß auch dieses Land an der Erringung des Sieges mithelfen muß und daß auch Galizien nur blüht, wenn das ganze Deutsche Reich blüht.

(Lebhafter Beifall)

Und dieses Deutschland steht in einem unendlich harten Kampf. Als wir 1939 in diesen Krieg hineingezwungen wurden, da waren manche vielleicht der Meinung, dieser Krieg würde in kurzer Zeit entschieden und siegreich beendet sein. Damals hatte man Polen in 18 Tagen zertrümmert, und nachdem Belgien, Holland, Norwegen besiegt waren, wurde auch mit Frankreich in kurzer Zeit Schluß gemacht. Es schien, als ob nun die Wendung zu einem schnellen Ende kommen könnte. Da trat die russische Drohung an uns heran, Jugoslawien mußte niedergekämpft werden, weil es sich in die Kampffront der Gegner Deutschlands einreihte. Und dann kam die gigantische Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus.

Nicht, weil der Nationalsozialismus da ist, ist der Krieg über Deutschland gekommen, - der Krieg wäre so oder so über das deutsche Volk gekommen - aber weil Adolf Hitler und seine Bewegung und seine Wehrmacht da ist, werden wir diesen Krieg gewinnen.

(Stürmischer Beifall)

Für uns hier im Osten, die wir mitten in den Dingen des Lebens, in den Nöten und Sorgen des Raumes stehen, die wir nicht großartige Theorien aufstellen können und dürfen, sondern die wir mit den Dingen des Lebens, unmittelbar sie anpackend, fertig werden müssen, ist keine Zeit, lange über alles Mögliche nachzudenken und zu sinnieren. Unsere Stunden sind Arbeitsstunden, so ausgefüllt, daß wir wissen: die Aufgabe, die uns der Führer gestellt hat, überall seine getreuesten Soldaten zu sein, wird von uns auch gemeistert werden.

21.6.1943.

Für uns gibt es keine Miesmacherei, kein Hin- und Herlavieren, kein Wenn und Aber, - für uns gibt es nur eines: bedingungslos hinter Adolf Hitler stehen bis zum Endsiege.

(lebhafter Beifall)

Deutsche Männer und Frauen, Sie haben ja hier auch immer noch Gelegenheit, den Bolschewismus zu studieren, und die noch nicht überwundenen Auswirkungen seiner Schreckensherrschaft zu sehen. Aber was wäre aus uns geworden, wenn etwa Städte Städte wie Breslau oder Königsberg, Posen oder Dresden, in die Hände der bolschewistischen Armeen gefallen wären! Dieser Krieg gegen das bolschewistische Reich war die Voraussetzung für die Wiedergewinnung deutschen Lebens überhaupt. Und es ist nicht an dem, daß man fragen kann: warum und wieso war das notwendig, - mußte das sein? Das weiß der ewige Herrgott selber, warum er den Menschen den Krieg mit auf den Weg gegeben hat. Der Krieg wird als Geißel der Menschheit bezeichnet. Er ist zweifellos von ungeheuersten Schwierigkeiten, Belastungen und Opfern begleitet. Das Elend ist uns nicht erspart geblieben. Wer heute in die unzähligen Familien schaut und die abgehärmten, leidverzerrten Gesichter der Menschen in Deutschland sieht, wer an die schmerzlichen Opfer denkt, die sie in diesem Ringen zu bringen haben, wer die Massen derer sah, die vor dem Bombenhagel verbrecherischer Engländer flüchten mußten, wer es miterlebte, Bibliotheken, Kirchen, Krankenhäuser, Kinderheime zertrümmerte, der weiß, daß dieser Krieg eine Geißel ist. Adolf

21.6.1943.

Hitler hat ja auch bis zum äußersten mit seiner Opferbereitschaft den Krieg vermeiden wollen.

Mit dem Aufrütteln der Menschen zum Pflichtbewußtsein im Dienste des Führers und Reiches muß notwendig immer wieder der Appell an die klare fundamentale geistige Einstellung des Einzelnen zu den Problemen dieses Krieges verbunden sein. Lassen wir uns nicht von dieser dünnflüssigen sogenannten Pseudopropaganda der anderen irgendwie irritieren. Die wissen schon, warum sie uns fürchten, warum sie den Nationalsozialismus zerstören wollen, warum sie mit ihren Parolen kommen. Aber das deutsche Volk von heute ist nicht mehr das deutsche Volk von 1918. Gerade wir im Osten wissen es, wessen der einzelne Deutsche fähig ist. Wenn ich der Churchill wäre, dann würde ich auch das deutsche Volk fürchten; denn dieses Volk ist unbesiegbar in seiner Stärke und Geschlossenheit. Wer will uns dieses Reich noch einmal nehmen, das nun von den Pyrenäen bis zum Nordkap und bis hinein in die Weiten des fernen Ostens reicht? Glaubt vielleicht jemand, daß die deutschen Soldaten schlechter werden? Sie werden besser von Tag zu Tag.

(Lebhafter Beifall)

Oder glaubt jemand, daß die deutschen Waffen schlechter würden? Auch sie werden besser von Tag zu Tag.

Die Hoffnung der Gegner, daß jemals die Kraft dieses Volkes wieder zerstört werden könnte, ist vergeblich. Denn dieses deutsche Volk von heute weiß, was der Erfolg wäre, wenn wir jemals die Fahne streichen würden. Es würde dann überhaupt kein deutsches Volk und keinen deutschen Staat in der Zukunft mehr geben. Wir sind daher auch in diesem östlichen Vorfeld unserer Heimat entschlossen, diesen Führungsanspruch mit allen Mitteln durchzusetzen. Ich freue mich, gerade im Distrikt Galizien feststellen zu können, daß hier eine kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den loyalen Teilen des ukrainischen Volkes besteht. Die Ukrainer sind ja ein braves, harmloses, gutmütiges Volk, das friedlich einem nationalen Ziel entgegenstrebt, das in keiner Weise dem des Großdeutschen Reiches zuwiderläuft. Als ich den Aufruf an die Ukrainer zur Meldung für die SS-Freiwilligendivision erließ, war es überraschend, zu sehen, mit welchem Feuereifer diese jungen ukrainischen Männer sich zu dieser Legion meldeten. Über 70 000 haben sich gefunden, die bereit sind, mit der Waffe in der Hand für die von Adolf Hitler geführte europäische Ordnung gegen den Bolschewismus zu marschieren.

(Lebhafter Beifall)

Und das ist eines der schönsten Zeichen dafür, wie das deutsche Volk unter Adolf Hitler es bereits versteht,

21.6.1943

andere Volkstümer zum eigenen Vorteil zu geleiten. Ich weiß, daß auch eine Fülle der anderen Volkstümer dieses Raumes in zunehmenden Maße bereit war, loyal mit der deutschen Führung zusammenzuarbeiten. Hunderttausende und Aberhunderttausende arbeiten in unseren Betrieben, in unseren Verkehrs- und Staatseinrichtungen pflichtbewußt für ihre Aufgabe. Diese Loyalität wird auch durch loyales Verhalten seitens der Behörden beantwortet werden. Ab 1.September ds.Jrs. wird die Lebensmittelverteilung an die fremdvölkische Bevölkerung dieses Raumes, an Polen wie Ukrainer, so gestaltet werden, daß nicht nur das Existenzminimum, sondern ein ausreichendes, die Arbeitskraft sicherndes Dasein gewährleistet sein wird.

(Lebhafter Beifall)

Auch dies ist ein Erfolg der Gemeinschaftsarbeit in diesem Raum.

Es ist klar, daß uns das alle mit Genugtuung erfüllt. Denn hiermit wird auch eine Frage gelöst, die viele Deutsche, wenn auch nicht gerade in diesem Distrikt, so doch im Generalgouvernement immer wieder beschäftigt: das sogenannte Sicherheitsproblem. Ich möchte mit allem Nachdruck erklären, daß da, wo sich wirklich deutschfeindliche Elemente fänden, die sich, irgendwelchen antideutschen Parolen folgend, zu rebellischen oder sonstigen deutschfeindlichen Handlungen hinreißen lassen, der deutschen Energie keine Grenzen gesetzt sind, um die Ordnung und Sicherheit in diesem Raume aufrecht zu erhalten. Wo geschlagen wird, wird zurückgeschlagen, und zwar verdoppelt und verdreifacht. Wir weichen in diesem Raum keinem Heere, bestimmt aber auch nicht fremden Banditen. Und nicht wir kommen in Gefahr in diesem Raum, sondern nur das Polentum. Das mögen sich alle gesagt sein lassen, die glauben, uns mit diesen Mätzchen unsicher machen zu können. Der

Deutsche ist diesen Zustand jetzt gewöhnt. Daß wir mitten im Kampf um unsere Existenz stehen, bedeutet, daß auch jeder einzelne Deutsche in seiner Existenz mit bedroht ist. Aus diesem Krieg geht entweder das ganze deutsche Volk als Sieger hervor oder kein Deutscher bleibt mehr übrig. Und daher wissen wir auch, daß diese Gemeinsamkeit unseres Schicksals uns trotz jeder Gefahr nicht beugen wird. Der Deutsche ist hier in Galizien noch nie bedroht gewesen. Ich möchte zur Ehre der Bevölkerung dieses Raumes feststellen, daß sie in friedlicher Loyaler Arbeit mit den Deutschen zusammenleben. Wo aber versucht werden sollte, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, da wird jetzt mit großen Aktionen zurückgeschlagen. Ich bin vom Führer ermächtigt, jede Maßnahme zu ergreifen, die der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Gebiet dient, und ich bin willens, von diesen Vollmachten restlos Gebrauch zu machen. Wir sind daher in diesem Lande auch entschlossen, jeden zu treffen, der uns treffen will, aber auch jeden zu fördern, der uns fördern will.

Ich freue mich, gerade hier im Distrikt Galizien immer wieder feststellen zu können, daß die Loyalität seiner Bevölkerung vorbildlich ist. Die Ukrainer haben es wirklich verdient, daß wir ihnen den Weg zu ihrer eigenen kulturellen Entwicklung geben. Was sie unter Polen und Bolschewiken gelitten haben, ist ein einzigartiges Matyrium.

Inzwischen ist das Leben im Generalgouvernement nun in allen diesen Jahren auch allen den Schwankungen unterworfen gewesen, die das deutsche Volksleben heute überhaupt kennzeichnet. Aber auch wir haben 1939 in frischer, fröhlicher Fahrt unsere Arbeit begonnen. Wir haben auf diesem Wege Schwierigkeiten über Schwierigkeiten gefunden; nicht zuletzt hatten wir auch Schwierigkeiten mit Menschen. In diesem Lande haben sich da

21.6.1943

und dort gewisse Erscheinungen breit machen wollen. Wer aber glaubt, daß der Sieg, den unsere Soldaten mit der Waffe in der Hand unter Einsatz ihres Lebens erfochten haben, ein Sieg plutokratischen Erwerbsstrebens gewesen wäre, der irrt sich, und jedermann soll wissen, daß das Generalgouvernement nicht dazu da ist, privaten Bereicherungsabsichten zu dienen.

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen hier vor unseren Soldaten bestehen. Und jeder, der sich hier hinein schmuggelt und glaubt, er würde von mir vergessen oder nicht erkannt, der soll sich darauf verlassen, daß ich bis jetzt schon soviele erkannt und beseitigt habe, daß auch der Rest in Zukunft mir nicht entgehen wird. Ich dulde hier nicht die ekelhafte etappenartige Geschäftemacherei. Jeder soll es wissen: wir werden gerade als Nationalsozialisten dafür sorgen, daß der anständige Deutsche anständig leben kann, aber der unanständige Deutsche hier mit besonderem Nachdruck bestraft werden wird.

(Lebhafter Beifall)

Das muß ganz offen gesagt werden, und ich scheue mich auch nicht, es persönlich zu betonen.

Ich möchte aber gleich hinzufügen, daß gerade der Distrikt Galizien in diesem Punkt keinen besonderen Anlaß zur Kritik gibt. Es handelt sich bei solchen Dingen ja um eine allgemeine Erscheinung des Krieges. Trotz alledem darf ich auch sagen, daß alle Vorgänge dieser Art verhältnismäßig so geringfügig sind, daß ich an der Gesamthaltung der Deutschen in diesem Raum keinerlei irgendwie geartete ernste Kritik zu üben brauche. Im Gegenteil, was Tausende von deutschen Männern im Einzelkampf um ihr Deutschtum, um ihr Wesen und ihre Aufgaben geleistet haben, das wird für alle Zukunft ein stolzes Blatt in der Geschichte des Deutschtums des Ostens sein.

21.6.1943

Im übrigen ist es klar, daß die Sorgen nicht abbrechen. Wir dürfen heute nicht sagen: wir haben schon soviel geschaffen, jetzt müssen die anderen heran. Im Gegenteil, wir werden immer weniger, und die Männer, die noch da und dort in der Verwaltung und Führung tätig waren, werden auch noch zur Wehrmacht geholt. Und so muß ich denn meinen besonderen Appell an die Frauen und Mädchen richten. Die deutsche Frau und das deutsche Mädchen haben in diesen Jahren einen großartigen Anteil an dem Aufbauwerk im Osten gehabt. Tapfer, wirklich selbstlos und mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft haben sich die deutsche Frau und das deutsche Mädchen in diesem Raum bewährt. Auch sie haben daher ein Recht, sich als berufene Pioniere des großdeutschen Freiheitskampfes zu bezeichnen. Ich werde darum jetzt auch einige im Dienst verwundete deutsche Frauen und Mädchen für die Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes vorschlagen.

Für mich ist aber nun auch die schönste Freude - und dafür danke ich auch im Namen des Führers und Reiches - daß die Kinder, unsere lieben deutschen Kinder, in diesem Raum ihre Heimat finden. Es ist ergreifend, zu sehen, wie diese kleinen tapferen Jungen und Mädchen im völlig fremdvölkischen Raum mit der ganzen Haltung des Erwachsenen stramm und siegessicher durch die Straßen marschieren, wie ihre Augen strahlen, wie sie den jungen Morgen einer werdenden Zukunft unseres großen Volkes begrüßen. Diese köstlichste Blüte am Baume unseres Volkes sollten uns allen die heilige Mission dieses Raumes sein. Jeder Soldat, der hier verwundet wurde, der seine Schmerzen durch dieses Land trägt, soll in diesem Kind den Sendboten der Zukunft sehen, ~~das~~ der ihm sagt: auch du, Kamerad, sei dessen gewiß, dein Opfer war nicht umsonst!

21.6.1943

Hier lebt bereits ein neues deutsches Volk des Ostens, ein neues deutsches Volk einer großen unvergleichlichen Zukunft. Es ist eine ernste, aber auch herrliche große Zeit. Wir alle, die wir diesen Winter mit seinen Schrecknissen, mit seinen grauenhaften Transportschwierigkeiten und Rückschlägen erlebt haben, wissen es, daß Adolf Hitler der ganzen Welt zum Trotze die Größe des deutschen Volkes durchsetzen wird. Was wir schon leisten und in uns tragen an Sorgen und Nöten, ist nichts gegenüber dem, was Adolf Hitler an Sorgen und Nöten für uns alle trägt. Es ist leicht, wenn schwarze Stunden kommen, schwarz zu sehen; dazu gehört nichts. Groß aber ist es, wenn die Schwärze einer Not herabsinkt, durch das Grauen eines Kampfes hindurch den Sonnenstrahl der göttlichen Hoffnung in sich zu bewahren. Wir haben einen Mann an der Spitze unseres Volkes, der diesen unbeirrbaren Glauben in sich trägt und für uns alle hält.

(Stürmischer Beifall)

Die Zeiten werden kommen und vergehen, die Völker auf diesem Planeten werden erstehen, die Generationen unseres Volkes werden wachsen und vergehen, aber ein Name wird ewig bleiben: der Name Adolf Hitler.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Auch wir wären ohne ihn und ohne seine stürmische Entschlossenheit, das deutsche Schicksal zu meistern, nicht in diesem Saal. Wenn da und dort die Müdigkeit kommen will und wenn man sagt: ja, die Feinde mit ihrer Überzahl, mit ihrer Übermacht, mit ihren gewaltigen Rohstoffen, - alles ist gegen uns, - wie werden wir es schaffen? - Dann sage ich, meine deutschen Volksgenossen: der Weg, der uns von Versailles nach Lemberg geführt hat, ist schwerer als der, der jetzt noch vor uns liegt.

(Lebhafter Beifall)

21.6.1943

Wir waren damals ein verlorenes Volk. Wir hatten die Waffen sinken lassen, und die Waffen der anderen hatten uns das letzte abgepreßt. Da kam ein Mann, der uns die Waffen wieder in die Hand gab, und niemand wird und diese Waffen wieder jemals aus der Hand reißen.

Ich weiß, meine lieben Volksgenossen, daß Ihr gerade in diesem östlichen Vorfeld besonders fanatische Bekenner dieses Glaubens seid. Und wenn einer von Euch ins Reich kommt, da soll er jeden niederschmettern, der nur mit den Augen zwinkert, wenn vom deutschen Siege die Rede ist. Wir müssen die großen Träger der Zukunft sein. Wir haben auch das Recht dazu; denn wir stehen im neuen Lande. Wir stehen als der erste Kern unseres Volkes hinter der Wehrmacht, um zu erreichen, daß das, was die Waffen erobert haben, nicht wieder durch Schwäche verloren geht. Auf den Soldaten der Wehrmacht folgt der Soldat der Bewegung. Beide sind aber der Vortrupp des deutschen Volkes.

Heute ist die Krisis vorbei. Alles, was in diesem Winter schwer war, ist verklungen. Alle die großen Helden, die für dieses Land und dieses Reich im vergangenen Winter gefallen, in Gefangenschaft geraten sind oder in Lazaretten liegen, sollen wissen, daß das deutsche Volk durch ihr Opfer noch entschlossener, härter und siegessicherer wurde.

Es ist die Zeit, da Gott beginnt zu wägen. Er wägt nicht am Anfang. Wenn der Mensch im Zustand der Begeisterung flammt, ist es leicht, dem Sieg zu huldigen. Gott wägt in den schweren Stunden, da die Mühlen schwerer zu mahlen beginnen. Da zeigt sich die Beharrung, da zeigt sich der Glaube.

Ihr, meine Deutschen von Lemberg, seid alle, alle beschworen zu diesem Bund der Deutschen, die angesichts des ewigen Himmels im Bewußtsein der Größe unserer Geschichte und im Hinblick auf die Gräber der Gefallenen vor Gott hintreten und sagen: Herr, dieses Volk ist dein, gib ihm Größe und Freiheit!

(Anhaltender stürmischer Beifall).

21.6.1943

Mit der Führerehrung und den Liedern der Nation findet die Kundgebung ihren Abschluß.

20^{05} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause des Gouverneurs Dr. Wächter.

23^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Lemberg.

23^{30} Abfahrt des Sonderzuges vom Hauptbahnhof Lemberg.

Dienstag, den 22.Juni 1943

10^{58} Ankunft des Regierungssonderzuges auf dem Krakauer Hauptbahnhof.

11^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

13^{00} Besprechung mit SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Bedauern Ausdruck, dass Dr. Schöngarth im jetzigen schweren Augenblick und bei der brenzligen Sicherheitslage von ReichsführerSS Himmler abberufen worden sei. Er ersucht Dr. Schöngarth, seinen Nachfolger über die Probleme und aktuellen Gegebenheiten genau zu informieren.

13^{15} Feierliche Verabschiedung des bisherigen Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement SS-Brigadeführers Dr. Schöngarth im Königssaal der Burg. Anwesend sind: Mitglieder der Regierung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple an der Spitze, der Stellvertretende Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP Hauptabschnittsleiter Stahl sowie viele höhere Führer der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur widmet SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth folgende Abschiedsworte:

Dienstag, den 22.Juni 1943

10^{58} Ankunft des Regierungssonderzuges auf dem Krakeuer Hauptbahnhof.

11^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

13^{00} Besprechung mit SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Bühler.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Bedauern Ausdruck, dass Dr.Schöngarth im jetzigen schweren Augenblick und bei der brenzligen Sicherheitslage von ReichsführerSS Himmler abberufen worden sei. Er ersucht Dr. Schöngarth, seinen Nachfolger über die Probleme und aktuellen Gegebenheiten genau zu informieren.

13^{15} Feierliche Verabschiedung des bisherigen Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement SS-Brigadeführers Dr. Schöngarth im Königssaal der Burg. Anwesend sind: Mitglieder der Regierung mit den Staatssekretären Dr.Bühler und Dr.Boepple an der Spitze, der Stellvertretende Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP Hauptabschnittsleiter Stahl sowie viele höhere Führer der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur widmet SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth folgende Abschiedsworte:

22.6.1943

Herr Dr.Schöngarth! Meine Herren! Ich habe Sie hier zusammengebeten, um in der üblichen Weise von einem Mitglied der Regierung Abschied zu nehmen, dem Parteigenossen Dr. Schöngarth, der zum Wehrdienst zurückkehrt.

Herr Dr.Schöngarth! Sie sind als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement schon vor geraumer Zeit zu uns gekommen und haben sich in dieser Eigenschaft grösste Verdienste um die Sicherheit und die Durchsetzung unseres Führungsanspruches in diesem Raum erworben. Ich verabschiede Sie sehr ungern mit dem Hinweis, dass es heute notwendig ist, dass jeder Mann, der dazu im Stande ist, seinem Vaterland unmittelbar mit der Waffe dient. Ich habe aber die starke Hoffnung, dass Sie in Ihr ureigenstes Gebiet, in die Sicherheitsbetreuung in deutschen Landen zurückkehren werden. Ich hoffe, dass Sie uns in absehbarer Zeit besuchen werden und innere Verbindung mit diesem Raum mit seinen schweren und harten aber auch schönen Aufgaben halten werden.

Das geistige Niveau, auf dem sich Verwaltungs-und Führungsarbeit in diesem Raum bewegen, ist ungewöhnlich. Es verlangt die Betreuung einer völlig neuartigen Struktur, die insbesondere durch zwei Umstände zusätzlich ausserordentlich kompliziert ist.
Erstens muss diese Arbeit geschehen mitten im schwersten Krieg, der dem deutschen Volk jemals auferlegt war. Sie ist damit in eine elementare Ewigkeitsgeballtheit hineingebaut, sodass man oft vor dem Berg von negativen und düsteren

22.6.1943

Schatten verzweifeln möchte. Aber wir haben die Arbeit gemeistert, denn im Kriege hilft einfach die Notwendigkeit mit, die hinter den Überlegungen steht und die alle wenn und aber beiseite räumt und uns weiterreisst. Das zweite aber, was unsere Aufgabe besonders schwierig macht, ist, dass wir nicht nur uns Kriegsaufgaben aufgebürdet haben, sondern darüber hinaus auch eine Durchsetzung nationalsozialistischer weltanschaulicher Probleme. Dieses letzte ist mitten im Kriege, wo es um den Sieg geht und wo alle Tatsächlichkeiten das Gewicht des letzten Arguments besitzen sollten , ein ungeheuer schwieriges Problem. Wie soll - lautet immer wieder die Frage - mit der Notwendigkeit etwa, mit dem fremden Volkstum zusammen zu arbeiten, der weltanschauliche Gesichtspunkt der - sagen wir einmal - Ausrottung des polnischen Volkstums vereinbar sein? Wie soll mit der Aufrechterhaltung der Arbeitsleistung in den Betrieben verbunden werden etwa die Vernichtung des Judentums, die notwendig ist? Wie sollen wir - das ist das dritte Problem - im Gesamtrahmen dieses Aufbaues mit dem Leben und Treiben negativer Art unserer lieben Deutschen in diesem Raume fertig werden ohne dass die Autorität unserer Führung leidet?

In allen diesen Aufgaben haben Sie, Herr Dr.Schöngarth, im Verein mit den Dienststellen der Regierung versucht, Ihr Bestes zu leisten. Es ist Ihr Verdienst, dass wir in der Regierung und in der Verwaltung einigermassen die Führung innehalten konnten;

insbesondere an der in den letzten Monaten eingetretenen ausserordentlichen Erschwerung der Sicherheitslage tragen Sie am wenigsten Schuld. Es ist für mich klar, dass hier Probleme menschlicher, persönlicher Art dahinterstecken, die mich nicht tangieren können. Ich will dafür sorgen, dass nicht etwa der Eindruck entsteht, dass da, wo früher die Territorien das Reich aufgespalten haben, jetzt institutionelle Aufspaltungen des Reiches kommen, wo eine Gruppe die andere zu vernichten trachtet. Der Staat steht über uns und das Reich ist uns als heiliges Vermächtnis aus Jahrtausenden einer grossen Geschichte anvertraut. Diesem Reich diene ich und diesem Reich dienten auch Sie, Herr Dr. Schöngarth. Indem ich Sie im Namen des Führers und des Reiches aus den Diensten des Generalgouvernements und aus den Reihen seiner Regierung auf Ihren Antrag hin entlasse, verbinde ich damit meine grösste Anerkennung für Ihre Wirksamkeit in diesem Raum.

Ich muss aber diesen Anlass, der mir Gelegenheit gibt, mit den Männern der Sicherheit den Kontakt aufrecht zu erhalten, auch dazu benützen, um auch Ihrer Kameraden zu gedenken. Bei meinen Reisen durch das Generalgouvernement habe ich mich davon überzeugt, in welch unsagbar mühevoller Einsatzbereitschaft gerade die Männer der Sicherheitsdienste in diesem Raume kämpfen. Eine erschütternde Anzahl von Toten ist der sichtbare Ausdruck des harten Kampfes und Ringens gegen einen unerbittlichen Gegner. Es bedarf der ganzen hohen staatsmännischen Fähigkeiten, angesichts dieser Tendenz die Gesamtlinie aufrecht zu erhalten und vorwärts zu bringen. Aber gerade diese Toten aus Ihren Reihen, die gefallenen Kameraden der Sicherheitsdienste und Sicherheitspolizei sollen uns eine Mahnung dafür sein, dass wir alles das, was an Schwierigkeiten auf uns liegt, gemeinsam meistern müssen.

Herr Dr. Schöngarth! Wir gedenken Ihrer immer und werden Sie immer herzlich in unserer Mitte begrüssen. Als äusseres Zeichen meiner Anerkennung und meines Dankes überreiche ich Ihnen ein Originalbild aus einer unserer Ausstellungen im Generalgouvernement.

Dr. Schöngarth dankt dem Herrn Generalgouverneur für die anerkennenden Worte seiner Arbeit und bittet, dass das gleiche Vertrauen, das ihm seine schwere Aufgabe erleichtert habe, auch auf seinen Nachfolger übertragen werden möge.

13^{30} Mittagessen

23^{36} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit dem Salonwagen nach Warschau.

Krakau

Mittwoch, den 23.Juni 1943

Am 23.Juni 1943 hat sich der Herr Generalgouverneur, begleitet von Staatssekretär Dr. Bühler, Hauptabteilungspräsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh, in die Feldkommandostelle des Reichsführers SS Heinrich Himmler in Ostpreußen begeben. Er hat dort Gelegenheit gehabt, einige Stunden mit dem Reichsführer SS Himmler zunächst unter vier Augen und dann in Anwesenheit der obengenannten Herren, zu denen auch noch Staatssekretär Krüger gekommen war, über die Gesamtlage des Generalgouvernements im Hinblick auf das Verhältnis Staat und Polizei zu sprechen.

Gegenstand der Besprechung sind hauptsächlich vier Punkte gewesen:

1. Die Frage der Zusammenarbeit von Staat und Polizei in der Form, daß die Exekutive die Autorität des Staates Generalgouvernement zu fördern und anzuerkennen, nicht aber gegen sie anzutreten habe. Dieser Kampf gegen das Generalgouvernement könne auch nicht unter dem Vorwand eines persönlichen Kampfes gegen den Generalgouverneur geführt werden.
2. Die Frage des grundsätzlichen Verhältnisses von Verwaltungshierarchie und Polizeiaufbau.
3. Die Funktionen des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums.
4. Die allgemeine Sicherheitslage des Generalgouvernements.

In allen diesen Punkten ist den vom Herrn Generalgouverneur vorgebrachten sehr ernsten Argumenten durch Reichsführer SS Himmler verständnisvollst Rechnung getragen worden. Staatssekretär Krüger ist in

23.6.1943

Anwesenheit aller Herren aufs strengste angewiesen worden, nunmehr mit den Dienststellen der Regierung loyal und kameradschaftlich zusammen zu arbeiten, die Autorität der Regierung des Generalgouvernements in jeder Form zu vertreten und sich der Befehle des Generalgouverneurs gegenwärtig zu halten. +)

In den übrigen Punkten ist volles Verständnis für die Situation der Regierung des Generalgouvernements erzielt worden.

+) Anmerkung:

Als erster Erfolg dieser Besprechung ist die völlige Umstellung des Verhaltens des SS-Obergruppenführers Staatssekretärs Krüger gegenüber dem Herrn Generalgouverneur zu bezeichnen. Eine Vereinbarung zwischen den Staatssekretären Dr. Bühler und Krüger, die nach Genehmigung durch den Herrn Generalgouverneur am 15.Juli im Verordnungsblatt des Generalgouvernements veröffentlicht werden wird, bildet das äußere Kennzeichen dieser Einigung. - Ebenso ist die Abberufung des völlig unmöglich gewordenen SS- und Polizeiführers Globocnik vom Distrikt Lublin ein Erfolg dieser neuen loyalen Zusammenarbeit.

IX/6

Donnerstag, den 24.Juni 1943

6^{58} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf dem Krakauer Hauptbahnhof.

7^{05} Ankunft auf der Burg

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{30} Fortsetzung der Besprechung in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Boepple.

11^{40} Besprechung mit Bevollmächtigten Dr.Heuber und Pressechef Gassner.

15^{00} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs mit dem Kraftwagen nach dem Tschirmersee in der Slowakei zur Teilnahme an der Sitzung des Grossen Rats der Internationalen Rechtskammer.

Slowakei

Freitag, den 25.Juni 1943

Tagung des Großen Rats der Internationalen Rechtskammer am Tschirmersee in der Slowakei mit einer Rede ihres Präsidenten Generalgouverneurs Reichsministers Dr. Frank.

17^{00} In den Räumen des Staatshotels Hviezcoslav in Strbské Pleso (Hohe Tatra) Slowakei tritt der "Große Rat" der Internationalen Rechtskammer zu einer Sitzung zusammen.

Der Präsident der Internationalen Rechtskammer Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank eröffnet die Sitzung und begrüßt den slowakischen Justizminister Dr. Fritz und den kroatischen Staatsminister, Staatssiegelbewahrer Dr. Puk. Er nimmt dann in grundsätzlichen Ausführungen zur Arbeit der Internationalen Rechtskammer Stellung und führt aus:

Die Internationale Rechtskammer sei ihren Aufgaben, die ihr von den Gründern zugewiesen worden seien, treu geblieben. Sie sei der Zusammenschluß von Repräsentanten nationaler Organisationen und habe das Ziel, die Rechtskultur aller Völker zu fördern. Arbeit in der Internationalen Rechtskammer sei Dienst an der Gerechtigkeit. Diese Arbeit werde durch die hinter den Repräsentationen der einzelnen Länder stehenden Einrichtungen des Rechtswesens und der Gesetzgebung unterstützt. Sie stelle nicht ein Propagandainstrument für eine bevorzugte weltanschauliche oder sonstige Einrichtung dar, in der Internationalen Rechtskammer würden vielmehr die einzelnen Repräsentationen lediglich im Rahmen ihrer Leistung und ihrer Interessiertheit völlig gleichwertig gewertet. Dort gebe es keine Großmacht und keine kleinen Mächte, keine großen oder kleinen Völker, sondern man kenne dort nur die Repräsentationen von Völkern, die geneigt seien, die

25.Juni 1943

Bedürfnisse ihres Volkes mit den Interessen anderer Völker gemeinsam aufzubauen, zu sichern und zu entwickeln.

Deshalb stelle auch die Internationale Rechtskammer gerade in diesem Zeitpunkt des Ringens um die Freiheit Europas ein grandioses Friedensinstrument dar und habe Aufgaben von größter Bedeutung. Ein Volksleben sei nur möglich in Anwendung kultureller Rechtsprinzipien. Die einzige Voraussetzung für die Aufnahme eines Landes in die Internationale Rechtskammer sei, daß es diesen Rechtsprinzipien nicht absolut und grundsätzlich entgegenhandele. Mit letzterem sei vor allem der Bolschewismus gemeint. Er sei der Ausdruck der völligen Rechtsvernichtung eines Volkes und eines Staatssystems. Die Internationale Rechtskammer werde auf diese Weise die Front derer stärken, die die Rechtskultur gegen die absolute Rechtsvernichtung durch den Bolschewismus verteidigen wolle und werde.

Jetzt gehe es vor allem um die Durchsetzung aktueller Rechtsaufgaben. Er werde wahrscheinlich noch im Laufe des Jahres die Delegierten der Internationalen Rechtskammer zu einer großen zentralen Sitzung zusammenrufen, um das bisherige Gesamtwirken der europäischen Öffentlichkeit zu unterbreiten. Über der Welt solle ein Hoffnungsleuchten aufsteigen, das alle mit Zuversicht erfüllen werde. Die Arbeiter der Internationalen Rechtskammer seien als eins der wichtigsten Mittel auf dem Gebiete der Rechtsentwicklung anzusehen.

"Der Bolschewismus kann uns nicht überrennen" - dieses Bekenntnis könne durch nichts erschüttert werden.

25.6.1943

Er werde in der nächsten Zeit den Arbeiter der Internationalen Rechtskammer sein besonderes Interesse widmen. Die Internationale Rechtskammer sei keine nebensächliche, rein akademische Organisation; in ihr sei vielmehr eine der Lebensfunktionen des Glückes der Völker, nämlich der Gerechtigkeit, verankert. Er lasse an alle den Appell zur gemeinsamen Rechtserfüllung ergehen, und keiner dürfe sich diesem Appell verschließen. Alle Delegierten müßten für die große Idee, die durch die Gründung der Internationalen Rechtskammer Gestalt angenommen habe und durch sie verkörpert werde, werben. Nur in gemeinsamer Arbeit und Pflichterfüllung im Dienste der Rechtsbewegung sei dieses Ziel der Gerechtigkeit zu erreichen, dem sich kein gesittetes Volk entziehen könne.

Im Laufe der Sitzung wird auf Antrag des Präsidenten der Internationalen Rechtskammer Generalgouverneurs Dr. Frank dem Ministerpräsidenten und Außenminister Professor Dr. Tuka durch einstimmigen Beschluß der Mitglieder des Großen Rates Rang und Stellung eines Vizepräsidenten der Internationalen Rechtskammer verliehen. Dabei weist Generalgouverneur Dr. Frank darauf hin, daß gerade dem Ministerpräsidenten Prof.Dr.Tuka dieses Amt in Anerkennung seiner staatspolitischen Persönlichkeit und wegen seiner Leistungen und Verdienste um das internationale Recht wie kaum einem anderen gebühre. Prof.Dr. Tuka, der um seines Kampfes willen 11 Jahre im Zuchthaus verbracht habe, sei als einer der größten Rechtslehrer der europäischen Geistesgeschichte anzusehen.

Zu dem von der Landesvertretung Slowakei durch Rechtsanwalt Dr. Ravasz gestellten Antrag auf Bildung einer Sektion "Internationale Schiedsgerichtsbarkeit" erklärt Generalgouverneur Dr. Frank es handle sich dabei um sehr bemerkenswerte Vorschläge, die aber erst

25.6.1943

noch überprüft werden müßten. Eine Kommission solle die Schiedsgerichtsbarkeit in den einzelnen Ländern genau untersuchen.

Generalgouverneur Dr. Frank schließt die Sitzung etwa mit folgenden Worten:

Die Mitglieder der Landesvertretung würden in den nächsten Wochen das erste Heft des Archivs "Recht der Nationen" erhalten. Jede Sprache sei darin gleichberechtigt. Es sei wünschenswert, daß sich in allen Ländern eine arteigene Rechtsprache entwickele. Das "Recht der Nation" solle zu einem Verkündungsblatt des Präsidiums der Internationalen Rechtskammer werden. Die Landesvertretungen würden gebeten, das Generalsekretariat durch möglichst lückenlose Adressenangaben und Angaben von Adressenänderungen der Delegierten zu unterstützen. Es sei beabsichtigt, noch im laufenden Jahre eine Sitzung des Großen Rats, vielleicht in Verbindung mit einer Sektionssitzung - evtl. "Völkerrecht" - in einer europäischen Hauptstadt durchzuführen.

Nach-dem Generalgouverneur Dr. Frank den slowakischen Gastgebern seinen herzlichen Dank für die gewährte großzügige Gastfreundschaft zum Ausdruck gebracht hat, läßt er seine Schlußworte in den Ruf ausklingen:

"Meine Herren, es lebe das Recht!"

Krakau

Sonnabend, den 26.Juni 1943

11⁴⁰ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

14¹⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung zur Änderung der Verordnung vom 29.Okt.1941 über die Einführung eines Ausweises für Deutschstämmige im Generalgouvernement
2. einer Verordnung zur Aufhebung der Verordnung über die Errichtung von Hilfsstellen der Gesundheitsverwaltung
3. einer Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und dem Arbeitsschutz im Generalgouvernement
4. einer Zweiten Verordnung über das Wohnungswesen
5. einer Verordnung über die Auflösung der "Volksdeutschen Gemeinschaft" im Generalgouvernement
6. eines Erlasses über die Erledigung verwaltungspolizeilicher Dienstgeschäfte durch die Kreis- und Stadthauptleute
7. einer Verwaltungsanordnung über die Distrikts-, Kreis- und Ortspolizeibehörden im Generalgouvernement
8. einer Verwaltungsanordnung Nr. 6 zur Verordnung über die Einheit der Verwaltung vom 1.Dez.1940

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

26.6.1943

Der Herr Generalgouverneur äußert sich dann kurz über seinen Besuch beim Reichsführer SS Himmler. Die Besprechung habe eine völlige Bereinigung des gegenseitigen Verhältnisses sowohl in persönlicher wie in sachlicher Beziehung erbracht. Die Richtung sei jetzt klar: im Generalgouvernement gebe es nur die Führung des Generalgouverneurs. Er sei nicht ein Gefolgsmann Himmlers und Himmler nicht ein Gefolgsmann des Generalgouverneurs, sondern beide seien sich wesentlich ergänzende Gefolgsleute Adolf Hitlers in der Durchsetzung des Führerwillens zum Wohle Deutschlands. In Zukunft werde es unmöglich sein, daß im Generalgouvernement eine Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums direkt oder indirekt gegen den Generalgouverneur arbeite oder umgekehrt eine Dienststelle des Generalgouvernements gegen die Arbeit des Reichskommissars. Himmler werde berücksichtigen, daß der Generalgouverneur eine totale Autorität im Lande benötige, auf der anderen Seite werde der Generalgouverneur berücksichtigen, daß im Generalgouvernement die Polizeipolitik auf die im Reichsinteresse notwendige Gesamtpolitik der Polizei ausgerichtet sein müsse. Sollten sich in irgendeiner Frage Differenzen ergeben, so genüge eine kurze telefonische Unterredung zwischen ihm und dem Reichsführer SS zu ihrer Klärung.

Ministerialrat Dr. Weh weist darauf hin, daß der Reichsführer SS zur Klärung von Fragen, bei denen nicht unbedingt die beiden obersten Chefs eingeschaltet werden müßten, seinen persönlichen Referenten Brandt beauftragt habe. Analog dieser Einrichtung sei es wünschenswert, daß der Herr Generalgouverneur ebenfalls für die Erledigung dieser Aufgaben einen persönlichen Referenten ernenne.

26.6.1943

Der Herr Generalgouverneur überträgt diese Funktion Ministerialrat Dr. Weh mit folgendem Schreiben:

> In allen Angelegenheiten, das Sicherheits- und Polizeiwesen sowie die Angelegenheiten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums betreffend, insbesondere zum Zwecke der unmittelbaren Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen Reichsführer SS Himmler und mir berufe ich Sie zu meinem persönlichen Referenten.

Staatssekretär Dr. Bühler trägt dann laufende Regierungsgeschäfte vor und holt die Stellungnahme des Herrn Generalgouverneurs ein.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt, daß Staatssekretär Dr. Bühler bis Donnerstag, den 12. August 43 in Urlaub geht, und überträgt die Regierungsgeschäfte an Staatssekretär Dr. Boepple, der sie in engster Fühlungnahme mit Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh erledigen solle. Er selber werde ab 5. Juli für die Dauer der Abwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler in Krakau anwesend sein. Staatssekretär Dr. Boepple könne dann ab 12. August Urlaub nehmen.

16^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{26} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Salonwagen)

Sonntag, den 27. Juni 1943

bis

Mittwoch, den 3o. Juni 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs
im Reich.

Schätzung der verausgabten Beträge aus Besatzungskosten für Schwarzmarkt-Käufe:

1) Verausgabt vom 1.Juli bis 30.November 1942 (gemäß Schreiben des Beauftragten für den Vierjahresplan, Oberstlt. Veltjens, vom 15.Januar 1943)	RM	930 000 000.-
2) Bedarf für Dezember 1942 (siehe Aktennotiz vom 27.November 1942 über Sitzung im Vierjahresplan)	RM	350 000 000.-
3) Verausgabt Januar 1943 - Juni 1943 (siehe 5.Tätigkeitsbericht S.11)	RM	1 100 000 000
4) Verausgabung Juli 194~~4~~3 bis Juli 194~~5~~4 vorsichtig geschätzt auf monatlich 20 Mio RM	RM	220 000 000.-
insgesamt	RM	2 600 000 000.-

Bei dieser Schätzung sind die Ausgaben des Vierjahresplans für Schwarzmarktkäufe für die Zeit vor dem 1.Juli 1942 überhaupt nicht berücksichtigt, da Zahlenmaterial hierüber nicht vorliegt. Ebenso fehlen jegliche zahlenmässige Angaben über die indirekten Schwarzmarktkäufe der Wehrmacht aus Besatzungskostenmitteln. Der im 6.Tätigkeitsbericht S.12 erwähnte Betrag von 3 Milliarden RM ist daher eher zu niedrig~~er~~ als zu hoch gegriffen.

3/45

END of
VOL. #27
R. 8

END of
VOL. #27
R.8